Willy Klages

VERFOLGT, VERTRIEBEN … HEIMATLOS

Das Ende der deutschen Siedlung in Ost-Mitteleuropa

Chronik vom 1. Januar 1948 bis zum 31. Dezember 2020

in sechs Bänden
Band IV/5

VERFOLGT, VERTRIEBEN … HEIMATLOS

Das
Ende der deutschen Siedlung
in
Ost-Mitteleuropa

Chronik vom
30. Mai 1996 bis zum 31. Dezember 1999

Band IV/5

Inhaltsverzeichnis Band IV/5	
Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 30. Mai 1996 bis zum 31. Dezember 1999	2-362

Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 30. Mai 1996 bis zum 31. Dezember 1999

30.05.1996
BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. Mai 1996 über eine Tagung in der Loccumer Akademie: **Der deutsche "Moff", ein Klischee in den Augen vieler Niederländer**
Tagung in Loccum fragte: Warum es Deutsche und Holländer schwer miteinander haben
Der "Moff" ist fett. Er ißt gern, trinkt gern, ist laut und schrill, und wenn er nicht gerade mit blanker Brust am Strand Sandburgen baut, dann trägt er Stiefel.
Der "Moff" - das ist der Deutsche, so wie ihn viele Holländer sehen. Ein Klischee, das unentwegt durch Filme, Fernsehen und Werbung geistert. Warum sich Deutsche und Holländer so schwer miteinander tun, das wollten Teilnehmer einer Tagung in der Loccumer Akademie wissen.
Vor allem Jugendliche lassen sich von den Vorurteilen gegen Deutsche anstecken, berichtet Carola Boumer-Siebert, die seit 20 Jahren mit einem Holländer verheiratet ist und in Alkmaar lebt. Auf den Schulen bekommen deutsche Kinder von ihren zehn- bis 15jährigen niederländischen Kameraden schon mal Klassenkeile. Autos mit deutschen Nummernschildern werden mit Hakenkreuzen besprüht. Im Grenzgebiet sind Schulklassen aus Deutschland, die zu Besuch ins Nachbarland reisten, von jungen Holländern verprügelt worden: "Kein Einzelfall", so die Frau.
Warum ausgerechnet Jugendliche? Die Schüler erhalten einen einseitigen Geschichtsunterricht, meint Professor Herman de Lange, Politikwissenschaftler an der Universität Groningen: "Gleich nach Karl dem Großen kommt der Einmarsch der Deutschen in die Niederlande 1940."
Andere Deutschlandbilder würden kaum vermittelt. Ein Deutscher ist ein Nazi: Das ist die Gleichung, die viele junge Holländer aufsaugen. Sie setzt sich in der Freizeit nahtlos fort:

"Die sehen sich englischsprachige Filme über den Zweiten Weltkrieg an. Einen nach dem anderen." Darin sind die Nazi-Deutschen stets die Dummen. ...
Holländer trügen noch das Bewußtsein in sich, sie lebten im goldenen Zeitalter, analysiert Professor de Lange. Das war von 1650 bis 1750. Holland blühte, war ein wirtschaftlicher Motor Europas. War eine Weltmacht mit Kolonien in Übersee und hatte eine reiche Kultur. Das protestantisch-calvinistische Weltbild, bis heute tief im Bewußtsein verankert, passe da genau: Wohlstand als sichtbares Zeichen göttlichen Segens.
Dann braute sich im Osten etwas zusammen: Preußen erwachte, baute im nahegelegenen Ruhrgebiet Industrie auf und zog im Wohlstand an den Holländern vorbei. Die reagierten neidisch.
Der Nachbar bekam Angst, fühlte sich in die Enge gedrängt. Dann marschierte Hitler ein und steigerte die Ängste ins Unermeßliche. "Ein Trauma", so Carola Boumer-Siebert.
Was kann man tun, um das Verhältnis zu entkrampfen? In beiden Ländern Sprachkenntnisse fördern, damit sich Deutsche und Holländer verstehen, rät Professor de Lange: ... "Geschichte", sagt er, "ist so explosiv wie eine Atombombe. Sie kann noch nach Jahrzehnten hochgehen."<<

Mai 1996

BRD: Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Gilbert Gornig schreibt in der Zeitschrift "Deutschland und seine Nachbarn – Forum für Kultur und Politik" im Mai 1996 über die Völkerrechtswidrigkeit von Vertreibungen und die entschädigungslosen Enteignungen in der Tschechoslowakei (x151/5-41): >>**A. Vertreibung der Sudetendeutschen**
In einer Vorlesung an der Universität Manchester im Jahre 1942 trug der Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung Eduard Benesch vor, daß Umsiedlungen eine schmerzhafte Operation und zu vielen kleineren Ungerechtigkeiten führten. Die Verfasser einer Friedensregelung könnten sich aber dann damit einverstanden erklären, wenn die Umsiedlungen human organisiert und international finanziert würden. Am 7. Juli 1942 wurde Benesch vom britischen Außenminister Anthony Eden informiert, daß "seine Kollegen mit dem Prinzip der Umsiedlung einverstanden" seien.
Kurz darauf unterrichtete man Benesch von einem Beschluß des britischen Kabinetts, wonach man keine Einwände gegen die Umsiedlung der Sudetendeutschen erheben werde. Es war dies die erste offizielle Zustimmung zum Plan, das Volk der Sudetendeutschen zu entwurzeln. Dieser ersten Zustimmung folgten im Sommer 1943 die Zustimmungen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.
Bei seiner Rückkehr aus Moskau im Februar 1944 erklärte Benesch dem Staatsrat im Exil: "Die Revolution muß gewalttätig sein. Es muß eine gewalttätige Abrechnung des Volkes mit den Deutschen und faschistischen Raubmördern sein, ein blutiger, mitleidloser Kampf."
General Ingr, der Befehlshaber der tschechoslowakischen Streitkräfte im Ausland, forderte seine Landsleute auf: "Wenn der Tag kommt, so wird die ganze Nation den alten und hussitischen Schlachtruf anwenden: 'Schlagt sie, tötet sie, laßt niemanden am Leben!' Jeder soll schon jetzt Umschau halten nach geeigneten Waffen, um den Deutschen das größte Leid anzutun. Wenn keine Feuerwaffen zur Hand sind, so sollte irgendeine andere Waffe, die schneidet, sticht oder zuschlägt, vorbereitet oder versteckt werden."
Später schrieb Edward Benesch: "Wenn eine Lösung des Minderheitenproblems auf irgendeine andere Weise nicht möglich ist, bin ich auf die harte Notwendigkeit der Bevölkerungsumsiedlung vorbereitet. ... Solche Umsiedlungen können viele Härten und Ungerechtigkeiten mit sich bringen. Doch ich bin verpflichtet zu sagen, das wird der Mühe wert sein können, wenn sie helfen, dauerhafteres Gleichgewicht und den Frieden zu schaffen."
Im Zehn-Punkte-Plan von Benesch aus dem Jahre 1944 wurde in Punkt 6 aufgeführt, welche Bürger deutscher Nationalität nach Deutschlands Niederlage aus der Republik ausgewiesen

werden sollen. Dazu gehörten nicht nur Mitglieder der Gestapo, der SS, der deutschen Polizei, Beamte deutscher Nationalität, Henlein-Funktionäre, Mitglieder der Hitlerjugend und führende Funktionäre aller anderen Organisationen der NSDAP, sondern auch Lehrer, Professoren, Juristen, Ingenieure, Teilnehmer am Vereins- und politischen Leben nazistischer Fachorganisationen, schließlich "alle Deutschen, die aus der Besetzung der Tschechoslowakei wirtschaftlich und finanziell für sich einen Nutzen gezogen haben oder dies versucht haben."

Das sog. Kaschauer Programm, das Programm der neuen tschechoslowakischen Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken, das auf der ersten Sitzung der Regierung am 5. April 1945 angenommen wurde, kündete bereits die Vertreibung der deutschen Bevölkerung und deren Enteignung an. Die Enteignung der Deutschen wurde dann in zahlreichen Dekreten des Präsidenten der Republik der Republik angeordnet.

Die Erinnerung an den Terror der Gestapo gab am 5. Mai 1945 bei einem Aufstand in Prag Anlaß zu Racheaktionen und Greueltaten gegen deutsche Soldaten und die deutsche Zivilbevölkerung. Einer bewaffneten Gruppe von Tschechen gelang es, den Sender Prag II in Besitz zu nehmen. Von dort aus forderten die Aufständischen die tschechische Bevölkerung auf, die Deutschen zu töten.

Die Menschenmassen gerieten, das nahe Ende des Krieges vor Augen, in Raserei, und es folgten grausame Morde an der deutschen Bevölkerung. Deutsche Soldaten wurden entwaffnet, erhängt, mit Benzin übergossen und als lebende Fackeln verbrannt. Deutsche Zivilisten wurden verhaftet, mißhandelt und geschändet. Einige tausend Menschen wurden getötet.

Nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 begann die gewaltsame Vertreibung der Deutschen aus Böhmen und Mähren. Am 30. Mai 1945 wurden etwa 30.000 deutsche Bewohner der Stadt Brünn gezwungen, das Land zu verlassen. Angehörige der tschechischen Nationalgarde riefen alle deutschen Bürger auf, um 9 Uhr vor ihren Häusern zu stehen, um diese für immer zu verlassen. Den Frauen blieben 10 Minuten, die Kinder zu wecken und sie anzuziehen und ein paar Habseligkeiten zusammenzupacken, Schmuck, Uhren, Pelze und Geld mußten die Deutschen den Nationalgardisten übergeben.

Als die Menschen die Grenze erreichten, drängten tschechische Grenzwachen die deutschen Frauen und Kinder den österreichischen Grenzwachen entgegen. Da sich die Österreicher weigerten, die Sudetendeutschen ins Land zu lassen und die Tschechen die Menschen nicht wiederaufnehmen wollten, wurden die Deutschen auf ein offenes Feld getrieben, das zu einem Konzentrationslager gemacht wurde, in dem täglich nahezu hundert Menschen starben.

Der Teil der Tschechoslowakei östlich der Linie Karlsbad – Pilsen – Budweis war durch die sowjetische Armee besetzt. In diesem Gebiet erfolgten brutale Überfälle auf die deutsche Bevölkerung. So durften die Deutschen aus diesen Gebieten bereits vertrieben werden, bevor die Potsdamer Konferenz Zwangsumsiedlungen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn gleichsam billigte. In den ersten Monaten nach Kriegsende waren die Deutschen den Verbrechen und Schikanen der tschechischen Bevölkerung schutzlos ausgeliefert.

Die Bewohner des Sudentenlands mußten damit für die Verbrechen und Unmenschlichkeiten, die von den Angehörigen der SS am tschechischen Volk verübt wurden, büßen, obwohl die sudetendeutschen und die Tschechen Jahrhunderte harmonisch zusammengelebt hatten, wie selbst der britische Außenminister Ernest Bevin feststellte.

Lediglich seit dem Vertrag von Saint Germain war das Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen gespannt, weil der deutschen Bevölkerung, die nun nicht mehr in dem von den Deutschen beherrschten Staat Österreich-Ungarn lebte, im Staat Tschechoslowakei Rechte vorenthalten wurden.

Insgesamt wurden aus der Tschechoslowakei etwa 3 Millionen Sudetendeutsche vertrieben, wobei über 225.000 ums Leben kamen, teilweise wurden sie vorher gefoltert. Nach Ermittlungen des Deutschen Roten Kreuzes waren 350.000 Deutsche längere oder kürzere Zeit in

Lagern oder Gefängnissen interniert. Etwa 25.000 deutsche Kriegsgefangene wurden als Arbeitssklaven gehalten und teilweise im Bergbau eingesetzt, wo ein Viertel auch ums Leben kam.
Die Verhältnisse im Lager Theresienstadt und die Behandlung der Inhaftierten wurden folgendermaßen geschildert:
"Bestimmt gab es unter ihnen welche, die sich während der Besetzungsjahre manches haben zuschulden kommen lassen, aber die Mahrzahl, darunter viele Kinder und Halbwüchsige, wurden bloß eingesperrt, weil sie Deutsche waren. Nur weil sie Deutsche waren ...? Der Satz klingt erschreckend bekannt. Man hatte bloß das Wort Juden mit 'Deutsche' vertauscht. ...
Die Menschen wurden elend ernährt, mißhandelt, und es ist ihnen um nichts besser ergangen, als man es von deutschen Konzentrationslagern her gewohnt war. ... Das Lager stand unter tschechischer Verwaltung, doch wurde von dieser nicht verhindert, daß Russen gefangene Frauen vergewaltigten."
Schließlich seien über 50.000 deutsche Soldaten von tschechoslowakischen "Partisanen" "unschädlich gemacht" worden.
Das von ihnen zurückgelassene Vermögen beläuft sich nach Angaben von Ermacora im Jahre 1945 auf 63 Milliarden Reichsmark nach dem Wert von 1938.
Im Jahre 1939 besetzten deutsche Truppen tschechoslowakisches Gebiet. Am 16. März 1939 wurde das "Protektorat Böhmen und Mähren" ausgerufen. Dies rechtfertigt zwar nicht die Vertreibung und Enteignung der Deutschen, darf aber nicht unerwähnt bleiben. Erwähnt werden muß auch, daß die Sudetendeutschen nicht erst 1938 angesiedelt wurden, sondern seit Jahrhunderten in ihren angestammten Siedlungsräumen lebten, lange bevor die Tschechoslowakei entstand, in einem Gebiet, das Jahrhunderte zum deutschen Staat und Österreich gehörte.

B. Völkerrechtswidrigkeit von Vertreibung und entschädigungsloser Enteignung

I. Vertreibung

1. Vorbemerkung

Man braucht sicherlich keine völkerrechtlichen Kenntnisse, um zu erkennen, daß die Vertreibung von Völkern und Volksgruppen Unrecht ist. Jeder Versuch, Vertreibung zu rechtfertigen, widerspräche unserem Rechtsgefühl, bedeutete eine Billigung der Vertreibung doch auch die Anerkennung von Gewaltpolitik, Rassenwahn, Menschenverachtung und Kollektivschuld. Das Bemühen eine internationale Friedensordnung aufzubauen, würde bereits im Keim erstickt.
Gelingt nun der Nachweis des völkerrechtlichen Vertreibungsverbots, so wird eigentlich nur etwas Selbstverständliches bewiesen. Gleichwohl ist der Nachweis nicht einfach, da die Aussagen zum Problem der Vertreibung in der Völkerrechtspraxis und in der Völkerrechtswissenschaft spärlich sind.
Nicht auf Interessenlosigkeit oder Unmenschlichkeit beruht aber das lange Schweigen des Völkerrechts zur Vertreibung, sondern auf der Eigenart des Völkerrechts als ein Recht in erster Linie der Staaten und nicht der Menschen und der Völker. Das Völkerrecht kümmerte sich lange Zeit überhaupt nicht darum, wie ein Staat seine eigenen Staatsbürger, sein Volk und die auf seinem Staatsgebiet lebenden Volksgruppen behandelte.
Ein Verbot der Massenausweisung von eigenen Staatsangehörigen hätte also das Völkerrecht schon aus diesem formellen Grund nicht enthalten können. Lediglich der Fremden nahm sich das Völkerrecht seit jeher an, denn die Behandlung von Fremden war von internationalem Belang. Zur Ausweisung von Fremden äußerte sich daher das Völkerrecht stets.
Ein weiterer Grund, der dazu beiträgt, daß die Aussagen des Völkerrechts zur Vertreibung spärlich sind, liegt darin, daß dem klassischen Völkerrecht Vertreibungsprobleme von dem Ausmaß, wie sie in der jüngsten Zeitgeschichte aufgetreten sind, nahezu unbekannt waren.

Das klassische Völkerrecht hatte deshalb für diese Vorgänge keine spezifischen Normen.
Es war geradezu selbstverständlich, daß der übernehmende Staat dem unterworfenen Gebiet sein Rechtssystem erst dann aufzwang, wenn die Gebietszession durch völkerrechtlichen Vertrag wirksam geworden war. In diesen Verträgen wurde dem weichenden Staat in der Regel auch die Gelegenheit gegeben, zum Vorteil seiner Angehörigen verschiedene Erleichterungen auszuhandeln.
Im übrigen beruhte das Völkerrecht auf dem Grundsatz der Achtung der elementaren Menschenrechte. so daß eine Vernichtung der Stammbevölkerung völlig undenkbar war. Es konnte sich daher das Völkerrecht darauf beschränken, sich nur mit den zweifelhaften Fragen der Gebietszession zu befassen. Es war selbstverständlich, daß der übernehmende Staat die Bevölkerung unangetastet lassen würde, sie ihrer Lebensgrundlagen nicht berauben, ihr mindestens die Möglichkeit geben würde, das Land mit seinen unerträglich gewordenen Existenzbedingungen frei zu verlassen. Im übrigen war das Recht auf Beibehaltung des Wohnsitzes im Recht sämtlicher Kulturstaaten grundsätzlich anerkannt. Dieses Recht auf Beibehaltung des Wohnsitzes erlosch auch nicht bei Souveränitätswechsel.

2. Begriff der Vertreibung

Allgemein versteht man unter Vertreibung die mit Gewalt oder sonstigen Zwangsmitteln bewirkte Aussiedlung der Bevölkerung aus ihrer Heimat. Charakteristisch für Vertreibung ist der behördliche Ausweisungsbefehl. Flucht liegt hingegen vor, wenn die angestammte Bevölkerung durch sonstiges Tun oder Unterlassen der örtlichen Machthaber gezwungen wird, ihre Heimat zu verlassen. Sie ist völkerrechtlich genauso zu würdigen wie die Vertreibung, wenn sie aufgrund staatlichen Drucks erfolgt.

3. Vertreibungsverbot

Die Frage, ob die Vertreibung von Menschen von ihrem Wohnsitz zulässig ist, ist bereits für die vierziger Jahre vom geltenden Völkerrecht ganz klar zu verneinen.

a. Recht auf Heimat

Das – allerdings bis zum heutigen Tage umstrittene - Recht auf die Heimat belegt die Rechtswidrigkeit von Vertreibungen. Auch das Bundesverfassungsgericht führte aus, daß sich der Begriff Heimat in Art. 3 III GG "auf die örtliche Herkunft nach Geburt oder Ansässigkeit" bezieht.
Die Vertreibung aus der Heimat ist rechtswidrig, weil sie die auf Völkergewohnheitsrecht beruhende, nur durch individuellen Abwanderungsentschluß aufhebbare Verbindung zwischen der Bevölkerung und dem angestammten Siedlungs- und Kulturraum zerreißt. Das Verbot der Vertreibung eigener Staatsangehöriger ergibt sich ferner daraus, daß kein Staat verpflichtet ist bzw. gezwungen werden kann, Nichtstaatsangehörige aufzunehmen. Das Recht auf die Heimat läßt sich auch mit dem im Völkerrecht anerkannten Verbot der Massenausweisung belegen.
Hinsichtlich des Inhalts des Rechts auf die Heimat lassen sich zwei Hauptforderungen unterscheiden: Die Träger des Rechts auf die Heimat haben das Recht, stets ungestört in der Heimat zu bleiben und jederzeit in die Heimat zurückzukehren. Das Recht, in der Heimat zu bleiben, brandmarkt jede Ausweisung. Zwangsumsiedlung aus Gründen der Diskriminierung und jede Vertreibung als völkerrechtswidrig. Das Recht, in die Heimat zurückzukehren bedeutet, daß die Träger nach einem Verlassen der Heimat - aus welchen Gründen auch immer, sei es freiwillig, sei es unter Zwang - jederzeit das Recht haben, in ihre angestammte Heimat zurückzukommen, um sich dort erneut anzusiedeln. ...

b. Haager Landkriegsordnung

Im Falle des Kriegszustands läßt sich das Vertreibungsverbot aus der Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 ableiten. ... So hat gemäß Art. 43 HLKO der Besetzende "nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und auf-

rechtzuerhalten und zwar ... unter Beachtung der Landesgesetze".
Die öffentliche Ordnung unter Beachtung der Landesgesetze stellt man aber nicht wieder her, wenn man die eingesessene Bevölkerung vertreibt.
Neben Art. 46 und 47 HLKO, die die Rechte der Familie, das Leben und das Privateigentum schützen, spricht auch Art. 55 HLKO für den Geist, in welchem besetzte Gebiete verwaltet werden sollen. So hat sich der Besetzer "nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe", die sich im besetzten Gebiet befinden, zu betrachten.
Zu erwähnen ist schließlich auch die sog. Martens'sche Formel, die in Absatz 5 der Präambel zur HLKO Aufnahme gefunden hat. Danach verbleiben bei einer Besetzung "die Bevölkerung und die Kriegsführenden unter dem Schutz und der Herrschaft der Grundsätze des Völkerrechts ...", wie sie sich "aus den unter gesitteten Völkern feststehenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens" ergeben.

c. Statut des Nürnberger Militärgerichtshofs

Das Vertreibungsverbot wurde auch als Tatbestand eines völkerrechtlichen Delikts in das Statut des Nürnberger Militärgerichtshofs aufgenommen. Art. 6 c) des Statuts des Nürnberger Militärgerichtshofs betrachtet Vertreibungen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Nach Art. 6 b) des Statuts sind Vertreibungen als Kriegsverbrechen zu qualifizieren. Den Äußerungen der Ankläger läßt sich entnehmen, daß ein Vertreibungsverbot nicht nur die Vertreibung aus einem besetzten Gebiet betraf. Dafür spricht insbesondere die Qualifizierung der Vertreibung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
So warf der Hilfsankläger für die Französische Republik, Pierre Mounier, den Angeklagten vor, Massendeportationen befohlen zu haben, die internationalen Konventionen, die Kriegsgesetze und -gebräuche, "die allgemeinen Grundsätze des Strafrechtes, wie sie sich aus den Strafgesetzen aller zivilisierten Nationen herleiten", verletzten.
Und als das Gericht im Einsatzgruppen-Prozeß die Angeklagten wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit verurteilte, erklärte es, daß das Gesetz nicht auf die während des Krieges begangenen Verbrechen beschränkt sei. "Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind Handlungen, die im Laufe von großangelegten und systematischen Vergehen gegen Leben und Freiheit begangen werden."
Im Juristenprozeß stellte das Gericht fest, es könne nicht länger behauptet werden, daß Verletzungen der Gesetze und Gebräuche des Krieges die allein möglichen Verletzungen gegen das internationale Gewohnheitsrecht seien. "Die Macht der Umstände, die unumstößliche Tatsache weltweiter gegenseitiger Verflechtung und der moralische Druck der öffentlichen Meinung hat die internationale Erkenntnis zur Folge gehabt, daß gewisse Verbrechen gegen die Menschlichkeit ... Verletzungen nicht bloß von Gesetzen, sondern auch des Gemeinen Völkerrechts darstellen. ...

e. Zwischenergebnis

Es gibt also keinen Rechtssatz des Völkerrechts, der es einem Staat, dem Besatzerfunktionen zustehen oder dem in einem Vertrag die territoriale Souveränität oder die Gebietshoheit über ein Gebiet eingeräumt wurde, oder der ganz einfach seit jeher die territoriale Souveränität beansprucht, gestattet, die Bevölkerung zu verjagen.
Erst recht hat das Vertreibungsverbot im Falle einer völkerrechtswidrigen Annexion Gültigkeit.

4. Keine Rechtfertigung der Vertreibung

a. Potsdamer Abkommen

Der im Potsdamer Abkommen Abschnitt XIII über die "Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" kann nicht als Rechtfertigung der Vertreibung betrachtet werden. Unabhängig von der Frage der Rechtsnatur des Potsdamer Abkommens ist dem Abschnitt XIII

kein Umsiedlungsvertrag zu entnehmen.
Ein solcher verlangt nämlich die Einigung zweier Staaten, von denen einer die Personen loswerden will oder bereit ist, sie ziehen zu lassen, der andere bereit ist, diese aufzunehmen. Deutschland und die Tschechoslowakei waren aber am Potsdamer Abkommen nicht beteiligt, so daß sie schon deswegen nicht Partner eines Umsiedlungsvertrages sein konnten. Das Potsdamer Abkommen hatte auch nicht bezweckt, Austreibungen zu initiieren oder anzuordnen. Vielmehr mag es in der Absicht der Konferenzmächte gelegen haben, die bereits laufenden Vertreibungen zukünftig in humaner Weise durchzuführen.
Sollte man allerdings das Potsdamer Abkommen so verstehen, daß damit eine Vertreibung angewiesen werde, so wäre das Abkommen jedenfalls insoweit mit dem schon damals geltenden Völkerrecht nicht im Einklang.

b. "tu quoque"

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung läßt sich nicht mit den von den Nationalsozialisten durchgeführten Vertreibungsmaßnahmen rechtfertigen. Das Völkerrecht kennt nicht den Grundsatz "tu quoque".

c. Repressalie

Unter Repressalie versteht man ein vom Völkerrecht zugelassenes Mittel zur Selbsthilfe, kraft dessen eine von einem Völkerrechtssubjekt begangene Völkerrechtsverletzung mit Maßnahmen beantwortet werden darf, die an sich eben völkerrechtswidrig wären.
Das Völkerrecht erlaubt lediglich eine Repressalie, um den Rechtsbrecher zur Aufgabe seines rechtswidrigen Verhaltens zu veranlassen. Die deutschen Rechtsverletzungen gegenüber dem Tschechoslowakischen Staat waren aber 1945 bereits beendet, so daß eine Repressalie nicht mehr statthaft war. Auch fehlte es an dem erforderlichen Versuch, die Probleme friedlich zu lösen sowie an der notwendigen Androhung der Repressalie. Im Übrigen ist eine Verletzung von Leib und Leben, also auch eine Vertreibung mit schweren Eingriffen in die körperliche Unversehrtheit, als Repressalie unzulässig.

5. Resümee

Es zeigt sich also, daß die Vertreibung - auch als Folge eines Krieges - völkerrechtswidrig ist. Völkerrechtliche Rechtfertigungsgründe sind nicht denkbar.

II. Enteignung

1. Allgemein

Mit der Vertreibung eng verbunden ist in der Regel die Enteignung. Auch hier stellt sich die Frage der Rechtmäßigkeit einer Enteignung, der Haftung und der Wiedergutmachung der betroffenen Bevölkerungsteile.
Es gehört zu den Rechten des Souveräns, die Eigentumsverhältnisse in seinem Staatsgebiet grundsätzlich nach eigenem Ermessen zu ordnen. So kann er etwa auch Verstaatlichungen durchführen. Soweit diese Maßnahmen Inländer betreffen, sind diese grundsätzlich ohne völkerrechtlichen Belang, die Frage der Rechtmäßigkeit der Umgestaltung der Eigentumsordnung ist ein rein innerstaatliches Problem, so daß allein das nationale Recht des Staates über die Rechtmäßigkeit der Maßnahme entscheidet. Lediglich die international anerkannten fundamentalen Menschenrechte hat der Nachfolgestaat zu respektieren.
Betrifft die Änderung der Eigentumsordnung jedoch auch das Privatvermögen von Personen einer anderen Staatsangehörigkeit als die des enteignenden Staats, so ist diese Änderung auch von internationalem Belang und daher dem Maßstab des Völkerrechts unterworfen. Der Staat hat das völkerrechtliche Fremdenrecht und die fundamentalen Menschenrechte zu beachten.

2. Verbot der entschädigungslosen Enteignung

a. Völkerrechtliches Fremdenrecht

aa. Anwendbarkeit des völkerrechtlichen Fremdenrechts

Völkerrecht ist anzuwenden, wenn sich die Hoheitsakte gegen das Eigentum von Fremden

richten. ...
... Die Sudetendeutschen waren ... zum Zeitpunkt der Enteignung und Vertreibung als deutsche Staatsangehörige zu betrachten.

bb. Zulässigkeit der Enteignung nach völkerrechtlichem Fremdenrecht

(1) Allgemein

Völkerrecht ist hier relevant, da die enteignenden Maßnahmen Ausländer betreffen. In bezug auf das Vermögen von Fremden gelten die Regeln des völkerrechtlichen Fremdenrechts, nach denen die gegenüber Ausländern bestehende völkerrechtliche Verpflichtung nicht allein durch eine Gleichbehandlung mit Inländern erfüllt werden kann, sondern darüber hinaus die Beachtung eines internationalen Mindeststandards erforderlich ist.
Ein prinzipielles Verbot der Enteignung von Ausländern besteht nicht. Der internationale Mindeststandard verlangt aber, daß die Enteignungen überwiegend im öffentlichen Interesse liegen, und verbietet diskriminierende, willkürliche Enteignungen sowie entschädigungslose Enteignungen, sog. Konfiskationen.
Für eine völkerrechtsgemäße Enteignung gilt also der Grundsatz der Entschädigungspflicht. Es ist an den Enteigneten eine "prompte, adäquate und effektive Entschädigung" zu zahlen. Diese sog. "Hull-Formel" geht davon aus, daß eine Entschädigung sofort, also unmittelbar zum Zeitpunkt der Enteignung oder nur unwesentlich später zu zahlen ist. Adäquat ist sie nur dann, wenn sie den vollen Wert oder dem Marktwert des enteigneten Gegenstandes entspricht. ... Diese Regeln hatten auch schon im Jahre 1945 Bestand. So stammt die Hull-Formel aus dem Jahre 1938. Im übrigen hat sogar die Tschechoslowakei mit Österreich ein Globalentschädigungsabkommen geschlossen.
Als Ergebnis ist festzustellen, daß Enteignungen, die nicht im öffentlichen Interesse liegen, gegen das Diskriminierungsverbot und die Entschädigungspflicht verstoßen, dem völkerrechtlichen Fremdenrecht widersprechen und deshalb völkerrechtswidrig sind.

(2) Völkerrechtliche Zulässigkeit der Enteignung der Sudetendeutschen

... Völkerrechtswidrige Ziele dürfen jedoch mit den Enteignungsmaßnahmen nicht angestrebt werden. Da die Vertreibungsmaßnahmen durch die Tschechoslowakei völkerrechtswidrig waren, konnten die Enteignungsmaßnahmen nicht dem öffentlichen Nutzen dienen und waren schon deswegen völkerrechtswidrig.

b) Diskriminierungsverbot

... Die Enteignungen der Deutschen waren Teil der Vertreibungs- und Verfolgungsmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung. Ziel der Politik war die "Lösung der Minderheitenfrage durch Vertreibung". Deshalb liegt hier im Bereich der Enteignungen eine Diskriminierung der Deutschen aus ethnischen Gründen vor. Sie sollten als Minderheit beseitigt werden. Die Aggression Deutschlands im Zweiten Weltkrieg rechtfertigt nach dem Völkerrecht keine Diskriminierung der deutschen Zivilbevölkerung durch Enteignungsmaßnahmen. Damit waren die Enteignungsakte des tschechoslowakischen Staates, bejaht man das Kriterium des Diskriminierungsverbots, auch aus diesem Grund völkerrechtswidrig.

c) Entschädigung

(aa) Allgemein

Im innerstaatlichen Recht hatte sich im 19. Jahrhundert der Grundsatz durchgesetzt, daß der enteignende Staat bei einer Enteignung zur Entschädigung verpflichtet sei. Dieser allgemeine Rechtsgrundsatz gilt seitdem auch im Völkerrecht und wurde in der Praxis respektiert. So kamen insbesondere Ostblockstaaten nach dem Übergang zum sozialistischen System fast ausnahmslos der Verpflichtung, die betroffenen ausländischen Eigentümer zu entschädigen, in Globalentschädigungsabkommen nach.
Die Enteignungen der Deutschen erfolgten hingegen ohne jegliche Entschädigung der Betroffenen. Die Enteignungsakte des tschechoslowakischen Staates waren damit auch wegen feh-

lender Entschädigungsleistung mit den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts unvereinbar.

(bb) Lastenausgleichszahlungen als Rechtfertigung ...

Die Gewährung von Lastenausgleichszahlungen durch die Bundesrepublik Deutschland kann von der Tschechoslowakei natürlich nicht als Rechtfertigung herangezogen werden, um keine Entschädigungszahlungen zu leisten. Der Lastenausgleich diente der Eingliederung der Vertriebenen durch gezielte Maßnahmen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Die Entschädigungsleistungen sollten einen vorläufigen Ausgleich von Kriegs- und Kriegsfolgelasten zwischen den Opfern der Vertreibung und den nicht so schwer betroffenen Bevölkerungsteilen schaffen.

Bereits die Präambel des Gesetzes zum Lastenausgleich akzentuiert, daß die Gewährung und Aufnahme von Leistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz weder die Vermögensrechte des Geschädigten berühren, noch den Verzicht auf Geltendmachung von Ansprüchen und Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens darstellen. Die Leistungen aus dem Lastenausgleich sollten also keinesfalls den tschechoslowakischen Staat begünstigen und von Ansprüchen freistellen.

b. Verletzung von Menschrechten

Während gewöhnliche Enteignungen nur auf die Eigentumsbeschaffung zielen und regelmäßig nicht Menschenrechte verletzen oder gar in die Menschenwürde eingreifen, sind die Menschenrechte in der Regel dann verletzt, wenn es zu Verfolgungen und zu Ächtungen kommt. So bezwecken Enteignungsmaßnahmen gegenüber Minderheiten und Volksgruppen häufig nicht nur die Eigentumsverschaffung. Vielmehr will der enteignende Staat die Bevölkerungsgruppe zugleich diskriminieren und vertreiben, um ein national homogenes Staatswesen zu schaffen. Aus diesem Grunde vollzogene Enteignungen beinhalten daher erhebliche Menschrechtsverletzungen.

Werden also Menschen gerade wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Minderheit oder Volksgruppe von den Enteignungen betroffen und mit dem Mittel der Vertreibung verfolgt – sind die Konfiskationen also nicht in erster Linie sachbezogen, sondern gruppenbezogen -, so stellen sie eine erhebliche menschrechtswidrige Diskriminierung der Bevölkerung wegen ihrer nationalen Herkunft dar. Eine völkerrechtliche Verankerung eines solchen fundamentalen Menschenrechts wird man bereits für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nachweisen können.

Die Enteignungsmaßnahmen des tschechoslowakischen Staats widersprachen auch den Menschenrechten. Geht man davon aus, daß das Eigentum in den vierziger Jahren nicht als Menschenrecht anerkannt war, liegt jedenfalls kein Verstoß gegen das Recht auf Eigentum vor. Es ist aber eine menschrechtswidrige Diskriminierung der Deutschen zu bejahen, da die Enteignungs- und Vertreibungsmaßnahmen die Bevölkerung wegen ihrer nationalen Herkunft trafen. Die Enteignungsmaßnahmen dienten nicht lediglich der Eigentumsbeschaffung, sondern sollten die deutsche Bevölkerung diskriminieren.

c. Tschechoslowakische Rechtfertigungsversuche

aa. Kriegsbeute

Die Tschechoslowakei trägt zur Rechtfertigung der Konfiskationen vor, daß es sich bei dem Eigentum der Flüchtlinge um Kriegsbeute gehandelt habe, die entschädigungslos habe kassiert werden können.

Dieser Rechtfertigungsgrund greift nicht. Es handelt sich beim Kriegsbeuterecht um ein Institut des Kriegsvölkerrechts vergangener Jahrhunderte. Nach der bereits vor dem Zweiten Weltkrieg geltenden Haager Landkriegsordnung hat privates Eigentum im Landkrieg grundsätzlich unberührt zu bleiben. Es besteht daran kein Beuterecht. Diese Bestimmung hat auch völkergewohnheitsrechtliche Geltung. Das Verbot galt auch nach der bedingungslosen Kapi-

tulation vom 7. und 8. Mai 1945, da mit der Einstellung der Feindseligkeiten nicht der Kriegszustand im rechtstechnischen Sinne beendet war.

bb. Potsdamer Abkommen

Die Tschechoslowakei beruft sich zur Rechtfertigung der entschädigungslosen Enteignungen auch auf das Potsdamer Abkommen. Zum einen konnte das Potsdamer Abkommen als "res inter alios gesta" für die Tschechoslowakei und Deutschland keine Bindungswirkung erzeugen. Es galten somit die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung fort. Zum anderen trifft das Potsdamer Abkommen weder in Abschnitt XIII, der die Vertreibungsmaßnahmen anspricht, noch in Abschnitt IV, der die von Deutschland zu erbringenden Reparationen behandelt, eine Regelung zu vermögensrechtlichen Folgen der Vertreibung.

cc. Repressalie

Die völkerrechtswidrige Enteignung der Sudetendeutschen kann nicht mit einer Repressalie gerechtfertigt werden. Es fehlt am Bemühen, eventuelle Forderungen auf andere Weise geltend zu machen sowie an der Androhung. Ferner ist eine Repressalienmaßnahme nicht als Faustpfand zur Durchsetzung von Ansprüchen statthaft. Schließlich wollte man mit den Enteignungsmaßnahmen kein Faustpfand erlangen, sondern die Deutschen verjagen. Wollte man wirklich mit der Enteignung sich eigene Entschädigungsansprüche sichern, hätte die Tschechoslowakei im übrigen nicht auf das Vermögen deutscher Privatpersonen zurückgreifen dürfen.

d. Völkerrechtlich Konsequenzen

Die Tschechoslowakei hat völkerrechtswidrig gehandelt und konnte durch seine Enteignungsmaßnahmen nicht Privateigentum seiner Bürger an sich reißen. Die von den deutschen Staatsangehörigen im Sudetenland zurückgelassenen Eigentumsprojekte befinden sich also nach dem Völkerrecht weiterhin im Eigentum dieser Personen.

e. Bedeutung der Völkerrechtswidrigkeit in einer fremden nationalen Rechtsordnung

... Folge einer Vertreibung ist, daß die vertriebene Bevölkerung den größten Teil ihres Eigentums in der alten Heimat zurücklassen muß. Vertreibung und Enteignung können damit als ein Akt gewertet werden. Auch die Vertreibung der Sudetendeutschen hatte deren Enteignung zum Ziele und umgekehrt die Enteignung die Vertreibung. Beide Maßnahmen wurden auch durch dieselben hoheitlichen Maßnahmen angeordnet.

Es liegt folglich ein völkerrechtliches Verbrechen vor, dessen Folgen nach dieser Ansicht von Drittstaaten nicht anerkannt werden dürfen. Auf die Frage, ob auch Völkermord und damit zweifelsohne eine international crime vorlag, kommt es damit gar nicht an; auch nicht auf das Problem; daß die Völkermordkonvention zur Zeit der Vertreibung noch nicht in Kraft war.

Tomuschat verneint für den Fall der Vertreibung der Sudetendeutschen ein international crime mit der Begründung, daß jedenfalls seit dem 8. Mai 1945 die Tschechoslowakei in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 wieder existierte. Vertreibung und Konfiskation hätten also auf dem eigenen Boden der Tschechoslowakei stattgefunden.

Da der Abschnitt des Nürnberger Urteils über "Plünderung öffentlichen und privaten Eigentums" aber rechtlich unter dem Vorzeichen der Art. 49 ff. der Haager Landkriegsordnung stünde, wonach die Befugnisse einer Besatzungsmacht im besetzten Land weitreichenden Einschränkungen unterlägen, gäben diese Regeln für die im eigenen Land durchgeführte Taten nichts her. Diese Ansicht hätte aber die Konsequenz, daß ein Staat seine eigene Bevölkerung vertreiben könnte, ohne ein international crime zu begehen. Heute insbesondere angesichts jüngster Ereignisse, mag dies nicht mehr vertretbar sein. Bei der Vertreibung der Sudetendeutschen kommt es aber auf die Zeit nach 1945 an.

Zum einen ist bei der auch von den Westmächten vertretenen Gültigkeit des Münchner Abkommens durchaus zweifelhaft, ob es sich bei den sudetendeutschen Gebieten tatsächlich bereits wieder um tschechoslowakisches Gebiet handelte. Durch welchen Akt sollte denn die

territoriale Souveränität auf die Tschechoslowakei übertragen worden sein?
Man wird jedoch auch eine - erst recht aus diskriminierenden Gründen erfolgende – Vertreibung der Wohnbevölkerung, unabhängig davon, ob es sich um eigene oder fremde Staatsangehörige handelt, und die damit zusammenhängende Enteignung als Verletzung fundamentaler Grundsätze der Menschlichkeit und der unternationalen Gemeinschaft betrachten müssen.
Die Tatsache, daß die Vertreibungsmaßnahme nicht Menschen in okkupierten Gebieten, sondern die eigene Wohnbevölkerung betrifft, wird man nicht als weniger gravierend qualifizieren können.
Auch den Nürnberger Prozessen ist keineswegs zu entnehmen, daß lediglich eine Vertreibung durch den Besatzer als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu betrachten sei, vielmehr jedenfalls auch diese. Und in der Tat war die Vertreibung der Menschen von ihrem Grund und Boden seit jeher geächtet. ...

(1) Art. 25 GG

Durch Art. 25 GG erlangen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts eine unmittelbare innerstaatliche Wirkung. Art. 25 GG verpflichtet die Bundesrepublik Deutschland, sich nicht völkerrechtswidrig zu verhalten. Die Bestimmung trifft aber keine Aussage darüber, wie sich die Bundesrepublik gegenüber völkerrechtswidrigem Handeln anderer Staaten verhalten soll. Etwas anderes gilt jedoch bei ius cogens (zwingendem Recht), aber auch bei völkerrechtlichen Verbrechen kann anderes gelten. Die Beachtung eines dem ius cogens widersprechenden ausländischen Rechtssatzes ist untersagt. Der Staat, der ius cogens verstoßende Rechtsakte anderer Staaten respektiert, würde selbst gegen ius cogens verstoßen.
Nun verstoßen allerdings entschädigungslose Enteignungen für sich nicht gegen ius cogens. Da aber eine menschenrechtswidrige Diskriminierung der Deutschen verbunden mit Vertreibungsmaßnahmen zu bejahen ist, ist eine Verletzung von ius cogens zu bejahen. soweit ein Verstoß gegen ius cogens vorliegt, dürfen deutsche Behörden und Gerichte gemäß Art. 25 GG die entsprechenden tschechoslowakischen Hoheitsakte nicht anerkennen.
Wie oben ausgeführt ist auch das Vorliegen eines völkerrechtlichen Verbrechens zu bejahen. Auch diese Tatsache verpflichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Nichtanerkennung der Vertreibungs- und Enteignungsmaßnahmen des tschechoslowakischen Staates.

(2) Art. 6 EGBGB

Die Völkerrechtswidrigkeit ausländischer Hoheitsakte ist auch im Rahmen des Art. 6 EGBGB zu berücksichtigen. Zu den "wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts" im Sinne von Art. 6 EGBGB gehören gemäß Art. 25 GG auch die allgemeinen Regeln des Völkerrechts. ... Da diskriminierende, entschädigungslose Enteignungen mit dem allgemeinen Völkerrecht nicht vereinbar sind, verstoßen sie auch gegen den ordre public (öffentliche Ordnung).
In seinem Völkerrechtslehrbuch schreibt (der deutsche Völkerrechtler Christof) Dahm ... "Die deutschen Gerichte und Gerichte anderer Saaten sind nicht gehalten, die Enteignungen deutscher Vermögen in Polen, der Tschechoslowakei und anderen europäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg im Bereiche ihrer Zuständigkeit als rechtswirksam zu behandeln. Die dort vorgenommenen Massenvertreibungen und -Enteignungen enthalten einen so großen Verstoß gegen den internationalen ordre public, daß sie nicht anerkannt werden müssen, ja nicht einmal anerkannt werden dürfen."
Entschädigungslose Enteignungen sind aber auch mit dem nationalen ordre public nicht in Einklang stehend, da sie mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts unvereinbar sind. ...

(3) Zwischenergebnis

Für den deutschen Rechtskreis ist damit die Nichtanerkennung der völkerrechtswidrigen Maßnahmen gemäß Art. 25 GG und Art. 6 EGBGB geboten, die ursprünglichen Eigentumstitel sind weiterhin als existent zu betrachten. ...

f. Einwendungsverzicht gemäß Art. 3 Sechster Teil, Art. 1 Neunter Teil Überleitungsvertrag

aa. Inhalt

Nach Art. 3 Abs. 1 Sechster Teil Überleitungsvertrag vom 26. Mai 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Westmächten wird die Bundesrepublik Deutschland

"in Zukunft keine Einwendungen gegen Maßnahmen erheben wird, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder aufgrund des Kriegszustandes oder aufgrund von Abkommen, die die Drei Mächte mit anderen alliierten Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden.

Gleichzeitig normiert Art. 3 Abs. 3 Sechster Teil Überleitungsvertrag, daß

"Ansprüche und Klagen gegen Personen, die auf Grund der in Absatz (1) ... dieses Artikels bezeichneten Maßnahmen Eigentum erworben oder übertragen haben, sowie Ansprüche und Klagen gegen internationale Organisationen, ausländische Regierungen oder Personen, die auf Anweisung dieser Organisationen oder Regierungen gehandelt haben",

nicht zugelassen sind.

Art. 1 Neunter Teil Überleitungsvertrag regelt, daß

"deutsche Staatsangehörige, die der Herrschaftsgewalt der Bundesrepublik unterliegen, gegen Staaten, welche die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind oder mit Deutschland im Kriegszustand waren oder in Art. 5 des Fünften Teils dieses Vertrages genannt sind, sowie gegen deren Staatsangehörige keine Ansprüche irgendwelcher Art erheben wegen Maßnahmen, welche von den Regierungen dieser Staaten oder mit ihrer Ermächtigung in der Zeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen worden sind; auch darf niemand derartige Ansprüche vor einem Gericht in der Bundesrepublik geltend machen."

Der Einwendungsverzicht aus Art. 3 Abs. 1 Sechster Teil Überleitungsvertrag führte dazu, daß die Bundesregierung auf die Geltendmachung völkerrechtlicher Ersatzansprüche im Wege des diplomatischen Schutzes gegenüber den Alliierten verzichtete. ... Art. 3 enthält aber keine Aussage über den rechtlichen Bestand der Ansprüche, hebt diese also materiell-rechtlich nicht auf. ...

bb. Fortgeltung

Nach Art. 7 des "Zwei-plus-Vier-Vertrages" beendeten die Vier Mächte "ihre Rechte und Verantwortlichkeiten" in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Art. 7 Abs. 1 bezieht sich aber nur auf die Vereinbarungen der vier Siegermächte über Deutschland. Da aber nach Art. 7 Abs. 2 des "Zwei-plus-Vier-Vertrages" das vereinte Deutschland "demgemäß die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten" hat, müßten auch die Regelungen der Verträge der drei Westmächte mit der Bundesrepublik Deutschland, die die deutsche Souveränität beeinträchtigen, ihre Bedeutung verloren haben. Folge wäre damit die Beendigung des Deutschlandvertrages und auch des Überleitungsvertrages.

... Allerdings werden die für die eigentumsrechtliche Problematik relevanten Bestimmungen des Sechsten und Neunten Teils durch den Notenwechsel seltsamerweise nicht außer Kraft gesetzt. Sie haben damit auch künftig Gültigkeit. Innerstaatlich haben die fortgeltenden Normen nun den Charakter einer Rechtsverordnung des Bundes. ...

C. Völkerrechtliche Haftung

I. Einleitung

Wie jede Rechtsordnung enthält auch das Völkerrecht den Grundsatz, daß seine Subjekte für die ihnen zuzurechnenden rechtswidrigen Handlungen, die völkerrechtlichen Delikte, einzustehen haben. Sie sind dabei dem oder den unmittelbar verletzten Völkerrechtssubjekten ge-

genüber verantwortlich. Die Rechtsverletzung ist wiedergutzumachen. Der Staat haftet.

II. Subjekt und Objekt völkerrechtlichen Unrechts

1. Subjekt

a. Allgemein

Subjekt völkerrechtlichen Unrechts ist das Völkerrechtssubjekt, also in erster Linie der Staat. Infolge der weitgehenden Mediatisierung des Menschen im Völkerrecht wird ein völkerrechtliches Unrecht in der Regel von Staaten begangen. Nur im Falle des Bestehens eines Kriegsverbrechens wird das Unrecht dem Menschen zugerechnet, der die verbotene Tat gesetzt hat und der dann auch persönlich haften muß.

b. Haftung des Staates für das Handeln seiner Organe

Da die Völkerrechtssubjekte stets durch ihre Organe handeln, die sie handlungsfähig machen, haften sie auch für das Handeln ihrer Organe. Bei den wichtigsten Völkerrechtssubjekten, den souveränen Staaten, sind es Organe der Legislative, der Exekutive und der Judikative, die für eine solche Haftung in Frage kommen, soweit diese international tätig geworden sind und ein anderes Völkerrechtssubjekt geschädigt haben.

Dies kann geschehen durch völkerrechtswidrige Gesetze, aber auch durch völkerrechtswidrige Maßnahmen der Exekutive und der Rechtsprechung. Die völkerrechtswidrige Enteignung erfolgte hier durch die beiden Konfiskationsdekrete vom 21. Juni und 25. Oktober 1945, also durch hoheitliche Maßnahmen des tschechoslowakischen Staates. Der Staat kann sich bei der Haftung für seine Rechtsprechung nicht auf die Unabhängigkeit seiner Gerichte berufen.

Zur Wiedergutmachung sind die Vertreiberländer, also die Staaten, deren Organe bzw. deren Privatpersonen die Bevölkerung aus ihrer angestammten Heimat vertrieben haben, verpflichtet. Es spielt keine Rolle, daß unterdessen die Regime, die zur Zeit der Vertreibung regierten, heute nicht mehr an der Macht sind. Haftungssubjekt ist das Völkerrechtssubjekt unabhängig von seiner jeweiligen Verfaßtheit.

Die Vertreiberstaaten sind für alle Völkerrechtswidrigkeiten wie Mord, Mißhandlung, Vergewaltigung usw. der ortsansässigen Bevölkerung verantwortlich. Die Vertreiberstaaten haben sich auch das völkerrechtswidrige Verhalten von Individuen zurechnen zu lassen, wenn diese im Rahmen einer staatlichen Organisation tätig waren.

c. Haftung des Staates für die Handlungen Privater

... Auch für die Ausschreitungen von privaten Personen tragen die Vertreiberstaaten die völkerrechtliche Verantwortlichkeit, soweit sie nicht hinreichend Vorsorge zur Verhinderung solcher Handlungen getroffen haben oder die Privatpersonen sogar ermunterten, rechtswidrige Handlungen an Privatpersonen vorzunehmen.

2. Objekt

Der Staat ist auf der anderen Seite auch Objekt eines völkerrechtlichen Unrechts. Viele völkerrechtliche Unrechtstatbestände beziehen sich auf Schäden, die dem Menschen zugefügt werden, gleichwohl ist infolge der Mediatisierung des Menschen Objekt dieses Unrechts nicht der geschädigte Mensch selbst. Es wird vielmehr fingiert, daß in der Person des Geschädigten dessen Heimatstaat, hier also der deutsche Staat, geschädigt wurde. Es steht daher dem tatsächlich geschädigten Menschen in der Regel nicht das Recht zu, völkerrechtliche Schritte zur Ahndung oder Beseitigung der Folgen eines völkerrechtlichen Unrechts zu unternehmen.

III. Völkerrechtswidrigkeit

Eine Haftung für eine Völkerrechtsverletzung tritt grundsätzlich nur ein, wenn die Handlung rechtswidrig war. Bei Handlungsdelikten ist in der Regel aber die bloße objektive Verletzung einer Völkerrechtsnorm entscheidend. Bestimmte Umstände können ausnahmsweise die Rechtswidrigkeit – und damit die Haftung – ausschließen.

Als Rechtfertigungsgründe gelten etwa Höhere Gewalt, Notstand, Notwehr und Repressalie sowie die Einwilligung. Die genannten Gründe kommen aber als Rechtfertigungsgründe bei

Vertreibung und Enteignung nicht in Betracht. Auch die Repressalie kann eine Vertreibung und Enteignung nicht rechtfertigen. ...

V. Wiedergutmachungspflicht

1. Allgemein

Ein Staat, dem ein völkerrechtswidriger Unrechtstatbestand zugerechnet wird, ist dem verletzten Staat gegenüber zur Wiedergutmachung verpflichtet. Die Wiedergutmachung hat soweit wie möglich alle Folgen des Unrechtstatbestandes zu beseitigen. ...

3. Materielle Schäden

a. Naturalrestitution

Bei materiellen Schäden ist grundsätzlich der frühere Zustand wiederherzustellen. Dieser Grundsatz der Naturalrestitution gehört zu den "von den Kulturvölkern anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätzen" im Sinne des Art. 38 Abs. 1 lit. c des Status des Internationalen Gerichtshofs.

Das völkerrechtswidrige, deliktische Verhalten der Vertreiberstaaten sieht als Rechtsfolge also die Pflicht zur Wiedergutmachung der Schädigungen vor. Die Wiedergutmachung erfolgt durch Naturalrestitution. Naturalrestitution bedeutet, die Rücknahme des Ausweisungsbefehls, die Rückgabe des konfiszierten Eigentums, die Aufhebung des rechtswidrigen Gesetzes. Naturalrestitution heißt, daß die angestammte Bevölkerung wieder in ihre Heimat zurückkehren und ihre Häuser neu beziehen darf. Es ist also insgesamt der frühere Zustand wiederherzustellen. ...

b. Schadensersatz

Ist die volle Beseitigung des Schadens nicht möglich, nicht zumutbar, unbillig, demütigend oder gar rechtsmißbräuchlich, so ist Schadensersatz zu leisten. Die Ersatzleistung muß insgesamt die vollständige Wiedergutmachung des erlittenen Schadens gewährleisten. Sie umfaßt auch den entgangenen Gewinn, der nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwarten gewesen wäre. Auch die entgangene Nutzung widerrechtlich entzogenen Eigentums wird als entgangener Gewinn entschädigt. ...

4. Immaterielle Schäden

Auch immaterielle Schäden sind wiedergutzumachen und zwar sowohl diejenigen, die dem verletzten Staat selbst zugefügt worden sind, als auch diejenigen, die die verletzten Staatsangehörigen erlitten haben. Ein solches immaterielles Gut des Staates, das durch die Rechtsverletzung beeinträchtigt werden kann, ist etwa die Ehre des Staates, seine Unabhängigkeit und seine territoriale Integrität. Immaterielle Schäden, die Privatpersonen zugefügt werden können, sind beispielsweise die Verletzung von Persönlichkeitsrechten oder die Zufügung seelischen Leidens, ausgelöst etwa durch die Vertreibung und Enteignung.

Für völkerrechtswidrige ideelle Schäden ist Genugtuung zu leisten. Diese Genugtuung kann durch eine feierliche Entschuldigung erfolgen, aber auch in der angemessenen Bestrafung der Schuldigen bestehen. Als Genugtuung ist auch die bloße Feststellung der begangenen Völkerrechtsverletzungen durch ein Schiedsgericht oder den internationalen Gerichtshof denkbar. ...

V. Fortdauer der Haftung für Staatsorgane

Die Haftung des Staates dauert auch dann fort, wenn das Regime, das das völkerrechtliche Unrecht begangen hat, beseitigt worden ist. Die Haftung erlischt erst, wenn der Staat untergeht. Sie geht nicht auf den oder die Gebietsnachfolger über. Die Tschechoslowakei ist nicht untergegangen, sie lebt in der Tschechischen Republik fort, so daß weiterhin ein Haftungsträger vorhanden ist. ...

VII. Verjährung

Die Haftung kann unter Umständen kraft Verjährung enden. Allerdings kennt das Völkerrecht keine festen Verjährungsfristen. ... Handelt es sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, so wird eine Verjährung auch des Wiedergutmachungsanspruchs analog der UN-Konvention

über die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgeschlossen sein. ...

VIII. Resümee

Die Tschechische Republik ist für sein völkerrechtswidriges Handeln im übrigen völkerrechtlich verantwortlich und hat den verschuldeten Schaden wiedergutzumachen.

Wegen der gegen das Völkerrecht verstoßenden Enteignungsmaßnahmen ist das Eigentum zurückzugeben und soweit dies nicht möglich ist, ein Ausgleich zu leisten. Dieser Anspruch ist völkerrechtlich nicht dadurch ausgeschlossen, daß dritte Personen private Rechte an dem Eigentum aufgrund des tschechoslowakischen Zivilrechts erworben haben. ...<<

Juni 1996

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Juni 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1996 (x853/...): >>... **Ein Mythos-Denkmal wird gestürzt**

Marx - "der erfolgreichste 'Theologe' seit der Reformation". "Das eigentliche menschliche Verhalten (ist nach Marx) Liebe" - Tillich, Fuchs, Gollwitzer.

Nur "Analyse" und "Methode" - Cardenal, Dom Helder, Boff.

"Wir alle stehen auf den Schultern von Karl Marx" - Oswald von Nell-Breuning SJ.

Marx, "der unübersteigbare Horizont" - Sartre, Althusser, Garaudy.

Das sind Stichworte und Zitate aus einem notwendigen und überaus wichtigen Buch zur fundamentalen geistigen Auseinandersetzung unserer Zeit, des ganzen ablaufenden Jahrhunderts, ja auch noch kommender Zeit, sofern sie nicht einem manipulierten Mythos durch eingehende "Aufarbeitung" widersteht.

Dieser höchst aktuellen Arbeit dient das neue Werk von Prof. Konrad Löw: "Der Mythos Marx und seine Macher - Wie aus Geschichten Geschichte wird" ....

Hier werden zahlreiche Mythen, die von einer Marxhagiographie zur andern weitererzählt werden, wissenschaftlich - d.h. v.a. ohne Unterdrücken und Verschweigen von Tatsachen - untersucht und widerlegt. ...

Auch die Namen jener werden schonungslos genannt, die ein Marxmonument mitbauten, vor dem sich Stalinisten ebenso wie verblendete (insbesondere Sozial-)Demokraten und leider auch von guten Geistern verlassene Linkskatholiken verneigen.

Die verbreitete Meinung, der Marxismus-/Kommunismus (und das SED-Gewaltregime) habe "eigentlich" Gutes gewollt, nur die Durchführung sei danebengegangen, wird genau widerlegt. Lenin und Stalin, Ulbricht und Honecker konnten sich zu Recht auf Marx berufen.

Der gigantische Betrug, die gemeine Täuschung des Mythos beruhen insbesondere auf einem zynischen Mißbrauch der Moral: "Gerechtigkeit" wurde mit Zwangs-Gleichheit ("Kollektivierung") einfach gleichgesetzt (und wird so von den Umverteilern noch heute), unterschiedliche Schichten zu "Klassen" betoniert, wobei die einen hemmungslos moralisch heruntergemacht, die anderen grotesk als Idealexistenzen veredelt werden.

Marx selbst war rücksichtsloser und eitler Machtmensch ("Einen Thron will ich mir auferbauen"). Um der Zukunft willen, in die nicht wenige, insbesondere evangelische, aber auch katholische Christen den verlogenen Marx-Mythos hinüberretten wollen, ist diese Demaskierung unerläßlich und beugt neuen Verhängnissen vor. Das Lehramt der Kirche war dabei geradezu vorbildlich wachsam, klar und im Widerspruch. Gleiches kann von gewissen Geistern in der Nachkonzilszeit nicht gesagt werden. Eine falsche "Öffnung" hat sich auch hier in mangelnder Unterscheidungskraft und damit gewachsener Verführbarkeit lähmend ausgewirkt.

Diese Aufklärung tut wirklich not. ...<<

18.07.1996

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Juli 1996: >>**In den Dörfern wird es einsam**

Immer mehr Siebenbürger Sachsen zieht es aus Rumänien nach Deutschland
... Allein 1990, im Jahr nach dem Sturz vom Staatspräsidenten Nicolae Ceausescu, siedelten 120.000 Rumäniendeutsche in die Bundesrepublik über. Die Zahl hat sich inzwischen auf 6.000 jährlich eingependelt. Aber die Landstriche, in denen vormals noch 210.000 Menschen Deutsch als ihre Muttersprache angaben, sind ausgeblutet.
Die bäuerliche Romantik in Rumänien sollte nicht täuschen. Auf dem Land hat kaum jemand fließend Wasser: Waschschüssel und Plumpsklosett sind üblich. Autos gibt es kaum. Nur Pferdefuhrwerke, die morgens zu Dutzenden durch die Orte donnern, ermöglichen eine gewisse Beweglichkeit. Deutschland erscheint den Menschen in Rumänien als goldenes Paradies.
... Das Land, das die Deutschen nach der politischen Wende zurückbekommen haben, liegt in großen Flächen brach. Es fehlen Arbeitskräfte.
Das kulturelle Leben der Rumäniendeutschen ist trotz der Förderung aus Bonn in Millionenhöhe zumindest auf den Dörfern erstorben. ... "Die Kirche ist Heimat wegen der deutschen Sprache", sagt der Bischof der Siebenbürger Sachsen, Christoph Klein. Anders als in Deutschland gebe es hier kaum Kirchenaustritte. ...
Pastor Gerald Binder ist seiner Frau und seinen 3 Söhnen nicht nach Deutschland gefolgt. Er hat es nicht übers Herz gebracht, seine "Schäflein" allein zu lassen. In meinem Haus ist es einsam geworden. Er berichtet von einem alten Kettenhund, der ein Haus bewacht, das seit Jahren unbewohnt ist.
"Am Anfang haben die Auswanderer noch ihre Häuser verschleudert. Jetzt sperren sie ab und gehen weg." ...<<

07.08.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. August 1996: >>**Ostpreußen-Museum bleibt vorerst geöffnet**
Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg muß nicht bis zum Jahresende geschlossen bleiben, wie es Museumsleiter Ronny Kabus noch vor 2 Wochen befürchtet hatte. ...
Kabus hatte von Schließung gesprochen, weil das Land im Zuge seiner Sparbemühungen nur 80 % der üblichen Förderung leisten wollte, was in Lüneburg ein Minus von 95.000 DM bedeutet hätte. ...
Ob das Museum auch im Jahr 1998 noch 43 Prozent seines Etats vom Land finanziert bekommt (den Rest zahlt der Bund), ist offen. Die Landesregierung hatte bereits vor längerer Zeit angekündigt, dann gar nichts mehr zahlen zu wollen. ...<<

06.09.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>**Woher nur die Lust an der Grausamkeit?**
Die Deutschen und der Holocaust: Daniel Goldhagen streitet mit seinen Kritikern
Viel Auftrieb vor den Hamburger Kammerspielen: 400 Besucher, darunter viel schwarz gekleidete Künstlerprominenz drängen in das ausverkaufte Haus. Kameras empfangen die Besucher schon vor dem Eingang, Mikrofone werden in die Menge gehalten.
Kein Zweifel: Hier wird ein "Event", ein Ereignis inszeniert. Erstaunlich ist der Anlaß: Ein wissenschaftlicher Wälzer wird vorgestellt, ein 700 Seiten starkes und mit fast 60 Mark recht teures Buch. Obwohl erst seit gut zwei Wochen im Handel, sind von der deutschen Ausgabe von Daniel Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker" schon fast 100.000 Exemplare verkauft worden. In der Diskussion ist es freilich schon seit Monaten, seit dem Erscheinen des amerikanischen Originals.
Dem jungen amerikanischen Harvardprofessor ist es gelungen, in Amerika und Deutschland eine Reihe renommierter Historiker gegen sich aufzubringen. Er hat sie mit seinem Anspruch gereizt, eine wesentlich neue Erklärung für den millionenfachen Mord an den europäischen

Juden zu geben.
Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" (also auf Beseitigung gerichtet) charakterisiert.
... Am Beispiel des Polizeibataillons 101, dessen Mordaktionen an der Ostfront Goldhagen neben anderen untersuchte, versucht er die Taten und ihre Motive, ihren besonderen Eifer, die Freiwilligkeit ihrer Teilnahme herauszuarbeiten.
Goldhagens These ist, daß die Angehörigen dieses Bataillons nicht nach besonderen Kriterien ausgesucht wurden und deshalb einen repräsentativen Querschnitt der deutschen Bevölkerung gebieten. Der Berliner Historiker Reinhard Rürup bezweifelte diese Annahme. Außerdem warf er Goldhagen vor, Quellenmaterial, daß seine These nicht stützte, einfach unterschlagen zu haben (was der amerikanische Wissenschaftler scharf zurückwies).
Viele derjenigen, die an den Mordaktionen beteiligt waren, hätten keineswegs mit Überzeugung oder besonderer Lust mitgemacht. Viele hätten es nicht gewagt, Befehle zu verweigern. Goldhagen unterschlage auch, daß es in Deutschland unterschiedliche Formen des Antisemitismus und eine besonders reiche deutsch-jüdische Kultur gegeben habe.
Jan Philipp Reemtsma, der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, kam Goldhagen entgegen. Die Quellen bestätigen, daß es für die Mehrheit ganz selbstverständlich gewesen sei, daß die Juden Feinde des deutschen Volkes seien. ...
Einhellig bestritten die (deutschen) Historiker, daß der Massenmord von Anfang an vom Hitler-Regime geplant gewesen sei. Auch der Zweite Weltkrieg sei nicht geführt worden, um den Holocaust zu ermöglichen ...
Goldhagen ... hielt ... an seiner These von einem besonders radikalen deutschen Antisemitismus fest. Einen Vergleich mit anderen europäischen Ländern würde seine These nicht in Frage stellen.
An diesem Abend konnten mit akademischer Behutsamkeit die Empfindlichkeiten auf beiden Seiten gedämpft werden. Und das gespannt zuhörende Publikum schien zufrieden. Ein Teilnehmer resümierte nach der Veranstaltung: "Jetzt weiß man mehr als vorher."<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/83): >>Der Lorbeer des Antigermanismus ... gebührt zweifellos dem US-Historiker Daniel Jonah Goldhagen und seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker".
Der Autor weiß zum Beispiel, daß die deutsche Neigung, Juden umzubringen, bei "Machtantritt der Nationalsozialisten längst vorhanden" gewesen sei, was er "eliminatorischen Antisemitismus" nennt. Hitler habe nichts anderes getan, als "den bestehenden Antisemitismus freizusetzen und zu aktivieren". 80 bis 90 Prozent der Deutschen hätten gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden.
Über Jahrhunderte hinweg sei das so gewesen. Die deutsche Grausamkeit sei einzigartig – oder könne man sich vorstellen, daß Dänen oder Italiener den Holocaust begangen hätten? ...<<
Der deutsche Schriftsteller Günter Maschke schreibt später über die "einzigartigen NS-Verbrechen" (x268/109): >>Wer die Verbrechen unter den Nationalsozialisten 'relativiert', wer ihre 'Einzigartigkeit' bestreitet, der, so hört man, verharmlost sie.
Genau das Gegenteil ist der Fall. Der 'Relativierer' verharmlost gar nichts, er spricht vielmehr die furchtbare Wahrheit aus, daß wir alle, alle ohne Ausnahme, im größten Stile zum Morde fähig sind. Verharmloser ist hingegen jener, der auf die 'Einzigartigkeit' der deutschen Verbre-

chen pocht. Er will nämlich an der Lüge festhalten, daß der Mensch im Grunde gut sei. Nur der Deutsche ist eben schlecht. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x169/70-75): >>... Die jüngste große Holocaust-Show ist Daniel Jonah Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker".

Innerhalb weniger Wochen nach seinem Erscheinen druckte jedes wichtige Meinungsblatt eine oder mehrere Besprechungen. Die "New York Times" brachte mehrere Artikel, in denen Goldhagens Buch als "eines jener seltenen neuen Werke" gelobt wird, "die die Bezeichnung Meilenstein verdient haben" (Richard Bernstein).

Mit einer halben Million verkaufter Exemplare und vorgesehenen Übersetzungen in 13 Sprachen wurde "Hitlers willige Vollstrecker" im Magazin von "Time" als das "am meisten diskutierte" und zweitbeste Sachbuch des Jahres gefeiert.

Elie Wiesel verwies auf die "bemerkenswerten Recherchen" und die "Fülle an Belegen, ... gestützt von einer überwältigenden Zahl an Dokumenten und Tatsachen", um "Hitlers willige Vollstrecker" als "großartigen Beitrag zum Verständnis und zur Vermittlung des Holocaust" anzukündigen.

Israel Gutman pries das Buch, weil es "eindeutig zentrale Fragen wieder aufwirft", die vom "Großteil der wissenschaftlichen Holocaust-Forschung" ignoriert würden. Goldhagen, nominiert für den Holocaust-Lehrstuhl der Harvard University und in den Medien mit Wiesel zusammengespannt, gelangte schnell zu allgegenwärtiger Präsenz im Vortragstourismus zum Thema Holocaust.

Die zentrale These von Goldhagens Buch ist eines der üblichen Holocaust-Dogmen: Getrieben von pathologischem Haß, stürzte sich das deutsche Volk auf die von Hitler gebotene Gelegenheit, die Juden zu ermorden.

Selbst der führende deutschsprachige Holocaust-Autor Yehuda Bauer, der an der Hebrew University lehrt und zu den Leitern von Yad Vashem gehört, hat dieses Dogma zeitweilig übernommen. Noch vor einigen Jahren schrieb Bauer über die geistige Verfassung der Täter: "Die Juden wurden von Leuten umgebracht, die sie größtenteils nicht wirklich haßten. ... Die Deutschen mußten keinen Haß für die Juden empfinden, um sie zu töten."

In einer kürzlich erschienen Besprechung von Goldhagens Buch behauptete Bauer jedoch genau das Gegenteil: "Die radikalste Ausprägung mörderischer Gesinnung herrschte von den dreißiger Jahren an vor. ... Beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte sich die breite Mehrheit der Deutschen in einem solchen Ausmaß mit dem Regime und seiner antisemitischen Politik identifiziert, daß es kein Problem war, die Mörder zu rekrutieren."

Als man ihn zu dieser Diskrepanz befragte, erwiderte Bauer: "Ich kann keinerlei Widerspruch zwischen diesen beiden Aussagen erkennen."

... "Hitlers willige Vollstrecker", voll mit groben Fehldeutungen von Quellenmaterial und inneren Widersprüchen, ist ohne wissenschaftlichen Wert. In "Eine Nation auf dem Prüfstand" haben Ruth Bettina Birn und der Autor dokumentiert, wie schludrig Goldhagens Unternehmung angelegt ist. Die darauf folgende Kontroverse beleuchtete das Funktionieren der Holocaust-Industrie auf lehrreiche Weise.

Birn, weltweit die führende Autorität für die Archive, die Goldhagen zu Rate zog, veröffentlichte ihre kritischen Befunde zuerst im "Historical Journal" von Cambridge. Goldhagen wies die Einladung der Zeitschrift zu einer umfassenden Erwiderung zurück und beauftragte statt dessen eine führende Londoner Anwaltskanzlei, Birn und die Cambridge University Press wegen "vieler schwerwiegender Verleumdungen" zu verklagen.

Goldhagens Anwälte verlangten eine Entschuldigung, die Rücknahme der Kritik und eine Zusicherung Birns, die Kritik nicht zu wiederholen, und drohten zudem, daß "jegliches öffentli-

che Aufsehen, das Sie aufgrund dieses Briefes auslösen sollten, auf eine weitere Vergrößerung des Schadens hinauslaufen würde".
Kurz nachdem die ebenfalls kritischen Befunde des Autors in der "New Left Review" veröffentlicht wurden, erklärte sich der "Metropolitan-Verlag", ein Label von Henry Holt, bereit, beide Aufsätze zusammen als Buch herauszugeben.
In einer Titelgeschichte warnte daraufhin "Forward", Metropolitan sei "dabei, ein Buch von Norman Finkelstein herauszubringen, einem bekannten ideologischen Gegner des Staates Israel". Die Zeitschrift "Forward" ist die wichtigste Instanz, die in den Vereinigten Staaten die (politische) Holocaust-Correctness durchsetzt. ...
Leon Wieseltier, Literaturredakteur der pro-israelischen "New Republic", intervenierte persönlich bei Michael Naumann, dem Verleger von Holt. "Sie wissen nicht, wer Finkelstein ist. Er ist Gift, ein abstoßender Jude voller Selbsthaß, so etwas wie ihn finden Sie unter einem Stein."
Elan Steinberg, geschäftsführender Direktor des World Jewish Congress, bezeichnete Holts Entscheidung als "Schande" und meinte: "Wenn sie Müllmänner sein wollen, sollten sie sich die Uniform der Stadtreinigung anziehen."
"Nie zuvor habe ich", erinnerte sich Naumann später, "einen vergleichbaren Versuch interessierter Kreise erlebt, eine bevorstehende Veröffentlichung vor aller Augen schlecht zu machen." Der bekannte israelische Historiker und Journalist Tom Segev merkte in der Zeitschrift "Haaretz" an, daß die Kampagne an "Kulturterrorismus" grenze.
Als leitende Historikerin der für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständigen Abteilung des kanadischen Justizministeriums wurde Birn als nächstes von jüdischen Organisationen in Kanada angegriffen.
Mit der Behauptung, ich sei "der überwiegenden Mehrheit der Juden auf diesem Kontinent ein Greuel", prangerte der Canadian Jewish Congress (CJC) an, daß Frau Birn an diesem Buch mitgearbeitet hatte. Über ihren Arbeitgeber machte der CJC Druck und reichte eine Beschwerde beim Justizministerium ein. Zusammen mit einem vom CJC unterstützten Bericht, der Birn als "Mitglied der Rasse der Täter" (sie ist in Deutschland geboren) bezeichnete, löste diese Beschwerde eine offizielle Ermittlung gegen sie aus.
Auch nach dem Erscheinen des Buches ließen die persönlichen Angriffe nicht nach. Goldhagen behauptete, Birn, die die Verfolgung von Nazi-Kriegsverbrechern zu ihrer Lebensaufgabe gemacht hat, vertrete eine antisemitische Einstellung, und ich selbst sei der Meinung, die Opfer der Nazis einschließlich meiner eigenen Familie hätten den Tod verdient. Goldhagens Kollegen am Harvard Center for European Studies, Stanley Hoffmann und Charles Maier, stellten sich öffentlich hinter ihn.
"The New Republic" bezeichnete die Vorwürfe, es handle sich um Zensur, als "Ente", und hielt dagegen, daß "es einen Unterschied gibt zwischen Zensur und der Einhaltung von Standards".
Von den führenden Historikern des Nazi-Holocaust einschließlich Raul Hilberg, Christopher Browning und Ian Kershaw erhielt "Eine Nation auf dem Prüfstand" Rückendeckung. Eben diese Wissenschaftler verwarfen Goldhagens Buch; Hilberg nannte es "wertlos". ...
Man sehe sich zum Schluß noch folgendes Beziehungsmuster an: Wiesel und Gutmann unterstützten Goldhagen, Wiesel unterstützte Kosinski, Gutman und Goldhagen unterstützten Wilkomirski. Man verbinde die Spieler miteinander: Das ist HOLOCAUST-Literatur. ...<<

09.09.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. September 1996: >>**Eklat bei Vertriebenen: "Herzog ein Verräter"**
Bundespräsident Roman Herzog ist am Sonntag bei einer Festrede vor Vertriebenen in Berlin von einem Zuhörer als "Vaterlandsverräter" beschimpft worden. ...

Zuvor hatte der Bundespräsident allen Ansprüchen auf ehemalige deutsche Gebiete eine Absage erteilt: "So schmerzhaft dies für Menschen ist, die in Hinterpommern, in Ostpreußen oder Oberschlesien als Deutsche in Deutschland geboren worden sind: Richtig ist - und das werden wir nicht mehr ändern können - diese Gebiete sind heute völkerrechtlich unbestritten polnisches bzw. russisches Staatsgebiet."<<

11.09.1996

Großbritannien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. September 1996: >>**Alliierten wußten von Nazi-Gold in Schweiz**

Das Nazi-Regime hat gegen Ende des zweiten Weltkrieges ein geplündertes Goldvermögen im Wert von damals 550 Millionen US-Dollar aus jüdischem Besitz und Zentralbankreserven besetzter Staaten aus dem Land geschafft. Die nach heutigem Wert rund 7 Milliarden Dollar wurden in die Schweiz und nach Portugal transportiert, bestätigte das britische Außenministerium. ...

Über den Verbleib des Goldschatzes steht lediglich fest, daß die Schweiz den Alliierten 60 Millionen Dollar für den Wiederaufbau in Europa zugestand. Wo die übrigen eingeschmolzenen Goldbarren geblieben sind, bleibt ein Rätsel.<<

12.09.1996

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. September 1996: >>**Das Nazi-Gold in der Schweiz erregt die Gemüter**

Juden fordern Rückgabe an Opfer und Hinterbliebene / Bern will erst Rolle der Schweizer Banken in der NS-Ära prüfen

... Die Schweiz geht die Aufklärung über den Verbleib des sogenannten Nazi-Goldes, dessen Wert heute bei 10,5 Milliarden Mark liegt, trotzdem nur langsam an ...

1946 hatten sich die Alliierten und die Schweiz darauf geeinigt, daß die Schweiz einen Beitrag als Ausgleich für das "Raubgold" an Großbritannien, Frankreich und USA herausgibt. Dabei ging es allerdings nur um einen Betrag von 60 Millionen US-Dollar. Das Geld wurde anteilsmäßig an die Länder zurückgegeben, aus denen es vermutlich stammte.

Das American Jewish Committee zeigte sich "nicht irritiert", daß die Wahrheit erst so spät ans Licht kommt. Auch in den USA habe es schon vor dem Krieg Antisemitismus gegeben. So dürfe niemand überrascht sein, wenn auch später beim Umgang mit diesem Vermögen Antisemitismus eine Rolle gespielt hätte.

In der Tat birgt der Bericht des britischen Außenministers nach Ansicht von Beobachtern auch Brisanz, weil er ein Licht auf jene Kriegsgegner Deutschlands wirft, die über den Verbleib des Goldes Bescheid gewußt, ihr Wissen aber nie preisgegeben haben. ...<<

22.09.1996

Schweiz: Die größte Schweizer Zeitung "Sonntags-Blick" berichtet am 22. September 1996 (x136/14): >>... Die Schweiz hat die von den Nazis flüchtenden Juden an der Grenze abgewiesen und so in den Tod geschickt. Das Gold, das die Nazis den toten Juden aus den Zähnen brachen, hat die Schweiz willig akzeptiert und gewaschen.<<

September 1996

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" 9 – 1996 veröffentlicht im September 1996 eine Predigt zum Tag der Heimat (x853/...): >>**Wir dürfen den Anspruch auf unsere Heimat nicht aufgeben**

Predigt zum Tag der Heimat (am 7.9.96 in Berlin)

Meine lieben Christen!

Im vergangenen Jahr veröffentlichten schlesische Heimatvertriebene zum 50. Jahrestag der Vertreibung eine Anzeige, in der es hieß:

"Wir gedenken in tiefer Trauer des Untergangs Schlesiens und seiner 700jährigen Geschichte. Wir gedenken in großer Trauer des qualvollen Leidens und Sterbens hunderttausender Un-

schuldiger während der Vertreibung und wir gedenken des aufopferungsvollen Abwehrkampfes unserer tapferen Soldaten an der Ostfront.
Betet für sie."
Am 47. Tag der Heimat gedenkt der Bund der Vertriebenen natürlich aller Opfer der Vertreibung und Flucht aus dem deutschen Osten, der Tschechoslowakei und dem Südosten Europas. Wir wollen uns aber auch in Dankbarkeit daran erinnern, daß sich katholische deutsche Bischöfe mehrfach an den Alliierten Kontrollrat wandten und gegen die Ausweisungspraktiken protestierten, ohne daß ihr Anliegen auch nur beachtet worden wäre.
Am 3. Juli 1946 richteten die deutschen Kardinäle und Erzbischöfe ein Schreiben an den amerikanischen Präsidenten Truman und baten erneut um die Beendigung der grausamen Vertreibung. Doch wie bereits im Herbst 1945 schenkte General Clay den deutschen Bischöfen kein Gehör. Am 15. Juli 1946 teilte er dem Berliner Bischof Kardinal Graf von Preysing, dem unerschrockenen Gegner der Nazis mit, er sei nicht gewillt, die Bittschrift der Bischöfe an den amerikanischen Präsidenten weiterzuleiten. In seinem Brief heißt es wörtlich:
"Die Umsiedlung der betreffenden Deutschen wurde in Potsdam beschlossen als notwendig für die zukünftige Sicherheit Europas. ..."
- Man hat argumentiert, der Verlust eines Viertels unseres Vaterlandes - und wenn man die Gebietsverluste nach dem Ersten Weltkrieg hinzunimmt - eines Drittels Deutschlands seit 1918 - sei der Preis für den von uns begonnenen Krieg.
Mit derselben Logik und Konsequenz müßte man - um von den USA ganz zu schweigen - England, Frankreich, Rußland und Polen große Teile ihres Landes wegnehmen, denn sie alle haben seit 1800 weit mehr Kriege geführt als Deutschland. Von den 287 seit 1800 geführten Kriegen liegt England mit 80 Kriegen an der Spitze, dicht gefolgt von Frankreich mit 75 Kriegen. Rußland führte in dieser Zeit 63 und Polen 32 Kriege. Das angeblich so kriegslüsterne Deutschland liegt mit 23 Kriegen merklich dahinter.
- Politiker und Medienleute mahnen uns seit nunmehr 50 Jahren, den Massenmord von Auschwitz stets im Gedächtnis zu behalten, ihn nicht aus der Erinnerung zu streichen. Nicht weniger darf dies aber von der brutalen millionenfachen Massenvertreibung von Menschen aus ihrer angestammten Heimat gelten, die seit 700 bis 800 Jahren unangefochten deutsches Land war. Nicht weniger einmalig als Auschwitz ist das Massenvertreibungsverbrechen.
Und wenn immer wieder an den Massenmord in Auschwitz erinnert wird, dürfen wir nicht verschweigen, daß die Zahl der Opfer bei der Vertreibung nach amtlichen, meist verschwiegenen Angaben, mehr als doppelt so hoch war wie in Auschwitz. Wir dürfen und wollen nicht Verbrechen gegen Verbrechen aufrechnen, aber es dient nicht der Wahrheit und Verständigung, wenn geschichtliche Tatsachen verschwiegen oder gar geleugnet werden.
Das Wort der Schrift: "Die Wahrheit wird euch freimachen" (Johannes 8, 32) gilt auch für die Geschichtsschreibung.
Wir gedenken jedoch nicht nur unserer Toten, sondern auch unserer verlorenen Heimat. Wenn der Psalmist betet: "Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren. Die Zunge soll mir am Gaumen kleben, wenn ich an dich nicht mehr denke. ..." (137, 5 f.), können wir diese Worte sinngemäß auf unsere verlorene Heimat im Osten anwenden.
Die Heimat im Osten - Mitteldeutschland ist nicht Ostdeutschland - und Südosten Europas, wohin Deutsche vor Jahrhunderten gerufen wurden, um das Land zu kultivieren, mußten wir nach dem Willen der Siegermächte in krassem Gegensatz zu geltendem Völkerrecht abtreten. Hier bewahrheitete sich wieder einmal das Wort: Wehe den Besiegten!
Es war ein erschreckender Höhepunkt nationaler Würdelosigkeit und zugleich tiefsten Schmerzes für alle Heimatvertriebenen, als unsere Politiker und Parlamentarier die Abtretung uralten deutschen Landes mehrheitlich mit Beifall bedachten.
Ein derartig schmähliches Verhalten wäre in keinem anderen Land auch nur vorstellbar, am

wenigsten in den beiden Ländern, die weit mehr Angriffskriege geführt haben als Deutschland und die Hauptnutznießer unserer Niederlage waren, Polen und Rußland.
So wurde unser verstümmeltes Vaterland zum Rumpfdeutschland, wie es Churchill in seinen Memoiren selber nannte, zum kleinsten Deutschland unserer Geschichte mit der größten Bevölkerungsdichte.
Wenn dann Politiker behaupten, unser Land sei noch niemals in seiner Geschichte von so vielen befreundeten Ländern umgeben gewesen wie heute, mag dies der heute üblichen political correctness entsprechen, hat aber mit der Wahrheit und Wirklichkeit nichts zu tun.
Der damalige deutsche Außenminister behauptete, wir hätten freiwillig auf ein Viertel deutschen Landes verzichtet, so als wäre es sein privates Eigentum, über das er nach Belieben verfügen könne. In schroffem Gegensatz zu ihm erklärte der Bundeskanzler, ohne den Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete hätten die europäischen Länder und die USA der deutschen Teil-Wiedervereinigung nicht zugestimmt. Ist eine solche Nötigung die Handlungsweise von Freunden?
Polen behauptet, ohne die deutschen Ostgebiete könne es nicht existieren. Dabei hatte Polen nach 1945 ohnehin nichts verloren, was es vor seinem Angriffskrieg gegen das geschwächte Rußland 1921 besessen hatte. Ein Blick in die Statistik von 1996 zeigt uns, daß auf jetzigem polnischen Gebiet 123,2 und in Rußland, das den nördlichen Teil Ostpreußens an sich gerissen hat, ganze 8,7 Menschen auf einem Quadratkilometer leben, während sich im verstümmelten Rumpfdeutschland 228 Menschen auf einem Quadratkilometer drängen. Zudem strömen seit Jahr und Tag Millionen Ausländer mit fremder Kultur und Religion in unser Land, das inzwischen zu einem multirassischen, multiethnischen Schmelztiegel mit gewaltigem sozialen Sprengstoff wurde.
Die "Welt am Sonntag" - gewiß kein Naziblatt - schrieb am 8.4.95:
"Nicht mehr die Ausländer werden - ob gewollt oder nicht – 'integriert' - sondern umgekehrt. In immer mehr Städten sind die Ausländer gegenüber den deutschen Kindern längst in der Überzahl. Viele unserer Landsleute fragen sich, ob wir noch Herr im eigenen Haus sind."
Meine lieben Christen,
vielleicht fragt sich der eine oder andere, ob solche Fragen in einen Gottesdienst gehören. Gewiß nicht in einen normalen Sonntagsgottesdienst. Aber da Politiker und Medienleute für gewöhnlich diese Fragen verschweigen oder gar die unabweisbaren Tatsachen leugnen, scheint es mir richtig und notwendig, in einem Gottesdienst zum Tag der Heimat auf diese Probleme aufmerksam zu machen, die im Grunde jedermann bekannt sind, die man aber nicht auszusprechen wagt und die für unsere Heimatvertriebenen zur schwärenden Wunde wurden, die nicht heilen will.
In jeder heiligen Messe beten wir für die Lebenden und Toten. Nach dem Beispiel des unlängst seliggesprochenen Berliner Dompropstes Bernhard Lichtenberg wollen wir für die Lebenden und Toten hüben wie drüben beten, für unsere Landsleute wie auch die Toten der Länder, die sich einst mit uns im Krieg befanden. Wir wollen den Herrn bitten, er möge das vergossene Blut annehmen zur Sühne für die Sünden und Verbrechen, die durch uns und an uns geschahen. Er möge das vergossene Blut zur Saat der Verständigung und des Friedens werden lassen.
Wir haben vorhin das Evangelium von den Emmausjüngern gehört. Was hat es mit unserem Gedenkgottesdienst zu tun? Erinnern wir uns: Der Herr hatte vorausgesagt, daß er in den Tod gehen werde. Hiermit brach für seine Jünger und Anhänger eine ganze Welt zusammen. Zwar hatte der Herr den Seinen gesagt, er werde wieder auferstehen, aber das hatten sie nicht begriffen. Und nun gehen am Ostermorgen zwei seiner Jünger nach Emmaus. Sie begegnen Jesus, ohne ihn zu erkennen. Er fragt sie, warum sie so traurig sind. Da bricht es aus ihnen heraus. Sie hatten gehofft, er werde Israel erlösen. Da beginnt Jesus ihnen, angefangen von den Pro-

pheten, darzulegen, warum dies alles so kommen mußte.
Vielleicht ist es verwegen, eine Parallele zu ziehen. Der Herr, der Unschuldige, gibt sein Leben hin für uns, um uns von unserer Schuld zu befreien. Er erleidet den furchtbaren Tod am Kreuz, um die Schuld der Welt hinwegzunehmen, sie zu sühnen. Durch sein Leiden, seinen Tod sind wir erlöst. Und er hat seinen Jüngern gesagt, daß der Knecht nicht mehr ist als sein Herr und der Jünger nicht über dem Meister steht.
Und irgendwie, in irgendeiner Form müssen alle, die zu den Jüngern Jesu gehören, an seinem Leiden, an seinem Kreuz teilhaben. Wir wissen aus Erfahrung, daß wir uns das Leid, das Kreuz nicht aussuchen können, daß es uns sehr oft völlig unerwartet trifft. Der Herr hat unseren Landsleuten im Osten und Südosten Europas ein besonders schweres Kreuz auferlegt.
Und wir dürfen vielleicht sagen, so wie der Herr unschuldig war an seinem Tod, so waren hunderttausende - insgesamt sind es ja etwa 3 Millionen - in der überwältigenden Mehrheit unschuldig an ihrem grausamen Geschick.
Teilhabe am Kreuz Christi in einer Form, in einer Weise, die sich keiner vor dem furchtbaren Geschehen vorstellen konnte, die niemand Menschen aus eigener Machtvollkommenheit auferlegen darf. Aber wir dürfen selbst in diesem schweren Schicksal noch die Hand des Herrn erkennen.
Ich denke, unsere Heimatvertriebenen haben es irgendwie begriffen, als sie 1950 die Charta der Heimatvertriebenen verfaßten, in der sie auf Haß, Rache und Vergeltung verzichteten, obwohl sie genau wußten, was an ihren Angehörigen, was an ihrer Heimat geschehen war, welch unbeschreibliche Greuel sich ereignet hatten. Und so kam es zu einem der ergreifendsten Dokumente der neueren Geschichte, man darf es eine Sternstunde der Menschheit nennen. Diese Charta der Heimatvertriebenen zeugt von seelischer Größe, die durch den Feuerofen der Läuterung gegangen war.
Freilich dürfen wir nicht vergessen, daß in der Charta noch etwa anderes steht, was allzuoft verschwiegen wird:
Daß Gott den Menschen in seine Heimat gestellt hat, daß Gott ihm die Heimat zu Lehen gegeben hat und daß, wer die Heimat nimmt, einen Menschen im Geiste tötet. Wir dürfen unsere Heimat im Osten nicht vergessen. Erinnern wir uns an das Wort des Psalmisten:
"Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren."
Da die Vertreibung gegen jegliches Völkerrecht verstieß, zutiefst unmenschlich ist und keine echte Versöhnung zustande kommen läßt, dürfen wir den Anspruch auf unsere verlorengegangene Heimat nicht aufgeben.
- Schon sehr bald nach dem furchtbaren Verbrechen der Massenvertreibung sagte Papst Pius XII., der große Freund der Deutschen, die Menschen, die zu Unrecht aus ihrer Heimat vertrieben wurden, sollten wieder in ihre Heimat zurückkehren dürfen.
- Die deutschen katholischen Bischöfe erklärten in ihrem Pastoralbrief an die heimatvertriebenen Katholiken anläßlich der 40jährigen Wiederkehr der Charta der Heimatvertriebenen am 5. August 1990:
"(Eine) alte jüdische Weisheit sagt: Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung. Versöhnung ist nicht durch Verdrängung historischer Fakten möglich. Gerade wir Deutschen sind dazu aufgerufen, alles zu tun, damit niemals wieder Unrecht zu Recht erklärt wird. Vertreibung der alteingesessenen Bevölkerung ist eine Verletzung elementarer Menschenrechte, die nicht zu rechtfertigen ist, gleichgültig von wem oder wann sie geschieht. Heimatvertriebene wirken mit der Forderung nach Anerkennung der völkerrechtlichen Gegebenheiten dem Eindruck entgegen, daß sich Verbrechen lohne: wenn man nur lange genug wartet, werde dieses Unrecht schon zu Recht erklärt."
Die grauenhaften Verbrechen bei den "ethnischen Säuberungen" im ehemaligen Jugoslawien, bei denen sich die Greuel in ähnlicher Weise wiederholten wie einst an den Deutschen im

Osten und Südosten Europas, legen nahe, daß durch unübersehbare Zeichen die Völker nachdenklich werden und gemeinsam zu Rate gehen, wie die größten Massenvertreibungen der Weltgeschichte wenigstens einigermaßen wiedergutgemacht werden können.
- Papst Johannes Paul II. sagte über das schwere Schicksal der Heimatvertriebenen:
"Sie haben ein Recht darauf, zu ihren Wurzeln zurückzukehren, heimzukehren in ihr Geburtsland mit seiner nationalen Souveränität, seinem Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Sie haben ein Recht auf die kulturellen und geistlichen Beziehungen, die sie in ihrem Menschsein nähren und aufrecht erhalten. ..."
Und darum, meine lieben Christen, sollen und dürfen wir kämpfen - nicht wie einst Korfanty mit seinen Terrorbanden in Oberschlesien - aber mit zäher Geduld, nicht um Zwietracht zu säen, sondern damit Wahrheit und Recht siegen, daß es zu einer gerechten Lösung im deutschen Osten kommt, damit wir mit den Völkern Osteuropas einen gerechten, dauerhaften Frieden erlangen.
Polnische Bischöfe weisen gern auf ihren Brief zur Versöhnung mit den deutschen Bischöfen vom Herbst 1965 hin. Allerdings schrieben sie nur wenige Monate später, im Hirtenbrief vom 10. Februar 1966:
"Wir sind überzeugt, daß wir als Volk dem deutschen Volk durch Jahrhunderte kein politisches, wirtschaftliches Unrecht angetan haben."
Nun, wir wissen, daß die historischen Fakten leider ganz anders aussehen.
- Es dient nicht der Verständigung, wenn polnische Bischöfe 1994 in Stettin und später in Landsberg Dankgottesdienste dafür feiern, daß diese angeblich urpolnischen Gebiete wieder zum polnischen Mutterland zurückgekehrt seien. Ich habe jahrelang in Ostpreußen, Pommern und Schlesien gelebt und weiß, wie Sie alle, daß diese deutschen Ostprovinzen urdeutsch waren.
Der englische Premier Lloyd George erklärte 1919 bei den Friedensverhandlungen in Versailles, es sei nicht die Absicht, dem polnischen Volk Gebiete zuzuerkennen, die seit 900 Jahren nicht mehr polnisch gewesen sind. Und US-Präsident Wilson sagte am 7. April 1919:
"Das einzige Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es keinen Anspruch besitzt."
Damals ging es lediglich um den polnischen Korridor, nicht um den Verlust des gesamten deutschen Ostens.
Meine lieben Christen, bloße Trauer um die verlorene Heimat führt nicht weiter. Wir dürfen nicht die Hände in den Schoß legen, sondern müssen vertrauensvoll in die Zukunft schauen wie einst die Polen, die nach ihrer Teilung 125 Jahre sangen: "Noch ist Polen nicht verloren!"
Immer wieder müssen wir daran erinnern, daß der völkerrechtswidrige Landraub keinen ehrlichen, dauerhaften Frieden möglich macht. So besteht hinsichtlich des Münchner Abkommens von 1938 seltene Einmütigkeit darüber, daß dieses von Anfang an nichtig sei. Gilt für den "freiwilligen" Verzicht auf den deutschen Osten etwas anderes?
Dabei geht es keineswegs darum, die im deutschen Osten lebenden Polen und Russen zu vertreiben. Es ist genügend Platz dort für Deutsche, Polen und Russen. Wir können gemeinsam in unserer alten Heimat leben und bei allseits guten Willen könnte sich dieses Zusammenleben segensreich auswirken. Mir scheint, nur dann wird ein dauerhafter Friede in Europa möglich sein.
In der Erklärung der deutschen Bischöfe zur Charta der Heimatvertriebenen heißt es: "Versöhnung kann nicht durch Verdrängung historischer Fakten erreicht werden."
Kein Volk dieser Erde hat jemals so nachhaltig und so unzählige Male seine Schuld aus vergangenen Tagen bekannt wie das deutsche. So kam es, daß im vergangenen Jahr der estnische Präsident Lennart Meri am Tag der Heimat Deutschland als Canossa-Republik bezeichnete. Erst kürzlich äußerten sich hochrangige englische Politiker besorgt über den deutschen Natio-

nalmasochismus. So sagte Lord Marsh vor dem Oberhaus:
"Es ist eine Tatsache, daß die deutsche Paranoia, d.h. Geistesgestörtheit, und das Schuldgefühl über die zwölf fürchterlichen Jahre zwischen 1933 und 1945 bereits übertrieben sind und einen unheilvollen Einfluß auf eine bestimmte Generation gehabt haben. Die Art und Weise, wie manche Deutsche diese Bürde tragen, ja - ich möchte dies nicht als beleidigend aufgefaßt wissen - sich in ihr suhlen, ist nicht gut für Deutschland und somit nicht gut für Europa."
Es geht nicht um Leugnung und Verdrängung vergangener Schuld. Allerdings erfordert die Wahrheit, die eine echte Versöhnung erst möglich macht, daß auch Polen, Russen, Tschechen, Jugoslawen und wer auch immer in die zahllosen Verbrechen an deutschen Menschen verstrickt ist, vor aller Welt sich zur eigenen Schuld bekennt und gesteht.
Auch von unserer Seite wurde himmelschreiendes Unrecht, wurden unvorstellbare Verbrechen begangen. Wir bitten unsere Opfer wir bitten das deutsche Volk um Vergebung. Dieses Eingeständnis kann und soll uns befähigen, einander die Hände zu reichen und miteinander in eine bessere Zukunft zu gehen.
Gemeinsam wollen wir zu unserem himmlischen Vater beten: Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.
Amen.<<

03.10.1996

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Oktober 1996: >>**Polen hofft auf Opel**

... Der Rüsselsheimer Autohersteller Opel hat am Mittwoch den Startschuß zum Bau eines 470 Millionen DM teuren Werks in Polen gegeben, von dem aus der boomende osteuropäische Automarkt erobert werden soll. Den symbolischen ersten Spatenstich in der oberschlesischen Industriestadt Gleiwitz führten der polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski, Bundesaußenminister Klaus Kinkel und Opel-Chef David Herman aus.
... Keinesfalls vorgesehen sei die Belieferung des deutschen Marktes von Polen aus. Auch würden keine Arbeitsplätze aus der Bundesrepublik nach Gleiwitz verlegt, versicherte Herman. Die geplante enge Zusammenarbeit mit Opel Eisenach sicherte im Gegenteil Beschäftigung in Deutschland.
... Das neue Werk entsteht auf der grünen Wiese in einer Sonderwirtschaftszone, wo in den ersten 10 Jahren gar keine und dann weitere 10 Jahre lang nur 50 Prozent Steuern gezahlt werden müssen. Die Lohnkosten betragen ein Zehntel von denen in Deutschland.<<

26.10.1996

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Oktober 1996: >>**Das herrenlose Vermögen ermordeter Juden belastet die Schweiz**

Ein jetzt bestätigter Geheimvertrag mit Polen wirft Schatten auf eine Nation, die bisher als demokratisches Musterländle galt.
Von einer beispiellosen Kampagne gegen die Schweiz ist in einem kaum zu übersehenden Inserat in der "Neuen Zürcher Zeitung" die Rede. Darin heißt es: "In den vergangenen Wochen war keine Sensationsmeldung über angeblich in der Schweiz verschwundene deutsche Kriegsbeute zu unglaubwürdig, zu phantasievoll, zu reißerisch, um nicht in Großaufmachung durch die internationale Presse geistern zu können. ..."
Solche herzhafte Medienschelte ist Wasser auf die Mühlen jener Eidgenossen, bei denen der Patriotismus nach wie vor hoch im Kurs steht. Den einen oder anderen unter ihnen mag es sogar freuen, daß der Verfasser der Anzeige Michael E. Dreher ist, legendärer Gründer der Auto-Partei, die sich heute großspurig Freiheitspartei nennt. Für eben diese Partei wirbt Dreher denn auch mit seiner Anzeige.
Besonders erbost ist eine Aussage von Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, der in einem Interview zum Thema Raubgold und Judengelder behaup-

tete: "Die Schweizer schauten nur zu und profitierten."
Bubis geht davon aus, daß die Nazis seinerzeit einen Teil der geraubten Schätze verkauften und damit "sowohl ihre Importe bezahlt wie auch Reserven auf Schweizer Konten gebildet hätten.
Ähnliche Vorwürfe an die Schweiz kommen heute besonders aus Amerika, wo der New Yorker Senator Alfonse D'Amato nicht müde wird, immer wieder für Aufregung zu sorgen. Mit jedem neuen Verdacht verwandelt sich das Bild des Schweizer Musterknaben in Sachen "political correctness" zu dem des Prügelknaben.
So hat die Schweizer Regierung, aufgeschreckt durch immer neue Enthüllungen, eine Gruppe von Historikern eingesetzt, die Licht bringen soll in ein - wie Bundesrat Kaspar Villiger es ausdrückt – Gestrüpp von Fakten, über die man noch nicht alles weiß." Auf Grund der bisherigen Informationen fügte er hinzu, habe er bei dem jüngst bekannt gewordenen Geheimvertrag mit Polen aus dem Jahr 1949 aber "kein sehr gutes Gefühl".
Das schlechte Gefühl des Bundesrats ist berechtigt, denn Polens Außenminister Dariusz Rosati bestätigte ... erstmals öffentlich, daß es einen Geheimvertrag mit der Schweiz über die Konten jüdischer Holocaust-Opfer gegeben habe. In einem Radiointerview meinte der polnische Außenminister, der Vertrag habe "gegen geltendes Recht verstoßen". Nach diesem Abkommen aus dem Jahre 1949 sollten Schweizer, die nach der kommunistischen Machtübernahme in Polen Vermögen verloren hatten, unter anderem mit dem Geld von polnischen Nazi-Opfern entschädigt werden können.
Die Vereinbarung sah auch vor, das Geld von Schweizer Konten ermordeter polnischer Juden der Polnischen Nationalbank zu überweisen. Das sei nicht hinnehmbar, erklärte der polnische Außenminister: "Ich kann mir nicht vorstellen, daß man in einem Rechtsstaat entscheiden kann, daß private Konten polnischer Bürger in Staatshand übergehen, wenn es eine bestimmte Zeit keine Kontobewegungen gegeben hat."
... Die Schweizer fühlen sich von der Vergangenheit eingeholt und überrumpelt. Viele wollen es heute noch nicht wahrhaben, daß ihr Land in den Kriegsjahren eine wichtige Rolle als Waffenlieferant Nazideutschlands spielte und wahrscheinlich deswegen verschont blieb.
Schwerer noch wiegt jetzt die Bestätigung des Verdachts, daß die Schweiz nach dem Krieg die herrenlosen Gelder aus Polen ohne gewissenhafte Suche nach den Erben dem polnischen Staat - und nicht etwa jüdischen Organisationen - übergeben hat.
"Wir haben ein Imageproblem", gestand Hans Meyer, Präsident der Schweizerischen Nationalbank, vor kurzem seinen Kollegen in Washington. ...<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Suche nach den "Schweizer Konten von ermordeten Juden" (x169/99-104): >>... Zunächst behauptete die Holocaust-Industrie, Schweizer Banken hätten gesetzlichen Erben von Holocaust-Opfern systematisch den Zugang zu nachrichtenlosen Konten mit einem Wert von 7 bis 10 Milliarden Dollar verweigert. "Während der letzten fünfzig Jahre", schrieb "Time" in einer Titelgeschichte, sei es eine "Generalanweisung der Schweizer Banken gewesen, Überlebende des Holocaust hinzuhalten und abzuwehren, wenn sie sich nach den Konten ihrer verstorbenen Verwandten erkundigten".
Mit einem Hinweis auf die Geheimhaltungsvorschriften, die die Schweizer Banken 1934 zum Teil deswegen erlassen hatten, weil sie verhindern wollten, daß jüdische Anleger von den Nazis abkassiert wurden, trug D'Amato dem Bankenausschuß des Kongresses vor: "Ist es nicht eine Ironie, daß genau das System, mit dem die Leute ermutigt wurden, Konten zu eröffnen - daß genau dessen Geheimhaltungsvorschriften dann dazu benutzt wurden, eben diesen Leuten und deren Erben ihr Erbe, ihr Recht zu verweigern? Man hat es pervertiert, verdreht, in sein Gegenteil verkehrt."
Atemlos erzählt Bower, wie ein entscheidendes Beweisstück für die schweizerische Perfidie

gegenüber Holocaust-Opfern entdeckt wurde: "Glück und Fleiß brachten eine kostbare Information zu Tage, und sie bestätigte die Berechtigung von Bronfmans Klage. Ein Geheimdienstbericht aus der Schweiz vom Juli 1945 erwähnte, daß Jacques Salmanovitz, der Eigentümer der Société Générale de Surveillance (SGS), eines Notariatsbüros und einer Treuhandfirma mit Kontakten zu den Balkanstaaten, eine Liste mit 182 jüdischen Klienten besaß.
Sie hatten diesem Treuhänder 8,4 Millionen Schweizer Franken und etwa 90.000 Dollar anvertraut, bevor sie aus den Balkanstaaten in die Schweiz gekommen waren. In dem Bericht wurde festgestellt, daß die Juden ihren Besitz noch nicht zurückgefordert hätten. Rickman und D'Amato waren begeistert."
Auch in seinem eigenen Bericht brandmarkt Rickman diesen "Beweis für schweizerische Kriminalität". In diesem speziellen Kontext erwähnt jedoch keiner der beiden, daß Salmanovitz Jude war. ...
Gegen Ende 1996 lieferte ein Auftritt älterer jüdischer Frauen und eines Mannes vor dem Bankenausschuß des Kongresses ein bewegendes Zeugnis für die Rechtsverstöße der Schweizer Bankiers. Doch laut Itamar Levin, einem Redakteur der größten israelischen Wirtschaftszeitung, hatte keiner dieser Zeugen "einen wirklichen Beweis für die Existenz von Vermögenswerten bei Schweizer Banken".
Um den theatralischen Effekt dieser Zeugenaussage zu steigern, rief D'Amato Elie Wiesel als Zeugen auf. In seiner später weithin zitierten Aussage beteuerte Wiesel, er sei schockiert - schockiert! - gewesen von der Enthüllung, die Täter des Holocaust hätten versucht, Juden auszuplündern, ehe sie sie ermordeten: "Anfangs glaubten wir, die Endlösung sei allein durch eine vergiftete Ideologie motiviert gewesen. Nun wissen wir, daß sie nicht einfach, so schrecklich das klingen mag, nur Juden töten wollten: Sie wollten jüdisches Geld. Jeden Tag erfahren wir mehr über diese Tragödie. Gibt es denn für Schmerz keine Grenze? Keine Grenze für den Frevel?"
Natürlich ist es kaum eine Neuigkeit, daß die Nazis die Juden ausplünderten; ein großer Teil von Raul Hilbergs 1961 veröffentlichter grundlegender Untersuchung, "Die Vernichtung der europäischen Juden", ist der Enteignung der Juden durch die Nazis gewidmet.
Man hat auch behauptet, die Schweizer Bankiers hätten die Einlagen von Holocaust-Opfern kassiert und systematisch entscheidende Unterlagen vernichtet, um die Spuren zu verwischen, und nur Juden seien derlei Scheußlichkeiten zugefügt worden. Bei einer Anhörung griff die Senatorin Barbara Boxer die Schweizer an und bekundete: "Dieser Ausschuß wird ein doppeltes Spiel der Schweizer Banken nicht hinnehmen. Erzählen Sie der Welt nicht, sie würden suchen, während sie Akten vernichten."
Doch leider erschöpfte sich der propagandistische Wert der älteren jüdischen Kläger, die die Perfidie der Schweizer bezeugten, recht schnell. Dementsprechend versuchte die Holocaust-Industrie einen neuen Skandal ausfindig zu machen. Die Begeisterung der Medien machte sich an dem von der Schweiz gekauften Gold fest, das die Nazis während des Krieges in den Zentralbanken Europas erbeutet hatten. Auch das war in Wahrheit längst bekannt, wurde aber als aufsehenerregende Enthüllung verkündet.
Arthur Smith, der Autor einer Standarduntersuchung zu diesem Komplex, sagte bei der Anhörung des Repräsentantenhauses: "Ich habe mir den ganzen Morgen und heute nachmittag Dinge angehört, die in weitem Umfang schon seit einigen Jahren in ihren Grundzügen bekannt sind; ich bin überrascht, daß vieles als neu dargestellt wird."
Bei diesen Anhörungen ging es jedoch nicht um Information, sondern, mit den Worten der Journalistin Isabel Vincent darum, "sensationelle Stories zu bekommen". Wenn man ausreichend mit Schlamm warf, konnte man durchaus davon ausgehen, daß die Schweiz klein beigeben würde.
Das einzige wirklich Neue war die Behauptung, die Schweizer hätten wissentlich mit dem

"Gold von Opfern" Handel getrieben. Das heißt, sie kauften große Mengen Gold auf, das die Nazis in Barren umgeschmolzen hatten, nachdem sie es Opfern der Konzentrationslager abgenommen hatten.
"Der WJC", schreibt Bower, "brauchte ein emotional besetztes Thema, das den Holocaust und die Schweiz miteinander verknüpfte." Dementsprechend sah man diese neuerliche Enthüllung schweizerischer Tücke als Geschenk des Himmels an.
Es gab "nur wenige Bilder", fährt Bower fort, "die aufwühlender waren als das Herausbrechen der Goldfüllungen aus den verzerrten Mündern toter Juden, die man aus den Gaskammern der Vernichtungslager gezogen hatte."
"Die Tatsachen sind sehr, sehr betrüblich", brachte D'Amato bei der Anhörung vor dem Repräsentantenhaus in klagendem Tonfall vor, "weil sie uns von der Plünderung der Besitztümer aus Wohnungen und Nationalbanken berichten, von den Todeslagern, den Uhren und Armreifen und Brillengestellen aus Gold und den Zahnfüllungen der Menschen."
Neben den Vorwürfen, den Zugang zu Holocaust-Konten zu behindern und mit geplündertem Gold gehandelt zu haben, sahen die Schweizer sich auch mit der Anschuldigung konfrontiert, sie würden mit Polen und Ungarn gemeinsame Sache machen, um Juden zu betrügen. Hier hielt man ihnen vor, Gelder von nicht beanspruchten Schweizer Konten, die polnischen und ungarischen Staatsbürgern gehörten (die aber nicht alle Juden waren), würden von der Schweiz als Entschädigung für schweizerischen Besitz verwendet, den diese Regierungen verstaatlicht hatten.
Rickman bezeichnet dies als "aufregende Enthüllung, eine, die den Schweizern die Socken von den Füßen reißen und einen Feuersturm verursachen wird". Doch die Fakten waren schon weithin bekannt und in amerikanischen Zeitschriften der frühen fünfziger Jahre veröffentlicht worden. Und angesichts des ganzen Mediengeschreis belief sich die entsprechende Summe schließlich auf weniger als eine Million Dollar nach heutigem Wert.
Bereits vor dem ersten Senatshearing über die nachrichtenlosen Konten im April 1996 hatten die Schweizer Banken eingewilligt, einen Untersuchungsausschuß einzurichten und sich dessen Ergebnissen zu unterwerfen. ...<<

Oktober 1996

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>**Woher der Haß?**
Fassungsloses Entsetzen: "Woher der Haß?" Irmgard Fides Behrendt fragt so inmitten der nicht enden wollenden, immer neuen Plünderungs-, Vergewaltigungs- und Mordwellen von seiten einer oft alkoholisierten, verwahrlosten sowjetischen Soldateska bei deren Überfall auf die Zivilbevölkerung 1945 im friedlichen Ostpreußen. ...
Wir wissen aber heute besser als damals, woher Haß und vertierte Brutalität in der Roten Armee kamen. Das in mehrfacher Hinsicht hervorragende Werk von Joachim Hoffmann, "Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945" ... hat den geplanten Angriffskrieg Stalins, dem Hitlers Angriff gerade noch zuvorkam, in seinem inneren wie nach außen gewendeten strukturellen Terrorcharakter dargestellt.
Ich zitiere einige Kapitelüberschriften des genau quellenmäßig belegten Buches: Durch Terror zum Kampf. Sowjetsoldaten werden ins Feuer getrieben - Sowjetsoldaten dürfen sich nicht gefangen geben. Verhinderung der Flucht nach vorn - Der Terrorapparat. Wie "Massenheroismus" und "Sowjetpatriotismus" erzeugt wurden - Sowjetische Untaten werden den Deutschen zugeschrieben – Die antideutschen Volks- und Rassenhetze - Die Ermordung deutscher Kriegsgefangener begann bereits am 22. Juni 1941 – Greueltaten der Roten Armee beim Vordringen auf deutschen Boden ...
Was die grauenhaften Erlebnisse der ostdeutschen Bevölkerung 1945 anlangt und die fas-

sungslose Frage: Woher der Haß?, so mögen Ursachen aus einigen Zitaten des Buches faßbar werden. Sie beziehen sich auf Ilja Ehrenburg, den von Stalin eingesetzten Lehrmeister der Roten Armee. Schon am ersten Kriegstag nennt er die deutschen Soldaten: Räuber, Kindermörder, keine menschlichen Wesen, schädliches Ungeziefer, gigantische Gangsterbande, schlimmer als wilde Bestien, verglichen mit ihnen sind Kaffern und Zulus noch kultiviert, Perverse, Sodomiten und Süchtige, leichenfressende Dämonen und Vampire (ebda. S. 200, 202, 204).
Im Oktober 1942 heißt es in seinem berüchtigten Aufruf: Töte!, "der unter den sowjetischen Truppen weiteste Verbreitung fand und den Rotarmisten immer wieder eingehämmert wurde": "Von nun an ist das Wort 'Deutscher' für uns der allerschlimmste Fluch. Von nun an bringt das Wort 'Deutscher' ein Gewehr zur Entladung ... Wenn Du nicht im Laufe eines Tages wenigstens einen Deutschen getötet hast, so ist es für Dich ein verlorener Tag gewesen ... Für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen ..." (S. 206)
Seine Aufrufe zu Plünderungen, systematischen Vergewaltigungen etc. schließen sich konsequent an. Es hat m.E. wohl kaum je einen Schreibtischtäter gegeben, dessen Hetz-, Haß- und Aufstachelungstiraden massenhaft Fürchterlicheres angerichtet haben als die von Ilja Ehrenburg.
3. Zivile Opfer allein in den Ostprovinzen: "120.000 Männer, Frauen und Kinder größtenteils von Sowjetsoldaten ermordet und 100.000 bis 200.000 weitere in Gefängnissen und Lagern zugrundegegangen. 200.000 Menschen starben während der ab 3. Februar 1945 einsetzenden Deportationen und in der sowjetischen Sklaverei und unendlich viele - in Königsberg allein 90.000 - an den unmenschlichen Lebensbedingungen unter sowjetischer Militärverwaltung in der nachfolgenden Okkupationszeit. Extrem hoch war auch die Rate derer, die ihrem Leben aus Verzweiflung selbst ein Ende machten.
Die ungeheuren Menschenverluste, die durch unmittelbare Gewaltanwendung oder in den Gefängnissen, Konzentrationslagern und Vernichtungslagern in Polen, Jugoslawien und in der Tschechoslowakei eingetreten sind, sollen in diesem Zusammenhang dabei ebenso außer Betracht bleiben wie die mindestens 65.000 Zivilpersonen, die in den sowjetischen Konzentrationslagern der Besatzungstruppen an Hunger und Seuchen zugrunde gingen." (S. 253 f.)
Es erscheint als eines von leider vielen Beispielen geradezu perverser Würdelosigkeit, die mit jenen ("in der Geschichte Europas einmaligen" Pius XII.) Ereignissen verbundene Beendigung des Krieges als "Befreiung" feiern zu wollen.
Auch hat man noch nicht gehört, daß den Millionen Opfern, tapferen Soldaten (insbesondere auch der Marine, die in einem beispiellosen Einsatz Millionen retten konnte), und Vergewaltigten ein würdiges nationales Gedenken und Denkmal gewidmet worden wäre. Man denkt da heute mehr an Deserteure und fremde Völker ... und will am liebsten bei den Jubelfeiern der antideutschen und (im Falle der Sowjets und Roosevelts) antieuropäischen Sieger mitmachen.
...
4. Woher der Haß? Aufhetzen zu Rache und Blutrausch, Aufstacheln zu Vergewaltigung, Vernichtung und Plündern manipulieren menschliche Urtriebe, indem sie Schnellerfüllung und Folgenlosigkeit versprechen und - durch Mißbrauch von ideologischem Moralin ("gerechte Sache") auch noch ein gutes Gewissen dabei machen. Ein Charakteristikum solcher Verursacher wüster und massenhafter Barbarei sind dabei (gruppen-)psychodynamische ad hoc Konsensprozesse, die Andersdenkende zum Schweigen bringen, heimtückisch fertigmachen, ausschließen, unterdrücken, dann so oder so liquidieren.
Selbstverständlich ist dergleichen nicht auf die Sowjets beschränkt, in unseren Tagen haben wir das im ehemaligen Jugoslawien in grauenhafter Weise genauso wieder mit ansehen müssen. Und Europa hat - entgegen übrigens der törichten schon widerlegten Behauptung, durch ihre Existenz gebe es keinen Krieg mehr - zugesehen, sich zerstritten und schändlichst ver-

sagt.
Wäre Deutschland wirklich frei (von EU-Fesseln) gewesen, hätte es selbständig - verhindernd, helfend - handeln können. Aber auch die Kampagnen gegen die sog. Fundamentalisten, die sog. Sekten, den sog. Ausländerhaß (von seiten einer gewissen anti-nationalen Inländerfeindschaft), tragen die erwähnten heimtückischen Züge: Totschweigen (etwa des gigantischen Asylschwindels) durch zersetzendes Tabuieren mit Hilfe von niederhaltendem, unklaren, täuschend-vergiftetem Moralin nebst Gesinnungsterror und entsprechendem Denunziantentum. Die fürchterlichen Vorgänge in China ("Kulturrevolution") mit zigmillionen Umgebrachten), Tibet (Genozid), Kambodscha u.a.m. seien hier nur genannt. ...<<
Die deutsche Psychotherapeutin und Schriftstellerin Christa Meves berichtet im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>... **Erziehen ohne Gott?**
... Erziehung mit Gott - das heißt, täglich mit unseren Kindern den Weg des Guten, des Lebensvollen, des Aufbauenden zu suchen, weil wir wissen, daß wir im Dienst der Schöpfung stehen. Ein Geist dieser Art läßt z.B. nicht zu, daß Kinder Dinge tun, die ihre Gesundheit schädigen; denn er weiß, daß wir nicht aus Zufall oder Spaß existieren, sondern um Gottes Willen, um der Liebe voranzuhelfen.
Kinder, denen dieser Zusammenhang vermittelt wird - zunächst durch das Vorbild der Eltern, dann aber auch in der Schule, und hier wie dort auch dadurch, daß man es den Kindern an der Schwelle zum Jugendalter sagt -, haben keine Not damit, hoffnungslos nach dem Sinn des Lebens zu fragen und zu resignieren, weil sie ihn nicht entdecken können. Wer seinen Kindern den Lebenssinn von uns Menschen glaubhaft vorlebt und sie darin unterrichtet, der kann die Hoffnung haben, daß die Kinder mit zupacken, weil sie spüren, wie nötig sie in dieser wahnwitzig zerstörerischen Welt gebraucht werden.
Es ist auch Erziehung ohne Gott, wenn man die Kinder über die Medien gegen ihre Eltern aufhetzt; denn das geschieht nicht von ungefähr. Dahinter steckt jener Feldzug, der unter der Devise "Marsch durch die Institutionen" die Absicht verfolgt, die Kinder dazu zu bringen, sich aus den Familien zu lösen (auch durch frühen Geschlechtsverkehr vom 13. Lebensjahr ab), damit diese dann als gewalttätige Revoluzzer unsere Lebensform in den Orkus (Totenreich) schicken, zu dem Zweck, eine neue Gesellschaft hervorzubringen, in der der Mensch sich als Gott aufspielt und den neuen, gerechten Menschen allein hervorbringt.
Dieser gefährliche Geist besonders ist schon in viele junge Menschen eingefahren, weil sie verführt worden sind von der Vorstellung, der Mensch könne ohne Gott das Paradies der Zukunft selbst schaffen. Dies ist der Geist, der seit 1917 in Rußland praktiziert wurde, in dessen Zug 30 Millionen Russen von Russen umgebracht und Tausende und Abertausende von Kirchen zerstört wurden.
Davor gilt es, unsere Kinder und deren Zukunft zu bewahren; denn die Früchte dieser Götzenherrschaft des Menschen lassen sich in der Knechtschaft des armen russischen Volkes ganz deutlich ablesen - sie heißen: Elend des Volkes und brutale, barbarische Diktatur der anmaßenden Machthaber.
Es ist unendlich wichtig, unsere Kinder heute rechtzeitig vor den falschen Propheten zu bewahren, die ihnen vorgaukeln, es könne eine von Menschenhand gemachte, gerechte Gesellschaft geben. Es ist nötig, dies unseren Kindern zu verdeutlichen, bevor sie in den Bann der falschen Propheten geraten sind. Wir müssen den Geist des Gehorsams gegen den Geist des abgefallenen Menschenhochmuts setzen! Wir müssen uns Kraft holen aus dem Geist der Liebe, der Christus heißt! ...<<
Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>... **47. Tag der Heimat - ein Rückblick**

... Es war eine peinliche Entgleisung, als ein einsamer Zwischenrufer die Rede des Bundespräsidenten mit "Vaterlandsverräter" unterbrach. Dieser bedauerliche Fauxpas spiegelt aber keineswegs die Einstellung der Heimatvertriebenen wider, wenngleich sie von den Ausführungen Roman Herzogs sicher etwas anderes erwartet hatten. Sein Redenschreiber bewies keine glückliche Hand, als er manche Formulierung wählte, welche die Heimatvertriebenen zutiefst verletzen mußten.

Wenn der Bundespräsident ausgerechnet vor Menschen, die mit unglaublicher Brutalität unter Verlust von etwa 3 Millionen Angehöriger sagte, "daß die durch den Krieg verlorenen Ostgebiete zu unserem geschichtlichen und kulturellen Erbe, aber nicht mehr zu unserem Staat gehören", mag dies den Forderungen der political correctness genügen, kaum aber den Erwartungen der Heimatvertriebenen an ihr Staatsoberhaupt gerecht werden.

Ein Wort des Trostes für das unermeßliche Leid vergangener Tage hätte den gedemütigten und geschundenen Opfern haßerfüllter Sieger gutgetan. Der barmherzige Samariter des Evangeliums goß Öl und Wein in die Wunden dessen, der unter die Räuber gefallen war. Warum sich der Redenschreiber für Essig entschied, bleibt unerfindlich. Westdeutschen, die unangefochten in ihrer Heimat leben konnten, mag der Verlust der Heimat von Millionen Ostdeutscher wenig bedeuten. Um so schwerer wiegt er für die Betroffenen, deren Wunden nicht heilen wollen.

Kehren wir zum Zwischenrufer zurück. So inakzeptabel sein "Vaterlandsverräter" war, so menschlich begreiflich erscheint sein Fauxpas auf dem Hintergrund jahrzehntelanger Beteuerungen sämtlicher verantwortlichen Politiker von Konrad Adenauer über Willy Brand bis Herbert Wehner, die sich über alle Parteigrenzen hinweg einmütig zu den Grenzen Deutschlands in den Grenzen von 1937 bekannten. Alle stimmten mit der Erklärung der sozialdemokratischen Politiker Ollenhauer, Wehner und Brandt in ihrem Grußwort zum Schlesiertreffen im Juni 1963 überein:

"Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg, das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen.

Verzicht ist Verrat. Wer wollte das bestreiten! Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern. Niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen und geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden."

Wenn der Bundespräsident erklärte, Deutschland habe keine Gebietsansprüche, wird ihm auch jeder Heimatvertriebene zustimmen. Natürlich erheben wir keine Gebietsansprüche an Polen und Russen, wohl aber stimmen alle rechtlich denkenden Deutschen mit der Erklärung Professor Hallsteins vom Oktober 1956 vor dem Deutschen Bundestag überein, daß die Heimatvertriebenen "niemals auf den Anspruch verzichtet haben, ihre Heimat in Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit wiederzuerlangen."

Wenn Politiker erklären, der Verlust eines Viertels Deutschlands sei der Preis für den von uns begonnenen Krieg, steht ihr Argument auf tönernen Füßen. Mit derselben Logik und Konsequenz müßten England, Frankreich, Rußland und Polen erhebliche Teile ihres Landes abtreten, weil sie ausnahmslos alle seit 1800 wesentlich mehr Kriege geführt haben als Deutschland.

England liegt mit 80 Kriegen an der Spitze, dicht gefolgt von Frankreich mit 75 Kriegen. Rußland zog in 63 Eroberungskriege und Polen in 32. Das angeblich so kriegslüsterne Deutschland, einschließlich Preußen, liegt mit 23 Kriegen merklich dahinter.

Erinnern wir uns der Worte des großen Friedenspapstes Pius XII: "Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden!"

Der völkerrechtswidrige und menschenverachtende Raub eines Viertels Deutschlands mag Europa vor neuen gewaltsamen Konflikten bewahren. Zu echter Versöhnung oder gar Freund-

schaft mit den östlichen Nachbarn leistet er keinen Beitrag. ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>>>... **Was man von "kleinen Nationen" lernen kann** - Nach dem estnischen Staatspräsidenten Meri gab Ungarns Ministerpräsident Horn ein Beispiel

Reden an nationalen Feier- und Gedenktagen können wahre Glücksfälle sein. Das zeigte sich vor Jahresfrist auf dem "Tag der Heimat" in Berlin, als der estnische Staatspräsident Meri seine deutschen Zuhörer zu mehr nationalem Selbstwertgefühl ermunterte und vor einem gebrochenen Verhältnis zur eigenen Geschichte warnte.

Und das bestätigte sich am 3. Oktober 1996 aufs neue. Da hielt der ungarische Ministerpräsident Gyula Horn die Hauptrede auf der zentralen Festfeier zum "Tag der deutschen Einheit" in München. In ihr grenzte er den Rückblick nicht auf die zurückliegenden sieben Jahre seit seiner folgenreichen Grenzöffnung ein und begnügte sich auch nicht mit feierlichen Bekenntnissen zu Europa, sondern erweiterte seine Vergangenheitsschau bis ins frühe Mittelalter.

Sicher nicht nur als höfliche Reverenz vor dem Land seines Auftritts Bayern, wo sich der erste ungarische König mit einer bajuwarischen Prinzessin vermählte und sich um die Jahrtausendwende dem römischen Christentum anschloß und wohl auch nicht nur, um an ausgewählten Beispielen die herkömmlich guten ungarisch-deutschen Beziehungen seit der "schwäbischen" Südostsiedlung zu beschwören. Vielmehr um ein Datum in Erinnerung zu rufen, dessen epochale Folgenschwere hierzulande schier chronisch "übersehen" wird: den Abschluß der "Pariser Vorortsverträge" von 1919 und 1920.

Gyula Horn sprach vom "Friedensvertrag von Trianon", den die Vertreter Ungarns als Mitverlierer des Ersten Weltkriegs am 4. Juni 1920 im Pariser Vorort Trianon unterschreiben mußten. Ähnlich wie die "Friedens-Verträge" von Versailles (für Deutschland) und von St. Germain (für Österreich) ohne die betroffenen Deutschen und Österreicher festgesetzt wurden, hatten auch die Ungarn den ihnen auferlegten "Vertrag" unter Kriegsandrohung anzunehmen und sich in ihm zusammen mit ihren früheren Verbündeten als "alleinschuldig" am Krieg zu erklären.

Noch umfangreicher als die deutschen und die österreichischen Bevölkerungs- und Landverluste waren die ungarischen Abtretungen, sieht man von der zusätzlichen Wegnahme der deutschen Kolonien und der territorialen Aufteilung der Habsburger Monarchie unter die sogenannten "Nachfolgestaaten" ab.

Da wurde Ungarn gezwungen, auf über 70 Prozent seines bisherigen Territoriums und fast zwei Drittel seiner Bewohner zu verzichten. So ging das bisherige "Oberungarn" als Slowakei mit Böhmen und Mähren zusammen und bildete die "Tschecho-Slowakei", und wurden Siebenbürgen und das Banat an Rumänien gegeben. Ihre ungarischen und deutschen Bewohner sahen sich in den nachfolgenden Jahren ähnlichen Bedrängnissen ausgesetzt wie die Sudentendeutschen in der Tschechoslowakei und erlebten das erhoffte Selbstbestimmungsrecht nur als papiernes Versprechen.

An dieses Schicksal erinnernd nannte Gyula diese Menschen teilnahmsvoll "unsere Verwandten" und bekundete ihnen seine landsmannschaftliche Sympathie. Eine Geste, die ihn vielleicht im patriotischen Verständnis auch 1989 bestimmt haben könnte, die in sein Land gekommenen Mittel- und Ostdeutschen zu ihren westdeutschen Landsleuten weiterreisen zu lassen und ihnen dafür die ungarische Grenze zu öffnen.

Nahtlos sich anfügend an Horns aufrichtiges Bedauern über die Vertreibung der Ungarndeutschen, die ihn menschlich offenbar mehr bewegte als manche nachgeborene westdeutsche Landsleute, die in ideologischer Verwilderung die Heimatvertriebenen gar schon als "Ewiggestrige" beschimpfen.

Es steht dahin, ob diese Zeitgenossen noch eines besseren belehrt werden und von einem Gyu-

la Horn oder Staatspräsident Meri lernen können. ...<<

13.11.1996

BRD: Der deutsche Journalist Dieter Bartetzko schreibt am 13. November 1996 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über das geplante gigantische Berliner "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" (x268/228-229): >>... Die unbeirrbaren Befürworter eines erschlagend monumentalen Mahnmals ... übersahen, daß ihr Riesenbau verzweifelt an die Architekturhybris der Nazis erinnert, die Speers Nord-Süd-Achse mit dem höchsten Triumphbogen der Welt abschließen wollten, auf dessen Fronten die Namen aller gefallenen deutschen Soldaten eingemeißelt werden sollten.<<

29.11.1996

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. November 1996: >>**Weg zur Aussöhnung mit Prag ist frei**

Nach 2jährigem Tauziehen scheint der Weg zur Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung noch vor Weihnachten offen. ...

Nach dem Bericht von "Mlada fronta dnes" wird die Vertreibung der Sudetendeutschen nach Kriegsende aus der Tschechoslowakei in der letzten Textfassung als "Austreibung" oder "Zwangsaussiedlung" bezeichnet.

Der Begriff "Vertreibung" werde für das Schicksal der Tschechen verwendet, die mit dem Einmarsch der Hitler-Wehrmacht die damaligen Grenzgebiete verlassen mußten.<<

November 1996

BRD: Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet im November 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 – 1996 (x853/...): >>... **Übersehene Tatsachen und Zusammenhänge**

Was in der Diskussion über die deutsch-tschechische "Abschluß-Erklärung" stets zu kurz kam

Schon die unterschiedlichen Bezeichnungen deuten den Standpunkt an. Sprechen die einen von der "Schlußstrich-Erklärung" der deutschen und der tschechischen Regierung, melden sie indirekt bereits ihre Vorbehalte an - und reden die anderen von der deutsch-tschechischen "Versöhnungs-Erklärung", geben sie mit diesem positiven Ausdruck gleichfalls ihre - diesmal zustimmende - Haltung zu erkennen. Und beide Seiten haben ihre Gründe.

Sehen die einen die Vergangenheit nicht angemessen gewürdigt, geben sich die anderen zukunftsorientiert und schauen in erster Linie nach vorne. Zusätzlich bemühen sie noch die Moral und unterstreichen die Verpflichtung Deutschlands, die tschechischen NS-Opfer zu entschädigen und diese Pflicht im Rahmen der "Versöhnungs-Erklärung" anzuerkennen und zu erfüllen.

Den Kritikern der "Schlußstrich-Erklärung" scheint damit ein unüberwindliches Argument entgegengehalten und eine weitere Ablehnung nicht mehr gestattet. Ein genauerer Blick in die Geschichte und ihre Zusammenhänge löst diesen Konflikt zwischen angemahntem Heimatrecht und menschlicher Moral freilich auf. ...

Ebenso lassen die meisten Befürworter der von ihnen angemahnten "Versöhnungs-Erklärung" mit der widerspruchslosen Hinnahme der sogenannten "Benesch-Dekrete" den ideologischen "Hintermann" dieser menschenrechtswidrigen Verfügungen außer Betracht: Sowjetdiktator Josef Stalin.

Er tritt in jener programmatischen Erklärung deutlich in Erscheinung, aus welcher sich Ziel und Inhalt der "Benesch-Dekrete" folgerichtig ableiten, dem sogenannten "Kaschauer Programm der Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken" vom 5. April 1945. Darin wird die Sowjetunion als "unser großer Verbündeter" gefeiert und vom "glorreichen Siegeszug" der "Roten Armee" gesprochen.

Der Westmächte und ihres Beitrages zur Befreiung wird nur beiläufig in Nebensätzen gedacht.

Im wesentlichen haben sie nur ungebetene Ratschläge für die Behandlung der Sudetendeutschen bekommen und wurde den amerikanischen Truppen empfohlen, "sehr streng mit den Deutschen zu verfahren".
Wenn sich auch die amerikanischen Soldaten von diesen Anschwärzungen der Sudetendeutschen nicht sonderlich beeinflussen ließen und sich ihrerseits verschiedenenorts von den brutalen Mißhandlungen der Deutschen durch aufgehetzten tschechischen Mob betroffen zeigten, wie erhalten gebliebene Fotos und Zeitzeugnisse belegen, so schlugen sie sich doch in einigen späteren Äußerungen amerikanischer Persönlichkeiten nieder. Der Brief General Clays an die deutschen Erzbischöfe und Kardinäle vom 15. Juli 1946, in dem die Sudetendeutschen als Unruhestifter und "umstürzlerische Elemente" bezeichnet werden, ist ein Beispiel für eine solche "politische Langzeitwirkung".
Schien Edvard Benesch bis 1943 ein treuer Gefolgsmann Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gewesen zu sein und nicht von ungefähr seine Exilregierung in London etabliert zu haben, geriet er mit Abschluß des tschechisch-sowjetischen Vertrags "über die Freundschaft und den gegenseitigen Beistand und die Zusammenarbeit nach dem Kriege" vom 12. Dezember 1943 immer stärker unter den Einfluß Stalins. Diese zunehmende politisch-ideologische Abhängigkeit der tschechischen Führung von Moskau schlug sich bis in die Ähnlichkeit der einzelnen Formulierungen nieder und weist eine Linie vom obigen Moskauer Vertrag über das "Kaschauer Programm" bis zu den sogenannten "Benesch-Dekreten" auf.
Hieß es beispielsweise im Moskauer "Freundschafts- und Beistandspakt, daß "alle, die Hitler aktiv geholfen haben und sich des Hochverrats gegen die Republik schuldig gemacht haben, einschließlich Ausweisung aus der Republik und Beschlagnahme des Vermögens bestraft werden", liest sich die gleiche Absicht im "Kaschauer-Programm" (Abschnitt VIII) so:
"... diejenigen Deutschen, ... welche wegen eines Verbrechens gegen die Republik und gegen das tschechische und slowakische Volk ... verurteilt werden, werden der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft für verlustig erklärt und für immer aus der Republik ausgewiesen", um sich dann im "Dekret des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik vom 21. Juni 1945 über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Magyaren wie auch der Verräter und Feinde des tschechischen und slowakischen Volkes" mit den Worten zu wiederholen:
"... von dem Bestreben geleitet, ein für allemal den tschechischen und slowakischen Boden aus den Händen der fremden deutschen ... Gutsbesitzer, wie auch aus den Händen der Verräter der Republik zu nehmen, ... wird mit augenblicklicher Wirksamkeit und entschädigungslos das landwirtschaftliche Vermögen enteignet, das im Eigentum steht aller Personen deutscher ... Nationalität, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit".
Eine Gedanken- und Ziellinie, die sich auch in anderen Erklärungen von 1943, weiteren Programmpunkten der "Kaschauer Beschlüsse" und in den übrigen "Benesch-Dekreten" erkennen und verfolgen läßt.
Die von der heutigen tschechischen Staatsführung immer noch als "legal" und "legitim" angesehenen "Präsidenten-Dekrete" von 1945 entpuppen sich in Wahrheit als Überreste stalinistischer Expansionspolitik und Revolutionsstrategie. Mit der Enteignung und Entwurzelung von Millionen Menschen sollte in Rest-Deutschland und Mitteleuropa ein "revolutionäres Potential" geschaffen werden, das die Sowjetisierung ganz Europas vorbereitet.
Als materielle Habenichtse waren die deutschen Vertriebenen aus den Ostprovinzen des Reiches und aus dem Sudetenland als "sozialer Sprengsatz" gedacht, welcher die westlich-bürgerliche Gesellschaft zu gegebener Zeit "zur Explosion" zu bringen hatte.
Zum Leidwesen Stalins und seiner Kremlstrategen sanken die deutschen Heimatvertriebenen jedoch nicht zu diesem "revolutionären Treibsatz" herab, sondern legten als überzeugte Antikommunisten fleißig Hand ans Wiederaufbauwerk Deutschlands und schufen sich dabei eine

neue Heimat.
Grund genug für Stalin und seine westlichen Mitläufer, die deutschen Heimatvertriebenen mit einem Rachefeldzug zu überziehen und sie durch Diffamierungen und Verleumdungen politisch mundtot zu machen. Daß diese Kräfte noch bis in die Gegenwart aktiv sind, zeigt sich nicht nur in der vielfältigen Deklassierung der sudetendeutschen und ostdeutschen Landsmannschaften als "Vertriebenenfunktionäre", sondern auch an vereinzelt bereits geglückten Versuchen, Veranstaltungen der Heimatvertriebenen wie den "Tag der Heimat" durch Straßenterror zu verhindern. Die sich als "Antifaschisten" ausgebenden Droh- und Gewaltextremisten verunglimpfen die Heimatvertriebenen als "Ewig Gestrige" und besorgen auf diese Weise posthum das Geschäft Stalins.
In ähnliche Nähe drohen die Verteidiger der "Benesch-Dekrete" zu geraten. Ein Festhalten an diesen menschenrechtswidrigen Verfügungen aus dem Jahre 1945 bedeutete zumindest ein Stehenbleiben in der Nachfolge Josef Stalins und damit eine Konservierung eines Stückes Stalinismus in Mitteleuropa. Schlecht vorstellbar, daß sich nach Kenntnis dieser Tatsachen und Zusammenhänge westlich-demokratisch ausgerichtete Politiker noch dafür stark machen. Eine "Schlußstrich-Erklärung" mit der Hinnahme der sogenannten "Benesch-Dekrete" und der Verharmlosung der Vertreibung rückte aber die Unterzeichner in die Nähe der Hüter stalinistischen Erbes und verschaffte den menschenrechtswidrigen Gewaltakten des Sowjetdiktators von 1945 noch nachträgliche Anerkennung. ...<<

1996

BRD: Hartmut Hausmann berichtet im Jahre 1996 über die außerordentlich teure EU-Osterweiterung (x303/217): >>... Was gesamtpolitisch und unter dem Sicherheitsaspekt gewollt und sinnvoll erscheint, wird die Union ... vor riesige Probleme stellen.
Alle mittel- und osteuropäischen Staaten weisen ein Bruttosozialprodukt von weniger als 35 Prozent gemessen am EU-Durchschnitt auf. Damit gehören sie zu den ärmsten Regionen der Gemeinschaft und fallen unter die Ziel-1-Regionen der Strukturförderung. ...
Nach den im Europäischen Parlament angestellten Berechnungen (wird) allein für die Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ein jährlicher Bedarf von 20,5 Milliarden ECU (benötigt), was einem Viertel des EU-Haushalts entspräche.<<
Horst Deckert berichtet in seinem Internet-Blog **Vatikan:** Horst Deckert berichtet in seinem Internet-Blog "https://www.offenbarung.de …" über die Vermarktung der Lehren der römisch-katholischen Kirche (x990/…): >>**Das Papsttum**
… Nicht um die Verkündigung des wahren Evangeliums aus der Bibel gemäß dem Auftrag Jesu Christi (Matthäus 28, 18-20) voranzubringen, sondern um **die Gewissen und die Geldbeutel der Menschen besser zu beherrschen**, wird seit 1996 für die Vermarktung der Lehren Roms die als Arbeitsplatzvernichter und Job-Killer berüchtigte Unternehmensberatung McKinsey vor den Karren gespannt. Der Papst steht im Schaufenster - der Jesuiten-General zieht die Fäden der Macht.
Der Vatikan ist, neben einigen Ölstaaten, wohl der reichste Staat dieser Erde. Nicht zuletzt deshalb, weil die römisch-katholische Kirche das ertragreichste Unternehmen der Welt ist. Man schaffte sogar, daß z.B. die wenig interessierten und nicht informierten deutschen Steuerzahler über 90 % der Gehälter der Priester und Kirchenbediensteten bezahlen. Ich wollte das nicht glauben, aber Renate Schmidt hat mir das schon vor einigen Jahren in ihrer Funktion als Bundestagsvizepräsidentin auf meine Anfrage hin schriftlich bestätigt.
Da wirkt die Drohung, die Kirche könne ihre Kindertagesstätten nicht mehr finanzieren und dann müsse der Steuerzahler dafür aufkommen, wie blanker Hohn, ja, wie Betrug. Oder können Sie mir einen plausiblen Grund nennen, wieso der deutsche Steuerzahler die Kirche finanziert? Das gibt es nicht mal in "katholischen" Ländern.
Die Erfolgsliteratur darf natürlich nicht fehlen. Viele Managementbücher wurden von Jesuiten

geschrieben. Was zu den Prinzipien des Unternehmens Scientology gehört, ist auch dem "Unternehmen Römisch-katholische Kirche" nicht fremd. Doch, falls Sie jetzt den Eindruck haben, ich will hier für eine bestimmte - und gegen alle anderen Glaubensrichtungen und Religionen Stimmung machen, kann ich Sie beruhigen.
Als mich 1990/91 ein deutscher Unternehmensberater mit Wohnsitz Schweiz für eine Sekte anwerben wollte, habe ich mir einfach eine Bibel gekauft, sie durchgearbeitet und mit den Kirchen- und Sektenlehren die ich kenne, verglichen. Daraufhin habe ich mich von der Kirche verabschiedet und mich auch von Sekten aller Art ferngehalten. Ich kann Ihnen keine religiöse Gruppierung empfehlen, weil alle nur Geld und Macht wollen. Was mir aber sehr viel im Leben gebracht hat, ist der reine Bibeltext und die Zehn Gebote.
Wenn "Management-Modelle" von religiösen Organisationen angeboten und Unternehmern zur Übertragung auf ihr Unternehmen empfohlen werden, muß deren Gesinnung geprüft werden, bevor Schaden entsteht. Und dazu möchte ich Sie aufrufen.<<

Schweiz: Das Schweizerische Bundesarchiv veröffentlicht im Jahre 1996 eine Dokumentation über das Schicksal der abgewiesenen jüdischen Flüchtlinge "Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945".
Aufgrund dieser Dokumentation hat die Schweiz damals mindestens 30.000 jüdische Frauen, Kinder und Männer an der Grenze abgewiesen (x136/230). Die Zahl der abgewiesenen jüdischen Flüchtlinge, die vergeblich an den Schweizer Grenzen um eine Einreisbewilligung nachsuchten, ist vermutlich wesentlich höher (x136/231).

1997

>>Noch nie war einer glücklich, welcher Unrecht tat.<< (Euripides)

02.01.1997

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Januar 1997 über Rumäniens EU-Beitrittspläne: >>**Rumänen kämpft um den Anschluß**
... Die Rumänen wollen mehr Tempo bei der Entwicklung ihres Landes, erst recht nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Emil Constantinescu. ...
Besonders wichtig für Rumänien bleibt die europäische und euroatlantische Integration des Landes. Auf Deutschland als dem wichtigsten Handelspartner und die treibende Kraft in der EU richten sich da viele Hoffnungen. ...<<

16.01.1997

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Januar 1997: >>**Lebed warnt in Bonn vor einem Dritten Weltkrieg**
... Am Mittwoch traf sich der russische Gast unter anderem mit dem CDU/CSU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble, mit Joschka Fischer von den Grünen und mit zahlreichen Wirtschaftsvertretern. Der frühere Kommandant der 14. sowjetischen Armee ("Ich bin nicht liberal, ich bin General") entwarf vor seinen Bonnern Gesprächspartnern ein düsteres Bild von den Zuständen in seiner Heimat.
Durch die Schwäche des amtierenden Präsidenten (Boris Jelzin), bedingt durch dessen schwere Krankheit, verharre Rußland in einem Zustand von wirtschaftlichem und politischem Chaos, bedrängt durch das organisierte Verbrechen. Er könne diesen Zustand beenden, lautet die Botschaft Lebeds, aber nur durch "eine Diktatur des Gesetzes".
Die Frage, ob er Demokrat sei, wies Lebed (General und "Mann des Jahres" in Rußland) barsch zurück: "In Rußland gibt es keine Demokraten. Die, das von sich behaupten, sind Heuchler."
Um ein demokratisches Land zu werden, brauche Rußland noch 2 Generationen, was nach landläufiger Auffassung mindestens 50 Jahre bedeute. Die Gefahr sei groß, sagte Lebed, daß Rußland vollends ins Chaos gleite, "aber wenn ich eine Gefahr sehe, dann nehme ich das

Schwert in die Hand. Dann wird die Gefahr den Schwanz einziehen und von selbst verschwinden."
Sollte Rußland auseinanderbrechen, warnte Lebed, werde es einen Krieg geben, den dritten Weltkrieg. Und der werde keine Sieger haben. Dann werden der Welt die Fetzen um die Ohren fliegen.<<

31.01.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. Januar 1997: >>**Bundestag stimmt für Aussöhnung mit Prag**

... Der Bundestag hat am Donnerstag mit breiter Mehrheit der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung zugestimmt. Für das Papier sprachen sich in namentlicher Abstimmung 578 Parlamentarier aus, dagegen votierten 20 CSU- und CDU-Abgeordnete. 23 PDS- und Unionsabgeordnete enthielten sich. ...

... Die Deklaration war nach zweijährigem harten Ringen am 21. Januar von Kohl und Tschechiens Ministerpräsident Vaclav Klaus in Prag unterzeichnet worden.

Kohl bezeichnete in seiner einleitenden Regierungserklärung die Deklaration als einen "guten Text", mit dem beide Seiten klar und mutig auf strittige Abschnitte der gemeinsamen Geschichte eingingen. Die Erklärung sei ein Beitrag zur Aussöhnung: "Sie soll helfen, den Teufelskreis gegenseitiger Aufrechnung und Schuldzuweisung zu durchbrechen."

Nachdrücklich forderte er die Sudetendeutschen auf, am Aussöhnungswerk mitzuarbeiten.

Der SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping forderte Deutsche und Tschechen zur engen Zusammenarbeit auf. Mit der gemeinsamen Erklärung werde "spät, aber nicht zu spät, endlich das letzte Kapitel" deutscher Ostpolitik abgeschlossen.

CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble erklärte unter Hinweis auf das Bekenntnis zu Schuld und Unrecht in dem Dokument, Versöhnung erfordere den Mut, auch die dunklen Seiten anzusprechen. ...<<

10.02.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Februar 1997: >>**Sudetendeutsche lehnen Erklärung ab**

Wenige Tage vor der entscheidenden Abstimmung über die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung im Prager Parlament hat die Sudetendeutsche Landsmannschaft ihre Ablehnung erneuert. ... Der Vorsitzende der Landsmannschaft, Franz Neubauer, hatte am Sonnabend angekündigt, die Sudetendeutschen würden ihre Interessen nun im Rahmen des geplanten EU-Beitritts von Tschechien geltend machen. ...

In dem Manifest heißt es, die über die Köpfe der Betroffenen hinweg vereinbarte Erklärung enthalte geschichtliche Unwahrheiten. Sowohl das Selbstbewußtsein als auch das Rechtsempfinden der Sudetendeutschen werde mit der Erklärung schwer verletzt.<<

14.02.1997

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Februar 1997: >>**Scharfe Töne gegen Deutschland im Prager Parlament**

Im Prager Parlament dauert auch in der Nacht zum Freitag die Debatte über die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung an. ... Dabei kam es zu scharfen Ausfällen der rechtsradikalen Republikaner. Ihr Vertreter Josef Krejsa bezeichnet den tschechischen Chefunterhändler als "analen Höhlenforscher". Man habe es zu tun mit einem "großdeutschen Reich unter der Maske der Europäischen Union". Ein weiterer Rechtsradikaler meinte, die Billigung der Deklaration käme Hochverrat gleich. ...<<

15.02.1997

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Februar 1997: >>**Prag stimmt Erklärung zur Aussöhnung zu**

Das tschechische Parlament hat am Freitag nach viertägiger Debatte der deutsch-

tschechischen Aussöhnungserklärung zugestimmt. Für die Deklaration votierten 131 Abgeordnete, 59 waren dagegen. ...<<

16.02.1997

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "Der Spiegel 8/1997" berichtet am 16. Februar 1997 (x373/8): >>"Die alte Bundesrepublik war ein Protektorat Amerikas. Auch nachdem Deutschland 1990 nach eigener Definition den Zustand voller Souveränität erreicht hatte, bewahrte es seine Loyalität gegenüber der Schutzmacht ohne Abstriche."<<

19.02.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. Februar 1997: >>**87 Millionen versickern in Kiews dunklen Finanzkanälen**

Deutsche Entschädigungszahlungen für NS-Opfer verschwunden / Erst 1998 Geld für Nazi-Opfer in Südosteuropa

Die Opfer von einst sind die Opfer von heute. ... 87 Millionen, die Bonn in die Ukraine für die NS-Opfer überwiesen hatte, sind in dunklen Kanälen verschwunden. ...

Das Geld gehört zu einem Fonds von einer Milliarde Mark, den die Bundesregierung 1993 für Entschädigungszahlungen an Rußland, Weißrußland und die Ukraine bereitgestellt hat. Der Ukraine hatte Deutschland seit 1993 in drei Teilsummen insgesamt 400 Millionen Mark gezahlt. Eine eigens dafür eingerichtete Stiftung "Verständigung und Aussöhnung" nahm die Anträge entgegen und prüfte die Ansprüche. ...<<

Am 19. Februar 1997 tritt die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft.

Die deutsche Energiewirtschaft nach der Liberalisierung des EU-Strommarktes

Die vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt durchgesetzte Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" sollte spätestens bis zum 19. Februar 1999 in den jeweiligen EU-Ländern umgesetzt werden. Die EU-Länder Großbritannien, Schweden, Finnland und Deutschland öffneten bzw. liberalisierten ihre Märkte fristgemäß für den Wettbewerb. Da Frankreich seinen Strommarkt jedoch weiterhin gegen ausländische Konkurrenten abschottete, aber gleichzeitig massiv Strom exportierte, bahnten sich bereits im Jahre 1999 schwere Handelskonflikte innerhalb der EU an.

Nach der sog. Liberalisierung des EU-Strommarktes begann in der Bundesrepublik überraschend schnell ein heftiger Preiskampf ("Energiekrieg"), denn die deutschen Versorgungsunternehmen mußten ihre Leitungen aufgrund der EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" für den Billigstrom der in- und ausländischen Konkurrenz öffnen.

Die verhältnismäßig kleinen deutschen Versorgungsunternehmen wurden durch die überstürzte Marktliberalisierung in eine ungemein schwierige Lage gebracht, denn sie mußten sich plötzlich mit übermächtigen subventionierten Staatsmonopolen auseinandersetzen.

Der deutsche Energiemarkt wurde für die großen ausländischen Konzerne sehr schnell ein wichtiger Teil des europäischen Strommarktes. Nach den skandinavischen Unternehmen aus Schweden (Vattenfall) und Finnland (Fortum) drängte auch der größte Stromkonzern Europas, die EdF, aus Frankreich, mit aller Macht auf den deutschen Energiemarkt, um überschüssige Energie als Billigstrom zu verkaufen.

Der schwedische Staatskonzern Vattenfall beteiligte sich damals u.a. mit 25 % an der HEW in Hamburg. Der finnische Staatskonzern Fortum erwarb im Jahre 1999 die EW Wesertal GmbH in Hameln und strebte weitere Beteiligungen in Deutschland an. Der französische Strommonopolist EdF beteiligte sich in Baden-Württemberg an der EnBW.

Mit 435 Milliarden Kilowattstunden (MkWh) produzierte der Staatsmonopolist EdF im Jahre 1997 wesentlich mehr Strom als die 3 größten privatwirtschaftlich organisierten deutschen Versorgungsunternehmen (RWE, PreussenElektra, und Bayernwerk = 300 MkWh) zusammen. Das französische Staatsunternehmen EdF deckte mit seinen 55 Kernkraftwerken, die größtenteils abgeschrieben waren, über 80 % der Stromversorgung Frankreichs.

Viele ausländische Staatskonzerne besaßen beträchtliche Überkapazitäten, deshalb konnten sie den Strom konkurrenzlos billig anbieten, ohne Verluste zu erwirtschaften. Der z.B. von "Yello" zum Spottpreis angebotene Strom stammte zu 70 % aus französischen Kernkraftwerken. Die deutschen Stromversorger konnten dem Billigstrom aus Frankreich fast nichts entgegensetzen. Die EU entschied zwar später, daß die einzelnen Länder nur die Strommenge in ein anderes EU-Land exportieren durften, die aus dem anderen EU-Land importiert wurde, aber diese Regelungen galten nicht für direkte Beteiligungen im Ausland.

21.02.1997

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Februar 1997: >>**Polen geben Juden Eigentum zurück**

Die 9 jüdischen Gemeinden in Polen erhalten ihr früheres Eigentum zum Teil zurück. Das entschied am Donnerstag das polnische Parlament der Sejm. ... Das Gesetz betrifft auch früheren jüdischen Gemeindebesitz in ehemals deutschen Gebieten. Immobilien, die früher nicht religiösen oder kulturellen Zwecken dienten, sind von der Regelung ausgeschlossen.

Jüdische Organisationen in den USA und Israel lehnten das Gesetz ab, weil nur ein Teil des früheren Gemeinde-Eigentums zurückgegeben werden soll. Außerdem bestehen sie auf der Rückgabe des früheren privaten jüdischen Besitzes.<<

26.02.1997

Ungarn: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Februar 1997: >>**Herzog: Deutschland unterstützt Ungarn**

Bundespräsident Roman Herzog hat Ungarn die volle Unterstützung Deutschlands auf dem Weg in die Europäische Union (EU) und die NATO zugesichert.

Bei einem Staatsbesuch in Ungarn sagte Herzog am Dienstag vor der Nationalversammlung in Budapest, Ungarn werde zu den ersten Kandidaten gehören, die in die EU und den Nordatlantikpakt aufgenommen würden. Herzog würdigte insbesondere die ungarische Minderheitenpolitik. ...<<

18.03.1997

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. März 1997: >>**Prag weist russische Drohung empört zurück**

Tschechiens Regierung hat empört auf die Drohung eines russischen Diplomaten reagiert, der für den Fall eines NATO-Beitritts des Landes die Wirtschaftsabkommen zwischen Tschechien und Rußland in Frage gestellt habe. ...

Der Botschafter hatte in einem Interview gesagt, ein Beitritt zur NATO könne schädliche Auswirkungen auf wichtige Abkommen haben. Der Beitritt habe für Rußland erhebliche Verluste im Waffengeschäft zur Folge. Als Reaktion könne Rußland seine Abkommen mit Tschechien über die Lieferung von Gas und Atomstrom neu überdenken. ...<<

10.04.1997

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. April 1997 über die Jugendweihe (x303/187): >>... Zwischen März und Juni ist Weihezeit in den neuen Bundesländern. Die 14-jährigen wollen nicht mehr Kinder sein, die Jugendweihe wird als Eintritt ins "Erwachsenenland" gefeiert.

Insgesamt werden es deutlich mehr als 100.000 Kinder – somit weit mehr als 60 % eines Jahrganges sein, die an dem Ritual teilnehmen, das früher fester Bestandteil der DDR-Kultur war.

Der Zulauf wächst. In Sachsen sind es in diesem Jahr fast 34.000 14-jährige, die an der Jugendweihe teilnehmen, das sind 57 % eines Jahrganges. Mehr als 500 Veranstaltungen gibt es im Jahr.

Die Evangelische Landeskirche rechnet dagegen mit 10.000 Konfirmanden.<<

25.04.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 25. April 1997: >>... Der tschechische Präsident wurde im politischen Teil seiner Rede in diesem Punkt ein wenig deutlicher, als er ausführte: "So wie das heutige Deutschland nicht in der Lage ist, die Zehntausenden tschechischen NS-Opfer ins Leben zurückzurufen und uns in die Zeit vor 1938 zurückzuführen, wo Tschechen, Juden und Deutsche bei uns zusammenlebten, so wenig kann die heutige Tschechische Republik den vertriebenen Deutschen ihr altes Zuhause zurückgeben. ...<<

April 1997

BRD: Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet im April 1997 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1997 (x853/...): >>... **Was man während des Krieges im Vatikan alles erfahren konnte**

Die kriegführenden Mächte nutzten die Vatikanstadt als ergiebige Nachrichtenquelle

Gelten die vatikanischen Archive als die bestgehüteten Dokumenten-Depots der Welt, überraschen die über den Heilige Stuhl ausgetauschten Regierungs- und Geheimpläne der einst kriegführenden Mächte um so mehr durch ihre Fülle.

Da beide kriegführenden Parteien die diplomatischen Beziehungen zum Papst aufrechterhielten und der amerikanische Präsident F. D. Roosevelt einen eigenen "Persönlichen Repräsentanten" bei Pius XII. akkreditieren ließ, wurde der Heilige Stuhl in der Tat zur Drehscheibe der wichtigsten Informationen zwischen den Alliierten. Das dokumentieren jüngst von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) bearbeitete US-Papiere.

So vertraute der polnische Botschafter Kazimierz Papée am 2. Oktober 1942 dem amerikanischen Geschäftsträger Harold Tittmann die Vorstellungen seiner Regierung über das besiegte Nachkriegsdeutschland an. Danach hatten die westlichen Alliierten nach Kriegsende mit "drei Kräften" im Reich zu rechnen:

Mit den "Überresten der preußischen Armee, der Kommunistischen Partei und der Katholischen Kirche". Von diesen seien die preußische Armee und die kommunistische Partei möglichst unter Kontrolle zu halten bzw. zu zerschlagen, um den Frieden nicht ein weiteres Mal zu gefährden oder Mitteleuropa unter bolschewistische Herrschaft geraten zu lassen. Daher sollten "die Alliierten nicht erlauben, daß Sowjet-Rußland irgendein europäisches Land besetzt; sowjetrussische Truppen und Verwaltung sollten niemals ein besiegtes Deutschland regieren dürfen". Vielmehr sollte "die Hauptkraft der sowjetrussischen Truppen entlang der alten polnisch-litauischen Grenze bleiben", riet der polnische Missionschef dem amerikanischen Diplomaten.

- Die katholische Kirche in Deutschland, in der Einschätzung des polnischen Botschafters "die einzig positive Kraft" im besiegten Reich, sollte dagegen gefördert und "mit Kräften ausgestattet werden, die anziehend wirken, da sie nicht nur "eine moralische, sondern auch eine politische Rolle zu spielen" hätte. Wie die Praxis der Westalliierten, besonders der Amerikaner, später erwies, haben sich die Sieger tatsächlich gegenüber der Kirche in Deutschland kooperationsbereit gezeigt und sich nicht selten bei deutschen Prälaten und Bischöfen Rat für ihre Besatzungsregierung geholt.

Von US-General Patton ist bekannt, daß er in Personalentscheidungen auf die Empfehlungen Kardinal Faulhabers hörte und dabei sogar seinen Posten als Militärgouverneur von Bayern riskierte. Und General Clay, der spätere US-Militärgouverneur für die gesamte US-Zone, mußte sich so manche Kritik Weihbischof Neuhäuslers an der Siegerjustiz der Amerikaner anhören.

Beherzigten die Westalliierten die empfohlene Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche, griffen die Sowjets offenkundig den zweiten Ratschlag der Polen, die Ausschaltung der preußischen Armee, auf und besorgten seine Ausführung augenscheinlich auch unter den von Botschafter Papée genannten Voraussetzungen: "Um die verbleibende Struktur und Ideologie der

deutschen Armee zu schwächen, werden die Alliierten Preußen selbst schwächen müssen".
- Dafür gebe es nach Papée nur einen Weg: "Von Preußen die beiden Sprungbretter für potentielle Angriffe auf Osteuropa abschneiden", nämlich "Ost-Preußen und Oberschlesien", das heißt, diese beiden deutschen Provinzen nach dem Krieg Polen zuzugliedern.
Eine Grenzverschiebung, wie sie Stalin dann 1945 mit der Errichtung der sogenannten "Oder-Neiße-Linie" zweihundertprozentig vollzog, indem er Polen über Ostpreußen und Oberschlesien hinaus auch noch Niederschlesien, den größten Teil von Pommern und Ost-Brandenburg zuschlug und damit über 9 Millionen Ostdeutschen die Heimat nahm.
- Mit dieser verdoppelten Land-Zugliederung an Polen bekräftigte der Kreml-Chef zugleich die Folgerung Botschafter Papées vom 2. Oktober 1942:
"Dann kann Berlin nicht mehr länger die Hauptstadt Deutschlands bleiben, da es zu nahe an der Grenze liegt". Konsequenz: "Die Hauptstadt wird dann zum Mittelpunkt Deutschlands hin verlegt werden müssen."
Eine Forderung, die man in der Bundeshauptstadt Bonn bis zum heutigen Tag erfüllt sehen kann.
Wie sich die Vereinigten Staaten das Kriegsende vorstellten und das besiegte Deutschland zu behandeln gedachten, war gleichfalls Thema von Gesprächen im Vatikan. An ihnen nahm Papst Pius XII. persönlich teil, seit Präsident Roosevelt im Januar 1943 die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan in Casablanca aufgestellt hatte.
Der Pontifex suchte die amerikanische Regierung von dieser Kapitulationsforderung abzubringen, da er von ihr nur eine Versteifung des deutschen Abwehrwillens erwartete und mit ihr eine Verlängerung des blutigen Ringens befürchtete. Um diese päpstlichen Einwände gegen die bedingungslose Kapitulations-Forderung zu zerstreuen, schickte Roosevelt seinen "Persönlichen Repräsentanten", Myron C. Taylor, wiederholt zu Pius XII. und ließ ihn die "psychologischen Hintergründe" seiner Forderung erläutern.
Zu diesem Zweck suchte Taylor den Papst im Juni 1944 zweimal auf und erklärte, daß "bedingungslose Kapitulation nicht Unterwerfung und Vernichtung" Deutschlands bedeute. Vielmehr sei mit der angestrebten "totalen Niederlage" die Absicht verbunden, einer neuen Legende von der "Unbesiegbarkeit der deutschen Waffen" zuvorzukommen und der Welt zu beweisen, daß auch die deutsche Armee besiegbar sei. Bekanntlich galt 1918 das deutsche Heer als "im Felde unbesiegt" und nur durch den "Dolchstoß" von hinten zum Rückzug gezwungen.
Der Wiederauflage einer solchen Legende wollte Roosevelt nach den Worten seines "Persönlichen Vertreters" bei Pius XII. vorbeugen und den "Fehler von 1918" nicht wiederholen. Diesmal sollte geschehen, was US-Generalstabschef Pershing schon 1918 gefordert hatte, aber vom damaligen Präsidenten Wilson abgelehnt worden war, nämlich "bis nach Berlin durchmarschieren" und dann erst den Kampf einstellen. "Deutschland wird in kurzen und einfachen Formulierungen alle Rechte und Vollmachten den Alliierten übertragen", erklärte Myron C. Taylor am 29. Juni 1944 dem Papst.
Nach derselben Quelle aus dem Vatikan fügte er hinzu, daß die Alliierten es bei der Besiegelung der deutschen Niederlage nicht gern mit Vertretern eines "Nazi- oder Quasi-Nazi-Government" bei der gemeinsamen Unterzeichnung zu tun haben möchten, sondern eine "militärische Unterschrift eines von der amtierenden Regierung Bevollmächtigten" vorziehen würden.
Diesem Verlangen kam die deutsche Seite bekanntlich im Mai 1945 nach, als Generaloberst Jodl und Generalfeldmarschall Keitel in Reims und in Karlshorst ihre Unterschriften auf die Kapitulationsurkunden der Alliierten setzten.
So erwies sich ein weiteres Mal die Vatikanstadt als zuverlässige Nachrichtenquelle und das

von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt erworbene und gesichtete Aktenmaterial über den Heiligen Stuhl als wahre "zeitgeschichtliche Fundgrube".<<

09.05.1997

BRD: Die "Frankfurter Rundschau" berichtet am 9. Mai 1997 über die Auswirkungen des EU-Binnenmarktes für den deutschen Arbeitsmarkt (x303/204): >>... Aufgebrachte Bauarbeiter haben gegen "Lohndumping" (geringe Lohnzahlungen zur Ausschaltung der Konkurrenz) protestiert. ...

Hartmut N.: "Die Arbeitgeber wollen mir die Hälfte vom 13. Monatsgehalt stehlen und 20 Prozent bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall."

Über 200.000 Arbeiter aus den EU-Ländern und 30.000 aus osteuropäischen Staaten sind derzeit in Deutschland beschäftigt – gleichzeitig sind 400.000 deutsche Bauarbeiter arbeitslos.

10 Prozent Stammpersonal, 90 Prozent Billiglohnarbeiter – dieses Verhältnis ist fast typisch für die Branche.

Der vorgeschriebene Mindestlohn von 17 Mark pro Stunde wird immer wieder unterlaufen (teils bis zu 4,50 DM Stundenlohn). Ohnehin liegt er deutlich unter dem Tariflohn von 25 Mark (den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände verbindlich ausgehandelt haben).

Die Gewerkschaften protestieren gegen die europaweite Umverteilung von unten nach oben.<<

14.05.1997

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Mai 1997: >>**Eher Trotzreaktionen als wirkliche Betroffenheit**

Starkes Echo in der Schweiz auf Raubgold-Bericht aus USA

"Uns trifft keine Schuld!"

Mit diesem Titel versieht der umstrittene schweizerische Verleger und Autor Marcel Huber unter dem symbolischen Namen Harry Zweifel sein 600seitiges Buch; es trägt den Untertitel "Report der amerikanischen-jüdischen Attacken und Lügen gegen die Schweiz".

Das Buch, das in Kürze erscheinen soll, ist als "Balsam für alle jene Schweizerinnen und Schweizer" gedacht, die in den vergangenen Monaten "Lügen, Diffamierungen, Schmähungen und üble Nachreden von den USA und den jüdischen Organisationen über sich ergehen lassen mußten". Es sei kein antisemitisches Buch betont Huber. ...

Der Bericht des US-Unterstaatssekretärs Stuart Eizenstat, in dem die Rolle der Schweiz im und nach dem Zweiten Weltkrieg gerügt und für eine Wiedergutmachung plädiert wird, rüttelte die Eidgenossen auf. Er belegte unter anderem, daß die Schweiz mit "Totengold", abgenommenem Schmuck und herausgebrochenem Zahngold der Holocaust-Opfer gehandelt hat. ...

2 Jahre nach Kriegsende wurde das Washingtoner Abkommen zwischen der Schweiz und den USA, Großbritannien und Frankreich unterzeichnet. Die Schweiz übergab daraufhin einem Reparationsfonds 250 Millionen Franken als Abgeltung für den Handel mit deutschem Raubgold - weit weniger allerdings, als die Siegermächte ursprünglich gefordert hatten.

Daß die USA nach dem Krieg als Retter Europas auftraten, bestreitet auch heute niemand in der Schweiz, doch bemerkt z.B. das "Journal de Genève", daß das Land die Rolle des Lehrmeisters noch heute spiele – "selbst mit dem Zaunpfahl in der Hand". ...<<

22.05.1997

Ukraine: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Mai 1997: >>**Versöhnung zwischen Ukraine und Polen**

Die Präsidenten Polens und der Ukraine, Aleksander Kwasniewski und Leonid Kutschma, haben am Mittwoch in Kiew eine Versöhnungserklärung unterzeichnet, die einen Schlußstrich unter die schwierige polnisch-ukrainische Vergangenheit ziehen soll.

In dem Dokument bekennen sich beide Länder zu ihrer Verantwortung für Unrecht, das ihr

Verhältnis bis heute belastet. Dabei geht es um blutige Ereignisse aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und den ersten Nachkriegsjahren. Experten aus beiden Ländern hatten über ein Jahr an dem Dokument gearbeitet.
Kwasniewski würdigte vor dem ukrainischen Parlament die NATO-Osterweiterung als Stabilitätsfaktor für Osteuropa. Die Erweiterung der NATO müsse als "Vorrücken von Stabilität und Sicherheit nach Osten" begriffen werden.<<

03.07.1997

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Juli 1997: >>**Rumäniens letzte Hoffnung sind die Deutschen**

... Seit Monaten haben fast alle rumänischen Diplomaten und Politiker nur ein Ziel: Westliche Regierungen sollen davon überzeugt werden, daß das Land zur ersten Gruppe der osteuropäischen Länder zählen müsse, die in die NATO aufgenommen werden.
Und Deutschland, das weiß auch (Staatspräsident) Constantinescu, kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Bonn könnte im Streit zwischen den USA und den meisten europäischen NATO-Mitgliedern den Ausschlag geben. Denn die USA haben sich bereits vor dem Gipfel ganz klar festgelegt, daß der NATO mit Polen, Ungarn und Tschechien nur 3 Ländern die Aufnahme in der ersten Runde anbieten sollte.
Vor allem Frankreich und Italien möchten dagegen auch noch Rumänien und Slowenien dabei haben. ...<<

08.07.1997

Spanien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Juli 1997 über die NATO-Erweiterung: >>**Teures Vergnügen**

Auf ihrer heute beginnenden Gipfelkonferenz werden die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten die Ausdehnung des westlichen Bündnisses nach Osten als großen Erfolg feiern. Aus der Sicht des Kalten Krieges ist die Erweiterung der NATO um Polen, Tschechien und Ungarn tatsächlich ein triumphales Ereignis. Aber auf weitere Sicht sind damit für die Allianz erheblich Probleme verbunden, über die im Vorfeld der Entscheidung viel zu wenig gesprochen worden ist. Vor hochtrabenden Worten wie dem Ausspruch, hier entstehe eine neue "europäische Sicherheitsarchitektur", sollte man sich hüten. ...
Im amerikanischen Senat sind die Kosten der NATO-Osterweiterung ausgiebig diskutiert worden, in Deutschland sind sie merkwürdigerweise praktisch unbeachtet geblieben. Dabei handelt es sich um einen Brocken. In einer Ausarbeitung der amerikanischen Regierung sind sie auf 35 bis 60 Milliarden DM geschätzt worden.
Bei der augenblicklichen Finanzklemme in sämtlichen Mitgliedsländern ist das ein gewaltiger Betrag. Bei aller Freude, die der bevorstehende Beschluß von Madrid bei den neuen Mitgliedern auslösen wird – es ist ein teures Vergnügen.
Daß diese Ausgaben notwendig sind, wenn die NATO-Erweiterung Sinn haben soll, läßt sich nicht bestreiten: Militärischer Schutz setzt entsprechende Vorkehrungen für den Ernstfall voraus. Rund ein Drittel der Summe soll der Modernisierung der Streitkräfte in den drei östlichen Staaten dienen. ...
Die Notwendigkeit dieser Geldausgaben scheint niemand zu bestreiten. Aber schon jetzt ist abzusehen, daß dem feierlichen Beschluß alsbald ein unfeierliches Gerangel folgen wird, wer denn dies alles bezahlen soll. Polen, Tschechien und Ungarn werden dazu am allerwenigsten imstande sein. Die drei hoffen auf Hilfe der Amerikaner und Westeuropäer. Es gibt aber kein Land, in dem in den letzten Jahren der Wehretat nicht kräftig angezapft worden ist, um anderswo Löcher zu stopfen.
Soweit bekannt ist, hat nur Amerika kluge Vorsorge getroffen. Die Amerikaner haben im Bündnis verkündet, sie fühlten sich bloß verpflichtet, sich an der Verbesserung der Kommunikationsmittel zu beteiligen. Das bedeutet für sie, daß sie nur sehr geringe Kosten zu tragen

haben – ein willkommenes Geschenk für den Senat, dem auch dadurch die Zustimmung erleichtert wird. Um so mehr aber müssen die europäischen Mitglieder mit neuen Belastungen rechnen.
Bisher verschließen davor alle die Augen, nach dem Motto: Kommt Zeit, kommt Rat. ...<<

09.07.1997

Spanien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Juli 1997: >>**NATO macht Ungarn, Polen und Tschechien zu neuen Mitgliedern**
Ungarn, Polen und Tschechien werden als erste Staaten des ehemaligen Ostblocks in die NATO aufgenommen. Darauf einigten sich die Vertreter des Bündnisses am Dienstag in Madrid.
US-Präsident Clinton verteidigte die Entscheidung der Allianz als "riesigen Schritt für eine friedliches Europa".<<

11.07.1997

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. Juli 1997 über Clintons Besuch in Warschau: >>**Clinton in Warschau begeistert gefeiert**
Herzlicher kann eine Begrüßung kaum ausfallen: Vor mehreren tausend jubelnden Menschen umarmen sich US-Präsident Bill Clinton und Aleksander Kwasniewski auf dem Schloßplatz in Warschau. ...
Clinton sagte, Polen nehme jetzt seinen festen Platz in der Gemeinschaft der demokratischen Staaten ein.<<

21.07.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Juli 1997: >>**Deutschland will weniger an EU zahlen**
In immer schärferer Tonart klagen führende deutsche Politiker über die hohen Zahlungen an die Europäische Union. Die Bundesregierung will eine gerechtere Lastenverteilung in der EU durchsetzen.
Es könne nicht angehen, daß Deutschland "über die Hälfte der gesamten Nettozahlungen der EU trage, aber nur 25 Prozent am Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft beteiligt sei, sagte Außenminister Klaus Kinkel (FDP) jetzt der "Welt am Sonntag". ...
Kinkel setzte sich für eine andere Berechnungsgrundlage der Beiträge ein. Allerdings werde Deutschland "immer mehr zahlen als andere", weil es auch Hauptnutznießer des Binnenmarktes sei. ...
Die EU-Kommission hatte bei der Vorlage ihrer "Agenda 2.000" eine Neuregelung der Beiträge abgelehnt. Der Nettobeitrag ergibt sich aus den eingezahlten Beiträgen abzüglich des Geldes, das aus EU-Kassen nach Deutschland zurückfließt.
Nach einem Papier der Finanzminister hat Deutschland von 1991 bis 1994 mit 85,7 Milliarden Mark zwei Drittel aller Nettozahlungen getragen. ...<<

11.08.1997

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (33/1997) berichtet am 11. August 1997 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>**Goldhagen - ein Quellentrickser?**
"Hitlers willige Vollstrecker" war ein Bestseller, sein Autor Daniel Jonah Goldhagen ist trotz heftiger Forscher-Kritik beim Publikum ein Star. Jetzt hat ein US-Politologe sein Werk überprüft - mit niederschmetterndem Ergebnis.
Kometenhaft war sein Aufstieg, spektakulär und erschütternd klingen seine Thesen, und die Debatten darum sind noch nicht verstummt. Mit seinem Welterfolg über "Hitlers willige Vollstrecker", die "ganz normalen" Judenmörder, hat der US-Forscher Daniel Goldhagen, 38, Aufmerksamkeit gewonnen wie seit langem kein Wissenschaftler mehr.
Anhand einer "neuen Analyse der historischen Dokumente" wollte Goldhagen zeigen, daß die alte Frage, wie so viele Deutsche zu Mördern werden konnten, falsch gestellt sei. Umgekehrt

erst sei die systematische, kaltblütige Vernichtung der Juden begreiflich: "Eliminatorischer" (Ausgrenzungs-) und auch "exterminatorischer" (Ausrottungs-)Antisemitismus habe längst in den Köpfen der meisten Deutschen existiert, Hitler und sein Apparat hätten ihn nur noch in Aktion setzen müssen.
"Phänomenale Gelehrsamkeit", die "für immer mit den einfachen Bravheiten über Schuld und Unschuld" in Sachen Holocaust aufräume, sei hier am Werk, attestierte prompt der US-Geschichtsguru Simon Schama. "Unwiderlegliche Beweise" sah Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel in der Studie. "Meisterhafte und überzeugende Argumentation", lobte die NEW YORK TIMES. Auch die deutsche ZEIT fand im ersten Überblick Goldhagens Werk "breiter fundiert und gründlicher reflektiert als alle bisherigen Untersuchungen".
Unter großer Anteilnahme samt einer Lobrede von Mäzen Jan Philipp Reemtsma und einer Würdigung des Philosophen Jürgen Habermas wurde Goldhagen vergangenen März in Bonn der Demokratiepreis der "Blätter für deutsche und internationale Politik" verliehen.
Doch nun könnte der sympathisch-selbstbewußte Star, bis vor kurzem noch Anwärter auf einen heftig umstrittenen neuen Lehrstuhl für Holocaust-Forschung in Harvard, ebenso rasch ins Abseits geraten, wie er das Rampenlicht auf sich zog. Wenn die Belege des Politologen Norman Finkelstein stimmen, dann ist, Wiesel hin und Reemtsma her, an den Thesen des Assistenzprofessors weniger dran, als selbst skeptische Fachleute zugestehen. "Es ist ein Nicht-Buch", behauptet Finkelstein, Palästina-Spezialist an der City University von New York und der New York University, schneidend über "Hitler's Willing Executioners".
Finkelstein, 43, ist beileibe nicht der erste, der Goldhagen scharf kritisiert. Schon das US-Original der Studie, die dem antisemitischen "mind set" ganz gewöhnlicher Deutscher nachspürt, erntete bei den meisten Experten Zweifel und Protest. "Einfach ein schlechtes Buch" und "nicht auf der Höhe der Forschung" sei das Werk, urteilte der Stuttgarter NS-Fachmann Eberhard Jäckel. Auch Hans-Ulrich Wehler aus Bielefeld lehnte die "Diabolisierung" entsetzt ab. Viele andere renommierte Deutschlandkenner, von Gordon Craig bis Fritz Stern, äußerten sich ähnlich. Allenthalben wurde bemängelt, daß Goldhagen
- statt der angekündigten "radikalen Revision" die alte, unnütze These vom "deutschen Sonderweg" ins Unheil neu aufwärme,
- eine "Einbahnstraße" der Begründungen konstruiere, die nichts wirklich erkläre,
- in den Köpfen finden wolle, was nur sozial als "Banalität des Bösen" (Hannah Arendt) verstanden werden könne,
- für seine Rekonstruktion der Täterpsyche die einfachsten Regeln der Geschichtsforschung außer acht lasse.
Doch kein Rezensent schaffte, was nun Finkelstein auf 50 dichten Seiten des Londoner Intellektuellenblattes "NEW LEFT REVIEW" tut: Er prüft Belege und Zitate auf Stichhaltigkeit, rechnet die Kette der Argumente durch und kommt, vielfach anhand von Passagen aus "Hitlers willigen Vollstreckern" selber, zu dem Ergebnis: "Goldhagen bringt es fertig, nahezu alles über den Nazi-Holocaust zu mißdeuten." Schlimmer noch, er widerspreche sich fortwährend.
Das fängt an, lange bevor es um den Massenmord in Vernichtungslagern oder um die Erschießungsaktionen der berüchtigten Polizeibataillone geht. Hitler, so Goldhagen, predigte von Anfang an offen die Judenvernichtung, "keinem seiner Leser oder Zuhörer konnte diese Botschaft entgehen".
Bis zum Ausbruch des Weltkriegs, fand Finkelstein, belegt Goldhagen diese Behauptung allerdings nur mit drei Zitaten: einer Rede von 1920, einer Stelle aus "Mein Kampf" (1925) und einer damals wenig Aufsehen erregenden "Prophezeiung" des Führers in der Reichstagsrede vom 30. Januar 1939.
In den Jahren dazwischen, erklärt Goldhagen - entgegen seinen eigenen Thesen -, wiederholte Hitler seine Völkermordpläne in einer Deutlichkeit, "die er sich öffentlich nicht mehr leisten

konnte, als er zu einer prominenten politischen Figur geworden war" - obwohl er nach Goldhagens "mind set-Theorie" schon längst die Massen in Mordstimmung hätte versetzen können. Tatsächlich hingegen war der Führer selbst später noch Taktiker genug, öffentlich zumeist die Ausweisung und nicht die Ausrottung der Juden zu fordern.
"Hitler verkündete mehrmals mit aller Leidenschaft, daß der Krieg mit der Auslöschung der Juden enden würde, und die Tötungen trafen auf allgemeines Verständnis, wenn nicht gar Zustimmung", schreibt Goldhagen mit Hinweis auf den Hitler-Chronisten Max Domarus. Als Finkelstein bei Domarus nachschlug, fand er die Sätze: "Selbst im Krieg, als seine Vernichtungsmaschinerie auf vollen Touren lief, erwähnte er die Judenmassaker nur in Form von außenpolitischen Drohungen. Er wußte nur zu genau, daß ein derartiges Vernichtungsprogramm bei der Masse des Volkes und selbst der Mehrzahl seiner Parteigenossen auf Ablehnung stoßen mußte."
Immer wieder kann Finkelstein zeigen, daß Goldhagen auf solche Art seine Quellen verdreht. So erwähnt er, um den tiefsitzenden Antisemitismus zu belegen, daß es zwischen 1867 und 1914 gleich 12 Prozesse gab, in denen es um angeblich von Juden begangene Ritualmorde ging.
Der Nachsatz des Originals dagegen wird unterschlagen: "... von denen 11 eingestellt wurden, obgleich es Schwurgerichtsverfahren waren", das heißt: unter Beteiligung von Laien.
In Bayern, schreibt Goldhagen an anderer Stelle, habe es 1849 eine "spontane, aufrichtige" Volksinitiative "mit breitem Rückhalt in der Bevölkerung" gegen die rechtliche Emanzipation der Juden gegeben. Tatsächlich aber fand Finkelstein in Goldhagens eigener Anmerkung heraus, daß die Kampagne sorgfältig von Priestern und anderen antijüdischen Agitatoren inszeniert gewesen sei, daß viele Unterzeichner gegenüber Juden gleichgültig waren und kaum von einer Judenfrage wußten.
Während der Hitlerzeit, führt Goldhagen an, hätten Deutsche "Schilder mit der Aufschrift "Juden unerwünscht" oder "Eintritt für Juden verboten" aufgestellt. Doch auf der zitierten Seite aus einer Studie über die Gestapo steht ebenso, daß solche Kampagnen häufig "von örtlichen Heißspornen der Nazibewegung" ins Werk gesetzt wurden und nur opportunistische Bürger zuweilen mitmachten.
"Offensichtlich im Bewußtsein, daß das überwältigende Gewicht der Forschungsergebnisse seine These zunichte macht", resümiert Finkelstein, "improvisiert Goldhagen eine Dreizack-Strategie der Schadensbegrenzung: stillschweigendes Eingeständnis, Abschwächung und Verdrehung." Weitere Beispiele für derlei Argumentationskniffe stellt er sogar in einer Tabelle zusammen.
Aber auch durch Tricksereien entgehe Goldhagen seinen eigenen Widersprüchen nicht. Eines seiner Hauptargumente etwa lautet, der seit dem 19. Jahrhundert überlieferte Judenhaß genüge völlig, um das spätere Morden zu erklären. Doch so unentwegt er diese These verfechte, er folge ihr selbst nicht: "Ohne Hitlers moralische Autorität", schrieb Goldhagen in einer Antwort auf seine Kritiker, "hätte die große Mehrheit der Deutschen einen Völkermord an den Juden niemals in Betracht gezogen."
Für jeden "willigen Vollstrecker" - womit alle gemeint sind, die den Tod von Juden wissentlich nicht verhinderten - lag es laut Goldhagen in der eigenen "individuellen Verantwortung", wie er sich gegenüber den Opfern verhalten wollte. Doch das widerspricht klar der Diagnose, daß die deutsche Kultur zu Beginn des Jahrhunderts "radikal verschieden" von jeder heutigen gewesen sei. Finkelstein zeigt die absurden Konsequenzen des Erklärungs-Mischmaschs:
- Deutsche nahmen Juden wahr, wie wir Küchenschaben wahrnehmen. Sie wußten es nicht besser. Sie konnten es nicht besser wissen. Es war eine durch und durch kranke Gesellschaft. Moralische Schuldfähigkeit aber setzt Moralbewußtsein voraus.
So ist Goldhagens These, als brandmarkende Schuldzuweisung an die Deutschen plakatiert,

eigentlich ihr perfektes Alibi: Wer kann ein "geisteskrankes" Volk verdammen?
Befremdlich zudem, daß sich das angeblich jahrhundertelang antrainierte antisemitische Ressentiment der ganz normalen Deutschen nach dem Krieg "rasch auflöste" (Goldhagen): Hitlers Einfluß scheint doch eine Rolle gespielt zu haben.
"Für jemanden, der etwas lernen will, ist das Buch nutzlos, denn es ist einfach Betrug", sagt Finkelstein angesichts solcher Diskrepanzen. Seiner Ansicht nach hat bislang die gesamte Goldhagen-Debatte falschen Kurs, denn "Wissenschaftlichkeit" stünde angesichts der zahllosen Widersprüche von vornherein nicht zur Debatte. Weit eher, so meint er, ist der Welterfolg des Werks ein Symptom für die Fragwürdigkeit des neuen Faches "Holocaust Studies" und seine politische Motivation.
"Der Holocaust ist praktisch die zionistische Version des Nazi-Holocaust", erklärt Finkelstein: ein Deutungsmuster, das seit dem Sechstagekrieg 1967 von radikalen US-Zionisten kathedereif gemacht wurde. Zu Ende gedacht, teile sich diesem Denken die Welt auf in potentiell gefährliche Nichtjuden und "allzeit schuldlose Juden" - eine "manichäische" Zweiteilung, die mit Wissenschaft natürlich nichts mehr zu tun habe.
Wie sehr es in der Goldhagen-Debatte um Politik geht, hat Finkelstein inzwischen sattsam erfahren. Goldhagens Agent weigerte sich, seine Untersuchung zu lesen. Sogar Goldhagen selbst soll interveniert haben, als die Uni-Zeitung von Harvard einen Artikel über den Einspruch des Palästinenserforschers aus New York bringen wollte. Vier renommierte US-Magazine lehnten das klar argumentierende, dicht mit Belegen durchsetzte Manuskript ab.
Spielte dabei eine Rolle, daß Finkelstein 1995 eine Essaysammlung über "Bild und Wirklichkeit des Israelisch-Palästinensischen Konflikts" veröffentlicht hat, die Verständnis für die Not der Palästinenser zeigt? Galt ein Jude, der auch in seinem neuen Buch "Aufstieg und Fall Palästinas" die West Bank als von Israel okkupierte Zone beschreibt, als unerwünscht?
Sicher ist, daß Finkelstein mit seiner Attacke keinerlei Ambitionen verbindet. Die unfaßbaren Greueltaten des NS-Regimes würde er gewiß als letzter herunterspielen wollen: Seine Eltern waren im Warschauer Ghetto. Die Mutter überstand das Todeslager Majdanek, der Vater überlebte Auschwitz. Es läßt Finkelsteins Stimme beben, wenn er sagt: "Goldhagens Buch ist eine Schändung - der Erinnerung und der Wahrheit." ...<<

21.08.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. August 1997: >>**Wir haben kein neues Problem ...**

Rente für osteuropäische Juden: Die Bundesregierung leugnet politischen Druck aus Amerika ...

Am Mittwoch nun ist Rabbi Singer, stellvertretender Vorsitzender der "Jewish Claims Conference", nach Bonn gekommen zu einem Gespräch mit Kanzleramtsminister Friedrich Bohl. Diese Organisation hat schon früher Forderungen von jüdischen Opfern gegen die Bundesregierung vertreten. ...
Der Minister zählt kühl auf, daß Deutschland alles in allem bereits 100 Milliarden Mark an Wiedergutmachung geleistet habe, dabei auch mehr als eine Milliarde an Stiftungen in Polen, Rußland, Weißrußland und der Ukraine. ... "Wir sind in finanziellen Schwierigkeiten, keine Frage." Man werde sich aber, wenn er erst das Kabinett unterrichtet habe, gewiß zu einer einvernehmlichen Lösung durchringen können. ...<<

19.09.1997

BRD: Der US-Journalist Robert B. Goldmann schreibt am 19. September 1997 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/86): >>Antideutschsein ist in weiten jüdischen und in politisch korrekten Kreisen ein Bestandteil der politisch zugelassenen Gesprächsthemen.
Wenn man in einer solchen Gesellschaft einen Satz mit "die Schwarzen" oder die "Lateinamerikaner" oder "die Muslime" beginnt, wird man von den Vorurteilskämpfern unterbrochen,

weil man sofort der Diskriminierung verdächtig ist. Nur wenn man "the germans" sagt, kann man den Satz vollenden. ...<<

27.09.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. September 1997: >>**Deutsche zahlen halbe Milliarde**

... Wenn Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in die NATO eintreten, kommen auf Deutschland in den nächsten 10 Jahren mindestens eine halbe Milliarde Mark an Kosten zu. Diesen Betrag, berechnet vom NATO-Stab in Brüssel, hat das Bundesfinanzministerium in einem vertrauten Schreiben an den Haushaltsausschuß des Bundestages genannt.

In amerikanischen Studien werden Summen genannt, die um das 10fache höher sind. ... Sind diese Berechnungen korrekt, dann müßte Deutschland jedes Jahr die halbe Milliarde aufbringen, die der NATO-Stab jetzt für 10 Jahre angesetzt hat. ...<<

01.10.1997

Frankreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. Oktober 1997: >>**Späte Reue der katholischen Kirche in Frankreich**

... Über ein halbes Jahrhundert seit Kriegsende haben Frankreichs Bischöfe ein feierliches Reuebekenntnis zur Haltung der Katholischen Kirche zum Vichy-Regime und zur Judenverfolgung während der deutschen Besatzung abgegeben. ...

Bereits am 3. Oktober 1940 hatte das Vichy-Regime die ersten Maßnahmen zur Judendiskriminierung erlassen. Kein Kanzelwort erhob sich dagegen. Es habe damals eine "ideologische Komplizenschaft" zwischen dem Regime und der Kirche gegeben, sagt der Philosoph Alain Finkielkraut. Erst mit den Massendeportationen ab 1942 protestierten einzelne Bischöfe gegen das Unrecht. Mutige Priester halfen Verfolgten. Sie blieben freilich in der Minderzahl.

Auch die offizielle Politik, die die Vichy-Periode seit de Gaulle in den Mythos der Résistance einhüllte, brauchte lange Zeit, sich zur moralischen Mitverantwortung Frankreichs für die Verfolgung der Juden zu bekennen. Präsident Francois Mitterand hatte eine entsprechende Erklärung noch abgelehnt. Erst sein Nachfolger Jacques Chirac führte 1995 mit dem Wort von der "unverjährigen Schuld" gegenüber den Juden die überfällige Klärung herbei.<<

31.10.1997

BRD: Der "Rheinische Merkur berichtet am 31. Oktober 1997 über den Niedergang der deutschen Sprachkultur (x268/155-156): >>Viele osteuropäische Wissenschaftler mit Deutschkenntnissen sind inzwischen gezwungen, auf Kongressen in der Bundesrepublik den Kopfhörer aufzusetzen, um der Simultanübersetzung zu lauschen. Die Konferenzsprache ist Englisch. Nicht selten quälen sich deutschsprachige Wissenschaftler auf deutschem Boden vor deutschem Publikum auf englisch. Es ist wohl eine Art Bildungsdünkel die Ursache für die Beliebtheit des Englischen in deutschen Breiten.

... Viele Ausländer finden gerade die hektische Orientierung am angloamerikanischen Vorbild als unsouverän und provinziell.<<

03.11.1997

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. November 1997: >>**Rußland und Japan auf Weg zum Frieden**

... Die beiden Staaten wollen ihren formal noch bestehenden Kriegszustand beenden. ... Größtes Hindernis sind hierbei 4 Kurilen-Inseln. Sie waren am Ende des Zweiten Weltkrieges von der Sowjetarmee erobert worden, und Japan fordert die Inseln seither zurück.<<

05.11.1997

Frankreich: Die Zeitung "Le Figaro" berichtet am 5. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/21-25): >>Eine ungeheuerliche Anklage, ein mit Beispielen und Fakten untermauerter Bericht und eine blutige Bilanz: Gegenstand ist das knappe Jahrhundert kommunistischer Diktaturen in der Welt. ... Der Titel ist nicht willkürlich gewählt.

Seit Lenins Machtübernahme im Oktober/November 1917 hat die "bessere Zukunft" weltweit etwa 100 Millionen Menschen das Leben gekostet.
Die Autoren weisen jedoch nachweislich darauf hin, daß der Nationalsozialismus und der Holocaust dadurch in ihrer Einmaligkeit und Grauenhaftigkeit nicht im geringsten in Frage gestellt werden. ...
Es handelt sich hier nicht um gewöhnliche Verbrechen, sondern – wie die 800 Seiten dieses Buches beweisen – um wahre Verbrechen gegen die Menschlichkeit, so wie sie während der Nürnberger Naziprozesse definiert worden sind. ...
Es wird von den Autoren des Schwarzbuches ausdrücklich betont, daß die kommunistische Diktatur den Hunger systematisch als Waffe einsetzte, um jeglichen Widerstand der Opposition zu brechen. Lenin machte den Anfang und Stalin folgte seinem Beispiel. ...
Und zwar von Anfang an. "Standrechtliche Erschießungen von Zehntausenden von Geiseln oder Gefangenen und die Hungersnot des Jahres 1922 forderten bereits fünf Millionen Opfer". Damals "regierte" Lenin bereits geschwächt durch einen ein Jahr zuvor erlittenen Gehirnschlag. ...
Wie die Historiker klar zeigen, stützte sich Lenin besonders auf Dserschinski, den Begründer der als politische Polizei fungierenden Tscheka, die später auch GPU, NKWD, MGB oder KGB genannt wurde. ...
Auf keinen Fall zu vergessen ist Leo Trotzki, der Begründer der Roten Armee. Er leitete das Massaker gegen die Arbeiter und Soldaten des Marinestützpunktes Kronstadt, die im Frühjahr 1921 gegen die bolschewistische Diktatur revoltiert hatten.
Stalin setzte die blutrünstige Arbeit erbarmungslos fort. Auf ihn geht "die Ermordung von fast 690.000 Menschen während der großen Säuberung von 1937/38" zurück. Stalin nimmt sich auch die Kulaken vor. Dies sind Bauern, denen man unrechtmäßige Bereicherungen vorwirft und die deshalb "in den Jahre 1930 bis 1932 verschleppt werden", insgesamt etwa zwei Millionen Menschen. Auch die Ukraine wird von Stalin terrorisiert: "1932 und 1933 werden sechs Millionen Ukrainer durch eine absichtlich herbeigeführte und nicht ernsthaft bekämpfte Hungersnot liquidiert".
Nicht zu vergessen die Verschleppung ganzer Völkerscharen, die dem Kreml-Chef als potentielle Verräter verdächtig waren: Polen, Ukrainer, Balten, Moldawier und die Wolgadeutschen, die seit dem 18. Jahrhundert an den Ufern der Wolga ansässig waren, ferner die Krimtataren und die im Kaukasus beheimateten Tschetschenen und Inguschen.
Stalin diente den modernen kommunistischen Diktaturen als Modell: Sowohl für die auf Pol Pot zurückgehende "Verschleppung und Liquidierung der städtischen Bevölkerung Kambodschas in den Jahren 1975 bis 1978" als auch für die seit 1950 weiter nördlich durch die Chinesen durchgeführte "langsame Vernichtung der Tibetaner".
Am meisten bestürzt die Tatsache, daß die Dinge sich wiederholen. Die gleichen Ursachen führten zu den gleichen Wirkungen. "Die Verbrechen des Leninismus und Stalinismus wurden von den Regimes Mao Zedongs, Kim II Sungs und Pol Pots haargenau wiederholt. Wollte man alle aufzählen, käme man an kein Ende". ...
Das Töten gehörte zu den unverzichtbaren Grundlagen des Kommunismus – dies ist das Thema des Schwarzbuches. "Zur Stabilisierung ihrer Macht gingen die kommunistischen Regimes bald über die Einzelverbrechen und gelegentlichen Massaker hinaus und machten das Massenverbrechen zum regelrechten Regierungssystem". ...
Wenn jedoch – wie die Historiker zeigen – die Verbrechen von Anfang an, d.h. schon zu Lenins Lebzeiten, bekannt waren, so stellt sich die Frage, warum man sie nicht sehen und zur Kenntnis nehmen wollte. Warum war man so blind gewesen?
"In den zwanziger und vierziger Jahren machte der Kommunismus lautstark auf den Terror der faschistischen Regimes aufmerksam". ... Im Rahmen dieser gegenpropagandistischen Ak-

tionen haben sich manche Intellektuelle buchstäblich an den Kommunismus verkauft". Lenin nannte sie die Weggefährten oder einfach die nützlichen Idioten: Beispielsweise Henri Barbusse, Stalins Hofprediger, oder die Italienerin Macciocchi mit ihren Lobeshymnen auf Mao, um ein paar Namen zu nennen.
Hitlers Niederlage und das allgemeine Entsetzen über die Judenvernichtung spielten ebenfalls eine für den Kommunismus günstige Rolle und wurden weidlich ausgenützt.
Aufgrund der Tatsache, daß "die Sowjets am Sieg über den Nationalsozialismus beteiligt waren, konnten die Kommunisten ihre eigentlichen, auf Machtübernahme ausgerichteten Ziele hinter einem feurigen Patriotismus verbergen".
Aber im allgemeinen hat die kommunistische Bewegung bis zu Hitlers Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941 abgewartet – auch in Frankreich war dies der Fall. Ab diesem Zeitpunkt "haben sich sämtliche Kommunisten der besetzten Länder dem aktiven Widerstand angeschlossen ... und hatten wie alle anderen Widerstandskämpfer auch unter den Repressionen zu leiden und Tausende von Hingerichteten, Massakrierten und Verschleppten zu beklagen".
Und genau dies ist der Punkt, auf den man hereinfällt: "Der Antifaschismus ist für den Kommunismus zu einem Markenzeichen geworden, und im Namen dieses Antifaschismus war es leicht, die Widerspenstigen zum Schweigen zu bringen". ...
Das Buch geht einer entscheidenden Frage nach. Über den Nationalsozialismus, die Gaskammern, die Ausrottung der Juden, die 3 Auschwitzlager mit ihrer grauenhaften Vernichtungsindustrie wissen wir heute Bescheid. Keiner kann dies mehr anzweifeln. Warum jedoch weigert man sich immer noch, aus einem Jahrhundert Kommunismus die Bilanz zu ziehen? Warum will man ihn retten? "Was wußte man von den Verbrechen des Kommunismus? Was wollte man davon wissen? Warum mußte sich erst das Jahrhundert seinem Ende nähern, damit sich die Wissenschaft dieses Themas annimmt?"
Ohne das Massaker allzusehr von der arithmetischen Seite zu betrachten, stellen die Schwarzbuch-Autoren fest, daß "im allgemeinen die Forschung über den stalinistischen und kommunistischen Terror gegenüber den Studien zu den Nazi-Verbrechen gewaltig im Rückstand ist".
An die hundert Millionen Tote, zum Teil mit, zum Teil ohne Grabstätte ...<<
Der französische Historiker Stéphane Courtois schreibt im Vorwort des Buches "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x265/13-43): >>Die Geschichte ist die Wissenschaft vom Unglück des Menschen."
Diesen Satz Raymond Queneaus scheint unser von Gewalttätigkeit bestimmtes Jahrhundert eindrucksvoll zu bestätigen. Gewiß, auch in früheren Jahrhunderten gab es kaum ein Volk, kaum einen Staat, in dem es nicht zu Gewaltausbrüchen gegen bestimmte Gruppen gekommen wäre. Alle großen europäischen Mächte waren in den Sklavenhandel verwickelt.
Frankreich hat einen Kolonialismus praktiziert, der zwar auch Positives leistete, aber bis zu seinem Ende von vielen widerwärtigen Episoden gekennzeichnet war.
Die Vereinigten Staaten durchdringt nach wie vor eine Kultur der Gewaltausübung, die in zwei großen Verbrechen wurzelt: der Versklavung der Schwarzen und der Ausrottung der Indianer.
Aber man kann es nicht anders sagen: Was Gewalttätigkeit angeht, scheint dieses Jahrhundert seine Vorgänger übertroffen zu haben. Blickt man darauf zurück, drängt sich ein niederschmetterndes Resümee auf: Dies war das Jahrhundert der großen Menschheitskatastrophen – zwei Weltkriege und der Nationalsozialismus, einmal abgesehen von begrenzteren Tragödien in Armenien, Biafra, Ruanda und anderswo.
Das Osmanische Reich hat sich zum Genozid an den Armeniern hinreißen lassen und Deutschland zu dem an Juden, Roma und Sinti. Das Italien Mussolinis massakrierte die Äthiopier. Den Tschechen fällt es schwer zuzugeben, daß ihr Verhalten gegenüber den Sudetendeutschen in den Jahren 1945/46 nicht über jeden Verdacht erhaben war. Und selbst die

kleine Schweiz wird heute von ihrer Vergangenheit als Raubgoldverwalter eingeholt, auch wenn sich die Abscheulichkeit dieses Verhaltens nicht mit der des Völkermords vergleichen läßt.
In dieser Epoche der Tragödien gehört der Kommunismus, ja, er ist eines ihrer stärksten und bedeutendsten Momente. Als wesentliches Phänomen dieses kurzen 20. Jahrhunderts, das 1914 beginnt und 1991 in Moskau endet, steht er im Zentrum des Geschehens. Der Kommunismus bestand vor dem Faschismus und dem Nationalsozialismus, er hat sie überlebt und sich auf den vier großen Kontinenten manifestiert.
Was genau verstehen wir eigentlich unter "Kommunismus"? Schon an dieser Stelle muß man zwischen Theorie und Praxis unterscheiden. ...
Über einzelne Verbrechen, punktuelle und situationsbedingte Massaker hinaus machten die kommunistischen Diktaturen zur Festigung ihrer Herrschaft das Massenverbrechen regelrecht zu ihrem Regierungssystem. Zwar ließ der Terror nach einer bestimmten Zeit – von einigen Jahren in Osteuropa bis zu mehreren Jahrzehnten in der Sowjetunion oder in China - allmählich nach, und die Regierungen stabilisierten sich in der Verwaltung der alltäglichen Unterdrückung mittels Zensur aller Kommunikationsmedien, Grenzkontrollen und Ausweisung von Dissidenten. Doch garantierte die Erinnerung an den Terror weiterhin die Glaubwürdigkeit und damit die Effektivität der Repressionsdrohung.
Keine Spielart des Kommunismus, die einmal im Westen populär war, ist dieser Gesetzmäßigkeit entgangen - weder das China des "Großen Vorsitzenden" noch das Korea Kim Il-sungs, nicht einmal das Vietnam des freundlichen "Onkels Ho" oder das Kuba des charismatischen Fidel, dem der unbeirrbare Che Guevara zur Seite stand, nicht zu vergessen das Äthiopien Mengistus, das Angola Netos und das Afghanistan Najibullahs.
Aber eine legitime und normale Bewertung der Verbrechen des Kommunismus fand nicht statt, weder aus historischer noch aus moralischer Sicht. Wahrscheinlich ist das vorliegende Buch eines der ersten Versuche, sich mit dem Kommunismus unter dem Gesichtspunkt der verbrecherischen Dimension als einer zugleich zentralen und globalen Fragestellung zu beschäftigen.
Man wird diesem Ansatz entgegenhalten, daß die meisten Verbrechen einer "Legalität" entsprachen, die wiederum von Institutionen ausgeübt wurde, die zu etablierten, international anerkannten Regierungen gehörten, deren Chefs von unseren eigenen politischen Führern mit großem Pomp empfangen wurden. Doch verhielt es sich mit dem Nationalsozialismus nicht genauso? Die hier dargestellten Verbrechen werden nicht nach der Gesetzgebung kommunistischer Diktaturen definiert, sondern nach den nicht schriftlich niedergelegten, natürlichen Rechten der Menschen.
... Verabschieden wir uns von der Vorstellung, diese oder jene Geiselerschießung, dieses Massaker an aufständischen Arbeitern oder jene Hungersnot, der man zahllose Bauern zum Opfer fallen ließ, sei lediglich dem zufälligen Zusammentreffen unglückseliger Umstände zuzurechnen, die sich eben nur in diesem Land oder zu jener Zeit ergeben haben. Unser Ansatz geht über spezifische Themenkomplexe hinaus und untersucht die verbrecherische Dimension als eine, die für das gesamte kommunistische System charakteristisch war, solange es existierte. ...
Der Ausdruck Verbrechen gegen die Menschlichkeit tauchte zum erstenmal am 18. Mai 1915 in einer Erklärung auf, in der Frankreich, England und Rußland das türkische Massaker an den Armeniern anprangern als "neuartiges Verbrechen der Türkei gegen die Menschlichkeit und Zivilisation".
Die Ausschreitungen der Nazis veranlaßten den Nürnberger Gerichtshof, den Artikel in Artikel 6 c) seines Status neu zu fassen:
"Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, be-

gangen an irgendeiner Zivilbevölkerung vor oder während des Krieges, Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht".

Der französische Hauptankläger, Francois de Menthon, hob in seinem Plädoyer die ideologische Dimension dieser Verbrechen hervor:

"Heute möchte ich Ihnen zeigen, daß dieses gesamte organisierte und massive Verbrechertum einen, wie ich es nennen will, Verbrechen wider den Geist entsprungen ist, ich möchte sagen, einer Lehre, die alle geistigen, vernunftmäßigen und moralischen Werte verneint, auf denen die Völker seit Jahrtausenden den Fortschritt der Zivilisation aufzubauen versuchten.

Dieses Verbrechertum macht es sich zur Aufgabe, die Menschheit in die Barbarei zurückzuwerfen, nicht in das natürliche und ursprüngliche Barbarentum der primitiven Völker, sondern in das dämonische Barbarentum, das sich seiner selbst wohl bewußt ist und für seine Zwecke alle materiellen Mittel verwendet, den die zeitgenössische Wissenschaft in den Dienst des Menschen stellt. Diese Sünde wider den Geist ist der ursprüngliche Fehler des Nationalsozialismus, aus dem alle Verbrechen entspringen. Diese ungeheuerliche Lehre ist die der Rassentheorie. ...

Ob es sich um Verbrechen gegen den Frieden oder um Kriegsverbrechen handelt, wir finden uns nicht einem zufälligen, gelegentlichen Verbrechertum gegenüber, das die Ereignisse, wenn auch nicht rechtfertigen, so doch erklären könnte, wir finden uns vielmehr vor ein systematisches Verbrechertum gestellt, das die direkte und zwangsläufige Folge seiner ungeheuerlichen Lehre ist, die von den Führern Nazi-Deutschlands wohlüberlegt gebraucht wurde."

...

Von vornherein verstanden sich Lenin und seine Genossen als Führer eines gnadenloses Klassenkampfes, in dem der politische und ideologische Gegner, ja sogar widerspenstige Bevölkerungsteile als auszumerzende Feinde betrachtet und auch so behandelt wurden. Die Bolschewiken beschlossen, jegliche – auch passive – Opposition gegen ihre Vormachtstellung rechtlich, aber auch physisch zu eliminieren. Das richtete sich nicht nur gegen Gruppen politischer oppositioneller, sondern auch gegen ganze gesellschaftliche Gruppierungen (Adel, Bürgertum, Intelligenz, Kirche usw.) sowie gegen Berufsstände, Offiziere, Polizisten usw.) und nahm zum Teil Züge eines Genozids an.

Von 1920 an entspricht die Entkosakisierung im wesentlichen der Definition des Genozids: Die Gesamtheit einer auf streng umrissenen Raum angesiedelten Bevölkerung, die Kosaken, wurde als solche ausgelöscht. Die Männer wurden erschossen, Frauen, Kinder und Alte deportiert, die Dörfer dem Erdboden gleichgemacht oder neuen, nichtkosakischen Bewohnern übergeben. Lenin verglich die Kosaken mit den Bewohnern der Vendée während der französischen Revolution und wollte ihnen die Behandlung zukommen lassen, die Gracchus Babeuf, der "Erfinder" des modernen Kommunismus, 1795 als "populicide" bezeichnet hatte.

Die Entkulakisierung von 1930 bis 1932 war nichts als eine Wiederholung der der Entkosakisierung in großem Stil, wobei die Operation von Stalin selbst gefordert wurde, unter der offiziellen von der Regierungspropaganda verbreiteten Losung: "Die Kulaken als Klasse auszulöschen". Kulaken, die sich der Kollektivierung widersetzten, wurden erschossen, andere mit Frauen, Kindern und Alten deportiert.

Sicher sind nicht alle regelrecht ausgelöscht worden, aber die Zwangsarbeit in Sibirien und dem hohen Norden ließ ihnen kaum eine Überlebenschance. Hunderttausende kamen dort um, doch bleibt die genaue Zahl der Opfer unbekannt. Die große Hungersnot von 1932/33 in der Ukraine, die mit dem Widerstand der Landbevölkerung gegen die Zwangskollektivierung zusammenhing forderte binnen weniger Monate sechs Millionen Todesopfer.

Hier sind sich "Rassen-Genozid" und "Klassen-Genozid" sehr ähnlich. Der Tod eines ukrainischen Kulakenkindes, das das stalinistische Regime gezielt der Hungersnot auslieferte, wiegt genauso schwer wie der Tod eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto, daß dem vom NS-Regime herbeigeführten Hunger zum Opfer fiel.
Dieser Vergleich stellt die Einzigartigkeit von Auschwitz nicht in Frage – die Aufbietung modernster technischer Ressourcen, das Ingangsetzen eines regelrechten industriellen Prozesses, die Vernichtungsmaschinerie der Vergasung und Leichenverbrennung.
Die Feststellung unterstreicht aber eine Besonderheit vieler kommunistischer Diktaturen: den systematischen Einsatz des Hungers als Waffe. Das Regime kontrolliert in der Regel alle verfügbaren Nahrungsmittelvorräte, teilt sie aber manchmal nach einem ausgeklügelten Rationierungssystem nur nach "Verdienst" beziehungsweise "Verschulden" der jeweiligen Menschen aus. ...
... Die Geschichte dieses Jahrhunderts hat gezeigt, daß sich die Praxis der Massenvernichtung durch Staaten oder Staatsparteien nicht auf den Nationalsozialismus beschränkte. Was in Bosnien und Ruanda geschah, beweist, daß diese Praktiken fortgesetzt werden. Sie sind wahrscheinlich eines der wichtigsten Kennzeichen dieses Jahrhunderts. ...
Über die Frage der unmittelbaren Verantwortung der an der Macht befindlichen Kommunisten hinaus stellt sich die nach der Mitschuld. ... Von den zwanziger bis zu den fünfziger Jahren applaudierten die Kommunisten in aller Welt sowie viele andere der Politik Lenins und später Stalins. Hunderttausende engagierten sich in der kommunistischen Internationale und den örtlichen Sektionen der "Partei der Weltrevolution". Von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren beweihräucherten weitere Hunderttausende den "Großen Vorsitzenden" der chinesischen Revolution und besangen die Errungenschaften des Großen Sprungs oder der Kulturrevolution. Und unserer Zeit noch näher gab es viele, die sich über die Machtergreifung Pol Pots freuten.
Viele werden sagen, daß sie "nicht wußten". Tatsächlich war es nicht immer einfach, Bescheid zu wissen, denn für die kommunistischen Diktaturen war die Geheimhaltung eine bevorzugte Abwehrstrategie. Aber häufig war dieses Nichtwissen lediglich auf Verblendung aufgrund des Glaubens an die Partei zurückzuführen. Seit den vierziger und fünfziger Jahren waren viele Fakten bekannt und unbestreitbar. Wenn auch inzwischen viele Anhänger ihre Idole von gestern im Stich gelassen haben, geschah dies doch klammheimlich. Aber was ist von einem solch abgrundtiefen Amoralismus zu halten, der ein öffentliches Engagement einfach in der Versenkung verschwinden läßt, ohne daraus eine Lehre zu ziehen?
1969 schrieb einer der Pioniere der Untersuchungen über den kommunistischen Terror, Robert Conquest: "Der Umstand, daß so viele es "schlucken" (die Große Säuberung), war also sicherlich ein Faktor, der die ganze Säuberung erst möglich machte. Insbesondere die Prozesse hätten nur wenig Bedeutung gehabt, wenn sie nicht von einigen ausländischen, also 'unabhängigen' Kommentatoren für rechtmäßig erklärt worden wären."
Diese könne man kaum von einer gewissen Mitschuld an den politischen Morden freisprechen oder jedenfalls nicht von Mitschuld daran, daß die Morde sich wiederholten, nachdem der ersten Operation, dem Sinowjew-Prozeß von 1936, ungerechtfertigterweise soviel Glauben geschenkt worden war.
Wenn schon die moralische und intellektuelle Mitschuld einer Reihe von Nichtkommunisten mit dieser Elle gemessen wird, wie steht es dann um die Mitschuld der Kommunisten? Man erinnert sich nicht, daß Louis Aragon öffentlich bedauert hätte, in einem Gedicht von 1931 die Schaffung einer kommunistischen politischen Polizei in Frankreich als wünschenswert bezeichnet zu haben, wenn er auch zeitweilig die stalinistische Periode zu kritisieren schien.
Joseph Berger ein ehemaliger Komintern-Kader(-Mitglied), der der "Großen Säuberung" anheimfiel und durch die Lager ging, zitiert den Brief einer ehemaligen Gulag-Deportierten, die

auch nach ihrer Rückkehr aus den Lagern immer noch Parteimitglied war:
"Die Kommunisten meiner Generation akzeptierten Stalins Autorität. Sie billigten seine Verbrechen. Dies gilt nicht nur für die sowjetischen Kommunisten, sondern für die ganze Welt. Von diesem Schandfleck sind wir gezeichnet, als einzelne und als Gruppe. Wir können ihn nicht wegwischen, es sei denn, wir tun alles dafür, daß so etwas nie wieder passiert. Was ist geschehen?
Hatten wir den Verstand verloren, oder verraten wir jetzt den Kommunismus? Die Wahrheit ist, daß alle – auch die, die Stalin am nächsten waren – die Verbrechen ins Gegenteil verkehrten. Wir sahen sie als wichtige Beiträge zum Sieg des Sozialismus an. Wir glaubten, daß alles, was die politische Macht der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion und in der Welt stärkte, ein Sieg für den Sozialismus sei. Niemals kamen wir auf den Gedanken, daß es innerhalb des Kommunismus einen Konflikt zwischen Politik und Ethik geben könnte." ...
... Erst im Krieg, vor allem mit dem Angriff auf die Sowjetunion, wurde der NS-Terror in vollem Umfang entfesselt. Zusammengefaßt lautet seine Bilanz wie folgt: 15 Millionen in den besetzten Ländern getötete Zivilisten, 5,1 Millionen Juden, 3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene, 1,1 Millionen in den Lagern gestorbene Deportierte, mehrere hunderttausend Roma und Sinti. Hinzu kommen 8 Millionen Zwangsarbeiter und 1,6 Millionen überlebende KZ-Häftlinge.
Der NS-Terror hat unsere Vorstellungen in dreierlei Hinsicht geprägt. Zunächst einmal, weil er die Europäer unmittelbar betraf. Sodann, nach dem Sieg über die Nationalsozialisten und der Verurteilung ihrer Führungsspitze in Nürnberg, waren ihre Verbrechen als solche offiziell bezeichnet und stigmatisiert. Und schließlich war die Aufdeckung des Völkermords an den Juden aufgrund seines scheinbar irrationalen Charakters, seiner rassistischen Dimension und der Radikalität seines Verbrechens ein Schock für die Gewissen.
Es geht hier nicht darum, irgendwelche makabren arithmetischen Vergleiche aufzustellen, eine Art doppelte Buchführung des Horrors, eine Hierarchie der Grausamkeit. Die Fakten zeigen aber unwiderleglich, daß die kommunistischen Systeme rund hundert Millionen Menschen umgebracht haben, während es im Nationalsozialismus rund 25 Millionen waren.
Diese einfache Feststellung sollte zumindest zum Nachdenken über die Ähnlichkeit anregen, die zwischen dem NS-Regime, das seit 1945 als das verbrecherischste System des Jahrhunderts angesehen wird, und dem kommunistischen besteht, dessen Legitimität auf internationaler ebene bis 1991 unangefochten war, das bis heute in bestimmten Ländern die Macht innehat und nach wie vor über Anhänger in der ganzen Welt verfügt. Wenn auch viele kommunistische Parteien mit Verspätung die Verbrechen des Stalinismus anerkannt haben, haben die meisten Lenins Prinzipien doch nicht aufgegeben, und sie hinterfragen kaum ihre eigene Verwicklung in den Terror.
Die von Lenin erarbeiteten, von Stalin und seinen Schülern systematisierten Methoden lassen an die Methoden der Nazis denken, nehmen sie aber oftmals voraus. In dieser Hinsicht hatte Rudolf Höß, beauftragt mit der Errichtung des KZ Auschwitz und später Lagerkommandant, eindeutige Vorgaben:
"Vom Reichssicherheitshauptamt wurde dem Kommandanten eine umfangreiche Berichtzusammenstellung über die russischen Konzentrationslager überreicht. Von Entkommenen wurde darin über die Zustände und Einrichtungen bis ins einzelne berichtet. Besonders hervorgehoben wurde darin, daß die Russen durch die großen Zwangsarbeitsmaßnahmen ganze Völkerschaften vernichteten."
Dennoch bedeutet die Tatsache, daß das Ausmaß und die Techniken der Massengewaltausübung von den Kommunisten eingeführt wurden und die Nazis sich von ihnen inspizieren ließen, keineswegs, daß man eine direkte kausale Beziehung zwischen der Machtergreifung der Bolschewisten und dem Aufstieg des Nationalsozialismus herstellen kann. ...

Nationalsozialismus und Kommunismus bezüglich der Vernichtung von Menschen so nahe zusammenzurücken, mag schockieren. Aber es ist immerhin Wassilij Grossmann (dessen Mutter von den Nazis im Ghetto von Berditschew umgebracht wurde, der den ersten Bericht über Treblinka veröffentlicht hat und zu den Autoren des "Schwarzbuchs" über den Untergang des sowjetischen Judentums gehörte), der in seinem Roman "Alles fließt ..." eine Figur über die Hungersnot in der Ukraine sagen läßt: "die Schriftsteller schreiben, und Stalin selbst, alle sagen das eine: 'Kulaken – Parasiten, sie verbrennen das Brot, sie morden Kinder'.
Und man erklärte geradeheraus: die Mut der Massen gegen sie aufpeitschen, sie als Klasse vernichten, die Verfluchten. ... Um sie zu töten, mußte man erklären: Kulaken – keine Menschen. Wie die Deutschen sagten: Juden – keine Menschen. Ebenso Lenin und Stalin: Kulaken sind keine Menschen."
Und über das Schicksal der Kulakenkinder sagte Grossmann: "Genau wie die Deutschen, die die Judenkinder im Gas erstickt haben – ihr sollt nicht leben, ihr seid Juden."
In beiden Fällen sind nicht so sehr Einzelpersonen das Ziel als vielmehr Gruppen. Der Terror soll eine als feindlich bezeichnete Gruppe auslöschen, der sicherlich nur einen Teil der Gesellschaft darstellt, aber als solcher von der Logik des Genozids getroffen wird. Somit ähneln die Mechanismen der Trennung und des Ausschlusses im "Klassen-Totalitarismus" ganz besonders denen im "Rassen-Totalitarismus".
Die künftige NS-Gesellschaft sollte auf der reinen Rasse aufgebaut werden, die künftige kommunistische Gesellschaft auf einem von jeglicher bürgerlichen Schlacke freien proletarischen Volk. Die Umgestaltung dieser beiden Gesellschaften wurde auf dieselbe Weise angestrebt, auch wenn die Ausschlußkriterien nicht die gleichen waren.
Es ist daher falsch zu behaupten, der Kommunismus habe universalen Charakter: Wenn dieses Projekt eine weltumspannende Bestimmung hat, wird ein Teil der Menschheit für unwürdig erklärt, darin zu existieren, wie es auch im Nationalsozialismus geschieht. Der Unterschied besteht darin, daß eine Abtrennung nach Schichten (Klassen) erfolgt, statt einer rassischen und territorialen Trennung wie bei den Nazis. ...
Was wußte man über die Verbrechen des Kommunismus? Was sollte man davon wissen? Warum hat es bis zum Ende des Jahrhunderts gedauert, daß sich die Wissenschaft mit diesem Thema befaßt? Ganz offensichtlich ist das Studium des stalinistischen und allgemein des kommunistischen Terrors im Vergleich zu den Untersuchungen der NS-Verbrechen gewaltig im Rückstand ...
Hier besteht ein eindrucksvoller, nicht von der Hand zu weisender Kontrast. Die Sieger vom 1945 stellten legitimerweise das Verbrechen – und besonders den Völkermord an den Juden – in den Mittelpunkt ihrer Verurteilung des Nationalsozialismus. Viele Wissenschaftler aus der ganzen Welt arbeiten seit Jahrzehnten über dieses Thema. Tausende von Büchern sind dazu geschrieben, Dutzende von Filmen gedreht worden, darunter einige weltberühmte, und in ganz unterschiedlichen Sparten – "Nacht und Nebel" oder "Shoah", "Sophies Entscheidung" oder "Schindlers Liste". Raul Hilberg, um ihn nur zu erwähnen, beschreibt in seinem Hauptwerk detailliert, mit welchen Methoden die Juden im Dritten Reich umgebracht wurden.
Doch zur Frage der kommunistischen Verbrechen gibt es keine Arbeiten dieser Art. Während die Namen Himmlers und Eichmanns in der ganzen Welt als Symbole zeitgenössischer Barbarei bekannt sind, sind Dserschinski, Jagoda oder Jeschow weitgehend unbekannt. Was Lenin, Mao, Ho Chi Minh und selbst Stalin betrifft, so wird ihnen immer noch eine erstaunliche Verehrung zuteil. In Frankreich war die staatliche Lotteriegesellschaft sogar so unbedacht, Stalin und Mao in einer ihrer Werbekampagnen zu erwähnen. Wer käme auf die Idee, Hitler oder Goebbels zu so etwas heranzuziehen?
... Warum reagiert die öffentliche Meinung so schwach auf die Zeugenaussagen über die kommunistischen Verbrechen? Warum das peinlich berührte Schweigen der Politik? Und vor

allem: Warum sagt die akademische Welt nichts zu der kommunistischen Katastrophe, die 80 Jahre lang rund ein Drittel der Menschheit auf vier Kontinenten betraf? Warum diese Unfähigkeit, in den Mittelpunkt der Analyse des Kommunismus einen so wesentlichen Faktor wie das Verbrechen zu stellen, das systematische Massenverbrechen, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit? Ist es etwa unmöglich zu begreifen? Handelt es sich nicht eher um eine bewußte Weigerung, wissen zu wollen, um eine Angst vor dem Begreifen?
Die Verschleierung hat viele komplexe Gründe. Zunächst ist da das klassische unaufhörliche Bemühen der Henker, die Spuren ihrer Verbrechen zu beseitigen und zu rechtfertigen, was sie nicht verbergen konnten.
Die "Geheimrede" Chruschtschows von 1956, die die erste Anerkennung dieser Verbrechen durch kommunistische Führer selbst darstellt, ist auch der Bericht eines Henkers, der seine eigenen Verbrechen (als Führer der ukrainischen KP auf dem Höhepunkt des Terrors) vertuschen will, indem er sie Stalin allein anlastet und sich darauf beruft, Befehlen gehorcht zu haben. Gleichzeitig sucht er den größten Teil der Verbrechen zu verbergen, denn er spricht nur von den kommunistischen Opfern, die der Zahl nach wesentlich geringer waren als die anderen. Außerdem verharmlost er diese Verbrechen, indem er sie als "Mißbrauch unter Stalin" bezeichnet, und versucht schließlich, das Fortbestehen des Systems mit denselben Prinzipien, denselben Strukturen und denselben Menschen zu rechtfertigen. ...
Daß die Archive der kommunistischen Länder unter strengstem Verschluß standen, die totale Kontrolle von Presse und Rundfunk sowie aller Wege ins Ausland, die Propaganda über die "Errungenschaften" des Regimes, dieser ganze Apparat zur Abriegelung von Informationen sollte in erster Linie verhindern, daß die Wahrheit über die Verbrechen ans Licht kam.
Die Henker begnügten sich nicht damit, ihre Verbrechen zu verbergen, sondern sie bekämpften auch Menschen, die zu informieren suchten, mit allen Mitteln. Denn einige Beobachter und Analytiker haben sich bemüht, ihre Zeitgenossen aufzuklären.
Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dies in Frankreich bei zwei Gelegenheiten besonders deutlich. Von Januar bis April 1949 fand in Paris ein Prozeß statt, indem sich Viktor Krawtschenko (ein ehemaliger hochrangiger sowjetischer Funktionär, der in seinem Buch "Ich wählte die Freiheit" die stalinistische Diktatur beschrieben hatte) und die von Louis Aragon herausgegebene Zeitschrift "Les Lettres francaises" gegenüberstanden, die ihren Prozeßgegner mit Beleidigungen überschüttete.
Von November 1950 bis Januar 1951 fand wiederum in Paris ein weiterer Prozeß statt. Die Gegner waren erneut "Les Lettres francaises" und David Rousset, ein Intellektueller und ehemaliger Trotzkist, der von den Nazis nach Deutschland deportiert worden war ...
Rousset hatte am 12. November 1949 alle ehemaligen Deportierten aus den NS-Lagern aufgerufen, eine Kommission zur Untersuchung der sowjetischen Lager zu bilden, und war dafür von der kommunistischen Presse, die die Existenz dieser Lager leugnete, heftig angegriffen worden. ...
Gegen all diese Aufklärer des Gewissens der Menschheit boten die Henker in einem systematischen Kampf das ganze Arsenal der Möglichkeiten großer moderner Staaten auf, die überall auf der Welt intervenieren können. Sie wollten sie disqualifizieren, unglaubwürdig machen, einschüchtern. Solschenizyn, Bukowski, Sinowjew, Pljuschtsch wurden ausgewiesen; inhaftiert, Markow mit einem vergifteten Regenschirm ermordet.
Angesichts der nachdrücklichen Einschüchterung und Verschleierung zögerten die noch lebenden Opfer ihrerseits, an die Öffentlichkeit zu treten. Sie sahen sich außerstande, sich in eine Gesellschaft wiedereinzugliedern, in der die, von denen sie denunziert und gepeinigt worden waren, unbehelligt herumstolzierten. Wassilij Grossman zeichnet diese verzweifelte Lage nach. Im Unterschied zur jüdischen Tragödie – die internationale jüdische Gemeinde hält die Erinnerung an den Völkermord wach - war es den Opfern des Kommunismus und

ihren Angehörigen lange verwehrt, das Gedächtnis des tragischen Geschehens in der Öffentlichkeit zu pflegen, da jegliche Erinnerung oder Rehabilitationsforderung verboten war.
Wenn es den Henkern nicht gelang, eine Wahrheit zu verschleiern – die Erschießungen, die Lager, die absichtlich ausgelöste Hungersnot -, rechtfertigten sie die Fakten, indem sie sie dick übertünchten. Wenn sie sich zum Terror bekannten, machten sie ihn zur Allegorie der Revolution: Wo gehobelt wird, fallen Späne. Oder, wie es in Frankreich heißt: Man kann kein Omelett machen, ohne Eier aufzuschlagen.
Dem entgegnet Wladimir Bukowski einmal, er habe wohl die zerbrochenen Eier gesehen, aber niemals das Omelett zu kosten bekommen. Am schlimmsten wirkte sicherlich die Pervertierung der Sprache. Wie durch Zauberei wurden das System der Lager zum Werk der Umerziehung, die Henker zu Erziehern, bemüht, die Mitglieder der alten Gesellschaft zu "neuen Menschen" zu formen. Man "bat" die Lagerhäftlinge mit Gewalt, an ein System zu glauben, das sie versklavte. In China heißt der Lagerhäftling "Student": Er soll das richtige Denken der Partei studieren und das eigene falsche Denken korrigieren.
... Später sang Maria Antonietta Macciochi ein Loblied auf Mao, während Danielle Mitterrand Castro schmeichelte. Gier, Schwäche, Eitelkeit, die Faszination, die von Kraft und Gewalt ausgeht, revolutionäre Leidenschaft was auch immer die Motive für solche Loblieder sein mögen, stets haben die totalitären Diktaturen die Beweihräucherer gefunden, die sie brauchten. Die kommunistische macht da keine Ausnahme.
Der Westen bewies gegenüber der kommunistischen Propaganda eine außerordentliche Verblendung, in der sich Ahnungslosigkeit angesichts eines ausgesprochen hinterlistigen Systems, Angst vor der Macht der Sowjets und Zynismus von Politikern und Geschäftemachern mischten. Um Verblendung handelte es sich beim Treffen von Jalta, als Präsident Roosevelt Stalin Osteuropa gegen das förmliche Versprechen preisgab, dort baldmöglichst freie Wahlen durchführen zu lassen. ...
Die Verschleierung der kriminellen Dimension des Kommunismus hat allerdings noch mit drei konkreten Gründen zu tun. Der erste betrifft das Festhalten an der Revolutionsidee selbst. Noch heute ist die Trauerarbeit um die Idee der Revolution wie sie im 19. und 20. Jahrhundert gedacht wurde, längst nicht abgeschlossen. Ihre Symbole – die rote Fahne, die Internationale, die erhobene Faust erstehen bei jeder großen sozialen Bewegung neu.
Che Guevara kommt wieder in Mode. Eindeutig revolutionäre Gruppen dürfen ungehindert an die Öffentlichkeit treten, sie reagieren verachtungsvoll auf die geringste kritische Anmerkung zu den Verbrechen ihrer Vorgänger und wiederholen ohne Scheu die alten Rechtfertigungsreden Lenins, Trotzkis oder Maos. Diese revolutionäre Leidenschaft ist uns nicht ganz fremd. Mehrere Autoren dieses Buches haben einmal selbst der kommunistischen Propaganda geglaubt.
Der zweite Grund hat mit der sowjetischen Beteiligung am Sieg über den Nationalsozialismus zu tun, der es den Kommunisten ermöglichte, ihr eigenes Ziel – die Machtergreifung – unter glühendem Patriotismus zu verstecken. Von Juni 1941 an begaben sich die Kommunisten in allen besetzten Ländern in den aktiven – und oft bewaffneten – Widerstand gegen die deutschen oder italienischen Besatzer.
Wie die Widerstandskämpfer anderer ideologischer Richtungen bezahlten sie den Preis der Unterdrückung, hatten Tausende von Erschossenen, Massakrierten, Deportierten zu beklagen. Und sie haben sich dieser Märtyrer bedient, um die Sache des Kommunismus zu heiligen und jegliche Kritik an ihm verstummen zu lassen. Außerdem knüpften viele Nichtkommunisten im Widerstand Bande der Solidarität, des Kampfes, des Bluts mit Kommunisten, was vielen die Augen getrübt hat. In Frankreich war die Haltung der Gaullisten häufig von dieser gemeinsamen Erinnerung bestimmt und wurde durch die Politik des Gaulles noch bestärkt, der gegenüber den Amerikanern gern das sowjetische Gegengewicht ausspielte.

Durch die Beteiligung der Kommunisten am Krieg und am Sieg über den Nationalsozialismus triumphierte der Begriff des Antifaschismus in der Linken endgültig als Wahrheitskriterium und natürlich traten die Kommunisten als die besten Vertreter und Verteidiger des Antifaschismus auf. Der Antifaschismus wurde zur definitiven Etikettierung des Kommunismus. Das machte es den Kommunisten leicht, Aufmuckende im Namen des Antifaschismus zum Schweigen zu bringen.
Francois Furet hat zu diesem entscheidenden Punkt erhellende Bemerkungen gemacht. Nachdem der besiegte Nationalsozialismus von den Alliierten zum absoluten Bösen erklärt worden war, geriet der Kommunismus beinahe automatisch in das Lager der Guten. Dies wurde deutlich bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, in denen die Sowjets als Ankläger auftraten. So wurden nach demokratischen Maßstäben peinliche Episoden – wie der deutsch-sowjetische Pakt von 1939 oder die Massaker von Katyn – rasch heruntergespielt.
Der Sieg über den Nationalsozialismus wurde als Beweis für die Überlegenheit des kommunistischen Systems angeführt. Im von den Westalliierten befreiten Europa rief das eine doppelte Reaktion hervor: ein Gefühl der Dankbarkeit gegenüber der Roten Armee (deren Besatzung man nicht zu ertragen hatte) und Schuldgefühle angesichts der Opfer, die die Völker der Sowjetunion gebracht hatten – Gefühle, die die kommunistische Propaganda weidlich ausgenutzt hat.
Gleichzeitig blieben die Umstände der "Befreiung" Osteuropas durch die Rote Armee im Westen weitgehend unbekannt, wo die Geschichtsschreiber zwei unterschiedliche Arten von "Befreiung" mehr oder weniger gleichsetzte: Die eine führte zur Wiederherstellung der Demokratie, die andere ermöglichte die Einsetzung von Diktaturen. In Mittel- und Osteuropa trat das sowjetische System die Nachfolge des "Tausendjährigen Reiches" an. ...
Ein letzter Grund für die Verschleierung ist subtiler und auch heikler zu erklären. Nach 1945 erschien der Genozid an den Juden als das Paradigma moderner Barbarei, und zwar so sehr, daß er allen Raum für die Wahrnehmung von Massenterror im zwanzigsten Jahrhundert beanspruchte. Nachdem sie zunächst das Besondere der Judenverfolgung durch die Nazis geleugnet hatten, erkannten die Kommunisten bald den Vorteil, den sie aus der Anerkennung dieser Besonderheit für die regelmäßige Mobilisierung des Antifaschismus ziehen konnten.
"Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch" – mit dieser Brechtschen Schreckensvision gingen sie bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit hausieren. Neuerdings hat die Hervorhebung einer "Einzigartigkeit" des Genozids an den Juden, die die Aufmerksamkeit auf seine außergewöhnliche Grausamkeit lenkt, ebenfalls die Wahrnehmung vergleichbarer Tatsachen in der kommunistischen Welt behindert. ...
In den siebziger und achtziger Jahren erschütterten die Bücher Solschenizyns – "Der – Archipel Gulag", später der Zyklus "Das rote Rad" über die russische Revolution – die öffentliche Meinung. Wahrscheinlich war der durch das Werk des genialen Chronisten verursachte Schock größer als die allgemeine Kenntnisnahme des schrecklichen Systems, das er beschrieb. Es war für Solschenizyn nicht leicht, durch die Kruste von Lügen zu dringen. 1975 verglich ihn ein Journalist einer großen französischen Tageszeitung mit Pierre Laval, Doriot und Déat, "die die Nazis als Befreier begrüßten". Dennoch gab Solschenizyns Zeugnis den Anstoß dazu, daß das Problem der Öffentlichkeit bewußt zu werden begann ...
Auf welche Motivation kann sich am Ende des 20. Jahrhunderts die Erforschung eines so tragischen, finsteren und umstrittenen Themas stützen? Heute bestätigen die Archive nicht nur die vorliegenden Zeugenaussagen, sie erlauben es auch, noch viel weiter zu gehen. Die internen Archive des Unterdrückungsapparats der Sowjetunion, der ehemaligen Volksdemokratien und Kambodschas bringen eine erschreckende Realität ans Licht – die Massivität und den systematischen Charakter des Terrors, der in vielen Fällen bis zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit geht.

Die Zeit ist gekommen, die sich allen Beobachtern immer wieder stellende Frage wissenschaftlich, belegt mit unbestreitbaren Fakten und frei von politisch-ideologischem Ballast zu bearbeiten: Welchen Platz nimmt das Verbrechen im kommunistischen System ein?
Was kann unter diesem Blickwinkel unser besonderer Beitrag sein? Unser Ansatz entspricht zunächst einmal einer historiographischen Pflicht. Kein Thema ist für den Historiker Tabu, Gefahren oder Druck jeglicher Art – politisch, ideologisch, persönlich – dürfen ihn nicht davon abhalten, den Weg der Kenntnisnahme, Ausgrabung und Auswertung von Fakten zu verfolgen, insbesondere wenn diese lange Zeit absichtlich in den Archiven und Gewissen verborgen waren. Die Geschichte des kommunistischen Terrors stellt eines der Hauptstücke einer europäischen Geschichte dar, die beide Enden des großen historiographischen Themas Totalitarismus zusammenhält.
Der Totalitarismus hat eine nationalsozialistische, aber auch eine leninistisch/stalinistische Version. Es ist nicht länger akzeptabel, eine halbseitig gelähmte Geschichte zu schreiben, ohne Berücksichtigung der kommunistischen Variante. Auch kann man sich nicht länger auf eine Position zurückziehen, die die Geschichte des Kommunismus auf seine nationalen, sozialen und kulturellen Aspekte reduziert, zumal die Verwicklung in den Totalitarismus sich nicht auf Europa und die sowjetische Episode beschränkt.
Sie betrifft ebenso das maoistische China, Nordkorea, das Kambodscha Pol Pots. Jede nationale Ausprägung des Kommunismus war wie über eine Nabelschnur mit der sowjetrussischen Matrix verbunden und trug gleichzeitig zur Entwicklung dieser weltweiten Bewegung bei. Die Geschichte, mit der wir hier zu tun haben, ist die eines Phänomens, das sich überall auf der Welt entfaltet hat und die ganze Menschheit betrifft.
Die zweite Aufgabe, die dieses Buch übernimmt, ist die Pflicht zur Erinnerung. Es ist eine moralische Verpflichtung, das Gedächtnis der Toten zu ehren, vor allem wenn es sich um unschuldige, anonyme Opfer eines Molochs handelt, der in seiner absoluten Macht selbst die Erinnerung an sie auslöschen wollte. Nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des kommunistischen Machtzentrums in Moskau ist Europa – der Kontinent, von dem die tragischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts ausgingen – dabei, wieder ein gemeinsames Gedächtnis aufzubauen. Wir können unseren Beitrag dazu leisten. ...
Diese Aufgabe der Geschichtsschreibung und Erinnerung hat einen moralischen Aspekt, der ist unbestreitbar. Und man könnte uns fragen: "Wer gibt euch das Recht, Gutes und Böses zu unterscheiden?" ...
Schon 1931 hatte Pius XI. in seiner Enzyklika "Quadragesimo Anno" geschrieben, der Kommunismus "verfolgt in Theorie und Praxis seine beiden Hauptziele: schärfster Klassenkampf uns äußerste Eigentumsfeindlichkeit. Nicht auf Schleich- und Umwegen, sondern mit offener und rücksichtsloser Gewalt geht er aufs Ziel. Vor nichts schreckt er zurück; nichts ist ihm heilig. Zur Macht gelangt, erweist er sich von unglaublicher und unbeschreiblicher Härte und Unmenschlichkeit. Die unseligen Trümmer und Verwüstungen, die er in dem ungeheueren Ländergebiet von Osteuropa und Asien angerichtet hat, sprechen eine beredte Sprache."
Diese Warnung ist erst richtig zu würdigen, wenn man bedenkt, daß sie von einer Institution kommt, die jahrhundertelang im Namen des Glaubens Massaker an Ungläubigen rechtfertigte, die Inquisition aufbaute, der Gedankenfreiheit Maulkörbe verpaßte und später Diktaturen wie Francos oder Salazars unterstützte.
Doch wenn die Kirche hier eine Rolle als moralischer Richter wahrnimmt, wie soll, wie kann der Historiker schreiben angesichts der "heroischen" Darstellung der Parteigänger des Kommunismus oder der leidvollen Erzählung der Opfer? ...
Der Historiker wird in aller Bescheidenheit und fast gegen seinen Willen zum Sprecher derer, denen es wegen des Terrors verwehrt war die Wahrheit über ihre Verhältnisse kundzutun. Seine Aufgabe ist das Bekanntmachen. Seine erste Pflicht ist die Feststellung von Fakten und

Elementen der Wahrheit, die zum Wissen werden. Darüber hinaus ist die Beziehung des Historikers zur Geschichte eine besondere: Er ist gezwungen, sich zum Geschichtsschreiber der Lüge zu machen. Selbst wenn ihm durch die Öffnung der Archive die für die Arbeit unverzichtbaren Dokumente zur Verfügung stehen, muß er sich vor Leichtgläubigkeit hüten. Viele komplexe Fragen dürften Gegenstand von Kontroversen sein, bei denen es nicht immer ohne Hintergedanken zugehen mag.
Trotzdem kann sich diese Kenntnisnahme historischer Fakten nicht eines Urteils enthalten, das auf Grundwerte Bezug nimmt: auf die Einhaltung der Regeln der repräsentativen Demokratie und vor allem auf die Achtung vor dem Leben und der Würde des Menschen. An diesem Maßstab mißt der Historiker die Handelnden in der Geschichte.
... Die Autoren ... sind sich bewußt, daß man das Vorrecht, die Wahrheit zu sagen, nicht einer sich immer stärker bemerkbar machenden extremen Rechten überlassen darf. Die Verbrechen des Kommunismus sind im Namen demokratischer Werte, nicht im Namen nationalfaschistischer Ideale zu analysieren und zu verurteilen. ...
Dieses Buch enthält viel Text und wenig Bilder. Hier berühren wir einen kritischen Punkt in der Verschleierung der Verbrechen des Kommunismus: In einer weltweit von den Medien übersättigten Gesellschaft, in der bald allein das Bild – ob als Fotografie oder als Fernsehbild – Glaubwürdigkeit verschafft, verfügen wir lediglich über einige wenige Archivfotos aus dem Gulag oder dem chinesischen Laogai, über keine einzige Aufnahme von der Entkulakisierung oder der Hungersnot des Großen Sprungs.
Die Sieger von Nürnberg konnten Tausende von Leichen im Lager Bergen-Belsen nach Belieben fotografieren und filmen, und man hat von den Henkern selbst aufgenommene Fotos gefunden, wie das von einem Deutschen, der aus nächster Nähe eine Frau erschießt, während sie ihr Kind in den Armen hält. Nichts dergleichen für die kommunistische Welt, in der der Terror das bestgehütete Geheimnis war.
Der Leser/die Leserin möge sich nicht mit den hier zusammengestellten Bilddokumenten zufriedengeben. Nehmen sie sich Zeit und lernen Sie Seite um Seite den Leidensweg von Millionen Menschen kennen. Es ist unerläßlich, daß Sie ihre Phantasie bemühen, um sich die ungeheure Tragödie vorstellen zu können, die die Weltgeschichte auch in den kommenden Jahrzehnten noch prägen wird.
Dann stellt sich die Hauptfrage: Warum?
Warum hielten es Lenin, Trotzki, Stalin und die anderen für notwendig, all die, die sie als Feinde bezeichneten, auszulöschen? Warum glaubten sie, sie dürften das ungeschriebene Gesetz brechen, das das Leben der Menschen regiert: "Du sollst nicht töten?"...<<

12.11.1997

BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 12. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/41-43): >>... Nazis und Kommunisten hätten einander nicht konträr gegenübergestanden, wie sie selber glauben mochten, sondern komplementär. Diese These von der "konfliktuellen Komplizenschaft" bereitet den weithin traditionalistischen Linken in Frankreich bis heute große Schmerzen. ...
... Drei Stufen hat Courtois' Argumentation, die ihn mit einem Teil seines Teams entzweite. Zunächst schildert er das Verbrechen als einen – wenn nicht den – Hauptwesenszug des Kommunismus: "Die kommunistischen Regimes haben das Massenverbrechen zu einem wahrhaften Regierungssystem erhoben, um ihre Macht zu begründen".
Viele dieser Massenverbrechen, so Courtois weiter, entsprechen allen Kriterien der "Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie sie für die Nürnberger Prozesse formuliert wurden. Ganze soziale Gruppen wurden um ihrer bloßen Existenz willen umgebracht – inklusive Frauen, Kinder und Alte, wie es von Courtois vor allem die von Stalin bewußt in Kauf genommene Hungersnot in der Ukraine beweist (sechs Millionen Tote in den Jahren 1932/33).

Daraus schließt Courtois in seinem dritten Schritt, "daß hier der 'Klassengenozid' dem 'Rassengenozid' gleichkommt. Der Tod eines ukrainischen Kulakenkindes, das vom stalinistischen Regime vorsätzlich dem Hunger überlassen wurde, 'gilt soviel' wie der Hungertod eines Kindes im Warschauer Getto: Damit wird die Einzigartigkeit von Auschwitz nicht in Frage gestellt. ..."
... Der Vergleich rührt in Frankreich noch an andere Tabus als in der Bundesrepublik zur Zeit des deutschen Historikerstreits (1986); die Kommunisten und ihre Weggenossen, lange Zeit etwa ein Viertel der französischen Gesellschaft, erscheinen durch ihn als Sympathisanten eines Systems, das genauso teuflisch war wie die Nazis. Auch ihr heroischer und opferreicher Widerstand gegen die Deutschen verliert an Prestige – sie hätten gegen das eine Böse im Namen des anderen gekämpft. ...
Zu den Autoren des Schwarzbuchs, die sich wegen des Vorworts von Courtois abwandten, gehören Nicolas Werth und Jean-Louis Margolin, die Verfasser der Kapitel über die Sowjetunion und China. ... Aber wer ihre Texte liest, wird die Frage der Vergleichbarkeit ohnehin abstrakt finden: Vielleicht waren die Nazis schlimmer, aber die Kommunisten waren ganz bestimmt nicht besser. ...
Am heftigsten trifft es Lenin. Bei Werth kann man zusehen, wie Lenin und Trotzki die Tscheka fördern und hätscheln, die bereits im Herbst 1918, zwei Monate nach der offiziellen Lancierung des Terrors, 10.000 bis 15.000 politische Hinrichtungen auf dem Gewissen hat - doppelt soviel wie das Zarenregime in den Jahren von 1825 bis 1906. Unter Lenin wächst die Lagerbevölkerung auf 120.000 Personen. Lenin läßt den Klerus verfolgen: 8.000 Tote. Lenin begrüßt die Hinrichtungen der Bourgeois auf der Krim: 50.000 Tote in sechs Wochen. Lenin ist mitverantwortlich für die Hungersnot von 1921/22: fünf Millionen Tote.
Werths kühl erzählter Text verbaut den französischen Restkommunisten die letzte Rückzugslinie. Wer ihn liest, kann nicht mehr den Stalinismus beklagen und sich dann auf den ursprünglich guten Lenin zurückziehen. ...<<

15.11.1997

Frankreich: Die Zeitschrift "Le Point" berichtet am 15. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/45-48,49-54): >>... Nach wenigen Tagen war die erste Auflage (25.000 Exemplare) des Schwarzbuches bereits vergriffen. Mit Recht darf man sich über den Schock, den dieses Buch in der Öffentlichkeit auslöste, wundern. War die kriminelle Dimension des Kommunismus denn so wenig bekannt, daß eine Arbeit dieser Art ein solches Aufsehen erregen konnte!
Eigentlich erfährt man in diesem Buch nichts, was nicht schon seit langem durch Solschenizyn (für Rußland), Jean Pasqualini (für China) oder Pin Yathay (für Kambodscha) aufgezeigt worden wäre. Die Archive des Ostens und die Zahlenbilanzen liefern nur die Bestätigung und den Kontext für das, was jene wichtigen Zeugen schon längst berichtet haben. Damals allerdings hat die westliche Intelligenzia diese Zeugen verunglimpft.
Auch das im Schwarzbuch gezeichnete kritische Bild der Figur Lenins stellt nichts aufregend Neues dar. Man brauchte nicht gerade einen siebten Sinn, um zu begreifen, daß die Errichtung der "Diktatur des Proletariats" schon lange direkten Weges zum Terror führte. Mit einer gründlichen, sich auf bisher nicht offen zugängliche Archive stützende Studie des Historikers Nicolas Werth wird im Schwarzbuch bestätigt, was bereits offensichtlich war.
Man ist sprachlos beim Lesen der von Lenin verkündeten Mordaufrufe, die von Dserschinskis unheilvoller Tscheka (später GPU, NKWD und KGB) in die Tat umgesetzt wurden. Nach der Oktoberrevolution sind Zehntausende von Geiseln erschossen, Hunderttausende von rebellierenden Bauern massakriert und fünf Millionen dem Hungertod preisgegeben worden. Die Kosaken vom Don wurden umgebracht oder als geschlossene Bevölkerungsgruppe verschleppt. Bereits 1918 wurden die ersten Konzentrationslager errichtet.

Vor diesem Hintergrund ist die Fiktion vom reinen, nicht Böses wollenden Bolschewismus, der erst durch den üblen Stalin "pervertiert" wurde, nicht aufrechtzuerhalten.
... Natürlich hat die Kommunistische Partei Frankreichs alles versucht, um den durch das Schwarzbuch verursachten Schaden zu begrenzen ... Eine grundsätzliche kriminelle Dimension des Kommunismus kann es nicht geben, und die 85 Millionen Tote bleiben – alles in allem – ein bedauerlicher Unfall. ...
Wenn man jedoch - wie Courtois – lediglich die Opferzahlen vergleicht, kann dies zu einer irreführenden Asymmetrie führen. Denn bei der makabren Methode der doppelten Buchführung wiegt die Seite des Nationalsozialismus tatsächlich entschieden weniger schwer (den 85 bis 100 Millionen Toten stehen lediglich 25 Millionen gegenüber).
Dieses Ungleichgewicht erklärt sich ganz einfach aus der Tatsache heraus, daß dem Nationalsozialismus wesentlich früher ein Ende bereitet wurde. Sicherlich hat Courtois recht, wenn er schreibt, daß "der Tod eines absichtlich der Hungersnot ausgesetzten ukrainischen Kulakenkindes dem Tod eines vom NS-Regime der Hungersnot preisgegebenen Judenkindes im Warschauer Getto 'gleichkommt'," und kann sich in dieser Hinsicht auf den russischen Schriftsteller Wassilij Grossman berufen, der ein "Schwarzbuch" mit Bezug auf den Holocaust geschrieben hat. Nach Grossman war der Kulak für den geisteskranken Stalin als Mensch genausowenig wert wie der Jude für Hitler. Beide galten als Außenseiter, die erbarmungslos auszurotten waren. Und genau das haben Stalin und Hitler getan.
... Und was die politische Gegenseite betrifft, so konnten sich die Kommunisten und ihre modernen Weggefährten mit Recht über den Vergleich mit dem Nationalsozialismus aufregen und so die Frage ihrer eigenen historischen Verantwortung geschickt umgehen. Schließlich brauchte nur noch der Sohn eines verschleppten Kommunisten Courtois öffentlich in einer Fernsehsendung anzugreifen, und die Sache war geritzt.
"Niederträchtig" ist also derjenige, der es wagt, kommunistische Verbrechen anzuprangern, und nicht derjenige, der sich mit einer kriminellen Ideologie solidarisch erklärt. ...<<
>>... Über die zum Teil noch nicht völlig geklärten Zahlen läßt sich streiten. Es ist ungewiß, ob Mao 60, 70, oder 65 Millionen Menschen umgebracht hat. ... Solche Erwägungen sind rein wissenschaftlicher Natur. Am moralischen Skandal ändert sich dadurch nichts. Als man um 1950 sagte, "Die Nazis haben sechs Millionen Juden umgebracht", so kam damals von bestimmten Leuten die Antwort: "Nein, sie haben nur vier Millionen umgebracht". An der an sich kriminellen Logik des Kommunismus oder Nationalsozialismus ändern diese deplazierten Haarspaltereien nichts.
Ich würde auf diese schäbigen Streitereien überhaupt nicht näher eingehen, wenn sie nicht in gewisser Weise zum Thema des hier zu erörternden Buches gehörten. Sie stehen nämlich für das nach wie vor große Einschüchterungsvermögen der rückständigen und rückwärtsgewandten Anhänger des Kommunismus. Als politisches Phänomen ist das Ungeheuer inzwischen tot, doch als kulturelles Phänomen ist es immer noch lebendig. Auch wenn die Berliner Mauer inzwischen gefallen ist, in den Köpfen ist sie noch vorhanden. Den Kommunismus in seiner Realität zu beschreiben, bleibt ein gesellschaftsfeindlicher Akt.
In Frankreich konnte man das am 7. November in der Fernsehsendung "Bouillon de culture" erleben. Ich hatte soeben Stephen Spielbergs letzten Film über die Dinosaurier gesehen und hatte deshalb keine Schwierigkeiten, mich auf die Fernsehdiskussion über das Schwarzbuch einzustellen. Die eingeladenen Kommunisten schafften es regelrecht, die Historiker wie gefährliche Dinosaurier unter Sicherheitskontrolle zu bringen. Einer von ihnen ging sogar soweit, Stéphane Courtois als Antisemiten zu bezeichnen!
Auf diese Weise haben sie ihr Ziel, die Informationen zu zensieren, zum Teil erreicht, denn der Fernsehzuschauer konnte so gut wie nichts über den Inhalt des Buches erfahren. Mit ihrer Verschleierungstaktik haben diejenigen, die bei diesen Verbrechen als Komplizen fungierten,

es einmal mehr geschafft, eben diese Verbrechen zu leugnen und mit der Hand auf dem Herzen und mit weinerlicher Stimme zu betonen, daß solche Untaten nichts mit dem Wesen des Kommunismus gemein hätten.
Warum ist es ein erklärtes Delikt, wenn man die Verbrechen der Nazis in Abrede stellt, nicht aber, wenn man die Verbrechen der Kommunisten abstreitet? Es gibt - mit den Augen der Linken betrachtet - immer noch gute und schlechte Henker. Die sozialistischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben Tibet die Anerkennung als "besetztes Land" verweigert.
Die Weigerung der Linken, die kommunistischen Völkermorde nicht wie diejenigen der Nazis als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen, ist weder vom geschichtswissenschaftlichen noch vom juristischen Standpunkt gerechtfertigt. Francois de Menthon, der französische Generalstaatsanwalt bei den Nürnberger Prozessen, unterstrich die ideologische Motivation der NS-Verbrechen:
"Wir haben es hier nicht mit einer Zufalls- oder Gelegenheitskriminalität zu tun, sondern mit einer direkt und zwingend von einer Doktrin (Lehrmeinung) abgeleiteten, systematischen Kriminalität."
Diese Beschreibung der braunen Kriminalität paßt ebenfalls haargenau auf die rote Kriminalität.
Auch das 1992 verabschiedete neue französische Strafgesetzbuch stimmt völlig damit überein. Denn es bezeichnet als Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch "das Verschleppen, das Versklaven, die systematisch und in massiver Form durchgeführten Hinrichtungen ohne ordentliches Gerichtsverfahren, das Entführen von Personen, die daraufhin spurlos verschwinden, die Folter und unmenschlichen Handlungen, die aus politischen, philosophischen, rassischen und religiösen Motiven heraus und gezielt gegen bestimmte Gruppen der Zivilbevölkerung durchgeführt werden".
Die ganze Geschichte des Kommunismus ist geprägt von sozialen oder ethnischen Gruppen, die nicht für das, was sie tun, sondern für das, was sie sind, massakriert und systematisch verschleppt werden.
Die 20 Millionen Toten (ohne die Kriegstoten) in der UdSSR, die 65 Millionen in China (Mao steht als größter Menschenschlächter aller Zeiten unangefochten an Platz eins), die zwei Millionen Toten in Kambodscha (bei 7,8 Millionen Einwohnern) oder Nordkorea gehen alle auf eine planmäßige Ausrottungspolitik zurück. ...
Der im Juli dieses Jahres überraschend verstorbene Francois Furet sollte ursprünglich die Einführung zum Schwarzbuch schreiben. Im Zusammenhang mit dem Terror von 1793/94 bezeichnete es Furet als die erbärmlichste aller Ausreden, wenn ein Historiker etwas durch die Umstände zu erklären versucht.
Der wahre Grund – der einzige, der wirklich alle Tatsachen berücksichtigt, es sei denn, man geht davon aus, daß alles auf Zufällen basiert -, liegt in der Logik eines Systems, das aus ideologischen Motiven die physische Vernichtung vorschreibt.
Es hat also durchaus seine Berechtigung, wenn man dem Kommunismus einen zur Kriminalität hin tendierenden Wesenszug zuschreibt. Denn allzuoft hat er unter den unterschiedlichsten Umständen und bis zu seinen entferntesten Metastasen hin, auf allen Breitengraden und in Gesellschaften mit den unterschiedlichsten Kulturenvöllig konforme Kopien erzeugt: in Kuba, in Äthiopien, in Angola, in Afghanistan, in Mozambique, in Laos und in Kambodscha.
Bei Courtois vorsichtiger Schätzung handelt es sich sehr wohl um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die "planmäßig" und "im Namen eines eine Politik ideologischer Hegemonie betreibenden Staates" durchgeführt werden und "nationale, ethnische, rassische, religiöse oder durch jedes andere willkürlich gewählte Kriterium gekennzeichnete Gruppen ganz oder teilweise vernichten wollen" (Französisches Strafgesetzbuch).
Hitler hat nicht nur rassistische Verbrechen begangen. Er hat auch – ohne nach der Rasse und

Religion zu unterscheiden – Völker, die sich gegen die Besatzung auflehnten, oder sich passiv verhaltende Geiseln getötet, beispielsweise in Oradour. Außerdem hat er wie Stalin – in der Nacht der langen Messer seine einstigen Mitstreiter umbringen lassen. Umgekehrt zählen zu den kommunistischen Verbrechen auch rassistische Straftaten, die gegen ganze Volksgruppen gerichtet waren: gegen die Polen, Balten, Tataren, Moldawier, Ukrainer und Tschetschenen, die entweder auf der Stelle massakriert oder nach Sibirien verschleppt wurden, wo sie verhungerten oder erfroren. ...
Die sowjetische GPU, die Vorgängerin des KGB, arbeitete ... mit Quoten. Jede Region sollte einen bestimmten Prozentsatz der Angehörigen einer sozialen Schicht oder ideologischen beziehungsweise ethnischen Gruppe verhaften, verschleppen oder erschießen. Nicht das Individuum oder seine eventuelle persönliche Schuld (in bezug auf was eigentlich?), sondern die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe war entscheidend. ...
Die Leichenberge inspirierten Louis Aragon 1931 zu einem Gedicht in dem er von der Gründung einer französischen GPU träumte:
"Ich singe von der GPU, die sich im Augenblick in Frankreich formiert.
Ich singe von der GPU, die Frankreich braucht.
Fordert eine GPU.
Ihr braucht eine GPU.
Es lebe die GPU, das dialektische Symbol des Heldentums." ...
Dagegen argumentiert die Linke immer wieder mit dem gleichen Klischee: Der Nationalsozialismus verkündete von Anfang an ein Vernichtungsprogramm, der Kommunismus hingegen verstand sich grundsätzlich als eine Befreiungsdoktrin. Dies kann man ganz und gar nicht als Entschuldigung hinnehmen. Im Gegenteil!
Der Nationalsozialismus kann wenigstens für sich in Anspruch nehmen, mit offenen Karten gespielt zu haben. Der Kommunismus dagegen hat im Namen der Gerechtigkeit und Freiheit Milliarden von Menschen betrogen, denn seine Taten waren stets das pure Gegenteil. ...
Das Neue und hochinteressante an der von Stéphane Courtois und seinen Mitautoren realisierten historischen Studie ist die Tatsache, das uns zum erstenmal ein vollständiges internationales Panorama des Kommunismus – und zwar in seinem gesamten geographischen und chronologischen Ausmaß – in einem einzigen Band präsentiert wird. Bei den Elementen dieser Gesamtstudie handelt es sich nicht um Meinungen, sondern um Tatsachen, und die diejenigen, die diese Katastrophe des 20. Jahrhundert hartnäckig verteidigen, werden uns wohl auf einleuchtende Weise erklären müssen, warum ihrer Meinung nach die Wahrheit über den Kommunismus nicht durch diese Tatsachen zum Ausdruck kam, sondern durch eine Geschichte, die niemals existiert hat. ...<<

20.11.1997

Frankreich: Das französische Nachrichtenmagazin "Nouvelle Observateur" berichtet am 20. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/223): >>... Angenommen, der Kommunismus sei von seinem Wesen her gut, während der Nazismus vom Wesen her pervers sei, weswegen ist dann das Verbrechen, das im Namen des Guten verübt wurde, weniger verdammenswert als jenes, das im Namen des Bösen verübt wurde?
Warum bedeuten die 25 Millionen Toten des Nazismus dessen Substanz, hingegen die 85 Millionen Toten des Kommunismus nur einen Unfall? ...<<

21.11.1997

Frankreich: "Le Monde" berichtet am 21. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/55-57): >>... Für den asiatischen Raum eine Geschichte des Kommunismus zu schreiben ist wahrlich nicht leicht. Denn bis auf Kambodscha sind die Archive nach wie vor nicht frei zugänglich. Außerdem sind die Ereignisse, wesentlich jünger als der sowjetische Terror von 1937/38.

Der Völkermord von Kambodscha (mit vielleicht zwei Millionen Toten, doch endgültige Zahlen stehen noch aus) liegt gerade einmal zwanzig Jahre zurück. Chinas "großer Sprung nach vorn" der Jahre 1959 bis 1961, der nach den seit 1989 vorgelegten quasi offiziellen Schätzungen 20 Millionen Menschen das Leben gekostet haben soll (andere geben eine – auch den Kannibalismus berücksichtigende Zahl von 43 Millionen an) fand zur gleichen Zeit wie die ersten Raumflüge statt.
Erst seit den achtziger Jahren gibt es erste Studien über die katastrophalen Folgen der bis heute größten Hungersnot der Menschheitsgeschichte. Sie ist weitgehend auf eine unrealistische Zahlen anstrebende Zwangskollektivierung und auf Beschlagnahmung mit unmenschlicher Härte zurückzuführen.
... Auch wenn der Gulag in seinen Spitzenzeiten 2.753.000 "Spezialsiedler" zählte, ist sein chinesisches Pendant, der Lagerarchipel Laogai, wo man durch Arbeit "umerzogen" wurde, "das meistbevölkerte Kerkersystem aller Zeiten".
"Die strahlende Sonne des Maoismus", schreibt Jean-Louis Margolin, "ließ Dutzende von Millionen Menschen verschwinden, bis zur Mitte der achtziger Jahre insgesamt 50 Millionen, ... die Zahl ist nur eine Größenangabe, ... etwa 20 Millionen Chinesen starben während der Haft".
Die im Schwarzbuch aufgelisteten Vorfälle, die bisher nicht wirklich von der Weltöffentlichkeit zur Kenntnis genommen wurden, lassen sich nicht zählen: Polens "eiserner Sozialismus" der Jahre 1948 bis 1956 (84.200 wanderten in die Arbeitslager – so der Historiker Andrzej Paczowski, hinzu kamen 8.700 Oppositionelle, die zwischen 1944 und 1947 in einem Bürgerkrieg, den man nicht als solchen zu bezeichnen wagte, umgebracht wurden); ferner wurden 200.000 Tschechoslowaken zwischen 1948 und 1954 durch die Lager geschleust, und Karel Bartosek zählt für die Jahre 1948 bis 1956 (etwa) 110.000 Bulgaren, die das gleiche Schicksal erlitten; nicht zu vergessen die Opfer (etwa eine Million) der großen chinesischen Kulturrevolution, deren Folklore eine Zeitlang in Frankreich so beliebt gewesen ist, usw. ...<<

26.11.1997

Frankreich: Die Tageszeitung "Sud-Ouest Dimanche" berichtet am 26. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/223): >>... Heute stellt sich bezüglich des Kommunismus in Europa nicht die Frage nach der Anzahl der Opfer, sondern wie Demokraten so lange der kommunistischen Propaganda aufsitzen konnten. Das eigentliche Problem liegt nicht in der Vergleichbarkeit der Verbrechen, sondern darin, daß wir sie nicht sehen wollten ...
Diese Kapazität der Lüge ist die eigentliche Originalität des Kommunismus, im Gegensatz zum Nazismus. Im Namen des Guten schloß man die Augen angesichts der Verbrechen des Kommunismus. ...<<

November 1997

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Focus" (48/1997) berichtet im November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/111-113): >>... Zum 80. Jahrestag der Oktoberrevolution haben sechs französische Historiker eine Bestandsaufnahme der im Namen der marxistisch-leninistischen Heilslehre begangenen Verbrechen vorgelegt. Demnach sind weltweit zwischen 85 und 100 Millionen Menschen dem bislang mörderischsten Menschheitsmythos zum Opfer gefallen. ...
Anlaß zum Streit bot das Vorwort des Chefherausgebers Stéphane Courtois. "Warum", fragt darin der Ex-Maoist, dem seine Kontrahenten nun folgerichtig Renegateneifer unterstellen, "mußte bis zum Ende des Jahrhunderts gewartet werden", damit die kommunistischen Repressalien" den Status eines wissenschaftlichen Gegenstandes " erlangen konnten? Warum kenne, während die Namen von Himmler und Eichmann weltweit als "Symbole der Barbarei" bekannt seien, fast niemand Dserschinski, Jagoda oder Jegow?

Warum diese Einseitigkeit? Wegen der Gleichgültigkeit und Ignoranz der öffentlichen Meinung, aber auch der heimlichen bis offenen Sympathie der westeuropäischen Linken für das Gesellschaftsexperiment im Osten. Namentlich die französischen Kommunisten seien lange Zeit "Komplizen des Stalinismus" gewesen.
Sehr lange übrigens. 1972 beispielsweise, gerade zu einer Zeit, als Alexander Solschenizyns Buch "Archipel Gulag" in Frankreich mit fast einer Million verkauften Exemplaren einen Riesenerfolg landete, unterzeichnete Francois Mitterrand, Erster Sekretär der Sozialistischen Partei, ein anti-antikommunistisches "Gemeinsames Regierungsprogramm der Linken" mit den Kommunisten unter Georges Marchais – das "letzte neobolschewistische Programm der universellen Geschichte" (Francois Furet).
Courtois kritisierte die verbreitete Meinung, "dem Völkermord an den Juden das 'Monopol' als Verbrechen gegen die Menschheit zu überlassen". Nicht nur Auschwitz sei "einzigartig" gewesen, sondern auch der gezielte Einsatz der "Waffe des Hungers" seitens kommunistischer Diktatoren.
Und: "Die Kommunisten und die Nationalsozialisten waren es, die den Massenterror als Druckmittel für eine totalitäre Regierung, die sich auf ein Einparteiensystem stützte, einführten". Auch den kommunistischen Untaten stünde das Verdammungsurteil "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zu.
Solch ketzerische Thesen und bohrende Fragen riefen innerhalb der französischen Linken, zuallererst unter Autoren des Schwarzbuches selbst, die bekannten Reflexe hervor – bis hin zu dem Argument, die Liquidierung der 85 Millionen sei im Gegensatz zu den Nazi-Morden nicht von Anfang an intendiert (beabsichtigt) gewesen.
So hält Nicolas Werth, Verfasser des Kapitels über die Sowjetunion, der kommunistischen Bewegung nach wie vor zugute, sie sei, im Gegensatz zum Nationalsozialismus, eine "Ideologie zur Befreiung der Mehrheit der Menschen" gewesen. Man dürfe, sekundierte Co-Autor Jean-Louis Margolin, die Bilanz nicht auf die Zahl der Zoten reduzieren. ...
Ob es weniger schlimm sei durch Pol Pot als durch Hitler ermordet zu werden, fragte der Philosoph Jean-Francois Revel, Mitglied der Académie francaise, im konservativen "Figaro" zurück. Die Nazis hätten ihre Absichten nie versteckt, die Kommunisten dagegen Ideale vorgetäuscht. Er sei, so Revel, "fast geneigt, das noch schlimmer zu finden, weil zum Verbrechen auch noch die Lüge kam".
Der Chefredakteur der kommunistischen Humanité wehrte sich gegen den "für Kommunisten, die gegen die Nazi-Herrschaft kämpften, menschlich unerträglichen" Vergleich und berief sich auf den Ausspruch des italienischen Schriftstellers und KZ-Häftlings Primo Levi: "Man kann den Nazismus nicht ohne Gaskammern denken, wohl aber den Kommunismus ohne Lager". Das Schwarzbuch freilich besagt in Punkt zwei das Gegenteil.
Der Streit erreichte sogar das Parlament. Stalins Sowjetunion war, was immer man von ihr halten mochte, unser Alliierter gegenüber Deutschland", rief Frankreichs Premier Lionel Jospin bei der Sitzung am 12. November in einer in Aufruhr begriffenen Nationalversammlung. Er weigerte sich, so der Regierungschef, Nazismus und Kommunismus gleichzusetzen. ...
Nachdem sich Jospin demonstrativ vor seinen Koalitionspartner gestellt hatte, verließen die UDF-Abgeordneten protestierend den Plenarsaal. Die Gaullisten, peinlich daran erinnert, daß in der ersten von Charles de Gaulle geführten Regierungskoalition Kommunisten saßen, blieben auf ihren Bänken sitzen. So endete die politische Debatte um das Schwarzbuch vorerst mit einem kuriosen Resultat: die Rechte gespalten, die Linke noch fester geeint.<<

03.12.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Dezember 1997: >>**Späte Nachholstunde zu einem Jahrhundertthema**

Historiker-Debatte in Frankreich: Der Forscher Courtois lastet den Kommunisten 85 Millio-

nen Todesopfer an
... "Das Schwarzbuch des Kommunismus – Verbrechen, Terror, Unterdrückung" des französischen Historikers Stéphane Courtois, ist zum Renner des Pariser Bücherwinters geworden. Courtois, Forschungsdirektor beim staatlichen Wissenschaftszentrum CNRS, hat einen neuen Historikerstreit vom Zaun gebrochen, der die Herzen und Hirne wohl noch einige Zeit bewegen wird.
"Der Tod eines ukrainischen Kulakenkindes, das vom stalinistischen Regime gezielt der Hungersnot ausgeliefert wurde, wiegt genauso schwer wie der Tod eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto, das dem vom Naziregime herbeigeführten Hunger zum Opfer fiel", lautet einer der Kernsätze des Herausgebers.
Zehn Jahre nach dem Streit deutscher Historiker, den Ernst Nolte mit der Leugnung der Singularität des industriellen Massenmords an den europäischen Juden auslöste, ist damit in Frankreich die Debatte über die geschichtliche Einordnung des nationalsozialistischen und des kommunistischen Totalitarismus in diesem Jahrhundert neu entbrannt.
Mit dem Vergleich, erklärte Courtois, wollte er "die Einzigartigkeit von Auschwitz nicht in Frage stellen". Es gehe nicht darum, "eine Art doppelte Buchführung des Horrors" aufzustellen. ...
Mittlerweile ist die erste Auflage bereits vergriffen, und das 846 Seiten starke Buch – Von Bernard Fixot, dem Leiter des Verlages "Robert Laffont" bereits als "Bibel" angepriesen – ist weiterhin in Leserbriefspalten der Zeitungen, TV-Talk-Shows und politischen Debatten Thema Nummer eins. ...<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die "Einzigartigkeit des Holocaust" (x169/55-58):
>>... Die Debatte um die Einzigartigkeit des Holocaust ist unfruchtbar. Die Behauptungen, der Holocaust sei einzigartig, haben mittlerweile in der Tat eine Form von "intellektuellem Terrorismus" (Chaumont) angenommen. Jene, die die normalen vergleichenden Verfahren wissenschaftlicher Untersuchungen anwenden, müssen zunächst tausendundeinen Vorbehalt voranschicken, um den Vorwurf gar nicht erst aufkommen zu lassen, sie würden "DEN HOLOCAUST trivialisieren".
In der Behauptung von der Einzigartigkeit des Holocaust ist auch enthalten, daß DER HOLOCAUST einzigartig böse gewesen sei. Die Leiden anderer, wie schrecklich auch immer, seien damit einfach nicht zu vergleichen. Vertreter der Einzigartigkeit des Holocaust weisen diese Implikation immer weit von sich, doch solche Einwände sind unaufrichtig.
Die Behauptungen, daß der Holocaust einzigartig sei, sind intellektuell unfruchtbar und moralisch verwerflich, doch sie bleiben bestehen. Die Frage lautet, warum? Zunächst verleiht einzigartiges Leid einen einzigartigen Anspruch. Das unvergleichlich Böse des Holocaust sondert die Juden laut Jacob Neusner nicht nur von den anderen ab, sondern gibt den Juden auch einen "Anspruch gegenüber diesen anderen". Für Edward Alexander stellt die Unvergleichlichkeit DES HOLOCAUST "moralisches Kapital" dar; Juden müßten die "Herrschaft" über diesen "wertvollen Besitz beanspruchen".
Die Einzigartigkeit des Holocaust - dieser "Anspruch" gegenüber anderen, dieser "wertvolle Besitz" - dient Israel in der Tat als vorzügliches Alibi. "Da das jüdische Leiden so einmalig ist", bringt der Historiker Peter Baldwin vor, "erweitert es die moralischen und emotionalen Ansprüche, die Israel an andere Länder ... stellen kann."
So gab, Nathan Glazer zufolge, der Holocaust, indem er auf die "besondere Unverwechselbarkeit der Juden" verwies, den Juden "das Recht, sich selbst als besonders bedroht und als aller möglichen zum Überleben notwendigen Anstrengungen besonders würdig anzusehen". Um ein typisches Beispiel zu zitieren: Jeder Bericht über Israels Entscheidung, Nuklearwaffen zu entwickeln, beschwört das Gespenst des Holocaust herauf. Als ob Israel sich sonst nicht auf

den Weg zur Nuklearmacht begeben hätte.
Es spielt noch ein anderer Faktor mit. Die Behauptung der Einzigartigkeit des Holocaust ist auch die Behauptung der jüdischen Einzigartigkeit. Nicht das Leiden der Juden machte den Holocaust so einzigartig, sondern die Tatsache, daß die "Juden" litten. ...
So vehement Elie Wiesel in bezug auf die Einzigartigkeit des Holocaust ist, so nachdrücklich vertritt er auch die These, daß die Juden einzigartig seien. "Alles an uns ist anders." ...
DER HOLOCAUST bezeichnete den Höhepunkt eines tausendjährigen Hasses der Nichtjuden; damit bezeugte er nicht nur das unvergleichliche Leiden der Juden, sondern eben auch ihre Einzigartigkeit. ...
Mit der Aneignung eines zionistischen Glaubenssatzes wurde Hitlers "Endlösung" innerhalb der Konstruktion DES HOLOCAUST zum Höhepunkt eines tausendjährigen Judenhasses der Nichtjuden erhoben. Die Juden kamen um, weil alle Nichtjuden, sei es als Täter oder als passive Mittäter, ihren Tod wünschten.
Laut Wiesel lieferte "die freie und zivilisierte Welt" die Juden "an ihren Henker aus. Da waren die Vollstrecker - die Mörder -, und da waren jene, die schwiegen." Für einen mörderischen Impuls der Nichtjuden in ihrer Gesamtheit gibt es keinen einzigen historischen Beweis.
Daniel Goldhagens nachhaltige Anstrengung, in "Hitlers willige Vollstrecker" eine Variante dieser Behauptung zu beweisen, ist allenfalls komisch. Politisch ist sie jedoch ausgesprochen nützlich. Man könnte übrigens noch festhalten, daß der "ewige Antisemitismus" es dem Antisemiten leicht macht.
Hannah Arendt erklärt in "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft": "Daß die antisemitische Geschichtsschreibung sich dieser Theorie professionell bemächtigt hat, bedarf keiner Erklärung; sie liefert in der Tat das bestmögliche Alibi für alle Greuel: Wenn es wahr ist, daß die Menschheit immer darauf bestanden hat, Juden zu ermorden, dann ist Judenmord eine normale, menschliche Betätigung und Judenhaß eine Reaktion, die man noch nicht einmal zu rechtfertigen braucht. Das Überraschende und Verwirrende an der Hypothese eines ewigen Antisemitismus liegt darin, daß sie von den meisten unvoreingenommenen und von nahezu allen jüdischen Historikern geteilt wird."
Das Holocaust-Dogma vom ewigen Judenhaß der Nichtjuden hat sowohl dazu gedient, die Notwendigkeit eines jüdischen Staates zu rechtfertigen, als auch dazu, die Feindschaft zu erklären, die Israel entgegengebracht wurde. Der Staat der Juden ist der einzige Schutz gegen den nächsten (unvermeidlichen) Ausbruch eines mörderischen Antisemitismus; im Gegenzug steckt der mörderische Antisemitismus hinter jedem Angriff auf den jüdischen Staat.
Die Romanautorin Cynthia Ozick hatte eine Antwort bereit, um die Kritik an Israel zu erklären: "Die Welt will die Juden ausrotten ... Sie hat immer den Wunsch gehabt, die Juden auszurotten."
Wenn alle Welt die Juden tot sehen will, ist es wahrhaft ein Wunder, daß sie immer noch leben - und, anders als große Teile der Menschheit, nicht gerade hungern.
Dieses Dogma hat Israel außerdem einen umfassenden Freibrief verschafft: Nachdem die Nichtjuden ständig darauf aus sind, Juden zu ermorden, haben die Juden das uneingeschränkte Recht, sich zu schützen, wie es ihnen beliebt. ...<<

11.12.1997

Japan: Während der UN-Klimakonferenz in Kyoto wird am 11. Dezember 1997 das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthält erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen für die Industrieländer. Das Kyoto-Protokoll soll in Kraft treten, wenn mindestens 55 Staaten, die zusammengerechnet mehr als 55 % der CO2-Emissionen des Jahres 1990 verursachten, das Abkommen ratifiziert haben.
Das Kyoto-Protokoll tritt letzten Endes erst nach der Ratifizierung durch die russische Duma

am 16.2.2005 in Kraft.
Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtet später über die Erneuerbare Energie und Kernenergie (x864/...): >>**Erneuerbare Energien gegen Kernenergie?**
Solarenergie und Windenergie fallen immer in geringer Konzentration und ungleichmäßig an. Der Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland muß allerdings stetig und zuverlässig gedeckt werden, auch wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Das bedeutet, daß bei der Nutzung von erneuerbaren Energien ein leistungsfähiger Energiespeicher erforderlich ist, der die benötigte Energie liefert, wenn keine erneuerbaren Energien vorhanden sind.
Dieser Energiespeicher ist bekannt, nämlich Wasserstoff, der durch Zersetzung von Wasser in seine Grundbestandteile Wasserstoff und Sauerstoff mit Hilfe von Strom aus Solarzellen oder Windrädern erzeugt werden kann. Denn die in Solarzellen oder mit Windrädern erzeugte elektrische Energie ist in der Lage, Wasser in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff zu zerlegen. Konkret heißt das: mit ca. 4,5 kWh elektrischer Energie kann man mit Hilfe von Elektrolyseuren aus etwa einem Liter flüssigem Wasser ca. einen Kubikmeter gasförmigen Wasserstoff und 0,5 Kubikmeter Sauerstoff erzeugen.
Diese Gase kann man speichern und bei Energiebedarf wieder rekombinieren lassen (Knallgasreaktion). Dabei wird die bei der Wasserzersetzung aufgewandte Energie zum großen Teil wieder gewonnen als thermische oder auch als elektrische Energie (letzteres in Brennstoffzellen). Es macht also keinen Sinn, Windräder oder Solarzellen zu entwickeln, wenn man sich nicht auch um die dazu passende Speichertechnik kümmert. Dies hat man in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten nicht in der notwendigen Weise getan, obwohl die Wissenschaft immer die Politiker darauf hingewiesen hat.
Das führt nun zu der absurden Tatsache, daß für 1.000 Megawatt installiert Windkraftleistung fast die gleiche konventionelle Kraftwerkleistung vorgehalten werden muß für den Fall eventueller Windflauten. Denn wenn die Windräder keine oder zu geringe Leistung abgeben, muß diese aus anderen zusätzlichen Kraftwerken kommen. Wenn diese nicht vorhanden sind, werden die konventionellen Kraftwerke überlastet, die dann nach ca. 30 Minuten wegen Überhitzung der Generatoren abschalten. Die Stromlieferung ist somit zu Ende und nicht einfach wieder in Betrieb zu setzen.
Umgekehrt weiß man bei Starkwind in Schleswig-Holstein nicht, wohin mit der erzeugten elektrischen Leistung. Denn wenn man den Strom direkt ins Netz einspeist, steigt dessen Spannung. Das führt schließlich dazu, daß die angeschlossenen Glühlampen und Geräte den Geist aufgeben. Natürlich könnte man mit dem erzeugten Strom sofort Wasser zersetzen und Wasserstoff erzeugen, den man speichern oder dem Erdgas zumischen kann.
Aber man tut es nicht! Vielmehr tut man etwas ganz Absurdes: man reduziert bei Starkwind die Leistung der konventionellen Kraftwerke (Kohle, Kernkraftwerke), die billigen Strom erzeugen, damit die Windräder ihren teuren Strom nach dem EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) ins Netz speisen können.
Seit ca. 1960 wurden von Wissenschaft und Technik in Deutschland Vorschläge gemacht, die Wasserstofftechnik für die Energieversorgung zu entwickeln. Dies ist hartnäckig von den politischen Entscheidungsträgern nicht zur Kenntnis genommen worden. Neben der Solar- und Windenergietechnik hätte die Wasserstofftechnik zügig entwickelt werden müssen, um zu einem nachhaltigen und realistischen sowie wirtschaftlichen Energiesystem auf der Basis erneuerbarer Energien zu kommen. Wie schon erwähnt, ist dies nicht geschehen.
Die in Deutschland seit den 1980er Jahre laufenden experimentellen Wasserstoffprojekte zur Speicherung erneuerbarer Energien wurden seit den 1990er Jahren nicht mehr gefördert, obwohl sie erfolgversprechende Ergebnisse geliefert hatten. Beispiele sind die eingestellten Pro-

jekte an der Universität Stuttgart (Hysolar), das Solar-Wasserstoff-Bayern-Projekt in Neunburg vorm Wald, das Projekt bei der Fraunhofer-Gesellschaft in Freiburg, an der Fachhochschule Wiesbaden, bei verschiedenen Firmen. Es ist kaum etwas übrig geblieben von diesen vielfältigen zukunftweisenden Entwicklungsaktivitäten.
Der Vorschlag, die Wasserstofftechnik zur Methanoltechnik weiterzuentwickeln, wurde von der Politik erst gar nicht angenommen. Da die Speicherung von gasförmigem Wasserstoff aufwendig und teuer ist, wurde vorgeschlagen, den mit erneuerbaren Energien erzeugten Wasserstoff mit Kohlendioxid reagieren zu lassen. Dabei entsteht Methanol, ein flüssiger Energieträger und Chemierohstoff, der leicht speicherbar ist und für den auch schon eine Speicherinfrastruktur besteht (z.B. Tankstellen).
Die Entwicklung breitbandiger Solarzellen hohen Wirkungsgrades wurde nicht vorangebracht. Ein ingenieurmäßiger realistischer Entwurf großer Wasserstoffsysteme zur Energieversorgung abgelegener Regionen mit Hilfe von erneuerbaren Energien und Wasserstoff fand nicht statt. Die Entwicklung zur Serienreife dieser für die landesweite Anwendung der erneuerbaren Energien unabdingbaren Techniken dauert Jahrzehnte. Welches die Gründe sind für die Ablehnung der Wasserstofftechnik durch die Politik, ist nicht nachvollziehbar, denn die erneuerbaren Energien ohne Speicherung sind in einem Industrieland wie Deutschland Unfug.
Vermutlich steckt dahinter die Absicht unserer Freunde aus der Londoner City, die deutsche Industrie zu vernichten bzw. ins Ausland zu treiben. Wegen der in den letzten Jahren begangenen Fehler der Energiepolitik wird darum kein Weg an der Nutzung der Kernenergie in den nächsten 30-40 Jahren vorbei führen. Nur so kann der Zusammenbruch unseres Sozialsystems verhindert werden. Die erneuerbaren Energien können beim jetzigen Stand der Technik den Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland nicht decken. Wenn das Speicherproblem gelöst ist, können sie einen größeren Anteil der Energieversorgung Deutschlands gewährleisten, aber nie 100 %.<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die anglo-amerikanische Klimapolitik der 1980er Jahre (x364/229-230): >>… **Mißachtung der Gesetze**
Alle Probleme, die die amerikanische Nation belasten, lassen sich auf ein und denselben Nenner bringen - Mißachtung der Gesetze. Unter dem satanischen Einfluß der von den Illuminaten beherrschten Humanitaristen ist die amerikanische Öffentlichkeit einer Gehirnwäsche unterworfen worden, die sie glauben macht, daß es keine absoluten Wahrheiten, keine absoluten Gesetze gibt. Und keine Strafe dafür, daß man alle Gesetze mit Füßen tritt, die uns von Gott gegeben wurden. Diesem satanischen Ansturm ist es gelungen, die Grundlagen der amerikanischen Gesellschaft zu unterminieren.
Die grimmige Zukunft, die Illuminaten für alle amerikanischen "Bauern" vorgesehen haben, wurde von einem Sprecher einer weiteren Exklusivgruppe, dem Club of Rome, sehr anschaulich dargelegt.
In einem Interview mit dem Magazin "Fusion" vom August 1980 hat Howard Odum, Meeresbiologe an der Universität Florida, enthüllt, was die Internationalisten für unsere Zukunft planen: "Die Vereinigten Staaten haben eine neue und reizvolle Führungsrolle in der Welt. Wir werden die Welt nach unten führen. Wir werden die Welt auf ein niedrigeres Niveau des Energieverbrauchs bringen."
Die Weltstrategen glauben, "es ist notwendig, daß die Vereinigten Staaten in den nächsten 50 Jahren ihre Bevölkerung um zwei Drittel verringern." Odum erzählt leider nicht, wie er und seine illuminierten Freunde die Beseitigung von rund 150 Millionen ihrer Mitamerikaner bewerkstelligen wollen, aber wir können sicher sein, daß sie mit Fleiß an dieser Problemlösung arbeiten.
In dem von Odum vorgesehenen Staat könnte der Großteil der Bevölkerung "Vollbeschäfti-

gung in einer eigenversorgerischen Landwirtschaft finden. Es gäbe praktisch keine Arbeitslosigkeit, da viele Arbeiten, die heute von Maschinen ausgeführt werden, wieder von Menschenhand getan werden müßten."
Der Plan sieht eindeutig vor, daß die Amerikaner nach und nach all ihrer Freiheit und ihres Wohlstandes beraubt werden und daß sie in der neuen Weltordnung auf den Status von Leibeigenen gedrückt werden.
Dies bestätigt die Aussage des verstorbenen Professor Carrol Quigley, daß die Internationalisten "nichts weniger wollen, als ein Weltsystem der finanziellen Beherrschung durch Privathand, welches das politische System eines jeden einzelnen Landes sowie die Weltwirtschaft insgesamt lenkt. Dieses System soll von den Zentralbanken der Welt in feudalistischem Stil gesteuert werden, die konzentriert handeln, und zwar aufgrund von Geheimabkommen, die auf häufig stattfindenden Gipfeltreffen und Gipfelkonferenzen vereinbart werden."

Amerikas Schicksalsdekade

Amerika steht an einem Scheideweg. Das Jahrzehnt der 80er Jahre ist die Schicksalsdekade. Die kommenden Jahre werden über die Zukunft der Vereinigten Staaten entscheiden - und die der ganzen Welt.
Für diejenigen, die "Augen haben, um zu sehen", sind die Wegweiser klar und unmißverständlich markiert. Der eine Pfeil weist die Nation auf einen verführerischen Pfad des Vergnügens, bespickt mit subtilen Vortäuschungen, die an die niedrigsten Instinkte des Menschen appellieren, nach Links.
Dies ist der Weg des geringsten Widerstandes, der Weg, der all jenen traurigen, kranken Geschöpfen verheißungsvoll erscheint, die jegliches persönliches Verantwortungsbewußtsein aufgegeben und ihre Seele für eine bezahlte Reise in die Märchenwelt eingetauscht haben, die die humanitaristischen Propagandisten für sie geplant haben. Diese leichtgläubigen Unschuldslämmer, die sich auf diesen Weg verlocken lassen, wissen nicht, daß er zu einem gewaltigen persönlichen Trauma, zu Frustration, Armut, Degradierung und letztlich in die totale Sklaverei führt.
Der andere Pfeil lenkt die amerikanische Nation auf einen langen, mühsamen Weg des Aufstiegs zurück zur nationalen Unabhängigkeit und wahrem materiellem und geistigem Gedeihen. Er führt in die Freiheit.<<

20.12.1997

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 20. Dezember 1997 über die Existenz von Gaskammern in einigen sowjetischen Konzentrationslagern (x046/172).
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über Stalins Gewaltherrschaft (x046/171-172): >>... Bereits zur Unterwerfung unbotmäßiger Völkerschaften und revoltierender Bauern, etwa in den Wäldern von Tambov, hatte die Sowjetmacht verschiedentlich Giftgas eingesetzt. "Gaskammern ähnlich denen von Auschwitz waren in Vorkuta schon seit 1938 in Betrieb", so der britische Historiker Graf Tolstoy in seinem Buch VICTIMS OF YALTA.
Was an sich kein Geheimnis mehr war, das wurde im Rahmen der Auseinandersetzungen in Frankreich um das von Stéphane Courtois herausgegebene SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS von einem ehemaligen Offizier des KGB 1997 noch einmal bestätigt. Zur grenzenlosen Überraschung des französischen Fernsehpublikums berichtete dieser ehemalige Offizier des KGB, "das im GULag Lastwagen mit Gaskammern im Einsatz gewesen seien". ...
"Die Schilderungen der ersten Dissidenten in den dreißiger Jahren entsprachen offenbar der Wahrheit", schrieb der FIGARO. ...<<

30.12.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. Dezember 1997: >>**Ein Notenwechsel besiegelt die Zusammenarbeit**

Bonn und Prag beschließen ein schwieriges Kapitel der Kriegsfolgen – zumindest auf dem Papier
Mit keinem Land hat sich die Bundesrepublik Deutschland so schwer getan, einen Schlußstrich unter die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs zu ziehen, wie mit Tschechien. Seit diesem Montag ist der letzte Schritt getan; auch dieser eher schleppend, wie alle anderen zuvor.
Wieder kann ein Kapitel der Geschichte der Kriegsfolgen geschlossen werden – wenn man sich mit dem Blick auf die Formalitäten zufriedengibt.
Durch einen Notenwechsel sei die Errichtung eines deutsch-tschechischen Zukunftsfonds und eines deutsch-tschechischen Gesprächsforums nunmehr offiziell besiegelt, haben Bonn und Prag gestern knapp mitteilen lassen, verbunden mit der Ankündigung: " Zukunftsfonds und Gesprächsforum werden damit wie vorgesehen Anfang 1998 funktionsfähig sein." ...
Aus dem Fonds soll vor allem Hilfe für die 8.000 noch lebenden tschechischen Opfer nationalsozialistischer Gewalt fließen. Von Anfang an hat sich die deutsche Seite geweigert, individuelle Entschädigungen zu zahlen. Nicht zuletzt die Starrheit in dieser Frage hatte den Abschluß des Aussöhnungsvertrags hinausgezögert. Die Bundesregierung stellt für den Fonds zwischen 1998 und dem Jahr 2001 insgesamt 140 Millionen Mark, Prag rund 23 Millionen Mark bereit. ...<<

31.12.1997

BRD: Der deutsche evangelische Pastor Wolfgang Borowsky (1922-1999) berichtet im Jahre 1997 über die Welt der Antichristen (x1.101/…): >>**Christus und die Welt des Antichristen - Kommt Luzifer an die Macht? -**

Einleitung

Der Zeiger ist weit vorgerückt. Das endzeitliche, antichristliche Dunkel hat sich in den letzten Jahren merklich vertieft - aber zugleich heißt dies für uns Christen: die Wiederkunft unseres Herrn, das letzte Kommen Jesu Christi ist näher gerückt. Alles Dunkel wird überstrahlt von der Hoffnung des kommenden, sieghaften Lichtes.
Aus der Bibel wissen wir, daß zuvor der Antichrist kommt und seine Schreckensherrschaft aufrichtet. Seine Wegbereiter sind jahrhundertealte Geheimorganisationen, zwielichtige Hintergrundmächte und zersetzende Strömungen. Gemeinsam arbeiten sie nicht nur im atheistischen Sinn, nicht nur ohne Gott oder mit einem fraglichen Gottesbegriff, sondern oft auch im antitheistischen Sinn: gegen Gott und daher besonders erbittert gegen Jesus Christus. Sie planen einen Welt-Staat und eine Welt-Kirche als ihren Herrschaftsraum und als das Mittel, die Menschheit zu verblenden und auszuplündern, sie dem kommenden Antichristen gefügig zu machen.
Wie ein roter Faden zieht sich durch die endzeitlichen widerchristlichen Bewegungen die Verehrung Luzifers (Lichtbringer, ein gefallener Engel, eine besondere Bezeichnung für den Satan), und damit der Versuch, ihn auf den Thron zu setzen. In ihm haben wir das Haupt aller Verführer und Verführungsmächten zu sehen, den Verführer. In der Bibel wird er Satan oder Teufel genannt. In unserem beginnenden antichristlichen Zeitalter ist es wichtig, einige Bibelstellen über den Satan vor Augen zu führen, so z.B.:
"Seid nüchtern und wachet; denn euer Widersacher, der Teufel, geht umher wie ein brüllender Löwe und sucht, welchen er verschlinge" (1. Petrus 5, 8); - Ich sah den Satan vom Himmel fallen wie einen Blitz" (Lukas 10, 18); - Und der Teufel, der sie verführte, ward geworfen in den Pfuhl von Feuer und Schwefel, da auch das Tier und der falsche Prophet war, und werden gequält Tag und Nacht und von Ewigkeit zu Ewigkeit" (Offenbarung 20, 10).
Leugnet man den Satan, so ist man nicht nur ihm, sondern auch seinen Hilfstruppen um so mehr ausgeliefert. Und so geschieht das Furchtbare, daß in einer Zeit, in der besondere satanische Ausbrüche geschehen (z.B. Christenverfolgungen von nie dagewesenem Ausmaß), der Satan - anstatt, daß er äußerst ernst genommen wird - selbst in der Kirche mehr und mehr be-

stenfalls als ein Ausdruck für das Böse angesehen wird. Leugnet man den Satan, so erkennt man die Tiefe des menschlichen und menschheitlichen Bösen nicht, verharmlost vielmehr die verschiedenen Bedrohungen.
Nun geschieht es aber gerade heute in wachsendem Maße, daß trotz dem betonten Leugnen des Satans der Satansglaube bzw. Satanismus, der im Untergrund stets vorhanden war, wieder offen hervortritt, wobei der Satan in mehreren Bewegungen als Luzifer an Bedeutung gewinnt. Der Okkultismus spielt sowohl in Religionen als auch in den neuesten irreführenden Bewegungen eine unheilvolle Rolle, manchmal als eine ihrer Wurzeln, manchmal als Begleiterscheinung, manchmal als beides.
Einen besonderen antichristlichen Einschnitt bildete in der Neuzeit die Französische Revolution (1789), die maßgeblich von Freimaurern und anderen geheimen Bewegungen vorbereitet und durchgeführt wurde.
Die Französische Revolution führte zusammen mit anderen Bewegungen - wie etwa mit dem Liberalismus, Kapitalismus und Kommunismus - zur heutigen weltumfassenden antichristlichen One-World-Bewegung (Eine-Welt-Bewegung). Diese strebt eine Welteinheitsgesellschaft an und will hierzu auch eine Welteinheitsreligion schaffen. Eine solch gottlose und auch gottfeindliche Zukunft will man mittels manipulierten, etwa durch Gehirnwäsche bzw. Gruppendynamik manipulierten Menschen erreichen. Die im geheimen schon seit Jahrhunderten geplante Neue Weltordnung wird durch äußere und innere Diktatur, und zwar mit Zuckerbrot und Peitsche, durchgeführt. Oft so raffiniert, daß die Betroffenen ihre Ketten nicht sehen oder sie zu lieben beginnen, als wären es Schmuckstücke oder Zauberstäbe.
Wir kommen nun im Folgenden zu einzelnen Geheimgesellschaften und zu weltweiten Vereinigungen, die die One-World-Bewegung. schaffen, zu ihr gehören oder ihr Zubringerdienste leisten.

Die One-World-Bewegung auf antichristlichem Vormarsch

1. Kapitel: Bewegungen und Gruppen im Dienste Luzifers
A. Die Freimaurerei
B. Das Illuminatentum
C. Der Club of Rome und andere Gruppen - CFR = Council an Foreign Relations - Die UNO - Die Bilderberg-Organisation - Die Trilaterale Kommission - Die Rothschild-Dynastie
D. Okkultes Judentum
E. Der antichristliche Islam
F. Die luziferische New-Age-Bewegung

2. Kapitel: Zerstörerische Ziele u. Werke der One-World-Bewegung
A. Gotteshaß
B. Umpolung des Personseins
C. Zerstörung der Gottesordnungen
a. Der Kampf gegen unser deutsches Volk
b. Der Mord an den Ungeborenen
D. Zerstörung von Glaube und Sittlichkeit

3. Kapitel: Der Sieg über die Finsternis.

1. Die Freimaurerei als Gegnerin des christlichen Glaubens

Die Freimaurerei - gespeist von verschiedenen dunklen Vorläufern und schon vor der Gründung der Großloge von London 1717 aktiv - hat als weltumfassender Geheimbund einen entscheidenden Anteil an der Entstehung und am Vormarsch der One-World-Bewegung.
Die Freimaurerei will den Menschen und die Welt nach ihrer Vorstellung formen, den "rauhen Stein" zu einem "behauenen", zum "kubischen Stein" gestalten - in Verkennung der Schöp-

fungsordnungen und der Vielfalt der Schöpfung, in Verkennung dessen, daß nicht wir Menschen bessere Menschen und eine neue, bessere Welt schaffen können. Damit steht die Freimaurerei trotz manch edler Absicht, die wir anerkennen sollten, letztlich gegen den Menschen und gegen die Völkerwelt, steht gegen Gott.
Zur Unvereinbarkeit von Freimaurerei und christlichem Glauben möchte ich kurz drei Punkte erwähnen:
1. Die noch ungeklärte Entstehung der Freimaurerei mitsamt ihren antigöttlichen Symbolen und Riten. Jedenfalls ist dort, wo von "Gott" gesprochen wird, nicht der Vater Jesu Christi gemeint.
2. Ihr unzureichendes, weithin unpersönlich anmutendes Weltbild. So starr das deistische Gottesbild, so starr, so künstlich, so machbar das Menschenbild.
3. Die Anonymität, die Undurchschaubarkeit, die Abwälzung der Verantwortung auf solche, die nicht kontrolliert werden können, ein Merkmal, das zu einer Geheimgesellschaft gehört.
Der katholische Theologe Manfred Adler sieht in seiner Schrift Kirche und Loge die Weltanschauung, den Wahrheitsbegriff, den Religionsbegriff, den Gottesbegriff, die Toleranzidee, die Ritualhandlungen, die "Vervollkommnung" des Menschen und die Spiritualität der Freimaurer als unvereinbar mit dem christlichen Glauben an.
Nachdem Adler ausgeführt hat, daß die Freimaurerei eher eine Pseudoreligion als eine Religion sei, fährt er fort:
"Eine solche Titulierung scheint berechtigt zu sein, wenn man bedenkt, welches religiöse Selbstverständnis gewisse Freimaurer ihrer 'Religion' zuerkennen. - So sagte der Freimaurer Karl von Gagern in der Vorlesung Über das religiöse Element der Freimaurerei:
'Ich bin fest überzeugt, daß die Zeit kommen muß, wo der Atheismus die alleinige Meinung der gesamten Menschheit sein wird … Wir müssen uns nicht nur über die verschiedenen Religionen stellen, sondern auch über jeden Glauben an einen Gott, wie derselbe auch heißen möge.'
Die Freimaurerzeitschrift Latomia zitiert folgende Worte eines Meisters vom Stuhl an drei Aspiranten: 'Das reinste Menschliche ist das hohe Göttliche und das einzig Christliche. Ihre zu den verschiedensten Kirchen gehörenden Formeln lassen Sie in der profanen Welt zurück, wenn Sie unseren Tempel betreten; aber es begleite Sie immer, in denselben Gefühlen für das Heilige in den Menschen, diese einzige und allein beseligende Religion'."
Adler zitiert dann weitere Ausdrücke und Aussprüche, die mit unserem Glauben unvereinbar sind, wie "humanistischer Gott", "Freimaurerei ... Religion der Religionen," "Die Freimaurerei als die beste humanitäre Universalreligion muß die bisherigen Konfessionen ersetzen."
Seite 64 ff. bringt Adler Sätze des Humanistischen Manifestes II der 1952 gegründeten Internationalen und Ethischen Union, die ganz von freidenkerischen Ideen beherrscht werde:
Glauben: Nur durch den Glauben an sich selbst wird der Mensch als Gattung auch in Zukunft bestehen können.
Erlösung und Unsterblichkeit: Er kann sich daher durch gegenseitiges Zusammenstehen aus eigener Kraft von Not und Bedürftigkeit erlösen ...
Föderativer Weltbundesstaat ... Die Zukunft kann nur noch in der Anerkenntnis der letzten Einheit aller Menschen auf diesem Planeten gesichert werden. Die drohende Übervölkerung des Planeten, der drohende Mangel an Energie und Rohstoffen ist nur in einem föderativen Weltbundesstaat zu lösen."
Mensch und Welt sind aus sich heraus fähig, zu lernen und sich zu entwickeln. Die Freimaurerei ist von der Möglichkeit eines innerweltlichen Fortschritts überzeugt. Der Mensch ist zugleich Schöpfer und Geschöpf seiner Geschichte ..."
In seiner Schrift *Die antichristliche Revolution der Freimaurer* schreibt Adler auf Seite 70:
"Die Idee eines einheitlichen Weltstaates mit einer einheitlichen Weltregierung impliziert ...

nicht nur ein politisches, sondern auch ein religiöses - für uns antichristliches – Programm …"
Seite 92: "Das authentische Christentum, das sich auf Christus beruft, ist mit dem Logenchristentum absolut unvereinbar. Und zwar deshalb, weil Christus von seinen Jüngern das Bekenntnis fordert ... Ja er macht dieses Bekenntnis sogar zur Voraussetzung für das ewige Heil, wenn er sagt: Ein jeder nun, der sich zu mir bekennt vor den Menschen, zu dem werde auch ich mich bekennen vor meinem Vater im Himmel; wer mich aber verleugnet vor den Menschen, den werde auch ich verleugnen vor meinem Vater im Himmel. Denket nicht, ich sei gekommen, Frieden auf die Erde zu bringen; ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert (Matthäus 10, 32 ff.).
Der Herr Jesus wußte, daß das Bekenntnis für ihn die Menschen entzweien und Kampf und Streit zur Folge haben werde. Die Freimaurerei wollte aber von Anfang an mit ihrer Humanismus-Religion jeglichem Konfessionshader ein Ende setzen. Sie wählte für dieses Ziel aber bedauerlicherweise das untauglichste Mittel: die Ausschaltung des christlichen Glaubensbekenntnisses, das für jeden gläubigen Christen unverzichtbar ist.
Der christliche Bekenner kann und darf seine persönliche Glaubensüberzeugung auf keinen Fall 'vor der Logentür zurücklassen', er muß sie auch in der Loge als freier Mann frei bekennen dürfen. Wenn ihm die Loge diese positive Bekenntnisfreiheit verweigert und ihm einen religiös verbrämten Einheitshumanismus zur Pflicht machen will, dann muß er die Loge ablehnen. Als Glaubender steht er unter dem Wort Christi und dem Glaubensgehorsam."
Wer von Gott abfällt, bringt auch Verwirrung in die Menschheitsgeschichte. So spielen Freimaurer in den letzten hundert Jahren in Politik und Geschichte eine besonders unheilvolle Rolle. Daß dies unvermindert auch heute geschieht, zeigt eine Abhandlung in TOPIC, Nr. 9-82, in der es u.a. heißt:
"Die Politik unserer Welt wird hinter den Kulissen von einer Gruppe um Rockefeller, Rothschild gesteuert, die ohne Rücksicht auf Nationalität oder Zugehörigkeit fungiert.
Das große Dach scheinen u.a. die Freimaurer zu sein, die sich in 33 Grade teilen und nach dem Grundsatz Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit eine Neue Welt schaffen möchten, in der alle Menschen gleich sind.
Das Bindemittel ist Geld und Macht. Rockefeller, deren Familienvermögen auf mehrere Milliarden Dollar einzustufen ist, kontrolliert die großen Institutionen wie Trilaterale Kommission, Club of Rome, Weltbank, CFR (council an foreign relations) und Bilderberger. Rockefeller war es auch, der die UNO, Unesco und Unicef ins Leben rief. Auch überflüssig zu sagen, daß die Ökumene vom Rockefeller-Clan beobachtet und finanziert wird.
Wenn Sie wissen, daß in diesen Cliquen alles, was Rang und Namen hat, vertreten ist, dann kennen Sie deren Machteinfluß: einige Namen: alle US-Präsidenten waren Freimaurer, europäische Politiker wie Frau Thatcher, Schmidt, Brandt, Strauß, Industrielle wie Beitz, Agnelli (Fiat), Gewerkschaftler wie Vetter, Verleger wie Axel Springer, Philosophen wie K. Fr. von Weizsäcker und die halbe US-Regierung."
In den letzten Jahrzehnten ist die für uns unumgängliche Frage der Vereinbarkeit von Freimaurerei mit dem christlichen Glauben wiederholt aufgeworfen worden. Denn man kann beobachten, daß sich heute Dialoge zwischen Freimaurern und Kirchen anbahnen und mehren. Im angelsächsischen Raum sind sogar viele Geistliche aktiv in den Logen. Auch in der katholischen Kirche wird die Gegnerschaft zur Freimaurerei mehr und mehr aufgegeben. So nimmt es nicht wunder, daß es heute in der Christenheit bereits selbstverständlich erscheint, wenn Christen zugleich Freimaurer sind.
Dies sind verhängnisvolle Irrtümer. Um es deutlich herauszustellen: Nicht die Freimaurer haben sich der Kirche genähert, sondern umgekehrt die Kirche den Freimaurern. Eine unterwanderte, umfunktionierte, allgemeinreligiös oder humanitär gewordene Kirche stünde den Plänen der Freimaurer nicht mehr im Wege. Sie könnte sogar der Freimaurerei als eine Hilfstruppe

dienen. Darum bemühen sich die Freimaurer, noch mehr zu einer solch umfunktionierten Kirche beizutragen. Und hierbei sind sie leider erfolgreich.
Wir haben somit allen Grund, nun erst recht vor der Freimaurerei zu warnen und auf ihre Unvereinbarkeit mit dem christlichen Glauben hinzuweisen.
So schreibt Hans Baum warnend: "Die Kirche muß sich vor der Gefahr hüten, auf den direkten Weg zum freimaurerischen Unitarismus hinübergezogen zu werden, das heißt zur allmählichen Entwöhnung der Gläubigen vom Glauben an die Heilige Trinität und zur heimtückischen Hineingewöhnung in den Glauben an einen einpersonalen Gott, wie ihn das Judentum und der Islam lehrt und anbetet. Diese lautlose Unitarisierung soll zunächst eine Pseudo-Ökumene innerhalb der christlichen Konfessionen herbeiführen, welche die Basis für eine Ökumene mit dem Islam und dem Judentum und über diese zu einer einheitlichen unitaristischen Weltreligion, mit dem 'Allmächtigen Baumeister Aller Welten' der Freimaurer als Hauptnenner, schaffen soll. …"
Baum bedauert, daß sich die Kirche bestenfalls auf Abwehr beschränkt, und hofft: "Unter dem Beistand des Heiligen Geistes wird sie die Notwendigkeit des Angriffes gegen die Synagoge Satans erkennen". - Es ist unerläßlich, daß wir um diese Dinge und ihre Zusammenhänge wissen.
Über Anfänge und Entstehung der Freimaurerei schreibt Marcel Valmy (Freimaurer) in seiner Dokumentation *Die Freimaurer*, daß die Ursprünge bis ins mystische Dunkel des Mittelalters, in jene Epoche, in der Aberglauben und Rätselhaftes sich zu einer Atmosphäre des Geheimnisvollen vermengten, hineinragen. Die geistigen Grundlagen und esoterischen Wurzeln gehen sowohl auf Traditionen der antiken - vornehmlich der ägyptischen Mysterienkulte - wie auf religiöses Gedankengut des Alten und Neuen Testaments zurück.
Valmy erklärt im weiteren, die freimaurerische Geisteshaltung sei ein kräftiges Dennoch, denn das Licht leuchte in der Finsternis, die es niemals besiegen wird. Wörtlich:
"Einer trat auf ... von Gott gesandt. Johannes hieß er. Der kam zum Zeugnis, vom Lichte Zeugnis zu geben. Von ihm entlehnt das Gros der Freimaurerei den Namen. Man spricht von Johannis-Maurerei."
Das sind neutestamentliche Denkkategorien. Damit beruft sich die Freimaurerei auf Worte Johannes des Täufers, der vom Licht zeugte. Allerdings hat Johannes von Christus als dem Licht gezeugt, das die "Dunkelheit" nicht erfaßt hat. Was meinen die Freimaurer für ein "Licht", das die Finsternis nicht besiegt, wenn sie Jesus Christus gar nicht als dieses Licht akzeptieren? Hier versteht sich das Freimaurertum als das "Licht".
Die Botschaft und das Anliegen des Freimaurertums ist Aufruf zum Versöhnungs- und Verständigungswerk des Kosmopolitismus, da doch alle Menschen gleichermaßen Brüder seien. Das ist nicht die christliche Botschaft. Der Begriff Brüder ist nicht im Sinne Christi zu verstehen, der seine Brüder aus dieser Welt herausrief Johannes 17, 14.

Der "Plan" im Freimaurertum

Der Begriff Plan ist eine luziferische Intention mit dem Ziel der Weltherrschaft und der Einheitsreligion. Unabhängig voneinander sprechen alle Ein-Weltler von einem solchen Ziel.
Die Durchführung des Plans im Freimaurertum erfolgt keineswegs auf organisierte, sondern auf natürliche Weise über die Mitglieder, die in ihren Berufspositionen, in Politik, Wirtschaft, Kunst und Erziehung, ihren Einfluß geltend machen. Das große Ziel ist ihnen vorgegeben: Der Bau des humanitären Menschheitstempels, sprich Neue Weltordnung, d.h. Aufrichtung einer Synarchie, einer Weltordnung unter einer Regierung und einer Religion.
… Als mit Hiroschima eine neue militärische Dimension sich abgründig auftat, war eine der Reaktionen der Ausspruch des geistigen Vaters der Atombombe, des Freimaurers Albert Einstein: "Die Antwort auf die Atombombe ist eine Weltregierung!"
Am 7. Dezember 1988 gebrauchte Gorbatschow öffentlich den Begriff Neue Weltordnung in

seiner Rede vor der UNO. Am 25. September 1990 wies Schewardnadse auf die Bedrohung der Neuen Weltordnung durch Saddam Hussein hin.
Ende September 1990 meinte Bush, daß in Helsinki die Grundlage für eine Neue Weltordnung gelegt werden sollte. Der amerikanische Präsident Bush ist wie sein Vorgänger Ronald Reagan Freimaurer und weiß sehr wohl um die Bedeutung des Begriffes Neue Weltordnung.
Neben solchen historischen Fakten freimaurerischer Weltpolitik, die zur Verwirklichung des großen Planes beitragen, gehörte auch die Idee des Völkerbundes, die von Hochgradfreimaurern bereits während des ersten Weltkrieges diskutiert und später realisiert wurde. Nachfolgerin dieses Staatenbündnisses nach dem zweiten Weltkrieg ist die UNO, die von den Freimaurern als Weltloge angesehen wird.
Die Gesetzestafeln für die Menschenrechte wurden bereits 1789 erstellt. Sie fanden eine Fortsetzung in der UNO-Menschenrechtserklärung. Auch der 1. Artikel der UNO-Charta trägt als Überschrift die freimaurerischen Maximen der Französischen Revolution: Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit.
Zusammenfassung: Der "Plan" im Illuminatentum beziehungsweise Freimaurertum hat den Namen Synarchie - neue Weltordnung und Weltregierung mit Einheitsreligion. Das bedeutet ein künftiges totales Kontrollsystem zur Überwachung aller Erdressourcen mit zentral gesteuertem Wirtschafts- und Finanzwesen.
Wie allerdings in dieser Neuen Weltordnung die hochgelobten Prinzipien Humanität und Toleranz gepflegt werden sollen, bleibt völlig offen.

Die Pyramide

Das Pyramidensymbol hat innerhalb der freimaurerischen Ideologien einen zentralen Stellenwert. Es ist der metaphysische Ausdruck einer Weltidee, die eine generelle Erfüllung in der Weltherrschaft des Antichristen finden soll. Das erinnert an die Weltherrschaftsbestrebungen zur Zeit des Turmbaus zu Babel.
Der pyramidenartige, himmelstürmende Bau war dort Ausdruck eines einheitlichen Wollens, sich einen Namen zu machen ohne Gott, nach der ewigen, luziferischen Maxime "Tu, was du willst".
Die Spitze der Pyramide stellt den Kulminationspunkt, symbolisch den Sitz höchster Macht dar, wie das auch in der bekannten Abbildung der Pyramide auf der amerikanischen Ein-Dollar-Note zum Ausdruck kommt. Dieses Bild ist eine Art Gesamtschau, die metaphysische Erklärung des illuminatischen Weltplans, unter dem allsehenden Auge der luziferischen Gottheit.
Diese endzeitlichen Bewegungen, werden letztlich ebenso vernichtet werden wie die Einheitsbewegung zur Zeit des Turmbaus zu Babel. Gott zerstörte damals das "luziferische Einheitsunternehmen" und wird es in der Neuzeit wieder tun. (Offenbarung 18; 19, 20.)
Der versteckte Weltherrschaftsanspruch des Freimaurertums wird unter anderem mit den symbolischen Degenstichen des initiierten Ritter Kadosch (30. Grad) gegen Krone und Tiara symbolisiert. Die Realisierung dieser Symbolik "Degenstich" gegen die Tiara kam in der Französischen Revolution 1789 im Kampf gegen die Kirche zum Ausdruck, der "Degenstich" gegen die Krone im Kampf gegen die Monarchie im 18. und 19. Jahrhundert in Spanien und Italien.

Das Ritual des Meistergrades

Die Freimaurerei der ersten drei Grade, die sog. Johannis-Loge, wird oft auch von Christen als harmlos hingestellt. Eine Betrachtung des Rituals in die Erhebung des Meistergrades ist sicher aufschlußreich.
Das Ritual des Meistergrades dreht sich wie fast alle anderen Grade um den abgefallenen König Salomo und um seinen ermordeten Tempelbaumeister Hiram aus dem Stamme Dan. Bei der Beförderung in den 3. Grad wird die Ermordung Hirams und seine Auferstehung von den

Toten nachvollzogen. Der Freimaurer erleidet zunächst den rituellen 2. Tod (der 1. Tod war im 1. Grad) und zwar derart makaber und schauerlich, daß es ihm zum Erleben wird, das er sein Leben lang nicht mehr vergessen kann.
Nach der Einführung in den Tempel durch den 1. Aufseher - er wird rückwärts hineingeführt, die Augen noch verbunden, ein Strick um den Hals - wird das Ritual dramatisch. Der Tempel ist schwarz verhangen und fast völlig dunkel. Nur ein erleuchteter echter Totenschädel, der aus den Augen leuchtet, ruht auf einem Katafalk und verbreitet Gruftatmosphäre. Im Westen des Tempels erhebt sich ein Mausoleum; es zeigt eine Urne auf einem dreieckigen Grab. Ein leuchtender Dampf steigt aus ihr empor.
Nach der symbolischen Reise durch die Dimensionen wird der Neuling von einer ernsten Stimme angerufen, die aus einer fernen Tiefe zu kommen scheint. Es ist der Meister der Loge, der nun mit rechteckigen Bewegungen wie eine Puppe auf ihn zukommt und ihn mit einem Maurerhammer rituell erschlägt. Der so "Getötete" wird in einen Sarg gelegt oder unter ein Leichentuch. Nun kommt der erste Bruder Aufseher, berührt die rechte Hand des Toten, um ihn unter Aussprechen des Paßwortes des 1. Grades zum Leben zu erwecken: Jachin!
Doch der Tote rührt sich nicht. Dasselbe versucht nun der zweite Bruder Aufseher mit dem Paßwort des 2. Grades: Boas! Vergeblich. Jetzt befiehlt der Meister allen anwesenden Brüdern die Menschenkette um den "Toten" zu schließen, um die höchste Kraft der Loge zu entbinden. Und tatsächlich, der Tote kommt zu sich.
Der so durch die Kraft der Kette Wiedergeborene wird nun in die 5 Punkte der Vollkommenheit eingeweiht. Gesicht an Gesicht, rechter Fuß an rechten Fuß, Knie an Knie, Brust an Brust, die rechten Hände verschlungen, den linken Arm über die Schulter des Bruders.
In dieser Stellung flüstert ihm der Meister das geheime Wort ins Ohr: Mahabon (Sohn der Verwesung). Er spricht nun den Eid: "Ich schwöre feierlich, daß ich den Grad eines Meisters weder jemanden unterhalb des Grades noch irgendeinem Wesen in der bekannten Welt enthüllen werde … ich tue dies unter Strafandrohung, daß mein Körper in der Mitte zerrissen wird … und meine Eingeweide zu Asche verbrannt und durch alle vier Winde zerstreut werde."
In diesem Moment wird die Loge durch einen Lichtstoß schlagartig erleuchtet. Hiram ist wiedergeboren und lebt nun im neu Eingeweihten weiter, der hinfort besessen ist von einer uralten Magie, der Hexagramm Magie, die bis über Salomo hinausgeht und sich in den babylonischen, ägyptischen und druidischen Mysterien grauer Vorzeit verliert.
Das Hexagramm, das erst durch Salomo in Israel eingedrungen war, ist zusammen mit dem Pentagramm das Sigillum Salomonis und ist daher das Zeichen des Meistergrades in der Freimaurerei.
Letztlich ist die Wiedergeburt Hirams im Freimaurer immer ein Stück Wiedergeburt des Tieres, das die Wunde vom Schwert hatte und wieder lebendig wurde (Offenbarung 13, 12-14).
Die Maske der Freimaurer ist die Mildtätigkeit. Dahinter aber steckt die Fratze: ein grausames Ritual, das den Menschen durch die Beschwörung jener uralten Magie zurück ins vorchristliche Heidentum schleudern soll.
So formiert der Antichrist seine Kolonnen, um das Christentum zu überwinden und das Heidentum wieder zu aktivieren. Der Freimaurer O. Wirth schreibt dazu: "Der 2. Tod entspricht der Vollendung des Großen Werkes." - Ja, des Satanswerkes: Was der 2. Tod wirklich bedeutet, sagt uns Offenbarung 20, 14. Es ist der endgültige Zustand der Gottlosen in der Hölle.

B) Die Illuminaten

Wird heute verstärkt von einer Neuen Weltordnung gesprochen und auf eine Welteinheitsgesellschaft hingearbeitet, so steht dahinter eine Bewegung, die pauschal One-World-Bewegung (Eine-Welt-Bewegung) genannt wird. Sie sollte, so wie ihre freimaurerische Komponente, als eine Art Gegenkirche verstanden werden, stellt sie doch einen satanischen bzw. antichristlichen Gegenentwurf zum Reich Gottes dar.

Gewiß erschöpft sich das Antichristliche nicht in dieser Bewegung; jedoch ist sie die hauptsächliche und verbreitetste antichristliche Bewegung. Sie nimmt auch das Antichristliche außerhalb ihrer weithin in sich auf bzw. verwendet es für sich. Darum hat sich die von außen wie von innen angefochtene Kirche in unserer Zeit, die zumindest endzeitliche Anzeichen trägt, auf jeden Fall besonders mit der gefährlichen One-World-Bewegung zu befassen.
Neue Weltordnung ist die Übersetzung des novus ordo saeclorum Adam Weishaupts, der mit diesem Ausdruck sein Ziel einer - antichristlichen - neuen Weltordnung bzw. einer Weltregierung kundgab. Übrigens sind auf der amerikanischen Ein-Dollar-Note diese Worte Weishaupts mit " … seclorum" eingedruckt, zusammen mit dem Gründungsjahr der Illuminaten; ein eindeutiger Beweis für den Einfluß dieses Ordens.
Weishaupt hatte sich fünf Jahre lang in Alchemie und Hexerei einführen lassen und unter dem Deckmantel der Münchner Freimaurer-Loge okkulte Praktiken ausgeübt. Bezeichnend, daß er nicht nur Patriarch der Jakobiner genannt wurde, sondern auch Spartakus. Im Jahre 1776 gründete er am 1. Mai (daher der Mai-Tag der Kommunisten) auf der Grundlage mehrerer älterer europäischer Geheimverbände den Orden der Illuminaten (der Erleuchteten, nach Luzifer = Lichtbringer). Dieser Orden verfolgte auch politische Ziele, z.B. den Umsturz der Regierungen, wie auch die Zerstörung der Religionen, besonders des Christentums, ferner die Auslösung eines Chaos mit Hilfe von Revolutionen und Kriegen. All dieses unternahm er mit dem Ziele, eine Weltherrschaft mit dem Satanismus als verbindlicher Staatsreligion aufzubauen.
Da Weishaupt ein Jesuitenzögling gewesen war - später ihr Gegner -, übertrug er die Erziehungsgrundsätze der Jesuiten auf seine Gründung und schuf eine Gradeinteilung nach freimaurerischem Muster.
Durch Verfolgungen wurde der Illuminatenorden 1786 offiziell aufgelöst, konnte aber weithin untertauchen. Nach dem Verbot in Bayern wichen verbannte oder geflüchtete Mitglieder in andere Länder aus, nach Sachsen, Preußen, Rußland und Schweden, zu dort noch bestehenden Illuminaten-Logen. Zum Teil setzten sie ihr Werk unter anderem Namen als Neuorganisationen fort. Die Illuminaten übten so auf verschiedene Weise - und verstärkt in unserer Zeit - einen unheilvollen Einfluß aus, bis zu großen politischen Veränderungen, vielfach mit okkulter Komponente.
Es ist bezeichnend, daß die leider auch von vielen Christen für einen menschheitlichen Fortschritt gehaltene One-World-Bewegung schon von Anfang an neben Freimaurerei und Jakobinertum auch Okkultismus und Satanismus in sich birgt, dazu das weite Gebiet der Anarchie, die heute unter dem Begriff des internationalen Terrorismus in die Geschichte eingeht.
Furchtbare Revolutionen, Kriege und Weltkriege gehen großenteils auf das Konto der Illuminaten. Für unser persönliches Schicksal - mit Kriegen, Vertreibungen, Inflationen usw. - ist bestimmend, daß bereits vor über hundert Jahren zur Verwirklichung schlimmer Machttriebe sogar Weltkriege geplant wurden.
So hat der oberste Illuminat in Amerika und souveräne Großmeister des Altertümlichen und Anerkannten Schottischen Ritus der Freimaurerei, Albert Pike, der als Satanist bekannt war, den Plan dreier Weltkriege in einem Brief an Giuseppe Mazzini dargelegt. Hierbei überrascht, wie genau solch lange Zeit vorher die Kriegsführenden und die Ergebnisse "vorhergesagt?", nein, alles vorausgeplant und dann auch so durchgeführt worden waren, großenteils ein Werk der Freimaurer und Illuminaten.
Näheres über Pike's Brief bringt Des Griffin, der aus diesem Brief zitiert: "Die Menge, über das Christentum enttäuscht, ... wird das wahre Licht durch die universale Manifestation der reinen Doktrin Luzifers empfangen, die schließlich ins Licht der Öffentlichkeit gebracht wird, eine Manifestation, die ein Ergebnis der allgemeinen reaktionären Bewegung sein wird, die auf die Vernichtung des Christentums und Atheismus folgen wird, die damit beide mit einem Schlage besiegt und ausgelöscht worden sind."

Wir sehen: es geht gegen beide, d.h. gegen den christlichen Glauben und gegen den Atheismus. Es mag verwundern, daß auch der Atheismus abgelehnt wird, wie auch sonst bei Freimaurern. Nun, der Atheismus ist bei einem Kampf gegen den christlichen Glauben nicht genügend hilfreich, lächeln ja bloße Atheisten höchstens über den christlichen Glauben.
Sie sind daher nicht so engagiert und haßerfüllt wie antichristliche Menschen. Auch halten sie nichts von einem womöglich gnostischen Luzifer-Glauben, haben kein Interesse oder auch nur intellektuelle Möglichkeit, Luzifer auf den Thron zu setzen. Auch aus diesem Grund möchten Illuminaten nicht so sehr mit Zweiflern und Atheisten zu tun haben, als vielmehr mit Okkultisten und Satanisten, mögen diese auch zahlenmäßig in der Minderheit sein. - Die Kirchen haben ihre große Bedrohung durch sie noch gar nicht wahrgenommen.
Die Freimaurerei kann sich nicht vom Illuminatentum distanzieren. Sie ist eine seiner Wurzeln und eng mit ihm verflochten. Und am 16. Juli 1782 hat sich das Hochgradfreimaurertum auf dem Kongreß zu Wilhelmsbad mit dem Illuminatenorden verbunden.
Beide, Illuminaten und Freimaurer, haben auch wesentlich zur Entstehung des Kommunismus beigetragen. Es ist nicht von ungefähr, daß das sowjetische Hoheitszeichen aus sieben freimaurerischen Symbolen zusammengesetzt ist: Globus, Sonne, Mond (Sichel), Hammer, Bruderhand, Pentagramm (Sowjetstern, US-Stern) und Weizenähre.
"Bezeichnend, daß auch Karl Marx Satanist war! Mit 19 Jahren schloß sich Karl Marx der Satanskirche der Illuminati an. Seine höheren Weihen empfing er durch das Schwert, das er mit seinem Blut weihte und das ihm Erfolg versprach. Zu seinen Lebzeiten sollte dieser Erfolg jedoch ausbleiben. Neben seiner ständigen Geldnot mußte er den Verlust von 6 Kindern vorzeitig beklagen: zwei begingen Selbstmord. Noch als Todkranker ließ er viele Kerzen um sein Bett aufstellen und betete zu Luzifer.
Dieser geistlichen Gesinnung verdankt die Welt das Werk Das kommunistische Manifest, ein Antievangelium und ein Aufruf zum Klassenkampf … Die ... Atombombe des Marxismus mit ihren Abarten Kommunismus und Sozialismus ist längst explodiert. Über die Hälfte der Weltbevölkerung ist in ihren dämonischen Bann geschlagen. …" - Aus Richard Wurmbrand: Karl Marx und Satan.
Karl Heise schrieb in Okkultes Logentum: "... uns Okkultisten berührt es seltsam, bestätigt aber aufs neue den inneren Zusammenhang von dunkelmagischem Logentum und Politik, daß es Trotzki war, der (laut in Berlin erscheinender russischen Zeitung 'Der Alarm, der Weckruf' Nr. 107,1919) sich und seinen Sowjetbrüdern den Genuß einer sogenannten schwarzen Messe oder maurerischen Satansliturgie verschaffte, in der dem Feldhauptmann der dunklen Scharen aus Dank für die vollendete Revolution gehuldigt wurde. Der Soldat, ein Lette, der diese okkulte Handlung, die im Kreml stattfand, verriet, büßte seinen vorlauten Mund mit sofortiger Hinrichtung."
Es gibt auch Tochterorganisationen der Freimaurer bzw. Vereine und Organisationen, die ihnen gewollt oder ungewollt Zubringerdienste leisten. Der Rotary Club z.B. wurde von P. P. Harris gegründet, die Lions International von Melvin Jones. Beide, Harris und Jones, sind laut dem Nachschlagewerk Who is Who in America als Freimaurer ausgewiesen.
Im Verzeichnis der Deutschen Freimaurer-Bibliothek, Bayreuth, werden Malteser, Johanniter, Rotarier, Lions unter den freimaurerischen Gesellschaften aufgeführt. Tochterorganisationen oder Organisationen mit freimaurerischem Einschlag, die etwa auf sozial-humanitärer Ebene arbeiten, bilden ein breites Fundament, auf dem sich das Freimaurertum pyramidenförmig weiter auf- und ausbauen kann.
Von Freimaurern, Illuminaten und ähnlichen zwielichtigen Organisationen und Kräften sind u.a. geschaffen worden oder stehen mit ihnen im engen Zusammenhang: der Council an Foreign Relations mit Tochtergesellschaften, die Bilderberg-Organisation, die Trilaterale Kommission, die UNO, der Club of Rome, die Pugwash Conference, das Rockefeller-Imperium

und das Rothschild-Imperium. Die Rothschilds wurden nicht nur unermeßlich reich, sondern auch politisch mächtig, beherrschten z.B. die "Kronkolonien", zettelten den "Opiumkrieg" (1839-1842) an, hatten den größten Einfluß auf China und Japan, ermöglichten finanziell die Russische Revolution, unterstützen den Zionismus usw. –
Des Griffin schreibt: "Der Name Rote Armee war keine falsche Benennung oder ein zufällig ausgesuchter Name. Die bolschewistische Armee unter der Führung von Trotzki war das tödliche Werkzeug der von Rothschilds (Rotes Schild) beherrschten International Bankers. Es war nur allzu passend, daß sie das 'Rote' Etikett oder Schild trug."
Eine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung der finsteren Pläne der Illuminaten spielten die Massenmedien. Sie sind ohnehin größtenteils in der Hand der Illuminaten. Douglas Reed - vor dem Zweiten Weltkrieg Hauptkorrespondent der Times für Zentraleuropa - schrieb von einer Verseuchung der Presse. Er gab an, daß hierbei Etiketten wie liberal oder konservativ vollkommen sinnlos würden.
Er zitiert auch Weishaupt: "Wir müssen darauf achten, daß unsere Schriftsteller schlagfertig sind und daß sie von unseren Herausgebern geschätzt werden; wir müssen deshalb all unsere Kräfte dafür einsetzen, die Journalisten und Herausgeber zu gewinnen ... Wenn ein Schriftsteller irgend etwas publiziert, was beachtet wird und an sich richtig ist, aber nicht mit unseren Ideen übereinstimmt, müssen wir ihn entweder für uns gewinnen oder aber ihn fertigmachen."
Diesem Ursprung der Pressemanipulation getreu, werden auch heute viele, die an sich Richtiges, aber Unbequemes bringen, "fertiggemacht". Reed fährt fort: "Diese Lehren werden in den Protokollen wiederholt: ‚Mit der Presse werden wir folgendermaßen umgehen ... Wir werden sie selbst aufzäumen und mit straffen Zügeln lenken ... Dieses Ziel wird von uns teilweise schon jetzt dadurch erreicht, daß die Neuigkeiten aus aller Welt in einigen wenigen Nachrichtenämtern zusammenströmen, dort bearbeitet und erst dann den einzelnen Schriftleitungen, Behörden usw. übermittelt werden.
Diese Nachrichtenämter werden allmählich ganz in unsere Hände übergehen und nur das veröffentlichen dürfen, was wir ihnen vorschreiben werden ... Sollten trotzdem einige Schriftsteller gegen uns schreiben wollen, so werden sie keinen Verleger für ihre Arbeit finden." - Dies müssen auch heute viele bitter erleben. Sprechen sie Wahrheiten aus, die sich gegen Freimaurer, Illuminaten und verwandte Organisationen richten, so tun sie sich unendlich schwer damit, einen Verleger zu finden - selbst auf kirchlichem Boden -, der den Mut zur Herausgabe des Werkes aufbringt.
Von Reed stammt auch folgende Information: "Die Generallinie der Lehren Weishaupts, die Verächtlichmachung der Monarchie, der Religion, jeder legitimen Regierung jeden Landes, der Nationalität, der Ehre, des Patriotismus und allgemeiner Anständigkeit findet sich impliziert oder expliziert in einer Unzahl heutiger Schriften, Schauspiele, Rundfunksendungen und Filme."
Auch das anschließende Wort ist bedeutsam: "Jetzt, in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts, zeigt sich eine Situation, die für die Vollendung der Revolution der Zerstörung mit ihren Früchten: Entvölkerung, Deportation und Tod, einen außerordentlich günstigen Nährboden bildet.
Sowohl in Europa wie in Arabien sind zwei Vulkane künstlich geschaffen worden, die jederzeit zum Ausbruch gebracht werden können. Die Ereignisse, die zu dieser Situation geführt haben, beweisen zur Genüge, daß es geheime Männer gibt, die eine Macht über die Politiker ausüben. Jetzt erstreckt sich diese Macht über Völker oder zumindest über jene, die behaupten, in deren Namen zu sprechen."
Reed schreibt auch: "Die sichtbaren Agenten dieser Verschwörung sind im Osten die Weltkommunisten und im Westen die Welt-Staatsmänner (mit ihren beiden Gehilfen: der Atombombe und dem vergrabenen Gold). Werden sie eines Tages im Interesse des Planes scheinbar

gegeneinander losschlagen, wie es der Nationalsozialismus und Kommunismus getan haben? Durch die gesamte Propaganda für einen Welt-Staat, eine Weltregierung, die jetzt ständig auf uns einhämmert, zieht sich wie ein roter Faden die Lehre von Weishaupt. Hinter dieser lächelnden Maske birgt sich die gefährlichste aller Diktaturen ... Wir dürfen den Welt-Staatsmännern kein Vertrauen schenken. Wenn überhaupt, dann finden sich Weishaupt's Schüler am ehesten in ihren Reihen."

Dieser erwähnten Propaganda für einen "Welt-Staat" im Geist der Illuminaten geht es nicht um Wahrheit, nicht um Wohl und Freiheit der Menschen, sondern um Vernebelung und Irreführung, damit die Welt sich blindlings selber den illuminatistischen Mächten ans Messer liefert. Und hierbei sind die Massenmedien ein besonders wichtiges Werkzeug. Sie gaukeln den Menschen vor, daß sie ihr Mund seien, in ihrem Namen ihre Meinung aussprächen. In Wirklichkeit aber sind umgekehrt sie es, die die "Meinung" der Leute machen und das Denken der Menschen manipulieren.

Es gilt nach wie vor, was der Chefredakteur der "Vossischen Zeitung" in Nr. 244 vom Jahre 1925 schrieb: "Aber wer fragt denn überhaupt noch danach, ob die öffentliche Meinung recht hat oder nicht? Sie ist da, sie setzt sich durch, und das Urteil dieser öffentlichen Meinung wird beeinflußt durch ein paar Drahtzieher, die sich mit vielen Geldern in den verschiedenen Ländern einen umfangreichen Presseapparat verschafft haben, durch dessen Schalltrichter sie laut hörbar, was auch immer sie haben wollen, verkünden lassen."

Auch bei der von undurchschaubaren Kräften und Ideen gespeisten "Umerziehung" unseres Volkes seit 1945 gerieten die hiesigen Massenmedien erst recht weitgehend in die Hand der Ein-Weltler. Müller schreibt hierzu: "Getreu nach dem Umerziehungsprogramm mußten nun in Deutschland alle Leute, die eine Zeitung herausgaben oder beim Rundfunk tätig sein wollten, die Genehmigung der Feindmächte dafür einholen. Eine solche Genehmigung bekam aber selbstverständlich nur derjenige, der nach alliierter Ansicht als gut umerzogen oder linientreu anzusehen war; daher spricht man ja auch von der Lizenzpresse, und die neuen Pressebesitzer suchten nun ganz von selbst ihre Mitarbeiter und Nachfolger entsprechend aus."

Uns kann angesichts der zerstörerischen Machenschaften der Illuminaten nur dies trösten, daß letztlich nicht diese Macht und verwandte Mächte das Weltgeschehen in ihrer Hand haben, sondern unser dreieiniger Gott. Zum Trost und zum rechtzeitigen Aufmerken ist uns die Offenbarung des Johannes geschenkt. In dieser Zuversicht sind wir um der Kirche und um der Menschen willen zum Kampf gerufen, zum Kampf für Gott Vater, Sohn und Heiligen Geist.

C) Der Club of Rome und andere einweltlerische Gruppen

Einen großen Einfluß übte in den letzten Jahrzehnten der 1968 gegründete Club of Rome aus. Er ist auch heute für die Zukunftsplanung und für den Gedanken der One World bestimmend. Auch er strebt eine Welteinheitsregierung an. Hierzu: "Die Lösung der Weltwirtschafts-, Weltbevölkerungs- und Welternährungsprobleme besteht nach Auffassung von Direktor Dr. Oppenheimer des freimaurerischen Club of Rome darin, daß eine kleine Gruppe elitärer Intellektueller eine Welteinheitsregierung, ein Weltrat der Weisen, den Frieden auf wissenschaftlicher Grundlage garantieren kann.

Absicht des Clubs ist es, die Erde in acht Regionen aufzuteilen, um technologische Entscheidungen zu erleichtern, wobei jede Region einem Kommissar unterstehen soll. Die den Freimaurern nahestehende Trilaterale Kommission und der von der Freimaurerei gesteuerte CFR (Council an Foreign Relations) fordern die Einteilung der Erde auf nur 3 oder 5 Regionen."

1972 erschien ein Bericht über die "Grenzen des Wachstums", der weltweit dem naiven Fortschrittsglauben einen Schuß vor den Bug versetzt hat und zu tiefgreifenden Änderungsmaßnahmen anregte.

Einen guten Einblick in das Wesen und Wirken des Club of Rome gibt uns das Buch seines Gründers und Präsidenten Aurelio Peccei: *Die Zukunft in unserer Hand*. Dieses Buch bringt

manch gute Erkenntnis. Daß z.B. die Bevölkerungsexplosion kaum lösbare Probleme schaffe und die abzusehende Erschöpfung der Bodenschätze nicht mindere, verdient gehört und beraten zu werden, um Lösungen zu finden.
So können wir vielem zustimmen. Auswahlweise seien hierzu verschiedene Aspekte hervorgehoben: der richtige Gedanke, daß bei aller Betonung einer gemeinsamen Zukunft die Unterschiede der Völker, der Kulturen usw. be- und geachtet werden sollten; die Notwendigkeit, gegenüber einer Wissenschaftsgläubigkeit und einem Glauben an das Machbare das Gefühl für die Verantwortung des Menschen zu entwickeln; die Warnung vor dem Übersehen wie Manipulieren der Natur, mit Respekt vor der Pflanzen- und Tierwelt und in Sorge um sie, wie auch die Warnung vor dem Übersehen der Anregungen der Philosophie, der Ethik und des Glaubens beim Planen der Zukunft; der unwiderlegbare Gedanke der gegenseitigen Abhängigkeit, der "Interdependenz"; der uns so wichtige Gedanke, auch den einzelnen zu sehen, an seinem Wohlergehen Anteil zu nehmen. So schrieb Peccei angesichts der Statistik über "absolute Armut": "Doch sollten wir über den nackten Zahlen der Statistik nicht vergessen, daß hinter jeder Zahl ein verzweifeltes Individuum steht" (S. 83).
Das Bild vom Raumschiff Erde könnte für uns noch annehmbar sein. Auch der Satz: "Der moderne Mensch ist zum Subjekt der Veränderungen geworden, die sich in dem Winkel des Alls abspielen, dessen Herr er geworden ist", sofern ihm der Gedanke von 1. Mose 1,28 zugrunde liegt. Dies muß man aber bezweifeln, wenn Peccei fortfährt: "Es ist dies das erste Mal, daß die Zukunft des Menschen allein in seiner Hand liegt, das erste Mal, daß er als Steuermann das Raumschiff Erde auf seiner Reise in die nächsten Jahrhunderte steuern kann" (S. 23).
Auch die optimistische und utopische Hoffnung auf eine grundlegend andere Haltung der Menschheit, eine Hoffnung, die das "Gefallensein" des Menschen verkennt, verfehlt die Wirklichkeit. Die Offenbarung des Johannes zeigt uns ernüchternd, wohin allein sich die Menschheit entwickelt mit all ihren Idealen und Utopien. Bereits die Ausführungen über die Kräfte, von denen sich Peccei einen neuen Humanismus erhofft, zeigen einen verkehrten Weg. Schon die Überschrift, die er über diesen Teil setzt, verrät seine Wirklichkeitsblindheit: Die reine Quelle der Jugend.
Sein Vorschlag: "Der Plan ist so einfach wie gewagt. In einer ersten Etappe ist die Schaffung eines ausschließlich von Jugendlichen geleiteten Netzes von Zentren vorgesehen, die über die Zukunft der Menschheit forschen, nachdenken, diskutieren und Vorschläge machen ... Sie sollten mehrere alternative Gesellschaften ... herausfinden …" (S. 209). Dem entspricht, welche Hoffnungen auf die Friedensbewegung, die Frauenbewegung, die Bewegung für die Geburtenbeschränkung u. dgl. gesetzt werden (S. 160), also auf Bewegungen, bei denen man schon jetzt erkennt, daß sie die Inhumanität, die Spaltungen und das Chaos nur vergrößern. Sie sind mit ihren Gegnern im Schachbrett der One-Worldler mit eingeplant, gemäß der alten Illuminaten-Masche vom Druck von unten und Druck von oben.
Deshalb ist es z.B. nicht verwunderlich, daß die Rockefellers - wenigstens bis vor kurzem - die Grünen unterstützen. Auch nicht verwunderlich, daß die Grünen, wie die Rockefellers, sich für die Abtreibung einsetzen. Dabei bedeutet es doch gerade das Gegenteil von allem zur Schau getragenen Natur- und Tierschutz, wenn sie schon, zu Unrecht, den Ungeborenen das Menschsein absprechen. Wenigstens einen "Tierschutz" müßten sie dann den Ungeborenen gewähren. Aber ausgerechnet an dieser Stelle verweigern sie ihn. Eine bewußte und sehr bezeichnende Inkonsequenz. Darum: viel zuviel Aufmerksamkeit, "Verständnis" und Schonung gibt es gegenüber diesen Zerstörern.
Es ist also richtig, wenn wir, wie es der Club of Rome will, unseren Blick vor den vielen Problemen nicht verschließen; es trifft zu, daß die Welt in viele Sackgassen geraten ist. Es ist auch notwendig, Spannungen zwischen Ost und West abzubauen und die Kluft zwischen

Nord und Süd zu schließen. Auch sollten wir anerkennen, daß die Analysen weithin richtig und manche der Ratschläge gut sind. Wir sollten zugleich Achtung davor haben, mit welchem Ernst und Engagement versucht wird, für eine mögliche und bessere Zukunft zu sorgen. Und doch: entscheidend ist, unter welchem Vorzeichen dies alles steht. Letztlich gilt die Frage, ob man all diese Hoffnungen auf Gott oder allein auf den Menschen setzt.
Wieweit man mit diesem Plan der Weltdiktatur schon vorangeschritten ist, zeigen die Worte Müllers: "In einer Verlautbarung der UNESCO (englische Abkürzung für United Nations-Educational, Scientific and Cultural Organisation) … aus dem Jahre 1951 heißt es: 'Über den verschiedenen Ländern mit ihren mannigfachen Gesetzen muß eine allgemeingültige Gesetzgebung bestehen, die Schritt für Schritt eine einzige Kultur und eine einzige Philosophie allen Völkern aufzwingen kann'." - Das kann nur bedeuten: Zerstörung aller gewachsenen Kulturen und aller Glaubensrichtungen, wohl insbesondere des christlichen Glaubens.

Der Council an Foreign Relations und Tochtergesellschaften

1921 wurde von Edward M. House (1858-1938), einem engen Berater von US-Präsident Wilson, und seinen Freunden unter Beteiligung der britischen Geheimorganisation The Round Table, die ebenfalls die bolschewistische Revolution unterstützt hatte, der Council an Foreign Relations (CFR = Rat für Auswärtige Beziehungen) gegründet, finanziell von den Rockefellers unterstützt.
Gary Allen (Die Rockefeller Papiere) schreibt auf Seite 70:
"Der Rat für Auswärtige Beziehungen hat seinen Sitz in New York und besteht aus einer Elite von knapp 1.600 der Insider des Establishments aus der Hochfinanz, den Hochschulen, der Politik, des Handels, der Stiftungen und der Massenmedien", auf Seite 75: "Zu Beginn seiner Regierungszeit hatte Nixon mindestens 115 CFR-Mitglieder in Schlüsselpositionen gebracht ... Vielleicht der wichtigste und ganz gewiß der prominenteste unter all diesen Insidern des Establishments ist Henry Kissinger."
Heinz Pfeifer (*Brüder des Schattens*) schreibt: "Council an Foreign Relations ... Seine europäischen Töchter sind The Royal Institute of International Affairs in London, L'Institut Francais des Relations Internationales mit Sitz in Paris und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn. Einige Mitgliedernamen (April 1981) dieser Bonner Nebenstelle des CFR sind nicht nur wegen der einen oder anderen Freimaurerzugehörigkeit nennenswert, sondern auch deren politischen und wirtschaftlichen Spitzenstellung." U.a. werden nun aufgezählt: Helmut Schmidt, H. Apel, G. Stoltenberg, G. Schröder, W. Leisler Kiep, D. Wolff von Amerongen, H. Friedrichs, R. Freiherr von Weizsäcker und M. Gräfin Dönhoff.

Die UNO

Es wirft ein Licht auf das Wesen der UNO, wenn man ihre Gründer betrachtet. Da ist die starke Beteiligung von CFR-Mitgliedern bedeutsam. Gary Allen schreibt: "1945 hatten die Rockefellers es geschafft. Enkel Nelson war eines der 74 CFR-Mitglieder bei der Gründungsversammlung der Vereinten Nationen in San Franzisko. Später stifteten Nelson und seine Brüder das Grundstück für das UNO-Gebäude am New Yorker East River". Auf Seite 101: "Den offensichtlichsten Weg zu einer Weltregierung eröffnet die Organisation, die 1945 von den Rockefellers für genau diesen Zweck geschaffen wurde - die Vereinten Nationen."
Aufschlußreich ist das UNO-Emblem mit dem Doppelsymbol aus Globus (= Weltherrschaft) und Weizenähre. Beides finden wir sowohl im freimaurerischen als auch im kommunistischen Symbolbereich. Daß Freimaurerei und Kommunismus, trotz gewisser Unterschiede im ideologischen Bereich, der gleichen Wurzel entstammen, wird durch die Tatsache belegt, daß das sowjetische Hoheitszeichen aus sieben freimaurerischen Symbolen zusammengesetzt ist: Globus, Sonne, Mond (Sichel), Hammer, Bruderhand, Pentagramm (Sowjetstern, US-Stern) und Weizenähre. Im UNO-Emblem ist diese Identität beider Ideologien klar zum Ausdruck gebracht. Von ihren Wurzeln und ihren Symbolen her steht also auch die UNO gegen Christus,

gegen den Menschen.

Die Bilderberg-Organisation

Heinz Scholl schreibt in *Bilderberg - Das Konzil der Plutokraten und Bonze*: "Bei der Gründung der Bilderberg-Organisation im Jahre 1954 trat als scheinbarer Initiator Bernhard Lippe-Biesterfeld, der Ehegatte der niederländischen Königin Juliane, in Erscheinung ... von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß Lippe von Anfang an nur als Aushängeschild der Organisation benutzt wurde.

Als die eigentlichen Väter der Idee, die Bilderberg-Organisation als einen internationalen Club zur Durchsetzung ihrer originär kommunistischen Zielsetzung ins Leben zu rufen, werden die Brüder David und Nelson Rockefeller angesehen. Beide stehen in dem Ruf, sie seien die wirklichen politischen Machthaber Amerikas und der 'freien' westlichen Welt."

Die Bilderberger haben ihren Namen vom Hotel Bilderberg in Oosterbeek, wohin Prinz Bernhard die erste Konferenz im Mai 1954 einberufen hatte. Die Bilderberg-Konferenzen finden alljährlich statt. Eingeladen werden führende Leute aus aller Welt, Politiker, Bankiers, Vertreter multinationaler Konzerne und andere. Hierbei werden Entscheidungen von weltweiter Bedeutung gefällt, oft wichtiger als Ergebnisse von Staatsbesuchen. Daß hierbei kein Reporter zugelassen ist, die Sitzungen geheim sind und so die Weltöffentlichkeit nichts von den sie doch sehr betreffenden Beschlüssen erfährt, ist außerordentlich bedenklich.

Heinz Scholl *Die Scheindemokratie - Das Bündnis der Linken mit Rockefeller, Rothschild & Co.* schreibt auf Seite 63: "Die Bilderberg-Organisation ist eine auf Initiative der Brüder Rockefeller und der Bankdynastie Rothschild ins Leben gerufene internationale Konferenz der Hochfinanz ... Die Zusammenkünfte dieser Clique dienen der Abstimmung und Harmonisierung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der amerikanischen Magnaten mit dem gleichfalls zahlenmäßig kleinen Club der Superreichen Europas."

Die Trilaterale Kommission

In Verbindung mit den bisherigen Einweltler-Organisationen wurde vor einigen Jahren The Trilateral Commission geschaffen, mit dem Schwerpunkt für die Industriegebiete Vereinigte Staaten, Westeuropa und Japan. Die Gründungsversammlung war von David Rockefeller einberufen worden. Ca. 200 führende Bankiers, Geschäftsleute, Politiker und Geschäftsführer aus aller Welt waren zur Bildung einer übernationalen Planungskommission eingeladen worden. Deren Direktor wurde Zbigniew Brzezinski.

Gary Allen schreibt: "Die Trilateral Commission ist von David Rockefeller geschaffen worden, um damit seine internationalistischen Freunde dahin zu bringen, daß sie ihren privaten Einfluß auf die Regierungen ihrer Länder gebrauchen und sie auf dem richtigen Kursinneren halten, nämlich dem Weg zur großen Fusion. Ein Land, das sich vielleicht über diese Warnungen hinwegsetzt und seinen Sorgen zu viel Aufmerksamkeit schenkt, wird sich vielleicht schon bald in einer so schweren Krise bei der Versorgung mit Lebensmitteln, Brennstoffen und finanziellen Mitteln finden, daß ihm die große Wirtschaftsdepression der dreißiger Jahre wie ein Zug durch das Gelobte Land erscheinen mag."

Über den großen Einfluß der "Trilateralen" finden wir Aufschlußreiches im Extrablatt der Vertraulichen Mitteilungen vom 4. Mai 1983. Nachdem im Blick auf die CFR, Bilderberger und Trilaterale gesagt wird: "Gemeinsam ist allen drei Gruppierungen, ... daß sie in der westlichen Welt ... einen ungewöhnlich dominierenden Einfluß haben", heißt es in ihm: "Die Mitglieder der Trilateralen (etwas über 300 distinguished citizens) kommen aus Nordamerika, den EG-Ländern Westeuropas und aus Japan ... Die Mitglieder lassen sich in drei große Blöcke unterteilen:

a) Wirtschaftsführer (z.B. Wolf von Amerongen, BDA-Präsident Esser und Ex-DGB-Chef Vetter ...);

b) Universitätsprofessoren und Leiter von Forschungsinstituten;

c) Politiker, Regierungsmitglieder, hohe Beamte ... (z.B. Raymond Barre, Brzezinski, Kissinger, McNamara, Carter, Eyskens, La Malfa, US-Vizepräsident Bush, US-Verteidigungsminister Weinberger, Fed-Chef Volcker, und aus Deutschland Graf Lambsdorff, Stoltenberg, Ehmke. Bei Politikern ruht die Mitgliedschaft in der Regel während ihrer Tätigkeit in der Regierung)."
Sehr zu beachten ist auch der Satz gegen Schluß: "Sie müssen also damit rechnen, daß auch die überschaubare Zukunft von Trilateralen, von Bilderbergern und von Mitgliedern des Council an Foreign Relations beeinflußt wird, und zwar in der Weise, daß Sie NICHTS davon in der Öffentlichkeit hören." - Ist eine solche Geheimhaltung noch mit der Demokratie vereinbar, noch dazu, da es hier ganz besonders um unser Schicksal und um das Schicksal der Welt geht? Sind unsere demokratischen Verfahren und Beschlüsse nur ein vordergründiges und letztlich weniger wirksames Aushängeschild, uns bloß zu einer fraglichen Beruhigung gegeben?
Für diese Kommission und für andere solcher Gruppierungen und Organisationen ist bezeichnend: sie selber lehnen das demokratische Prinzip der Durchlässigkeit und Öffentlichkeit ab. Dollinger *Zwischen Gott und Satan* schreibt: "Illuminaten, Freimaurer, Bilderberger - streng geheim, strenger, am strengsten geheim. Organisatoren bestehen darauf, daß bei Tagungen Hotelgäste in andere Hotels umquartiert werden. Das Hotelpersonal muß während ihrer Beratungen verschwinden. Sie bringen ihre eigenen Bediensteten mit, die nicht englisch verstehen. (Griffin, S. 138).
Warum? Wozu, wenn sie doch bloß humane Ziele haben? Erlöste Menschen, deren Leben mit Nächstenliebe zu tun hat, haben es nicht nötig, sich so abzuschirmen. - Darin besteht das Gericht, daß das Licht in die Welt gekommen ist, die Menschen aber das Finstere mehr liebten als das Licht, denn ihre Werke waren böse. Denn jeder, der Schlechtes tut, haßt das Licht, damit seine Werke nicht aufgedeckt werden! (Johannes 3, 19)

Die Rothschild-Dynastie

In gewisser Spannung zum Rockefeller-Imperium steht das Rothschild-Imperium und trägt doch in gleicher Weise zum Bau der menschenfeindlichen One-World bei. Diese Konkurrenz bedeutet keinen Widerspruch, können doch die vom Dunklen geborenen Bewegungen sehr wohl gegeneinander stehen - so wie in der Offenbarung des Johannes 17 und 18 das Tier und die Hure einander bekriegen -, auch um Verwirrung zu schaffen und die Menschen besser täuschen zu können, die bei der Flucht von einer Bewegung zur anderen wähnen, aus der Nacht in den Morgen, in die Freiheit zu fliehen, aber immer noch in der Nacht bleiben. …
In groben Umrissen sei nun auf das Rothschild-Imperium eingegangen: Mayer Amschel Bauer (später in Rothschild umgeändert) wurde 1743 in Frankfurt am Main geboren. Er wurde Agent von Wilhelm von Hanau, der seine Truppen gegen Geld an jede beliebige Regierung verlieh, kam durch zwielichtige Handlungen zu einem großen Vermögen und wurde auch der erste internationale Banker. Das Haus Rothschild half Napoleon finanzieren - und finanzierte beide Seiten. Durch einen großen Coup nach der Schlacht von Waterloo hatte Nathan Rothschild die Kontrolle über die englische Wirtschaft beide Seiten von Rothschilds finanziert.
Als Lincoln sich 1862 und 1863 weigerte, die von Rothschilds geforderten hohen Zinsen zu zahlen und zinsfreie US-Noten herausgab, wurde er 1865 ermordet. Zwischen dem Ende des Bürgerkrieges und 1914 waren Rothschilds Hauptagenten in den Vereinigten Staaten: Kuhn, Loeb und Co., sowie J. P. Morgan Co. Eine künstlich erzeugte Währungskrise brachte der Bankelite Milliarden ein. Des Griffin schreibt: "Tief in ihre Kiste betrügerischer Praktiken greifend, zogen die International Bankers ihren bisher größten Coup ab - die Gründung des in Privathänden befindlichen Federal Reserve System, womit die Kontrolle über die Finanzen der Vereinigten Staaten in die Hände der machtbesessenen Geldmonopolisten gelegt wurde ... unsichtbare Regierung der Geldbarone." erworben. …

Aufschlußreich, was Des Griffin im Hinblick auf England von Krone und City schreibt: "Die Krone ist ein Ausschuß von 12 bis 14 Männern, die den unabhängigen, souveränen Staat regieren, der als London bzw. die City bekannt ist. Die City gehört nicht zu England. Sie untersteht nicht dem Monarchen. Sie untersteht nicht der Regierung, durch das britische Parlament bestimmt. Wie der Vatikan in Rom ist sie ein separater, unabhängiger Staat. Sie ist der Vatikan der gewerblichen Welt. Die City, die man oft die reichste Quadratmeile der Welt nennt, wird von einem Lord Mayor regiert. Hier befinden sich Englands mächtigste Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen, reiche Banken, allen voran die privatwirtschaftliche (von Rothschild kontrollierte) Bank of England 'Lloyd' of London. ... Hier liegt auch die Fleetstreet, Herzstück der Zeitungs- und Verlagswelt. …

Hinweisen möchte ich noch darauf, daß es zwei Imperien gab, die unter dem Mantel des British Empire agierten: Das eine war das Imperium der Krone, das andere war das britische Kolonialreich. Alle kolonialen Besitztümer mit weißer Bevölkerungsmehrheit unterstand dem König, d.h. der Autorität der englischen Regierung. Nationen wie Südafrika, Australien, Kanada wurden nach englischem Gesetz regiert. Sämtlichen anderen Teile des Imperiums - Nationen wie Indien, Ägypten, Bermuda, Malta, Zypern, Hongkong und die Kolonien in Zentralafrika - waren Kronkolonien. Diese unterstanden nicht der englischen Regierung, … sie waren privates Eigentum und Herrschaftsdomäne eines Privatclubs in London, bekannt als die Krone…

Diese City strich unvorstellbare Gewinne aus ihren Unternehmungen ein, die unter dem Schutz der englischen Streitkräfte ausgeführt wurden. Die International Bankers, die reichen Kaufleute und die englische Aristokratie, die zum Apparat der City gehörten, häuften Reichtümer auf Reichtümer. … Wäre dieser Reichtum unter alle Menschen der englischen Insel verteilt worden, hätte es Wohlstand für alle geben können.

Auch in anderen Erdteilen hatten die Rothschilds ihre Hände erfolgreich im Spiel. Die Krone zettelte den sogenannten Opiumkrieg Chinas (1839-1842) an. Darauf lag (die Macht) in den Händen der Soong-Familie, die Agenten der Sassoon waren, die wiederum durch Heirat mit den Rothschilds verwandt waren. Später regierte Chiang Kai-shek als ein Agent der Engländer und heiratete 1927 die Schwester des Rothschildagenten T. V. Soong.

Des Griffin: "Mit Beginn des laufenden Jahrhunderts unternahm die Krone weitere Schritte zur Konsolidierung ihrer Position in Asien. Man wählte die kleine Nation Japan, die über keinerlei Kriegsführungskapazitäten verfügte und entsandte den großen englischen Waffenhersteller, Vickers Ltd., damit er Japan zu einer Großmacht entwickelte. Vickers wurde vom Hause Rothschild finanziert.

Die wirkliche Macht

Nachdem am 30. Januar 1902 das Abkommen unterzeichnet war, mit dem die Japaner ihrer Aufgabe als Polizist der Krone im Pazifik zustimmten, wurde die japanische Armee und Marine sehr schnell aufgebaut und mit moderner Ausrüstung versehen.

Nach manch einem Ränkespiel kam es zum Zweiten Weltkrieg, und Japan wurde 'ausradiert', verheert von dem Ansturm und der Intensität des amerikanischen Luftbombardements. Warum? Ganz einfach! Der Boden mußte für neue Industrien und sonstige Entwicklungsprojekte gelegt werden. … Kurz nach dem Kriege wurden riesige Summen für den Wiederaufbau Japans zur Verfügung gestellt. Das Kapital stammte nicht aus dem Lande selbst, sondern von den Leuten, die von den Kriegsschulden Riesenprofite machten, von den International Bankers. …

Auch die russische Revolution wurde von den International Bankers finanziert. … Als Trotzkis private Armee nach Rußland in See stach, befanden sich an Bord 20.000.000 Dollar in Gold, die der Banker Jacob Schiff geliefert hatte. Des Griffin schreibt: "Der Name Rote Armee war keine falsche Benennung oder ein zufällig ausgesuchter Name. Die bolschewistische

Armee unter der Führung von Trotzki war das tödliche Werkzeug der von Rothschilds (Rotes Schild) beherrschten International Bankers. Es war nur allzu passend, daß sie das rote Etikett oder Schild trug."
1929 stürzten die International Bankers die Vereinigten Staaten in die große Depression. Des Griffin: "Das Deutschland der frühen 30er Jahre war eine von den International Bankers gebaute Zeitbombe, die auf eine Person vom Schlage Hitlers gewartet hatte, der die Szene betreten und die Kontrolle ergreifen würde." S.183: "Die International Bankers pumpten weiter Geldströme in die deutsche Wirtschaft ...
Das Hauptverbindungsglied zwischen Hitler und den Wallstreet-Geldbaronen war Hjalmar Horace Greely Schacht, Präsident der Deutschen Reichsbank, dessen Familie schon viele Jahre lang mit der internationalen Finanzelite verflochten war", und auf Seite 185: "Zeitgenössischen Beobachtern wurde ... bald deutlich, daß Hitler und seine internationalen Beschützer einen außergewöhnlich hohen Prozentsatz an Produkten vom Band rollten, die sich in der Kriegsführung verwenden ließen." - Die furchtbaren Folgen sind bekannt.
Nun wurde Rußland auch gegenüber den USA außerordentlich begünstigt. S. 249/250 wird Churchill zitiert: "Jene, die in den USA 'die Dinge lenken', wußten, was der Kommunismus ist. Sie, ihre Bundesgenossen und ihre Gebieter waren die Schöpfer des roten Ungeheuers. Sie wußten genau, was sie machten! Der dem Fanatismus schon gleichkommende Eifer, den sie in ihrer uneingeschränkten Unterstützung des blutbesudelten Sowjetregimes (auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler) an den Tag legten, war der Beweis für ihre politische und weltanschauliche Überzeugung.
Sowjetrußland war und ist ein klar erkennbares Werkzeug in ihrem Plan, die ganze Welt unter dem Banner der Neuen Weltordnung zu versklaven." - Soweit Churchill.

Der "rote Faden" der One-World-Bewegung

Man könnte zu den genannten Gruppierungen noch weitere Organisationen und Ideen anführen, die die One-World-Bewegung fördern. Auch ist zu sehen, daß viele in mehreren Organisationen zugleich sind, - Freimaurerei, Illuminatengruppen, CFR, Bilderberger, Trilaterale und zum Rotschild-Imperium zugleich gehören.
Die Mitglieder der verschiedenen One-World-Organisationen kommen nicht kleiner Hobbys wegen zusammen und stellen keine ausgefallene Randerscheinung dar, über die man "zur Tagesordnung" übergehen könnte, sondern bilden die größte Macht, ja die so ziemlich alles beherrschende Macht in unserer Welt, entscheiden weithin über Leben und Tod, über Krieg und Frieden. Nur wenige Politiker, Großindustrielle, Großbankiers, Pressechefs usw. sind in keiner der One-World-Organisationen.
Daher sammelt sich viel Böses, Dunkles in den Machtzentren an, und die Menschheit wird an einem weithin unsichtbaren, aber sehr schmerzhaften Gängelband geführt. Davon sind nicht zuletzt wir in Deutschland stark betroffen. Und da die dunklen Mächte im Osten wie im Westen überaus mächtig sind, zum Kampfe blasen gegen den christlichen Glauben und gegen Gottesordnungen, wie Ehe, Familie und Volk, und dabei wahre Freiheitsbestrebungen unterdrücken, sollten wir nüchtern und aufmerksam bleiben.
Während diese dunklen Organisationen sich gegen die Öffentlichkeit abschirmen, versuchen sie selber möglichst die gesamten Massenmedien in ihre Hand zu bekommen, um mit ihnen durch Desinformation und versteckte oder auch schon offene Angriffe gegen den christlichen Glauben und gegen Gottes Ordnungen die Welt für ihre Ziele reif zu machen. So schreibt Dollinger (Zwischen Gott und Satan):
"Was ist mit den Leuten der Tagespresse geschehen? Eine Gehirnwäsche ist an ihnen vollzogen, meist auch eine Charakterwäsche. … - Freimaurer, Marxisten, Zionisten u.a. stehen alle in einer Verschwörung gegen die neutestamentliche Lehre von der Sünde und Erbsünde. Gemeinsam ist ihnen allen die Irrlehre: Der Mensch ist gut. Chefideologen brauchen diese Irrleh-

re, denn nur mit Kreaturen, die sie aus der Abhängigkeit von Gott ‚befreit' haben, können sie eine 'neue Welt' machen", und fährt mit der Erwähnung der wahren Schöpfung fort:
"Wider diese Ordnung ist in unserer Zeit die importierte Frankfurter Schule angetreten, die den Gleichheitswahn von 1789 erneuert und uns in Rollenspiele drängen will, wobei die Rollen austauschbar sind. Daraus soll die Gruppendynamik entstehen. Wo sie in den Kirchenbereich eindringt, gilt die Einrichtung der öffentlichen und privaten Beichte als veraltet.
Die Gehirnwäsche beginnt am leichtesten in der Schule. Das vertrauensselige, formbare Gemüt setzt einem verborgenen Willen keinen Widerstand entgegen. Die Autorität des Lehrers findet kaum Hindernisse.
Bestehende Ordnungen anhand von Mißbrauch herabsetzen, ihre Wertminderung in Familie und Volk betreiben, daß es schließlich auch kein Vaterland mehr gibt, wird mit Erfolg seit Jahrzehnten angestrebt. Familie und Ehe sind für solche junge Menschen keine erhabenen Ziele mehr. Der Mensch ist erschaffen zur Lebensqualität." - Soweit Dollinger.

D) Okkultes Judentum

Gerechtigkeit wie auch die Wahrheit verlangen, daß man beim Warnen unserer Brüder und Schwestern und der Völker der Erde vor den zerstörerischen Hintergrundmächten nicht ausgerechnet die Macht verschweigt, die hier weithin federführend ist. Was wäre denn von jemandem zu halten, der zwar vor einem Hunde oder einer Schlange warnte, aber nicht zugleich und besonders vor einem Tiger im Sprung? Zudem ist es letztlich nicht möglich, mit auch nur einigermaßen beträchtlichem Ergebnis vor der antichristlichen One-World-Bewegung zu warnen und mit ihr zu ringen, ohne auf die hinzuweisen, die zu ihr viel beigetragen haben und die größte Macht besitzen.
Zudem bedeutet ein Unterschlagen wichtiger Fakten und Zusammenhänge auch eine große Schuld (Hesekiel 3, 17 ff.). Daher bin ich vom Gewissen her genötigt, auch unbequeme Dinge zu nennen. Der Apostel Paulus scheute sich nicht, auf Verfolgungen der Christen durch von Gott abgefallene Juden hinzuweisen, wie in 1. Thessalonicher 2, 14 ff. So darf auch ich nicht aus falschen Rücksichtnahmen, wenn ich dem Trend der Zeit widerspreche, zu den großen Verfolgungen meiner Brüder und Schwestern durch gottfeindliche Juden schweigen. Wir haben trotz aller christlichen und deutschen Mitschuld an Unmenschlichkeiten beider Seiten vor den dunklen gegenchristlichen jüdischen Bewegungen zu warnen.
Gerechtigkeit allen gegenüber ist überdies auch ein gutes demokratisches Prinzip, das man keiner Diktatur, auch keiner heimlichen oder scheinheiligen Diktatur opfern sollte.
Ich bringe hier - mich dem Urteil objektiver Zeitgenossen stellend - noch einmal großenteils das, was ich in meinem Buch *Die Neue Welt - Vorspiel der Hölle* den Ausführungen über dunkle jüdische Bewegungen vorausschickte:
"Jüdische Unterwanderungsversuche dürfen nicht verschwiegen werden. Bewußt wird hier nicht von Unterwanderungsversuchen der Juden gesprochen, da eine jede Verallgemeinerung unwahr und verhängnisvoll ist. Auch soll die Erwähnung jüdischer Beiträge zum Niedergang und zur Versklavung der Menschheit nicht bedeuten, daß das jüdische Volk als solches abgewertet wird, vielmehr die dankbare Feststellung mit einschließen, ... daß es in besonders hoher Zahl und in besonderem Maß Juden waren und sind, die sich für die äußere und innere Entwicklung der Menschheit eingesetzt haben und damit uns Geschenke in den Schoß gelegt haben, die wir nicht missen möchten.
Auch ist man sich der Schwierigkeit bewußt, als Deutscher, wenn auch erst nach Kriegsbeginn aus Lettland nach Deutschland gekommen, über Juden zu sprechen angesichts der Greuel und Ausrottungen im Dritten Reich, die nicht durch den Hinweis darauf aus der Welt geschafft werden können, daß es hier auch Übertreibungen und Fälschungen gibt.
Es wäre im vorliegenden Fall wahrheitsverfälschend und den anderen One-World-Kräften gegenüber unfair, würde man nur sie kritisieren, aber die große Rolle jüdischer Unterwanderer

hierin unterschlagen. Wir sind für die gesamte Welt verantwortlich und dürfen daher zu keiner Gefahr schweigen. Zudem, große Offenheit ist überall wichtig, auch damit Vorurteile und falsche Tabus ausgeräumt werden. So sollte auch das Thema Juden nicht tabu sein und Schriften verfemt werden, die sich mit diesem Thema befassen. Man sollte so sehr gegen jegliche Diktatur sein, daß man auch Unterdrückungen in der Judenfrage für übel hält.
Sagte man, wer Juden kritisiere, sei antisemitisch, so müßte ich, da ich auch und noch viel mehr Entwicklungen in der Kirche kritisiere, 'antikirchlich' oder 'antichristlich' sein. Aber so wenig eine solche Folgerung zulässig wäre, ist eine Folgerung, wer Juden kritisiere, sei ein Antisemit, zulässig.
Es geht mir allein um die notwendige Aufklärung um der Kirche und aller Völker willen. Dies schließt auch das jüdische Volk ein. Ich weiß um seine Heimkehr zu Gott, trete daher für eine Verstärkung der Judenmission ein und ersehne auch eine gute Partnerschaft mit mutigen und wahrheitsliebenden Juden im gemeinsamen Kampf gegen die One-World-Bewegung. - Eine jede Ideologie, die im Juden und im jüdischen Volk das Übel dieser Welt sieht, ist strikt abzulehnen.
In diesen Ausführungen geht es vor allem um einen Anti-Okkultismus und Anti-Satanismus und keinesfalls um einen Antisemitismus.
Da die Finsternis bei allem vordergründigen Gerangel eine Einheit ist, dürfen wir im Hinblick auf Enthüllungen allerdings auch nicht einen Teil dieses Reiches ausklammern. An keiner Stelle sollte eine Ausgangsposition des Okkulten und Satanischen verschwiegen werden. Dürfte man nicht okkultes Judentum kritisieren, genausowenig eine unterwanderte Kirche. Zu beidem aber sind wir gerufen.
Ich möchte hierbei betonen: Einem jeden gegenüber, ob Freimaurer, Moslem oder Jude, gilt doch uneingeschränkt das Gebot Jesu: "Liebet eure Feinde ... !" (Matthäus 5, 44 + 45.)

Der Beitrag jüdischer Strömungen zur One-World-Bewegung

Die Rolle des Zionismus in der Eine-Welt-Bewegung darf nicht unterschätzt werden. Curtis B. Dall - Schwiegersohn von Präsident Franklin D. Roosevelt - schreibt in seinem Buch Amerikas Kriegspolitik, von der Rothschild Bankgruppe: "Sie sollen 1919 die Urheber des CFR - Council an Foreign Relations - gewesen sein, die die Vereinten Nationen und das Ein-Welt-Projekt forderten." Weiter spricht er vom "großen Einfluß, den die Welt-Zionistenbewegung auf die amerikanische Außenpolitik ausübte", und sagt von diesem Thema, daß "es im politischen Raume absichtlich im Dunkeln gehalten wird", … "von einem Ablenkungsmanöver, das dazu diente, die öffentliche Aufmerksamkeit von einigen mächtigen prozionistischen Beratern Roosevelts, die emsig hinter den Kulissen arbeiteten, abzulenken."
Der jüdische Einfluß erschöpft sich nicht im Zionismus. Auch andere jüdische Strömungen und einzelne Juden haben sich an der Vorbereitung der unseligen Einen Welt beteiligt, und manche der heutigen progressiven Danaergeschenke hatten schon vor Jahrhunderten ihre Vorläufer. So gelangte bereits die pseudomessianische Bewegung der Sabbatianer unter dem Einflusse der zum Nihilismus und Anarchismus wie auch zur Perversion der geltenden Moral, indem die alte Sexualmoral auf den Kopf gestellt wurde, Erscheinungen, die auch heute stark unter jüdischem Einflusse stehen.

Kabbalah

Auch der Kommunismus ist weithin jüdisches Werk, sowohl theoretisch - und da haben wir nicht nur an Karl Marx zu denken - als auch praktisch. Jüdische Hochfinanz finanzierte die Revolution in Rußland, und auch die anderen kommunistischen Revolutionen wurden fast durchweg von Juden durchgeführt. Z.B. wurde 1919 die Räterepublik von Eisner und zehn anderen Juden gegründet, in Ungarn 1919 durch Bela Kuhn (Cohn), von dessen 26 kommunistischen Führern 18 Juden waren. Das bolschewistische Zentralkomitee Rußlands bestand 1918 aus 9 Juden und bloß 3 Russen. …

Über den überaus starken jüdischen Beitrag zur kommunistischen Revolution schreibt Henry Ford in seiner 1970 durch die White Power Publications neuverlegten Schrift Der internationale Jude auf Seite 188: "Sowjetrußland wäre überhaupt nicht möglich gewesen, wenn nicht 90 v.H. der Kommissare Juden gewesen wären", auf Seite 187: daß "... die jüdische Finanz in allen Ländern am Bolschewismus als einem jüdischen Unternehmen interessiert war.
Während der Kriegszeit verbarg sich das jüdische Welt-Programm unter diesem oder jenem nationalen Namen - die Alliierten schoben die Schuld auf die Deutschen, die Deutschen auf die Alliierten, die Völker aber wurden in Unkenntnis über die wahren Hintermänner gehalten … Schlußfolgerung, daß die bolschewistische Revolution ein sorgsam vorbereitetes Unternehmen von seiten der internationalen Finanz gewesen ist".
Nicht uninteressant dürfte im Hinblick auf die Eine-Welt-Bestrebungen die Tatsache sein, daß auch im Westen der jüdische Einfluß auf verschiedenen Gebieten unverhältnismäßig groß ist. So waren im Kabinett des US-Präsidenten Ford fast sämtliche der etwa 13 Minister - "Sekretäre" genannt - Juden (wobei zu sehen ist, daß die unverhältnismäßig große jüdische Beteiligung an der Leitung vor allem den besonderen Fähigkeiten des jüdischen Volkes zuzuschreiben ist - und da wäre ein Neid auf jüdische Tüchtigkeit genauso abzulehnen wie ein Neid auf deutsche Tüchtigkeit -, und daß Gott so segnen kann, wie wir es im Buche Daniel finden).
Diese Dinge lassen sich auf die Dauer nicht verschweigen, auch wenn man die Aufdeckung dieser Zusammenhänge als einen "Antisemitismus" brandmarken möchte in Verkennung dessen, daß gerade die starke jüdische Beteiligung am Bau der antichristlichen Einen Welt zu neuen und womöglich weltweiten Judenverfolgungen führen kann. Dankbar möge zugleich betont werden, daß viele Juden engagiert gegen den Eine-Welt-Plan kämpfen. Es dürfte nicht uninteressant sein, daß z.B. besonders unter den Juden der USA ein starker Rechtsruck zu bemerken ist, Ähnliches in Rußland, wo junge Juden Christen werden.

Antichristliches in jüdischen Lehren und Strömungen

Schon im Alten Testament wird wiederholt angekündigt, welche verhängnisvollen Folgen Ungehorsam und Abwendung von Gott für Israel nach sich ziehen. Besonders die Verwerfung Jesu Christi hat das derzeitige Schicksal Israels zum Ergebnis. Daher sagte Jesus: Das Reich Gottes wird von euch genommen und einem Volk gegeben werden, das seine Früchte bringt Matthäus 21, 43, so daß uns "Heidenchristen" gesagt werden kann: Ihr ... seid das auserwählte Geschlecht, das königliche Priestertum, das heilige Volk, das Volk des Eigentums 1. Petrus 2, 9. Diese Zusage gilt also nicht nur den "Judenchristen". Und Paulus sprach das bittere Wort: ... der Zorn ist schon über sie gekommen zum Ende hin l. Thessalonicher 2, 16.
Um heute in einen Dialog mit dem Judentum zu kommen, erklärt man in einigen christlichen Kreisen diese Worte für belanglos oder gar fraglich. Wird damit aber nicht Jesus zum Lügner und Paulus zum falschen Propheten gestempelt? Wird damit nicht zugleich die ganze Bibel in Frage gestellt, da sie sich in wesentlichen Punkten irre?
Wenn wir die Bibel, wenn wir Jesus, Paulus und Johannes ernst nehmen, dürfen wir diese weissagenden Worte weder unterschlagen noch streichen noch umdeuten. Aber mit Erschrekken müssen wir daran denken, daß eine ungehorsame und abgefallene Kirche auch unter den Zorn Gottes geraten und damit einem entsprechenden bitteren Schicksal entgegengehen könnte bzw. wird.
Mit dem Tod Jesu hörte die Verfolgung der Seinen durch Juden nicht auf, sondern weitete sich noch aus. Dabei spielten die religiösen Instanzen, wie bei Jesus, eine besonders unheilvolle Rolle. Der Weg hinab und ins Dunkel weiter hinein setzte sich fort und ist auch heute nicht beendet. Im Sendschreiben an die Gemeinde zu Smyrna in Offenbarung 2, 9 und im Sendschreiben an die Gemeinde zu Philadelphia in Offenbarung 3, 9 wird die Synagoge sogar Synagoge des Satans genannt, entsprechend dem Wort, daß die Christus ablehnenden Juden den Teufel zum 'Vater' hätten (Johannes 8, 44).

Dies muß uns Christen zu denken geben und vor dem Irrtum bewahren, daß der Christenheit nur von weltlichen Juden - z.B. von liberalen oder sozialistischen Juden - Gefahr drohen könnte. Auch von der Synagoge kann eine Christenfeindschaft ausgehen und geht zum Teil auch von ihr aus.
Der Abfall der Juden von Gott führte in der Folgezeit dazu, daß aus dem Judentum verhängnisvolle religiöse und weltliche Strömungen hervorgingen, eine Tendenz, die noch weithin anhält. Es gab nicht nur eine starke Wechselwirkung zwischen Judentum und Gnosis, sondern wir finden im Judentum im Lauf der Geschichte neben dem Abfall und als seine Folgen auch Elemente der Magie, der Mystik, der Esoterik, der Theosophie, der Religionsphilosophie usw. Wir finden in ihm die Strömungen der Kabbalah, des Sabbatianismus, des Chassidismus bis hin zu dem sich aus mehreren Komponenten zusammensetzenden Zionismus, aber auch den Liberalismus, Sozialismus, Kommunismus wie auch eine starke Glaubenslosigkeit, die in Israel 83 % beträgt.
Im Blick auf diese gnostische, magische und mystische Entwicklung im Judentum schreibt Johannes Maier zur von Magie beeinflußten Frömmigkeit: "Die Gebetstexte und Riten werden nicht nur als Mittel ekstatischer Zustände begriffen, sondern auch als Mittel der Einflußnahme ... All dies bedingt eine ... stark von magischen Vorstellungen bestimmte Frömmigkeit" (S. 322). Maier schreibt auch: "Diese mystisch-magische Bedeutung überträgt sich ... de facto auf das gesamte Leben des Frommen" (S. 375) und zur Kabbalah: "Der Glaube an den Einfluß der Gestirne, die Magie ... Wundersucht, die Anwendung von Amuletten, Namensglaube bzw. Buchstaben- und Zahlenspekulationen, Traumdeutung ... fanden Aufnahme in das kabbalistische Weltbild" (S.384).
Schon vor Jesus hatte im Judentum eine bedenkliche Entwicklung zur Gesetzlichkeit begonnen. Jesus geißelte diese Entwicklung und wies auf den wahren Willen Gottes im Gesetz hin und zeigte den Weg des Evangeliums. Aber das Judentum verstärkte in der Folgezeit diesen Trend zur Gesetzlichkeit noch und schloß die Christusfeindschaft mit ein.
Diese Entwicklung finden wir daher auch in den jüdischen religiösen Schriften. Die Christusfeindschaft ist eindeutig dem Talmud zu entnehmen. Mir liegt die Schrift des - später durch Bolschewiken ermordeten - römisch-katholischen Priesters I. B. Pranaitis *Der Enthüllte Talmud* vor, und zwar in der Übersetzung von Frau Mariza Ruppmann, Stuttgart. Diese Schrift erschien am 13. April 1892 in St. Petersburg.
Im I. Teil Die Lehre des Talmud bezüglich Christen lesen wir u.a., daß Jesus Christus ein Narr, ein Zauberer und ein Verführer war; daß er gekreuzigt und in der Hölle begraben wurde; daß er von dieser Zeit an als Götze von seinen Anhängern aufgestellt wurde. Diese Kurzfassungen werden jeweils meist durch zahlreiche Belegstellen näher ausgeführt. Über die Aussagen im Hinblick auf uns Christen schreibt Pranaitis:
"Sie sagen, die Christen wären Götzendiener, viel schlimmer als Türken, Mörder, unzüchtige Menschen, unreine Tiere, nicht würdig, Menschen genannt zu werden, Bestien in menschlicher Gestalt ... teuflischen Ursprungs sind ... und nach dem Tod zum Teufel in die Hölle zurückkehren." In einer Belegstelle heißt es: "Der Geschlechtsverkehr mit den Nichtjuden ist untersagt." Pranaitis erwähnt auch, daß eine Ehe zwischen Juden und Christen ungültig sei.
Im II. Teil Die Verordnungen des Talmud bezüglich Christen werden entsprechend die Verhaltensregeln Christen gegenüber untersucht. Pranaitis schreibt u.a.: "Es ist ein Grundsatz der Rabbinen, daß ein Jude alles nehmen darf, was den Christen gehört, und zwar mit allen möglichen Mitteln, sogar durch Betrug." Dann führt er aus, daß Christen Fundsachen nicht zurückzugeben seien, daß sie betrogen werden dürften, daß Wucher Christen gegenüber erlaubt sei, wie auch Meineide. Er schreibt auch, daß kranken Christen nicht geholfen werden möge, selbst Christen in Todesgefahr nicht.
Dann schreibt Pranaitis: "Als Letztes befiehlt der Talmud, daß Christen ohne Gnade zu töten

sind. Im Abhoda Zarah (26 b) heißt es: Ketzer, Verräter und Apostaten sind in einen Brunnen zu werfen und nicht zu retten ... Auch ein Christ, der beim Studieren der Gesetze Israels entdeckt wird, hat den Tod verdient." Pranaitis erwähnt, daß auch ein getaufter Jude zu töten sei: "… auch Israeliten, die von ihrem Glauben abfallen, … sind zu töten und wir müssen sie bis zum Schluß verfolgen."
Das Schicksal der Verfolgung mußten schon viele Judenchristen erleiden. Pranaitis erwähnt auch, daß ein Jude, der einen Christen tötet, nicht sündige, sondern Gott ein annehmbares Opfer darbringe; nach der Zerstörung des Tempels in Jerusalem sei das einzige nötige Opfer die Ausrottung der Christen; diejenigen, die Christen töten, würden einen hohen Platz im Himmel haben; das Ziel aller Taten und Gebete der Juden solle die Zerstörung der christlichen Religion sein.
Dieser Haß gegen Christus und gegen uns Christen ist erschütternd, um so mehr, als die Zerstörung Jerusalems und die Zerstreuung Israels gerade nicht durch Christen geschah. Es geht eben um Christus, an dem sich alles scheidet. In ihrem Nein zu Gott im gefällten Nein zu Christus will das abgefallene Israel zur Selbstrechtfertigung und zur fortwährenden Ablehnung des Gottes der Gnade Christus in den Seinen weiterverfolgen. Angesichts solcher Liebe und Wahrheit verletzenden Anordnungen kann man von einem solchen Glauben keine hohe Meinung haben.
Ich möchte an dieser Stelle nochmals betonen, daß ich trotz allem Fraglichen im Judentum den Antisemitismus verwerfe. Um meine Einstellung zum jüdischen Volk ein wenig zu erläutern, sei Folgendes gebracht.
Unvergeßlich ist mir folgendes Erlebnis: 1919 waren die Bolschewiken in meine baltische Heimat eingedrungen. Mein Vater, der, vom Typhus noch nicht genesen, im Krankenhaus lag, wurde herausgeholt, in eine gebrauchte Uniform der Roten Armee gesteckt und als "Kanonenfutter" mit dem Zuge in die Nähe der Front gebracht. Da sich eine Meuterei anbahnte, wollte man durch die Hinrichtung des Schwächsten eine drastische Einschüchterung vornehmen. Man konnte sich aber nicht einigen, ob man meinen Vater erschießen oder erhängen sollte.
In dieser bedrohlichen Situation trat ein jüdischer Arzt der Roten Armee für meinen Vater ein. Weil plötzlich die Nachricht vom Durchbruch der Deutschen eintraf, stürzten alle zum Zuge und ließen meinen Vater zurück. Nun versteckte der jüdische Arzt meinen Vater zusammen mit meiner Mutter, die man mitgeschleppt hatte, eine Woche lang in einer Scheune, bis mein Vater wieder gehfähig war. Dieses Erlebnis und freundschaftliche Beziehungen zu Juden, mit denen mein Vater beruflich zu tun hatte, prägten bereits meine Kindheit.
Auch von daher erklärt sich meine betonte Verwerfung aller Judenverfolgungen. Da leider auch heute, Judenhaß anzutreffen ist, sage ich in aller Deutlichkeit: Jeder Jude ist mein Menschenbruder, und wer einen Juden schlägt, der schlägt mich. Auch gerade aus Liebe zum jüdischen Volk ringe ich mit der vorliegenden kritischen Aufklärungsarbeit darum, daß es von okkulten und machtmißbrauchenden Tendenzen befreit werde, in der Hoffnung, daß "ganz Israel gerettet werde".
Ich möchte hinzufügen, daß das Verhalten des jüdischen Arztes der Roten Armee mich auch in späteren Jahrzehnten hoffnungsvoll daran denken ließ, daß weder ein überspitztes Nationalbewußtsein noch eine Ideologie das letzte Wort zu haben brauchen. Es kann vielmehr die Menschlichkeit auch an unerwarteten Stellen den Sieg davontragen. Auf allen Seiten, in allen Lagern gibt es wahre Menschen.
Im erwähnten Wunsch der Errettung Israels muß aber angesichts des Talmud und ähnlicher Schriften doch gesagt werden: Es ist für uns Christen unvorstellbar, daß in unseren religiösen Schriften zum Lügen, Betrügen und Morden Andersgläubiger aufgefordert würde.
Neben diesem religiös begründeten Haß sind nun auch noch okkultistische Elemente in jüdischen Strömungen und Bewegungen wirksam.

Jürgen Feucht schreibt in seiner Studie Die Juden - noch immer Gottes Volk?: "Alle nachchristlichen Lehrbücher der Juden (z.B. der Talmud und der Schulchan Aruch) sind voll von Okkultismus, Magie, Beschwörungen, Bannungen usw. und stehen damit in unvereinbarem Widerspruch zur Bibel. Recht aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Bemerkung des ehemaligen Präsidenten des jüdischen Weltkongresses, Stephen Wise, der neuzeitliche Judaismus sei in Babylon geboren worden."
Ferner: "Überdies läßt der Talmud selbst keinen Zweifel daran, daß überall dort, wo zwischen diesem und der Thora (Das 5. Buch Mose) Widersprüche bestehen, dem Talmud der Vorrang einzuräumen ist. In vielen Traktaten des Talmud wird von den Juden gefordert, sich der Heiden Gold und Silber anzueignen und nach Weltherrschaft zu streben. Erst wenn dieses Ziel erreicht sei, würde der ersehnte Messias kommen. –
Allerdings betrachtet sich heute wohl ein Großteil des gänzlich vom Glauben der Väter abgefallenen, atheistisch, sozialistisch eingestellten Wirtschafts- und Finanzjudentums selbst als den Messias der Welt. Es ist schon merkwürdig und zeigt auch, welch menschliche Abgründe sich hier auftun, daß sich Elemente des internationalen Judentums, obwohl zu Atheisten geworden, in ihren Weltherrschaftsbestrebungen auf das Alte Testament berufen!"
Von der Kabbalah schreibt Feucht: "Diese jüdische Zahlen- und Buchstabenmagie hat im jüdischen Volke einen ungeheuren seelischen und moralischen Schaden angerichtet ... Die Kabbalah ist eine satanische Nachahmung der biblischen Gematria, des Systems der göttlichen Zahlenordnung, und darf mit dieser nicht verwechselt werden! Der Unterschied zwischen der in die ganze Heilige Schrift hineingewobenen Zahlensymbolik und der sataninspirierten Kabbalah besteht darin, daß letztere nicht 'nur' Symbolcharakter hat, sondern den verschiedenen Zahlen- und Buchstabenkonstellationen unterschiedliche magische Bedeutung beigemessen werden.
Anhand der kabbalistischen Konstellation läßt sich z.B. ohne weiteres der Nachweis erbringen, daß das Nürnberger Tribunal gegen die Führungsspitze des Dritten Reiches ein jüdisch-freimaurerischer Prozeß gewesen sein muß (dabei darf aber auch nicht verschwiegen werden, daß auch das Dritte Reich auf okkulte Wurzeln gründete). Ich fand diese Vermutung später beim Lesen von Nahum Goldmanns Buch Das jüdische Paradox bestätigt, in dem dieser unumwunden zugibt, daß der Nürnberger Prozeß seinerzeit auf Drängen des jüdischen Weltkongresses zustande kam, und daß es auch dessen Idee gewesen sei, Deutschland nach seiner Niederlage zur Kasse zu bitten!"
Von den okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus schreibt auch Gert Schmalbrock in seinem Heft *Ihr Programm*. Danach gehörten dem okkulten Thule-Zirkel schon ab 1920 Julius Streicher, Adolf Hitler, Martin Bormann, Heinrich Himmler, Hermann Göring, Alfred Rosenberg und andere Männer des späteren Dritten Reiches an. Der Schmuck der Loge bestand vorwiegend aus dem Hakenkreuz ... ein esoterisches Sinnbild der aufgehenden Sonne… schon die Rubel-Banknote der freimaurerischen Kerenski-Regierung war damit geschmückt. –
Aufschlußreich ist auch folgender Zahlenaberglaube: Am 9.11.1789 unternimmt der Freimaurer Napoleon seinen Staatsstreich; am 9.11.1918 bricht die rote Revolution in Berlin aus; am 9.11.1918 erscheint die letzte Ausgabe des Münchener Beobachters; … Sebottendorff Loge … gründet kurz darauf den Nationalen Sozialistischen Deutschen Arbeiterverein, kurze Zeit später erscheint die erste überörtliche Ausgabe des "Völkischer Beobachter"; am 9.11.1923 ruft Hitler die nationale Revolution aus und marschiert zur Feldherrnhalle; am 9.11.1938 findet die Reichskristallnacht statt. …
Aber nicht nur durch seine okkultistische Wurzel gehört der Nationalsozialismus zur One-World-Bewegung. Das Handbuch der bayrischen Geschichte zählt ihn zu den wichtigsten Strömungen, die aus der Gedankenwelt der Illuminati hervorgingen: Kommunismus, Anarchismus, Nationalsozialismus und Faschismus. …

Auch die jüdische Mystik vertiefte die Abwendung von Gott. Walter Laqueur schreibt: "… ähnelt der Chassidismus anderen mystischen Bewegungen sowie dem Pantheismus früherer Jahrhunderte ... Die Gottheit (Schechina) manifestiere sich in jeder Tätigkeit des Menschen, sogar in der Sünde ... Die Ekstase der Chassidim zur Gebetszeit, ihre wilden Körperverrenkungen und Tänze waren die hervorstechendsten Merkmale dieser Bewegungen." Diese Manifestationen der "Gottheit" in der Sünde gehört zu der in der Einleitung erwähnten pantheistischen - besser pansatanistischen - Harmonie zwischen "Gott" und Satan.
So entstand unter dem Einfluß der Kabbalah durch Sabbataj Zbi um 1666 die pseudomessianische Bewegung der Sabbatianer. Diese Bewegung rief zum Nihilismus und zur Anarchie auf (schon damals also). Sie pervertierte die geltende Moral, indem die alte Sexualmoral auf den Kopf gestellt wurde, Erscheinungen, die auch heute stark unter jüdischem Einfluß stehen. Diese Sabbatianer-Bewegung ist wesensverwandt mit späteren christusfeindlichen Strömungen und Geheimorganisationen. Sie darf auch als deren Vorläuferin angesehen werden. Heute finden sich all diese dunklen Mächte vereint in der One-World-Bewegung.
Das Dunkel nahm unter dem Sabbatianer Jakob Frank noch zu (1720-1791). Johannes Maier schreibt in seiner Geschichte der jüdischen Religion von den Frankisten: "Sie radikalisierten sogar mehr und mehr bis hin zum ausgesprochenen Nihilismus und Anarchismus, paradoxerweise verbunden mit einer militaristischen Ideologie und mit phantastischen Weltherrschaftsplänen ... Die Zerstörung der widerwärtigen Weltordnung betrieb man durch die 'heilige Sünde' ... bildlich: die Stadt wird auf dem Wege durch die Kloake erobert, also durch bewußte Durchbrechung und Perversion der geltenden Moral. …
In geheimen orgiastischen Veranstaltungen wurde die alte Sexualmoral nach dem Grundsatz, daß die Verbote zu Geboten werden, auf den Kopf gestellt ... Äußerlich, gegenüber den Nichtgläubigen, wurde ... eine Assimilation vorgetäuscht zum Zwecke der Unterwanderung des Weltestablishments" (S. 503).
Hierzu schrieb ich in meinem Buche *Die neue Welt* …: "So wie heutige Terroristen ihre Vorläufer in jüdischen Terroristen im zaristischen Rußland hatten, haben die heutigen Nihilisten, Anarchisten und Chaoten, Verherrlicher der Perversionen ('heilige Sünde'; vgl. den Gedanken des Chassidismus, daß sich die Gottheit sogar in der Sünde manifestiere), Geistesverwandte der 'Protokolle der Weisen zu Zion', (Weltherrschaftspläne), Verharmloser als geschickte Unterwanderer (äußerliche Assimilation und Unterwanderung des Weltestablishments) usw. ihre Vorläufer in dunklen religiösen Bewegungen des Judentums.
Ihren Einfluß auf Spätere und Andersgläubige bestätigt auch Maier mit seinen Worten (S. 504): … konnte sich der Trieb nach dem Neuen, Umstürzlerischen als Folge der sabbatianischen Ausrichtung auf den radikalen messianischen Wandel der Verhältnisse mit säkularen nichtjüdischen Strömungen (Französische Revolution und andere moderne Bewegungen) verbinden. Weniger das 'Wie' und 'Was' des erhofften Neuen als vielmehr daß des Umsturzes überhaupt schien hier wichtig. - Wie typisch ist das Letztere heute für viele Proteste und Aktionen gegen das Bestehende, das man zerstören will, ohne noch recht zu wissen, was man an seine Stelle setzt!"
In Rußland, wo der Anhang Sabbataj Zbis und Jakob Franks besonders zahlreich war, versuchten Terrorgruppen, die großenteils aus jüdischen Revolutionären bestanden, die Ordnung zu zerrütten. Hier tat sich die jüdische revolutionäre Organisation *Bund* hervor. Sie provozierte Pogrome, wie z.B. durch die Ermordung von 45 Polizisten in Bialystok.
Diese Terroristengruppen schufen mit die Voraussetzungen für die bolschewistische Revolution.
Der Kommunismus überhaupt ist ein vorwiegend jüdisches Werk, sowohl theoretisch - da haben wir nicht nur an Moses Heß, Karl Marx und Trotzki zu denken - als auch praktisch in mehrfacher Hinsicht. Jüdische Hochfinanz finanzierte die Revolution in Rußland, und an ihrer

Durchführung waren viele Juden beteiligt.
Hierüber schreibt Des Griffin: "Trotzki verließ New York an Bord der SS. Kristianafjord, um in Rußland die bolschewistische Phase der Revolution zu organisieren ... Antony A. Sutton vom Hoover Institut der Stanford Universität wirft in seinem Buch *Wall Street and the Bolshewik Revolution* ein helles Licht auf diese Geschichtsperiode.
Über das Hoover-Institut hatte er Zugang zu Regierungsunterlagen: 'Präsident Wilson war die märchenhafte Patentante, die Trotzki mit einem Paß versorgte, damit er die Revolution in Rußland vorantreiben konnte. Dieser amerikanische Paß war mit einem russischen Einreisevisum versehen. Jennings C. Wise kommentiert in Woodrow Wilson: Schüler der Revolution entsprechend: 'Die Geschichte darf nie vergessen werden, daß Wilson es Leon Trotzki ... ermöglichte, Rußland mit einem amerikanischen Paß zu betreten' (S. 65/66).
Des Griffin zitiert Sutton weiter: "Im April 1917 reisten Lenin und eine Gruppe von 32 russischen Revolutionären per Bahn von der Schweiz über Deutschland und Schweden nach Petrograd in Rußland. Sie wollten sich mit Trotzki treffen, um die Revolution zu Ende zu führen. Ihre Reise durch Deutschland war vom deutschen Generalstab gebilligt, ermöglicht und finanziert worden. Er fügt hinzu: "Der Kaiser wußte davon nichts. Zu dieser Zeit bekleidete Max Warburg, der Bruder von Paul und Felix Warburg, die bei der Gründung des amerikanischen Federal Reserve System eine führende Rolle gespielt hatten, einen hohen Posten im deutschen Geheimdienst.
Außerdem war er der Vorstand der Rothschild-Warburg-Bank in Frankfurt. Kann man bei diesen Tatsachen bezweifeln, daß die internationalen Bankiers das Ganze heimlich steuerten?" und: "Das wurde vom New York Journal American vom 3. Februar 1949 bestätigt: "Jakobs Enkel John Schiff schätzt heute, daß sein Großvater ungefähr 20 Millionen Dollar für den endgültigen Triumph des Bolschewismus in Rußland aufwandte."
So schreibt auch der Automobilkönig Henry Ford: "Der jüdische Umsturz in Rußland wurde von New York vorbereitet und ausgerüstet. Die gegenwärtige jüdische Regierung Rußlands wurde fast vollzählig aus dem untersten Ostteil New Yorks hinüber befördert."
Des Griffin schreibt: "Winston Churchill erkannte die wahre Kraft hinter der bolschewistischen Revolution - die Illuminaten! In einem Artikel des Illustrated Sunday Herald vom 8. Februar 1920 schrieb er: Seit den Tagen Spartacus Weishaupts über Karl Marx, Trotzki, Bela Kuhn, Rosa Luxemburg und Emma Goldmann ist diese weltweite Verschwörung stetig angewachsen. Sie spielte in der Tragödie der Französischen Revolution eine klar erkennbare Rolle. Sie war die Triebfeder jeder subversiven Bewegung des 19. Jahrhunderts; und jetzt hat diese Gruppe außergewöhnlicher Persönlichkeiten aus der Unterwelt der großen Städte Europas und Amerikas das russische Volk beim Schopf gepackt und ist praktisch der unbeschränkte Herrscher dieses Riesenreichs geworden." –
Diese Worte von Winston Churchill sind eine gute Ergänzung zum Thema Illuminaten und Französische Revolution und ein treffender Hinweis - mit der Namenserwähnung so vieler umstürzlerischer jüdischer Persönlichkeiten - auf den hohen jüdischen Beitrag an diesen Revolutionen.
Die jüdische Chronik in London schreibt: "Von großer Bedeutung ist die Tatsache des Bolschewismus selbst, die Tatsache, daß die Ideale des Bolschewismus in vielen Punkten mit den höchsten Idealen des Judaismus übereinstimmen".
Letzteres entspricht dem, was ich in meinem Buch *Die neue Welt* … über einen israelischen Zeitungsartikel schrieb. Dieser Artikel sagte folgendes Aufschlußreiches aus: "Wer die Kommunisten angreift, greift die Freimaurer an und weiß sehr gut, daß er damit uns angreift. Denn wir haben unter ihnen unsere Freunde."
In Ost und West spielte und spielt der jüdischfreimaurerische B'nai B'rith eine besonders verhängnisvolle Rolle - trotz all seinen vorbildlichen humanitären, karitativen Bemühungen um

seine Volksangehörigen. Schon dadurch sind hierbei die Juden im Vorteil, daß sich ihnen auf ihr Drängen hin alle Freimaurer-Logen geöffnet haben und sie nun großenteils führende Stellungen in ihnen innehaben, aber selber keine Nichtjuden bei sich aufnehmen. So sind seine Mitglieder, sofern sie gleichzeitig in anderen Logen sind bzw. Kontakte zu ihren jüdischen Mitgliedern haben, über alles in ihnen mehr oder weniger informiert, lassen aber keine nichtjüdische Freimaurer in ihre Karten schauen. Auch da eine Vormachtstellung.
Zum B'nai B'rith gehörten auch Jakob Schiff, der die russische Revolution finanzierte, Bernhard Baruch, persönlicher Berater des US-Präsidenten, dazu Revolutionäre wie Kurt Eisner, Kerenski und Trotzki. Es zeichnet sich klar ab, daß unter diesen Umständen der B'nai B'rith das Schicksal der Welt mit seinen zwei Weltkriegen und anderen Bränden verhängnisvoll mitbestimmte und mitlenkte. Er tut dies auch heute.
Der B'nai B'rith und Rothschilds unterstützen ganz besonders den Zionismus, der eine mehr weltliche als geistliche Bewegung ist. Sie hat recht skrupellos zum Staat Israel geführt, nicht nur mit Terror gegenüber Arabern und Engländern, sondern auch durch rücksichtslosen Einsatz der eigenen Volksangehörigen. So schreibt Douglas Reed: "… daß die jüdischen Massen verschoben und wie Pfandstücke mißbraucht werden, und zwar durch eine Macht, die sie selbst nicht kennen"(S. 317) - das ist ja das besonders Tragische, daß, wie zur Zeit Jesu, die große Masse der Juden von irreleitenden religiösen oder ideologischen Führern zur Erreichung finsterer Ziele geopfert wird - und weiter:
"Diese terroristische Methode wird heute von den Kommunisten und den politischen Zionisten angewandt; sie ist durch die verschiedenen Morde an Verdächtigen und Verrätern und durch die in äußerster Furcht abgelegten Geständnissen in den Lagern bekannt geworden" (S. 320; man fühlt sich an das Wort "Die Türen waren verschlossen aus Furcht vor den Juden", Johannes 20, 19, erinnert).
Gerade aus Liebe zu den Juden sollte man sowohl aufdecken, welch ein Unrecht an ihnen geschieht, als auch, welches Unrecht von ihnen ausgeht. Nicht zuletzt sollten wir für ihre Umkehr beten. All dies viele Schreckliche, das in diesem Buch beim Namen genannt wird, soll nicht nur der Christenheit und den Völkern helfen, sondern sehr wohl auch den Juden selber. Unter dem Vorzeichen von Liebe und Wahrheit seien auch weitere unheilvolle Bestrebungen des von Gott abgefallenen Judentums untersucht.
Jürgen Feucht zitiert aus dem Buch Das jüdische Paradox von Nahum Goldmann: "... das jüdische Ideal sollte darin bestehen, an die Spitze derer zu treten, die den Staat bekämpfen ... in einigen Generationen werden die souveränen Staaten überholt und durch ein System supernationaler Einheiten ersetzt sein." Feucht fügt in Klammern hinzu: "Gemeint ist die Weltregierung!" Ferner schreibt er: "Auch Graf Coudenhove-Kalergi, 1894-1974, erster und langjähriger Präsident der Pan-Europa-Union, der in erster Ehe mit der jüdischen Schauspielerin Ida Roland verheiratet war, läßt uns in seiner, im Jahre 1922 in Leipzig verlegten Schrift Adel tiefe Einblicke in die Pläne und Absichten der Insider gewähren …"
Feucht zitiert aus diesem Buch: "Der Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus um das Erbe des besiegten Blutadels ist ein Bruderkrieg des siegreichen Hirnadels ... Der Generalstab beider Parteien rekrutiert sich aus der geistigen Führerrasse Europas: dem Judentum" und fährt fort: "Was den gegenwärtigen Zustand der Welt anbelangt, so sollten wir uns stets vor Augen halten, daß die Aufteilung in zwei Lager die Welt noch immer über die im Grunde einheitliche Marschrichtung des Gesamtjudentums hinweggetäuscht hat. Was sich derzeit zwischen Ost und West abspielt, ist demnach nur ein Scheinkampf - und weniger ein Bruderkrieg.
Die neue Weltordnung mit dem Antichristen an der Spitze läßt sich eben nur dann in die Tat umsetzen, wenn es den Hintergrundmächten und damit dem Teufel gelingt, durch das Denken in Feindbildern so viel Druck aufzubauen, daß die verängstigte Menschheit letztendlich zur

Aufgabe ihrer bisherigen Freiheiten und Privilegien bereit sein wird. Der Weltstaat soll mit Hilfe der Dialektik aus der Taufe gehoben werden; eine philosophische Methode, die versucht, durch das Denken in Gegensatzbegriffen zur Erkenntnis und zur Überwindung der Gegensätze zu gelangen"

In diesem Zusammenhang kommt man nicht umhin, auf die "Protokolle der Weisen von Zion" einzugehen, die 1897 veröffentlicht wurden. Ihre Herkunft ist umstritten. Nach wie vor hochaktuell, zeigen die Protokolle die Macht und die Ziele des die Menschheit verblendenden und versklavenden Illuminatentums und enthalten raffinierte und abgründige Methoden der Manipulation der Menschen und Völker.

Douglas Reed äußert die Meinung: "Die Protokolle sind zwar nicht zionistisch, aber sie sind dennoch authentische Dokumente einer Verschwörung" (S. 317). Er schreibt sie den Illuminaten zu: "Die Dokumente sind die Schriften einer schwarzen Religion, deren Grundsätze lauten: Zerstörung, Entvölkerung, Deportation, Tod ... Es ist die Doktrin der Vernichtung. Wir können sie zuerst bei der mächtigen Geheimgesellschaft der Illuminaten finden" (S. 319).

Damit ist aber nicht gesagt, daß die ein Jahrhundert später entstandenen Protokolle nicht eine starke jüdische Handschrift tragen. Reed führt selber weiter aus, daß spätestens ab den Unruhen um 1848 die Illuminaten von Juden geführt wurden. Ich zitiere ihn weiter: "In diesem Zeitpunkt war die Bewegung unter jüdische Führung gekommen ... Schon vier Jahre früher, im Jahre 1844, wußte Disraeli genau, was geschehen würde!

Er legte seinem jüdischen Helden in 'Coningsby' folgende Worte in den Mund: ‚Die mächtige Revolution, die sich zur Stunde in Deutschland vorbereitet ... und von der bis jetzt noch so wenig in England bekannt ist, reift ausschließlich unter der Lenkung von Juden heran, die heute fast ein Monopol auf alle Lehrstühle in Deutschland besitzen ... Siehst du also, mein lieber Coningsby, daß die Welt von recht verschiedenen Personen regiert wird, als diejenigen glauben, die nicht hinter die Kulissen sehen'.

Reed bringt weitere enthüllende Worte des erwähnten englischen Premierministers Disraeli in dessen 1852 erschienenem Buch *Das Leben von Lord George Bentinck*: "Der Einfluß der Juden kann im letzthin erfolgten Ausbruch des zerstörerischen Prinzips in Europa aufgezeigt werden. Da findet eine Erhebung statt, die sich gegen die Traditionen und die Aristokratie, gegen die Religion und das Privateigentum richtet. Zerstörung der semitischen Grundsätze, Ausrottung der jüdischen Religion in der mosaischen oder in der christlichen Form, die natürliche Gleichheit der Menschen und die Aufhebung des Besitzes; diese Grundsätze werden von den geheimen Gesellschaften proklamiert, die provisorische Regierungen bilden, an deren Spitze überall Männer der jüdischen Rasse stehen.

Das Volk Gottes arbeitet mit Atheisten zusammen, Männer, die im Zusammenraffen von Geld äußerstes Geschick gezeigt haben, verbünden sich mit den Kommunisten, die besondere und auserwählte Rasse reicht ihre Hand allen verworfenen und niederen Schichten in Europa, und dies alles nur, weil sie wünschen, das undankbare Christentum zu zerstören ... dessen Tyrannei sie nicht länger dulden wollen" (S. 324/325).

Folgende Worte Disraelis in Coningsby über die Jahre vor 1848 bringt Gerhard Müller: "Man beobachtet niemals eine große geistige Bewegung in Europa, an der die Juden keinen wesentlichen Anteil haben. Die ersten Jesuiten waren Juden. Die geheimnisvolle russische Diplomatie, die Westeuropa beunruhigt, ist von Juden organisiert und vornehmlich geleitet."

Der ehemalige Jesuit Dr. Alberto R. Rivera bringt eine weitere Version von der Entstehung der Protokolle. Er sei zusammen mit anderen Jesuiten darüber instruiert worden, daß romergebene Juden, von Jesuiten dazu angeleitet, die "Protokolle" geschrieben hätten.

Die drei verschiedenen Versionen der Entstehung der "Protokolle" wurden hier genannt, damit man sie überprüft, überdenkt und versucht, der Wahrheit in dieser Frage am nächsten zu kommen. Dabei brauchen nicht grundlegende Widersprüche aufzutauchen, könnten ja alle drei

Freimaurer, Juden und Jesuiten - in verschiedener Stärke an der Entstehung der "Protokolle" beteiligt sein. Es geschieht, daß viele jeweils nur eine dieser Gruppen sehen und betonen.
Wir dürfen auch nicht vergessen, daß überall dort, wo Geheimorganisationen mit im Spiel sind, die Dinge recht verborgen liegen. Es ist schwer, sie in ihrer Vielschichtigkeit und in ihren wechselnden Verbindungen und gegenseitigen Abhängigkeiten klar herauszuschälen. Wir finden hier auch den Wechsel von Freundschaften und Feindschaften, die beide bald echt, bald gespielt sein können.
Hin und wieder gibt es Machtkämpfe sowohl zwischen größeren nach Weltherrschaft strebenden Geheimorganisationen als auch zwischen kleineren Gruppen. Wir sehen so Kämpfe zwischen Faschisten und Kommunisten, zwischen Rom und Freimaurern, zwischen dem Rockefeller- und dem Rothschild-Imperium. Dies widerspricht aber keineswegs den Anschauungen Riveras noch z.B. den Aussagen dieses Buches. - In der Offenbarung des Johannes sehen wir auch, wie zwei satanische Mächte, das "Tier" und die "Hure" einander hassen (17, 16).
Nicht nur in der Politik und Wirtschaft, sondern auch in der Frage der Gottesordnungen, wie Ehe, Familie und Volk, und in der Frage der Sittlichkeit, der Psychologie usw. sind nicht wenige ungute Weichen durch von Gott abgefallene Juden gestellt worden. Manch unseliger Streit in der Gesellschaft und zwischen den Völkern ist durch sie entfacht worden. Zersetzend ist z.B. das 1912 erschienene Buch A Racial Program for The Twentieth Century (Ein Rassenprogramm für das 20. Jh.) des prominenten Schriftstellers und kommunistischen Theoretikers Israel Cohen, das in den USA Rassenkampf und Unzufriedenheit entfachen wollte und dabei rassische Integration und Mischehe propagierte.
Es wollte "den Schwarzen ins Bewußtsein einbleuen, daß sie seit Jahrhunderten von den Weißen unten gehalten wurden" und "bei den Weißen einen Schuldkomplex züchten". - Erleben wir es nicht in der Bundesrepublik Deutschland, daß Unzufriedenheit bei den Gastarbeitern geschürt und bei den Einheimischen am Schuldkomplex des "Ausländerhasses" gearbeitet wird? Und erkennen wir nicht auch die Absicht, wie bei Israel Cohen, durch Mischehen das deutsche Volk zu schwächen und dem Welt-Staat durch eine Welteinheitsrasse näher zu kommen? Etwa gemäß der Erklärung von Dr. G. Brock Chrisholm, dem ersten Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO): "Was die Menschen überall praktizieren müssen ... ist genetische Vermischung (rassische Mischehe), damit eine Rasse in einer Welt unter einer Regierung erschaffen wird" (USA Magazine, 12. 8. 1955).
Diese Ausführungen haben wohl deutlich gemacht, daß es nicht angeht, über den übergroßen Anteil des okkulten Judentums an der antichristlichen One-World-Bewegung und an den Zersetzungen, Unruhen und Sackgassen dieser Zeit zu schweigen.
Stichwortartig füge ich einen zusammenfassenden Überblick an: führende Bewegungen, wie Illuminatentum und Kommunismus, weithin von Juden gegründet und geführt, Namen wie Moses Heß, Karl Marx, Eisner und Levin, Levine und Ernst Toller - letztere als bayerische Revolutionäre, aus Ostgalizien eingeschleust -, Bela Kuhn, Trotzki, die Rothschilds, Freud, einige der "Frankfurter Schule", Kissinger, der nach Aussagen der Frau und des Sohnes des italienischen Ministerpräsidenten Moro hinter dessen Ermordung stehen soll. Dazu eine tiefgreifende Zerstörung in den Gottesordnungen und im religiösen wie sittlichen Bereich, so daß es zu einer "neuen Welt" kommt, die ein "Vorspiel der Hölle" darstellt, wie es der Titel eines meiner Bücher ausdrückt.
Nicht zuletzt finden wir eine überaus beherrschende Macht im Politischen, Wirtschaftlichen, Kulturellen und Finanziellen. Dies soll im Folgenden näher ausgeführt werden.

Jüdische Macht im Dienst der Gottfeindlichkeit

Es sei vorausgeschickt: der unverhältnismäßige, überaus hohe jüdische Anteil an der Führung in verschiedenen Lebensgebieten bedeutet nicht, daß nun all diese einflußreichen Juden aktiv für die Macht der Finsternis arbeiteten. Und es bedeutet erst recht nicht, daß das gesamte jüdi-

sche Volk es täte. Vielmehr schafft und unterstützt nur ein kleiner Teil der einflußreichen Juden bewußt dunkle Hintergrundmächte.
Noch abgesehen von ihrer hohen Hintergrund- und Untergrund-Beteiligung, sind Juden auch in der Öffentlichkeit in leitenden Stellungen überaus zahlreich vertreten. Dies liegt nicht nur daran, daß sie einander zu solchen Stellungen verhelfen, sondern auch an ihrer hohen Intelligenz und an ihrer Tüchtigkeit. So mancher möge sich da fragen, ob er nicht aus Neid die Juden bekämpft. Ein solcher Grund ist menschenunwürdig.
Über die Macht, die Juden in der Politik ausüben, wurde bereits berichtet. Hinzuzufügen ist, daß nicht nur in den Ostblockländern, sondern auch in den westlichen Ländern der jüdische Anteil an Politikern überaus hoch ist, vor allem in den USA, wo sie in einer Amtsperiode einmal sogar fast alle Minister (Staatssekretäre) stellten.
Sehr hoch ist der jüdische Anteil auch in der Wirtschaft und im Finanzwesen. Das war schon lange vor Christus so. Und zu seiner Zeit wohnten 1/4 des jüdischen Volkes bereits außerhalb Palästinas. Die Juden sind eben nicht erst durch die Tempelzerstörung "zerstreut" worden. Johannes Maier schreibt: "Die weitgespannte politischkulturelle Welt des Islam gab zugleich den Anlaß zu weiteren Zerstreuungen des Judentums, zur Ansiedlung in den verschiedenen islamischen Ländern, z.T. infolge der Entwicklung des internationalen Handels, der nunmehr weitgehend in jüdische Hände überging."
Maier berichtet weiterhin: "Zugleich breiteten sich die Juden im westeuropäischen und mitteleuropäischen Bereich aus, und zwar als willkommene und privilegierte Träger des Fernhandels im mediterranen Gebiet und darüber hinaus des Fernosthandels. In beiden Bereichen, im islamischen wie im christlichen, wurde zu dieser Zeit das Judentum zu einem vorwiegend städtischen Element". Sie hatten also eindeutig eine Vormachtstellung.
Trotz manchen gegenseitigen Verfolgungen ging es vom Altertum bis in die Neuzeit (hier noch verstärkt) so, daß in der Wirtschaft und im Finanzwesen die Juden führend blieben. Sie bleiben es auch weiterhin. Hier muß man noch einmal vor Neid und Haß warnen, die die notwendige Gemeinschaft mit allen vergiften. Man sollte andererseits aber auch verstehen, wenn Betroffenheit über die stark zunehmende jüdische Machtzusammenballung in zentralen Bereichen entsteht.
In dieser Betroffenheit hat nach dem Ersten Weltkrieg der Automobilkönig Henry Ford in Verantwortung für die USA das schon erwähnte Buch *Der internationale Jude* geschrieben. In ihm weist er auf so manche jüdische Macht- und Vormachtstellung hin: "Das Judentum ist die straffste organisierte Macht der Welt" (S. 31), "Die liederlichen Kabaretts und mitternächtlichen Vergnügen sind rein jüdische Einfuhrartikel … Folge der jüdischen Herrschaft über das amerikanische Theaterwesen ist das Erscheinen des Star-Systems" (S.233), "Die Lichtspiel-Industrie trat auf den Plan, von Anfang an ein jüdisches Unternehmen" (S. 236). So bringt Ford den Bericht eines nichtjüdischen Kinobesitzers: "Ich nahm an einer Sitzung von Lichtspiel-Besitzern in New York teil; ich war der einzige Christ. Die übrigen fünfhundert waren Juden" (S. 238).
Ford schreibt auch: "Jazz ist jüdisches Machwerk. In einem Prozeß wurde gerichtlich festgestellt, daß 80 v.H. dieser ‚populären' Lieder Eigentum von sieben jüdischen Musik-Verlagen sind, die zu einer Art Musikalien-Trust verbunden sind. Die anderen 20 v.H. gehörten ebenfalls Juden ... die sich diesem Trust nicht angeschlossen haben" (S. 306/307) und: "Die Quelle sittlicher Verwilderung ist die jüdische Gruppe Musik-Fabrikanten, welche die gesamte Produktion beherrschen" (S. 308). - Wie verhängnisvoll gewisse "moderne Musik" für unsere Zeit ist, werde ich an anderer Stelle noch ausführlich bringen.
Was also bei uns abwertend als Amerikanismus gilt, ist weithin jüdischen Ursprungs. Daß auch bei den Massenmedien der jüdische Anteil unvergleichlich hoch ist, sollte in Anbetracht dessen, welch entscheidende Rolle sie bei der Verbreitung antichristlicher Ideen spielen, sehr

zu denken geben. Es muß aber anerkannt werden, daß auch Juden selber sich gegen Pressemißbrauch stellen.
Angesichts des menschenverachtenden Umerziehungsprogramms bei uns nach dem Zweiten Weltkrieg schreibt Gerhard Müller auf derselben Seite: "Die neuen Pressebesitzer suchten nun ganz von selbst ihre Mitarbeiter und Nachfolger entsprechend aus. Damit war die Grundvoraussetzung für die Umerziehung geschaffen, getreu nach dem von dem obersten Zivilbeamten (Sheriff) der City von London, Baronett Moses Montefiori (Blumberg), auf einem internationalen Oberrat in Krakau im Jahre 1840 verkündeten Grundsatz und Programm: Was faselt ihr! Solange wir nicht die Presse der ganzen Welt in Händen haben, ist alles, was ihr tut, vergeblich; wir müssen die Zeitungen der ganzen Welt beeinflussen, um die Völker zu täuschen und zu betäuben" - siehe Karl Heise: Die Ententefreimaurerei und der Weltkrieg."
Auch auf juristischem Gebiet versucht man einzugreifen. So drängte Anfang 1985 der Zentralrat der Juden in Deutschland - stark unterstützt von der SPD und FDP - erneut darauf, daß das umstrittene Gesetz zur Auschwitzlüge verabschiedet werde. Mit ihm will man das Leugnen von Gaskammern in Konzentrationslagern und die Anzweiflung, daß 6 Millionen Juden ermordet worden seien und nicht weniger, unter Strafe stellen. Dank dem Einspruch der CDU kam es inzwischen zu einem gewissen Kompromiß, der aber auch als Kompromiß einen weiteren Schritt zur Zerstörung unserer demokratischen Spielregel und unseres Rechtswesens bedeutet.
Die vielfältige und vielschichtige Macht des Judentums wird gegen Christus und gegen uns Christen eingesetzt und dient so dem makabren Aufbau des endzeitlichen antichristlichen Reiches. Sie bedroht dadurch die Christenheit in allen Konfessionen und in aller Welt aufs äußerste. Es ist darum unerläßlich, daß wir um diese Dinge und ihre Zusammenhänge wissen. Wir haben auch die anderen zu informieren, sollten mit möglichst vielen gegen die Verführer und Zerstörer kämpfen. Dies aber nur mit den für uns Christen zulässigen Waffen.
Zugleich möchte ich aber nochmals ausdrücklich betonen, daß ich sehr auf die Heimkehr Israels zum dreieinigen Gott hoffe. Ich ringe um seine Befreiung von allem Okkulten, zu der auch diese Schrift beitragen will. Zugleich wünsche ich, daß die aufkeimende Freundschaft zwischen den leidgeprüften Menschen des jüdischen und des deutschen Volkes weiter wachse und gute Frucht bringe.

Die Heimkehr Israels

Es gibt Christen, die in der Entstehung des Staates Israel schon die in der Bibel verheißene endgültige Heimkehr Israels sehen. Sie halten daher jede Kritik am abgefallenen Judentum für einen Angriff auf Gottes Verheißungen, auf Gottes Plan. Aber die heutige Rückkehr der Juden in das Land der Verheißung geschieht nicht als Volk Gottes sondern als jüdische Nation, nicht aus religiösen sondern aus politischen Beweggründen. Die "Totengebeine", die Hesekiel geschaut und die das Volk Israel bedeuten (Hesekiel 37, 7 f.), rücken zusammen, jedoch noch bevor der Odem des Lebens, der Geist Gottes, des Herrn, in ihnen ist.
Darum sei hier Prälat Karl Hartenstein zitiert: "…was sich in Palästina ereignet, ist nichts anderes als das Anheben der letzten, antichristlichen Zeit für Israel. Die Juden haben mit den Waffen in der Hand, mit den Panzern, mit den Bomben, mit den Flugzeugen das Land der Väter erobert. Das sind nicht die Heimgekehrten, die 'gen Zion kommen werden mit Freuden'.
Was sich heute in dem Staate Israel, in Jerusalem abspielt, ist ein antichristliches Zeichen. Die Mächte des Blutes und der Gewalt, die Tiergeister haben nun auch dieses jüdische Volk an das äußerste Ende von Christus entfernt weggetrieben. Aus Jerusalem wird Sodom und Ägypten (Offenbarung 11, 8) werden. Dieses Volk wird völlig in die Hände der Geister und der Mächte dieser Welt fallen. Seht, man kann an Israel die ganze Heilsgeschichte ablesen. Dieses Volk hat sich Gott erwählt, und dieses Volk bleibt erwählt. Dieses Volk hat den Christus gekreuzigt und dieses Gericht bleibt über ihm bis zum Ende. Und dann wird die Stunde kom-

men, in der Gott auch dieses erwählte Volk als Ganzes 'heimbringen' und retten wird.
Man kann an Israel das antichristliche Angesicht unserer Zeit am allerschärfsten ausgedrückt sehen. Wenn der Jude ... in die Hände des Antichristen fällt, dann ist der Tag des Herrn nicht ferne ... Was für ein Haß ist gegen Israel aufgebrochen, und wie hat Gott uns darum gestraft, weil wir uns an dem Volk versündigt haben, das ihm gehört! Und doch ist dieser Haß auch das Zeichen des Gerichtes Gottes über Israel … an dem Haß der Völker ist in ihm der Haß gegen die Welt aufgebrochen ... es hat sich sein Land mit Gewalt genommen, und es wird alle Zeugnisse von Jesus Christus aus seinem Lande entfernen." - Wenn wir diese Sätze lesen, wird uns klar, warum es inzwischen dort das sogenannte Antimissionsgesetz gibt und warum unsere jüdischen Mitchristen mancher Gewalt ausgesetzt sind.
Gewiß kann Gott, der es mit einem "gutzumachen" (1. Mose 50, 20) und den Seinen "alle Dinge zum Besten dienen" zu lassen vermag (Römer. 8, 28), auch diesen eigenmächtigen zionistischen Staat - umgeben von gottfernen islamischen Staaten - zumindest zur äußeren Vorstufe seiner endzeitlichen Verheißungen benutzen. Dies aber rechtfertigt keine Verherrlichung des Staates Israel und kein Schweigen zum Unrecht, das dort geschieht.

E) Der antichristliche Islam

Eine weitere antichristliche Macht, die die Weltherrschaft anstrebt und an Mitgliederzahl die des christlichen Glaubens bereits erreicht hat, ist der Islam.
Zu "Christi Himmelfahrt" 1984 gab die "Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands" eine Islam Erklärung heraus, in der es u.a. heißt: "Wir erkennen im Islam aber auch eine endzeitliche antichristliche Verführungsmacht (1. Johannes 2, 18, 22), die sowohl dem alten Bundesvolk der Juden als auch der Kirche Jesu Christi widerstreitet. Ihre Gefährlichkeit liegt in ihrer täuschenden Nachahmung der biblischen Offenbarung." Dieses Wort hat die Kritik vieler eingetragen, die um den "Dialog" mit dem Islam nun bangten. Und doch mußte dieses Wort gesagt werden, besteht es doch zu Recht. Wir haben nicht nach menschlichen Wünschen, sondern nach dem Willen Gottes zu fragen.
Schon von seinen Anfängen her ist der Islam antichristlich. Mohammeds Engelerscheinungen waren okkulter, dämonischer Art. Sein eigenes Leben, das Leben eines Religionsstifters, war alles andere als vorbildlich. Er führte nicht nur ein ausschweifendes Leben mit Frauen, sondern war auch ein Massenmörder. Er schreckte selbst vor Morden in den eigenen Reihen nicht zurück. So sind auch die derzeitigen grauenhaften Ereignisse im Iran und im Sudan keine Ausnahmen, keine Entgleisungen, passen vielmehr zum Ungöttlichen und Unmenschlichen der islamischen Religion. Die drakonischen Maßnahmen, oft bei kleinen Verfehlungen, z.B. das Abhacken von Händen und Füßen oder gar das Enthaupten, zur öffentlichen Lustbarkeit gemacht, enthüllen auch den abgründigen Charakter des Islam.
Ein Wiedererwachen alter dunkler Strömungen finden wir z.B. darin, daß die palästinensischen Guerillas die Bezeichnung Fedayin für die "Todeskämpfer" wieder eingeführt haben. Dies ist eine Bezeichnung, welche die vor 900 Jahren entstandene, selbst Europa in Schrecken versetzende, mörderische Sekte der Assassinen führte. Es heißt, daß von dieser Sekte die Tempelritter stark beeinflußt worden seien. Am 3. November 1977 brachte "Die Welt" den sehr aufschlußreichen Artikel von Hermann Schäfer: "Der Alte vom Berge und sein Eden". In ihm heißt es, daß der Fedayin das Kind einer mystischen Geheimlehre und das Ergebnis einer Dressur war, nach Schäfer so etwas wie eine "Fernlenkwaffe".
Als Ordensgründer gilt nach Schäfer ein Mann namens Hassan Ben Sabbah. Er soll der Vater des politischen Attentats und der Ordensidee vom Staat im Staate gewesen sein. Auch nennt ihn Schäfer den "Erfinder des Partisanentums". All dieses wirft ein Schlaglicht auf die palästinensischen Aktionen und deckt auf, daß es wohl nicht nur um einen nationalen Befreiungskampf geht, sondern auch um eine zwielichtige internationale Sache. Die Fedayin stellen ein Fundament des internationalen Terrorismus dar. Im Assassinentum sehen wir einen weiteren

Beweis dafür, daß die Mystik eine Perversion des wahren Glaubens ist und Böses gebären kann, wie es auch jüdische Mystik, etwa bei Sabbataj Zbi, zeigte.
Wir haben fast zwei Millionen Mohammedaner, meist Türken, in der Bundesrepublik Deutschland. Dies mag man nun einem raffinierten Plan antichristlicher Mächte zuschreiben oder aber nur einer Dummheit unserer Politiker und Wirtschaftsführer. Jedenfalls bedeutet dies eine Verstärkung islamischer Propaganda, zugleich den Versuch, unsere Kultur zu unterminieren, wie wir es ja bereits durch die jüdisch-amerikanische Unkultur erleben. Das Hereinholen islamischer Massen bringt jedenfalls den vermehrten Bau von Moscheen mit sich, bei uns bereits ein paar hundert.
Sehen wir heute die Versuche, eine sog. Ökumene der Religionen zu schaffen, so hierbei auch die Bestrebungen, mit dem Islam einen Dialog zu führen. Über solche Dialoge könnte man erschrecken; denn unter dem Vorzeichen, unter dem diese Dialoge geführt werden, bedeutet auch ein Dialog mit dem Islam, daß man seinen eigenen Glauben verleugnet, um sich dem anderen, fremden Glauben nähern zu können. Bei den großen internationalen Treffen der Weltreligionen ist weder der Islam noch eine andere Religion wirklich bereit, Jesus Christus zu tolerieren.
Man will da nur ein solches Christentum zum Gesprächspartner haben, bei dem Christus zumindest in den Hintergrund gedrängt worden ist. Dem kommen Vertreter der christlichen Seite entgegen und tun so, als ob das Christentum eine unverbindliche Religion wäre, die durchaus mit in eine gemeinsame Weltreligion einmünden könnte. Hierbei gibt es sogar eine besondere Nähe zwischen Islam und Judentum.
Amin Abu Fadil schreibt in Nahostkriege, Ölwaffe und Islamerstarkung: "Synagoge und Moschee stehen sich näher, als sie häufig zugeben. Beide glauben an einen Gott in nur einer Person. Sie stehen unter einem Gesetz, das ihr ganzes Leben umfaßt, und werden nur gerecht durch die Erfüllung dieser Verordnungen. Jesus wird bei beiden als Gottessohn abgelehnt ... So treffen sich Islam und Judentum in der Ablehnung des gekreuzigten Gottes-Sohnes und laufen gemeinsam auf antichristlichen Pfaden" und nach Erwähnung auch "christlicher" Mitarbeit:
"Hinter diesen oberflächlichen Vereinigungsbestrebungen und der Nivellierung der Wahrheit lauert eine große Gefahr. Falls sich das jüdische und arabische Weltkapital vereinigen sollte, entstünde eine Weltmacht, welche radikal gegen das Lamm Gottes, das der Welt Sünde trug, vorgehen müßte. Es könnte zu einer Verfolgung wahrer Christen in allen Erdteilen kommen, schneller als wir denken, denn der Gekreuzigte hat keinen Raum in einer allgemeinen Weltreligiosität und würde zum zentralen Ärgernis für alle Vereinigungsbemühungen werden".

F) Die luziferische New-Age-Bewegung

Seit fast zwei Jahrzehnten werden hinter den Kulissen weitere unheimliche Dinge vorbereitet, um ein völlig neues Weltsystem zu etablieren. Das bedeutet für uns Christen eine äußerst ernste und weithin neue Herausforderung. Gebe Gott, daß wir uns dieser Herausforderung entschieden und sachgerecht stellen! Es haben sich verschiedene gottferne Strömungen zur New-Age-Bewegung - Neues-Zeitalter-Bewegung - zusammengeschlossen. Diese Bewegung steht in einer gewissen Verflechtung mit der One-World-Bewegung und ihren verschiedensten Gruppen, so auch mit der alternativen Szene.
Das Vorstandsmitglied einer der New-Age-Gruppen, David Spangler, schreibt in seinem Buch Gedanken über Christus über die Absichten dieser satanischen Verschwörung: "Das wahre Licht Luzifers kann man nicht durch Sorgen, Dunkelheit oder Ablehnung erblicken. Das wahre Licht dieses großen Wesens kann man nur mit den eigenen Augen sehen. Luzifer arbeitet innerhalb eines jeden von uns, um uns zur Ganzheit zu bringen! Indem wir uns auf ein neues Zeitalter hin bewegen, das das Zeitalter der menschlichen Ganzheit ist, kommt jeder irgendwie auf den Punkt, den ich luziferische Weihe nenne, es ist ein Punkt, dem sich viele Men-

schen gegenübersehen werden, denn er bedeutet die Initiierung des Neuen Zeitalters."
Die Lüge verdrängt die Wahrheit. Hier wird Jesus neben Buddha und Konfuzius gestellt als einer von vielen Meistern. Ungezählte Millionen Menschen werden von der New-Age-Bewegung bearbeitet, um diese östliche okkulte Pseudoreligion zu schlucken.
Wie die Neue Weltordnung und andere Schlagwörter, die das gleiche aussagen, ist auch das Neue Zeitalter somit bewußt luziferisch, also antichristlich. Darum haben wir es zu beachten, daß nicht nur verschiedene andere einweltlerische Gruppen, sondern auch viele der Organisationen des New Age - auch nach eigener Aussage Luzifer an die Macht bringen wollen. All dies geschieht unter schärfster Bekämpfung Jesu Christi und des christlichen Glaubens.
Im Materialdienst der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen lesen wir unter New Age - Das Zeitalter des Wassermannes von Hans Jürgen Ruppert:
"Seit dem Ende der 70er Jahre hat eine neue Woge des Okkultismus, der immerwährenden Gnosis und fernöstlicher Weltanschauung die ganze westliche Welt erreicht und in Verbindung mit der humanistischen Psychologie und moderner naturwissenschaftlicher Theorien ein neues, religiöses Bewußtsein hervorgebracht: das New-Age-Bewußtsein. Bestseller wie Fritjof Capras 'Wendezeit' und 'Die sanfte Verschwörung' von Marilyn Ferguson haben dieses Bewußtsein in weiteste gesellschaftliche Schichten getragen und bieten sich der heutigen Generation als Überlebensentwürfe an. Im neuen Zeitalter des Wassermannes soll alles besser werden.
Diese Vorstellung eines das christliche Fisch-Zeitalter ablösenden Wassermann-Zeitalters ist gegenwärtig eine der wichtigsten Ideen, mit denen die esoterisch-okkulten Traditionen auf zahlreiche, religiöse Neuaufbrüche einwirken, vorzugsweise auch auf die sog. New-Age-Gruppen der 'Alternativkultur'."
Als Quellen der New-Age-Spiritualität nennt der Artikel: "Hinduistische und buddhistische Philosophie, Schamanismus, Okkultismus, hermetisch-gnostische Traditionen, moderne Psychologie, besonders ihre Bewußtseins-Theorien". Weiter heißt es in ihm: "Eine der Hauptideen, auf deren Basis der religiöse und weltanschauliche Synkretismus erfolgt, ist das 'Ganzheitsdenken', auch 'holistische Weltsicht' genannt…" Ferner heißt es: "Mit dem Übergang von der christlichen Zeitrechnung oder von der christlichen Eschatologie zur astrologischen Zeitrechnung des Wassermann-Zeitalters vollzieht sich im New-Age-Bewußtsein ein sehr bedeutsamer Umschwung zu einem kosmischen Kreislaufdenken …"
Wie ist diese Bewegung kurz zu beschreiben? Um es ganz einfach zu umreißen: Die New-Age-Bewegung ist eine vielgestaltige Strömung von Vereinigungen, Organisationen und Individuen, die alle bestrebt sind, in unserer Gesellschaft ein Neues Zeitalter der Erleuchtung und Harmonie einzuführen. Das einigende Band unter ihnen ist der Wunsch nach Förderung einer neuen Weltanschauung auf der Basis eines Gemischs aus humanistischer Ethik, den Idealen ganzheitlicher Heilung, der 'Human-Potential-Bewegung' und traditionellen östlichen Religionen (Hinduismus, Zen, Sufismus, Tibetischer Buddhismus), um dadurch der Menschheit neue Lebenskräfte zuzuführen.
Viele Menschen sehen optimistisch der Morgenröte eines Neuen Zeitalters entgegen, einem totalen Umschwung im Denken, im Erkennen und in der Entwicklung der Menschheit. Das bevorstehende Neue Zeitalter wird auch als eine wirklich neue Stufe in der Evolution der Menschheit betrachtet. … Ein allen gemeinsamer Begriff ist Transformation: das Neue Zeitalter wird nicht einfach nur neue Ideen einführen - es wird einen neuen Geist bringen.
Bereits diese Zitate zeigen, daß wir uns mit dieser besonders antichristlichen Bewegung unnachgiebig auseinandersetzen müssen, vor ihr zu warnen haben, soweit und soviel wir können. Um so mehr, als sich schon jetzt eine gewisse Erweichung in der Kirche gegenüber diesem antichristlichen Geist zeigt. Gottfried Küenzlen schreibt in seinem aufschlußreichen Artikel Wendezeit - oder Die sanfte Verschwörung: "Hier werden mitunter Ideen und Weltbilder

mitgeliefert, die nicht allein unserer Kultur und der in ihr wichtig gewordenen Auffassung vom Menschen fremd sind, die vor allem auch fremd sind der Botschaft des Evangeliums.
Es ist sehr an der Zeit, vor einer zunehmenden, unter synkretistischen Vorzeichen stehenden Verwischung der Welt- und Menschenbilder zu warnen. … Schon bildet sich nämlich bis in unseren evangelisch-kirchlichen Raum herein eine weltanschauliche Grauzone, in der die Geister nicht mehr leicht zu scheiden sind. Da wird uns Jesus als 'Schamane' gepriesen, da gibt es Pfarrer, die sich im dumpfen Lichte des Okkultismus einnisten, da bedient man sich der Parapsychologie als Glaubensstütze, da gibt es Theologen, die in der Bhagwan-Bewegung eine mit dem Evangelium in Einklang zu bringende spirituelle Möglichkeit sehen."

Die 'Sanfte Verschwörung' hat begonnen

Weltweite politische und wirtschaftliche Verschwörungen können mit okkult-religiösen und weltanschaulichen Verschwörungen durchaus Hand in Hand gehen und sich gegenseitig hochtreiben. Hinter beidem steht der Ursprung und Koordinator alles Bösen: der Satan. Darum sind all diese Verschwörungen vor allem gegen Christus und die Seinen gerichtet. Angesichts des Endzeitlichen haben wir nicht nur an die spezifische One-World-Bewegung zu denken, sondern auch an solche "sanfte Verschwörungen". Wir haben da aufzuklären und die Waffe des "Wortes" zu gebrauchen.
Gewiß soll es keine "ängstlichen" und voreiligen Abgrenzungen geben. Aber wir müssen uns sachgemäß und entschieden abgrenzen, wo es angebracht ist. Dies ist um so nötiger, als der Charakter der New-Age-Bewegung letztlich antichristlich ist, sie mehr oder weniger Luzifer zur Macht verhelfen will.
In den Anfängen dieser Bewegung wurde zur Verbreitung ihrer umfangreichen Schriften 1922 die Lucifer Publishing Company (später Lucis Trust genannt) gegründet. Dies zeigt, daß diese Bewegung, die erst in den letzten Jahrzehnten flutartig die Welt überschwemmt, schon von Anbeginn Luzifer auf den Thron setzen will. Plante sie bereits damals die Errichtung eines "Neuen Zeitalters" und einer "Neuen Weltordnung" - ein nun geläufiges Wort -, so eben als Herrschaftsbereich Luzifers.
In den "Diagnosen" vom Oktober 1984 finden sich interessante Hinweise: "Der Lucis Trust ist in der Zentrale für Public Informations der UNO anerkannt und bei deren Versammlungen in Genf und New York vertreten. Beratende Funktionen in der UNO haben ein ganzes Heer von okkulten Gesellschaften. Der okkulte Charakter der UNO wird besonders deutlich am Meditations-Raum im UNO-Gebäude: In der Mitte des Raumes steht das 'All-Seeing-Eye' Luzifers, wie auf der Ein-Dollar-Pyramide ... Der Lucis Trust ist hauptsächlich an der Planung eines Welttempels in Washington beteiligt.
Die Temple of Understanding ist für alle sechs Weltreligionen geplant in der Form eines sechseckigen Sterns (Hexagramm) ... In der Liste der Sponsoren, die dieses Projekt unterstützen ... Professor Helmut Gollwitzer ... Der Lucis Trust gibt auch die sogenannte 'Große Invokation' heraus, eine Art der Anrufung der Gottheit (Lucifer), die weltweit verbreitet wird und das Vaterunser ablösen soll."

2. Kapitel

Zerstörerische Ziele und Werke der One-World-Bewegung auf dem Wege zum "Weltstaat" und der "Weltkirche"

A) Gotteshaß

Bereits die Französische Revolution - unter dem Einfluß weit früherer Gottesfeinde und gegengöttlicher Strömungen - wollte die Abschaffung Gottes, und damit des Christentums. Dies zeigt, daß es bei den einweltlerischen Bewegungen nicht um Atheismus, d.h. Gottlosigkeit geht, sondern im Grunde um Antitheismus, d.h. Gottesfeindschaft (anti heißt an Stelle von - und damit - gegen = Antichristus.
Dort, wo man noch von "Gott" spricht, wie weithin im Freimaurertum, handelt es sich nicht

um unseren dreieinigen Gott, sondern um eine Schöpfung des Menschen. In ihr will sich der Mensch selber verherrlichen.
So wie Symbole, Fahnen, "Führer" und dgl. der eigenen Machterhöhung dienen können, soll auch dieser vom Menschen erschaffene "Gott" seiner Machterhöhung dienen. Zugleich bekämpft man den wahren Gott, wenn auch versteckter und unter edel klingenden Parolen, die abfällig von versklavenden Dogmen sprechen und unserem Gottesglauben Intoleranz vorwerfen. Letztlich weiß man um Gott, und da man gegen ihn steht, verbündet man sich mit seinem Gegenspieler. So entstehen Satanskulte und das Bemühen, Luzifer auf den Thron zu heben.
Verhängnisvoll, daß das liberal genannte Gottesbild der Ein-Weltler auch zur Unterwanderung der Kirche benutzt wird. Die Kirche läßt es sich weithin nicht nur gefallen, sondern arbeitet zum Teil selber an der Abschaffung des wahren Gottesbildes mit. Wir brauchen nur an die *Gott ist tot Theologie* zu denken oder an den jüngst entstandenen Feminismus mit seiner Bekämpfung des "Vatergottes" und seiner Hereinholung von "Göttinnen".
Die One-World-Bewegung versucht, den Glauben von innen her langsam auszuhöhlen, indem man etwa Gott unter der Hand mit einem Gegengott, letztlich mit Luzifer, vertauscht. Ein bloßer Atheismus, der nicht gegen Gott für Luzifers Thronbesteigung kämpft, wird im Grunde abgelehnt. Es werden aber oft zugleich äußere Versuche der Einschüchterung und Umfunktionierung unternommen. Es wird Druck von außen ausgeübt bis hin zu Verfolgungen, oder man setzt - wie im Osten - geschickt eigene Leute als Kirchenführer ein.
Gotteshaß und Christushaß heißen zugleich: Christenhaß. Schon Jesus selber sagte an einigen Stellen, daß "die Welt, so wie ihn, so auch die Seinen haßt" (Johannes 15, 18 ff.; Johannes 17, 14 ff.). Unter Welt versteht die Bibel eine personhafte, von der Menschenwelt und von Dämonen gebildete, gegen Gott stehende Macht. Welt ist also nicht gleich Schöpfung.
Diese Welt verfolgt nun Christus und die Seinen in einem noch nie dagewesenen Maße. Daß in einer Zeit der größten Christenverfolgungen christliche Brüder und Schwestern und selbst ganze Kirchen von der satt gewordenen Christenheit im Stich gelassen werden und es womöglich erleben, daß man mit ihren Peinigern paktiert, sich anbiedert und antichristlichen Bewegungen auch noch den Weg ebnet, gehört zu den schwärzesten Kapiteln der gesamten Kirchengeschichte.

Der Kampf gegen unser deutsches Volk und die Völker

Um die Menschen leichter beherrschen und leichter unter die Sklaverei des Welt-Staates bringen zu können, versucht man nicht nur Ehe und Familie zu zerstören, sondern auch jegliches Volksbewußtsein. Hierzu bedient man sich der Völker- und Rassenvermischung, zugleich mit dem gewünschten Nebeneffekt, daß es so nicht nur zu sozialen Spannungen, sondern auch zu völkischen und rassischen Spannungen kommt, die das gewünschte Chaos vermehren.
Der Kampf der Illuminaten ging seit ca. einem Jahrhundert besonders gegen Europas Mitte, d.h. gegen das deutsche Volk und hat - bei aller deutschen Mitschuld - zwei Weltkriege über uns und andere Völker gebracht. Schon über die Anfänge dieser Einkreisung und Zerstörung schreibt überzeugend Heinz Pfeifer in *Brüder des Schattens*.
Im Zweiten Weltkrieg paktierte der US-Präsident Roosevelt, der weithin die Haupttriebfeder dieses Krieges war, sogar mit der Mafia auf Sizilien. Auch sonst arbeiten in den USA Illuminaten mit Gangstern zusammen. Der internationale Terrorismus ist ebenfalls zu einem großen Teil ein Werk der Illuminaten.
Weitreichende üble Auswirkungen hat die illuminatistische Umerziehung des deutschen Volkes nach 1945. Zudem haben wir nun in Ost- wie in Westdeutschland zumindest praktisch den Status einer Kolonie und schweigen in Staat, Gesellschaft und Kirche fast völlig zur andauernden Deutschenhetze selbst unserer "Verbündeter", z.B. durch Filme. Wir schweigen auch zur Unterdrückung der Auslandsdeutschen innerhalb und außerhalb des - juristisch noch gültigen - Reichsgebiets und kümmern uns kaum um die vielen weiteren Deutschen in Europa

und Übersee. Schon dadurch wird das angestrebte Europa, sofern es nicht zu einer grundlegenden Sinnesänderung auf allen Seiten kommt, zu einer Farce.
Wie es z.B. den Deutschen in Oberschlesien ergeht, können wir den Worten von Dr. Herbert Czaja, MdB, entnehmen (Unser Oberschlesien, 25. Januar 1985): "… besonders die über 800.000 Deutschen sind unterdrückt und verfolgt. Die tiefgläubigen Menschen hatten keinen deutschen Weihnachts-Gottesdienst. Sie durften keine deutschen Weihnachtslieder öffentlich singen. Kinder und Enkel werden mit geistigem und physischem Zwang ihrem Volkstum entfremdet; es gibt in den Schulen nicht einmal Deutsch als Fremdsprache. Mutige Anträge jugendlicher Deutscher auf Genehmigung deutschen Privatunterrichts und auf kulturelle deutsche Vereinigungen werden abgelehnt und mit Verfolgung beantwortet. …"
Unter der Überschrift Deutsche Protestanten unter massivem Druck steht folgende Nachricht: "Deutsche Protestanten sind in Polen massivem Druck ausgesetzt. Sie leiden unter wirtschaftlichen Benachteiligungen, einer deutschfeindlichen Entnationalisierungspolitik und unter der Herabwürdigung durch unduldsame katholische Polen. Darauf hat der Ostexperte Dr. jur. Christian Th. Stoll bei der Frühjahrstagung des Iserlohner Kreises der Gemeinschaft evangelischer Schlesier in Wertheim am Main hingewiesen. Nur in Niederschlesien und in Pommern, wo einige Tausende meist evangelische Deutsche lebten, sei es erlaubt, deutschsprachige Gottesdienste zu feiern und sich in der Muttersprache zu unterhalten. ..."
Stoll kritisierte, daß die Existenz einer deutschen Minderheit im polnischen Herrschaftsbereich tabuisiert werde. Westliche Menschenrechtsorganisationen, die Gefangene und Verfolgte in der ganzen Welt betreuten, nähmen die Menschenrechtsverletzungen von Polen an Deutschen überhaupt nicht zur Kenntnis.
Stoll, der als Richter in Hildesheim tätig ist, wörtlich: Wer mobilisiert die Weltöffentlichkeit und fordert die Menschenrechte für unsere so alleingelassenen Landsleute?
Nach Angaben Stolls leben noch rund eine Million Deutsche in den Oder-Neiße-Gebieten und im Danziger Gebiet sowie etwa 100.000 Deutsche in den angrenzenden Gebieten Ost-Oberschlesiens und im übrigen Polen. Eine Verständigung mit dem polnischen Volk ist sehr wichtig. Aber dies darf nie und nimmer auf Kosten der Wahrheit und Liebe geschehen."
Nicht nur im Osten, sondern auch im Westen - Südtirol und Elsaß-Lothringen - werden die Deutschen unterdrückt. Und tiefes Schweigen bei allen Lobgesängen auf Europa, das als ein Europa der Völker so wünschenswert wäre!
Der Kampf der Illuminaten gegen unser Volk und andere Völker geht weiter. … Daß diese Machenschaften schon frühzeitig auch gegen Mitteleuropa zielten, geht aus dem genannten Plan Pike's hervor. Von dort aus muß man auch die beiden Weltkriege und unser deutsches Schicksal verstehen.
Dieser Plan wurde in einem Brief an Giuseppe Mazzini vom 15. August 1871 in anschaulichen Einzelheiten von Albert Pike, dem souveränen Großmeister des Altertümlichen und Anerkannten Schottischen Ritus der Freimaurerei und obersten Illuminaten in Amerika, dargelegt. Pike schrieb, der Erste Weltkrieg sollte zusammengebraut werden, um das zaristische Rußland zu zerstören - und dieses weite Land unter die unmittelbare Kontrolle der Illuminaten-Agenten zu bringen. Rußland sollte dann als Buhmann benutzt werden, um die Ziele der Illuminaten weltweit zu fördern. Weltkrieg Nummer 2 sollte über die Manipulation der zwischen den deutschen Nationalisten und den Politischen Zionisten herrschenden Meinungsverschiedenheiten fabriziert werden. Daraus sollte sich eine Ausdehnung des russischen Einflußbereiches und die Gründung eines Staates Israel in Palästina ergeben.
Der Dritte Weltkrieg sollte dem Plan zufolge sich aus den Meinungsverschiedenheiten ergeben, die die Illuminaten-Agenten zwischen den Zionisten und den Arabern hervorrufen würden. Es wurde die weltweite Ausdehnung des Konfliktes geplant."
Wie genau ist dieser Plan erfüllt worden, der über hundert Jahre zurückliegt! Daß Pike über

40 Jahre vor 1914 von der Zerstörung des zaristischen Bußlands und von dem noch andauernden Gebrauch des illuministischen Rußlands als "Buhmann" schreiben konnte, 70 Jahre vor 1939 vom Konflikt zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und dem Weltjudentum und von der Gründung Israels und 80 Jahre vor den noch aktuellen Spannungen zwischen Israel und den Arabern, müßte man entweder auf eine mehr als erstaunliche prophetische Gabe bei Pike zurückführen, oder auf Planungen einer Macht, die die Weltgeschichte bis in Einzelheiten fest im Griffe hat, so daß sich die Konflikte der Weltkriege - bei aller Mitschuld der Beteiligten - fast zwangsläufig ergaben.
Bei aller deutschen Mitschuld ist das entscheidende Übel doch von außen geschehen: der von Pike erwähnte Plan, die Mitte auszuschalten, die Ausführung dieses Planes - etwa durch das Versailler Diktat - und dann die Unterstützung des Nationalsozialismus durch die den Zweiten Weltkrieg vorbereitenden 'International Bankers'. So ist das deutsche Volk durch Ränke von außen und durch innerliche Verführung durch die One-World-Bewegung niedergezwungen worden, und wird es noch heute, so daß man dem deutschen Volk nicht die Hauptschuld, geschweige denn die Alleinschuld geben kann.
Es ist für viele beschämend, daß sich bereits nach dem Ersten Weltkrieg ausgerechnet Reichsaußenminister Walther Rathenau - deutscher Jude mit einem glühenden Herzen für Deutschland, am 24. Juni 1922 ermordet - gegen die Zerstörung Deutschlands und damit gegen kommende Kriege und Versklavung der Völker wandte. Seine verschiedenen Schriften sind hierbei nicht nur historisch, sondern hochaktuell. In Gerhard Müllers Überstaatliche Machtpolitik steht im Hinblick auf das deutsche Volk:
"Über die Zukunft schreibt Walther Rathenau in seiner Schrift Nach der Flut. …
'Den Völkern der Erde, denen, die neutral, und denen, die befreundet waren, den freien überseeischen Staaten, den jungen Staatsgebilden, die neu entstanden sind, den Nationen unserer bisherigen Feinde, den Völkern, die sind, und denen, die nach uns kommen, in tiefem, feierlichem Schmerz, in der Wehmut des Scheidens und in flammender Klage rufen wir das Wort in ihre Seele:
Wir werden vernichtet. Deutschlands lebendiger Leib und Geist werden getötet. Millionen deutscher Menschen werden in Not und Tod, in Heimatlosigkeit, Sklaverei und Verzweiflung getrieben. Eines der geistigen Völker im Kreise der Erde verlischt. Seine Mütter, seine Kinder, seine Ungeborenen werden zu Tode getroffen.
Wir werden vernichtet von Brudervölkern europäischen Blutes, die sich zu Gott und zu Christus bekennen, deren Leben und Verfassung auf Sittlichkeit beruht, die sich auf Menschlichkeit, Ritterlichkeit und Zivilisation berufen, die um vergossenes Menschenblut trauern, die den Frieden der Gerechtigkeit verkünden, die die Verantwortung für das Schicksal des Erdkreises tragen. Wehe dem und seiner Seele, der es wagt, dieses Blutgericht Gerechtigkeit zu nennen. Habt Mut, sprecht es aus, nennt es bei seinem Namen: es heißt Rache.
… darf um der Rache willen ein Volk der Erde von seinen Brudervölkern vernichtet werden, und wäre es das letzte und armseligste aller Völker?
… Wenn dieses Ungeheure geschieht, gegen das der schrecklichste aller Kriege nur ein Vorspiel war, so soll die Welt wissen, was geschieht, sie soll wissen, was sie zu tun im Begriffe steht. Sie soll niemals sagen dürfen: wir haben es nicht gewußt, wir haben es nicht gewollt.
Sie soll vor dem Angesicht Gottes und vor der Verantwortung der Ewigkeit ruhig und kalt das Wort aussprechen: wir wissen es und wir wollen es" (S. 253/254), ferner: "… Der deutsche Geist, der für die Welt gesungen und gedacht hat, wird Vergangenheit. Ein Volk, das Gott zum Leben geschaffen hat, das noch heute jung und stark ist, lebt und ist tot.
Es gibt Franzosen, die sagen: dies Volk sterbe. Wir wollen nie mehr einen starken Nachbar haben.
Es gibt Engländer, die sagen: dies Volk sterbe. Wir wollen nie mehr einen kontinentalen Ne-

benbuhler haben.
Es gibt Amerikaner, die sagen: dies Volk sterbe. Wir wollen nie mehr einen Konkurrenten der Wirtschaft haben.
… Wenn die Furchtsamen, die Neidischen und die Rachsüchtigen in einer einzigen Stunde, in der Stunde der Entscheidung, siegen und die drei großen Staatsmänner ihrer Nationen mit sich reißen, ist das Schicksal erfüllt.
Dann ist aus dem Gewölbe Europas der einstmals stärkste Stein zermalmt, dann ist die Grenze Asiens an den Rhein gerückt, dann reicht der Balkan bis zur Nordsee. Dann wird eine Horde von Verzweifelten, ein uneuropäischer Wirtschaftsgeist vor den Toren der westlichen Zivilisation lagern, der nicht mit Waffen, sondern mit Ansteckung die gesicherten Nationen bedroht.
Nie kann aus Unrecht Recht und Glück entstehen.
Das Unrecht seiner Abhängigkeit und Unselbständigkeit, das Deutschland schuldlos auf sich lud, büßen wir, wie nie ein Unrecht gebüßt worden ist. Wenn aber die westlichen Nationen in ruhiger, kalter Überlegung aus Vorsicht, Interesse oder Rachegefühl Deutschland langsam töten und diese Tat Gerechtigkeit nennen, indem sie ein neues Leben der Völker, einen ewigen Frieden der Versöhnung und einen Völkerbund verkünden, so wird Gerechtigkeit nie wieder sein, was sie ist, und niemals wieder wird die Menschheit froh werden, trotz aller Triumphe.
Ein Bleigewicht wird auf dem Planeten liegen, und die kommenden Geschlechter werden mit einem Gewissen geboren werden, das nicht mehr frei ist. Die Kette der Schuld, die jetzt noch zerschnitten werden kann, wird unzerreißbar und unendlich den Leib der Erde umschnüren. Der Zwist und Streit der künftigen Epoche wird bitterer sein als je zuvor, weil er mit dem Gefühl des gemeinsamen Unrechts getränkt worden ist.
… Eine einzige große Frage des Bekenntnisses sollte den siegreichen, zivilisierten und religiösen Nationen gestellt werden.
Diese Frage lautet: Menschlichkeit oder Gewalt? Versöhnung oder Rache? Freiheit oder Unterdrückung?
Menschen aller Völker bedenkt es! Diese Stunde entscheidet nicht nur über uns Deutsche, sie entscheidet über uns und euch, über uns alle. Entscheidet sie gegen uns, so werden wir unser Schicksal tragen und in die irdische Vernichtung gehen.
Unsere Klage werdet ihr nicht hören. Dennoch wird sie da gehört werden, wo noch nie eine Klage aus Menschenbrust ungehört verhallte" (S. 255/256).
Wie sehr ist durch die dann doch erfolgte Entscheidung für Gewalt, Rache und Unterdrückung die "Gerechtigkeit" noch mehr belastet und das Gewissen unfrei geworden!
Dieser bewegten, prophetischen Klage fügt Müller hinzu: "26 Jahre später, 1945, und in den folgenden Jahren 'ziehen deutsche Füße über die Erde und suchen Heimat' (S. 258/259).
Rathenau hat mit diesen immer noch hochaktuellen und ins Herz gehenden Worten, wie sie in der Weltliteratur selten zu finden sind, die Verknüpfung des Schicksals der Völker mit dem unseres Volkes anschaulich gemacht. Auch hat er unserem Volk seinen ihm zugedachten besonderen Weg nahegelegt, leider vergeblich. Schon die Einzigartigkeit dieser Dokumente rechtfertigen es, sie der Vergangenheit zu entreißen. Auch heute haben sie uns viel zu sagen.
Dieser Aufruf zur Versöhnung ist der Ruf eines deutschen Juden, der zudem seine Heimat Deutschland so liebt, wie wir diese Heimat auch lieben sollten. Auch dies möge uns Deutschen die deutschen Juden, die doch zu uns gehörten und gehören, nahe bringen und uns ihre Tragödie besser verstehen lehren.
Nach diesem Vorbild, das uns Rathenau so eindrucksvoll bietet, sollten wir handeln. Gerade wir als Christen sollten gemäß Matthäus 5, 9 "Friedensstifter" sein und für die Wahrheit eintreten. Wir sollten weder die Schuld unseres Volkes leugnen noch falsche Beschuldigungen unseres Volkes wie die anderer Völker dulden. Wir sollten vielmehr überall für Verständi-

gung, Versöhnung, für die Schließung der Kluft (z.B. zwischen Juden und uns Deutschen) eintreten und gemeinsam gegen die Zerstörung und gegen die Zerstörer der Menschheit vorgehen.
Eine echte und dauerhafte Versöhnung setzt aber voraus, daß man einander auf dem Boden der Wahrheit begegnet. Auch und gerade Fragen der Vergangenheit gehören in Wahrhaftigkeit untersucht und erörtert. Nur so können sie bewältigt werden. Diese Bewältigung aber ist auch notwendig, um gemeinsam stark zu sein im Kampf gegen die Zerstörer der Völker in Abwehr und Angriff.
Wir alle sollten es endlich wieder lernen, allein nach dem Willen Jesu Christi zu fragen und allem Opportunismus aus dem Weg zu gehen. Gewiß ist das nicht leicht. Im Gegenteil, es fällt manchmal bitter schwer, das, was "ankommt", was "in" ist, fallenzulassen und Jesus zu folgen. Aber Jesu Weg sollte unser Weg sein

b) Der sich ausweitende Mord an den Ungeborenen

In manchen Staaten erreicht die Zahl der Abtreibungen bereits die Zahl der Geburten. In den letzten Jahren sind in der ganzen Welt 50 Millionen Abtreibungen vorgenommen wurden, das heißt, 50 Millionen entsetzlicher Morde. Wir werden so mehr und mehr zu einer Gesellschaft von Massenmördern. Durch Schwarzweißmalerei von einer Bevölkerungsexplosion durch den "Club of Rome", durch die Weltbank, durch das Rockefeller-Imperium und bei uns etwa durch "Pro familia", die sich "Anti familia" nennen sollte, wird durch Wort und Tat dieser Massenvernichtung, diesem größten "Holocaust" der Weg geebnet.
Da dieses Gott- und Menschenwidrige auch damit bemäntelt wird, es handle sich bei den Ungeborenen zumindest in den ersten Monaten noch nicht um Menschen, schrieb ich bereits im September 1971 u.a.: "Die ganze Fragestellung mit den vielschichtigen Diskussionen darüber, bis zu welchem Monat man noch keinen Mord begehe, ist unzureichend. Selbst wenn man sehr spät oder erst mit der Geburt 'Mensch' würde, ließe es sich doch nicht bestreiten: ein Embryo erreichte ohne Abtreibung diesen Zeitpunkt und käme zur Ausübung seines vollen Menschseins. Wir haben nicht nur den Embryo zum Zeitpunkt der Abtreibung zu sehen, sondern auch seine weiteren Möglichkeiten, die er ohne Abtreibung doch haben würde.
Wir haben auch da den ganzen Menschen zu sehen, seine ganze Lebensgeschichte, die wir nicht willkürlich unterbrechen und damit beenden dürfen. Mit welch einem Recht versagen wir auch nur einem einzigen den Eintritt ins Leben, vereiteln seine mit der Befruchtung gegebene Bestimmung zum Leben? So ist schon der Zeitpunkt der Befruchtung maßgebend. Von da ab ist eine jede Abtreibung Mord. Es ist unmenschlich und undemokratisch, den Betroffenen selber zu seinem Lebensrecht nicht zu hören, sein Anliegen nicht zu vertreten. Nicht nur für uns Christen ist hier das Wort verbindlich: "Tue deinen Mund auf für die Stummen und die Sachen aller, die verlassen sind" (Sprüche 31, 8).

Zum verhängnisvollen Schweigen der Christenheit

Besonders schmerzlich ist das Verhalten des überwiegenden Teils der Christenheit - das von einzelnen Christen, von Gemeinschaften, von Kirchen und von Verantwortlichen in ihnen - in diesen Zeiten schlimmster Verführungsmächte: weithin ein Schweigen und Im-Stich-Lassen wie auch ein Unterstützen bedenklicher Bestrebungen. Und beides dient dem Vormarsch endzeitlicher antichristlicher Mächte.
Wo die Liebe erkaltet und die Wahrheit sich verflüchtigt, betrachten viele bereits das Gespräch mit anderen nur unter dem Standpunkt der Nützlichkeit. Sie meiden vor allem das Gespräch mit "Unbequemen", fragen letztlich nichts nach einem Zusammenhalten, nach Gemeinschaft und sehen auch ihre "christlichen" Aktivitäten unter dem Gesichtspunkt ihrer "frommen" oder "humanitären" Karriere. Viele, die als vorbildliche Christen gelten, lassen in Wirklichkeit ihre Brüder und Schwestern bitter allein.
Man schweigt aber oft nicht nur zu aufklärerischen Tätigkeiten von Mahnern, sondern ver-

schweigt auch Tatbestände, die dem Ansehen der One-World-Bewegung schaden könnten. So kommt es auch in der Kirche zu einer einseitigen Geschichtsbetrachtung wie auch zu einem Alleinlassen von Glaubensbrüdern und -schwestern und auch von Nichtchristen in vielen Teilen der Welt, besonders im kommunistischen Machtbereich.
Da geschieht es sogar, daß man nicht nur über ihr Schicksal schweigt, sondern überdies diejenigen noch angreift, die auf deren leidvolles Schicksal aufmerksam machen. Während man - in unseliger Vermischung von Glaube und Politik fast nur und dazu beständig Südafrika, Südkorea und manche mittelamerikanische Staaten heftig angreift, wiewohl in ihnen weit weniger Schlimmes als in gewissen kommunistischen Staaten geschieht, schweigt man zu den millionenfachen Morden und körperlichen und seelischen Vergewaltigungen im kommunistischen Machtbereich beharrlich.
Eine Heuchelei und eine Taktik, die weithin die Unterstützung kirchlicher Medien genießen und hinab bis auf die Gemeindeebene wuchern. Es ist ein tödliches Schweigen, ein Schweigen, das schlimme Zerstörungen in der Kirche anrichtet.
Wer im kommunistischen Machtbereich unter Einsatz seines Lebens Appelle an seine Glaubensbrüder im nichtkommunistischen Teil der Welt mit erschütternden Informationen richtet, wird in der westlichen Christenheit kaum gehört. Er wird nicht nur von kleinen Gruppen nicht gehört, sondern auch von großen Kirchenverbänden nicht.
So richtete Vladimir Rusak, Diakon der Russischen Orthodoxen Kirche, einen "Offenen Brief an die Delegierten der 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver vom 24.7.-10.8.1983″. In ihm stehen die bezeichnenden Worte: "Es ist auch schwer vorstellbar, daß mein Brief an einer der Sitzungen der Vollversammlung verlesen wird. Schwierig ist der Weg zu Ihnen, sehr schwierig. Schwieriger als zu Gott. Aber ich kann nicht schweigen."
Hierzu schrieb die Schriftleitung von "Erneuerung und Abwehr": "Neben der 'großen' Rede von Dorothee Sölle auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates, die viel kommentiert wurde, hat man in Vancouver die Briefe vieler Christen aus Osteuropa verschwiegen. Was nicht sein darf, ist eben nicht!" Kommentar überflüssig. Denn von einer Kirchenversammlung eines Gremiums, das mit Weltverschwörern und Luzifer-Verehrern gemeinsame Sache macht, den Kommunismus - auch durch derartige Manipulationen - deckt und sein Anliegen weltweit unterstützt, konnte man kaum etwas anderes erwarten.
Man konnte es kaum erwarten, daß sie, im Unterschiede zum großen Geschrei bei weit kleineren Verfehlungen im Westen, für Brüder und Schwestern unter kommunistischem Joch auch nur ein wenig die Stimme erhebt. Es sollte aber uns allen so gehen, daß wir sagen: "Aber ich kann nicht schweigen."

3. Kapitel: Der Sieg über die Finsternis

Diese vielen erschreckenden Beispiele und mein unablässiges Ringen mit den Verführungsmächten zeigen, daß ich durch die Gnade Jesu Christi nicht aufgegeben, nicht resigniert habe. So mancher meiner Amtsbrüder ist still geworden und hat sich zurückgezogen und läßt die Kämpfenden allein.
Ich finde, daß wir nicht zu fragen haben, wie spät es sei, auch nicht, ob es bereits zu spät sei. Wir haben bis zuletzt, bis ER wiederkommt - auch in den Zeiten des Antichristen hindurch - Jesus Christus nachzufolgen in Verkündigung und in Taten und im Wandel. Er ist Sieger, die letzte Zukunft gehört Ihm!
Darum, auch wenn wir Verwüstungen und Zerstörungen, selbst in der Kirche, sehen und bitter erleben müssen, wie die Liebe erkaltet und die Wahrheit überaus käuflich wird, besteht doch kein Grund zur Resignation. Lesen wir die Offenbarung Johannes mit geöffneten Augen, so erkennen wir, daß es genauso kommen "muß". Wir erfahren, daß uns kein äußerer Sieg über die Mächte der Finsternis verheißen ist: so wenig wie ein ewiges, einiges Friedensreich, so

wenig eine verchristlichte Welt. Vielmehr werden die Gläubigen besonderen Unterdrückungen und Benachteiligungen ausgesetzt werden, denken wir etwa an die Stelle 13, 15 ff., wo es vom "anderen Tier" heißt:
Es ward ihm gegeben, daß es dem Bilde des Tiers den Geist gab, daß des Tiers Bild redete und machte, daß alle, welche nicht des Tiers Bild anbeteten, getötet würden. Und es macht, daß die Kleinen und Großen, die Reichen und Armen, die Freien und Knechte - allesamt sich ein Malzeichen geben an ihre rechte Hand oder an ihre Stirn, daß niemand kaufen oder verkaufen kann, er habe denn das Malzeichen, nämlich den Namen des Tiers oder die Zahl seines Namens… sechshundertsechsundsechzig."
Wir können in die Irre führende Bewegungen nicht äußerlich besiegen oder gar vernichten, möge es auch kleinere Siege durch unseren Einfluß geben. Wir können erst recht nicht die One-World-Bewegung besiegen. Das heißt aber gerade nicht, daß wir ihr gegenüber unsere Hände in den Schoß legen dürften. Nein, durch Aufklärung, Gebet, Verkündigung des wahren Evangeliums und in unserer verantwortlichen Tätigkeit als Staatsbürger können wir hie und da und dann und wann diese Bewegung oder doch Teile von ihr eindämmen oder sogar vermindern. Eine jede Träne, die weniger geweint wird, und ein jeder Blutstropfen, der weniger fließt, ist bereits eines Einsatzes wert.
Können nicht wir der One-World-Bewegung oder sonstigen Strömung der Finsternis ein Ende setzen, so wissen wir doch in frohem Glauben, daß Jesus Christus, der am Kreuz Sünde und Tod bereits besiegt hat, alles Bedrückende mit seiner triumphierenden Wiederkunft vollends auslöschen wird. In der Offenbarung wird es so herrlich ausgedrückt: "Gott wird abwischen alle Tränen von ihren Augen, und der Tod wird nicht mehr sein, noch Leid noch Geschrei noch Schmerz wird mehr sein" (21, 4). Und wir wissen, daß Jesus Christus im Glauben an ihn Anteil an seinem Sieg gibt, heißt es doch so tröstlich: "Alles, was von Gott geboren ist, überwindet die Welt; und unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwunden hat" (l. Johannes 5, 4).
In diesem Glauben können wir zumindest unsichtbare und doch nachhaltige Siege auch über die One-World-Bewegung erringen und sind gewiß, daß bei allem Scheitern, bei allem Verkannt-, Verhöhnt- und Zertretenwerden, keine der Abgrundmächte, sondern die ewige Herrlichkeit das letzte Wort hat, die uns liebe- und freudevoll erwartet.
Unsere geistlichen Augen sehen schon jetzt etwas von der Herrlichkeit Gottes, und wir dürfen uns bereits in diesem Kampf des Wortes des Apostels Paulus trösten: "Ich halte dafür, daß dieser Zeit Leiden der Herrlichkeit nicht wert sei, die an uns soll offenbart werden" (Römer 8, 18).
Bis dahin heißt es, vertrauensvoll und gehorsam unserem Heiland nachzufolgen - auf seine festen Verheißungen bauend -, auch in seinem geistlichen Kampf gegen die luziferischen Mächte und Bewegungen. Vertrauensvoll und dankbar mögen wir auf unserer gefährdeten und verantwortungsreichen Wanderschaft die Worte von Arno Pötsch sprechen:
"Mein Gott, mein Gott, du kennst mich ganz allein, mein Wollen und Vollbringen und Versagen und hüllst mich ganz in deine Gnade ein! Herr, tief im Staub bet' ich die Liebe an, die mir das Leben und das Heil ersann und die durch Schuld und Schicksal mich getragen!"<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2021) im COMPACT-Spezial Nr. 30 (x363/35-36) über die geheimen NWO-Thinktanks: >>**Heimliche Herrscher**
_ von *Daniell Pföhringer*
Der Schatten David Rockefellers liegt bis heute über der Welt - auch dank zweier Insider-Organisationen, denen er seinen Stempel aufzudrücken wußte.
Paris, Hotel Majestic, 30. September 1919: Am Rande der Konferenz von Versailles trifft sich eine Gruppe von höchst einflußreichen Briten und Amerikanern, um die strategischen Bezie-

hungen zwischen ihren Ländern auf ein neues Fundament zu stellen. Mit dabei sind unter anderem Lord Robert Cecil, Staatssekretär im Londoner Außenministerium, und die wichtigsten Berater von US-Präsident Woodrow Wilson, darunter der Journalist Walter Lippmann.
Zwei Jahre nach dem Treffen in Frankreich beschließt die bislang informelle Runde, ihren Bestrebungen mit der Gründung eines neuen Thinktanks in New York einen Rahmen zu geben. Man denkt in großem Maßstab und nennt sich Council on Foreign Relations (CFR). Und man holt einflußreiche Partner mit an Bord, etwa Edward Mandell House, der zusammen mit Lippmann federführend beim Entwurf von Wilsons 14-Punkte-Programm vom Januar 1918 war, den Anwalt von Standard Oil und späteren Außenminister John Foster Dulles oder die Bankiers Paul Warburg und Otto Hermann Kahn. Die Finanzen steuern neben Rockefellers Ölgesellschaft das Geldhaus J. P. Morgan & Co. sowie andere Wall-Street-Banken bei.
Wichtigstes Vorhaben der neuen Organisation: Die Schaffung einer amerikanischen "Grand Area", um das britische Empire als hegemoniale Supermacht abzulösen. In einem an den US-Präsidenten gerichteten Bericht formulieren die CFR-Strategen: "Wie deutlich wird, können sich die Vereinigten Staaten - vom wirtschaftlichen Standpunkt - am besten in einem Gebiet verteidigen, das den größten Teil der nichtdeutschen Welt umfaßt. Das nennen wir Grand Area. Dazu gehören die westliche Hemisphäre, das Vereinigte Königreich, die verbliebenen Gebiete des britischen Commonwealth und Empires, Niederländisch-Ostindien, China und Japan." Erforderlich sei, so heißt es weiter, das ökonomische Potential der Region in militärische Macht zu übertragen.

Motor des Imperialismus

Dieser unverhohlene Imperialismus sollte fortan zur Leitlinie der US-Außenpolitik werden - vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. In seinem Buch *Die Denkfabriken* schreibt der deutsch-amerikanische Analyst F. William Engdahl: "Der CFR wurde als Denkfabrik eines amerikanischen Empires gegründet. Jeder größere Militäreinsatz der USA, ob in Vietnam, Korea, Nahmittelost oder Lateinamerika, war das Resultat von Diskussionen innerhalb der politischen Kreise des CFR." Der diskrete Zirkel wurde außerdem zu einem Personalreservoir für Washington. Engdahl: "Auf der Liste der Positionen, die CFR-Mitglieder bekleideten, standen acht Präsidenten der Vereinigten Staaten, sieben Vizepräsidenten, 17 Außenminister, 20 Kriegs- oder Verteidigungsminister, 18 Finanzminister und 15 CIA-Direktoren."
Präsident des CFR ist seit 2003 der Diplomat Richard Nathan Haass, Vizechef ist der Investmentbanker Richard E. Salomon, der auch Mitglied im Stiftungsrat der New Yorker Rockefeller University ist. Außerdem gehören dem Vorstand unter anderem der ehemalige US-Außenminister Colin Powell, die frühere US-Handelsministerin Penny Pritzker sowie Stephen Friedman, ehemals CEO von Goldman Sachs, an. Zu den früheren Vorständen zählen der einstige CIA-Direktor Allen Dulles, der frühere Weltbank-Präsident John J. McCloy, das Hirn der US-Außenpolitik Zbigniew Brzezinski, der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, Megaspekulant George Soros - und natürlich David Rockefeller, graue Eminenz der Bilderberger.

Trilaterale Kommission

Der selbst ernannte Weltbankier beschloß 1973, mit einer neuen Organisation die Fühler in Richtung Asien auszustrecken. Hintergrund war der Ölpreisschock im selben Jahr. Die darauf folgende Dollar- Knappheit bescherte den internationalen Banken an der Wall Street und in der City of London, die die Gelder der OPEC-Staaten verwalteten, Milliarden- Profite. Andererseits trübten die Entwicklungen die Aussichten für Investitionen in den Schwellenländern. Ein Staat in Asien wurde der US-Ölindustrie und -Hochfinanz nun gefährlich.
Engdahl schreibt dazu: "Eine aufstrebende Wirtschaftsmacht wie Japan jedoch, 1973 ein wahrer Exportgigant, konnte die gesamte atlantische Strategie der Bilderberger entgleisen lassen, wenn sie sich mit Schwellenländern in der Dritten Welt verbündete. Um dies zu verhindern,

wurden Vertreter der japanischen Elite eingeladen, am Tisch der "großen Tiere" aus Europa und den USA Platz zu nehmen. Japan war das erste "nicht weiße" Land, dem diese Ehre zuteil wurde. Gemeinsam mit anderen einflußreichen Kreisen gründeten die Drahtzieher in David Rockefellers Bilderberg-Gruppe eine neue internationale Denkfabrik und gaben ihr den Namen Trilaterale Kommission."
Rockefeller hatte Brzezinski und sieben weitere Vertraute zuvor damit beauftragt, rund 300 einflußreiche Vertreter aus Nordeuropa, Europa und Japan zu nominieren. Zu den gewählten Gründungsmitgliedern der Trilateralen gehörten Leute wie der spätere Fed-Präsident Alan Greenspan, Coca-Cola- Boss J. Paul Austin, Shell-Vorstand John Loudon, der Londoner Bankier Edmond de Rothschild und Fiat-Chef Giovanni Agnelli.
Auf der Mitgliederliste stand auch der damalige Gouverneur des US-Bundesstaates Georgia: Jimmy Carter. Er sollte nur zwei Jahre später zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden und Brzezinski als Sicherheitsberater ins Weiße Haus holen. Carters Kabinett setzte sich fast ausschließlich aus Trilateralen zusammen, so daß man in Washington hinter vorgehaltener Hand von einer Rockefeller-Präsidentschaft sprach.

Im Verein mit Gates & Co.

Bis heute sind CFR, Trilaterale und Bilderberger bestens vernetzt. Eine Schnittstelle - auch mit anderen Organisationen der Globalisten - ist das sogenannte Pariser Friedensforum, zu dessen Lenkungsausschuß der Direktor des Programms für Internationale Institutionen und Global Governance des CFR, Stewart Patrick, und der ehemalige Präsident von Soros‘ Open Society Foundations, Patrick Gaspard, zählen.
Das Forum sieht sich als Ergänzung zu anderen One-World-Formaten wie dem Davoser Weltwirtschaftsforum und der Münchner Sicherheitskonferenz. Im Zeichen von Corona machte auch Melinda Gates im Dezember 2020 den Global-Governance-Strategen ihre Aufwartung und forderte, "daß jeder einen gerechten Zugang zu Tests, Medikamenten und Impfstoffen erhält, sobald sie verfügbar sind".
Das *Handelsblatt* berichtete: "Gates kündigte an, daß ihre Stiftung 70 Millionen Dollar zusätzlich für den sogenannten ACT-Accelerator bereitstellt, eine weltweite Zusammenarbeit, die besonders von der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der EU und der Weltbank unterstützt wird. Ziel von ACT-A ist es, die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Tests, Masken, Medikamente und Impfstoffe auch für die ärmeren Länder erschwinglich sind und die logistischen Voraussetzungen für umfassende Impfkampagnen geschaffen werden." Alle an einem Strang.<<

1998

>>Groß ist das heilige russische Land, aber die Wahrheit findet nirgends Platz.<< (Russisches Sprichwort)

08.01.1998

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Januar 1998: >>Ein Jahr nach seinen antideutschen Ausfällen ist der Chef der rechtsradikalen tschechischen Republikaner, Miroslav Sladek, am Mittwoch verhaftet worden.
Sladek hatte bei einer Demonstration gegen die Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung im Januar 1997 gesagt, "wir können nur bedauern, daß wir wenig Deutsche totgeschlagen haben".
Das Parlament entzog ihm daraufhin die Immunität. Gegen Sladek läuft ein Verfahren wegen Volksverhetzung. ... <<

Januar 1998

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Januar 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1998 (x853/...): >>... **Kein**

Gedenken in Triumph

1. Vor 150 Jahren - vermutlich Ende Februar 1848 - erschien das "Manifest der Kommunistischen Partei", 23 Druckseiten stark. Es war von eigentümlich aufrührerischer Stoßkraft, großer Selbstsicherheit und jener destruktiven Radikalität, die die Arbeiterfrage als Ausgeburt einer dämonisierten "Klasse" und eines Systems darstellte, die als Ganzes entthront, abgeschafft, vernichtet werden sollten:

Revolution als Lösung, Gewalt als Mittel, Diktatur als Weg, Terror als Bewegungsmittel, Angstmacher, Eroberungswerkzeug zur Macht, als Einschüchterung und Zwang zu deren Erhalt.

Der hochfahrende, pseudoprophetische Ton schien von solchen zu kommen, die alle Brücken hinter sich abgebrochen hatten. Sie bedienten sich - scheinmoralisch - jener Empörung, zu der alle elementar aufgehetzt werden können, denen man Unterdrückung, Ausbeutung, Sklaverei, als ihr Schicksal zusprach. Und so verhießen sie endgültige Befreiung, klassenlose Gleichheit, Leben nach Bedürfnissen, den "Neuen Menschen", ohne Eigentum, bei abgeschaffter Familie, ohne jene Religion, die als Opium dann nicht mehr gebraucht würde.

Das Ziel war zwar utopisch, wurde aber vielfach - gerade durch den Appell an Umsturz, Subversion, Zersetzung, Verweigerung, und immer - von Anfang an - Terror und Diktatur - als erreichbar suggeriert. Jedes Mittel war dazu ... berechtigt, gerade auch Täuschung, Unterwanderung, Lüge, Erpressung, "Arbeitslager" und schließlich massenhaft Mord.

2. Prof. Konrad Löw ("150 Jahre "Manifest der Kommunistischen Partei") ... schreibt: "1982 wurde mitgeteilt: In rund 22 Millionen Exemplaren hat der SED-eigene Dietz-Verlag seit 1945 die Werke von Karl Marx und Friedrich Engels verbreitet. Traditioneller Spitzenreiter ist das 'Manifest der Kommunistischen Partei', von dem seit 1945 weit über 7 Millionen Exemplare verkauft wurden".

K. Löw beschreibt es als "Geburtsurkunde eines in der Menschheitsgeschichte schier beispiellosen Vorgangs: "1918 gab es eine kommunistische Partei mit 400.000 Mitgliedern, eben die russische, 1928, nur zehn Jahre später, bereits 46 kommunistische Parteien mit 1,7 Millionen, 1980 92 Parteien mit 75 Millionen Mitgliedern.

Von diesen Parteien waren 23 an der Macht, beherrschten ein Drittel der Menschheit und ein Viertel der Erdoberfläche. Ein Triumph - ohnegleichen in der Weltgeschichte -, eine scheinbar unaufhaltsame Bewegung unter dem blutroten Banner."

3. Blutrot waren auch die - vergleichsweise absolut singulären - Massenopfer dieses natur- und gottwidrigen Aufstands mit der erhobenen Faust.

Das "Schwarzbuch" der kommunistischen Verbrechen, in Frankreich kürzlich veröffentlicht - es soll demnächst in Deutschland im Piper-Verlag erscheinen - nennt insgesamt etwa 100 Millionen Tote. Darunter China (65 Millionen Tote), Sowjetunion (20 Millionen Tote), Nordkorea (2 Millionen Tote), Kambodscha (2 Millionen Tote), Afrika (1,7 Millionen Tote), Afghanistan (1,5 Millionen Tote), Osteuropa (1 Millionen Tote) u.a.m.

Wie hat ein so bluttriefendes Zwangs-, Angst- und Terrorsystem, das alle mit Lügen bannte und sie in der Lüge zu leben erpreßte, Anziehung auf viele Intellektuelle ausgeübt und Politiker nicht gehindert, ihre Repräsentanten anzuerkennen, sie zu empfangen, jahrzehntelang kaum zu protestieren und sie schließlich als Verbündete zu wählen und ihnen Europa auszuliefern (das wollte Roosevelt zulassen), wenn nicht die deutsche Wehrmacht dazwischen gewesen wäre?

4. Da ist es wohl jene rücksichtslose Radikalität gewesen, aufgeladen durch Wut, Haß, Verachtung, welche von einem Verlangen nach einer Gerechtigkeit provoziert wurde, das - und darin liegt das aufhetzende Potential - nach Gleichheit verlangte. Da nistet sich dann zunächst Sozial- und Besitzneid, konsequent aber schließlich eine Art Seinsneid ein, der notwendigerweise unstillbar bleiben muß. Aufstand gegen die Natur, gegen ihren Urheber und Garanten,

Installierung des völlig autonomen Menschen an Gottes Stelle: Kommunismus ist notwendig atheistisch.
Die Kirche hat ihn ganz früh durchschaut und ihn mit der hier notwendigen Schärfe verurteilt. Sie hat ihm keinen Weihrauch gestreut. Sie verdankt ihm wunderbare, zahlreiche (eine Zahl, die niemand zählen kann) Glaubenszeugen und Märtyrer: in Rußland, China, Spanien, Mexiko und in vielen Ländern. Das ist der Ruhm der Kirche. Aber es gab hier auch Versagen, Schwäche, Versöhnungs-Illusionen, ja Verrat am geforderten Zeugnis.
Das Arrangement zwischen Moskau (dessen orthodoxer Kirche) und Rom (vermittelt und ausgehandelt von Kardinal Tisserant) anläßlich des Konzils (keine Verurteilung des Kommunismus - gegen Teilhabe am Konzil von seiten der Orthodoxen) sowie später der vereinbarte Verzicht auf Mission dort sind Ärgernis und Schande.
5. Ist der Schoß - scheinbar erstorben - fruchtbar noch? Der Christ muß mit der Versuchlichkeit jenes dumpf-brutal-verlockenden Selbstermächtigungs-Revolutionismus rechnen, die Kirche muß aus ihrem Offenbarungswissen wachsam werden wie früher.
Gleichheitswahn zeigt sich heute in gigantischen Umverteilungsbürokratien, gespeist von einem konfiskatorischen Steuersystem, alles verführerisch etikettiert als "sozial". Kam das Ende vor dem Anfang? ...<<
Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtet im Januar 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1998 (x853/...): >>... **Bedrohung christlicher und humaner Grundwerte durch EUropa?**
I. Die 'europäische Idee' - Die Idee des Rechts
Werfen wir einen flüchtigen Blick auf den Anfang des europäischen Prozesses zurück, so können wir feststellen, daß die Gründungsväter der europäischen Einigungsbewegung nach dem 2. Weltkrieg, z.B. Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi, Robert Schuman vom Christentum beseelte Politiker waren, die nach Jahren des Krieges und des Hasses gemeinsame Institutionen und supranationale Vereinbarungen schaffen wollten, die den politischen Frieden in Europa auf Dauer stellen sollten.
Sie wollten ein geeintes Europa an Tiber und Rhein errichten,
- um das Christentum und um die vom Christentum geprägten Gesellschaften vor dem aggressiven Atheismus/Nihilismus des nationalistischen Sozialismus ebenso wie des internationalistischen Kommunismus zu bewahren,
- um das vom Christentum inspirierte Recht, das als Naturrecht (gottgegebenes, heiliges Recht) unsere Rechtskultur und Rechtsordnung prägte, gegen jede Ent-Ethisierung, Funktionalisierung oder totalitäre Instrumentalisierung abzusichern,
- um die Demokratie im Rechtsstaat gegen den Totalitarismus des Machtstaates zu verwirklichen und damit die Freiheit des Bürgers gegen den alles kollektivierenden Sozialismus und alles auflösenden Liberalismus zu verteidigen,
- um die natürlichen Ordnungen (Grundsatz der Subsidiarität - Recht der kleinen Kreise -) gegen die Erodierung von innen her bzw. gegen ihre Auflösung durch die Machtansprüche des Staates zu erhalten, und schließlich
- um die christlich-abendländische Kultur zum Fundament des friedlichen Zusammenlebens der europäischen Nachbar- und Bruderstaaten zu machen.
Religion, Recht, Nation und Kultur sollten die geistigen Mächte und die gesellschaftlichen Institutionen oder Grundlagen darstellen, auf denen das 'Europa der Vaterländer' (De Gaulle), das 'Gemeinsame Haus Europa' errichtet werden sollte. Europa sollte "ideell jeweils die Gemeinschaft derer (sein), die diese Normen für sich als bindend anerkennen" und den geistigen Werten vor den ökonomischen den Vorrang einräumen (Höllhuber, 18 S. 378). ...
- Die "Anerkennung des Rechtspositivismus (ist) unerläßlich, weil sonst Rechtsunsicherheit, Willkür und schließlich Revolutionen zu einem Dauerzustand würden und jedes auf Rechts-

grundlage und Ordnung aufgebaute Gemeinschaftsleben unmöglich wäre.
Aber ebenso unerläßlich ist es zu verlangen, daß dieser Rechtspositivismus letzten Grenzen unterworfen ist, die nicht überschritten werden können. Hier endet der Rechtspositivismus, weil der Staat niemals die alleinige Quelle allen Rechts ist und nie willkürlich bestimmen kann, was Recht oder Unrecht ist. Es gibt ein über den Gesetzen stehendes Recht, das allen formalen Gesetzen als letzter Maßstab dienen muß. Es ist das Naturrecht, das der menschlichen Rechtssatzung unabdingbare und letzte Grenzen zieht.
- Es gibt letzte Rechtsgrundsätze, die so tief in der Natur verankert sind, daß sich alles, was als Recht und Gesetz, Moral und Sitte gelten soll, im letzten nach diesem Naturrecht, diesem über den Gesetzen stehenden Recht, auszurichten hat. Diese letzten Rechtsgrundsätze im Naturrecht sind zwingend, weil sie unabhängig vom Wandel der Zeit und vom Wechsel menschlicher Anschauungen durch die Jahrtausende gegangen sind und über alle Zeiten hinweg den gleichen Bestand und die gleiche Gültigkeit besitzen. Sie müssen deshalb einen unerläßlichen und fortwährenden Bestandteil dessen bilden, was menschliche Ordnung und menschlicher Sinn schließlich als Recht und Gesetz bezeichnen. ...

II. EUropa - rechtsstaatlich - christlich-human?

Die den Vertrag von Maastricht (7. Februar 1992) abschließenden 7 Staaten waren sich (lt. Präambel) bewußt und darin einig, daß die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte bzw. Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit zu den 'Grundlagen' des zukünftigen Europas zählen, daß die 'Solidarität' zwischen den Gemeinschaftsmitgliedern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen gestärkt und daß die Demokratie und Effizienz in der Arbeit der Organe gefördert werden sollten.
Aus diesen Gründen enthält der Maastrichter Vertrag, der mit einer Mehrheit von 95 % vom Deutschen Bundestag und einstimmig vom Deutschen Bundesrat angenommen wurde, in Art. F Abs. 1 und 2 die Verpflichtung, daß die Union - die "nationale Identität der Mitgliedsstaaten und der demokratischen Regierungssysteme" "achtet" und daß sie - "die Grundrechte", die "Menschenrechte" und "Grundfreiheiten" als "allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts" anerkennt.
Zu den speziellen "Grundrechten und Grundfreiheiten" bzw. Privilegien der beiden christlichen Kirchen in EUropa hat sich der Vertrag von Maastricht nicht geäußert.
- Ein 'spezieller Kirchenartikel' wurde in Maastricht II (Amsterdam 16.6.97) zwar nicht in den Vertrag, aber wenigstens als 'Erklärung zur Schlußakte' aufgenommen. Dieser spezielle Kirchenartikel: "Die Union achtet den Status, den die Kirchen und religiösen Vereinigungen und Gemeinschaften in den Mitgliedsländern nach deren Rechtsvorschriften genießen und läßt ihn unangetastet", wurde auf Drängen Deutschlands und Österreichs gegen den Willen Frankreichs durchgesetzt.
Es bleibt also abzuwarten, ob beispielsweise bei der Harmonisierung der europäischen Steuersysteme sich etwa das französische oder das deutsche Kirchensteuersystem durchsetzen wird und ob sich deutsches Recht für Kirchenbedienstete gegen europäisches Dienstrecht behaupten kann. ...
(1) Auch wenn die Europäische Union noch kein Staat, sondern noch im Aufbau begriffen ist, - EUropa ist kein Zustand, sondern Prozeß bis zur vollständigen Integration aller Staaten - so kann man doch mit dem Bundesverfassungsgericht davon ausgehen, daß "80 % aller Regelungen" im Bereich Wirtschaft und 50 % der übrigen deutschen Gesetze von "Brüssel" okkupiert sind.
- Die 20 Kommissare vom politischen Format der Gewerkschaftsvorsitzenden Dr. M. Wulf-Mathies und des FDP-Ministers Dr. M. Bangemann machen zusammen mit 15 Ministern im Minister-Rat 28.000 Verordnungen für die 340 Mio. Bürger in der derzeitigen und die 1-3 Mrd. Menschen in der zukünftigen EU.

Mit jedem Rechtsakt aus Brüssel wird ein Stück aus unserer gewachsenen Rechtsordnung herausgebrochen und ersetzt. So hat das Europäische Parlament am 12.3.1990 mit einer 3/4-Mehrheit einen Entschließungsantrag an alle Mitgliedsstaaten angenommen, der die Abtreibung bis zum Eintritt der Geburt für "nicht rechtswidrig" oder "nicht strafbar" erklärt. Im deutschen § 218 StGB wird die Abtreibung bis zur 12. Woche unter bestimmten Voraussetzungen (Beratungsschein) für rechtswidrig, aber dennoch straffrei erklärt. ...
Vor dem Hintergrund der stark gestiegenen erfaßten und statistisch nicht ermittelten Abtreibungszahlen in Deutschland und EUropa muß festgestellt werden, daß die Europäische Union
- die "Achtung der Menschenwürde" und die "Rechtsstaatlichkeit" (Art. F Abs. 1 u. 2 EU-Vertrag) nur auf dem Papier für 'beachtlich' hält,
- daß die europäische wie die deutsche Regelung das christliche 5. Gebot: 'Du sollst nicht töten' verleugnen und nicht "in Verantwortung vor Gott und den Menschen" handeln und daß die europäische wie die deutsche Regelung das "Recht von der Heiligkeit des menschlichen Lebens" mißachten und damit die "Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens" auflösen. (Hadamar-Urteil).
Über die Abtreibungsärzte müßte 1997 das gleiche Urteil ergehen wie 1947 über die Euthanasieärzte von Hadamar und Dresden.
- Der ebenso hochgelehrte wie hochbetagte Mitarbeiter unserer Zeitschrift E. v. Kuehnelt-Leddihn schreibt: "Es ist ein unfaßbarer Sieg des Rechtspositivismus, wenn man das Vorhandensein eines Menschen von einer parlamentarischen Mehrheit bestimmen läßt" (Theologisches, 48, Nr. 9/92) ...
Diese Konvention ist Ausdruck neu-europäischen Denkens, Ausdruck der Gottverlassenheit, Christentumsverleugnung und Unaufrichtigkeit. Wer von der Lüge lebt, muß die Wahrheit fürchten (Sprichwort).
- Der Innsbrucker Religionsphilosoph und Historiker Ivo Höllhuber beschreibt genau diese geschichtliche Situation unter der Überschrift: 'Der ethische Todesschlaf':
"Europa hat das natürliche, menschliche Gewissen und seinen Sinn für 'gut' und 'böse' unter dem Deckmantel angeblich 'tabu-freier' Wissenschaftlichkeit eingeschläfert. ... Im Freiheitswahn, alle Bindungen an göttliche und naturrechtliche Verpflichtungen und Verantwortung losgeworden zu sein, glaubt der moderne Mensch des Westens in seiner technokratischen Verblendung, keines Gottes mehr zu bedürfen und tun und lassen zu können, was immer ihm beliebt" (Höllhuber, 18 S. 511).
Die "Vergatterung zur Geheimhaltung" ist nicht nur dem deutschen Außenminister und dem Minister-Rat in Brüssel vorzuhalten, sondern scheint auch gängige Praxis der Europäischen Kommission.
(3) Die Brüsseler Kommission hat im Juli 1996 250 Wissenschaftler, Wirtschaftsexperten und Journalisten aus allen Ländern der EU eingeladen, um sie vertraglich zu verpflichten, bei Vorträgen oder Veröffentlichungen "ausschließlich Positives über die europäische Währungsunion vorzutragen und keine privaten Ansichten zu äußern, die denen der Kommission widersprechen". Für dieses 'Wohlverhalten' wurde ein zusätzliches EU-Honorar von DM 560.- je Vortrag 'ausgelobt'. Von den 250 geladenen Teilnehmern haben 170, davon 22 namentlich bekannte Deutsche diesen unethischen Vertrag unterschrieben.
- Nach Schätzungen von Experten gibt die EU-Kommission jährlich 1,445 Mrd. DM für Information und Desinformation der Europäer aus: Anläßlich der BSE-Seuche gab es ein Geheimpapier der Kommission mit dem Inhalt: "Es ist notwendig, die BSE-Affäre herunterzuspielen, indem Desinformation angewendet wird." (BfB 5/97).
Wer das "Licht der Öffentlichkeit" scheut, hat nicht das Gemeinwohl im Sinn, sondern ein schlechtes Gewissen. Legitim ist eine Herrschaft nur, wenn sich die Bürger nicht vor den Machthabern und die Machthaber nicht vor der Bürgern fürchten müssen.

Die herangezogenen Beispiele zeigen, daß christliches Denken nur noch in Leerformeln vorkommt und daß der große christliche Denker Rußlands Fjodor M. Dostojewski Recht hat, wenn er argumentiert: Wenn Gott nicht existiert, ist alles erlaubt, fehlt jeder Maßstab für gut/böse, sittlich/unsittlich, human/inhuman, menschenverachtend.

Befremdliche Symbole

Diese Distanz zum Christentum, diese Gottferne Europas kommt auch in den Symbolen und in den Botschaften dieser ‚Logos' zum Ausdruck, ein kurzer Exkurs sei deshalb gestattet.

Das alles beherrschende Symbol EUropas ist der goldene Stern in der Form des Pentagramms - eine Sternspitze zeigt nach oben -.

Dieser Stern ist auf den Staatsflaggen der USA, der Sowjet-Union, Rot-Chinas und verschiedener arabischer Staaten wiederzufinden. Im Kreise der "12" Pentagramme auf dunkelblauem Tuche symbolisiert er die Europäische Union. Dieser Sternenkranz umringt auch das Rosenkreuz der Pan-Europa-Bewegung, die von Graf Coudenhove-Kalergi gegründet wurde.

- Auf allen Euro-Banknoten, die im Juli 1997 vom Europäischen Währungsinstitut (EWI) genehmigt wurden, dominieren neben dem Stern im Sternenkranz die völker- und kontinenteverbindende Brücke und das Portal bzw. Fenster mit dem Blick auf den Stern.

Einziges Stilelement, das auf christliche Architektur zurückgehen könnte, sind die 2 Fenster, die an romanische/gotische Kathedralen erinnern (20-Euro-Schein). Neu hinzugekommen ist das goldene E mit zwei parallelen Strichen in der Mitte, das man als 'electronic cash' lesen kann, aber nicht lesen muß.

Wer sich den Sinn für Symbolik bewahrt hat, kann erkennen, daß die Euro-Symbole keine christlichen sind, daß der Pentagrammstern (Druidenfuß) in allen seinen Formen und Bedeutungsinhalten ein unchristliches, heidnisches und in vielfacher Hinsicht klar antichristliches Symbol darstellt und daß die 'Brücke' der Freimaurerei nähersteht als dem Christentum. ...<<

Der deutsche Jurist und Politologe Konrad Löw berichtet im Januar 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 - 1998 (x853/...): >>**150 Jahre "Kommunistisches Manifest"**

Zum pseudo-christlichen Weiterwirken

Karl Marx - "Prophet ... der ... Gerechtigkeit Gottes"

Das Manifest beginnt mit den Worten:

"Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet".

An erster Stelle erwähnt das Manifest den Papst und spielt damit an auf die Enzyklika Pius' IX. Qui pluribus vom 9. November 1846. Der Papst verurteilt in ihr den Kommunismus als eine "abscheuliche Lehre, die in höchstem Grad dem Naturrecht entgegengesetzt ist und die, einmal zur Herrschaft gelangt, zu einem radikalen Umsturz der Rechte, der Lebensverhältnisse und des Eigentums, ja der menschlichen Gesellschaft führen muß".

Von dieser Betrachtungsweise wurden offiziell keine Abstriche gemacht. Knapp 100 Jahre später hieß es in der Enzyklika Divini redemptoris:

"Sorget dafür, Ehrwürdige Brüder, daß sich die Gläubigen nicht täuschen lassen! Der Kommunismus ist in seinem innersten Kern schlecht, und es darf sich auf keinem Gebiet mit ihm auf Zusammenarbeit einlassen, wer immer die christliche Kultur retten will."

Heute hätte die Kirche allen Grund, angesichts der Ströme von Blut, die aus der kommunistischen Lehre entsprungen sind, mit demütigem Stolz auf ihre hellsichtigen Vorhersagen und Warnungen hinzuweisen. Warum sie es unterläßt, ist eine offene Frage.

Einer der Gründe könnte sein, daß nicht wenige ihrer Mitglieder trotz oberhirtlicher Beschwörung glaubten und glauben, mit Kommunisten zusammenarbeiten zu müssen, so manch namhafte Befreiungstheologen. Die Versuchung zu diesem Brückenschlag ist allzu groß. Die Brücke ist gleichsam schon vorhanden und trägt den Namen "Gerechtigkeit".

In den schier zahllosen sozialkritischen Verlautbarungen der Kirchen ist stets von Gerechtigkeit die Rede. Hier nur einige Belege aus jüngster Zeit: "Kirchen für mehr Solidarität und Gerechtigkeit" lautete eine Schlagzeile, als am 28. Februar 1997 die Bischöfe Klaus Engelhardt und Karl Lehmann ihre gemeinsame Erklärung "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" vorstellten. Eine weitere Überschrift: "Wohlstand und Gerechtigkeit: Leitlinien der katholischen Soziallehre für die institutionelle Gestaltung der Weltwirtschaft".
Der 27. Deutsche Evangelische Kirchentag in Leipzig (1997) stand unter dem Motto: "Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben", auf Plakaten nur "Gerechtigkeit".
Ganz in den Fußstapfen des Theologen Helmut Gollwitzer wandelnd, unterzieht auch der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels Pastor Friedrich Schorlemmer unsere Wirtschaftsordnung einer scharfen Kritik und nähert sich in der Radikalität seiner Vorschläge dem Manifest, das er ausdrücklich erwähnt. Auch er will das Eigentum praktisch abschaffen:
"Wie soll das Problem gerechter gelöst werden? Wir brauchen eine öffentliche Debatte über die Grenzen des Eigentumsrechtes. Mein Vorschlag ist, als Eigentum nur das zu schützen, was einer selbst erarbeitet hat."
Noch politischer ist auf katholischer Seite Norbert Greinacher, gefolgt von zahlreichen Kollegen und Schülern.
- Gerechtigkeit ist auch ein Lieblingswort in den Bekenntnisschriften der Kommunisten. Viele wollen ihre Hinwendung zum Kommunismus so verstanden wissen: "Da er die Gerechtigkeit über alles liebte, wurde er Kommunist."
Was hier Milovan Djilas mit Bezug auf sein Jugendidol schreibt, gilt für viele oder wird bei vielen angenommen, so zum Beispiel Leo Trotzki, Rosa Luxemburg, Susanne Leonhard, Ignace Lepp, der seine Hinwendung zum Kommunismus mit "Der Durst nach Gerechtigkeit" betitelt.
Von Ossietzky weiß Alfred Kantorowicz zu berichten:
"Ossietzky selber hat in seinen letzten Artikeln und Reden formuliert, was uns jüngere Intellektuelle derzeit zum Anschluß an die Kommunistische Partei bewog. 'Noch immer', sagte er, 'bekennt sich mein Verstand zu der heute verschmähten Demokratie - aber mein Herz folgt unwiderstehlich dem Zuge der proletarischen Massen; nicht dem in Doktrinen eingekapselten Endziel, sondern dem lebendigen Fleisch und Blut der Arbeiterbewegung, ihren Menschen, ihren nach Gerechtigkeit brennenden Seelen'."
Angesichts dieser essentiellen Gemeinsamkeit, zumindest verbal, nimmt die enge Zusammenarbeit zwischen Christen und Marxisten nicht wunder. Das wurde auch auf dem schon erwähnten Evangelischen Kirchentag 1997 deutlich. Ausgerechnet Pfarrer Detlev Haupt, der 14 Jahre lang, von 1973 bis 1987, als IM "Raucher" für den DDR-Staatssicherheitsdienst tätig gewesen ist und dessen Berichte über Kollegen, Freunde und Gemeindemitglieder rund 1.200 Seiten füllen, wurde zum Kirchentagsbeauftragten bestellt.
Mit der Abschlußpredigt wurde Probst i.R. Heino Falcke betraut, der 1985 aus der DDR nach Düsseldorf reisen durfte, um auf dem damaligen Kirchentag die "DDR-Kirche" zu repräsentieren. Damals mahnte er:
"Darum ist der Abbau von Feindbildern ein Dauerauftrag der christlichen Gemeinde, und wir sollten, wenn wir am Vorurteilssplitter im Auge des Bruders operieren, darauf gefaßt sein, den Vorurteilsbalken im eigenen Auge gezeigt zu bekommen."
- Nun, da Freiheit und Demokratie erstritten, ruft er als Mitunterzeichner der "Erfurter Erklärung" nach Konfrontation:
"Bis hierher und nicht weiter. Der Kalte Krieg gegen den Sozialstaat hinterläßt eine andere Republik ... Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung ... Die Erfahrungen von 1968 sind aufgerufen, den Machtwechsel herbeizuführen. Wir brauchen eine Regierung, die das Volk nicht als Gegner behandelt."

Dazu treffend Arnold Vaatz, Minister für Umwelt und Landesentwicklung in Sachsen:
"Niemand bestreitet Falcke das Recht auf Kritik. Interessant ist der Haß des Kirchenmannes gegen konservative Regierungen erst im Kontrast zu den versöhnlichen Worten, die er jederzeit für die heutigen Kombattanten, die SED/PDS, parat hatte. Er hat sich mit der Erfurter Erklärung in die Schar derer eingereiht, die das ungeliebte oder gar verhaßte wiedervereinigte Deutschland nicht verhindern konnten und deshalb nur danach streben, es durch Überforderung zu zerstören."
- Weder zum Sturze Ulbrichts noch zum Sturze Honeckers hat Falcke aufgerufen. Ob er je einen solchen Sturz wünschte? Falls ja, müßte er nun wenigstens den Fortschritt an Freiheitlichkeit begreifen. Dem stellvertretenden Vorsitzenden des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Christopher Wolf (Mainz), zufolge, nahmen am "Markt der Möglichkeiten" des Kirchentages etwa 30 Tarnorganisationen der PDS teil. Plakate der PDS in Leipzig zeigen Jesus in Gesellschaft mit Lenin.
Gennadij Sjuganow, der Führer der Kommunistischen Partei Rußlands, lobt die russisch-orthodoxe Kirche. Sie habe "in vielem auch Eigenheiten des russischen Kommunismus, der für Millionen Bürger der UdSSR zur derzeitigen Variante des christlichen Glaubens an eine lichte Zukunft für alle Gerechten wurde, vorweggenommen. Nach der Wahrheit zu leben, den Nächsten zu lieben, andere Gebote einzuhalten, die mit den christlichen übereinstimmten, das hat auch der beste, größere Teil der ehemaligen KPdSU die Kommunisten und Parteilosen gelehrt."
Derselbe Sjuganow nennt Lenin "den größten Menschen auf dem Planeten".
- "Ganz Deutschland ist besetzt von kapitalistischen Ausbeutern. Das gesamte Land? 0, nein, hinter den Bergen, ganz tief im Westerwald, gibt es nahe Betzendorf ein Örtchen, in dem für drei Tage einige geradezu sozial-revolutionäre Kräfte dieser Republik gebündelt werden." So spöttelt Matthias Arming, Frankfurter Rundschau, und fährt fort:
"Sie widerlegen das einst vertraute marxistische Theorem, nach dem der Sturm des Proletariats in entwickelten Ländern von den Metropolen ausgeht. Gewerkschafter, evangelische Pfarrer und Mitstreiter der PDS ... machen sich an der Peripherie schon mal alles andere als sozialromantische Gedanken darüber, wie sich die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft als Geschichte von Klassenkämpfen doch noch weiterschreiben ließe. 'Unsre Visionen und der Götze Markt' haben Pfarrer Franz Segbers und sein geistlicher Kollege, der PDS-Bundestagsabgeordnete Willibald Jacob aus Berlin, die Tagung in der Evangelischen Sozialakademie auf Schloß Friedewald überschrieben."
Der von "volkskirchlichem" Geist geprägte Verein "Ökumenisches Netz, Rhein, Mosel, Saar", hat eine Schrift veröffentlicht:
"Keine Versöhnung ohne Gerechtigkeit für die Opfer".
Der Titel erinnert an die Opfer des Kommunismus. Aber unter der Überschrift:
"Die Logik unseres Wirtschaftssystems - wider Gottes Geist" wird man eines anderen belehrt:
"Wenn wir von den Opfern her nach Versöhnung suchen, kommt unweigerlich unsere herrschende Wirtschaftsordnung in den Blick. Ihre Strukturen und Mechanismen opfern das Leben von Menschen und das Leben der Schöpfung und die Ideologien des Neoliberalismus rechtfertigen diese Opfer."
Die Brücke, die nach Ansicht so vieler den religiösen Menschen mit dem Kommunismus verbindet, die Gerechtigkeit, hat einen Namenspatron: Karl Marx. 1995 erschien ein Buch, betitelt "Gerechtigkeit bei Karl Marx und in der Hebräischen Bibel". Darin lesen wir gegen Ende:
"Zusammenfassend ist festzustellen, daß Karl Marx sich - objektiv gesehen - als Prophet, als einer, der die in der Hebräischen Bibel dokumentierte Gerechtigkeit Gottes verkündete, zeigte. Er war auch wenn er keine unmittelbare Berufung empfand, dennoch Künder Gottes, weil er dessen Forderung nach der universellen Gerechtigkeit ... aufnahm und verkündete."

Das immerhin 238 Seiten starke Buch wäre keine Erwähnung wert, hätte nicht der Großrabbiner von Luxemburg, Dr. Emmanuel Bulz, das Geleitwort geschrieben und das Bischöfliche Generalvikariat Trier den Druck gefördert. Zudem erweckt das Buch den Eindruck großer Wissenschaftlichkeit, so daß der Unbedarfte die Irreführung nicht durchschauen kann.
- Im Vorwort wird Prof. Dr. Hermann Klenner gedankt, einem Mann, der als einer der Chefideologen der DDR gewirkt und für den DDR-Staatssicherheitsdienst als IM "Klee" gearbeitet hat. Der Einleitung vorangestellt sind die Worte: "... je ne suis pas marxiste` (Karl Marx)". Daraus schließt jeder geradezu zwangsläufig, daß Marx dem Dogmatismus und der Rechthaberei abhold gewesen sei. Wer sich die Mühe macht, die Fundstelle aufzuschlagen, erfährt zu seiner Überraschung, daß Marx diesen Ausspruch nur mit Blick auf Franzosen tat, die seine Lehre eigenwillig entstellten:
"Für Ihre wiederholte Versicherung von dem bedeutenden Mißkredit des 'Marxismus' in Frankreich haben Sie doch auch keine andere Quelle als diese, d.h. Malon zweiter Hand. Nun ist der sog. 'Marxismus' in Frankreich allerdings ein ganz eigenes Produkt ...
Marx duldete keine Meinung, die von der seinigen abwich. Dutzende seiner Zeitgenossen haben ihm das schwer angekreidet. Eine Stimme von vielen, die des Revolutionshelden Carl Schurz:
"... Niemals habe ich einen Menschen gesehen von so verletzender Arroganz des Auftretens. Keiner Meinung, die von der seinen wesentlich abwich, gewährte er die Ehre einer einigermaßen respektvollen Erwähnung. Jeden, der ihm widersprach behandelte er mit kaum verhüllter Verachtung. Jedes ihm mißliebige Argument beantwortete er entweder mit beißendem Spott über die bemitleidenswerte Unwissenheit oder mit ehrenrühriger Verdächtigung der Motive dessen, der es vorgebracht."
Auch das nächste Marxzitat in dem Buch "Gerechtigkeit" gehört zu jenen wenigen (!) Texten, die immer wieder bemüht werden:
"alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist."
Das klingt vorbildlich human, und jeder, der es mit den Menschen gut meint, ist versucht, auch seine Unterschrift darunterzusetzen. Doch das Zitat ist so nicht ganz richtig wiedergegeben. Marx hat die drei ersten Worte: "alle Verhältnisse umzuwerfen" – durch Unterstreichung hervorgehoben. Das war der Kern seiner anlagebedingten Mission, die er an zahlreichen anderen Stellen wiederholt, im Manifest mit den Worten: "Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung".
- Ein eigentümlicher Prophet des hebräischen Gottes. Von ihm heißt es: "Gott sah alles an, was er gemacht hatte: es war sehr gut".
Sein "Prophet" aber behauptet: "Alles im Staate Dänemark (ist) faul." Gott wird als Schöpfergott gefeiert, sein "Prophet" schon in seiner Jugend als "Vernichter" gehänselt, da zu seinem bevorzugten Vokabular das Wort "vernichten" zählt. In dieser Destruktivität seines Naturells bleibt er zeitlebens gefangen und negiert alles Vorgefundene: den Staat im allgemeinen und seinen preußischen König, die Ehe, die Familie, das Eigentum, seine eigene "Rasse", den jüdischen Glauben der Väter und den angenommenen christlichen, jede Religion.
Geradezu mit innerer Notwendigkeit leugnet er Gott, um so für sich selbst Platz zu schaffen, einer der "gottlosen Selbstgötter", wie Heinrich Heine ihn so treffend charakterisiert. Der "gottlose Selbstgott" Marx gleicht weit eher dem "Versucher", der in der Wüste an Jesus herantritt, als irgendeinem Propheten des Herrn. Vom Versucher heißt es, er habe Jesus damit für sich gewinnen wollen, daß er ihm die Welt versprach. Genau den gleichen Köder benutzen die Freunde am Ende des Manifests, indem sie behaupten, es sei "eine Welt zu gewinnen"!
Von all dem weiß das Buch "Gerechtigkeit" nichts, auch nichts von Marxens Krisensehnsucht, seiner Bejahung des Despotismus, der Gewalt, der Diktatur, des Terrors, kurz: der Kampfan-

sage an das Weltkulturerbe.
Fritz Gerlich, der wie kaum ein zweiter das Wesen des Nationalsozialismus und die Gefahren, die von Hitler ausgingen, anprangerte und deshalb zu einem der ersten Mordopfer im KZ Dachau wurde (1. Juli 1934), schrieb 1920 kurz nach dem Ende der Räterepublik in Bayern:
"Die Kultur aber ist eine Schöpfung des Willens und des Geistes. Mit dem Willen und dem Verstande errichtet sich der Mensch einen geistigen Bau in der natürlichen Welt. Er heißt ihn Kirche, Staat, Wirtschaft, Recht, Kultur usw. In ihm hat auch der Proletarier seinen Platz, aber als Mitarbeiter. Daher ist der nach Alleinherrschaft strebende Proletarier der polare Gegensatz zur Kultur. Er ist Körperherrschaft über den Geist. Und deshalb ist der Diktator Proletariat der Todfeind der Kultur. Somit ist der Weg des russischen Bolschewismus als eines reinen Marxismus der der Zerstörung aller Kultur."
Aus dem Antisemiten Marx wird ein "Anwalt der Juden" gemacht. Aus dem erbitterten Feind Ferdinand Lassalles (Marx: "der krause Juddekopp", "der läppische Jüd", "der Narr", "der Hund", "der jüdische Nigger") wird sein "Freund".
Geschickte Textmanipulationen, die alles Negative ausblenden, machen es möglich! Und derlei Gaukeleien werden öffentlich gefördert!
Der Buchtitel "Gerechtigkeit bei Karl Marx" läßt erwarten, daß sich der Vielschreiber Marx mehrmals und ausdrücklich zum Thema "Gerechtigkeit" äußert und sie bejaht. Doch der Autor muß eingestehen:
"Als 'sehr fragmentarisch' bezeichnet Allessandro Baratta die Aussagen von Karl Marx über Recht und Gerechtigkeit. Dahrendorf hat weniger als sechzig Mal in Werken und Schriften das Wort Gerechtigkeit festgestellt, mehr als die Hälfte als Zitat, die andere Hälfte als ironische oder polemische Erwähnungen."
Das spricht doch Bände! - Marx und Engels haben nicht nur in der Theorie - wie gezeigt - die Philanthropie, den Humanismus, die Nächstenliebe, das Streben nach Gerechtigkeit als Handlungsmotive abgelehnt, sie haben auch nicht aus solchen Triebkräften heraus gehandelt, und zwar weder bewußt noch unbewußt.
Marx war nicht gerecht! Ein Mensch, der Dankbarkeit nicht kennt, ist nicht gerecht. Ein Mensch, der den guten Willen anderer nicht anerkennt, ist nicht gerecht. Ein Mensch, der die rücksichtslose Kritik an allem und an allen predigt, ist nicht gerecht. Ein Mensch, der nur sich selbst gelten läßt ist nicht gerecht.
- "Gerechtigkeit" ist eine moralische Kategorie, Marx aber hat Moral stets geleugnet; Moral ist für ihn nur eine "Phrase", ebenso wie die Liebe. Es ist gerade jene dezidierte und gelebte Amoralität, welche die schlimmsten Verbrechen des 20. Jahrhunderts vorbereiten half, die des Kommunismus wie des Nationalsozialismus. Und trotzdem wird durch beliebige Textspielereien Marx zum Künder der Gerechtigkeit Gottes aufgeschäumt. Der Mann, der gleichsam mit Pauken und Trompeten aus seiner Religion ausgetreten ist, wird von den Religionsdienern nicht nur kirchlich beerdigt, sondern fast zur Kultfigur gemacht, zur "Ehre der Altäre" erhoben, eben zum Künder der Gerechtigkeit Gottes.
Schon hat er in das französische Neue Sonntagsmissale 1983 Eingang gefunden. In einem Tiroler Hotel grüßt heute Marx von der Wand, wo früher ein Kreuz zur Besinnung gerufen hätte. Dies alles, obwohl die schon erwähnte Enzyklika Divini redemptoris zutreffend feststellt, daß sich der Kommunismus auf die "von Marx verkündeten Grundsätze" stützt.
Mit einer bitteren Klage, die auch an dieser Stelle angebracht ist, schloß Steffen Heitmann, der Justizminister Sachsens, seinen Vortrag "Stellung und Wirkungsmöglichkeiten der Kirchen nach der Revolution":
Und bei der Auseinandersetzung mit der Utopie des Kommunismus fehlt weithin die klare Stimme der Kirche, die so nötig wäre, um Orientierung zu geben."
Die Betrachtungen über "Gerechtigkeit" abschließend, sei die Frage gestellt: Konnte man

nicht auch aus Hitler - wie aus Marx - einen Kämpfer für Gerechtigkeit machen? Stoff war vorhanden:
Man brauchte ihn nur selektiv aufzubereiten: In den Augen aller deutschen Parteien der Weimarer Zeit war der Friedensvertrag von Versailles (1919) ein Diktat, fügte dem deutschen Volk aus Rache und Mißgunst schweres Unrecht zu. Bis auf den heutigen Tag wird dieser Vertrag äußerst kritisch beurteilt, so von Joachim Fest in seinem Lebenswerk "Hitler".
"Allzu offenkundig waren die Widersprüche und Unaufrichtigkeiten in den 440 Artikeln des Vertragswerkes, in dem die Sieger ihre legitimen Ansprüche in der Pose des Weltenrichters vortrugen und Sündenbekenntnisse geboten, wo Interessen auf dem Spiel standen: es war überhaupt dieser gänzlich sinnlose, wenngleich nicht unbegreifliche Zug rachsüchtiger Moralität, der so viel Haß und billigen Hohn herausgefordert hat. Auch in den alliierten Ländern war die Kritik daran heftig."
Im Hochverratsprozeß wurde Hitler und seinen Genossen bescheinigt, "daß die Angeklagten bei ihrem Tun von rein vaterländischem Geiste und dem edelsten selbstlosen Willen geleitet waren." Dem unterdrückten und ausgebeuteten Volk wollte Hitler resoluter helfen als alle seine Rivalen und den Vertrag ganz aus der Welt schaffen. Das schlechte Gewissen der Westmächte half ihm, seinen Vorsatz in die Tat umzusetzen. Fritz Stern stellt fest:
"Für Millionen von Deutschen war Hitler der ersehnte Erlöser, der Retter aus Schmach und Erniedrigung."

"Die Lakaiennatur deutscher Professoren"

In der vom Karl-Marx-Haus, Trier, getragenen Neuausgabe des Manifests heißt es, das Manifest sei "die Geburtsurkunde sozialistisch-kommunistischer Politikwissenschaft". Unterstellt: die Freunde seien von der Richtigkeit ihrer Analysen und Prognosen überzeugt gewesen, so bleibt immer noch die Frage, ob sie die Schrift unter "wissenschaftlicher Sozialismus" subsumiert hätten.
Wenn wir die Wissenschaftskriterien des Bundesverfassungsgerichts zugrunde legen, so kann das Manifest schwerlich als wissenschaftliches Werk qualifiziert werden. Kann es dann gleichwohl die erwähnte "Geburtsurkunde" sein?
Unbestritten ist, daß in allen von kommunistischen Parteien geführten sozialistischen Staaten die Geistesschaffenden zur Parteilichkeit verpflichtet gewesen sind und sich weitgehend daran gehalten haben. Jede Objektivität bei der Befassung mit brisanten politischen Fragen wurde mit der fristlosen Entlassung geahndet. Diese Parteilichkeit war keine Sünde gegen das geistige Vermächtnis von Marx, sondern seine Erfüllung. Nie hat Marx Pro und Contra abgewogen, sondern seine Erfüllung. Nie hat Marx Pro und Contra abgewogen, sondern nur jene Fakten berücksichtigt, die in sein Konzept paßten. Erinnert sei an die o.a. Erfahrungen Carl Schurz.
Der Marxbiograph Richard Friedenthal teilt dieses Urteil:
"Er (Marx) las viel, unendlich viel in seinem Britischen Museum. Immer jedoch, und nahezu ausschließlich, um seine bereits festgeformten und nicht einmal sehr zahlreichen Ansichten bestätigt zu finden. Man hat einige seiner dicken Notiz- und Auszugshefte verglichen mit den Originalen und gefunden, daß er ohne Skrupel ausließ, was ihm nicht ins Konzept paßte."<<

05.02.1998

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 5. Februar 1998: >>**4,8 Millionen arbeitslos**
Die Bundesanstalt für Arbeit gibt die offiziellen Arbeitslosenzahlen für Januar bekannt: 4,82 Millionen - höchster Stand seit 1945. Anstieg in einem Monat: 301.600. Quote West 10,5 %, Ost 21,1 %. ...<<

18.02.1998

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Februar 1998 über die Eröffnung des deutsch-polnischen Hauses in Gleiwitz: >>... Junge Deutsche und Polen haben nach Ansicht von Bundespräsident Roman Herzog die Vorurteile zwischen ihren beiden Na-

tionen überwunden. "Wir können dankbar dafür sein, daß junge Deutsche und junge Polen nicht bereit sind, Haltungen von gestern und vorgestern zu übernehmen", sagte er am Dienstag nach der Auszeichnung mit der Ehrendoktorwürde der Universität Breslau. Der Rektor der Breslauer Universität, Roman Duda, würdigte Herzog als "ausgezeichneten Juristen und Freund Polens".
In Gleiwitz eröffnete Herzog das dortige "Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit" und würdigte dabei die Rolle der deutschen Minderheit in Schlesien, der die Rolle eines Mittlers zwischen beiden Nationen zukomme.
"Die großen Probleme zwischen Polen und Deutschland sind gelöst, jetzt brauchen wir eine Graswurzelzusammenarbeit, bei der die deutschen Minderheiten im Ausland eine wichtige Rolle spielen können", sagte Herzog bei einem Empfang. ...<<

19.02.1998

Großbritannien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. Februar 1998 über die höchst seltene Verleihung der Londoner Ehrenbürgerwürde an Bundeskanzler Helmut Kohl: >>**Mit viel Glanz und Glorie**

... In Großbritanniens europakritischen Kreisen muß es schon erhebliche Aufregung ausgelöst haben, daß ausgerechnet der entschiedenste Vorkämpfer Europas, Bundeskanzler Helmut Kohl, am Mittwoch abend mit der höchst seltenen Auszeichnung einer Ehrenbürgerwürde der Wirtschaftsbosse der "City of London" geehrt wurde. ...
... Die "Sun" hatte mit ihrer Viermillionenauflage die Ehrung als ungeheuerlich abqualifiziert und behauptet, Kohls Europaliebe werde in der Londoner City "größeren Schaden anrichten als es die deutsche Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg getan hat". Und in der "Daily Mail" hieß es, der "miserable Wirtschaftspolitiker" Kohl strebe einen europäischen Superstaat an, der Großbritannien seiner Rolle als internationales Finanzzentrum beraube. ...
Kohl machte in seiner Dankesrede deutlich, daß er die wirtschaftliche und politische Union Europas für unabdingbar hält, aber er schilderte sie zugleich so, daß sich auch skeptische britische Beobachter eigentlich damit anfreunden können sollten. Deutschland so rühmte er, habe seine "Einheit und Freiheit nach englischem Muster" erreicht.
Der Kanzler meinte, Europa brauche die einzigartige britische Mischung von Wirklichkeitssinn und Traditionsbewußtsein, von Pragmatismus und Idealismus".
Er habe "den Eindruck, daß man sich in der City auf die große Veränderung durch den Euro" längst eingestellt habe. "Sicherlich werden sich bald auch jene überzeugen lassen, die heute noch zögern." ...<<

Februar 1998

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1998) berichtet im Februar 1998 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... Ausstellungsmacher Hannes Heer präsentiert längst überfällige Korrekturen und entlarvt sich endgültig als Lügner und Fälscher

Gedränge in der Technischen Sammlung in Dresden: Am Eingang zur Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" gehen Broschüren, Bücher und Kataloge über den Ladentisch. Aber nur wer nachfragt, bekommt zusätzliche Informationen. Abseits und oft sogar verdeckt liegt eine aufschlußreiche Liste aus. Titel: "Errata und Ergänzungen".
Es gibt sie also doch, die Fehler und Fälschungen in der umstrittenen Wehrmachtsausstellung. Einundzwanzig von ihnen führt die offizielle Irrtumsliste des Hamburger Instituts für Sozialforschung, eine private Stiftung des Multimillionärs Jan Philipp Reemtsma, auf. Darunter längst überfällige Korrekturen von Flüchtigkeitsfehlern, aber auch von haarsträubend falschen Bildzuordnungen und massiv verfälschten Textdokumenten. Weit interessanter: Mit der Liste entlarvt sich Ausstellungsmacher Hannes Heer als Lügner.

Im April 1997 hatten FOCUS-Recherchen ergeben, daß Heer ein wichtiges Bild der Ausstellung ohne jeden Beleg als Exekution von Juden in Weißrußland einordnet. Das unscharfe Foto zeigt Männer, die sich an einem Ufer ausziehen. Es stammt aus einem Nazi-Propagandabuch über das besetzte Polen. Darin sieht man auf zwei gestochen scharfen Aufnahmen, wie diese Männer vor Uniformierten antreten und sich dann entkleiden. Der Nazitext beschreibt die Szene zynisch als überfälliges Zwangsbad "jüdischer Mannschaften".
In der Liste, die das Bild (Katalog S. 115, Nr. 3) nicht unter Irrtümer, sondern unter Ergänzungen abhandelt, führt Heer als Kronzeugen für seine Bilddeutung die staatliche "Hauptkommission zur Untersuchung der Verbrechen gegen die polnische Nation" an. Eine Anfrage dort habe ergeben, daß das Foto in "deren umfangreichen Beständen nicht existiert". Damit, so Heer triumphierend, sei "Polen als Tatort wenig wahrscheinlich".
FOCUS liegt die Antwort der Warschauer Hauptkommission auf Heers dringlichen Hilferuf vom 3. Juli 1997 vor. Unter dem Aktenzeichen AR/43/12/97 schreibt der stellvertretende Leiter der Behörde, Stanislaw Biernacki, am 24. Juli 1997 genau das Gegenteil: "Die Fotos sind uns bekannt." Und: "Beide Fotografien sind auf dem Gebiet des Generalgouvernements entstanden, ... mit großer Wahrscheinlichkeit vor dem 22.6.1941."
Damit ist klar, daß Heer seit einem halben Jahr die bislang einzige handfeste Expertenaussage unterschlägt und sie jetzt sogar fälscht. Ein Desaster für die Glaubwürdigkeit der Ausstellung. Heer selbst ist mit dieser Lüge als Wissenschaftler erledigt. ...<<
Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtet im Februar 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 2 – 1998 (x853/...): >>**Ehe und Familie, bedroht, bedrängt, belagert**
Wenn wir über die Krise von Ehe und Familie reden, müssen wir uns vor Augen halten, daß diese Tragödie im Rahmen einer spezifischen Kultur und Zivilisation stattfindet. Was aber charakterisiert diese in Euramerika?
Vor allem die Erste und dann die zweite Aufklärung unserer Tage, ferner auch die üble Erbschaft der Französischen Revolution mit ihren sadistischen Greueltaten, die erst im Spanischen Bürgerkrieg und in der Chinesischen Kulturrevolution ihre Nachahmer fanden. Der Hauptideologe der Französischen Revolution, der Marquis de Sade, war in dieser Beziehung nicht nur "Philosoph", sondern auch "Praktikant". Dieser radikal linken Revolution entstammen unsere Demokratie, der Nationalismus, der Nationalsozialismus und der Internationalsozialismus mit allen deren Abarten. (Der Rassismus des 19. Jahrhunderts kam erst durch die Geburtshilfe des Darwinismus richtig auf die Welt)
Wir erwähnten den Begriff "links". Was ist nun aber wirklich "links"? Hier müssen wir daran denken, daß wir mit einem Sektor des Tierreichs einen "animalischen" Herdentrieb gemeinsam haben, dank dessen uns die Gesellschaft gleichrassiger, gleichnationaler, gleichaltriger, gleichgeschlechtlicher, gleichweltanschaulicher, gleichinteressierter und mit gleichem Geschmack begabter Menschen angenehm und kongenial ist. Man ist ganz "unter sich". So wie ein Schaf in seiner Herde oder eine Ameise in ihrem Bau.
Da wir aber Menschen … sind, haben wir auch den Trieb zur Vielfalt, der dem Tierreich fehlt. Darum genießen wir die Gesellschaft des anderen Geschlechts, die Abwechslung in der Nahrung, die Debatte mit Andersdenkenden, und vor allem das Reisen in ferne Gegenden, die in jeder Hinsicht eine totale Abwechslung bieten und auch "abenteuerlich" sind. Der "diversitären" Sehnsucht nach Vielfalt stehen die "identitären" (und "egalitären") Triebe der Einfalt gegenüber. (Zehn Zehnpfennigstücke sind "gleich" einer Mark, aber sie sind mit ihr nicht identisch.
Das Einmarkstück ist aber identisch und gleich jedem anderen Markstück desselben Prägungsjahres.) Dieser Einfalt entstammen Wunschträume von Ländern mit nur einer Sprache, einer Rasse, einer Klasse, einer Partei, einer Ideologie, einem Schultyp, einer Kleidung, einem

Bildungsgrad. (Robespierre hatte schon die Uniformierung aller Franzosen und die Zerstörung aller "undemokratisch" hohen Kirchtürme geplant, was da und dort auch durchgeführt wurde. Auch an die physische Vernichtung der Elsässer dachte man, da diese sich nicht der "republikanischen Sprache" bedienten.
In seinem Testament sagte der heilige Ungarnkönig Stefan dem heiligen Emmerich: "Mein Sohn, ein Reich von nur einer Sprache und einer Sitte ist zerbrechlich und dumm", wohl ein Ausspruch, den der moderne Mensch in seiner phantasielosen Einfalt kaum verstehen könnte. Alle "Unterschiede" erscheinen ihm politisch, administrativ, wirtschaftlich und moralisch belastend.
Nun muß man einmal die Problematik der Ehe und der Familie im Rahmen unseres zutiefst "linken" Zeitalters, das gottlos oder nur noch vom Geruch einer leeren Flasche lebt, und nicht isoliert im luftleeren Raum betrachten. 1989 wurde die linke ökonomisch geschlagen. Nun aber rüstet sie sich zum biologischen Kampf.
Da ist nicht nur die Frage zu beantworten, was der Mensch ist, sondern auch was es bedeutet, ein Mann oder eine Frau zu sein. Der Mensch hat einen dreifachen Aspekt: Er ist einerseits als Ebenbild Gottes geschaffen (Genesis, 1, 27), andererseits aber ist sein Sinn von Kindheit an auf das Böse gerichtet (Genesis, 8, 21) und überdies ist er durch die Erbsünde in seiner Natur verwundet.
Männer und Frauen sind jedoch körperlich und seelisch völlig verschieden. Zwar sind ihre geistigen Eigenschaften nur "statistisch" anders gelagert; so könnte man zum Beispiel sagen, daß Männer eher brutal und Frauen eher grausam sind, doch kann man keine Regel daraus ableiten. Man nehme nur einmal 12 Farbtuben; mit diesen kann man völlig verschiedene Bilder malen, wobei auch die Farben quantitativ und nicht nur lokativ ganz anders verteilt sind. Die neuere Forschung, auch stark durch den Feminismus angeregt, hat in den letzten Jahren immer weitere, zusätzliche Geschlechtsunterschiede wissenschaftlich festgestellt, die aber schon immer geahnt wurden.
Von den hormonalen Unterschieden wissen wir längst, vom männlichen "Y" in jeder Zelle aber erst mit Sicherheit seit 1958. Nun wurde in den letzten 20 Jahren viel Hirnforschung betrieben und auch da wieder taten sich Abgründe auf. Daß Frauen gewisse Dinge wohl tun, andere aber kaum bewältigen können, wurde von naiven Gemütern oft mit der jahrtausendlangen Unterdrückung der Frau begründet, dabei aber vergessen, daß jede Frau einen "ungebundenen" Vater und jeder Mann auch eine "geknechtete" Mutter hatte, also das Generationsargument völlig haltlos ist.
Frauen komponieren nur in den seltensten Fällen (doch hätte auch in der Vergangenheit niemand einem jungen Mädchen ein Notenheft aus der Hand gerissen), Mathematikerinnen von Weltruf sind äußerst selten, ebenso Schachmeisterinnen und Philosophinnen.
Männer lieben das Abstrakte, Frauen das Detail und das Konkrete. Wer Säuglinge betreut, darf nicht in den Wolken schweben. In den bildenden Künsten sind Frauen nur in Ausnahmefällen extrem hoch produktiv, aber sprachlich sind sie äußerst begabt (nicht nur im gesprochenen, sondern auch im geschriebenen Wort) und was sie durch reine Intuition und Inspiration vermögen, ist anscheinend außerhalb jeder wissenschaftlichen Forschungsmöglichkeit.
Nur dumme Männer verachten das weibliche Geschlecht oder legen ihm (wie der arme Strindberg) ungerechterweise männliche Maßstäbe an.
Es geht hier also (wie bei den Rassen) nicht um Über- und Unterlegenheit, sondern um weitgehende Verschiedenheiten, die der Linken nicht behagen. Sie will diese ganz einfach nicht wahrhaben.
Besonders in den Vereinigten Staaten, ursprünglich einer sehr aristokratischen Republik, in der die Demokratie seit 1828 immer größere Siege errang, tobt die Debatte nicht nur um das sehr delikate Thema der Rasseneigenschaften, sondern auch um die Unterschiede zwischen

den Geschlechtern, wobei die Feministinnen in der Frage "Natur oder Aufziehung?" alle Geschlechtsunterschiede auf den jahrtausendealten "Patriarchalismus" zurückführen wollen.
Doch die egalitär-identitäre Ideologie unseres Zeitalters will von der Idoneität ("Eignung") der Menschen nichts wissen. Jedermann ist "mündig", jedermann kann über jegliches Ding reden und ein Urteil fällen, alle sind "gleich", alle können wählen, alle sind "auswechselbar". … Unterschiede zu sehen, zu machen oder zu bewerten ist "undemokratisch". Ja, die (angenommene) Gleichheit ist doch eine Grundbedingung im politischen Prozeß. Wenn nicht alle Bürger "gleich" sind, wie kann man sie da nach dem Urnengang addieren?
Nun aber ist die Familie, vor allem die Großfamilie, eine "diversitäre", eine hierarchisch gegliederte Gruppe bestehend aus drei Generationen und zwei Geschlechtern mit einer ganzen Reihe von Beziehungsmöglichkeiten - Großeltern zu Eltern, Eltern zu Kindern, Kinder zu Großeltern, Geschwister untereinander, Onkel-Tanten zu Neffen-Nichten, Vettern und Basen.
Die Familie bedeutet Autorität, Liebe, Tradition, Gehorsam, Treue, Freundschaft, Bindung, Loyalität, Vorfahrenverehrung, Respekt, Aufopferung, Hilfsbereitschaft, aber weder Gleichheit, noch Nämlichkeit, und unterliegt auch nicht dem Zahlenzauber der stets auf Wechsel erpichten Demokratie.
Die alte Ordnung war vertikal, die jetzige, linke, aber ist horizontal. Heute schiebt man die Großeltern gerne ins Altersheim ab, die Kinder in die Ganztagsschule.
So ist die Familie in unserer Zeit ein wahrer "Fremdkörper" geworden, der womöglich durch seinen Autoritätsanspruch für einige gute Leute fast "faschistoid" wirkt. (Der Antiautoritarismus geht ja manchmal so weit, daß ein Wiener "Theologe" von Christi Jüngern als von Seinen "Haberern" d.h. Freunden, Kumpeln, schreibt, doch war Er … der HERR.)
Darum hat die Linke, die auch den stets totaler werdenden Staat beherrscht, mit ihren horizontalen Leidenschaften sich stets gegen die "Exklusivität" der Ehe und Familie gewandt. Und natürlich auch auf der politischen Ebene gegen die Monarchie, die ja auf Ehe und Familie basiert und in der Christenheit (so wie die katholische Kirche) eine übernationale Einrichtung war. Im Jahre 1910 hatten von den souveränen Staaten eigentlich nur Serbien und Montenegro einheimische Dynastien.
(Die Hohenzollern waren keine Preußen, die Romanows waren mit Peter II. ausgestorben und das Haus Savoyen war französisch.) Die "Nationalmonarchien" waren zu gutem Teil Produkte des linken Nationalismus im 19. Jahrhundert.
Freilich war das traditionelle Weltbild Europas patriarchal-elterlich: da war Gott-Vater im Himmel, der heilige Vater in Rom, der Monarch der Vater des Vaterlands und der Vater als König in der Familie. Doch da war auch Maria als Königin des Himmels, die regierende Königin oder Kaiserin gelegentlich das Haupt der Dynastie und die Frau und Mutter das Herz der Familie und oft als Witwe die Stelle ihres Mannes übernehmend. Die Kirche gestand ihr ebenso wie dem Mann immer das Wichtigste zu: die Möglichkeit der Heiligkeit.
Aber hier auf Erden (wo wir alle nur Pilger auf dem Weg in die Ewigkeit sind und keine Bleibe haben) ist die Idoneität, d.h. die "Eignung" im Rahmen der Gesellschaft ausschlaggebend. Das gilt für Männer genau so wie für Frauen. Maurer sollen keine Herztransplantationen ausführen, Chirurgen keine Brücken entwerfen, Schornsteinfeger keine Uhren reparieren und Frauen nicht Scharfrichter, Soldaten, Bergleute oder Kanalräumer werden.
Der Feminismus, den wir heute in Nordeuropa und Nordamerika haben, ist teils die Reaktion auf die Misogynie in diesen Ländern, zu gutem Teil ist er aber auch das Resultat einer abstrusen Verachtung aller positiven weiblichen Werte, also eines sterilen Selbsthasses. Von den Geschlechtern gilt auch weitgehend die ernüchternde Bemerkung Freuds: "Anatomie ist Schicksal".
Der heilige Johannes Chrysosthomus meinte, daß der Mann für die Frau Sicherheit, die Frau aber für den Mann Trost bedeute. Aufgabe der Frau ist es nun einmal, Kinder zu gebären und

sie aufzuziehen. Ihre Rolle als Mutter, als Gattin, als Hüterin des Heims, als Quelle der Eingebungen und Ermutigungen ist nicht nur innerhalb des Christentums immer geehrt und bewundert worden.
Die Frau ist für die Völker und daher auch für die Geschichte von größter Bedeutung. Wo man sie ins Abseits drängt, kommt es zum kulturellen Stillstand. Als Brotverdienerin ist sie in einer christlichen Gesellschaft nur in zweiter Linie berufen, und wenn ein Konflikt zwischen ihrer natürlichen Berufung, ihren Pflichten und dem Erwerb für den Götzen "Lebensstandard" entsteht, sollten ihr von Gott (Heiden würden sagen: "von der Natur") gegebenen Aufgaben deutlich den Vorrang haben. Lebensstandard und Lebensqualität sind nicht dasselbe. Niemand wird mir sagen, daß die Menschen in Stockholm glücklicher sind als in Sevilla.
IV.
Die Ehe selbst ist eine "Eidgenossenschaft", aber es ist gerade die feste Bindung, die dem "modernen Menschen" zuwider ist.
Er ist eine Mischung von Papagei und Chamäleon, also ein Papamäleon, oder auch ein Jerk. ein amerikanischer Ausdruck, der wörtlich übersetzt "Ruck" bedeutet, aber für einen jüngeren Mann verwendet wird, der "geschwind", oberflächlich, wurzellos, etwas zynisch, abgeschmackt, ungebildet, unzuverlässig, also keineswegs "ideal" für eine Ehe ist, denn eine Ehe, die auch Kinder in die Welt setzt, ist nun einmal ein äußerst ernsthafter Bund. Im feudalsten Zeitalter war die ganze Gesellschaft auf Treuebündnisse gegründet. Das galt beileibe nicht nur für den Adel, sondern auch für Klerus, Bürgertum und Bauernschaft.
Basis der Ehe ist weltweit (was wir oft vergessen) weder Eros, noch Sexus, sondern die elterliche Vorsorge. Jean Guitton schrieb, daß in den gehobeneren Schichten Frankreichs erst mit Anbruch dieses Jahrhunderts die Liebesehe in den Vordergrund trat. Hermann Keyserling trat für die "Standesehe" ein und betrachtete eine Ehe primär aufgrund einer sexuellen Anziehung als infame Verirrung. Doch auch auf den Eros ist bekanntlich kein Verlaß. Thomas von Aquin erwähnte die Freundschaft als sichere Grundlage und tatsächlich sollten sich Brautleute fragen, ob ihr Partner *ein Freund auf Lebenszeit* sein könnte, denn die Treue gehört wesenshaft zur Freundschaft und nicht zum Eros und schon gar nicht zum Sexus.
Doch die Ehe hatte schon seit jeher ihre Feinde. Da war zuerst einmal der Staat, der immer und überall eine gewisse annexionistische Tendenz hat, besonders in seiner "laizistischen" Form. Es war Frankreich, das durch die Revolution und dem Code Napoleon (1804) die Zwangszivilehe einführte, die dann im Kulturkampf durch Bismarck übernommen, im Dritten Reich weitergeführt und, wie so viele braune Gesetze, von der Zweiten österreichischen Republik wacker als nationalsozialistisches Erbstück beibehalten wurde.
Martin Luther betrachtete zwar die Ehe als "ein weltlich Dinge", aber er hielt dennoch an ihrer Unauflöslichkeit fest und verbot die Wiederverheiratung Geschiedener. (Einmal drückte er allerdings ein Auge zu). Hier muß man sich immer daran erinnern, daß Luther kein Lutheraner war und der heutige "Lutheranismus" durch die Erste Aufklärung in ihr wahres Gegenteil verkehrt worden ist. Auch die anglikanische Kirche hat bis in unsere Tage die Wiederverheiratung von Geschiedenen offiziell nie gestattet.
Der katholischen Lehre nach ist die Ehe ein Sakrament (das biblische Wort für Sakrament ist my sterion), das sich die Brautleute mit dem Segen der Kirche gegenseitig spenden. Kurioserweise verbieten viele "liberale" Demokratien diesen persönlichen wie auch kirchlichen Akt ohne vorhergehende staatliche Zeremonie.
Doch die Ehe ist eben nicht nur eine biologische, sondern auch eine existentielle und moralische Einrichtung. "Treue bis in den Tod" ist eines ihrer Leitmotive, aber für Treue und Glaube steht im Griechischen und Lateinischen dasselbe Wort (pistis beziehungsweise fides). Auch im Deutschen sind Treue und Trauen wie auch Vertrauen verwandt. … Die Ehe ist sowohl "Hingabe" an einen anderen als auch die Möglichkeit der "Erschaffung" eines neuen Men-

schen.

V.

Dagegen kämpft die Linke von allen Seiten, sie schießt darauf aus allen Rohren. Sie tut dies durch Gesetze, sie "verstaatlicht" die Ehe, sie beraubt sie ihrer Absolutheit, sie versucht die Familie durch den Versorgungsstaat zu ersetzen, sie bestimmt den Erziehungscharakter der Kinder und nicht zuletzt greift sie ihre biologisch-moralische Grundlage an.

Mit dem Marxismus einst innig verbunden, versucht sie sich nun mit einem veränderten, obwohl nicht ganz neuem Profil. (Der Marxismus hatte einen enormen Anfangserfolg dank seiner wirtschaftlichen Ignoranz, die auf einer ganzen Kette "klarer, aber falscher Ideen" beruhte. Jedoch, je dümmer die Idee, desto größer und schneller der Erfolg bei den Massen. Das Christentum brauchte 300 Jahre bis zum äußeren Erfolg.)

So manchem Linken fällt der Abschied von der kollektiven Staatswirtschaft gar nicht so schwer. Das einst so sozialistische Schweden hat gezeigt, daß der Versorgungsstaat auch den bösen "Kapitalismus" beherbergen kann, und China gibt uns jetzt das schöne Beispiel einer "freien Marktwirtschaft im Sozialismus".

(Die "patriotischen Kapitalisten" hatte Mao nicht nur toleriert, sondern auch gepflegt - wenn sie auch später, während der "Kulturrevolution", mit Lehrern und Bonzen manchmal auf die viehischste Art umgebracht oder sogar, wie in den Provinzen Guangxi und Hunan abgeschlachtet und von terrorisierten Bürgern buchstäblich aufgefressen wurden.

Was die Linke heute anstrebt ist nach wie vor der totale Staat, der allein imstande ist, einen gleichmacherischen Horizontalismus zu fördern und die Freiheit als "liberale" Gegenleistung auf den Unterleib zu beschränken. Daß dies zu einem barbarischen Zustand führt, wußte auch Freud (ein rechtsdralliger Atheist), der dem Christentum dankte, am Ende der Antike den Eros vor dem Sexus gerettet zu haben. Er war ein Gegner der Promiskuität und wußte, daß eine Kultur ohne "Repression" undenkbar ist. Und dieser antieheliche und antifamiliäre Destruktivismus wird grundsätzlich und mit Fanatismus betrieben.

Die neue Regelung der Familiennamen ist nur dem Chaos förderlich, die Demoralisierungsbestrebungen jedoch bilden das weitaus größere Übel. Dank der Abschlachtung der Ungeborenen geht sie bis zum Mord. Als Folge der Amoralpropaganda steigt nicht nur die Anzahl der vorgeburtlich Ermordeten, sondern auch der unehelich Geborenen und damit der existentiell vaterlosen Kinder.

Sie beträgt in den USA bei der weißen Bevölkerung über 30 Prozent, bei den Farbigen über 60, beides mit stark ansteigender Tendenz (wobei freilich die neue Rollenverteilung der Geschlechter ein wichtiger Faktor ist).

Die psychologischen Probleme dieser "vaterlosen" Einzelkinder, die dann später in ihrem Leben an den Folgen ihrer Erziehung schwer leiden werden, dürfen nicht vergessen werden. Über den Unfug, der mit dem "Sexualunterricht" getrieben wird, können Eltern und Seelsorger ein Lied singen.

Aber nicht genug damit: der gleichgeschlechtlichen "Liebe" wird zunehmend ein offizieller Status gegeben, und homosexuellen Pärchen, die gesetzliche Ansprüche auf steuerliche und andere Eheprivilegien machen, werden Adoptivkinder zugebilligt. (Der "New Yorker" veröffentlichte eine Scherzzeichnung, in dem eine lesbische Mutter einem ungezogenen Kind sagt: "Na, warte nur, du Schlingel, wenn die zweite Mama nach Hause kommt!") Auch die amerikanischen Homosexuellen stehen in der Regel links (wie auch anderswo), denn sie sind ja "identitär". Mit Geschlechtsunterschieden können sie nichts anfangen.

Die kommunistischen britischen Hochverräter, angefangen mit Philby, waren fast alle Homosexuelle und dies obwohl so geartete Unglückliche gerade in der UdSSR brutal verfolgt wurden. Kein Wunder auch, daß Walt Whitman, der große Barde der ursprünglich so unamerikanischen Demokratie, ein Schwuler war, den Thomas Mann mit dem Hinweis auf sein Gebre-

chen als echten Vertreter einer demokratischen Mentalität zitierte.
Doch bei uns stehen die Dinge auch nicht besser, wenn ein evangelisches Diakoniewerk ein sexuelles Gesellschaftsspiel mit anatomischen Details für Kinder herausgibt oder ein in der Schweiz aktiver holländischer Pastor ein Buch veröffentlicht, in dem die Pädophilie für ihre Praktizierer wie auch für ihre Opfer im Kindesalter als höchst "gesund" dargestellt, ja geradezu empfohlen wird.
Die liberale Demokratie hat ein Janusgesicht mit einem egalitär-identitären und einen freiheitlichen Aspekt. Die Demokratisten wollen alles "demokratisieren", aber in der echten Ehe ist das ebenso unmöglich wie in der katholischen Kirche, in Banken, Kasernen, Schulen, Fabriken, Bauernhöfen oder Atomkraftwerken.
Der liberalen Komponente sind ebenfalls Grenzen gesetzt. Zellen, die sich unbegrenzt vermehren, muß man auch Schranken setzen, sonst können sie tödlich werden. Völker, die keine Werte haben, sind wertlos und gehen in der Geschichte unter. Sie sterben nur zu oft ganz einfach aus, wenn sie nicht von anderen Völkern überrollt werden.
Die Krise der Ehe und der Familie würde da verhängnisvoll die Weichen stellen. Diese Krise (Krisis heißt ursprünglich "Urteil") kann nicht isoliert behandelt oder gar geheilt werden. Kulturen bilden, wie der menschliche Körper, stets ein Ganzes. Ebensowenig könnte man die Syphilis heilen, indem man die einzelnen Geschwüre herausschnitte und die Wunden dann kosmetisch behandelte.
Diese Krise ist ein einzelner (wenn auch zentraler) Teil einer Un-Ordnung, die vor über 200 Jahren ihren Anfang nahm und immer "kritischer" wird. Im Kern ist sie natürlich ein theologisches Problem, denn nur eine theistische Religion kann dem Menschen eine Antwort auf die Frage des Woher, des Wohin, des Warum und des Wie geben. Auch ein "natürliches Sittengesetz" von Menschen erforscht kann das praktisch nicht, sondern nur Gottes geoffenbartes Wort. …<<

09.03.1998

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1998) berichtet am 9. März 1998 über die 68er Bewegung: >>**68er an die Macht**

Joschka Fischer und Gerhard Schröder, Straßenkämpfer und Altjusos auf dem Marsch in die Berliner Republik. ...

Einer hüllte sich tagelang in Schweigen, obwohl er der zweite große Sieger der Niedersachsen-Wahl war: Joschka Fischer, der designierte Vizekanzler einer rot-grünen Bundesregierung - die Erfüllung eines Lebenstraums auch für ihn. Mag sein, daß er, wie einst Franz Beckenbauer nach dem Gewinn der Fußballweltmeisterschaft 1990, erst einmal ganz allein und still den Triumph genießen wollte, um sich des einzigartigen Augenblicks zu vergewissern. Demnächst also: Schröder/Fischer statt Kohl/Kinkel. Wächst auch da zusammen, was zusammengehört?
Wenn es bei der Bundestagswahl am 27. September tatsächlich zum Ernstfall kommen sollte, dann übernimmt, pünktlich zum 30jährigen Dienstjubiläum der Revolte von 1968, die Generation von Rudi Dutschke und Daniel Cohn-Bendit, von Apo und Woodstock die politische Macht an Rhein und Spree, dann vertreibt Uschi Obermaier Juliane Weber aus dem Kanzleramt.
Bleibt die Frage: Handelt es sich dabei um einen ganz normalen Generationswechsel an der Spitze des Staates - auch Kiesinger, Brandt, Schmidt und Kohl zogen gut 50jährig ins höchste Regierungsamt ein - oder um die verspätete Rache der 68er für die Demütigung durch die schier endlose Ära Kohl? Kommen die Ex-Straßenkämpfer, Alt-Jusos und sitzkissenerprobten Friedensaktivisten also, wie die "Berliner Zeitung" mutmaßte, als anachronistische Wiedergänger, als Untote und Zombies einer spätestens 1989 schmählich untergegangenen Epoche an die Macht, nur um ihre eigene spießige "Kohl-Welt" von links zu etablieren, diesmal rot-

grün getüncht statt schwarz-gelb: "Emanzipations-Nippes" statt Vaterlands-Rhetorik?
Tatsächlich hat die sozialdemokratische Enkel-Generation - weder Schröder noch Lafontaine kämpften "68 auf den Barrikaden und sind doch kulturell geprägt von dieser aufregenden, revolutionären Epoche - jetzt die letzte Chance, in die Bundesministerien und ins Kanzleramt zu gelangen. Und natürlich geht es auch um die machtstrategische Vollendung eines Generationsprojekts namens "Kohl muß weg".
Weder in Frankreich noch in England würde dem Generationen-Aspekt eines mit Spannung erwarteten Regierungswechsels derart große Beachtung geschenkt. Doch in Deutschland ist "1968" zu einem quasinationalen Gründungsmythos geworden und mit ihm die Generation, die die offene Straßenschlacht wiederentdeckte, die freie Liebe und das intensive Beziehungsgespräch in der Wohngemeinschaft.
So werden in Deutschland die runden 68er Jahrestage begangen wie anderswo siegreiche Feldzüge oder die Abschaffung der Monarchie. Inzwischen ist fast jeder "irgendwo" ein alter 68er, und längst sind sie überall in der Gesellschaft an den Schaltstellen angelangt - in der Werbung. Als Darsteller im Film "Va Banque" und in den Medien, in Politik und Kultur, an den Universitäten sowieso und auch in der Wirtschaft, wo sie sich beim "Follow-up-Coaching" das allerneueste Konzept des "Business Reframing" anhören. Sie pflegen das Andenken der großen alten Zeit und vollenden ihre Karriere. In der SPD haben sie nun allein das Sagen. Die 78er, die gut 40jährigen, haben hier nichts zu melden.
Schlägt das Imperium der Mick-Jagger-Fans jetzt zurück? Tatsächlich hat die Toskana-Fraktion der angeblich hedonistischen Brandt-Enkel von Lafontaine bis Engholm ungezählte Chiantis herunterspülen müssen, bis sich das Blatt zu wenden begann. Eigentlich waren sie alle zusammen längst als notorische Gurken- und Verlierertruppe gebrandmarkt: als Westentaschen-Egomanen, passionierte Weintrinker und hochehrgeizige Juso-Häuptlinge außer Diensten, denen seit den "antikapitalistischen Strukturreformen" der siebziger Jahre nichts wirklich Originelles mehr eingefallen war.
Gewiß, mit ihrer zur Schau gestellten postmateriellen Nachdenklichkeit, mit Betroffenheitsrhetorik und ausgefeilter "Streitkultur" prägten sie das gesellschaftliche Klima der späten achtziger Jahre durchaus mit.
Auf dem Hintergrund von Öko- und "Dritte Welt-Läden", von Frauen- und Friedensbewegung profilierte sich ein vergleichsweise sanfter Überredungsdiskurs, den Björn Engholm geradezu kongenial verkörperte. Stets war er "ein Stück weit" irritiert, aber auch bewegt von den Dingen, die man "irgendwie" zusammenbringen mußte, damit sich niemand "ausgegrenzt" fühlte - bis es ihn selber traf.
Es war die Zeit der Katastrophenszenarien von Atomkrieg bis zum Ozonloch, aber auch der ästhetischen Postmoderne - eine Phase relativ unbedrängten Wohlstands, in der die Angst vor Umweltzerstörung größer war als die vor Arbeitslosigkeit.
Während die sozialdemokratischen 68er die vermeintlich weichen Zukunftsthemen besetzten, beherrschte Kohl die harte Gegenwart. Alle Häme über das "pfälzische Gesamtkunstwerk" (Fischer), alle systemkritischen Parteisymposien, Fachtagungen, Strategiepapiere, Grundsatzprogramme und Zukunftsfolgenabschätzungskommissionen der SPD änderten nichts an dieser Aufgabenverteilung, auch wenn die Enkel Schritt für Schritt die Staatskanzleien der SPD-regierten Bundesländer eroberten.
Doch allmählich schälte sich eine merkwürdige Dialektik heraus: Die von Kohl angekündigte "geistig-moralische Wende" zerstäubte im Alltag der pluralistischen Gesellschaft, und die Juso-Utopien einer Alternative zum "staatsmonopolistischen Kapitalismus" vergilbten im Licht der sozialökonomischen Tatsachen.
Die Wirklichkeit, die in Deutschland traditionell einen schweren Stand hat gegen all die schönen Ideen und großen Wahrheiten, setzte linken wie rechten Ideologien nachhaltig zu. Der

Realitätsschock kam in kleinen, homöopathischen Dosen, doch er wirkte: hier als Liberalisierung, ja "Amerikanisierung" der Sitten und Gebräuche (auch ein Erbe der antiautoritären Impulse von "68"), dort in Form eines wachsenden Pragmatismus, der ohne transzendenten Sinn der Geschichte auskommt, sogar ohne den "Orientierungsrahmen "90" der SPD.
Unter Kohls Regentschaft wurden viele aus der 68er Generation zu Verrätern an ihren alten Idealen und konnten doch immer wieder mit dem deutschen Polit-Kabarett über den tumben Kanzler aus Oggersheim herzhaft lachen. Denn sie wußten ja, wie schrecklich falsch er alles machte.
Der Fall der Mauer aber, die plötzlich eingetretene Zukunft, mit der niemand gerechnet hatte, machte die meisten stumm, selbst wenn sie unentwegt redeten - über ein drohendes "Großdeutschland" etwa, die Rückkehr des Nationalismus, über D-Mark-Imperialismus und die Kosten der Wiedervereinigung.
Die Geschichte hatte sie einfach auf dem falschen Fuß erwischt. Jetzt zeigte sich, wie viele Ressentiments und linkstraditionalistische Spießerweisheiten sich im postmodernen Jahrzehnt gehalten hatten, als die ausufernden Straßenfeste ganz Deutschland in eine einzige multikulturelle Scampi- und Frascati-Zone zu verwandeln schien.
Lafontaines Niederlage gegen Kohl 1990 war so vorhersehbar wie das Scheitern der westdeutschen Grünen an der Fünfprozenthürde. Der Zusammenbruch des ehemaligen Ostblocks vollendete das Werk von Desillusionierung und Realitätsanerkennung, das auch unter den grünen, lange Zeit in "Fundis" und "Realos" gespaltenen Generationsfratres zu quälenden Lernprozessen und schmerzhaften Eingeständnissen von Irrtümern geführt hatte.
In seinem 1992 erschienenen Buch "Die Linke nach dem Sozialismus" resümierte Joschka Fischer, den Schriftsteller und kommunistischen Renegaten Manès Sperber zitierend: "Man mag zweifeln, ob sich die Linke ohne eschatologische Hoffnung halten kann, doch steht fest, daß sie nicht weiterleben wird, ohne gegen jede Mystifizierung zu kämpfen, die sie auf ihrem Wege antrifft."
Was diese entmystifizierte, realistische Linke sei, ist im Laufe der neunziger Jahre kaum klarer geworden. Anstatt intellektuelle Debatten über ein neues Verhältnis zur komplizierten Wirklichkeit anzuzetteln, verfiel auch die Generation von Teach-in und Open-end-Diskussion, sofern sie nicht zu Amt und Mandat gelangte, mehrheitlich der Entpolitisierung - einer Mischung aus zynischer Abgeklärtheit, Resignation und akutem Selbstschutz vor enttäuschten Erwartungen.
Fast schien es, als hätte sich die 68er Generation im Status quo der Bundesrepublik, zwischen Frankfurt-Bockenheim und Valle Gran Rey auf Gomera, häuslich eingerichtet, als fürchtete sie gar jede größere Veränderung der schönen neuen Gemütlichkeit, die von der globalisierten Weltgesellschaft ausgehen könnte. Hier traf sie sich wieder mit dem strukturkonservativen Mainstream der Bevölkerung, die immer nur die Risiken statt der Chancen sieht und doch am liebsten Norbert Blüm glaubt: "Die Renten sind sicher."
Gerhard Schröders plebiszitär errungene Kanzlerkandidatur könnte daran etwas ändern. Vielleicht gerade deshalb, weil die Chance auf den Wechsel in Deutschland so lange auf sich warten ließ - und weil sie eher gegen die SPD, die Traditionspartei des programmatischen Fortschritts, als mit ihr erkämpft wurde. Das ist ein Zeichen für den allgemeinen Wunsch nach einer neuen gesellschaftlichen Dynamik. Und die Zeit scheint reif dafür.
Schon deshalb wird es kein Polit-Revival der siebziger Jahre geben, etwa mit den gefürchteten Thesenpapieren von Johano Strasser, mit Heidemarie Wieczorek-Zeul als Bundesfamilienministerin und "Rock gegen Rechts" vorm Kanzleramt, mit Stamokap-Debatte bis in den frühen Morgen und Konstantin Wecker am Klavier beim Bundespresseball: "Gestern homs den Willy derschlogn!"
Die geistig-moralischen Flokatis sind längst eingemottet und die blauen Bände der Marx-

Engels-Werke in unerreichbare Höhen der Ikea-Regale entschwunden. All die nostalgischen Biographien der 68er ("Wie alles anfing", "Was wir wollten, was wir wurden") sind sicher zwischen ungezählten Buchdeckeln verstaut. Ein "68er-Milieu", das sich rächen wollte, existiert nicht mehr. Vermufftspießiger, als der Vorsitzende der Jungen Union, Klaus Escher, vergangene Woche im ZDF gegenüber Joschka Fischer auftrat, kann sich auch der letzte verbitterte Alt-68er im SPD-Ortsverein Köln-Nippes nicht gebärden.
"All das ist Schnee von gestern. Der Traum von einer ganz anderen Politik" wird nur noch in einigen Ecken der SPD geträumt", formulierte die "Frankfurter Allgemeine" zu Recht. Wenn im Herbst 1998, nach all dem Vergangenen, die Vertreter der ehemaligen Anti-Parteien-Partei in Koalitionsverhandlungen auf den Anti-Partei-Menschen aus Hannover treffen sollten, dann versammelt sich die geballte Lebenserfahrung von mehr als drei Jahrzehnten abenteuerlicher Achterbahn-Fahrt zwischen "revolutionärem Kampf" und "neuer Mitte", zwischen ganz unten und ganz oben.
Es könnte die Ironie der Geschichte sein, daß dieselbe Generation, die den "Modernisierungsschub" von 1968 eingeleitet hat, nun, 30 Jahre später, nach unzähligen Irrungen und Wirrungen, eine zweite Raketenstufe gesellschaftlicher Modernisierung zündet - auch wenn noch der praktische Bausatz fehlt. Und wieder wird niemand vorhersagen können, wo die Einzelteile dereinst landen werden.<<

23.03.1998

Irak: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (13/1998) berichtet am 23. März 1998: >>**Strahlen in der Wüste**

Späte Folgen des Golfkriegs: Auf den Schlachtfeldern von 1991 erkranken auffallend viele Kinder an Krebs

Ali Hillal, acht, hat alle seine Haare verloren, eine Folge der Chemotherapie. Am Bett des sterbenden Kindes im el-Mansur-Krankenhaus von Bagdad wacht die verzweifelte Mutter. Latif Abd el-Sattar, fünf, auch er völlig kahl, hätte nach Auskunft der Ärzte eine gute Überlebenschance, wenn die notwendigen Medikamente zur Verfügung stünden. Marwa Adil, zehn, leidet an Leukämie, aber das Spital hat noch nicht einmal Punktionsnadeln für notwendige Rückenmarktests. Die Ärzte baten Marwas Vater, er solle doch versuchen, welche zu besorgen. Nur wo?
In irakischen Krankenhäusern herrschen erschreckende Zustände. Saddam Husseins Regierung läßt Reporter gern hinein: Seht her, was das Embargo der Vereinten Nationen anrichtet. "Clinton ermordet Babys", skandieren Einpeitscher auf staatlich organisierten Kundgebungen. Während einer Demonstration führte die Menge in offenen Särgen tote Kinder mit.
Die Gruselpropaganda verschweigt, daß die Uno Arzneimittel immer schon vom Boykott ausgenommen hatte. Richtig ist aber, daß sieben Jahre nach dem Golfkrieg vor allem im Süden, rund um die Provinzhauptstadt Basra, die Zahl der Krebserkrankungen deutlich zugenommen hat.
Ein Bagdader Krankenhaus registrierte 1.050 Fälle von Leukämie bei Kindern - fünfmal so viele wie zuvor. "Fast alle kommen aus dem Süden, aus Basra, Nassirija, Kerbala und Nadschaf", berichtete Dr. Ali Ismail dem britischen Nahost-Experten Robert Fisk vom Londoner "Independent". Das größte Hospital in Basra behandelte voriges Jahr 380 neue Krebspatienten - vor 1991 waren es höchstens 80 im Jahr.
Ärzte in Basra markierten auf Landkarten die Herkunftsorte von 765 Krebskranken: Alle stammen aus einem westlich von Basra gelegenen Landwirtschaftsgebiet; in der Nähe fand 1991 eine Panzerschlacht zwischen US-Truppen und Saddam Husseins Republikanischer Garde statt.
Damals waren die amerikanischen Militärs stolz auf ihren angeblich "sauberen" Krieg, der Zivilisten schonen sollte. Doch unter den Langzeitfolgen leidet die Bevölkerung noch heute.

Gleich mehrere Risiken verbinden sich zu einem tödlichen Gemisch: Kampfstoffschwaden, aufgestiegen aus den Trümmern irakischer Munitionsdepots, die im Bomben- und Granatenhagel der Alliierten zerstört worden waren, legten sich - unerkannt - auf die Region. Und aus 732 Ölquellen, die Saddams fliehende Soldaten in Kuwait angesteckt hatten, stieg wochenlang ätzender Rauch in die Atmosphäre.
Zu all dem auch noch: Die alliierten Truppen setzten über eine Million Granaten ein, die zur Erhöhung der Durchschlagskraft einen Kern aus abgereichertem Uran ("depleted Uranium", Militärkürzel DU) enthielten. Allein amerikanische Panzer verschossen mindestens 4.000 schwere DU-Granaten. 940.000 Uran-Geschosse kleineren Kalibers feuerten "A-10-Panzerknacker-Flugzeuge" ab. Über 1.000 irakische Panzer und Militärfahrzeuge wurden durchlöchert, die US-Militärs jubilierten.
Vor dem Golfkrieg war Uran-Munition noch nie in großen Mengen eingesetzt worden. Abgereichertes Uran ist fast dreimal so dicht wie der härteste Stahl und daher bestens geeignet, Panzerplatten zu durchschlagen. Das Material ist an sich harmlos, doch beim Durchbohren des Ziels werden kleine Staubwolken hochgiftiger, radioaktiver Teilchen freigesetzt. Die Dosis sei allerdings kaum gefährlich, hieß es früher immer.
Die verseuchten und vergifteten Kriegstrümmer rund um Basra wurden nie beseitigt. Kinder spielen in zerschossenen Fahrzeugen und lesen Metallreste auf. Irakische Experten sind überzeugt, daß Schadstoffe ins Grundwasser und in die Nahrungskette gelangt sind. Niemand hat die Bauern gewarnt, Kartoffeln und Zwiebeln hier anzubauen; Rinder und Schafe weiden auf verseuchtem Grund.
Saddam Hussein kümmert sich wenig um die Opfer: Die Bevölkerung im Südirak ist überwiegend schiitisch wie der benachbarte Iran und hat sich schon mehrmals gegen das Regime in Bagdad erhoben.
Mit ihrer Fürsorgepflicht nahmen es jedoch auch die Alliierten nicht so genau: Erst nach Kriegsende, als sich bei Veteranen erste Symptome rätselhafter Beschwerden zeigten, kamen Bedenken auf. In internen Schreiben warnten Fachleute das Londoner Verteidigungsministerium vor einem "ernsthaften" Krebsrisiko, das von den Schlachtfeldern ausgehe. "Wir müssen uns auf ein potentielles Problem vorbereiten", erkannte auch die "Defense Nuclear Agency" des Pentagon.
Öffentlich leugneten die Militärs weiterhin jede Gefahr. 1993 gab die "New York Times" Alarm. Unter der Überschrift "Die Wüste zum Strahlen gebracht" schrieb Wissenschaftsjournalist Eric Hoskins, daß Überreste "amerikanischer Uran-Granaten noch immer irakische Kinder umbringen" könnten. Die U. S. Army schätzt die auf den Golfkriegsschauplätzen herumliegende Uran-Menge auf 300 Tonnen.
Das Pentagon hatte 16 Abrams-Panzer zurück in die USA verschifft, die irrtümlich von der eigenen Truppe mit Uran-Munition beschossen worden waren. Die Wracks waren so stark verseucht, daß sie in einem Lager für radioaktive Abfälle in South Carolina entsorgt werden mußten. Zuvor hatten 27 Soldaten die Panzer ohne Schutzkleidung untersucht - ein sträflicher Leichtsinn, wie sich bald herausstellte.
Die 27 gehören zu insgesamt 112 US-Soldaten, die - wie das Pentagon erst im August 1997 zugab - 1991 dem giftigen und radioaktiven Uran ausgesetzt waren. 35 GIs sind Überlebende aus den unter eigenen Beschuß geratenen Panzern, 50 waren bei einer Explosion im Munitionsdepot von Doha in Kuwait verwundet worden.
Im Januar dann räumte ein 32-Seiten-Bericht des "Büros zur Untersuchung von Golfkriegskrankheiten" im Pentagon ein, daß möglicherweise "Tausende von Soldaten" schädlichen Strahlen ausgesetzt gewesen seien.
"Was hat das zu bedeuten?" fragte der amerikanische Veteranen-Vertreter Dan Fahey, "waren es 2.000 oder 50.000" - oder gar 400.000, wie seine Studie für möglich hält?

Wahrscheinlich noch größer ist die Zahl der Araber - Soldaten wie Zivilisten -, die mit den gefährlichen Spezialgranaten Kontakt hatten - und womöglich noch heute von ihnen getötet werden.<<

27.03.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. März 1998: >>**Ja-Wort aus Bonn: Polen, Tschechen und Ungarn in die NATO**

Der Bundestag hat am Donnertag dem Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns zur NATO zugestimmt. Die osteuropäischen Nachbarstaaten sprachen von einer "historischen Weichenstellung". Die NATO-Osterweiterung stützte sich im Bonner Parlament auf eine breite Mehrheit: Neben CDU/CSU und FDP votierten auch die Sozialdemokraten dafür. Die Fraktion der Grünen jedoch war einmal mehr zerrissen: Es gab Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und viele Enthaltungen. ...

Im Bonner Kanzleramt trudelten bereits in der Nacht zum Freitag die Danksagungen ein. Polens Präsident Aleksander Kwasniewski nannte die Zustimmung des Bonner Parlaments in einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl "historisch". Das tschechische Außenministerium erklärt, die deutsche Entscheidung sei "ein weiterer Schritt auf dem Weg zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen im Geiste europäischer Partnerschaft".

... Nach der heutigen Billigung durch den Bundesrat ist Deutschland nach Kanada, Norwegen und Dänemark der vierte der 16 NATO-Staaten, der die Erweiterung ratifiziert hat.

Viele Redner sprachen von einer der wichtigsten außenpolitischen Entscheidung, die der Bundestag jemals getroffen habe.

"Jetzt wächst in ganz Europa zusammen, was zusammengehört", sagte Außenminister Klaus Kinkel. "Dies ist ein Tag, an dem wir dankbar sein sollten." Ohne den Freiheitswillen dieser Staaten hätte Deutschland seine Einheit nicht erreicht. ...<<

07.04.1998

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. April 1998: >>Das russische Verfassungsgericht hat Präsident Boris Jelzin in einem am Montag veröffentlichten Urteil angewiesen, das "Beutekunstgesetz" zu unterschreiben. Die Moskauer Richter gaben einer entsprechenden Klage des Parlaments statt. Nach dem von Duma und Föderationsrat 1997 verabschiedeten Gesetz gehören Hunderttausende Gemälde, Bücher und Akten, die die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg aus deutschen Museen, Bibliotheken und Archiven verschleppten, Rußland - als Kompensation für die Zerstörung und Verschleppung russischer Kulturgüter durch die Nationalsozialisten. ...

Jelzins Bevollmächtigte ... kündigten am Montag an, der Präsident werde "in nächster Zeit" beantragen, das Gesetz für verfassungswidrig zu erklären, weil es "Akte internationalen Rechts, die von der UdSSR und der Russischen Föderation ratifiziert worden sind, grob verletzt" - z.B. die Haager Landkriegsordnung von 1907, nach der "Werke der Kunst und der Wissenschaft" nicht beschlagnahmt werden dürfen. Darüber hinaus hatte sich Moskau mit Bonn im Freundschaftsvertrag von 1990 und im Kulturabkommen von 1992 geeinigt, die Beutekunst zurückzugeben. ...

... "In Rußland befinden sich noch eine Million Objekte aus deutschen Museen und Sammlungen, 2 Millionen Bücher und 3 Regalkilometer Archivgut", antwortete die Bundesregierung im vergangenen Jahr auf eine Anfrage der PDS. ...<<

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. April 1998: >>**Jelzin soll umstrittenes Beutekunstgesetz unterschreiben**

... Das russische Verfassungsgericht hat Präsident Boris Jelzin in einem am Montag veröffentlichten Urteil angewiesen, das "Beutekunstgesetz" zu unterschreiben.

Die Moskauer Richter gaben einer entsprechenden Klage des Parlaments statt. Nach dem von Duma und Föderationsrat 1997 verabschiedeten Gesetz gehören Hunderttausende Gemälde,

Bücher und Akten, die die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg aus deutschen Museen, Bibliotheken und Archiven verschleppten, Rußland - als Kompensation für die Zerstörung und Verschleppung russischer Kulturgüter durch die Nationalsozialisten. ...
Jelzins (Bevollmächtigte) ... kündigten am Montag an, der Präsident werde "in nächster Zeit" beantragen, das Gesetz für verfassungswidrig zu erklären, weil es "Akte internationalen Rechts, die von der UdSSR und der Russischen Föderation ratifiziert worden sind, grob verletzt" - z.B. die Haager Landkriegsordnung von 1907, nach der "Werke der Kunst und der Wissenschaft" nicht beschlagnahmt werden dürfen. Darüber hinaus hatte sich Moskau mit Bonn im Freundschaftsvertrag von 1990 und im Kulturabkommen von 1992 geeinigt, die Beutekunst zurückzugeben. ...
... "In Rußland befinden sich noch eine Million Objekte aus deutschen Museen und Sammlungen, 2 Millionen Bücher und 3 Regalkilometer Archivgut", antwortete die Bundesregierung im vergangenen Jahr auf eine Anfrage der PDS. Allein im Moskauer Puschkin-Museum, dem staatlichen Historischen Museum und der Sankt Petersburger Eremitage sollen eine Viertelmillion Exponate aus deutschem Besitz lagern.<<

08.04.1998

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. April 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/109-110): >>... Die Forschung ist durch eine auffallende Asymmetrie gekennzeichnet. Wir wissen weitaus mehr über den Nationalsozialismus als über den - nicht nur sowjetischen - Kommunismus. Insofern ist ein Schwarzbuch des Kommunismus, das unnachsichtig dessen Verbrechen registriert, sehr nützlich, für ein Begreifen des totalitären Geschehens jedoch unvollständig.
Noch immer kennen wir zu wenig die Herrschaftsmechanismen unter Lenin, unter Stalin, unter ihren Nachfolgern. Was ist von "Lenins und Stalins willigen Vollstreckern" bekannt, den "ganz gewöhnlichen Russen"? Die Antwort muß lauten: so gut wie nichts! ...<<
... Unter moralischen Gesichtspunkten sind die Verbrechen dieser Systeme gleichzusetzen. Insofern ist die verbreitete Schieflage in der Einordnung beklagenswert. ...<<

April 1998

BRD: Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtet im April 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1998 (x853/...): >>**Geistiges und Ungeistiges über das vereinte Europa**

(Ein christlicher Kontinent oder ein fettes Stachelschwein)

Immer schon war ich ein Befürworter eines geeinten Europa und nachdem ich mich 1937 in Amerika für zehn Jahre niedergelassen hatte und seit 1957 ein Weltreisender wurde, bin ich es heute noch mehr denn je - aber nicht bedingungslos, nicht ohne Sorgen. ...

III.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es drei katholische Christen, die sich bemühten, eine Vereinigung Europas kernhaft und rein wirtschaftlich mit Kohle und Stahl, als "Montanunion" in die Wege zu leiten - Konrad Adenauer aus dem Rheinland, Robert Schuman aus Lothringen und Alcide de Gasperi aus Welschtirol. (Geschichtlich-geographisch kamen alle drei aus dem "Mittelreich" Lothars, dem Sohn Karls des Großen, das von Mittelitalien bis Friesland reichte.)
Die Wirtschaft stand da zweifellos im Vordergrund, und es erhebt sich die brennende Frage, ob ein geeintes Europa, ein europäischer Staatenbund, moralisch, aber auch psychologisch von materiellen "Interessen" allein, seien die wirtschaftlich oder militärisch, "getragen" werden kann. Wenn wir das Wort "militärisch" aussprechen, dann sollten wir auch an Krieg und Tod denken. Aber stirbt man freiwillig für die Wirtschaft? Hier widerspricht ein Hauptfaktor der großen Einigung dem anderen.
Nun fragt man sich, ob dieses Vereinte Europa eine Liebesgemeinschaft ist, in der man für

jemand anderen freiwillig sein Leben gibt. Nehmen wir an, daß eine imaginäre Nordafrikanische Konföderation Griechenland überfällt. Ganz Europa müßte dann natürlich dagegen reagieren. Es könnte dann sein, daß ein junger Däne aufgefordert sein wird, für das griechische Kreta sein Leben hinzugeben oder die Einwohner von Amsterdam eine libysche Atombombe "ertragen" müßten.
- Die Frage ist eben, wieviel Kitt im Vereinten Europa steckt - und wie dieser Kitt beschaffen ist. Genügen die gemeinsame Währung und die wirtschaftlichen "Erwartungen"? Der Bauch ist sicherlich ein sehr wichtiges Organ und ohne die Verdauungsorgane gibt es kein Leben, aber in zwischenmenschlichen Beziehungen zählen vor allem Herz und Hirn. Auch bis zu den Zähnen bewaffnet am gedeckten Tisch zu sitzen ist noch keine Garantie für ein harmonisches Familienleben, ja nicht einmal für eine angeregte fruchtbare Konversation.
Wird das gar nicht realisiert? Doch ein wenig. Daher auch die schweren Bedenken für eine Eingliederung der Türkei, wo jetzt der Protest laut geworden ist, daß "Herr Kohl" (ein wahrer Sündenbock!) aus Europa einen "christlichen Klub" machen möchte.
Ja, gibt es einen anderen gemeinsamen Nenner für Europa als das Christentum - das Christentum und seine rein weltlichen Derivate, selbst seine Häresien und Entartungen? (Nicht einmal Marx, Bakunin oder Rousseau kann man sich ohne christliche Wurzel vorstellen.) Schon Proudhon hatte uns verraten, daß man stets überrascht ist, wenn man am Grunde der Politik immer wieder auf die Theologie stößt.
Mit anderen Worten, es ist das Christentum und sowohl zahlenmäßig als auch kirchlich-organisatorisch vor allem der katholische Glaube, der den Kitt liefert, wobei aber zu bemerken ist, daß dieser allein ungenügend wäre, die Festigkeit des "Gebäudes" zu sichern. Darüber darf man sich keinen Illusionen hingeben. Doch ein anderer Kitt ist ganz einfach nicht vorhanden. Man muß sich auch die zusätzliche Frage stellen, was Europa der Welt zu "geben" hat, und da ist es wieder für die unmittelbar "benachbarten Erdteile" - Asien und Afrika - die christliche Botschaft.
Da ist Jerusalem (nicht Sodom und Gomorrha), Athen und Rom, der Dreieinige Gott, die Trias von Sokrates, Plato und Aristoteles, die großen Mystiker, die unsterblichen Künstler, Dichter und Denker der Jahre zwischen Kolumbus, Kopernikus und den selbstmörderischen Kriegen seit 1914. Nicolas Gómez Davila hatte völlig recht als er schrieb, daß ohne Bibel und Antike der Europäer nichts anderes wäre als ein bleichgesichtiger Barbar. Nicht viel anders urteilte Salvador de Madariaga als er sagte, daß unsere Kultur auf dem Tod zweier Männer beruhe, eines Philosophen und des Gottessohnes: Sokrates und Jesu Christi.
Wenn aber nun, um noch einen anderen Weisen zu zitieren, Golo Mann feststellte, daß Auschwitz die Maske vom Gesicht unserer Gottlosigkeit gerissen hatte, dann müssen wir uns fragen, mit welchem geistig-seelischen Gepäck wir auf dem Weg in das gemeinsame "Haus Europa" aufgebrochen sind. Das wissen die Kläger.
Darüber hat die Paneuropa-Bewegung heute nach all diesen furchtbaren Erfahrungen keine Illusionen mehr. Mit ihrem Wappen - dem roten Kreuz auf der Sonne der Weisheit und den Zwölf Sternen Mariae, die wir auch auf der Fahne der "EU" finden - sind sie Christliche Streiter geworden. Was fehlt da noch? Die Rechristianisierung Europas. Mit einem "horizontalen" Europa, einer reinen Addition, ist uns nicht gedient. Der Mensch lebt nicht von Brot allein. Auch nicht Länder. Und schon gar nicht
ganze Kontinente.

IV.

So viel vom Spirituellen. Doch die "Europäische Union" hat nicht nur das schwere Problem eines mangelnden Vitalprinzips, das eben nur das Kreuz sein kann, sondern auch zwei große politische Schwächen, die noch sehr wenig realisiert werden, weil unseren Analysten in der Regel die historische Perspektive abgeht.

Die meisten Kommentatoren in den Massenmedien betrachten das "Haus Europa" aus dem Blickwinkel der augenblicklichen Ideale. Man trifft da manchmal Leute, Politiker, Fernsehredakteure und Schriftsteller mit einem Geschichtswissen, das nur Kopfschütteln verursacht. Wir hatten die drei Siege der Liberaldemokratien, 1918, 1945 und 1989, wobei letzterer mit der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution zusammenfiel.
Die Vereinigung Europas ist jedoch von so großer Bedeutung, daß man sie aus geschichtlicher Vogelschau und nicht aus dem Blickwinkel der heutigen politischen Denkmodelle formen, betrachten und beurteilen sollte.
Der "moderne Mensch" ist so "horizontalistisch" und denkt so zeitbedingt, daß er sich eine Zukunft mit anderen Idealen und Zielsetzungen gar nicht mehr vorstellen kann, so daß man zum Beispiel fest davon überzeugt ist, konstruktives politisches Handeln nun durch plebiszitäre Arithmetik auf majoritärer Basis bestimmen zu können. (Jorge Luis Borges nannte dies einen kuriosen Mißbrauch der Statistik.) Überflüssig darauf hinzuweisen, daß man an diesem Unsinn auch in der "Basis" der Kirche zu glauben beginnt, wo doch die Kirche in Jahrtausenden zu denken und zu planen hat.
- Vor nicht allzulanger Zeit hat ein hoher Beamter im amerikanischen Staatssekretariat (d.h. im Außenministerium), Francis Fukuyama, ein Buch mit dem Titel "The End of History" veröffentlicht. Die These? Die Welt ist nun restlos demokratisch, also hat die Geschichte ein Ende genommen. Da hat der liebe Gott einem erwachsenen Menschen ein kindliches Gemüt bewahrt.
Einen ähnlichen Unsinn glaubte der Secretary of State, Robert Lansing, im Jahre 1918, der überzeugt war, daß infolge der Demokratisierung der Welt es von nun an keine Kriege mehr geben werde. Jacob Burckhardt war vom Gegenteil überzeugt und sagte schon im Jahr 1878: "Seitdem die Politik auf innere Gärungen der Völker gegründet ist, hat alle Sicherheit ein Ende."
Nun wollen wir uns mit zwei Schwachstellen der "Europäischen Union" beschäftigen, die verhängnisvoll sein können und "systembedingt" sind. Beide sind mit heutigen "Moden" verbunden, deren eine aber nicht nur "Mode", sondern sogar Vorschrift ist und auch in der Praxis einen "P. C.-Charakter" angenommen hat. Dagegen zu verstoßen wird zur politischen Todsünde.
Wir denken hier an die Demokratie, die an sich mit Freiheit nichts zu tun hat, aber in der "Europäischen Union" als conditio sine qua non für die Mitgliedschaft gilt. Nur Demokratien werden in die EU aufgenommen und es fragt sich, ob Staaten, in denen die Demokratie legal (wie in Deutschland 1933) oder illegal (wie in Rußland 1917) zugrunde geht, ganz einfach hinausgeworfen oder mit intervenierender Waffengewalt zur freien Wählerei gezwungen werden können.
- Wie fest ist jedoch die Demokratie Europas heute verankert? Augenblicklich würden wir bis weit in den Osten durch Abstimmungen überall Mehrheiten für die liberale Demokratie bekommen. Aber wird das überall auf die Dauer so bleiben?
Das interessiert mich als Vater, Großvater und Urgroßvater, der im nächsten Jahr seinen 90. Geburtstag feiern sollte und immer wieder brüllende Volksmengen gesehen und gehört hat, die bald diese, bald jene Regierungsform verdammten oder auch hochleben ließen. Man vergesse dabei auch nicht, daß die Instabilität, nein, sogar der Stolz auf die Instabilität und den ewigen Wandel programmatisch zur parlamentarischen Demokratie gehöre. Wahlen stehen für periodische Veränderungen ...
Nun aber hat der englische Sozialist Harold Laski schon vor langem gesagt, daß die parlamentarische Demokratie zwei Voraussetzungen zu erfüllen hat: Sie muß ein Zweiparteiensystem haben (damit nicht eine kleine Partei der Mitte Erpressungen ausüben kann) und - was noch viel wichtiger ist - die Parteien a common framework of reference, eine gemeinsame "Spra-

che", eine für alle verbindliche "öffentliche Philosophie" haben müssen, so daß sie sich nicht nur verstehen, sondern auch mit ihrem Gewissen vertretbare Kompromisse schließen können. (Daher auch die APO, die "Außerparlamentarische Opposition", die zahlenmäßig nicht mitkonnte und deshalb zu gutem Teil dem Terrorismus verfiel).
Diese von Laski gepriesene, ideale Situation existiert auch heute noch in England, den britischen Dominien, in Skandinavien und in den USA ... aber viel weniger auf dem Kontinent.
Sie existierte hier gar nicht in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg mit ihren bösen wirtschaftlichen Problemen. Der Mensch ist nun einmal nicht nur ein religiöses, sondern auch ein ideologisches Wesen und die Ideologien bemächtigen sich der Parteien (oder auch umgekehrt). Clausewitz sagte uns übrigens, daß die Kriege nur Fortsetzungen der Diplomatie mit anderen Mitteln seien und Bürgerkriege sind in diesem Sinn auch nur Fortsetzungen des Parlamentarismus, die in Ländern mit starker Individualität (Rußland! Spanien! Mexiko! Nicaragua! Österreich 1934) mit der Waffe in der Hand ausgefochten werden.
Nun aber ist die liberale Demokratie eine Schönwetterideologie. Was geschieht bei einem unerträglichen Überhandnehmen der Kriminalität, einer beunruhigenden Einwanderung aus anderen Kontinenten oder - gar nicht so undenkbar! - einer riesigen Finanz- und Wirtschaftskrise mit Horden von Arbeitslosen? Das würde in der politischen Szene den Radikalismus stärken. Die Demokratie, die das Mittlere und Mittelmäßige liebt und sogar lieben muß, hat einen höchst natürlichen Haß auf das "Extreme", mag es rechts- oder linksdrallig sein.
- Aber was geschieht in einzelnen Staaten der "Europa-Union", wenn radikale Parteien unter einem "charismatischen" Führer frei nach Plato (Politeia, Buch VIII-IX) sich lokalen Vertretungen oder gar des Europaparlaments bemächtigen und dabei einige Länder mittun wollen und andere wieder nicht?
Solche Situationen sind weder genau vorauszusehen noch gar zu vermeiden. Ob das Malheur nun lokal oder universal passiert - die Folgen sind unübersehbar. Unsere Massen, die weder intellektuell noch gefühlsmäßig auf solche Krisen vorbereitet sind, noch auch vorbereitet werden können (wie zum Beispiel ein kleiner Schweizer Kanton oder eine waldreiche Bezirkshauptmannschaft in der Steiermark) stünden solchen Situationen ratlos gegenüber.
- Würde man "erlaubte" und "verbotene Parteien" haben müssen? (Von den Linksparteien werden die Bolschewiken, die mit 100 Millionen Leichen als Massenschlächter einen Weltrekord aufgestellt haben, in der EU "zugelassen", die Nazis aber nicht. Warum?)
Da der Sinn des Menschen von Kindheit an auf das Böse ausgerichtet ist (I. Mosis, 8,21), kann er sich auch noch andere bösartige Ideologien ausdenken, die im demokratischen Rahmen erfolgreich sein können. Das bezieht sich auch auf religiöse Sekten.
Wie dem auch immer sei: das parlamentarische System als "Bühne" der Einigung Europas kann in einer Notzeit - und Notzeiten wird es in der Geschichte immer wieder geben - zu einem "Schlachtfeld" werden. Doch da gibt es noch eine andere "Falle".

V.

Parlamente bilden in reinen Nationalstaaten einen Schauplatz für ideologische Kämpfe und es fragt sich überhaupt, ob ein Organ, für "Auseinandersetzungen" ersonnen und gebildet, ein ideales, wenn auch indirektes Werkzeug zum Regieren sei.
Man stelle sich einmal ein Ministerium vor, in dem Uneinigkeit und Uneinstimmigkeit als begrüßenswerte Charakteristiken betrachtet werden. Da wir aber jetzt viel eher von einem Parlament einer Vielvölkerunion reden, müssen wir nicht nur ideologische, sondern auch ethnische und (sehr verdeckt) "rassische" Unterschiede und Gegensätze in Betracht ziehen. Das böse Beispiel war das Parlament im alten österreichischen Vielvölkerstaat, über das sich einst schon Mark Twain lustig gemacht hatte. Manche seiner Probleme, wie z.B. die für viele Abgeordnete existierende Deutschsprachigkeit, kann heute durch Simultanübersetzungen und Hörgeräte überbrückt werden.

- Doch eben nicht nur ideologische, sondern auch ethnische wie auch staatliche und regionale Animositäten können in einem Europaparlament fatale Auswirkungen haben. Und das geschah im alten Österreich, in dem der Reichsrat immer wieder wegen seiner Operationsunfähigkeit suspendiert werden mußte. Im Ersten Weltkrieg führte dies zum Verbrechen - der Sozialdemokrat Friedrich Adler ermordete den Ministerpräsidenten, den Grafen Karl Stürgkh, weil dieser auf höchst undemokratischer Weise fast dauernd das Parlament suspendierte - ein jedoch damals sehr notwendiges Verfahren.
Nun kann man sich leicht vorstellen, daß in Zukunft, besonders nach einer "Osterweiterung", im Europaparlament nationale oder auch regionale Spannungen auftreten werden, die nur durch eine Majorisierung "unbotmäßiger" Nationen oder Staaten gelöst werden können. Man kann da an ein Nord-Süd oder auch ein Ost-West Schisma mit allen möglichen Folgen denken. Im demokratischen Rahmen sind es immer nur wieder Majorisierungen, die "Lösungen" bringen, die aber in Wirklichkeit keine Lösungen sind. Man erinnere sich da nur an das irische Problem, das auf diese Art und Weise nicht wirklich gelöst werden kann.
- Schon der große britische Liberale John Stuart Mill hat vor anderthalb Jahrhunderten gepredigt, daß die Demokratie sich nicht in Vielvölkerstaaten realisieren läßt, wobei man hinzusetzen muß, daß dies ganz besonders dann nicht möglich ist, wenn es sich um Republiken handelt. Zweifellos würde Belgien, das die größten Schwierigkeiten mit dem wallonisch-flämischen Antagonismus hat, die Abschaffung der Monarchie keine 48 Stunden überleben. Die Schweiz ist anscheinend ein Gegenbeweis, doch ist dort der Patriotismus ungleich stärker als das Nationalgefühl (das aber auch existiert).
Demokratie ist jedoch nicht die Herrschaft des "Volkes", sondern der nichtpermanenten Mehrheit über die wechselnde Minderheit - ein nicht immer erheiterndes Schaukelverfahren. Was geschieht aber, wenn die Parteien nicht Ideologien oder Klassen, sondern "Völkerschaften" ethnischen oder religiösen Charakters vertreten - so wie z.B. in Nordirland, wo schottische Kalvinisten katholischen Iren gegenüberstehen?
Analoge Situationen sind im Europaparlament sehr denkbar, wobei man aber an viel größere "feindliche" Einheiten denken muß, an kolossale ideologisch-kulturelle Regierungskoalitionen und ebenso große Oppositionsgebilde, wenn nicht gar großregionale Gegensätze, die in Notzeiten wahre Erdbeben verursachen könnten.

VI.

Die Einigung Europas tut not. Sie ist im Prinzip zu bejahen. Ihr struktureller Charakter ist jedoch ein großes Problem.
Wir haben in der Geschichte innerstaatliche Kriege erlebt – so der Sonderbundskrieg in der Schweiz, der Krieg zwischen Norden und Süden in den USA, der bis 1865 der blutigste Krieg der ganzen Weltgeschichte gewesen war. In dieselbe Kategorie gehört auch der deutsch-preußische Krieg von 1866, der im Busen des Deutschen Bundes ausbrach, allerdings gegen eine preußisch-italienische Militärallianz.
Und heute? Da sehen wir, daß es Norditaliener gibt, die aus der Republik "aussteigen" wollen, und Basken, die zu Spanien NEIN sagen. Im früheren Jugoslawien sehen wir ein Teilstück - Bosnien -, das seinerseits wieder auseinanderbrechen will und mit "ethnischen Säuberungen" sich auf kleine "Nationalstaaten" einstellt. Amerikaner wissen heute, daß Demokratie nicht unbedingt Freiheit bedeutet und daß der Export der Demokratie, der für sie ja ein französischer Import gewesen war, dem Rest der Welt unendlich viel Unheil gebracht hatte.
Was wäre da die Lösung? Theoretisch eine Rechristianisierung und Remonarchisierung Europas mit parteilosen Ständevertretungen und einem hervorragenden unpolitischen Beamtenapparat noch klassischem chinesischem Muster. Die Monarchen sind ja alle miteinander verwandt und könnten sich mit Leichtigkeit "zusammensetzen". Kann man sich das aber wirklich vorstellen? Heute, im "Horizontalistischen" Zeitalter? Leider nicht. Sünden werden erst richtig

nach dem Tod bestraft, Dummheiten, vor allem Kollektivblödsinne schon hier auf Erden.
Das vereinte Europa muß geschaffen werden. Die Argumente dafür sind erdrückend. Aber anders als es sich so viele unter uns vorstellen. Vor allem aber in einem anderen Geist und mit einem anderen Vorzeichen!
Die militärische Einigung wäre natürlich nur für eine Verteidigung und nicht für einen Angriff da und die wirtschaftliche Koordination für das materielle Wohlergehen. Europa, reduziert auf diese zwei Aspekte, hätte keine Seele. In seinen Wappen dürfte es dann nicht christliche Symbole haben, sondern nur ein fettes Stachelschwein, versehen mit dem Pentagramm.<<

27.05.1998

BRD: Die "Frankfurter Rundschau" berichtet am 27. Mai 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/114-115): >>Zahlen muß man nicht übersetzen: 100 Millionen bleiben 100 Millionen, ob auf französisch oder auf deutsch. Die Zahl bleibt Zahl – monströs und nichtssagend, weil sie zählt statt zu erzählen.
Ebenso monströs und nichtssagend erscheint der Unterschied, den sie markieren soll: 100 Millionen des Kommunismus gegen 25 Millionen Opfer des Nationalsozialismus. Auch dazu bedarf es keiner Übersetzung: eine Differenz von 75 Millionen Toten, ein schier unüberbrückbarer Abstand. ...
Nicht die Verbrechen kommunistischer Regime an sich, sondern die Tatsache, daß die Ideologie, in deren Namen sie ausgeführt wurden, mindestens bis 1991 von so vielen Menschen und nicht zuletzt von vielen Intellektuellen als eine echte, bessere und mögliche Alternative zum westlichen Kapitalismus angesehen wurde - dies ist das eigentliche Problem. ...<<

28.05.1998

BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 28. Mai 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/118-122): >>Das Entstehen eines Weltmarkts und die "Globalisierung" waren im Jahre 1848 schon erkennbar. Es lohnt sich eine kleine Zitatenlese aus dem "Kommunistischen Manifest" von Marx und Engels:
"Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. ... Die uralten nationalen Industrien werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden."
"Die Bourgeoisie reißt ... durch die unendlich erleichterte Kommunikation auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation."
Soweit Marx und Engels. Allerdings wissen wir, daß diese scharfsinnige Analyse eines der repressivsten Systeme der Weltgeschichte wurde. Wo steckt also das Falsche im Richtigen? Welche Munition ist in ihren Texten versteckt, die für den späteren Gebrauch durch linkstotalitäre Ideologien geeignet war? ...
Marx und Engels ... zeichnen das Bild eines militärischen Oberkommandos, in dem die einzelnen Wirtschaftszweige als Teilarmeen fungieren. "Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengedrängt, werden soldatisch organisiert. Sie werden als Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt."
Das hat wenig mit dem tatsächlichen Verlauf der Industriellen Revolution zu tun – dafür drängt sich der Vergleich mit dem Aufbau der sowjetischen Industrie geradezu auf.
Marx und Engels glänzen durch die Denunziation aller Gemäßigten. Die Revolution mußte für sie nach dem Schema der Französischen Revolution ablaufen und am Ende die radikalste Partei – an die Macht bringen. Mittel dazu war der Vernichtungskrieg gegen konterrevolutionäre Klassen und Völker.
Das qualitativ Neue einer Gesellschaft, die das Recht des Stärkeren ersetzt durch eine Kultur

des Tausches und einer diskutierenden Öffentlichkeit, blieb ihnen fremd. Der das ganze Jahrhundert beherrschende Diskurs, wie Gewalt zu bändigen und eine zivile Ordnung herzustellen sei, schien ihnen Heuchelei.
Dies kennzeichnet 1848 und 1849 durchgehend die Politik der "Neuen Rheinischen Zeitung" (NRZ), des "Organs der Demokratie". Für Marx und Engels, die beiden Chefs ist klar: Ihre Vorstellung von "Demokratie" wird sich nur in "Weltkriegen" verwirklichen lassen.
Fix- und Angelpunkt ist die leidenschaftliche Propaganda eines revolutionären Kriegs gegen Rußland, dessen Zarentum der Hort der "Reaktion" ist. Man hat in der Dauerpolemik der NRZ gegen Rußland und slawische Völker einen heimlichen Nationalismus gelesen, doch die Quelle dieses Hasses ist eine andere.
Die NRZ schoß sich auf die Tschechen, Slowaken und Ruthenen (Ukrainer) ein, deren Bauernbevölkerung ihren Grundherren mehr traute als den Demokraten.
Während im Juni 1848 noch den Tschechen das Zertifikat "sozialrevolutionär" zugestanden wird, wandelt sich das Urteil im Lauf des Sommers. Als im Herbst kroatische, ruthenische und tschechische Regimenter gegen die ungarischen und Wiener Aufständischen vorgehen, wird die NRZ-Redaktion feindselig.
Engels kann selbst an den demokratischen Kräften unter den Tschechen nur "Schurken oder Phantasten" erkennen. Als der Wiener Oktoberaufstand niedergeschlagen wird, schwindet jede Zurückhaltung. Die Korrespondenten der NRZ aus Wien, namentlich der rassistische Müller-Tellering, titulieren die kleinen slawischen Völker nur noch als "tierisch-blödsinnige Slawen", "blödsinnige Slawenesel", "niederträchtige Hunde von Slawen und Ruthenen", "Tschechenhunde", "Kroatenabschaum".
Im Februar 1849 legt Müller-Tellering antisemitisch nach: "Man fühlt in Österreich im ganzen Volke, daß das Judenvolk dort die niederträchtigste Sorte von Bourgeoisie und den gemeinsten Schacher repräsentiert, darin liegt die ganze Antipathie gegen das Judengesindel."
Die Chefredakteure in Köln deckten all das. Marx selber schrieb Ende des Jahres in einem Leitartikel: "In Wien erwürgten Kroaten, Panduren, Tschechen, Sereschaner (eine aus Südslawen gebildete Heerestruppe) und ähnliches Lumpengesindel die germanische Freiheit."
Wer dies als typisch für den damaligen Stil streitbarer Publizistik herunterspielt, der unterschätzt den nach Systematisierung drängenden Geist der Väter des Marxismus. Sie zauberten aus dem Hut eine Theorie der "Völkerabfälle", dem Untergang geweiht.
"Der nächste Weltkrieg wird nicht nur reaktionäre Klassen und Dynastien, er wird auch ganze reaktionäre Völker vom Erdboden verschwinden machen. Und das ist auch ein Fortschritt", schreibt Engels.
Deshalb fordert er "unerbittlichen Kampf auf Leben und Tod mit dem revolutionsverräterischen Slawentum Vernichtungskampf und rücksichtslosen Terrorismus. ... Auf die sentimentalen Brüderschaftsphrasen ... antworten wir: daß der Russenhaß die erste revolutionäre Leidenschaft bei den Deutschen war und noch ist, daß seit der Revolution der Tschechen- und Kroatenhaß hinzugekommen ist."
Engels hatte nichts übrig für den Anarchisten Bakunin und seine Parteinahme für die Südslawen, die unter dem Joch der ungarischen Revolutionsregierung standen. Die Ungarn seien im Gegenteil viel zu nachgiebig gegenüber den Kroaten, das sei konterrevolutionär.
Für die beiden Revolutionstheoretiker ist das Slawentum - mit Ausnahme der Polen - eine einzige "Vendée" (in der Französischen Revolution lehnten sich royalistische Bauern aus der Vendée gegen das jakobinische Regime auf). Nach dem Vorbild der Jakobiner müsse man die Slawen mit Feuer und Schwert austilgen.
Marx und Engels meinten nicht unbedingt die physische Ausrottung, sondern "nur" die terroristische Unterdrückung der Nationalbewegungen und des Panslawismus. Sie unterscheiden zwischen fortschrittlichen Nationen, die ein Lebensrecht haben, und "geschichtslosen" Völ-

kern, die nur die Knute verdienen.
Inwieweit sie damit der Legitimation der Ausrottung ganzer Nationalitäten in kommunistischen Diktaturen vorgearbeitet haben, ist eine interessante Frage.
Stalin, Mao Tse-tung, Pol Pot und Mengistu haben "konterrevolutionäre" Klassen und Völker liquidiert, ohne sich im einzelnen auf Marx zu berufen.
Ihr kriegerisches Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung hinderte Marx und Engels daran, die bürgerliche Zivilgesellschaft zu begreifen. Sie übersahen, daß das Freihandelsinteresse von britischen Manchester-Industriellen durchaus korrespondierte mit linksliberalen Prinzipien, internationalen Friedensbestrebungen und dem Willen zu sozialen und politischen Reformen. Für sie war das allenfalls die sentimentale Bemäntelung eines reinen Profitinteresses. (Heute steht die amerikanische Politik bei der europäischen Linken unter einem ähnlichen ideologischen Verdacht.)
In fast allen Äußerungen über die Mächte des 19. Jahrhunderts bleibt von Marxens Klarsicht in Sachen Weltmarkt wenig übrig. Statt dessen regieren Gewaltphantasien, die sich mit Versatzstücken aus Hegels Volksgeistlehre tarnen, wonach sich jede höhere zivilisatorische Stufe in einer konkreten Nation verkörpere.
Der Hegelianismus offenbart sich in späteren Jahren noch deutlicher in Engels' Polemik gegen Bakunin, dessen Beharren auf dem Lebensrecht der slawischen Bauernvölker gegen die Germanisierung mit Hohn bedacht wird:
Es sei ein Verbrechen, "daß die Deutschen und Magyaren zu der Zeit, als in Europa die großen Monarchien eine 'historische Notwendigkeit' wurden, alle diese kleinen, verkrüppelten, ohnmächtigen Natiönchen zu einem großen Reich zusammenschlugen und sie dadurch befähigten, an einer geschichtlichen Entwicklung teilzunehmen, der sie, sich überlassen, gänzlich fremd geblieben wären. Freilich dergleichen läßt sich nicht durchsetzen, ohne manch sanftes Nationalblümchen gewaltsam zu zerknicken. Aber ohne Gewalt und eherne Rücksichtslosigkeit wird nichts durchgesetzt in der Geschichte."
An anderer Stelle statuiert Engels das Urteil:
"Die ganze frühere Geschichte Österreichs beweist es bis auf den heutigen Tag, und das Jahr 1848 hat es bestätigt: Unter allen Nationen und Natiönchen Österreichs sind nur drei, die aktiv in die Geschichte eingegriffen haben, die noch jetzt lebensfähig sind - die Deutschen, die Polen, die Magyaren. Daher sind sie jetzt revolutionär.
Alle anderen kleinen Stämme und Völker haben zunächst die Mission, im revolutionären Weltsturm unterzugehen."
1851 holt Engels in einem Brief an Marx die letzte slawische Nation aus seinem Pantheon: "Die Polen haben nie etwas anderes in der Geschichte getan, als tapfre, krakeelsüchtige Dummheit gespielt. Auch nicht ein einziger Moment ist anzugeben, wo Polen ... den Fortschritt mit Erfolg repräsentierte oder irgend etwas von historischer Bedeutung tat."
In alldem zeigt sich - gegen das bürgerliche Prinzip der Gewaltenteilung und -begrenzung - das alte absolutistische Prinzip, wonach Opposition gegen den Herrscher ein Verbrechen ist.
Im Zentrum der kapitalistischen Welt, in Großbritannien, hatte sich längst eine neue politische Kultur und ein liberaler Rechtsstaat herausgebildet. Nutznießer waren die geschlagenen Revolutionäre des Kontinents von Mazzini bis Kossuth, von Marx bis Engels.
Sie wußten ihr sicheres Exil zu schätzen. ...<<

29.05.1998

Schweiz: Die Züricher Zeitung "Tages-Anzeiger" berichtet am 29. Mai 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/71-72): >>... Jean-Louis Margolin untersuchte die chinesischen Verhältnisse und stieß dabei – was Quellen und Archivalien betrifft – auf sehr viel größere Schwierigkeiten als Werth (der den Terror in der Sowjetunion prüfte).
Seit den dreißiger Jahren und verstärkt nach dem Langen Marsch richtete sich der "rote Ter-

ror" in China gegen "Abweichler" und "Verräter" in den eigenen Reihen wie gegen "Klassenfeinde": reiche Bauern, Händler, hohe Beamte.
Nach dem Sieg von Maos Armee über Tschiang Kai-schek und nach der Staatsgründung von 1949 errichtete die chinesische Führung die berüchtigten "Umerziehungslager" für jene, die den "Erziehungskampagnen trotzten. Aus Mangel an verläßlichen Zahlen ist Margolin weitgehend auf Hochrechnungen und Schätzungen angewiesen.
Unter der Annahme, daß jeder zwanzigste Häftling während oder wegen der Haft starb oder umgebracht wurde, gelangt der Autor zur Zahl von 10 bis 20 Millionen Toten. Für die Zeit von 1949 bis zu Maos Tod (1976) rechnet Margolin mit der horrenden Zahl von 44 bis 72 Millionen Opfern, von denen mehr als die Hälfte in der Zeit der Hungersnot starben, also mittelbar an den Folgen der Politik des "Großen Sprungs nach vorn" (1959-62). ...<<

30.05.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. Mai 1998: >>**CSU fordert Hürde für EU-Beitritt Tschechiens**

... Unmittelbar vor dem Pfingsttreffen der Vertriebenen hat der Bundestag mit Regierungsmehrheit die Vertreibung von Deutschen aus Osteuropa nach 1945 als völkerrechtswidrig verurteilt. Gleichzeitig bekräftigte die Regierungskoalition ihre Forderung nach einem Niederlassungsrecht für Vertriebene in Polen und Tschechien nach dem EU-Beitritt dieser Länder.
Die Sudetendeutschen verlangten die Aufnahme Tschechiens in die EU an die Aufhebung der Benesch-Dekrete zu knüpfen. "Wer nach Europa will, muß die europäische Hausordnung auch einhalten", sagte Sprecher Franz Neubauer in Nürnberg.
Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber verlangte in der Bundestagsdebatte, die Rechtsordnung der EU-Beitrittskandidaten müsse sorgfältig überprüft werden. Wenn die Tschechische Republik sage, daß die für die Vertreibung der Sudetendeutschen verantwortlichen Dekrete der Regierung Benesch nicht aufgehoben würden, dann werde es schwer, Tschechien in die EU aufzunehmen. Die Deutschen hätten in der EU die Interessen der Deutschen zu vertreten. ...
Der Bundestag forderte mit der Koalitionsmehrheit die Bundesregierung auf, sich gegenüber den östlichen Staaten für die "legitimen Interessen" der Vertriebenen einzusetzen. Die SPD enthielt sich der Stimme, Bündnisgrüne und PDS stimmten dagegen. ...<<

Österreich: In Wien berichtet am 30. Mai 1998 die "Presse" über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/74-79): >>... An die 100 Millionen Tote listet das "Schwarzbuch des Kommunismus" auf: 65 Millionen in China, 20 Millionen in der Sowjetunion, je 2 Millionen in Nordkorea, Kambodscha (rund ein Viertel der Bevölkerung in dreieinhalb Jahren), 1,7 Millionen in Afrika, 1,5 Millionen in Afghanistan, je eine Million in Vietnam und in den osteuropäischen Staaten. ...
Der Terror war – so wird mit zahlreichen Beispielen belegt – von Beginn an Wesensmerkmal der kommunistischen Systeme an der Macht. ...
Hier werden der Kürze wegen nur einige sowjetische (Verbrechen) aufgelistet.
"Verbrechen gegen den Frieden", als nach dem Pakt mit Hitler die Teilung Polens, die Annexionen baltischer Staaten, der Nordbukowina und Bessarabiens folgten oder der Angriff auf Finnland 1939. Der Einmarsch in Ungarn oder der Tschechoslowakei, die Militärintervention in Afghanistan.
"Kriegsverbrechen" etwa durch die Liquidierung eines Teils der polnischen Offiziere und der bürgerlichen Intelligenz des Landes in Katyn 1940. Der Tod von über einer halben Million gefangener Soldaten der Deutschen Wehrmacht und mit ihr verbündeter Armeen im Archipel Gupwi, der vielfach auf Hunger und menschenverachtende Zustände zurückzuführen war.
"Verbrechen gegen die Menschlichkeit" durch die Indienststellung der Macht des Staates für eine verbrecherische Politik und Praxis: Deportationen, systematische Hinrichtungen ohne

Gerichtsverfahren, Menschenraub oder Massenfolterungen aus politischen, ideologischen, rassischen oder religiösen Gründen.
Millionen Unschuldige wurden von kommunistischen Systemen umgebracht, denen nichts vorzuwerfen war, außer daß sie Adelige, Bürger, Kulaken, Ukrainer, Juden, Intelligenzler oder KP-Mitglieder waren.
Seit 1920 wurden etwa die Kosaken verfolgt und in einem streng umrissenen Gebiet ausgelöscht. Männer wurden erschossen, Frauen, Kinder und Alte deportiert. Die Dörfer dem Erdboden gleichgemacht oder Umsiedlern übergeben. Millionen von Kulaken wurden zwar nicht an Ort und Stelle erschlagen, doch die Zwangsarbeit in den unwirtlichsten Gebieten des Riesenreiches ließ ihnen kaum eine Überlebenschance: ein Tod auf Raten. Die inszenierte "Hungersnot" in der Ukraine raffte 1932/33 binnen weniger Monate 6 Millionen Menschen dahin.
...
Die Frage der Mitschuld und Mitschuldigen wird ebenso zu stellen sein, gegenüber dem Ausland, den "unabhängigen Kommentatoren" (Journalisten, Schriftstellern, Intellektuellen), den Kommunisten (den "Wissenden"). Dabei werden die Wirkungsweisen des Totalitarismus sichtbar.
Vielleicht ist es heute möglich, jene zeitgenössischen Positionen, die Stalins Gewaltpolitik akzeptierten, kritisch zu ergründen, zu verurteilen; viel schwieriger, ja unmöglich ist es jedoch, den Anhängern dieser Positionen vorzuwerfen, diese Verbrechen nicht verhindert zu haben oder nicht in den Widerstand gegangen zu sein. Widerstand hätte im totalitären System keine Chance auf eine nennenswerte Unterstützung der Masse gehabt.
Tzwetan Todorow: "Der Totalitarismus (ist) eine Maschinerie von fürchterlicher Effizienz. Die kommunistische Ideologie zeigt uns ein Bild einer besseren Gesellschaft und fordert uns auf, diese anzustreben. Außerdem beraubt die kommunistische Gesellschaft den einzelnen seiner Verantwortung: Es sind immer "sie", die entscheiden. Verantwortung ist oft eine schwere Bürde. Die Anziehungskraft des totalitären Systems, die unbewußt sehr viele Menschen erfahren, ergibt sich aus einer gewissen Angst vor der Freiheit und der Verantwortung".
Das erklärt auch die Popularität autoritärer Regime (Erich Fromm).
Warum wußte und weiß man - trotz der Arbeiten von Solschenizyn, der Maschke-Kommission oder des Instituts für Kriegsforschung - so wenig über die Verbrechen des Kommunismus? Warum beschäftigt sich die Wissenschaft erst am Ende des 20. Jahrhunderts mit diesem Thema?
... Der besiegte Nationalsozialismus wurde von den Alliierten zum absoluten Bösen erklärt. So geriet der Kommunismus, auch durch die psychologische Stärke Stalins in den Konferenzen der "Großen Drei", fast automatisch in das Lager der Guten. In Nürnberg traten die Sowjets als Ankläger und Richter auf. Geschehnisse wie Katyn oder der Hitler-Stalin-Pakt mußten heruntergespielt, der Sieg über den Nationalsozialismus als Beweis für die – auch moralische – Überlegenheit des Kommunismus benützt werden.
... Nikita Petrow, ein Kenner des sowjetischen Repressionsapparats, sprach den sowjetischen Richtern das moralische Recht ab, über andere zu Gericht zu sitzen, weil sie selbst ein Unrechtsregime verkörperten.
Die Kommunisten wußten, daß sie fortgesetzt Unrecht taten und zuließen. Chruschtschow konfrontierte seine Parteispitze selbst mit der rhetorischen Frage:
"Was tun wir mit all denen, die verhaftet wurden? Wir wissen heute, daß sie unschuldig waren. Wir haben unwiderlegbare Beweise, daß sie, weit davon entfernt, Feinde des Volkes zu sein, ehrliche Männer und Frauen des Volkes waren, der Partei ergeben, der Revolution ergeben. Früher oder später werden die Leute aus den Gefängnissen kommen. Sie werden allen erzählen, was passiert ist".
Es gab keinen Widerspruch zum Inhalt aber auch keine Umkehr. Unter Breschnjew hat die KP

zur Herrschaftssicherung weiterhin Massenrepressionen durchgeführt. Die entsetzlichsten Verbrechen von Pol Pot, in Afghanistan, in Peking oder in Afrika standen noch bevor.
Das vorliegende Buch ist – obwohl es in einigen Bereichen dem internationalen Forschungsstand nachhinkt – zum Denkmal geworden: für die Opfer selbst, für die Kommunismus-Forschung, für die vergleichenden Forschungen zum Totalitarismus und für das 20. Jahrhundert.<<

02.06.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Juni 1998: >>**Stoiber reitet scharfe Attacke gegen Tschechien**

... Der Konflikt zwischen CSU und FDP um den bevorstehenden Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union (EU) hat sich weiter verschärft.
Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) und der CSU-Vorsitzende Theo Waigel forderten auf dem 49. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg erhebliche Zugeständnisse der Prager Regierung an die Vertriebenen. Voraussetzung für einen Beitritt seien "Gesten guten Willens" in der Frage des Heimatrechts und eine Annullierung von "Unrechtsgesetzen". Tschechien reagierte darauf zunächst gelassen, während FDP und Grüne scharfe Kritik übten.
... Die Forderungen "vergiften die Atmosphäre", sagte Kinkel am Montag. "Bilaterale Fragen aus der Vergangenheit werden nicht mit EU-Verhandlungen verknüpft." Die Vermögensfrage bleibe offen. Annelie Buntenbach von Bündnis 90/Die Grünen sprach von "großdeutschem Säbelrasseln", das den Prozeß der europäischen Einigung empfindlich störe.
Stoiber hatte am Sonntag auf dem Pfingsttreffen gesagt, es dürfe im Interesse der Vertriebenen keinen EU-Beitritt Prags "ohne Wenn und Aber" geben. Im Lauf der Beitrittsverhandlungen müsse geklärt werden, ob die tschechische Rechtsordnung, die immer noch die Vertreibung und Enteignung von Sudetendeutschen legalisiere, in die EU-Wertegemeinschaft passe. Auch Waigel (CSU-Vorsitzender), der als Vertreter der Bundesregierung sprach, verlangte eine Distanzierung Prags von den Benesch-Dekreten und dem Amnestiegesetz von 1946. ...<<

Die "dpa" (Deutsche Presse-Agentur) berichtet am 2. Juni 1998 über die Benesch-Dekrete: >>Mehr als 100 Dekrete wurden kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs vom damaligen Präsidenten der Tschechoslowakei, Eduard Benesch, erlassen, um nach der Besetzung durch Nazi-Deutschland die Rechtsordnung wiederherzustellen. 1946 billigte das Parlament die Dekrete, die damit Gesetz wurden.
Auf der Grundlage von 5 dieser Verfügungen wurden die seit Jahrhunderten in Böhmen und Mähren lebenden 3 Millionen Deutschen als Vergeltung für die Zerschlagung der Tschechoslowakei durch Hitler-Deutschland enteignet. Gleichzeitig schufen sie die Voraussetzung für die Ausweisung der deutschen Minderheiten.
Die noch immer gültigen Dekrete werden von deutschen und österreichischen Juristen als menschenrechtswidrig eingestuft, weil sie auf dem Prinzip der Kollektivschuld basierten und gegen die Unschuldsvermutung - die Betroffenen mußten ihre Unschuld nachweisen - verstießen.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/128-129): >>... Über die Frage, ob die Kommunisten für sich in Anspruch nehmen können, die Vision von der besseren, gerechteren Welt zu vertreten, ist in den vergangenen 50 Jahren oft gestritten worden.
Am 11. April 1948 hatte Raymond Aron, der Denker der totalitären Erfahrung unseres Jahrhunderts, in der Pariser Tageszeitung "Le Figaro" eine Antwort parat, für die er seither gehaßt worden ist: "Wer ein Regime, das Konzentrationslager einrichtet und eine politische Polizei unterhält, die jene des Zaren weit übertrifft, als Station auf dem Weg der Befreiung der Menschheit betrachtet, der verläßt die Grenzen selbst der für Intellektuelle noch erträglichen Idiotie."

Es ist schwer Courtois' und seiner Autoren "Schwarzbuch" zu lesen und sich nicht an den Historikerstreit vor zwölf Jahren zu erinnern. Der Historiker und Faschismusforscher Ernst Nolte hatte damals die nationalsozialistische neben die kommunistische Gesellschaftsutopie gestellt und einen Zusammenhang zwischen nationalsozialistischem "Rassenmord" und kommunistischem "Klassenmord" gesehen. Der Weltkriegshistoriker Andreas Hillgruber glaubte für das letzte Kriegshalbjahr in der deutschen Kriegsführung auch Elemente eines Abwehrkrieges zu erkennen. Beides hätte man in aller Ruhe für plausibel oder unplausibel halten können.
Der Frankfurter Soziologe Jürgen Habermas und der Bielfelder Historiker Hans-Ulrich Wehler warfen Nolte und Hillgruber "apologetische Tendenzen" - Verharmlosung des Nationalsozialismus – vor.
Den Vorwürfen folgte eine Kampagne. Nolte wurde von Fanatikern tätlich angegriffen. Hillgruber öffentlich als "konstitutioneller Nazi" beschimpft. Habermas und Wehler haben seither nie etwas zurückgenommen.<<

04.06.1998

BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 4. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/130-133,137-144): >>Nun erhebt es wieder sein Haupt, das alte Problem: Ist "roter" Terror gleich "brauner" Terror oder noch schlimmer?
Was vor zehn Jahren im "Historikerstreit" hohe Wellen schlug und nach Ernst Noltes Buch über den "Bürgerkrieg" im 20. Jahrhundert Schlagzeilen machte, dringt von Frankreich wieder in die deutsche Diskussion ein.
Damals ging es zwar primär um die "Einzigartigkeit" von Auschwitz. Aber die Frage stellte sich vor dem Hintergrund der implizierten Gegenthese: daß die "Rattenkäfige" der Tscheka primär waren und Hitler letztlich "nur", wenn auch perfektioniert und industrialisiert, nachahmte, was ihm das Sowjetregime vorgemacht hatte.
Nun ist nicht mehr von Dserschinski und seinen Schergen die Rede, sondern gleich von "dem" Kommunismus, so wie François Furet (der ein Vorwort schreiben wollte) vor einigen Jahren nicht nur das "Ende" seiner eigenen früheren "Illusionen" verkündete, sondern mit dem "Kommunismus im 20. Jahrhundert" insgesamt abrechnete.
Wer die öffentliche Erregung verstehen will, die das "Schwarzbuch des Kommunismus" in Frankreich auslöste, muß die bodenständigen Voraussetzungen bedenken. Ein politisches Lager und eine Weltanschauung stehen vor Gericht, die das Nachkriegsgeschehen in Frankreich tief geprägt haben und partiell in der moskautreuen KP einen institutionellen Anker besaßen. Der Angriff galt zuerst der eigenen Linken (so daß Frankreichs Premier selber sich veranlaßt sah, seinen Koalitionspartner in Schutz zu nehmen). Aber nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums bot es sich an, zu einer generellen Breitseite auszuholen: Wenn das ganze Projekt, wo immer es realisiert wurde, nichts als Verderben gebracht hat, dann sind seine letzten Sympathisanten unbelehrbare Helfer einer verbrecherischen Politik.
In Deutschland trifft das Buch auf andere Diskussionen. Im Westen hat es zwar linke Intellektuelle gegeben, aber keine kommunistischen, in der alten DDR keine regime- und moskautreuen (jedenfalls nicht von Rang). An der Selbstkasteiung wird sich hier niemand beteiligen, und eine KP gibt es nicht. Und auch die Aufarbeitung der Vergangenheit in den neuen Bundesländern läuft sehr anders. Terror hat es, vor allem in der Nachkriegszeit, zur Genüge gegeben, Verfolgung und Unterdrückung auch. ...
Stachel im Fleisch sind vor allem das Ausmaß der verdeckten Überwachung und der Verrat von Nachbarn und Freunden. Terror im genaueren Sinn prägt dagegen die deutsch-deutsche gemeinsame Vergangenheit, in deren Sog die Debatte daher unweigerlich gezogen wird. Dabei geraten die Fronten durcheinander. Als Mitstreiter erscheinen, die bei Licht besehen keine sind; und Argumente ähneln einander, denen sehr verschiedene Motive zugrunde liegen. Ruß-

land-Historiker kennen das Phänomen aus ihrer Fachdiskussion der letzten Jahre.
Die "deutsche" Lesart des "Schwarzbuchs" dürfte sich um so eher einstellen, als sie ebenfalls beabsichtigt ist. Der Spiritus rector des Unternehmens, Stéphane Courtois, läßt in der Einleitung keinen Zweifel daran.
Der "erste Versuch, sich mit dem Kommunismus unter dem Gesichtspunkt der verbrecherischen Dimension ... zu beschäftigen", soll kein Selbstzweck sein.
Die "kommunistischen Diktaturen" des 20. Jahrhunderts werden immer wieder mit dem Nationalsozialismus verglichen. Maßstab sind dabei die "Massenverbrechen", die auch der Kommunismus "regelrecht zum Regierungssystem" erhoben habe. "Gnadenloser Klassenkampf ... nahm die Züge eines Genozids" an, war Rassenkampf mit anderen Zielen, aber sehr ähnlichen Mitteln und Folgen. Zum Leitmotiv wird auch hier der berüchtigte Satz des Tschekisten Latsis: "Wir führen nicht Krieg gegen bestimmte Personen. Wir löschen die Bourgeoisie als Klasse aus."
Wenn damit nur auf die Pauschalität des Terrors als gemeinsamer Nenner verwiesen würde, wäre das Argument überzeugend. Aber das Buch will mehr und überschreitet seinen erklärten Zweck auf verräterische Weise: Ohne "irgendwelche makabren Vergleiche" aufstellen zu wollen, müsse doch auf das "unwiderlegbare" Faktum hingewiesen werden, "daß die kommunistischen Regime rund hundert Millionen Menschen umgebracht haben", während es im Nationalsozialismus "25 Millionen waren".
Daraus wird zwar nicht abgeleitet, daß der Kommunismus (jedenfalls im Weltmaßstab) schlimmer war als der Nationalsozialismus, aber doch angeraten, über die "Ähnlichkeit" beider Systeme nachzudenken. Und auch ein Hinweis, wie die Verwandtschaft unter anderem erklärt werden könnte, fehlt nicht: "Die von Lenin erarbeiteten, von Stalin und seinen Schülern systematisierten Methoden" nahmen nämlich die "Methoden der Nazis ... oftmals vorweg".
Daraus lasse sich zwar keine kausale Beziehung ableiten, aber ein Argument gegen die Einzigartigkeit des Juden-Genozids. Auschwitz habe das Böse des Totalitarismus so vollständig in sich verkörpert, daß der Blick für die Verbrechen des Kommunismus vernebelt worden sei. Eine solche "halbseitig gelähmte Geschichte" aber sei "nicht länger akzeptabel". So bleibe es dem "Schwarzbuch" überlassen, das siebzigjährige Schweigen zu brechen und nun die ganze Wahrheit ans Licht zu bringen, "als moralische Verpflichtung, das Gedächtnis der Toten zu ehren".
Dieser Bekenner-Gestus ist nicht unbekannt. ... Sachkenner fragen sich verwundert, wer eigentlich mit dem Schweigekartell gemeint ist. Was das "Herz des Systems in Moskau" angeht, so ist es mindestens seit fünfzig Jahren als mörderisch entlarvt. Kurz nach Kriegsende enthüllten die Ex-Menschewiki David Dallin und Boris Nicolaevskij ihre Kenntnisse über die sowjetischen Arbeitslager; das Buch erregte Aufsehen und wurde ins Deutsche übersetzt (1948).
In den sechziger Jahren sammelte Robert Conquest, heute Kurator der Hoover Institution in Stanford, alle verfügbaren Informationen - nicht zuletzt von ehemaligen Insassen und Flüchtlingen - und gab dem "Großen Terror" der Vorkriegsjahre einen Namen. Bald darauf erschienen die dokumentarischen Anklagen der Dissidenten, Roy Medwedews Buch über Stalins "Säuberungen" ("Die Wahrheit ist unsere Stärke") und Alexander Solschenizyns "Archipel Gulag", ferner autobiographische Versuche, die Lagererfahrung zu bewältigen (Wassilij Grossman, Warlam Schalamow und andere).
Und Anfang der achtziger Jahre fand auch der - quellenmäßig noch schwerer zu erfassende - Terror Lenins und der Tscheka eine bis heute unübertroffene Darstellung. Die Zwangskollektivierung und die Hungersnot der Jahre 1932-34 wurden mehrfach in all ihrer Grausamkeit beschrieben, auch in der öffentlichkeitswirksamen Absicht, den Hunger als gezielten Versuch des Genozids an der ukrainischen Bevölkerung nachzuweisen (Robert Conquest).

In der politischen Theorie wurde seit Hannah Arendts Klassiker über die "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" von 1951 auch über den systematischen Charakter des Sowjet-Terrors diskutiert.
Merle Fainsod, Politikwissenschaftler in Harvard, veröffentlichte sein Standardwerk "Wie Rußland regiert wird", das zentrale (und kluge) einschlägige Kapitel enthielt.
Zbigniew Brzezinski verdichtete seinen Anteil an der idealtypisch-komparativen Beschreibung totalitärer Herrschaft Mitte der sechziger Jahre zur These, Systeme dieser Art seien als "permanente Säuberung" zu begreifen.
Zahlreiche Stalin-Biographen befaßten sich mit den Schauprozessen, dem Treiben des Geheimdienstes NKWD und den Arbeitslagern. ...<<
>>... Die Fixierung der westlichen Welt, vor allem aber der USA auf den jüdischen Holocaust macht es schier unmöglich, die historische Wirklichkeit zu begreifen, daß im 20. Jahrhundert annähernd 170 Millionen Menschen Opfer rechter und linker Terrorregime geworden sind. Die These von der Einzigartigkeit des Holocaust läßt die wissenschaftliche Diskussion über die Vergleichbarkeit völkermörderischer Terrorregime fast als illegitim erscheinen. Wissenschaftler, die dieses Frageverbot nicht akzeptieren und den Holocaust mit anderen Terrorregimen vergleichen, setzen sich der Gefahr aus, als historische Revisionisten denunziert zu werden.
Diese Gefahr ist neueren Datums, da die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges um diese mögliche Vergleichbarkeit von Terror gewußt und sie gefürchtet haben und deshalb den Genozid an den europäischen Juden, der damals noch nicht Holocaust genannt wurde, nicht unter die Anklagepunkte im Nürnberger Prozeß aufnehmen wollten. Entgegen den populären Vorstellungen über den Prozeß sind die Hauptangeklagten nicht wegen des Holocaust, sondern wegen anderer Verbrechen verurteilt und hingerichtet worden.
Das erstaunliche Ausklammern des jüdischen Holocaust in Nürnberg wurde von Justice Robert Jackson, dem amerikanischen Hauptankläger, damit begründet, daß, wie er in den Londoner Vorverhandlungen zum Prozeß im Juni 1945 seinen britischen, französischen und sowjetischen Kollegen erklärte, "wir gelegentlich in unserem eigenen Land bedauernswerte Umstände haben, in denen Minderheiten unfair behandelt werden".
Ob diese Bemerkung Jacksons auf Indianer oder Schwarze gemünzt war, erläuterte er nicht. Auch Raoul Hilberg, der in seinem dreibändigen Werk über "Die Vernichtung der europäischen Juden" (1989) ausführlich über diese Weigerung der Londoner Delegierten, die "Vernichtung der europäischen Juden als Verbrechen sui generis" zu behandeln, geschrieben hat, erklärt Jacksons Bemerkung nicht.
Die Vermutung liegt nahe, daß Jackson primär nicht an sein eigenes Land gedacht hat, da die Sensibilität für amerikanischen Rassismus in den USA im Augenblick des triumphalen Sieges über Nazideutschland und während der Weiterführung des pazifischen Krieges gegen Japan bis August 1945 nicht besonders ausgeprägt war. Er hat wahrscheinlich befürchtet, daß der geplante Prozeß gegen die Naziführung durch die zunehmenden Berichte über die Opfer des sowjetischen Gulag-Regimes schweren Belastungen ausgesetzt werden könnte.
Zudem hätten Fragen über die britische Weigerung, Juden vor und während des Krieges nach Palästina einwandern zu lassen, zu unerwünschten Kontroversen während des Prozesses führen können.
Wer jetzt "Le Livre noir du communisme - Crimes, terreur, repression" liest, begreift, wie zweifelhaft, wenngleich verständlich die Entscheidung der westlichen Alliierten im Jahr 1945 gewesen ist.
Der Hauptherausgeber des Buches, Stéphane Courtois, läßt an seiner Einstellung zum Vergleich kommunistischer und nazistischer Verbrechen keine Zweifel aufkommen. Er kontrastiert bereits in der Einleitung die "Verbrechen des Kommunismus" mit denen der Nazis,

wenn er von den 100 Millionen Opfern des Kommunismus und den 25 Millionen der Nazis spricht. Mit dieser provozierenden Gegenüberstellung will er nicht nur das Schweigen über die Vergleichbarkeit faschistischer und kommunistischer Terrorregime brechen. Er will zugleich die Kollaboration der kommunistischen Parteien im Westen und ihrer intellektuellen Mitläufer an dieser Ökonomie des Terrors anprangern.
Im französischen Fall führte das bereits im Dezember 1997 zu einer Parlamentsdebatte, in der Premierminister Lionel Jospin seinem kommunistischen Koalitionspartner ganz im Nürnberger Stil die historische Absolution erteilte, da die KPF zur antifaschistischen Front gehört hatte.
Dieser Versuch der Linken, sich um die Aufarbeitung des revolutionären Morderbes von Lenin bis Pol Pot herumzudrücken, wird durch das "Livre noir" unmöglich gemacht. Denn die globale Aufrechnung, die von den sechs Autoren für Europa, Afrika, Asien und Lateinamerika geleistet wird, läßt trotz der unterschiedlichen Akzentuierung in einzelnen Beiträgen keinen Zweifel an der makrokriminellen Dimension der marxistischen Utopieverwirklichung aufkommen.
Die ideologische Phantasie, die im 20. Jahrhundert so erfolgreich an die Macht gekommen ist, verwirklichte sich mit vergleichbaren Zielen und Methoden in faschistischen und kommunistischen Terrorregimen.
Die Autoren des "Livre noir" sind keineswegs die einzigen Wissenschaftler, die sich mit vergleichbarem Terror beschäftigen, auch wenn es vor allem Historiker und nicht Sozialwissenschaftler sind, die sich für dieses signifikante Phänomen des 20. Jahrhunderts interessieren. Der amerikanische Politikwissenschaftler Rudolph Rummel (University of Hawaii) hat seit 1990 fünf Bücher zu diesem Thema veröffentlicht.
Sie befassen sich mit der Sowjetunion ("Lethal Politics"), den beiden China ("Chinas Bloody Century"), Nazideutschland ("Nazi Democide") und den vergleichbaren Aspekten dieser megalomanischen Regime, die jeweils mehr als zehn Millionen Menschen umgebracht haben ("Death by Government"). Sein bisher letztes Werk, "Statistics of Genocide", beschäftigt sich mit jenen Regimen, die jeweils "nur" eine bis zehn Millionen auf dem Gewissen haben wie zum Beispiel Hirohitos Japan, die Türkei, Nordkorea, Titos Jugoslawien und vor allem Pol Pots Kambodscha.
Daß Rummel für diese Arbeit keinen Verleger gefunden hat, sondern sie in mimeographierter Form von einem Institut an der Universität Virginia vertreiben läßt, erklärt sich nicht allein aus der spröden Datenpräsentation, sondern gehört auch zum allgemeinen Desinteresse am Vergleich von Völkermord in den USA.
Seltsamerweise wird Rummel auch nicht im "Livre noir" der Franzosen erwähnt, obgleich vor allem seine Begriffsschöpfung "Demozid" für die Studie der Franzosen hilfreich gewesen wäre. Der Begriff Demozid wurde von Rummel gewählt, weil Genozid seit der Völkermord-Konvention der Vereinten Nationen von 1948 eine ethnischrassische Gruppenidentität für die Opfer voraussetzt.
Diese spezifische Identität trifft für die meisten Terrorregime im 20. Jahrhundert nicht zu, die ihre Opfer neben ethnisch-rassischen nach sozialen, politischen, religiösen, intellektuellen, medizinischen und anderen Kriterien aussortieren. Selbst Nazideutschland ließe sich besser als Demozid-Regime charakterisieren, weil die Mehrheit der 25 Millionen Opfer - Rummel spricht von 21 Millionen - nicht Juden waren.
Demozide sind das direkte Resultat von Machtbefehlen, die aus dem politischen Funktionszentrum eines Regimes kommen. Sie entstehen nicht als spontane Pogrome oder als kulminierende Aktion einer ideologischen Entwicklung, wie etwa Daniel Jonah Goldhagen das für den Holocaust durch Rekurs auf einen virulenten, in der deutschen Gesellschaft tief verwurzelten Antisemitismus zu belegen versuchte.

Demozide werden von Regimen veranstaltet, um wahnlogische Projekte der Weltveränderung, die Führer wie Lenin, Stalin, Hitler, Mao oder Pol Pot konzipierten, in die Tat umzusetzen.
Hannah Arendt hatte bereits 1951 in ihrem Werk "Ursprünge und Elemente totaler Herrschaft" auf die Vergleichbarkeit zweier ideologischer "Zwangsdoktrinen" hingewiesen. Sie schrieb damals:
"Die eine ist die zur Ideologie erstarrte marxistische Lehre vom Klassenkampf als dem eigentlichen Motor der Geschichte und die andere ist die von Darwin angeregte und mit dem marxistischen Klassenkampf in mancher Beziehung verwandte Lehre von einem von der Natur vorgeschriebenen Rassenkampf, aus dem sich der Geschichtsprozeß, vor allem der Auf- und Abstiegsprozeß von Völkern ableiten läßt."
Ihr Ansatz wurde nicht fortgesetzt, da sich weder die Konservativen noch die Linken angesprochen fühlten. Es erging ihr zwar damals nicht so schlimm wie Albert Camus, der 1951 nach der Veröffentlichung der spekulativen Wahnlogiken, "L'Homme révolté" von Sartre und seinen Mitläufern zum intellektuellen Aussätzigen erklärt wurde. Arendt erlebte dieses Schicksal erst nach dem Erscheinen von "Eichmann in Jerusalem" (1963), als man sie bewußt mißverstehen wollte.
Sie begriff das Böse nicht als Spezifikum der deutschen Kulturentwicklung, sondern als menschliches Verhaltenssyndrom, dessen Banalität universal ist und sich deshalb auch anderswo manifestieren kann.
Das Schwarzbuch belegt auf vergleichender kontinentaler Breite, wie richtig Hannah Arendts Einsichten schon damals gewesen sind.
Die Beschreibung der Einnahme Nankings durch japanische Truppen im Dezember 1937, die Iris Chang 1997 in ihrem Buch "The Rape of Nanking - The Forgotten Holocaust of World War II" gibt, bestätigt nicht nur, wie richtig die Vergleichsperspektive selbst, sondern wie verbreitet die Verdrängung von Makroverbrechen ist, die nicht zum eigenen Erfahrungshorizont gehören.
Daß die Japaner bis heute den von der kaiserlichen Armee befohlenen und organisierten Massenmord an 300.000 Menschen und die Vergewaltigung von nahezu 80.000 Frauen in weniger als sechs Wochen nicht in ihrer Geschichte behandeln, gehört zur Verlogenheit des zeitgenössischen Kaisersystems, daß zum Beispiel durch einen jüngeren Bruder Hirohitos direkt in die Verbrechen involviert war. ...
Durch die Tagebücher Rabes ... gewinnen Nanking und das Verhalten der japanischen Truppen internationale Aufmerksamkeit, weil hier ein Mitglied der Nazipartei in Zusammenarbeit mit ein paar Amerikanern und Europäern zur zentralen Figur der internationalen Sicherheitszone für Hunderttausende von Chinesen wurde. ...
Im Gegensatz zu Wickert jedoch, der die Geschichte Nankings primär im Hinblick auf den "guten Deutschen" zu belegen versucht, zeigt Chang, wie bestialisch die japanischen Soldaten den Auftrag, keine Gefangenen zu nehmen und die Chinesen nicht als Menschen zu behandeln, in die Tat umsetzten.
Es gibt keinen qualitativen Unterschied zwischen dem Verhalten der japanischen Soldaten in Nanking und dem der Angehörigen des Hamburger Reserve-Polizeibataillons 101, das durch die Bücher von Christopher Browning ("Ganz normale Männer") und Daniel Goldhagen ("Hitlers willige Vollstrecker") berühmt geworden ist.
Iris Changs detaillierte Beschreibungen von Beerdigungen Lebender, Verstümmelungen, Vereisungen, Verbrennungen, Massenerschießungen, Wettbewerben der Enthauptung, Reihenvergewaltigungen von Teenagern beweisen, wie gewöhnlich und verbreitet diese Praktiken des Terrors im 20. Jahrhundert gewesen sind. Wird der jüdische Holocaust durch die Nanking-Massaker oder durch Veröffentlichungen über Pol Pots Blutherrschaft 1975 bis 1979 in Kambodscha relativiert?

Pol Pots Regime handelte im Bewußtsein revolutionärer Realitätsveränderung.
Diesem Ziel durfte sich niemand in den Weg stellen. Dies bedeutet, wie ein prominenter Parteidenker laut "Livre noir" bekennt, daß von den acht Millionen Einwohnern Kambodschas "eine Million guter Revolutionäre ausreicht für das Land".
Diese massenmörderische Legitimation der Utopie wurde partiell verwirklicht, als man von den acht Millionen annähernd zwei Millionen umgebrachte oder umkommen ließ.
Auf den "Killing Fields" von Choeung Ek, außerhalb von Phnom Penh, steht ein gläserner Tempelturm, in dem 8.985 Schädel, die 1986 in einem Massengrab gefunden wurden, etagenweise aufgebahrt sind - eine wahre Bibliothek des Todes. Diese Schädelstätte der linken Utopie überschaut ein Areal von Massengräbern. ...
Im Gefängnis von Tuol Sleng in Phnom Penh bestätigt die Galerie der Photos, die von den Tausenden von Verhör- und Exekutionsopfern gemacht wurden, physiognomisch die These vom Demozid unter südostasiatischen Bedingungen.
Hier wurde die Khmer-Gesellschaft in ihrer ganzen ethnischen, politischen, sozialen und religiösen Breite verfolgt. Hier findet man die Wahrheit über den marxistisch-rassistischen Doppelcharakter des Regimes. ...
Die Bilder allerdings, die ein Häftling vom Terror der Khmer Rouge gemalt hat und die im Gefängnis ausgestellt sind, lassen noch weniger Raum für Interpretation. Denn auf diesen Bildern wiederholen sich auf geradezu archetypische Weise die Szenen der deutschen Grausamkeit gegen Juden, die Goldhagen allein mit dem antisemitischen Haß der Deutschen erklären kann.
Wenn man diese Bilder sieht, auf denen Babys ihren Müttern entrissen, von Bajonetten aufgespießt, an Bäumen erschlagen oder in der Luft erschossen werden, dann beginnt man die These von der Einzigartigkeit des Holocaust für ein westliches Vorurteil zu halten.
Je mehr Daten von den Szenarien des politischen Demozids im 20. Jahrhundert die vergleichende Forschung erfaßt, um so klarer ist das Ergebnis. Demozide vom Charakter des Holocaust sind nicht einzigartig.
Angesichts der überwältigenden Terror-Evidenz des Jahrhunderts ist eine Rangordnung des Völkermords, mit dem Holocaust als Paradigma, für das Verständnis unnütz. Im Gegenteil: Die These von der Einzigartigkeit des Holocaust lenkt von der deprimierenden Evidenz ab, indem sie den Deutschen die Verwirklichung des Bösen als ewigen Zivilisationsbeitrag überläßt, während sich der Rest der Menschheit in bewußtloser Unschuld und Sicherheit der normalen Tagesordnung des Lebens zuwenden kann.<<
Die "Deutsche Tagespost" berichtet am 4. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/200-201): >>... Marx und Engels haben sich spätestens seit 1850 bis zum Tode von Marx des öfteren klar und vorbehaltlos für die Diktatur des Proletariats ausgesprochen. Hätte Courtois über Marx besser Bescheid gewußt, so hätte seine Genealogie des Bösen nicht erst mit Lenin begonnen.
Es war Marxens und der Welt Glück, daß er seine revolutionären Träumereien nicht in die Tat umsetzen konnte, sonst hätte das von Kommunisten vergossene unschuldige Blut nicht erst 1917 zu fließen begonnen. Offenbar kann der ehemalige Marxist Courtois sein Jugendidol (noch?) nicht einer kritischen Prüfung unterziehen.
Auch wenn das "Schwarzbuch des Kommunismus" nichts prinzipiell Neues auftischt, es ist ein großes, überaus bedeutsames Werk, die erste tiefschürfende Enzyklopädie der Verbrechen des Kommunismus. Ihr ist weiteste Verbreitung zu wünschen, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt, den Courtois klar herausstellt, daß viele "große" und kleine Geister den Massenmördern großen Stils, Lenin, Stalin, Tito, Mao, Pol-Pot bis hin zu Castro gehuldigt, zumindest als "nützliche Idioten" gedient haben.
Gerade Katholiken sollten es wissen und kundtun: Bereits zwei Jahre vor dem Erscheinen des

Manifests der Kommunistischen Partei verurteilte Papst Pius IX in der "Enzyklika Qui pluribus" den Kommunismus als eine "abscheuliche Lehre, die in höchstem Grad dem Naturrecht entgegengesetzt ist und die, einmal zur Herrschaft gelangt, zu einem radikalen Umsturz der Rechte, der Lebensverhältnisse und des Eigentums, ja der menschlichen Gesellschaft führen muß."
Von dieser Betrachtungsweise wurden offiziell keine Abstriche gemacht, vielmehr wurden sie mehrmals ausdrücklich wiederholt ...<<

08.06.1998

BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 8. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/145-149): >>... Seinen Kritikern von links hielt Herausgeber Stéphane Courtois entgegen: "Hätte die Linke vor 20 oder 30 Jahren Vergangenheitsbewältigung betrieben gegenüber den Verbrechen des Stalinismus, dann könnte Le Pen heute nicht unser Buch für seine Zwecke ausschlachten." ...
Die Opferbilanz beläuft sich auf 80 bis 100 Millionen Menschen, die mit dem Leben bezahlt haben: durch Genickschuß oder Kampfgas, Zwangsarbeit oder Deportation, politisch geplante Hungersnöte oder weil sie Opfer des "Politicide" (Massenord an bestimmten Menschengruppen) wurden: Nach nationalen und sozialen Kriterien gab Moskau festgelegte Quotierungen für "Klassenfeinde" vor und besorgte so die Auslöschung oder Vertreibung bestimmter Teile der Gesellschaft.
Die Historiker rekonstruierten – teils auf der Grundlage des neuen Archivmaterials -, daß der Terror ein Grundzug des real existierenden Kommunismus war und seinen Anfang bereits 1917 genommen hatte. "Zur Festigung ihrer Herrschaft machten die kommunistischen Diktaturen das Massenverbrechen zur Regierungsform", so Courtois in seinem Vorwort.
Die Bolschewiken kombinierten ihre militärische Parteiorganisation mit einem utopischen Projekt der radikalen Umwandlung der Gesellschaft, der Schaffung eines "neuen Menschen", notfalls mit Gewalt. Eine Utopie, auf deren Altar Millionen Menschen geopfert werden, ist bereits im Kern verbrecherisch.
An der aufgeführten Opferbilanz bestehen in Fachkreisen keine Zweifel. Der französische Historikerstreit entzündete sich vielmehr an Courtois' Vor- und Nachwort: In der Analyse der Verbrechen verwendet der Herausgeber Begriffe, die er der juristischen und historischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus entlehnt.
Viele dieser Massenverbrechen entsprächen allen Kriterien der "Verbrechen gegen die Menschlichkeit", wie sie für die Nürnberger Prozesse formuliert wurden. Er wagte einen Vergleich zwischen Hitlers "Rassengenozid" und Stalins "Klassengenozid", ohne Nationalsozialismus und Kommunismus in ihren Ideologien und ihrer Gewaltherrschaft gleichzusetzen.
Ein Aufschrei in der Linken war die Folge. Leidenschaftlich hielt sie, gleich einem Pawlowschen Reflex, die Opfer des Faschismus jenen des Kommunismus entgegen, sah die Ehre der Résistance-Kämpfer beschmutzt und forderte ein "Schwarzbuch des Kapitalismus". Ähnlich erging es dem im letzten Jahr verstorbenen Historiker Francois Furet mit seinem Buch über "Das Ende der Illusion". Er ging der lange anhaltenden Faszination des Kommunismus in diesem Jahrhundert nach. Nationalsozialismus und Kommunismus wären für ihn totalitäre Ideologien, die in einer konfliktuellen Komplizenschaft zueinander standen.
Die Reaktionen von linker und linksradikaler Seite auf das Schwarzbuch folgen einem merkwürdigen Wiederholungszwang. Immer noch verteidigt man die "gute" emanzipatorische Idee des Kommunismus gegen seine Perversion durch Stalin. Bis heute wird an einer Revolutionsidee festgehalten, die den "terreur" (blutige Schreckensherrschaft) der Jakobiner rechtfertigt und die lange Zeit in der Sowjetunion die zeitgenössische Fortsetzung der Französischen Revolution sah. Mit dem Sieg der Sowjetunion über Hitler triumphierte dann ideologisch ein Antifaschismus, der die Wahrnehmung der kommunistischen Verbrechen systematisch aus-

blendete.
Auch nach 1989 scheinen in vielen Köpfen Verbrechen, die Namen des vorgeblich Guten begangen wurden, weniger verdammenswert zu sein als jene, die im Namen des Bösen, sprich Hitler, verübt wurden. Gedenkstätten für die Opfer des Kommunismus sind denn auch nach dessen Zusammenbruch kaum auffindbar. Die Lüge, die ein Herzstück des kommunistischen Totalitarismus war, setzt sich in dessen Wahrnehmung im demokratischen Westen zuweilen bis heute fort. Daran scheinen auch die harten Fakten, die nach der Öffnung der Archive aller Welt zugänglich sind, wenig zu ändern.
1946 legte der kürzlich verstorbene David Rousset ein erstes grundlegendes Werk über die kommunistischen Lager vor: "L'univers concentrationnaire". Selbst von den Nazis deportiert, rief er 1949 alle Überlebenden der NS-Lager auf, eine Kommission zur Untersuchung der sowjetischen Lager zu bilden. Eine heftige Diskussion entbrannte in Paris. Wütend wurde er von Jean-Paul Sartre und Maurice Merleau-Ponty als Abtrünniger beschimpft.
Margarete Buber-Neumann schrieb daraufhin 1950 im "Figaro littéraire" über ihre doppelte Erfahrung als Deportierte in nationalsozialistischen und sowjetischen Lagern unter der Überschrift "Für die Untersuchung der sowjetischen Lager. Wer ist schlimmer, Satan oder Belzebub?"
Literarische und biographische Zeugnisse über den roten Totalitarismus gab es nicht erst seit dem Spanischen Bürgerkrieg. Man erinnere an Manés Sperber, Arthur Koestler, Alexander Weißberg-Cybulski, Warlam Schalamow, Czeslaw Milosz oder Alexander Solschenizyn, die ihre Erfahrungen als Abtrünnige der kommunistischen Partei oder als ehemalige Lagerinsassen der eher abwehrend gesinnten, westlichen Öffentlichkeit preisgaben.
Ihnen haftete gerade in Deutschland immer das Verdikt der "Renegaten" ("Abtrünnigen") an. Auch nach dem Fall des "antifaschistischen Schutzwalls" tut man sich hierzulande schwer, den Blick vergleichend auf beide totalitäre Regimes zu richten; in den Köpfen vieler Westdeutscher und Ostdeutscher scheint der "Schutzwall" im verborgenen weiterzuexistieren.
Joachim Gauck, der Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde, und Eberhard Neubert, der Autor eines großen Werks über die Opposition in der DDR, setzen sich in dem Essay, das der deutschen Ausgabe des Schwarzbuchs beigefügt ist, mit dieser deutschen Lage auseinander.
Die Volkspädagogik unter der Regie der SED verhinderte die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit: "Wer zum kommunistischen Lager gehörte, zählte zu den Siegern der Geschichte und war somit Teil der guten Welt des Antifaschismus. Verbündete der Sowjetunion zu sein befreite automatisch von deutscher, brauner Schuld. Eine kurze Entnazifizierung in der SBZ diente primär dem Elitenwechsel."
Viele Nazis machten später in der Partei Karriere: "Sobald sie ins Lager der Kommunisten überwechselten, waren sie einer substantiellen Bearbeitung eigener Verstrickung und Schuld enthoben."
Die verbreitete Haltung in der späteren DDR war, so Gauck und Neubert nicht ohne Selbstkritik, ein Arrangement der Bevölkerung mit dem neuen Regime, eine "Selbstentmächtigung durch höhere Einsicht". Ein schleichender Übergang vom Akzeptieren zum Mitmachen und letztlich Mitverantworten fand statt.
Dem entsprach auf westdeutscher Seite die zweite Phase der Entspannungspolitik; ideologisch war sie begleitet von einem Anti-Anti-Kommunismus der Linken, die in der deutschen Teilung die gerechte Strafe für Auschwitz sah. So wie heute vielen ein Schwarzbuch über das Verbrechen des Kapitalismus wichtiger erscheint als eines über die Verbrechen des Kommunismus, kritisierte man den Kapitalismus und lobte die sozialistischen Errungenschaften der DDR.
Sehnsucht nach diesen alten Zeiten macht sich heute wieder breit. Der Berliner Antifaschist und Historiker Wolfgang Wippermann etwa denunzierte das Schwarzbuch auf der "Volksuni-

versität", einer traditionellen linken Sammlungsveranstaltung, die alljährlich zu Pfingsten stattfindet, als "Geschichtsschreibung mit dem Taschenrechner" – so käme es nicht auf einige Millionen Tote an, wenn nur die gute Absicht gegeben sei.
Der Kommunismus wurde nicht militärisch besiegt, sondern durch die Demokratiebewegungen in Ostmitteleuropa endgültig delegitimiert. Der Fall des Eisernen Vorhangs wurde möglich, weil die Sowjetunion wirtschaftlich und militärisch zu geschwächt war, um wie 1953 in Berlin, 1956 in Ungarn und 1968 in Prag ihre Einflußsphäre gewaltsam zu sichern.
Der Forderung Le Pens nach einem Nürnberger Prozeß entgegnet Courtois in seinem Nachwort. "Die Verbrechen des Kommunismus sind im Namen demokratischer Werte, nicht im Namen nationalsozialistischer Ideale zu analysieren und zu verurteilen." ...<<

11.06.1998

BRD: Die Zeitung "Dresdner Neueste Nachrichten" berichtet am 11. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/150-153): >>"Liegt das Verbrechen im Kommunismus, so wie es im Nationalsozialismus liegt?"
Gestellt hat diese ketzerische Frage Stéphane Courtois im Vorwort des von ihm herausgegebenen "Schwarzbuches des Kommunismus", das eine weltumspannende Bestandsaufnahme der kommunistischen Verbrechen versucht. Courtois beantwortet die Frage mit einem Ja ...
In Frankreich mit seinem Résistance-Mythos flogen die Fetzen. Premierminister Jospin mußte rettend eingreifen, damit die Debatte erstarb. Stalin ist schuld, nicht der Kommunismus und schon gar nicht der französische. Die französische Linke, insbesondere die an der Regierung beteiligte KPF, zog sich auf die Traditionslinien zurück und stahl sich mit einem Fingerzeig auf Stalin aus der Verantwortung und der Geschichte. Die Verweigerung der Debatte speist sich aus denselben Quellen wie die Weigerung, sich mit Vichy auseinanderzusetzen.
Im Ostblock wurde das Schwarzbuch gelassener aufgenommen, nicht zuletzt deshalb, weil man die Ideologie real zu ertragen hatte. Während in der Bundesrepublik vor 3 Jahren jeder scheel angesehen wurde, der das Wort "Befreiung" Deutschlands nur mit Bauchschmerzen und einem "ja, aber" über die Lippen pressen konnte, behaupten in Polen nicht mal postkommunistische Politiker und Historiker, Polen sei 1945 von der Roten Armee "befreit" worden. Polens Antikommunisten, Intellektuelle der demokratischen Opposition, ja selbst Dissidenten aus den Reihen der Partei, hatten bei der Debatte um Parallelitäten und Ähnlichkeiten von Nationalsozialismus und Kommunismus nie ideologische Bauchschmerzen.
Aber Osteuropas Intellektuelle können Thesen wie die von Courtois auch unbefangener diskutieren, weil sie sich nicht vor dem Verdacht schützen müssen, sie würden nationalsozialistische Verbrechen bagatellisieren. In Deutschland ist man, um sich vom NS-Regime zu distanzieren, zur Identifizierung mit den Opfern verpflichtet. Und niemand war mehr Opfer als Juden und Zigeuner. Doch in Polen, den baltischen Staaten, der Ukraine oder Weißrußland gedenkt man in erster Linie der eigenen Opfer, und da schneiden Rote Armee, ja der ganze Kommunismus äußerst schlecht ab. ...
... Jorge Semprún, der im KZ Buchenwald inhaftiert war und 1964 von der spanischen KP wegen Reformismus ausgeschlossen wurde, ist beizupflichten, wenn er sagt: "Es kommt nicht in Frage, den Vergleich zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus zu verweigern. Wie auch immer die Schlüsse aus dem Vergleich ausfallen, und wer immer sie auch zieht. Der Vergleich ist notwendig. Zunächst, weil wir aus ihm den Begriff des Totalitarismus gewinnen, auch wenn bei diesem Begriff alle Welt aufheult ..."
Schmerzen, die mit einer Tablette nicht zu betäuben sind. Denn wer den Vergleich akzeptiert, muß die gesamte Geschichte der Intellektuellen, die Geschichte der Linken und der politischen Bündnisse revidieren. Und so manche Säulenheilige der Intelligenz erweisen sich dann als Blutsäufer, Feiglinge oder bestenfalls kurzsichtige Schwärmer. ...
Berge von Leichen und Massengräber, aber die Idee ist doch gut. Man könnte auch einen Satz

von Octavio Paz zitieren: "Selten haben so viele Gründe so viele wohlmeinende Seelen dazu gebracht, so viele Ungerechtigkeiten zu begehen."
Mit dem unbeirrbaren Glauben an die Richtigkeit der Idee, rechtfertigten vor allem westliche Intellektuelle jahrzehntelang ihre absichtliche Blindheit. Sartre, einer der einflußreichsten Intellektuellen der 50er Jahre, erklärte: "Jeder Antikommunist ist ein Hund."
Der auch von mir sonst sehr geschätzte Philosoph hat eine notwendige Debatte blockiert, als er kategorisch verlangte: "Es ist eine Niedertracht, die sowjetischen Lager untersuchen zu wollen." ...
... Courtois eigentliche Provokation liegt in der Kritik des Antifaschismus, die er aus Francois Furets "Ende der Illusion" (1995) übernimmt, und in der der französische Historiker Furet mit der Problematisierung des Antifaschismus den demokratischen Charakter der KPF in Frage stellt. Furet sieht, daß sowohl Kommunismus als auch Nationalsozialismus gegen die Demokratie stehen, läßt die Ideologien im Ersten Weltkrieg und im bürgerlichen Selbsthaß ihrer Vordenker wurzeln.
Semprun hat auf einen seiner Ansicht nach wichtigen Unterschied hingewiesen. Der Haß der Nazis auf die Bourgeoisie zerstörte diese nicht, während die Kommunisten diese wirklich liquidierten. Die Kommunisten seien also, vom soziologischen Standpunkt ausgesehen, zerstörerischer gewesen für die Gesellschaft. Mit der paradoxen Konsequenz, daß es leichter sei, vom Faschismus zur Demokratie zurückzukehren als vom Kommunismus.<<

15.06.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Juni 1998: >>**CSU verlangt von Polen Beutekunst zurück**
Die CSU hat Polen aufgefordert, die deutschen Kulturgüter, die während des Zweiten Weltkrieges vor allem von der preußischen Staatsbibliothek in Berlin nach Schlesien ausgelagert worden waren, unverzüglich zurückzugeben. ...
Deutschland sei Polens großer Fürsprecher beim NATO- und EU-Beitritt gewesen. Nun habe Polen eine Bringschuld, die Beutekunst-Verhandlungen schnellstens abzuschließen. ...<<

18.06.1998

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Juni 1998 über Schröders Besuch in Warschau: >>... Zu den Entschädigungsforderungen früherer polnischer NS-Zwangsarbeiter sagte Schröder (Kanzlerkandidat der SPD), die moralische Verpflichtung der betroffenen deutschen Unternehmen könne nicht bestritten werden. Die betroffenen Firmen müßten in einen gemeinsamen Fonds für die Zwangsarbeiter einzahlen.<<
Kroatien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Juni 1998: >>Dinko Sakic, ehemaliger kroatischer KZ-Kommandant und mutmaßlicher Kriegsverbrecher, soll an diesem Donnerstag nach seiner Auslieferung aus Argentinien in Kroatien eintreffen. ...
Sakic wird für den Tod Tausender von Menschen im kroatischen Konzentrationslager Jasenovac während des Zweiten Weltkrieges verantwortlich gemacht. In Jasenovac haben die mit den Nazis verbündeten kroatischen Ustascha-Milizen nach unterschiedlichen Angaben zwischen 50.000 und 600.000 Serben, Juden, Roma und oppositionelle Kroaten ermordet.<<

19.06.1998

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. Juni 1998 über Schröders Besuch in Warschau: >>**Schröder stößt in Warschau auf Skepsis**
Kanzlerkandidat sichert Polen stetige Außenpolitik zu
Manchmal hat man den Eindruck, in Polen wisse man schon, wie die Bundestagswahl ausgehen wird. ...
Das offizielle Warschau behandelte den Gast aus Deutschland fast so, als sei er schon Bonner Regierungschef. ...
Schröder war nach Warschau gekommen, um das Ansehen der SPD beim östlichen Nachbarn

aufzupolieren und klarzustellen, daß auch eine sozialdemokratisch geführte Regierung für Beständigkeit in der deutschen Außenpolitik stehe. Einfacher gemacht haben ihm das jene Bonner Koalitionspolitiker, die sich demonstrativ hinter die Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft gestellt und die Rückgabe deutscher Kulturgüter von Polen als Vorbedingung für den Beitritt des Landes zur Europäischen Union (EU) genannt hatten.
Die kleine Anfrage von der CSU von der vergangenen Woche im Bundestag in Sachen Kulturgüter ist in Deutschland fast unbeachtet geblieben, in Polen dagegen hat sie eine Welle der Empörung ausgelöst.
Da hatte es Schröder in Warschau leicht: Die Frage der Kulturgüter ließ er verlauten, habe bei seinen Gesprächen mit polnischen Politikern gar keine Rolle gespielt, und Vorbedingungen für einen EU-Beitritt Polens lehne die SPD ab. Was auf dem jüngsten Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom CSU-Vorsitzenden Theo Waigel und vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber gesagt worden sei, entspreche natürlich nicht der SPD-Linie. "Die Vertriebenen", versuchte Schröder, seine Gastgeber zu beruhigen, "haben keinen realen Einfluß auf die deutsch-polnischen Beziehungen."
Der Kanzlerkandidat lobte ausdrücklich die Polenpolitik Kohls und versprach, sie im Falle seiner Wahl zum Regierungschef weiterzuführen. "Die Konservativen haben unsere Ostpolitik auch erst angegriffen und dann kopiert."...
Die von Bahr wesentlich mitgestaltete Bonner Öffnung nach Osten, fügte Schröder hinzu, habe aber das Revanchismusgespenst in den osteuropäischen Staaten gebannt. Die "Verteidigung der territorialen Integrität Polens" sei ein Verdienst der Sozialdemokraten.
... Über die Frage von Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter, "muß man mit den Firmen reden", meinte Schröder. ...<<

21.06.1998

Italien: Die norditalienische Zeitung "La Padania" veröffentlicht am 21. Juni 1998 einen aufsehenerregenden Artikel über den unfaßbaren Reichtum der katholischen Kirche.
Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 3 berichtet später über den Reichtum der Kirche (x923/…): >>**Der Reichtum der Kirche ist Blutgeld**
"Wieviel die Fabel von Christus Uns und den Unsern genützt hat, ist bekannt."
Papst *Leo X.*
"Die Kirche ist die höchste aller denkbaren Korruptionen."
Der Philosoph *Friedrich Nietzsche*
"Wir brennen wahrhaftig vor Geldgier, und indem wir gegen das Geld wettern, füllen wir unsere Krüge mit Gold, und nichts ist uns genug".
Bischof *Hieronymus*

Basis BLUTGELD

Der Reichtum der Kirche ist Blutgeld - auf dieser Basis bauen alle auf, die der Kirche Geld geben.
Wie ist die Kirche zu ihrem immensen Reichtum gekommen? Die Wahrheit darüber findet man in vielen dicken Büchern verborgen.. …

Gold

Zweitgrößter Goldschatz der Welt? Gold in den eigenen Grüften, der Schweiz und den USA

Jesus von Nazareth lehrte: "Ihr sollt euch keine Schätze sammeln auf Erden." Doch wie hat sich der Vatikan verhalten?
"Tausende Goldbarren lagern in Geheimtresoren in der Schweiz und New York". Und "auf etwa eineinhalb Tonnen wird allein das Goldvermögen 'in den Grüften des Vatikans' geschätzt", mit einem Wert von ca. 20 Millionen Euro. "Tausende Goldbarren lagern in Geheimtresoren in der Schweiz und New York".

Der Kirchenexperte Karlheinz Deschner spricht von "hohen Goldreserven" des Vatikan in Fort Knox/USA. Und in der Studie *Vatikan im Zwielicht* von *Nino Lo Bello* heißt es: "Das Finanzimperium des Vatikan hatte einen ausgezeichneten Start im Jahr 1929, als (der faschistische Diktator) Mussolini und Papst Pius XI. den Lateranvertrag unterzeichneten, demzufolge der Vatikan als Entschädigung für die Herausgabe von 41.440 qkm italienischen Bodens die Summe von etwas neunzig Millionen Dollar erhielt.
Pius ließ den Bankier Bernardino Nogara kommen, einen zum Katholizismus übergetretenen italienischen Juden ... Nogara ... schlug vor, ein Drittel dieser Summe in Gold anzulegen (das heute in Fort Knox eingelagert ist) und den Rest zu investieren. Er entwickelte den Grundsatz, daß das Investitionsprogramm des Vatikans nicht durch theologische Überlegungen eingeschränkt werden dürfe."
Eine umfangreiche Studie zum Reichtum der Kirche mit dem Titel *Vatikan besitzt den zweitgrößten Schatz der Welt* erschien in der Ausgabe *Nr. 42/1952* der italienischen Zeitschrift *Oggi*. Darin heißt es:
"**Der Schatz des Vatikans ist … der zweitgrößte der Welt**, nach dem der Vereinigten Staaten und vor dem Englands, der in den letzten Zeiten stark abgenommen hat. Die Zahlen der einzelnen Staatsschätze (auch Goldreserven genannt) werden im Allgemeinen offiziell durch die UNO veröffentlicht, doch die des Vatikans können meist nur durch besondere Informationen vermutet werden.
Der Schatz besteht überwiegend aus Goldbarren, und sein Wert beläuft sich auf **11,5 Milliarden Dollar**, umgerechnet auf die astronomische Zahl von mehr als 7.000 Milliarden Lire. Zum Vergleich sei erwähnt, daß die Goldreserven der Italienischen Republik 400 Milliarden Lire und die der Zentralbank Frankreichs etwas mehr als das Doppelte betragen. Der Schatz Englands kann auf 2.600 Milliarden Lire und der der Vereinigten Staaten auf 15.400 Milliarden Lire geschätzt werden."
Der immense Goldschatz des Vatikans in unserer Zeit läßt sich im Detail nicht mehr so ohne weiteres beziffern. Des weiteren ist zwischen "inoffiziell" und "offiziell" zu unterscheiden und auch, inwieweit man von Gold-Depots außerhalb des Vatikans ausgeht. Auch kann zwischen Goldbarren und Goldmünzen unterschieden werden. Sicher ist nur, daß der Vatikan den Goldanteil zugunsten anderer Vermögenswerte mit der Zeit deutlich reduziert hat. Ob man jedoch "nur" noch von ca. einer Tonne Goldbarren "im Wert von **19 Millionen Euro**" ausgehen kann, darf dennoch bezweifelt werden.
Hierzu eine aktuelle Studie: "Klares Zeugnis über die zunehmend unübersichtliche Verteilung von Vermögenswerten geben die Goldreserven ab. Diese wurden in den 1930er Jahren in Höhe von 235.765 Feinunzen angelegt, leider aber seit etwa 20 Jahren unter massiver Schwindsucht. 1992 standen nur noch 139.302 Feinunzen in den Büchern des IOR (der Vatikanbank), ein Jahr später sogar nur noch 47.772 Feinunzen.
Ein deutlicher Hinweis, **daß Vermögenswerte in massiver Form umgelagert wurden**." In diesem Zusammenhang nennt die Zeitschrift *Matrix 3.000* ein "**undurchschaubares Netzwerk für Geldwäsche, Waffenhandel und Korruption**". Genannt wird u.a. eine "Geisterbank auf den Bahamas", die vom einstigen Vatikan-Bank Chef, Erzbischof Paul Marcinkus, "mitverwaltet" wurde.
Hinzu kommen auf jeden Fall Unmengen an Gold in unzähligen Diözesen und Kirchen. "Wen überfällt nicht ein Schaudern, wenn er den mit 20 Tonnen Blattgold vergoldeten Altar der Kathedrale von Sevilla bestaunt und dabei an das in den Minen vergossene Blut der Indianer denkt." …

Aktien

Der Vatikan pokert mit enormen Finanzreserven an der Wallstreet

"Die auswärtigen Finanzreserven des Vatikans sind vornehmlich an der Wallstreet konzen-

triert. Insgesamt dürfte sich der Gesamtbesitz der Kirchenzentrale an Aktien und anderen Kapitalbeteiligungen bereits im Jahr 1958 auf etwa 50 Milliarden DM belaufen haben."
Diese Zahl dürfte inzwischen vermutlich auf weit über Hundert Milliarden Euro angewachsen sein. …

Konzerne

Der Vatikan ist "größter religiöser Wirtschaftskonzern"

"Der Vatikan ist heute der größte religiöse Wirtschaftskonzern der Welt und fest engagiert in zahllosen Unternehmen in den Bereichen Immobilien, Plastik, Elektronik, Stahl, Zement, Textilien, Chemie, Nahrungsmittel und Bauwirtschaft."
Die dem Vatikan gehörende Firma Italgas hat Tochter-Gesellschaften in 36 italienischen Städten. Der Vatikan mischt mit bei Teer, Eisen, Destillaten, Trinkwasser, Gasherden, Industrieöfen usw. Von den etwa 180 italienischen Kreditinstituten verfügt mindestens ein Drittel über vatikanisches Geld.
Der Vatikan besitzt viele einflußreichste römische Banken und ist in Europa, in Nord- und in Südamerika an einer überwältigenden Fülle mächtiger Industrieunternehmen beteiligt, einige gehören sogar weitgehend dem Vatikan, wie z.B. Alitalia oder Fiat. …

Ländereien

Die Kirche - der größte Grundbesitzer der westlichen Welt

Einige Beispiele:
Deutschland: Mit 8,25 Milliarden qm größter privater Grundbesitzer (entspricht gut der Hälfte des Bundeslandes Schleswig-Holstein oder der Größe von Bremen, Hamburg, Berlin und München zusammen),
Italien: über 500.000 ha Ackerland,
Spanien: ca. 20 % aller Felder,
Portugal: ca. 20 % aller Felder,
Argentinien: ca. 20 % aller Felder,
England: ca. 100.000 ha,
USA: über 1.100.000 ha Ackerland,
Weiden und Wälder sind nicht mitgerechnet. …

Städte / Immobilien

Der Vatikan ist "größter Immobilienbesitzer"

Man kann in Bezug auf die immensen Besitztümer des Vatikans nicht mehr nur von Immobilien sprechen, sondern eher von Städten oder Stadtteilen.
Rom z.B. ist bereits zu 1/4 in den Händen des Vatikans, recherchierte Paolo Ojetti in der Zeitschrift *L' Europeo* am 7.1.1977. Sein Artikel war wie ein Telefonbuch zu lesen. Seitenweise listete er Tausende von Palästen auf, die z.T. den 325 katholischen Nonnen- und 87 Mönchsorden gehören.
Der Journalist Ojetti recherchierte auch in der italienischen Stadt Verona. Er druckte einen Stadtplan ab, auf dem ungefähr die Hälfte der Häuser schwarz markiert waren = Eigentum der katholischen Kirche. Er wies darauf hin, daß die Besitzverhältnisse in anderen Städten ähnlich sein dürften.
Das war dem Vatikan zuviel. Sie nannten den Artikel verwirrend, unverantwortlich, skandalös, antiklerikal, unkulturell und dumm. Der Direktor der Zeitschrift wurde sofort gefeuert.
Es dauerte 21 Jahre, bis es wieder ein mutiger Journalist wagte, das Thema anzupacken.
Max Parisi recherchierte für die Zeitung *La Padania* nochmals die Eigentumsverhältnisse in Rom und kam in seinem Artikel vom 21.6.1998 zum Schluß, daß jetzt bereits schon fast **1/3 aller Häuser Roms im Besitze des Vatikans sind.**
Diese Immobilien von "unermeßlichem Wert" befinden sich nach seiner Recherche in den besten Lagen: "Das ganze Gebiet vom Campo dei Fiori bis zum Tiber gegenüber der Engels-

burg, vorbei an der Piazza Navona und den umliegenden Straßen ist praktisch vollständig im Besitz des Vatikans. Es handelt sich um etwas weniger als die Hälfte des historischen Zentrums." Allein in dieser Zone sind es über 2.500 Paläste. Diese ganzen Immobilien tauchen auf dem Katasteramt gar nicht auf, weil sie als "ausländisches Territorium" gelten.
Der Autor Guarino nennt Beispiele, wie Leute zwangsgeräumt und auf die Straße gestellt wurden, obwohl die Vatikanbank scheinheilig anderes versprochen hatte. Parisi fragt am Ende: "Was haben Glauben und 160.000 Milliarden Immobilienbesitz miteinander zu schaffen? Was hat Jesus mit ... den teuersten Terrassenwohnungen Roms zu tun?"
Jetzt versteht man die alten Prophezeiungen, nach denen den Römern eines Tages der Kragen platzt und die Prälaten ihre Kutten in den Tiber werfen müssen, um nicht erkannt zu werden ...
Superreich durch Segen & Titel
Auch der Verkauf von Segensbriefen, Titeln, Audienzen usw. vergrößert heute noch den Reichtum der Kirche
Preisliste des Vatikans (1990)
DM 5.000,- für einen vom Papst persönlich unterzeichneten Segen mit Urkunde
DM 30.000,- für eine Privataudienz mit dem Papst, inkl. Video
DM 50.000,- Spende für einen Ehrendoktortitel
DM 120.000,- Spende für einen Orden (Ordensstern zum Großkreuz des St.-Gregor-Ordens)
DM 300.000,- für einen Barontitel
DM 2.500.000,- für eine Erhebung in den Fürstenstand
DM 50.000,- für die Nebenkosten einer solchen Prozedur, etwa anläßlich der Ostermesse
Ab ca. 100.000,- Euro (im Durchschnitt ca. 250.000,--) kosten auch Heiligenprozesse. Nur wohlhabende Familien oder Ordensgemeinschaften können sich einen derart teuren Prozeß leisten.
Allein durch die 464 Heiligsprechungen (mehr als in den 400 Jahren davor) von Johannes Paul II. dürften ca. 116.000.000,-- Euro in die Kassen des Vatikans gelangt sein. …<<
23.06.1998
BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. Juni 1998: >>**Friedland wird Anlaufstelle für russische Juden**
... Das Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen wird zum 1. Juli zur zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für jüdische Emigranten aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. ...
Seit 1991 seien rund 10.000 jüdische Emigranten nach Niedersachsen gekommen ...
Die Zahl der Spätaussiedler aus Osteuropa geht immer weiter zurück. Kamen 1996 noch 177.000 Personen nach Friedland, waren es im vergangen Jahr nur noch 135.000. ...<<
25.06.1998
BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 25. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/211-217): >>Das "Schwarzbuch des Kommunismus" dokumentiert zum erstenmal umfassend das ungefähre Ausmaß der Untaten, die im Zeichen der Utopie einer weltrevolutionären Befreiung der Menschheit begangen wurden. Wie genau die von Stéphane Courtois und seinen Mitautoren festgestellten Opferzahlen sind, ist unter Historikern umstritten. Doch methodische Einwände gegen Courtois' Forschungen berühren nicht die Tatsache, daß kommunistische Führer, allen voran Lenin, Stalin und Mao Tse-tung, neben Adolf Hitler zu den mit Abstand größten Massenmördern des 20. Jahrhunderts zählen.
Bei allen gravierenden Unterschieden ist dem marxistisch-leninistischen und dem nationalsozialistischen System gemeinsam, daß sie eine bis zu ihrem Auftauchen ungeahnte Vernichtungsenergie freisetzten. Sie gründeten auf Ideologien, die die Ausrottung bestimmter Klassen oder Rassen als Voraussetzung für die Errichtung einer idealen Weltordnung betrachteten.
Systematischer Terror bis hin zur planmäßigen Auslöschung großer Teile der eigenen und der Bevölkerung eroberter Länder gehörte daher zum Wesensmerkmal beider Systeme. Solcher

Terror war - nach der Maßgabe ihrer pervertierten Moral - ethischer Imperativ dieser totalitären Ideologien.
Manchem Linksintellektuellen fällt es immer noch schwer, diese besondere Qualität nicht nur des nationalsozialistischen, sondern auch der kommunistischen Mordmaschinerie anzuerkennen. Peter O. Chotjewitz, Lothar Baier und Michael Scharang bieten in ihren Beiträgen zur ZEIT-Diskussion (siehe ZEIT Nr. 24, 25 und 26/98) ein ganzes Arsenal von Argumenten an, die spezifische Merkmale kommunistischer Verbrechen verwischen. Hat es Massenmord und staatlichen Terror nicht schon immer gegeben?
Könnte man nicht ebensogut auch Schwarzbücher des Sklavenhandels und der Kolonialkriege schreiben, wie Chotjewitz bemerkt? Ist es nicht ganz einfach so, daß der Mensch als solcher, weil er den Gedanken an seine Endlichkeit nicht ertragen kann, immer in irgendein Ideengebäude flüchtet, "dessen Dach Unsterblichkeit verheißt, religiöse, völkische oder kollektive", wie Scharang resümiert?
Wenn derartige geschichtsrelativistische Platitüden gegen die Erforschung des spezifischen Charakters des NS-Terrors ins Feld geführt werden, gibt es (nicht nur) auf der Linken zu Recht einen Aufschrei der Empörung. Wenn es um die Verbrechen des Kommunismus geht, glauben sich viele Linke jedoch noch immer einen Vermeidungsdiskurs der krudesten Sorte leisten zu können.
Abgesehen davon, daß die zeitgenössische Demozidforschung sehr wohl auch die Opfer nichtkommunistischer inklusive demokratischer Systeme zählt - wäre ein Versäumnis in dieser Hinsicht ein Argument, auf die Erfassung der Opferzahlen zu verzichten, die von der spezifischen Systematik kommunistischen Terrors produziert wurden? Chotjewitz, Baier und Scharang stellen das Unternehmen "Schwarzbuch" a priori unter einen verschwörungstheoretischen Generalverdacht: Die ganze Opferzählerei ziele doch bloß darauf, ein "Autodafé der Glaubensreinigung" (Chotjewitz) zu veranstalten, will heißen: "der heutigen Linken den Prozeß zu machen" (Scharang).
Dabei hat doch die Linke selbst am meisten Grund, sich dem niederschmetternden Fazit der monströsen Epochenillusion des Kommunismus ohne Wenn und Aber zu stellen. Nicht etwa, um sich reumütig an die eigene Brust zu schlagen. Sondern weil die Geschichte des Kommunismus zugleich auch eine eigentümliche Faszinationsgeschichte der intellektuellen Linken ist, deren Erforschung erst am Anfang steht.
Dieser Faszination sind nicht nur einige wenige dogmatische Sektierer erlegen. Die Befürchtung, dadurch könnte die Einzigartigkeit des Nationalsozialismus relativiert werden, hat auch gemäßigte Linke und selbst Liberale davon abgehalten, sich das ganze Grauen zu vergegenwärtigen, das die marxistisch-leninistische Ideologie verursacht hat. Das vermeintliche "humane Anliegen", das trotz allem im Kommunismus verborgen sei, hat dieser Ideologie bei wohlmeinenden Humanisten, von Maurice Merleau-Ponty ("Humanismus und Terror", 1947) bis zu - in heutigen Tagen - Walter Jens, im Vergleich zum Nationalsozialismus immer wieder mildernde Umstände eingetragen.
Am stärksten wirkt dieser Kredit für die "linke" Totalitarismusvariante heute noch in der ästhetischen Debatte nach. Linke Autoren wie Bertolt Brecht, die sich der marxistisch-leninistischen Ideologie verschrieben hatten, werden von der Kulturkritik meist unverdrossen als aufklärerische Humanisten betrachtet.
Ihr Eintreten für die sowjetische Diktatur wird als eine Art äußerliche Verirrung angesehen, der sie in bester idealistischer Absicht verfallen seien. Anders als bei rechten Autoren wie Ernst Jünger und Martin Heidegger wird bei Brecht und Ernst Bloch selten nach dem konstitutiven Zusammenhang zwischen ihrer totalitären Neigung und ihren ästhetischen und philosophischen Ansichten gefragt. Dabei läßt sich gerade an den Beispielen Brecht und Bloch zeigen, daß ein bestimmter Typus des ästhetischen Modernismus eine immanente Affinität zum

politischen Totalitarismus besaß.
Der düstere Traum von weltgeschichtlicher Endzeit "Unsere Gegner sind die Gegner der Menschheit. Sie haben nicht "unrecht" von ihrem Standpunkt aus: das Unrecht besteht in ihrem Standpunkt. Sie müssen vielleicht so sein, wie sie sind, aber sie müssen nicht sein. ... "Güte" bedeutet heute, wo die nackte Notwehr riesiger Massen zum Endkampf um die Kommandohöhe wird, die Vernichtung derer, die Güte unmöglich machen."
Diese Sätze stammen nicht etwa aus der Kriegserklärung eines größenwahnsinnigen Diktators, der seine Invasion ins Nachbarland mit einer apokalyptischen Erlösungsbotschaft zu legitimieren versucht. Es sind die Worte eines ganz und gar unmilitärischen Dichters, dessen Lieblingswort "Freundlichkeit" war. Sie stammen aus einer Antwort, die er einigen Theaterkritikern verpaßte, nachdem sie die Uraufführung eines seiner Stücke verrissen hatten.
In diesem Stück, so hatten die Kritiker moniert, beziehe der Autor einen einseitigen Standpunkt, und es fehle seinen Figuren an Güte. Grund genug für unseren Dichter, diesen Kritikern zu erklären, daß sie und alle anderen, die mit der Tendenz seines Werkes nicht übereinstimmten, ihr Existenzrecht verwirkt hätten. Eine Theaterdebatte aus dem Jahre 1932, ein Feuilletonstreit um ein Lehrstück namens "Die Mutter". Das Zitat stammt von Bertolt Brecht.
Brecht und Jünger fanden in Nietzsche ihren Urvater. Womit Brecht uns hier konfrontiert, ist keine einfache Amoral oder Unmoral.
Brecht spricht von einem hochmoralischen Anspruch aus man könnte sagen, daß er im Namen einer Über- oder Hypermoral argumentiert. Angesichts der bevorstehenden apokalyptischen Entscheidungsschlacht ist es von diesem übermoralischen Standpunkt aus unmoralisch, Erbarmen oder Güte gegenüber einzelnen einzufordern. Brechts Gestus hat etwas von der Pose des Bürgerschrecks, der die konventionellen Moralvorstellungen als Ausdruck spießiger Angst vor den großen Schicksalsfragen der Menschheit vom Tisch wischt. Und sein Hypermoralismus ist dem ästhetizistischen Antimoralismus insofern verwandt, als er sich kleinliches Gemäkel von unbegabten Kritikern an seinem großen Kunstwerk verbittet.
Aber Brechts genialischer Künstlergestus sichert sich durch die Anrufung eines Verbündeten ab, der noch viel größer ist als das geniale Kunstwerk selbst. Vor der Geschichte muß das Werk des Künstlers bestehen, nicht vor bürgerlichen Kritikern, deren Klasse historisch ja längst zum Aussterben verurteilt ist.
Man findet den übermoralischen Gestus ganz ähnlich bei den radikalen Schriftstellern der Weimarer Rechten wieder. Auch bei Ernst Jünger verbirgt die Attitüde mitleidsloser Kälte einen Impetus tiefer moralischer Empörung.
Ist es bei Brecht die Entrüstung über das Los der Ausgebeuteten in einer Welt der Ausbeutung, so bei Ernst Jünger die Empörung über die angebliche Demütigung des deutschen Volkes durch die westlichen Siegermächte des Ersten Weltkriegs. Wie Brecht sieht auch Jünger in der "einfachen", der humanistischen Moral kein Mittel gegen das epochale Unrecht, das er anprangern will. Um dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen, muß zuerst die alte Moral entlarvt werden. Am besten ist es, wenn sie sich durch Repression gegen die Unterdrückten selbst demaskiert. Das kostet Opfer, und die Opfer müssen bejaht werden.
"Vorzüglich", rief Ernst Jünger 1929 den Westmächten zu, die er für das Elend des deutschen Volkes verantwortlich machte, "nur kein Mitleid mit uns! Dies ist eine Position, aus der sich arbeiten läßt. Dieses Maßnehmen an dem geheimen, zu Paris aufbewahrten Urmeter der Zivilisation - das bedeutet für uns, den verlorenen Krieg zu Ende verlieren, bedeutet die konsequente Durchführung eines nihilistischen Aktes bis zu seinem notwendigen Punkt. Wir marschieren seit langem einem magischen Nullpunkt zu, über den nur hinwegkommen wird, der über andere, unsichtbare Kraftquellen verfügt."
Der Urvater dieser Denkfigur ist Friedrich Nietzsche. Sein Zarathustra geht aus der Einsamkeit der Berge hinunter in die Ebene, um dem Volk vom "Übermenschen" zu künden. Dieser

Übermensch werde erscheinen, wenn alle alten Werte, die nach dem Tod Gottes und der Metaphysik nur noch lebensfeindliche Hüllen darstellten, zerschmettert sein würden.
Die Ankunft des Übermenschen werde die Krise der Moral beenden, denn er werde neue Werte stiften - Werte, die im Einklang mit dem Leben stehen und auch dessen schreckliche Seiten, aus einem Überschuß an Lebenskraft heraus, bejahen. Wer dem Übermenschen den Weg bereiten wolle, der müsse ein kompromißloser Zerstörer aller bestehenden Werte sein, die den Menschen von seiner Wiedervereinigung mit dem schöpferischen Leben trennen.
Die Alternative zum Übermenschen, so warnt Zarathustra, werde die Herrschaft des "letzten Menschen" sein, des - um es aktuell auszudrücken - willenlosen Zombies der Konsumgesellschaft, der kein Gefühl mehr für Größe, für die Gefahr, für die Qualen des großen Schaffensaktes habe. "Die Erde ist dann klein geworden", ruft Zarathustra aus, "und auf ihr hüpft der letzte Mensch, der Alles klein macht. Sein Geschlecht ist unaustilgbar, wie der Erdfloh; der letzte Mensch lebt am längsten."
Nietzsches "Zarathustra" ist so etwas wie der Geburtsschrei des künstlerisch-literarischen, apokalyptischen Modernismus. Dessen Movens (Beweggrund) ist die Angst vor der Herrschaft des "letzten Menschen", vor der Verflachung des Geistes in der liberalen Massengesellschaft. Der avantgardistische Künstler ist der Künder einer Größe, die niemand, der nicht selbst ein Künstler ist, mehr wahrnehmen oder ahnen kann. Nur die Kunst habe noch Zugang zu den geheimen Kraftquellen authentischen Lebens.
Als die radikalen politischen Ideologien des 20. Jahrhunderts selber avantgardistisch werden und offen die Zerstörung predigen und feiern, erkennen Schriftsteller wie Brecht und Jünger ihre Geistesverwandtschaft mit ihnen.
Beide waren von der Angst getrieben, sie könnten in die ohnmächtige, hilflose Moral eines jammernden Humanismus zurückfallen, der immer nur die Opfer beklagt, ohne Einsicht in die tieferen Gründe zu gewinnen, die all diese Opfer zur Notwendigkeit machen. Die großen Schriftsteller Brecht und Jünger fürchteten sich vor dem Rückfall in die von ihnen verachtete Jammerlappenmoral des Humanismus vor allem um ihres Werkes willen.
Wenn sie nicht dicht und mit eiskalten Nerven am Puls der Geschichte blieben, dann würde ihr großes Werk an Kraft verlieren. "Lieber noch mit diesem stürzen als mit jenen leben, die die Furcht im Staub zu kriechen zwingt", ruft der Ich-Erzähler in Jüngers "Auf den Marmorklippen" (1939) angesichts eines verwegenen "Capitanos" aus, der sich schwärmerisch an die Nacht erinnert, "da wir Sagunt zu Asche brannten".
So könnte auch Ernst Bloch gedacht haben, als er 1937 zu seiner Verteidigung der Moskauer Schauprozesse ausholte. Blochs Rechtfertigung des stalinistischen Terrors war keine bloße, durch die Zwänge der politischen Verhältnisse bedingte Verirrung. In ihr kommt ein essentieller Kern seiner Philosophie, seines Utopismus zum Ausdruck. Blochs chiliastischer Marxismus schließt sich explizit an die christliche Apokalypsetradition an, namentlich an die der Offenbarung des Johannes im Neuen Testament.
Diese Johannesoffenbarung ist die Beschreibung einer entfesselten Vernichtungsphantasie. Johannes kündigt der gotteslästerlichen Welt den Untergang in einem göttlichen Strafgericht an. Feuer fällt vom Himmel, die Erde öffnet sich, und die Toten stehen auf, freilich nur, um vom himmlischen Richter in Gute und Böse, Sündige und Gerechte geschieden zu werden.
Ernst Bloch nennt in seinem Hauptwerk "Das Prinzip Hoffnung" diese Apokalypseschilderung einen "erzutopischen Archetyp", der "so manche geschlagene Revolution begleitet hat".
Mit wütendem Unverständnis antwortet Ernst Bloch auf dem Höhepunkt der Stalinschen Säuberungswellen den kritischen Einwänden bis dahin loyaler prokommunistischer Intellektueller gegen die Moskauer Schauprozesse. Diese Zweifelnden schalt Bloch "Renegaten", die nicht darüber hinwegkämen, "daß der zwanzigjährige bolschewistische Staat sich so vieler Feinde zu entledigen hat und sich ihrer oft gehetzt und schreckend blutig entledigt".

Die abtrünnigen Intellektuellen von 1937 vergleicht er mit Klopstock und Schiller, die nach anfänglicher Begeisterung für die Französische Revolution vor der Praxis der "terreur" erschraken und sich von der revolutionären Idee abwandten. In diesen schreckhaften Humanisten kann Bloch nur Kapitulanten erkennen, die der gegenrevolutionären Strategie der Bourgeoisie auf den Leim gekrochen seien.
Die Zweifel an den aberwitzigen Anklagen der Moskauer Prozesse erklärt Bloch zu Einflüsterungen des bourgeoisen Teufels, denn selbst wenn diese Zweifel berechtigt wären: Gäbe man ihnen nach, würde der Fortgang des weltgeschichtlichen Strafgerichts aufgehalten. Hier ging es ja nicht um "bourgeoise" Rechtsdetails, sondern um die Bejahung oder Verneinung des Anbruchs heilsgeschichtlicher Endzeit. "Die alte Welt", schreibt Bloch 1937, "ist verroht und verteufelt wie nie, die neue vollstreckt außer dem geschichtlichen ein sittliches Urteil, wenn sie niederschlägt und siegt."
Daß die von den "Capitanos" des 20. Jahrhunderts veranlaßten Vernichtungsorgien exorbitant hohe Opfer kosteten, beglaubigte in der Sicht apokalyptischer Übermoralisten wie Brecht, Bloch und Jünger, daß es sich bei diesem Gemetzel tatsächlich um den Anbruch des endzeitlichen Entscheidungskampfes handelte. Ihre Entschlossenheit, sich von dieser historischen Gewalt auf keinen Fall zu isolieren, entsprang der Furcht, am Ende zu den "letzten Menschen" gehören zu müssen.<<

29.06.1998

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (27/1998) berichtet am 29. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" von Stéphane Courtois: >>**Die Wirklichkeit ausgepfiffen**

Das auf deutsch erschienene "Schwarzbuch des Kommunismus" erregt die Gemüter - vor allem jene Linken, die vom Gulag immer gern geschwiegen haben.
Im März 1990 wurde im Tagungssaal des Zentralkomitees der SED am Werderschen Markt in Ost-Berlin ein denkwürdiger Film gezeigt. Die in PDS umgetaufte einstige Staatspartei der DDR hatte zur öffentlichen Vorführung eines sowjetischen Dokumentarstreifens über das erste Zwangsarbeitslager geladen, das noch zu Lebzeiten Lenins, am 6. Juni 1923, eingerichtet worden war: Solowki, die "Wurzel des Gulag", wie es im Kommentar hieß.
Etwa 60 Menschen verloren sich in der heiligen Halle des soeben zusammengebrochenen DDR-Sozialismus und sahen zu, wie der Dichter Maxim Gorki 1929 dem Vorzeige-Lager einen Besuch abstattete. Freilich bekam er nur das extra für ihn errichtete, blitzsaubere Potemkinsche Sträflingsdorf zu Gesicht - die "blutige Treppe", über die gefesselte Häftlinge hinabgestoßen wurden, bis sie als blutige Klumpen Fleisch ihr Leben ließen, wurde ihm vorenthalten. Auf das Versprechen, daß ein paar Gefangene freigelassen würden, sang er das Lob der Sowjetmacht. Titel seiner Reportage: "Unsere Errungenschaften".
Als das Licht im Saal wieder anging, herrschte einige Sekunden lang Schweigen - dann kehrten die Worte zurück. "Außergewöhnliche Methoden" im russischen Bürgerkrieg dürften nicht mit dem späteren Terror in eins gesetzt werden, erklärte der Moskauer Parteihistoriker Wladlen Loginow: "Gewalt ist nicht Gewalt. Man darf sich nicht an Äußerlichkeiten orientieren."
Sein Kollege Firsiw ergänzte, daß zu Zeiten Lenins "noch streng wissenschaftlich argumentiert" worden sei, während es später die bekannten "Deformationen" gegeben habe. Eine Dame fragte schüchtern, wer denn eigentlich unterscheiden könne, was der Klassenfeind und was das Volk sei. "Man traut sich ja sonst nichts. PDS", machte ein rot beschriftetes Bettlaken Mut zur munteren Vergangenheitsbewältigung.
Acht Jahre später, im Juni 1998, versinkt eine Diskussionsveranstaltung in West-Berlin über das gerade auf deutsch erschienene "Schwarzbuch des Kommunismus" (SPIEGEL 48/1997) trotz mehrfachen Eingreifens der Polizei im grotesken Tumult.
Drei Dutzend pöbelnde Twens aus der "Jeunesse dorée der postkommunistischen Nostalgie"

("taz") sorgen mit Trillerpfeifen und Sprechchören dafür, daß aus der ernsthaften Debatte über die Bilanz stalinistischer Verbrechen im 20. Jahrhundert ein lärmendes Spektakel wird, in dem der Faschismus abermals verdammt und der Kommunismus gepriesen wird.
"Im Land der Täter von Auschwitz darf die Relativierung dieses Menschheitsverbrechens nicht als akzeptabler Diskussionsbeitrag hingenommen werden", dekretiert ein Flugblatt der politisch korrekten Zensurfreunde.
Schöne junge Frauen, "den Furor christlicher Märtyrer im Blick" ("Frankfurter Rundschau"), entrollen ein Transparent mit der Aufschrift "Wer zählt die Opfer des Kapitalismus?" und rufen dem französischen Mitautoren des Schwarzbuches, Stéphane Courtois, zu: "Scheiß-Aufklärung. Spring doch vom Eiffelturm!"
Die Berliner Travestieshow dummdreister Provokation blieb unter den verschiedenen Podiumsdiskussionen die Ausnahme, doch trägt die ganze bisherige Auseinandersetzung mit der deutschen Ausgabe des Ende 1997 in Frankreich veröffentlichten "Schwarzbuch des Kommunismus" durchweg travestiehafte Züge. Dieselben Linken, die nichts dabei finden, daß der grüne Vorstandssprecher Trittin die Bundeswehr kurzerhand in die verbrecherische Tradition von Hitlers Wehrmacht stellt, entsichern ihre geistigen Handfeuerwaffen, wenn auch nur der Versuch unternommen wird, Kommunismus und Faschismus als totalitäre und mörderische Systeme zu "vergleichen" - was ja keineswegs bedeutet, sie "gleichzusetzen".
Auch 60 Jahre nach den stalinistischen Schauprozessen gibt es sie noch, die Tabuwächter jener großen Menschheitsutopie, die um keinen Preis "angeschwärzt" werden darf. Ein Fortschritt ist immerhin zu verzeichnen: Als nach dem Zweiten Weltkrieg Arthur Koestlers antistalinistischer Schlüsselroman "Sonnenfinsternis" in Paris erschien, kauften die französischen Kommunisten alle greifbaren Exemplare auf und vernichteten sie. Das ist dem "Schwarzbuch" nicht widerfahren.
Man reibt sich die Augen und glaubt es kaum: Ob 1945, 1990 oder 1998 - die Abwehr funktioniert, die Verdrängung historischer Tatsachen kennt weder Zeit noch Grenzen. Mal direkt und brachial, mal wissenschaftlich drapiert, offen zynisch oder verdruckst - das Thema wirkt wie ein Katalysator aller ideologischen Reflexe seit den sechziger Jahren. Der Publizist Christian Semler, als einstiges SDS-Mitglied und führender Maoist der siebziger Jahre selbst eine historische Figur der Linken, diagnostizierte kürzlich treffend das "Elend linker Immunisierungsversuche".
Alte Wunden brechen wieder auf, Verdrängtes kehrt zurück. Die Debatte in den Feuilletons, Veranstaltungssälen und intellektuellen Hinterzimmern der Republik ruft vor allem jene auf den Plan, die wesentliche Teile ihrer politischen Biographie bedroht sehen. Ihr seit 1989 bereits schwer ramponiertes Weltbild muß ebenso gerettet werden wie die identitäts- und sinnstiftende Existenz als unbeugsame Kritiker der westlich-kapitalistischen Gesellschaft.
Dabei folgen sie der Logik projektiver Schuldzuweisung: Sie protestieren gegen die "Relativierung von Verbrechen" und betreiben sie selbst. Sie klagen strengste Sachlichkeit ein und stecken voller Ressentiments. Sie protestieren gegen die Verharmlosung von Auschwitz und mißbrauchen das einzigartig Schreckliche als billige Chiffre ihrer angeschlagenen Diskurshoheit - und als Instrument der Verharmlosung. Sie kritisieren den ideologischen Renegateneifer von Courtois und klammern sich selbst an ranzige ideologische Muster vergangener Zeiten.
So tauchte der Schriftsteller Peter O. Chotjewitz plötzlich aus der Versenkung auf und attakkierte im Feuilleton der "Zeit" die angebliche "Geschichtsklitterung vom Bolchicaust": Dieses Buch zähle auch jenen Eisenbahner zu den rund 80 Millionen Opfern des Kommunismus, der sich "auf der Baikal-Amur-Magistrale eine Grippe" zugezogen habe. Das Schwarzbuch sei ein "Autodafé der Glaubensreinigung", das der "Auslöschung" der kommunistischen Idee und der "Apotheose" des Kapitalismus diene.
Der preisgekrönte Essayist Lothar Baier entledigte sich eine Woche später an gleicher Stelle

der historischen Wahrheit über den sowjetischen Klassengenozid, indem er die traditionelle Lager-Frage linker Ideologen stellte: In welche - politische - Gesellschaft begibt sich der Leser dieses Werkes?
Anhand einiger Sätze des Klappentextes und angreifbarer Zitatfetzen aus dem Vorwort von Courtois gelingt die gewünschte Antwort nach Hausmacherart: Natürlich begibt sich der Leser in die Nähe von Holocaust-Leugnern und Verharmlosern des Faschismus sowie unseriöser, aufs Medienspektakel versessener Geschäftemacher, die nicht einmal richtig aus dem französischen Original übersetzen können. Auftrag erfüllt, Gegner entlarvt, Thema erledigt.
Noch kürzer macht es der Publizist Rudolf Walther: "Nolte läßt grüßen", ruft er aus und meint, damit alles gegen Courtois gesagt zu haben, dem er selbst "grobschlächtigen Reduktionismus" vorhält.
Manfred Hildermeier, Historiker an der Universität Göttingen, repräsentiert dagegen jene Kritiker, die den Kern der auf fast tausend Seiten ausgebreiteten Tatsachen nicht bestreiten, aber die böse Absicht unterstellen, die es zu entlarven gelte - entscheidend sind hier nicht die Fakten, sondern "die Frage nach dem cui bono". Auch bei ihm zieht stets der Soupcon (Verdacht) durch die Zeilen, hier solle der Linken endgültig der Prozeß gemacht werden nach dem Motto: Rot schlägt Braun - der Kommunismus war noch schlimmer als der Faschismus.
Dieser Generalverdacht trübt Wahrnehmungen wie Argumentation: Wie andere moniert Hildermeier die schwankenden Zahlenangaben auf durchaus fragwürdiger Berechnungsgrundlage - mal sind es 80, mal 100 Millionen Tote - und kritisiert den Vergleich mit jenen 25 Millionen Opfern des Nationalsozialismus.
Doch er selbst beteiligt sich an der unseligen Rechnerei, die nicht die geringste Erschütterung über die schiere Dimension des Schreckens erkennen läßt: "Es gibt gute Gründe, die mehr als sechs Millionen Hungertoten der Jahre 1932/34 nicht nur um eine Million zu kürzen, sondern sie vor allem nicht in einer Reihe mit den Opfern des NKWD aufzulisten", formuliert der Historiker ganz akkurat und korrigiert fleißig noch andere Zahlen nach unten: "Statt 7 bis 8 Millionen Insassen von 53 Arbeitslagern und 425 Arbeitskolonien ... lassen sich 'nur' rund 3,5 Millionen belegen und statt einer selten präzisierten, aber auf mehrere Millionen geschätzten Anzahl vorzeitiger" Todesfälle 'nur' 2,3 Millionen."
Daß 2,3 Millionen Tote nicht "mehrere Millionen" Tote sind, mag dem unbefangenen Zeitgenossen neu sein, der sich gar nicht ausmalen möchte, welcher Sturm der Entrüstung losbräche, wenn irgend jemand solche Zahlenspiele mit den Opfern des Holocaust triebe. Doch genau dies gehört zum Diskurs der Abwehr und seiner langen Geschichte der ideologischen Einäugigkeit.
Wie vor 30, 40 oder 50 Jahren orthodoxe Kommunisten, denen die letzte Phrase ausgegangen war, so verkündet noch heute Professor Hildermeier, wenn er nicht mehr weiter weiß, daß er sowieso schon alles weiß: "Dem Kenner sagt das meiste wenig Neues."
Dabei hindert ihn, Ironie der Entlarvung, seine vernebelnde Semantik, den eigenen Klartext zu erkennen: Denn für die allermeisten wird sehr vieles überraschend neu sein - wenn sie es denn lesen wollen.
Schon auf der tumultuösen Berliner Veranstaltung warnte Wolfgang Wippermann, Historiker an der Freien Universität, vor den Folgen dieser Lektüre, die "eine ermüdende Reihung von Mordgeschichten" biete.
Im "Neuen Deutschland" konzedierte er, daß "die Bilanz der Regime in der Sowjetunion, China, Kambodscha etc. zweifellos grausig" sei, doch müsse gefragt werden, "ob es sich hier wirklich um kommunistische bzw. sozialistische Systeme gehandelt hat".
Nach einer kleinen, aber feinen Zitatfälschung, mit der er Courtois drei Buchstaben unterjubelt - als habe dieser von "nur" 25 Millionen Opfern der Nazis gesprochen -, kommt Wippermann zum eigentlichen Thema:

Das Schwarzbuch betreibe die "Dämonisierung des Kommunismus" und erscheine zur "rechten Zeit", in der die "direkte und indirekte Relativierung des Holocaust durch Leugnung und vergleichende Verharmlosung schon weit verbreitet ist".
Nun schon auf der Zielgeraden, durchstößt er die Lichtschranke zur letzten Erkenntnis, die mit dem schlichten Glaubenskatechismus des linken deutschen Spießers identisch ist: "Revisionismus ist gefährlich. Er bedroht unsere politische Kultur und stellt den mühsam errungenen Konsens in Frage, daß der Holocaust und nicht die Verbrechen des Kommunismus der Zivilisationsbruch in diesem Jahrhundert gewesen ist. An diesem Konsens sollten die Deutschen festhalten, weil es Deutsche waren, die für den Holocaust die Verantwortung trugen."
Perfekte Tautologie, Ethno-Logik: Deutsche, weil es Deutsche waren. Hier wird gar nicht mehr versucht, wissenschaftliche oder politische Kritik zu üben. Es geht weder um Opfer noch um Täter, weder um Vergangenheit noch Zukunft, schon gar nicht um die Wirklichkeit. Es geht nur noch ums gekränkte intellektuelle Ich, um die allerletzte Schwundstufe der innerweltlichen Erlösungsreligion: die negative Utopie vom Furor teutonicus.
Triumphal weisen die Gesellschaftskritiker von vorgestern im selbstgezimmerten Laufstall ihrer ideologischen Bornierung (Beschränktheit) auf das einzige, was ihnen noch geblieben ist vom utopischen "Anspruch auf den ganzen Menschen" (Heinrich August Winkler). Es ist der deutsche Anspruch auf das richtige, auf das einzig richtige Weltverbrechen. Das ist die ganze Moral von der Geschichte.<<

02.07.1998

BRD: Die deutsche Historikerin Jutta Scherrer berichtet am 2. Juli 1998 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/80-84): >>Als ich neulich im Moskauer Institut für Allgemeine Geschichte der russischen Akademie der Wissenschaften "Das Schwarzbuch des Kommunismus" erwähnte, entgegnete mir der Direktor, dies bereite hier keine Freude. Ob es denn eine Debatte darüber gebe? ...
Im vergangenen Sommer hatte ich zwei politische Seminare für junge Abgeordnete der Staatsduma und der regionalen Parlamente in der Umgebung von Moskau und in Rostow am Don zum Anlaß genommen, um die politische Elite nach ihrer Einstellung zu den Lasten der sowjetischen Vergangenheit zu befragen. Als Gast aus dem Westen wurde ich mit größter Zuvorkommenheit behandelt, doch zu hören bekam ich immer dasselbe:
Wir haben genug von diesem Problem, wir sind seiner müde. Während der Perestrojka sei die Öffentlichkeit über sämtliche Verbrechen informiert worden. Das Thema sei erledigt, der Gegenstand erschöpft. "Laßt die Toten ihre Toten begraben".
Das Bibelzitat ist in jedermanns Munde, gilt es hier doch als alte russische Redensart. Heute gehe es darum, die Zukunft aufzubauen. "Die Vergangenheit liegt hinter uns".
So argumentiert nicht nur die politische Elite, auch Freunde im vertrauten Gespräch, nachts in der Küche weisen das Thema von sich. Es sei noch zu schwierig, hierüber zu sprechen, oder: Man habe gegenwärtig andere Sorgen. ...
Einer von ihnen, ein jüngerer Historiker, der mit gleichaltrigen Kollegen in Moskau verschiedene Quellenbände zum Stalinismus editiert hat, erklärt mir dies, daß der Schock über die kommunistischen Verbrechen während der Perestrojka durch die ganze Gesellschaft gegangen sei. Doch der romantische Aufbruch in ein besseres Morgen, in eine demokratische Zukunft, den die Perestrojka verheißen hatte, habe Revanche-Gelüste gegenüber der Nomenklatura (herrschende Klasse in der UdSSR bis 1989/91) erst gar nicht aufkommen lassen.
Erst als das erwartete Wunder der Reformen ausblieb, als sich die Umgestaltung der Sowjetunion als viel komplizierter und langwieriger als ursprünglich angenommen erwies, als 1993 die Demokraten das Weiße Haus stürmten und ein Jahr später den Krieg gegen Tschetschenien begannen, da sei vielen klargeworden, daß es keine wirkliche Alternative zur Vergangenheit geben würde.

Deswegen, so meint der Historiker Gennadij Bordjugow, sei die Gesellschaft in ihrer Einstellung zur Vergangenheit geteilt. Eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit finde nicht statt, solange man selber in der Misere lebe.
Die meisten Russen, die ich auf die Vergangenheit ansprach, verstehen sich als Opfer. In ihren Augen haben sie selbst, die russische Nation, das größte Opfer gebracht, verglichen mit den anderen Nationalitäten und Volksgruppen des Sowjetreichs. Auch für die Angehörigen der ehemaligen Sowjetrepubliken wie die Ukrainer oder Balten ist die Schuldfrage ebenso eindeutig: Die Verantwortlichen für das System waren die Russen, sie selbst die Opfer. Schuld hatten immer die anderen. Die Frage nach dem anderen in mir selbst wird nicht gestellt.
Kollektive Haftung für den mentalen und kulturellen Kontext, in dem die Massenverbrechen möglich wurden, gibt es in Rußland nicht. Man empfindet sich nicht als Erben des Geschehenen.
"In die Geschichte zurückkehren" lautet deshalb seit 1992 Alexander Jakowlews Devise. Gorbatschows langjähriger Berater für ideologische Fragen – Jakowlew war Mitglied des Politbüros – meint, daß der sowjetische Kommunismus keine Geschichte gehabt habe und keine Geschichte gewesen sei. Jakowlew selbst würde daher wohl am liebsten zu den Idealen der sozialistischen Internationale zurückkehren und dort neu ansetzen, wo diese, durch Krieg und Revolution, von einem kompromißlosen Herrschaftssystem überrollt wurden, die die Bezeichnung Geschichte nicht verdiene.
"Wir sind aus der Geschichte herausgefallen" lamentieren auch prominente Angehörige der Intelligenzija, womit sie sich von jeder Verantwortung reinwaschen. Die sowjetische Periode wird gleichsam aufgehoben – denn abschaffen, rückgängig machen, kann sie keiner. Auch wenn der von Jakowlew geleitete Demokratische Fonds einige Dokumentenbände zur sowjetischen Geschichte herausbringt (Kronstadt; Katyn GPU-NKWD) findet die Auseinandersetzung nicht statt.
So hielten es die Gründer der neuen, vom Staat unabhängigen Europäischen Universität in St. Petersburg nicht für nötig, in den Lehrplan für das Studium der russischen Geschichte auch die Periode nach dem Oktober 1917 miteinzubeziehen. Es bedurfte westlicher Stimmen im Verwaltungsrat, die dem sonst vorbildlichen Unternehmen die sowjetische Geschichte als Lehrfach geradezu aufdrängten.
Kollektive Schuld, kollektive Schande gibt es in Rußland nicht. Eine Öffnung der sowjetischen Geheimdienstakten, sagt der Moskauer Historiker Jakow Drabkin, hätte nur zu neuen "Säuberungen" geführt. Andere Gesprächspartner erinnern an den Bürgerkrieg, falls jemand damit beginnen sollte, in den Akten nach Schuldigen zu suchen. Man müsse die Denunzianten nicht kennen, höre ich von jungen Parlamentariern.
Freilich hatten sie fast alle, die heute wichtige Positionen im nationalen Parlament in Moskau oder in den regionalen Dumas einnehmen, ihre Karrieren im Komsomol, in der Gewerkschaft oder in der Partei begonnen. Der fast nahtlose Übergang in ihre neue Verantwortung als Demokraten stellt für sie kein Problem dar, weder ein politisches noch ein moralisches. Schon gar kein existentielles.
Wer in der Perestrojka in der Öffentlichkeit das stalinistische System mit demjenigen Hitlers verglich, der brauchte dafür ungeheuer viel Mut. Bezeichnenderweise waren es Literaten, Publizisten und Ökonomen, die als erster hierüber sprachen und schrieben. Die vom Staat angestellten Fachhistoriker hielten sich lange zurück.
Als dann vor kaum zehn Jahren die Archive, wenigstens teilweise, geöffnet wurden, konnte die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und dem Terrorsystem beginnen. Das vor allem von westlichen Historikern und russischen Dissidenten wie Roy Medwedew oder Alexander Solschenizyn zusammengetragene Wissen konnte endlich mit den Quellen verglichen werden. Der Prozeß der Wahrheitsfindung fordert vor allem russische Histori-

ker heraus. ...
Wenig weiß man über die Formen von Gewalt und Terror. Wer waren die Täter? Wann wird von einer Gesellschaft die Rede sein dürfen, die nicht nur Opfer war? Vorerst fühlt sich der Großteil der Gesellschaft als Opfer; damit lebt es sich allemal besser, zumal alle von der "Zeit der Wirren ("Smuta") ermüdet sind.
Auch die historische Analogie zum Zerfall des Moskauer Rußlands am Beginn des 17. Jahrhunderts bemüht man gern. Und überall ist der Ruf nach Stabilität und Ordnung vernehmbar; Stalin erscheint in der Erinnerung weniger als Verbrecher denn als jemand, der das Land zusammengehalten und für Ordnung gesorgt hat. Man beruft sich auf die Liebe zu "einem Rußland in Ordnung", und so entsteht eine Erinnerungskultur, die der zaristischen Autokraten gedenkt, weil sie doch einmal den starken Staat verkörpert haben.
Gewiß, Jelzin hat jetzt öffentlich Reue bekundet und für den 17. Juli einen Staatsakt angeordnet. Doch dieser gilt nicht den anonymen Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft, sondern dem Massaker an dem letzten Zaren und seiner Familie. Für die Reue über den Gulag ist es offenbar noch zu früh.
Zur Reue – pokajanie – wird die postsowjetische Gesellschaft auch von der orthodoxen Kirche aufgerufen – obwohl diese selbst niemals öffentliche Reue bezeugt und ihre Zusammenarbeit mit dem KGB eingestanden hat.
Die Gesellschaft "Memorial" ist die einstige Institution, die seit 10 Jahren die Opfer der Verfolgungen von den Zwanziger Jahren an namentlich zu erfassen sucht, Archivmaterialien zusammenträgt, ihnen Denkmäler setzt. Sie wird jedoch vom Staat kaum unterstützt, und ihre finanziellen Mittel sind bescheiden. Auch wenn "Memorial" derzeit von inneren Zwistigkeiten aufgerieben wird, ermöglicht sie, unterstützt von Lehrern, Ärzten, Ingenieuren und Heimatkundlern, wertvolle Forschungen über die Opfer des Bürgerkriegs, der Hungersnot, der Entkulakisierung, der Lager.
Nein, der Zeitpunkt ist noch nicht gekommen, daß sich die Gesellschaft nach ihrer Mittäterschaft fragt. Und vielleicht wird dieser Zeitpunkt auch nie kommen. Rußland lebt unter anderen Vorzeichen als Deutschland nach 1945 und wird nicht, wie seinerzeit Deutschland, von Siegermächten in Demokratie eingeübt.
Während der ersten Hälfte der mehr als siebzigjährigen Geschichte der Sowjetunion, bis zu Stalins Tod, gehörten Terror und Repression zur Tagesordnung. Und auch nach 1953 herrschte Unterdrückung, wenn auch in modifizierter Form. Diese "lange Zeit", die die Mentalitäten von Generationen prägte, läßt sich nicht mit 12 Jahren nationalsozialistischer Diktatur in Deutschland vergleichen. Im Unterschied zu Deutschland 1945 hat Rußland 1991 keinen Krieg verloren. Im Unterschied zu Deutschland 1989 hat Rußland seine ehemaligen Führungseliten behalten ...<<

04.07.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Juli 1998: >>**Sejm verurteilt Vertriebenenerklärung des Bundestages**
... In ungewöhnlich scharfer Form hat das polnische Parlament am Freitag die Erklärung des Bundestages kritisiert. Die Resolution enthalte "Zweideutigkeiten" und "gefährliche Tendenzen", die nicht unwidersprochen bleiben dürften, heißt es in der nahezu einstimmig angenommenen Entschließung des Sejm weiter. Die Resolution diene "nicht der sich gut entwikkelnden Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern".
In seiner mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP angenommenen Erklärung hatte der Bundestag am 29. Mai bekräftigt, daß die Vertreibung von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg aus Bonner Sicht völkerrechtswidrig war. Zudem forderte die Regierungskoalition, daß nach einem Beitritt Polens und Tschechiens zur Europäischen Union diese Länder auch den deutschen Heimatvertriebenen das Recht auf Freizügigkeit und die Niederlassungsfreiheit ein-

räumen müßten.
Die Entschließung der polnischen Abgeordnetenkammer spiegelt die wachsende Unruhe in Polen über etwaige deutsche Forderungen nach Rückgabe ihres ehemaligen Immobilienbesitzes wider. Polen sieht die Vertreibung nicht als völkerrechtswidrig, sondern als Resultat der Potsdamer Konferenz der Siegermächte von 1945 an. Die polnischen Grenze und Eigentumsrechte dürften auch bei einem Beitritt des Landes zur EU nicht angetastet werden. ...
In einer ersten Reaktion wies der Bund der Vertriebenen (BdV) die polnische Kritik zurück. Damit habe der Sejm die Vertriebenen praktisch aus dem Versöhnungsprozeß ausgeschlossen, erklärte die BdV-Vorsitzende und CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach. Bundesaußenminister Klaus Kinkel müsse jetzt dazu Stellung nehmen. "Auf diese Weise wird Polen den Weg nach Europa nicht gehen können." Steinbach hatte gegenüber der polnischen Nachrichtenagentur PAP die Entschädigung von Heimatvertriebenen verlangt.
Der CDU-Bundestagsabgeordnete Friedbert Pflüger, in der Fraktion für Polen zuständig, erklärte, bei dem Bundestagsbeschluß sei es um Niederlassungsfreiheit in Europa gegangen. Niemand wolle die Grenzen oder polnische Eigentumstitel in Frage stellen. Sollte es offene Fragen geben, "so werden sie in freundschaftlichem Geist gelöst".<<

08.07.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Juli 1998: >>**Vertriebene zweifeln an EU-Reife Polens**
Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat erneut die EU-Reife Polens in Frage gestellt.
Präsidentin Erika Steinbach kritisierte ... in Bonn die Zurückweisung einer Entschließung des Bundestages zum Thema Heimatvertriebene durch das polnische Parlament. "Sollte Polen bei dieser Haltung bleiben, dann ist es nicht reif für die Europäische Union", betonte Steinbach. Polen und Deutschland müßten sich vorher um eine Lösung der Vertriebenen- und Vermögensfragen bemühen, weil sonst die noch ungelösten Probleme in der EU wie ein "Eiterherd" wirken würden.
Es widerspreche dem europäischen Geist, wenn Polen nach seiner Aufnahme in die Europäische Union den deutschen Vertriebenen nicht einmal die selbstverständlich in Europa geltenden Rechte wie Freizügigkeit oder Niederlassungsfreiheit einräumen wolle. "Es ist nicht hinzunehmen, daß der polnische Sejm die offenen Vermögensfragen jetzt plötzlich für unantastbar erklärt."<<

13.07.1998

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Juli 1998: >>**Deutsches Steuergeld in Rußland versickert?**
... Wie der Präsident des Steuerzahlerbundes, Karl Heinz Däke, erläuterte, hat das Innenministerium seit 1990 über 213 Millionen Mark an den VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland) gezahlt, um die Lebensbedingungen von Rußlanddeutschen in den GUS-Staaten zu verbessern.
Knapp 22 Millionen Mark sind nach Ermittlungen des Bundesrechnungshofes ohne Beleg versickert. ...<<

22.07.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Juli 1998 über Spenden für die Oderflut im Jahre 1997: >>**130 Millionen für Flutopfer**
... Rund 130 Millionen DM haben Bundesbürger nach Angaben der Caritas insgesamt für die Opfer der Oderflut in Deutschland, Polen und Tschechien gespendet. ...
Nach Angaben von DRK-Generalsekretär Johann W. Römer wurden rund 10,36 Millionen DM für Hilfsprojekte in Deutschland, 31,48 Millionen DM für Hilfen in Polen und fast 30 Millionen DM in Tschechien verwandt. ...
Die Caritas, die insgesamt 23,1 Millionen DM Hilfe zur Verfügung hatte, gab rund 90 % der

Spenden in Polen und Tschechien aus. ...<<

Juli 1998

BRD: Das Wirtschaftsmagazin "Berliner Merkur" berichtet im Juli 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/218-226): >>Der letztes Jahr verstorbene Historiker Francois Furet − berühmt für seine kritische Auseinandersetzung mit dem Mythos der Französischen Revolution − legte 1995 sein fulminantes Werk über die Faszination der kommunistischen Idee in diesem Jahrhundert vor.

Es wurde binnen kürzester Zeit in Frankreich ein Bestseller und eröffnete aufs neue die Debatte über die Vergleichbarkeit von Faschismus beziehungsweise Nationalsozialismus und Kommunismus, über die Wechselwirkungen und Bedingungsverhältnisse totalitärer Ideologien und ihrer politischen Folgen.

Furet vertritt in seinem Werk die These von der "konfliktuellen Komplizenschaft" der Nazis und der Kommunisten; ihr Verhältnis sei komplementär und von Rivalität gezeichnet. Er sieht im Kommunismus und Nationalsozialismus zwei feindlich-verwandte Ausgeburten des Ersten Weltkrieges und des bürgerlichen Selbsthasses; beider Feind ist die Demokratie.

Selbst in seiner Jugend vom Kommunismus fasziniert, kündigte er 1954 seine Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei auf.

Gleich zu Anfang des Werkes findet sich eine ausführliche Anmerkung des Autors, die Ernst Nolte als Kronzeugen des Historikerstreits gewidmet ist:

"Seit zwanzig Jahren, vor allem jedoch seit der Auseinandersetzung über die Interpretation des Nationalsozialismus, die im Jahr 1986/87 die deutschen Historiker entzweite, wurde Ernst Noltes Auffassung in Deutschland und im gesamten Westen derart einhellig verdammt, daß sie mir eines besonderen Kommentars würdig erscheint.

Ihm kommt unter anderem das Verdienst zu, bereits sehr früh das Verbot eines Vergleichs von Kommunismus und Nazismus durchbrochen zu haben ... In Wahrheit verhindert das Veto gegen solche Ansatzpunkte eine Aufarbeitung der Geschichte des Faschismus; es entspricht im historischen System der Wirkung, die der Antifaschismus sowjetischer Prägung im politischen System hatte. Indem er die Kritik am Antifaschismus verbietet, verhindert dieser Typus historiographischen Antifaschismus auch das Verständnis des Faschismus." ...

Neben dem renommierten Kommunismusforscher Courtois waren fünf weitere Historiker, die in Fachkreisen hohes Ansehen genießen, an dem Werk beteiligt. Auf rund 900 Seiten liefern die Autoren erstmalig ein umfassendes Kompendium über die Verbrechen, die in diesem Jahrhundert im Namen des Kommunismus begangen wurden. Ihre weltweite Opferbilanz beläuft sich auf 80 bis 100 Millionen Menschen, die mit dem Leben bezahlt haben: durch Genickschuß oder Kampfgas, während der Zwangsarbeit oder der Deportation und Vertreibung, anläßlich politisch geplanter Hungersnöte und auf Todesmärschen.

Akribisch rekonstruieren die Autoren zum Teil auf der Grundlage neuen Archivmaterials, daß der Terror nicht erst mit Stalin begann, sondern seine Wiege die Oktoberrevolution selbst war.

An der aufgeführten Opferbilanz bestehen in Fachkreisen keine Zweifel. Der Streit entzündete sich vielmehr daran, ob Nationalsozialismus und Kommunismus in ihren Ideologien und ihrer Gewaltherrschaft vergleichbar seien. ...

In seinem provozierenden Vorwort des "Schwarzbuchs" plädiert Courtois für den Vergleich von Hitlers "Rassen-Genozid" und Stalins "Klassen-Genozid"; die Gemeinsamkeiten seien größer als die Unterschiede. Er spricht von einer verbrecherischen Dimension, "die für das gesamte kommunistische System charakteristisch war, solange es existierte. ... Die kommunistischen Regimes haben das Massenverbrechen zu einem wahrhaften Regierungssystem erhoben, um ihre Macht zu begründen."

In der Analyse dieser Verbrechen verwendet Courtois Begriffe, die er der juristischen und historischen Bewältigung des Nationalsozialismus entlehnt. Viele dieser Massenverbrechen ent-

sprechen allen Kriterien der "Verbrechen gegen die Menschlichkeit", wie sie für die Nürnberger Prozesse formuliert wurden. ...
Im linken Lager brach nach Erscheinen des Buchs erwartungsgemäß ein Sturm der Entrüstung los. ... Der ehemalige Chefredakteur der kommunistischen Humanité, Roland Leroy, hielt in einer Fernsehsendung Courtois entgegen: "Am Anfang des Nationalsozialismus war der Haß auf die Menschen, am Anfang des Kommunismus war die Liebe zu den Menschen." ...
Unter den Verteidigern des Schwarzbuchs finden sich viele ehemalige Linke, die vor Jahrzehnten mit ihrer kommunistischen Vergangenheit gebrochen haben. Unter dem Titel "Lenin retten?" verteidigte Laurent Joffrin, Chefredakteur der Tageszeitung "Libération", die These der Schwarzbuchautoren, das Verbrechen sei bereits im Herzen des kommunistischen Projekts angelegt.
Den Kritikern, die nicht müde werden, in der Debatte auf die Verbrechen des Kapitalismus hinzuweisen, hielt er entgegen, damit die kommunistischen relativieren zu wollen. "Der Kommunismus an der Macht hatte klar zu identifizierende politische Ziele und Zwecke, vereinigt unter einem Banner, und ein und derselben Strategie, Ideologie und Organisation. Seine Opfer sind alle freiwillig dem Altar derselben Revolution erbracht worden, durch direkte Massaker oder Hungersnöte.
Der Kapitalismus ist aber ein ökonomisches System. ... Es gibt keine kapitalistische Partei, keine kapitalistische Fahne, keine kapitalistische Tscheka. Die "Verbrechen des Kapitalismus" sind von Liberalen, von Monarchisten, von Radikalsozialisten, von den Nazis, von den Faschisten oder wem auch immer begangen worden." ("Libération", 17. Dezember 1997).
Die Bolschewiken kombinierten ihre militärische Parteiorganisation mit einem utopischen Projekt der Umwandlung der Gesellschaft, das sie gewaltsam gegen die Gesellschaft durchsetzten, bis hin zum Massaker. Ohne diese Verbrechen hätten die Bolschewiken ihren Plan einer totalen Reorganisation ihrer Gesellschaft nicht ins Werk setzen können. So gesehen waren die Verbrechen in der Utopie angelegt. ...
Bernard-Henri Lévy hob in "Le Point" (13. Dezember 1997) die Notwendigkeit eines Vergleichs beider Totalitarismen hervor und warnte vor dessen Verbot auf seiten der Linken. "Am Anfang steht das löbliche Bemühen, die Singularität von Auschwitz zu wahren. Und am Ende gibt es ein komisches Ding, das, wenn es nicht mehr zur Geschichte der Menschheit gehört, ins Reich des absoluten Bösen, Obskuren, auch Zweifelhaften abdriftet. Das jüdische Leiden wird undenkbar. Es entzieht sich dem Diskurs und wird zum Mythos." ...
Bereits 1986, anläßlich des deutschen Historikerstreits hielt Jorge Semprun der deutschen Linken entgegen: "Wer vom Stalinismus nicht reden will, der sollte vom Faschismus schweigen."
Semprun attackierte damit einen weitreichenden Konsens der Linken: nämlich mit dem beschwörenden Rekurs auf die Einmaligkeit von Auschwitz jeglichen Versuch zu unterbinden, Nationalsozialismus und Kommunismus, rechten und linken Totalitarismus zu vergleichen.
Der Historiker Ernst Nolte entfachte den damaligen Streit mit seiner These, Hitlers Rasenmord sei eine Folge des Stalinschen Klassenmords gewesen, das heißt die "linken" Verbrechen seien den "rechten" ursächlich vorausgegangen. ...
... Die Gegner Noltes waren – drei Jahre vor der Wiedervereinigung – auch Verteidiger der deutschen Teilung. Unterschwellig lag in ihrer Argumentation eine selten ausgesprochene Prämisse: die Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands als Strafe für Auschwitz. Die Hinnahme der Mauer war sozusagen das Sühneopfer für die deutschen Menschheitsverbrechen, konstatierte Heinrich-August Winkler.
Bis heute noch scheint die Ausblendung beziehungsweise Verharmlosung der Verbrechen, die im Namen des Kommunismus begangen wurden, identitätsstiftende Klammer im linken Diskurs zu sein: in der Figur des Antifaschismus. Daran haben der Zusammenbruch des Kommu-

nismus und die Öffnung der Archive, die heute den Blick in seine Abgründe ermöglichen, kaum etwas geändert.
In einigen deutschen Reaktionen auf den französischen Historikerstreit scheint die alte Lagermentalität wieder aufzuleben. Stéphane Courtois wird ebenso wie vor ihm Francois Furet in die Nähe von Ernst Nolte gezerrt. Beharrlich verwechselt man den historischen Vergleich zweier totalitärer Systeme – der ja notwendig ist, um ihre jeweilige Besonderheit und Einmaligkeit herauszudestillieren – mit deren Gleichsetzung.
Für eine auf die Singularität nationalsozialistischer Verbrechen mühsam aufgebaute negative deutsche Identität hat das "absolute Böse" nur einen Ort: Auschwitz; eine Identität, die ihre eigene Brüchigkeit ahnt und deshalb diese Ausschließlichkeit um so vehement verteidigt.
... Der gerade von französischen Historikern ins Land getragene Streit sollte das lange Zeit beschworene deutsche Monopol auf das absolut Böse entmachten und den Blick darauf europäisch vergleichend öffnen. Dies wäre der Analyse, dem Verständnis und der Erinnerung an das Jahrhundert totalitärer Gewalterfahrung zuträglicher.<<
Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet im Juli 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1998 (x853/...): >>**Der Medienkampf gegen Religion, Kirche und christliche Wertordnung**
Der chinesische Philosoph Hsün-tsu (häufig als Sun Tsu wiedergegeben) stellte etwa 500 v. Chr. folgende "Regeln für die politischpsychologische Subversion" auf, die nach dem Urteil von General Gehlen, dem langjährigen Chef des BND noch heute nahezu unverändert und uneingeschränkt gültig sind, wenn man sie der Formulierungen entkleidet, die den Besonderheiten ihrer Zeit entsprechen. Es heißt bei Sun Tsu:
"Die höchste Kunst besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne Kampf auf dem Schlachtfeld zu brechen. Nur auf dem Schlachtfeld ist die direkte Methode des Krieges notwendig; nur die indirekte kann aber einen wirklichen Sieg herbeiführen und festigen. Zersetzt alles, was im Lande des Gegners gut ist! Verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen; unterhöhlt auch sonst ihre Stellung und ihr Ansehen; gebt sie der öffentlichen Schande vor ihren Mitbürgern preis! Nutzt die Arbeit der niedrigsten und abscheulichsten Menschen!
Stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierungen! Verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes! Fördert die Jungen gegen die Alten! Zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstungen, die Versorgung und die Ordnung der feindlichen Streitkräfte! Entwertet alle Überlieferungen und Götter!
Seid großzügig mit Angeboten und Geschenken, um Nachrichten und Komplizen zu kaufen! Bringt überall geheime Kundschafter unter! Spart überhaupt weder mit Geld noch mit Versprechungen, denn es bringt hohe Zinsen ein."
Wenn man sich an das Wort von Sigmund Freud erinnert: "Der Verlust der Scham ist der Beginn des Wahnsinns", wird deutlich, warum destruktive Kräfte in unserer Gesellschaft den Pansexualismus fördern.
Es ist nicht zu übersehen, daß hierzulande die Freiheit weitgehend pervertiert ist. Artikel 5 (1) unseres Grundgesetzes bestimmt:
"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten ..."
In Absatz (2) heißt es: "Die Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze ..."
Jedermann, der die Zeit der braunen oder roten Diktatur erlebt hat, wird dieses Grundrecht vorbehaltlos begrüßen, ist es doch für eine freiheitliche demokratische Staatsordnung "schlechthin konstituierend", wie das Bundesverfassungsgericht sagt (BVerfGE 20, 97).
"Meinungsmache gegen die Kirche hat Konjunktur in Deutschland. Kaum eine Talkshow oder

Gazette, die sich den Unentwegten unter den Kirchenkritikern nicht schon als Forum angedient hätten.
Kirchensteuer, Zölibat und Drewermann auf allen Kanälen, Enthüllungsbücher auf den Bestsellerlisten. Vergleichbares an öffentlichen Schmähungen kirchlicher Amtsträger, aber auch Verhöhnung und Veralberung christlicher Glaubensinhalte, Gebote und Riten findet nur, wer bis in die dreißiger Jahre zurückgeht.
Im "Stürmer-Stil" wetterte zum Beispiel der sozialdemokratische Pressedienst "ppp" am 23.6.92, die "verbalen Exzesse" der "Oberpriester" und "klerikalen Fundamentalisten" Meisner, Lehmann und Dyba gegen den Bundestagsbeschluß zum Paragraphen 218 seien ein "Affront", der "Grundfragen der demokratischen Verfassung berührt".
Die "bedauerliche Tatsache, daß die Kirche aus Steuermitteln finanziert wird, macht sie noch nicht zu einer demokratischen Institution. Die mittelalterlichen Kostüme und Requisiten, in denen die Oberhirten stolzieren, sind ... weder ein Ausweis für ein Mandat noch für staatsmännische Weisheit, höchstens für patriarchalischen Starrsinn und Hochmut. Im demokratischen Rechtsstaat müsse 'der Kircheneinfluß auf die Gesetzgebung so gering wie möglich bleiben'."
Mit diesen Worten leitet Andreas Pittmann im "Rheinischen Merkur" vom 2.7.93 eine Untersuchung über Religion in der Gesellschaft ein. Hat er zu schwarz gesehen, stark übertrieben oder ist an seinen Feststellungen zumindest "etwas dran"? Nun, wer Presse, Rundfunk und Fernsehen in den letzten Jahrzehnten aufmerksam verfolgt hat, muß den Beobachtungen Püttmanns zustimmen.

Vom Guten Geschmack und der Freiheit der Kunst

Die seit Jahr und Tag in verschiedenen Medien zunehmende und sich ständig steigernde Stimmungsmache, ja Hetze gegen die Kirchen, bezeichnete der damalige bayerische Innenminister Edmund Stoiber im Juni 1988 als "Alarmsignal".
Offenkundig handelt es sich nicht um ein rein innerkirchliches Problem, sondern um eine Frage, die von einschneidender Bedeutung für unsere ganze Gesellschaft ist. Wenn insbesondere die katholische Kirche im Fadenkreuz der Angriffe steht, dürfte dies vor allem daran liegen, daß sie noch immer wesentlich fester gefügt ist als die evangelische. Zudem sind in Papsttum, Hierarchie und in ihrem im allgemeinen noch geschlossenen Lehrgebäude die Angriffsziele deutlicher auszumachen.
Aber nicht nur die Kirche als Institution und ihre offiziellen Vertreter werden immer wieder attackiert, sondern inzwischen häufen sich auch massive Angriffe auf Christus, die jegliches Mindestmaß an Anstand und Respekt vor den religiösen Überzeugungen der Gläubigen vermissen lassen. Angehörige nichtchristlicher Religionen begegnen christlichen Glaubenswahrheiten bisweilen mit einer Ehrfurcht, die vielen Medienleuten fremd ist.
So protestierte etwa der Islamische Weltkongreß in seinem Zentralorgan "The Muslim World" gegen Herstellung und Verbreitung des seinerzeit in Dänemark geplanten Films "Das Liebesleben des Jesus Christus": "Dieser Film ist eine einzige Herabwürdigung des erhabenen Charakters des Jesus von Nazareth" (Die Welt, 17.9.73).
Und während in mehreren nichtchristlichen Ländern z.B. in Indien und Israel "Die letzte Versuchung Christi" verboten wurde, war sie bei uns im Zeichen der Freiheit der Kunst in den Kinos zu sehen. Als sich in Biberach Gläubige vor dem Kinoeingang zum Sühnegebet einfanden - es gab keinerlei Gewalt und niemand wurde am Betreten des Kinos gehindert - schimpfte eine Fernsehjournalistin bei ihren Kollegen über die Beter:
"So fängt's an – und bei den Hexenverbrennungen endet es. Ich bin entsetzt."
Vor Jahr und Tag strahlte die ARD ein Spottgedicht auf das "besoffene Christkind" aus. In der Sendung "Pink" durfte Udo Lindenberg das Kind von Bethlehem ungestraft als "Sensationsfratz" verhöhnen. Und wer die "Karikaturen" der Berliner "taz" zum Weihnachtsfest 1988 ge-

sehen hat, kann über den geradezu satanischen Haß gegen den Erlöser des Menschengeschlechts nur zutiefst erschrecken.
Ist es eigentlich noch keinem dieser "Künstler" in den Sinn gekommen, daß seine "Witze" und "Gags" den Sudel- und Hetzblättern der Nazis wie "Das Schwarze Korps" und "Der Stürmer" zum Verwechseln ähnlich sehen? Damals ging es gegen die "Dunkelmänner", heute handelt es sich vielfach um einen Aufstand gegen Gott und seine Kirche mit erhobener Faust.
Wenn auf dem Berliner "Gag-Festival" 1965 der Papst als Esel im Stall von Bethlehem zu sehen war, Kleriker als Fledermäuse oder Vampire mit Krallen, Prälaten, die gierig ein Kruzifix fressen und geil nach nackten Nonnen schauen, während der Gekreuzigte augenzwinkernd zuschaut, so erinnert dies an die braunen Schmutzblätter. Aber ein gekreuzigtes Schwein auf Golgatha – so etwas gab es nicht einmal im Dritten Reich.
Am 18.4.1987 befaßte sich die "taz" unter der Überschrift "Gourmands und Gourmets - Gut abgehangen am Kreuz ist er allgegenwärtig. Zum Osterfest einige Tips, was etwas kultiviertere Küchen daraus machen würden", mit der Geschichte des Kannibalismus. Dem Beitrag wurden die Einsetzungsworte Jesu beim Letzten Abendmahl vorangestellt.
Von verschiedener - auch nichtchristlicher Seite - wurde gegen die Verantwortlichen Strafantrag gestellt - vergebens. Die Staatsanwältin erklärte, die Freiheit der Kunst sei nicht grenzenlos, sondern werde durch die Grundrechte der Religionsfreiheit und der Menschenwürde eingeschränkt. Hier handele es sich nicht mehr um eine Satire, sondern das religiöse Empfinden der Gläubigen werde in den Schmutz gezogen. Dagegen meinte das Gericht, der inkriminierte Artikel sei nicht geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören. Der Tatbestand einer Religionsbeschimpfung sei nicht verwirklicht. Ist dies eigentlich erst dann der Fall, wenn gegen diese Art von "Satirikern" Morddrohungen à la Khomeini ausgestoßen werden?
Auf dem Hintergrund der Berliner Gerichtsentscheidung ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 24.5.88 von Interesse. In ihm heißt es, weder die Beschlagnahme obszöner Gemälde noch die Verurteilung des Künstlers bzw. Ausstellers wegen unzüchtiger Veröffentlichungen verstoße gegen die Freiheit der künstlerischen Äußerung (Art. 10 der Menschenrechtskonvention).
Dieses Urteil macht Mut, nicht jede Verunglimpfung des christlichen Glaubens oder der Kirchen - an Juden und Moslems traut man sich vorsichtshalber nicht ran – widerspruchslos hinzunehmen, sondern sich gegen die geistigen Umweltverschmutzer in Presse, Rundfunk, Fernsehen und auf der Bühne entschlossen zur Wehr zu setzen. Eine wehrhafte Demokratie darf nicht dulden, daß unter dem Deckmantel der Freiheit von Kunst und Presse Millionen Andersdenkende tyrannisiert werden. Sonst verkommt sie zum Nachtwächterstaat und schaufelt sich letztlich das eigene Grab.
In jüngster Zeit gab es einen Hoffnungsschimmer: Das Kölner Amtsgericht verurteilte den Regisseur der alternativen Karnevalsveranstaltung "Stunksitzung" zu einer Geldstrafe von 6.000 DM, weil er in einer Sitzung ein Kruzifix zeigte, auf dem der Schriftzug INRI durch "Tünnes" ersetzt worden war. (Dewezet, 30.6.93)

Hexen und Morden

In vorderster Front gegen die verhaßte Kirche steht der "Spiegel". In seiner Nr. 51/1987 heißt es im Kommentar "Die Abtreibung ein Stellvertreter-Krieg":
"Wenn die christliche Kirche, korrupt wie alles Menschenwerk, die Menschen zu deren Unglück manipuliert; wenn die römische Kirche Politik zum Schaden der Menschheit treibt, ... wie sollte ein von ähnlichen Ignoranten gewählter Papst, dem die Disziplinierung seines weltweiten Imperiums immer noch das Wichtigste war, über die moralischen und psychischen Probleme einer Kindesabtreibung autoritäre Aussagen machen? ... Die christliche Kirche, man vergißt es immer wieder, hat durch all die Jahrhunderte wenig Respekt vor dem bereits geborenen Leben gezeigt. Sie hat selbst in einer Weise gemordet und morden lassen, die den

Verbrechen des 20. Jahrhunderts immerhin nahekommt."
Vielleicht waren es Passagen dieser Art, welche die Moderatorin Lea Rosh, inzwischen Leiterin des Funkhauses Hannover, in den von ihr kräftig manipulierten Talkshows vom 20.1. und 10.2.89 "Freitagnacht - Kirche adieu - Die Lust der Christen und der Frust der Kirchen" zu ihren gewohnt gehässigen Ausfällen gegen die katholische Kirche animierten, die mit der geschichtlichen Wahrheit wenig zu tun hatten.
Die Äußerungen der Berliner Pastorin Helga Frisch, sie "habe mit Vergnügen gelesen, daß im 11. Jahrhundert, als das Zölibat eingeführt wurde, die Priester sogar mit der Ermordung des Erzbischofs gedroht und den Nuntius umgelegt haben. Ich wundere mich, daß die Priester heute nicht mal so ein paar ähnliche Maßnahmen ergreifen", quittierte sie mit Lachen.
"Ganz nebenbei" ließ sie einfließen, die katholische Kirche solle das Wort Menschenrecht nicht in den Mund nehmen. Neben ihrer Mitschuld am Massenmord an den Juden habe die Kirche allein eine Million Frauen als Hexen verbrannt.
Da solche dummdreisten Behauptungen immer wieder aufgetischt werden, mag es hilfreich sein, hierauf einmal etwas näher einzugehen.
Zum Komplex der Judenverfolgung möchte ich noch etwas ausdrücklich sagen, zumal der Vatikan erst kürzlich ein Dokument über die Shoah veröffentlicht hat. 1968 war ich zum ersten Mal in Yad Vashem, dem weltweit größten Dokumentationszentrum über die Judenverfolgung. Der Abteilungsleiter für Bayern sagte mir:
"Aus meiner langjährigen Arbeit kann ich sagen: Es gab nur 2 wirkliche Gegner des Nationalsozialismus: die Kommunisten und die katholische Kirche". Wenngleich dies sicher etwas überspitzt ist, trifft es doch weitgehend zu. Die katholische Kirche hat nach dem sorgfältig recherchierten und gut belegten Buch des jüdischen Historikers und Theologen Pinchas E. Lapide, der im vergangenen Jahr gestorben ist, "Rom und die Juden" unter Pius XII. wenigstens 700.000, wahrscheinlich aber sogar 860.000 Juden vor dem sicheren Tod gerettet, weit mehr als alle anderen Kirchen, religiösen Einrichtungen, das Internationale Rote Kreuz und die westlichen Demokratien zusammengenommen. (S. 188)
An dieser Rettungsaktion haben deutsche Katholiken ihren Anteil. Thomas Mann und Max Horkheimer, beide nicht gerade Freunde der katholischen Kirche, ließen nach 1945 untersuchen, wer den Juden in Deutschland am meisten geholfen hat. In einem Spiegel-Interview des Fernsehens zeigten sie sich überrascht, "daß gläubige Katholiken die größte Bereitschaft zeigten, den Verfolgten zu helfen." Für Juden gab es katholische Hilfsstellen in Berlin, Hamburg, Freiburg. Die größte Hilfsstelle befand sich in Wien, das ja damals zum Großdeutschen Reich gehörte und über 4.000 Juden betreute. Über das im vergangenen Jahr noch einmal aufgelegte Buch von Lapide urteilt "The Jewish Chronicle", London:
"Hier handelt es sich nicht um eine Reinwaschung, sondern um eine wesentliche Berichtigung zum "Stellvertreter" von Rolf Hochhuth ... Lapides Beweisführung scheint mir schlüssig ... Hätten denn Papst Pius XII. und seine Kirche überhaupt mehr tun können?"
Was ist mit der Million Hexen, die der Mordlust der katholischen Kirche zum Opfer gefallen sein sollen? Der "Spiegel" gab in seiner Ausgabe vom 22.10.84 ihre Zahl mit 6 Millionen an. Hans Küng, der sich nach Entzug der Lehrerlaubnis verstärkt gegen die Kirche ins Zeug legt, brachte es in einem Artikel der "ZEIT" (4.10.85) gar auf stolze 9 Millionen. Man fühlt sich unwillkürlich an ein Wort des mutigen Kämpfers gegen den Hexenwahn, P. Friedrich v. Spee, erinnert, der in seiner "Cautio Criminalis" schreibt:
"Da ist es denn kein Wunder, wenn das immer mehr um sich greifende Gerede uns in wenigen Jahren Hexen in so reichlicher Zahl verschafft."
Am Sonntag, dem 19.4.98, brachte das ZDF um 19.30 Uhr in der Reihe Sphinx die Sendung über "Hexenjagd im Namen Gottes", die erstaunlich um objektive Darstellung bemüht war, nicht zuletzt über Spee.

Der Reichsführer SS Himmler ließ von 1935-44 durch die Forschungsstelle H (= Hexen) sämtliches Material über Hexen und deren Prozesse sammeln und auswerten. 154 Archive und Bibliotheken wurden systematisch durchgekämmt, vermutlich, um es bei der nach dem "Endsieg" geplanten "Endlösung der Kirchen" als Belastungsmaterial vorzulegen. Für Deutschland liegt die ermittelte Zahl deutlich unter 100.000. Für ganz Europa kamen die Forscher auf eine Zahl, die eher bei 500.000 als bei einer Million liegt.
Sie ist gewiß erschreckend genug. Aber warum die Bilanz des Grauens so maßlos übertreiben? Übrigens befanden sich unter den beklagenswerten Opfern keineswegs nur Frauen, sondern neben Knaben wurden auch zahlreiche Männer, darunter nicht wenige Priester, als "Hexer" verbrannt.
Vom 15. Jahrhundert an wurden die Hexenprozesse vorwiegend vor weltlichen Gerichten geführt, weil die geistlichen Obrigkeiten immer weniger gegen angebliche Hexen und Zauberer vorgingen. Schließlich machte nicht die Aufklärung, sondern vor allem die "Cautio Criminalis" des Jesuiten Friedrich v. Spee diesem grausigen Spuk allmählich ein Ende. Der Philosoph Leibniz nannte dieses Werk "das männlichste Buch, das je der Feder eines Kämpfers für Wahrheit und Recht, gegen Lüge und Unrecht entflossen ist".
Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß neben der breiten Masse des Volkes Naturwissenschaftler und Juristen dem Hexenwahn nicht weniger verfallen waren als Theologen beider Konfessionen. So vertrat der große Astronom, Mathematiker und Naturforscher Johannes Kepler die Ansicht, die Hexerei lasse sich nicht leugnen. Der Schöpfer der deutschen Strafrechtswissenschaft, Benedict Carpzov, ebenso Protestant wie Kepler, soll über 10 Todesurteile gegen vermeintliche Hexen als weltlicher Richter unterschrieben haben.
Nun sollte sich gerade unsere Zeit nicht hochmütig über die gewiß bedauerlichen Untaten vergangener Jahrhunderte erhitzen. Die Massenmorde der Bolschewiken und Nazis sind noch in schrecklicher Erinnerung. Zudem werden alljährlich allein in Deutschland zwischen 250.000 und 300.000 ungeborene Kinder unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen im Mutterleib gemordet.
- Ende Mai 1995 berichtete eine Tageszeitung über "Ermunterung zu Sex und Abtreibung für starke Mädchen". Es handelt sich um ein illustriertes Heft der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Mit ihm ist der bisherige Höhepunkt staatlicher "Aufklärung" erreicht. 1979 war eine Schrift des Bundesministeriums für Jugend usw. erschienen unter dem Titel: "Mußehen muß es nicht geben."
Die Quintessenz dieser Broschüre lautet: Probiert ruhig alles aus, aber paßt auf! 1986 folgte die Schrift "Gemeinsam leben ohne Trauschein", um die damals auf 2 Millionen geschätzten "Lebenspartner" - heute sollen es nahezu 5 Millionen sein - vor den schlimmsten Enttäuschungen zu bewahren, wenn der "Egoismus zu weit" ein jähes Ende findet.
Die frühere Ministerin Süßmuth, die im Volksmund Rita Kondomi heißt, bediente sich bei ihrer "Aufklärung" über Aids staatlich subventionierter Erfüllungsgehilfen, deren Slogans ausgesprochen pervers sind: "Laß deiner Phantasie freien Lauf: Setze alles in die Tat um, worauf du scharf bist! Entdecke die Geilheit!"
1994 veröffentlichte die Landeszentrale für Gesundheitserziehung in Rheinland-Pfalz das Sexheft "Let's talk about Sex". In ihm werden Kinder und Jugendliche zum lustvollen Ausleben ihrer Sexualität ermuntert: "Macht das, was Euch Spaß macht, dann, wann Ihr wollt, Euer Gefühl zählt."
Mit dem Heft "Starke Mädchen" wird Moral und Menschenwürde endgültig der Abschied gegeben: "Sich selbst zu befriedigen (zu onanieren oder zu masturbieren, wie es auch heißt), ist auch für Mädchen schön. Wie und wie oft Du es machst, mußt Du selbst entscheiden, Regeln gibt es dafür nicht." Alles, was Spaß macht, ist für die Autoren "normal":
"Normal sind alle Beziehungen zwischen Frau und Mann, Frau und Frau, Mann und Mann, in

denen die Partnerinnen freiwillig und gleichberechtigt über Sex entscheiden. Die sexuellen Techniken sind dann unerheblich. Denn Sex ist Deine Privatsache."
Natürlich kann dabei auch etwas schiefgehen. Dann wird ein Schwangerschaftstest empfohlen, denn "nur wenn Du Bescheid weißt, hast Du eine echte Wahl, ob Du das Baby bekommen oder die Schwangerschaft unterbrechen willst."
Hier wird die Verantwortungslosigkeit auf die Spitze getrieben: Eine Abtreibung so, wie man überlegt, ob man in die Disco oder auf eine Party gehen soll? Die Entscheidung für das Kind ist mit zahlreichen Problemen behaftet, hingegen die Tötung des Kindes kein Grund für Bedenken oder Vorwürfe.

Stern, Spiegel, Basta & Co.

Betrachtet man die ständige Hetze gegen die Kirchen einmal vorurteilsfrei, drängt sich die Frage auf, wie so etwas in einer Zeit, die sich so gern auf Toleranz beruft, möglich ist. Gewiß vermögen wir keine schlüssigen Beweise vorzulegen, dennoch gibt es aufschlußreiche Hinweise.
Viele Medienleute sind nicht nur nicht christlich, sondern suchen auch christliche Stellungnahmen zu verhindern. Unerwünschte Leserbriefe werden nicht abgedruckt, zu Sendungen, die sich mit Kirchenfragen befassen, werden häufig nur solche Vertreter christlicher Kirchen eingeladen, die nur mehr dem Namen nach Mitglied einer Kirche sind und deren Animosität gegen die "Amtskirche" hinlänglich bekannt ist. Anders ist es wohl kaum zu erklären, daß ausgerechnet die ehemalige Theologieprofessorin Uta Ranke-Heinemann immer wieder im Fernsehen - in den letzten Jahren über 100 x - Gelegenheit zu Ausfällen gegen Kirche und Christentum erhält.
Wer sich der Peinlichkeit unterzieht, Frau Ranke-Heinemann in ihren zahlreichen Fernsehauftritten zu "bewundern", kann nur mit Bestürzung registrieren, daß so jemand Professorin der Theologie werden konnte. Wahrlich kein Ruhmesblatt für Kirche und Wissenschaft!
Wie gewohnt, bewegt sich Frau Ranke-Heinemann auch in einer Talkshow mit Lea Rosh auf derart niedrigem Niveau, daß selbst aus dem recht einseitig ausgesuchten Publikum gefragt wurde, ob sie denn vor nichts Ehrfurcht habe. Nach Sigmund Freud ist der Verlust der Scham der Beginn des Schwachsinns. Wenn dies zutrifft, dürfte Frau Ranke-Heinemann bald ein Fall für den Psychiater werden.
Auch in unserem Nachbarland Österreich hat man längst zum Sturm auf die Kirche geblasen. Noch bevor der Nachfolger von Kardinal König am 14.9.86 im Wiener Stephansdom geweiht wurde, suchte ihn das österreichische Polit-Sex-Magazin "Basta" mit einem "Knüller" der Lächerlichkeit preiszugeben, vor dem man selbst im Dritten Reich zurückschreckte.
Eine sog. Journalistin suchte den designierten Erzbischof im Beichtstuhl auf, um ihm allerlei über Politik und Sex zu entlocken. Sie sei Volksschullehrerin und suche einen seelsorgerischen Rat. Bei diesem "Beichtgespräch" ließ sie heimlich ein Tonband mitlaufen. Unter dem Titel "Pater Groer bittet zur Beichte" (im Inhaltsverzeichnis heißt es: " 'Basta' beichtet beim Erzbischof") veröffentlichte sie, was P. Groer angeblich oder tatsächlich gesagt hatte. Dieser Afterjournalismus rief in Österreich lebhafte Empörung hervor.
Fast noch erschreckender war der darauf folgende Club 2. Der Chefredakteur des famosen Blattes betonte in der Fernsehsendung mehrmals, er habe sich bei den Katholiken entschuldigt, die sich getroffen gefühlt haben könnten. So etwas habe er nicht beabsichtigt.
Beim Erzbischof gebe es nichts zu entschuldigen. So etwas sei, bitte schön, nicht neu. Im deutschen Sprachraum sei dies bereits der 21. Fall! "Spiegel", "Stern" und "Pardon" hätten schon vor Jahren solche "Beichten" gebracht und seien von den Gerichten stets freigesprochen worden.
Der bekannte Journalist Kurt Ziesel untersuchte in seinem 1988 erschienenen Buch "Die Meinungsmacher", "Spiegel", "ZEIT", "Stern" & Co" die völlige Einseitigkeit dieser Publikati-

onsorgane, die durch Verbreiten von Halbwahrheiten, Lügen, Manipulationen und historischen Verfälschungen zur Desinformation der Öffentlichkeit beitragen. Dort heißt es:
"Der besondere Haß des "Stern" gilt der katholischen Kirche. Wenn man an die vielen Pamphlete gegen sie, gegen ihre christlichen Bräuche und erst unlängst gegen den Papst liest, wird man an die antikatholischen Hetzartikel in der SS-Wochenzeitschrift Schwarzes Korps erinnert." (S. 158)
Als Papst Johannes Paul II. zum zweiten Mal Deutschland besuchte, empfing ihn der "Stern" mit einer Serie über angebliche "Geheime Sünden des Vatikans". Nach Art der Porno-Blätter war auf dem Titelblatt ein Kardinal mit über dem Schoß weit geöffneter Soutane zu sehen, in die in knalligem Rot Bilder des Papstes, einer nackten Frau und einer Hand mit gebündelten Geldscheinen montiert waren. Mit dem Motto "Kaputte Finanzen, böse Intrigen, lockere Moral" wurden der Vatikan und seine Priester charakterisiert.
In seinem Artikel "Weg mit dem Zölibat" vom 18.2.93 wußte der "Stern" zu vermelden:
"Heute steht Papst Johannes Paul II. für die 2.000 Jahre Leib- und Lustfeindlichkeit der katholischen Kirche. Und zugleich für ihre Bigotterie, denn den meisten Diözesen sind die heimlichen Verhältnisse ihrer Priester nicht nur bekannt, sie dulden sie auch."
Natürlich bleibt der "Stern" die Beweise für diese ungeheuere Beschuldigung schuldig. Aber das dürfte ihn wenig kümmern. Schon die alten Römer wußten: Audacter calumniare, semper aliquid haeret! (Verleumde nur tüchtig, etwas bleibt immer hängen!)
Wenn z.B. der Schreiberling der Badischen Zeitung in seinem Artikel "Zölibat - Liebe verboten!" (1993) behauptet, seit 1965 hätten allein in Deutschland 48.000 Priester ihr Amt wegen des Zölibats aufgegeben und jährlich würden deswegen etwa zwanzig bis 25 Prozent ihren Dienst quittieren, scheint er nicht gemerkt zu haben, daß dann schon längst kein Priester mehr existieren würde, ganz davon abgesehen, daß die Kirche in dieser Zeit nicht annähernd über so viele Priester insgesamt verfügt hat.
Am 25. Oktober 1993 war Kardinal Ratzinger zu einer Priestertagung in Paderborn. In der anschließenden Diskussion wurde er gefragt, wieviele Priester denn tatsächlich ihr Amt in Deutschland aufgegeben hätten. Da der Kardinal nicht über das Zahlenmaterial verfügte, antwortete Erzbischof Degenhardt auf diese Frage.
Er tat es um so lieber, als in den Medien seit Jahren der Eindruck erweckt wird, als verließen jährlich Tausende von Priestern ihren Dienst. Nach Erzbischof Degenhardt gibt es derzeit insgesamt 17.000 Priester in Deutschland. Seit 1935 (!) wurden in Paderborn 110 Priester laisiert, etwa zehn Prozent von allen in den 27 deutschen Diözesen laisierten Priestern. (Paderborn gehört zu den umfangreichsten Diözesen mit entsprechend vielen Priestern.)
Man könne daher davon ausgehen, daß seit 1935 insgesamt etwa 1200 Priester laisiert wurden. Gewiß ist jeder einzelne Fall bedauerlich, denn jeder Priester sprach bei seiner Weihe sein "Adsum", ich bin bereit. Immerhin haben die phantastischen Zahlen der Badischen Zeitung gottlob nichts mit der Realität zu tun.
Dem Kenner der Zeitgeschichte fällt in diesem Zusammenhang die Greuelpropaganda des Herrn Goebbels - weiland Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda unter Hitler - ein. Er behauptete am 28. Mai 1937 in seiner Rede in der Deutschlandhalle, bei den damals - nach der Enzyklika Pius XI. "Mit brennender Sorge" - inszenierten Sittlichkeitsprozessen gegen Priester und Ordensleute, in diesem Verfahren handele es sich nicht um bedauerliche Einzelerscheinungen, sondern um einen allgemeinen Sittenverfall, wie er in diesem erschreckenden und umfangreichen Ausmaß kaum jemals in der Kulturgeschichte der Menschheit festzustellen sei.
Es könne heute leider keinem Zweifel unterliegen, daß selbst die tausend und abertausend Fälle, die zur Kenntnis der Justiz gekommen seien, nur einen Bruchteil des wahren Umfangs dieser Sittenverderbnis darstellten und nur ein Symptom für den Gesamtverfall bedeuteten. Die

deutschen Bischöfe stellten hierauf am 1.6.1937 fest:
"Von 21.641 Weltpriestern Deutschlands sind 49 in diese Prozesse verwickelt. Davon sind 21 verurteilt. Von 4.174 Ordenspriestern sind neun angeklagt, einer davon abgeurteilt."
Will der Schreiberling der Badischen Zeitung dem "Altmeister der Lüge" nacheifern? Nach wie vor gilt der Satz: Lügen haben kurze Beine.
Der "Spiegel-Herausgeber" Augstein, dem die deutschen Bischöfe durch ihren Sprecher ein "neurotisches Verhältnis" zur katholischen Kirche bescheinigten, bringt mit einer gewissen Regelmäßigkeit vor christlichen Feiertagen Beiträge voller Un- und Halbwahrheiten. Dabei läßt er sich an primitiven Geschmacklosigkeiten so leicht nicht übertrumpfen. Zu Weihnachten 1990 hatte er sich wieder einmal unter der Titelgeschichte "Der Papst und die Lust" auf Johannes Paul II. eingeschossen. Das Titelbild "schmückt" ein Bild des Papstes mit einem Kondom, der in einer Teufelsfratze endet. Wie beim Leib- und Magenblatt der "Aufgeklärten" und Pseudointellektuellen üblich, wenn es um die katholische Kirche geht, verzapft er in diesem Artikel hanebüchenen Unsinn:
"In Johannes Paul II. kristallisieren sich 2.000 Jahre christlicher Leib- und Lustfreundlichkeit, die den Leib und die Liebe haßten ... Für Papst Johannes Paul II. ist die Welt mindestens vor 60 Jahren stehengeblieben." So konnte es natürlich nicht ausbleiben, daß nach Ansicht des "Spiegel" die Enzyklika Humanae vitae "eine der fatalsten Fehlentscheidungen (ist), zu der sich ein Papst in diesem Jahrhundert hinreißen ließ".
Daß Augstein in demselben Heft die Fristenlösung als das "einzige Privileg" preist, das den neuen Bundesländern noch verblieben sei, verwundert dann nicht mehr.
Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, sagte bei der Eröffnung der Frühjahrskonferenz der deutschen Bischöfe 1993 zu Recht:
"Wir sind nicht wehleidig, aber das Maß ist nun bald voll." Denn wenn wir auch keinen "klassischen Kulturkampf" bismarckscher Prägung haben, muß man doch von einem massiven Kampf der verschiedenen Medien gegen Religion und Kirche sprechen. Nun glaubt jemand in einer Kirchenzeitung (Ruhrwort, 22.5.93) unter dem Titel: "Nur nicht Märtyrer spielen - Schluß mit einer neuen Wehleidigkeit!", vor "Panikmache und unseriösem Vergleich" warnen zu sollen. Er zitiert dann ein Wort des hartgesottenen Medienfuchses Gerd Bacher vom ORF, der von "medialer Christenverfolgung", sowie von Bischof Kasper, der von "drohendem Kulturkampf" sprach, in dem die Kirche "sturmreif" geschossen werden solle.
Dann kritisiert er "das laute Wehklagen" und ein 'Wehret den Anfängen', bevor die Kirche einem 'Kirchenkampf im Stürmer-Stil' ("pur-magazin") zum Opfer fällt. Später heißt es bei ihm: "Nicht zu vermeiden sind sicher Beiträge, die aus Haß, Unkenntnis oder Besserwisserei verbreitet werden." (Warum eigentlich nicht? Vgl. etwa die Artikel 1 und 18 des Grundgesetzes)
Der Verfasser, den die "Freunde" der Kirche sicher als "nützlichen Idioten" schätzen werden, plädiert für "etwas Humor".
Zweifellos, läßt sich vieles mit Humor leichter tragen. Nicht aber Verspottung und Diffamierung dessen, was Menschen heilig ist. Oder sind Juden und Moslems eigentlich auch so humorvoll? Schließlich empfiehlt er doch sogar den Gang zum Kadi, "wenn aus Rücksichtslosigkeit und mit fehlender Achtung vor religiösen Gefühlen die Kirche angegriffen wird bis zur Gotteslästerung".
Das Strafgesetzbuch biete im § 166 die Möglichkeit, gegen solche Entgleisungen vorzugehen. Er lautet: "(1) Wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."
Aber weiß denn der blauäugige Autor nicht, daß unsere Gerichte nahezu ausnahmslos selbst

die gröbsten Beleidigungen der Kirche und ihrer Amtsträger, sowie die Verächtlichmachung der Religion lediglich als Ausdruck der Meinungsfreiheit oder "Satire" einstufen? In Friedrich Wilhelm Webers "Dreizehn Linden" sagt der noch heidnische Held des Epos:
"Wo ich mich in Demut beuge, darf ein Tor nicht ruchlos schelten: Was euch heilig, will ich achten; was mir heilig, laßt es gelten."

Politische Agitation

Als der "Rote Campus", die Zeitung der Hochschulgruppe der Jusos Frankfurt im Wintersemester 1992-1993 einen großformatigen Aufruf unter dem Titel "Katholikenproblem lösen!" veröffentlichte, befanden die Richter, hier handele es sich ganz offenkundig um eine Satire. In diesem "satirischen" Aufruf heißt es:
"Schon das Symbol, das die Katholiken anbeten, das Bild eines Gefolterten am Kreuz, ist ein beredtes Zeugnis der latenten Gewaltbereitschaft dieser Gruppe. Muß es erst so weit kommen, daß sich keine hessische Frau mehr aus Angst vor Katholiken auf die Straße traut?"
Zu den Vorgängen um die Frankfurter Hochschulgruppe und ihr Pamphlet veröffentlichte die FAZ eine aufschlußreiche Glosse (27.1.93):
"Es hat in der SPD immer Strömungen gegeben, die sich gegen die Kirchen und die ihr angehörenden Menschen richteten. In den sechziger und siebziger Jahren hat die SPD-Spitze zwar viel Mühe darauf verwandt, das Verhältnis zur Kirche zu verbessern. In dem Maße aber, wie die Kirchgänger als weltanschaulich gebundener Wählerblock an Bedeutung verloren haben, haben auch die entsprechenden Bemühungen der Sozialdemokraten nachgelassen.
Nein, da kann es keinen Zweifel geben: Wenn der SPD-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Eichel, wenn der Frankfurter Oberbürgermeister von Schoeler (SPD) oder der "Kirchendezernent" im Magistrat Grüber (SPD) befürchten müßten, die Geschmacklosigkeiten ihres Parteinachwuchses könnten sie Stimmen kosten, dann hätten sie sich längst distanziert.
Hätte ein angetrunkener Hohlkopf ähnliche Scherze über Juden, Muslime oder Gewerkschafter verbreitet - die Gralshüter von Menschlichkeit und Toleranz hätten laut aufgeschrien. So geht es aber nur um ein paar Katholiken, die ohnehin im Verdacht stehen, eher die "falsche" Partei zu wählen. Im übrigen denken sich die sozialdemokratischen Spitzen wohl, wer mit der Kerze in der Hand für Mitmenschlichkeit auf der Straße gestanden hat, darf sich alles erlauben."
Daß es die Feinde der Kirche aber nicht bei bloßen Hetzreden bewenden lassen, sondern auch "mutig" zur Tat schreiten, zeigte sich in bis dahin einmaliger Weise am 26. September 1991. Randalierer, die sich zu einer Protestkundgebung gegen die Haltung der Kirche zu Aids und Drogen zusammengefunden hatten, drangen in den Fuldaer Dom ein und störten mit Hetzparolen wie:
"Stoppt die Kirche! Die Kirche geht über Leichen! Die Kirche bringt uns den Tod!" die Abschlußandacht der Deutschen Bischofskonferenz. Als zuständiger Hausherr erteilte Erzbischof Dyba den Chaoten eine deutliche Antwort, die wenige Tage später "Die Welt" zu einem gehässigen Artikel gegen ihn veranlaßte: "Fulda versagt dem Oberhirten die Gefolgschaft."
Nun kennt zwar die katholische Kirche keine Gefolgschaftsführer, aber Tausende Katholiken aus Fulda und Umgebung bekundeten in einer spontanen Aktion ihre Solidarität mit ihrem Bischof. Eine gemeinsame Erklärung wurde Erzbischof Dyba nach einer feierlichen Vesper im Dom unter lang anhaltendem Beifall überreicht.
Dem Redakteur war - abgesehen von der Fehleinschätzung der Katholiken - offenbar nicht bewußt, daß § 167 unseres Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren bedroht, wer einen Gottesdienst oder eine gottesdienstliche Handlung in grober Weise stört.
Zu einem noch weit gravierenderen Zwischenfall kam es dann am Abend des 8.11.91 in Marburg. Rund 50 Demonstranten störten einen Gottesdienst in der St. Johannes-Kirche, indem sie das hintere Drittel des Gotteshauses besetzten und mit Trillerpfeifen, Gesängen und Zwi-

schenrufen den Gottesdienst störten und die Predigt des Erzbischofs verhinderten. Als dieser nach der heiligen Messe unter Polizeischutz die Kirche verließ, machten Autonome Jagd auf ihn. Skandierende Chöre heizten die Chaoten an: "Haut dem Dyba eine rüber!" und "Schlagt den Dyba tot!"
Zusammen mit 3 anderen Priestern wurde der Erzbischof durch die Gassen Marburgs gejagt, getreten und bespuckt.
Eine in Marburg verteilte Erklärung, die von Gruppen wie "AStA-Friedensreferat" (!), "Aids-Hilfe Marburg", "Autonomes Schwulenreferat", "Rosa Telefon Marburg", "Feministisches Archiv" usw. unterzeichnet worden war, ließ erkennen, daß mit den tätlichen Angriffen der Fuldaer Oberhirte nicht nur als einzelner getroffen werden sollte. Sein engagiertes Eintreten für den Schutz der ungeborenen Kinder brachte diese Gruppen zur Raserei.
In dem Pamphlet wird Erzbischof Dyba und dem Papst vorgeworfen, eine Politik zu betreiben, "die das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, Lesben, Schwulen, Fixern, HIV-Infizierten, an Aids Erkrankten, Prostituierten und Jugendlichen mit Füßen tritt, eine Politik, die zu Ignoranz und Doppelmoral führt und dadurch permanent Menschenleben kostet."
Die Marburger Kriminalpolizei leitete ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch ein, der als Offizialdelikt verfolgt werden muß. Aber, wie es bisweilen zu gehen pflegt, gelang es ihr nicht, unter den inzwischen auf 150 "kampfstarken Chaoten" angewachsenen Gruppen auch nur einen einzigen Täter zu ermitteln. Handelte es sich hier um Schlamperei, schlichte Unfähigkeit oder gar einen "Wink von oben"?
Die hessische CDU-Landtagsfraktion verurteilte die "wiederholten Störungen von Gottesdiensten in Hessen und die tätlichen Angriffe auf den Fuldaer Erzbischof Dyba". Zuletzt seien Gottesdienste in Deutschland durch die Nationalsozialisten gestört worden.
Es sei erschreckend, mit welcher Intoleranz Gewalttäter die Freiheit der Religionsausübung zu verhindern trachteten. Aufgabe "aller verantwortlich denkenden Menschen" über parteipolitische und konfessionelle Grenzen hinweg sei es, diesen Anfängen zu wehren. Für die Angriffe in Marburg könne und dürfe es keine Rechtfertigung geben. (KNA 15.11.91)
Und noch ein Beispiel ...
In seinem Buch "Die Meinungsmacher" untersucht Kurt Ziesel neben "Spiegel" und "Stern" auch die sich "liberal" dünkende Zeitung die "ZEIT".
Wenn es gegen die Kirche geht, scheint dem Organ der "roten Gräfin" Dönhoff kein Autor, keine Quelle zu suspekt zu sein. Am 3.9.82 ließ sie im "ZEIT-Dossier" einen abgefallenen Priester einen langen Artikel über "SS-Spitzel mit Soutane" zum Thema schreiben, "wie die katholischen Bischöfe im "Dritten Reich" mitschuldig wurden." Herr Denzler, Autor dieses Artikels, stützte sich auf das "Zeugnis" eines ebenfalls abgefallenen Priesters, der in der Nazizeit einen Mitbruder denunziert und es später als SS-Sturmbannführer zum Kirchenreferenten Heinrich Himmlers gebracht hatte.
Der inzwischen verstorbene Karmelit, P. Eugen Dost, schrieb hierauf an die "ZEIT" und wurde sogar von Gräfin Dönhoff höchstpersönlich einer Antwort gewürdigt: "Ja, Sie haben ganz recht, es war eine unselige Idee, Herrn Denzlers Artikel in der ZEIT zu bringen. Offenbar hat keiner von uns gewußt, um wen es sich dabei handelt."
Angesichts der zahllosen Schmähungen und Verleumdungen von Religion und Kirche in den verschiedenen Medien scheint es angebracht, sich in Erinnerung zu rufen, was Friedrich der Große, der bei seinem Regierungsantritt 1740 verordnet hatte: "Gazetten dürfen nicht genieret werden", am 13. August 1756 an Voltaire schrieb:
"Die Toleranz muß jedem Bürger die Freiheit lassen, zu glauben, was er will. Aber sie darf nicht so weit gehen, daß sie die Frechheit und Zügellosigkeit junger Hitzköpfe gutheißt, die etwas vom Volk Verehrtes dreist beschimpfen. Das ist meine Ansicht. Sie deckt sich mit dem, was zur Sicherung der Gedankenfreiheit und der öffentlichen Ruhe nötig ist - und das ist der

erste Gesichtspunkt jeder Gesetzgebung."
Nun bieten ja die Grundrechte unserer Verfassung sowie die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches über "Straftaten, welche sich auf Religion und Weltanschauung beziehen", genügend Schutz gegen Mißbrauch der freien Meinungsäußerung, insbesondere der Pressefreiheit - wenn sie nur angewendet würden.
Die völlige Verwilderung der mitmenschlichen Kultur läßt für ein friedliches Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft nichts Gutes ahnen. Der ehemalige Bundespräsident Heinemann erklärte in der Diskussion über den Gotteslästerungsparagraphen, Gott bedürfe keines Schutzes. Aber um ein friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft zu ermöglichen, dürfe die Verächtlichmachung der Religion nicht geduldet werden.
Der Verdacht liegt nahe, daß sich enthemmte Chaoten und dezidierte Atheisten nur deswegen gegen den christlichen Glauben austoben, weil sie von den Kirchen nichts zu fürchten haben. Können wir aber von unseren Jugendlichen, bei denen sich eine steigende Neigung zur Kriminalität abzeichnet, Achtung vor fremdem Eigentum, vor der Würde und Unantastbarkeit ihrer Mitmenschen erwarten, wenn wir die höchsten Güter der Menschheit der Verächtlichmachung preisgeben?
- Es wird allem Anschein nach geflissentlich übersehen, daß die Erziehung der Jugend zur "Ehrfurcht vor Gott, im Geist der christlichen Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe ... zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit" in mehreren Bundesländern Verfassungsauftrag ist. So fast gleichlautend in Baden-Württemberg (Artikel 12), Saarland (Artikel 30) und Rheinland-Pfalz (Artikel 33).
Die "mutigen" Medienleute und Journalisten, die sich nicht scheuen, im Bewußtsein ihrer Machtposition die verhaßte(n) Kirche(n) immer wieder zu verunglimpfen und mit Schmutz zu bewerfen, sollten sich an den Zauberlehrling erinnern, der die Geister, die er rief nicht mehr los wurde. Das ständige Schüren von Emotionen könnte eines Tages in unkontrollierbaren Haß münden. Die Zeit der braunen Diktatur lehrt uns, daß es von der Hetze zur Diskriminierung und schließlich zur Verfolgung oft nur ein kurzer Weg ist. Mit Bezugnahme auf Anschläge gegen Ausländer schrieb der "Stern" am 3.6.93: "Rufmord geht Mord voraus".
Dies gilt auch für die Kirche. An Brandstiftung und Vandalismus in unseren Kirchen haben wir uns ja bereits gewöhnen müssen.<<
Michael Kotsch (Dozent für Kirchengeschichte) berichtet später über die Verfolgung von Hexen (x912/…): >>**Hexen**
Historische Wurzeln
Schon immer rechneten Menschen mit der Möglichkeit eines übernatürlichen Einflusses auf ihr irdisches Leben. Einzelnen, meist ungewöhnlichen Menschen sprach man dabei eine besondere Nähe zu jenseitigen Mächten zu. Im Christentum wird der Teufel als Verursacher von Krankheit, Not, Tod und anderen Übeln angesehen.
Wer mit ihm oder einem seiner Dämonen Kontakt pflegte oder ein Bündnis mit ihnen einging, wurde als Hexe, Zauberer oder Magier bezeichnet. Als Urmutter aller europäischen Hexen wird gemeinhin die antike Hekate gehandelt, die gefürchtete Herrscherin über Wind und Wetter. Auch heidnische Priesterinnen, weise Frauen und Kräuterweiber gelten als Stamm-Mütter späterer Hexen.
Der Begriff Hexe taucht im deutschsprachigen Raum zuerst in Dokumenten des 9. Jahrhunderts auf, als "hagazussa" (Zaunweib = dämonisches Wesen, das über den Zaun in den Privatbereich der Menschen vordringt). Wenig später findet sich der bis heute geläufige Begriff "Hexse" (1293).
Ausgelöst durch das verstärkte Auftreten häretischer Gruppen (Katharer, Albigenser, Bogumilen) setzte zwischen 1230 und 1430 in Europa eine intensive Diskussion über Zauberei und Ketzerei ein. Tatsächlich tauchen in diesem Umfeld auch immer wieder vorchristliche kelti-

sche, antike gnostische und magische Vorstellungen auf. Ausgehend von der Realität des Teufels und seiner Dämonen sah man sich unabwägbaren okkulten Gefahren ausgesetzt. Weltliche und kirchliche Gerichte gingen gegen Menschen vor, denen man vorwarf, einen Bund mit dem Teufel geschlossen zu haben und Schadenszauber zu betreiben.
Ab dem 13. Jahrhundert galt Hexerei (im Zusammenhang mit Irrlehre) als todeswürdiges Vergehen. Im Laufe der nun intensiv einsetzenden Hexenverfolgung wurden rund 100.000 Menschen getötet, zumeist verbrannt (90 % Frauen). Gelegentlich trug der Kampf gegen Magie und Zauberei deutlich frauenfeindliche Züge. Damaligen Vorstellungen entsprechend wirkt die Hexenkunst am nachhaltigsten in der Walpurgis-, Oster- oder Johannisnacht. Mit einem Hexenbesen oder auf einem Ziegenbock durch die Luft reitend, versammelten sich die Hexen zu ihren schändlichen Festen auf bestimmten Bergen (z.B. dem Blocksberg = Brocken).
Bei diesen Hexensabbaten huldigten sie dem Teufel in Bocksgestalt, mit dem sie sich sexuell vereinigten. Daneben war Schadenszauber aller Art ihre Hauptbeschäftigung. Sie verhexten Tier und Mensch, waren für Unwetter und Mißernten verantwortlich (Hexenring, Hexenschuß). Hexen griffen bei ihrer Kunst auf den "bösen Blick", magische Zaubersprüche oder geheimnisvolle Kräuterextrakte zurück.
Den historischen Hexen ist Schadenszauber, Luftflug, Wahrsagerei, Liebesmagie, Ketzerei, Verwandlung in Tiere und Teufelsbuhlschaft vorgeworfen worden. In Prozessen erhaltene Geständnisse verurteilter Hexen können sowohl auf den Druck der Folter als auch auf echte okkulte Erfahrungen zurückgehen.
Einige mittelalterliche Heilkundige und Magier griffen für ihre Kontaktaufnahme mit der jenseitigen Welt auch auf Halluzinogene (z.B. Pilzgifte, Eisenhut, Schierling, Mohn) zurück, durch die tatsächlich Wahnzustände erreicht werden können, in denen der Betreffende meint zu fliegen, sich in ein Tier zu verwandeln oder mit der Natur sprechen zu können (vergleichbar mit Erfahrungen der Schamanen). Mangelndes Wissen über diese biochemischen Hintergründe bestärkte die Inquisitoren noch in ihrem Weltbild und erschwerte die Unterscheidung zwischen Betrug, Rausch und echtem Okkultismus.

Neues Hexentum

Seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts läßt sich eine Hexen-Renaissance in Europa beobachten. Deutschlands erster Hexenladen öffnete 1995 in München seine Türen. Zwischenzeitlich bieten zahllose Jugendzeitschriften, Ratgeber und Fachbücher, aber auch unterhaltende Medienmagazine zumeist positiv werbende Informationen über Hexerei und Zauberhilfen für den Alltag.
Eine unübersehbare Szene selbstbewußter "neuer Hexen" hat sich etabliert, die insbesondere im esoterischen Umfeld ihre Dienste als Spezialistinnen für weiße Magie, Kräuterkunde, sexuelle Fragen, Reinkarnation und Lebensberatung anbieten. Die "neuen Hexen" fühlen sich keiner einheitlich strukturierten Gruppe zugehörig.
Manche praktizieren ihre Überzeugungen lediglich im Privatleben, andere schließen sich zu Vereinen oder Hexenzirkeln (covens) mit maximal 13 Mitgliedern zusammen, die sich wiederum auf verschiedene Traditionen zurückführen (Dianer Kult, Druiden, Gardnerer, Odinismus, welsche, piktische oder nordische).
Wenn sich die einzelnen Hexengruppen auch deutlich voneinander unterscheiden, finden sich andererseits auch einige gemeinsame Grundüberzeugungen: Heiligkeit der Natur, Verehrung der "Großen Göttin", Magie, Astrologie und Wahrsagen. Historisch gesehen haben die "modernen Hexen" ihre Wurzeln im Feminismus, dem Neuheidentum, der Esoterik und der Ökologiebewegung.
In der Frauenbewegung wurde die Selbstbezeichnung Hexe in den 70er Jahren aufgegriffen. Damit wollte man an die weibliche Macht mittelalterlicher Hexen anknüpfen, die als Gegenbild der damaligen, als patriarchal empfundenen Welt verstanden wurden.

Die Hexenverfolgung wurde als Vorläufer gegenwärtiger gesellschaftlicher Auseinandersetzung zwischen Patriarchat und Matriarchat (Männer- und Frauenherrschaft) interpretiert. Hexen seien von Männern verfolgt worden, die sich durch weibliche Sexualität und vorchristliche matriarchale Glaubensformen bedroht sahen. Patriarchales Denken sei unfrei, unterdrücke Gefühle und Vielfalt und beute die Natur hemmungslos aus. Dieser Konflikt setze sich durch die Benachteiligung der Frauen in der Neuzeit fort.
Die stärker religiöse Komponente "moderner Hexen" zeigt sich vor allem im "Wicca-Kult" (altenglisch wicce = die Weise/Hexe). Angestoßen wurde die Hexenbewegung durch ein Buch des amerikanischen Ethnologen Charles Godfrey Leland (The Gospel of the Witches, 1899), in dem er vorgeblich uralte Hexenrituale vorstellt und bewirbt.
Dieses Buch diente den Wicca-Gruppen als Vorbild für ihr "Book of Shadows". Einflußreich für die "modernen Hexen" war auch ein Buch der Ägyptologin Margaret Alice Murray (The Witch Cult in Western Europe, 1921), in dem sie behauptet, die Hexen stünden in direkter Tradition vorchristlicher Fruchtbarkeitskulte, in der die "Große Göttin" und der "Gehörnte Gott" verehrt würden. Dieser Matriarchatskult sei die älteste und umfassendste Religion, die erst durch das patriarchale Christentum verdrängt worden sei.
Organisatorisch geht der Wicca-Kult auf G. B. Gardner (1884-1964) und A. Sanders (1916-1988) zurück. Erste Wicca-Gruppen bildeten sich nach der Aufhebung des Hexenverbots in England (1951). Zwischenzeitlich geben Hexen-Vereinigungen eigene Mitteilungsblätter heraus, den "Wicca-Brief", das "Magazin für Hexenglauben" oder "Abraxas", das Organ des "Yggdrasil-Kreis e.V.", der als gemeinnützig vom Finanzamt anerkannt ist und in Wahrsagerei, Astralwandern und "Magia Sexualis" einführt.
Gelegentlich werden Hexenkulte auch von rechtsextremen Gruppen vereinnahmt, weil diese darin einen "arteigenen" germanisch-keltischen Glauben erkennen, den sie gegenüber Juden- und Christentum als "orientalischen Religionen" den Vorzug geben.
"Moderne Hexen" kennen keinen personalen Gott und keine übernatürliche Offenbarung. Feste Dogmen, absolute ethische Ordnungen oder Glaubensregeln lehnen sie ab. Im Hexenglauben gibt es keinen eindeutigen Unterschied zwischen Diesseits und Jenseits, zwischen heilig und profan (weltlich). Alles im Kosmos steht in Wechselbeziehung zueinander.
Die Göttin wohnt im Menschen und in der Natur. Gleichzeitig verfügt sie über unbegrenzte kosmische Kraft, die Hexen sich mittels magischer Rituale nutzbar machen. Sie erstreben eine herrschaftsfreie Gesellschaft, in der die Menschen im Einklang mit der Natur und miteinander leben. Hexen feiern 13 Mond- und acht Sonnenfeste.
In ihren Ritualen wird die Göttin als Jungfrau, als Erwachsene und als weise Alte verehrt. Gelegentlich werden auch konkrete Göttinnen verehrt (Diana, Gaia, Mondgöttin), deren Namen meditativ gesprochen (gechantet) werden und deren Einheit man sucht. Die Welt wird vor allem aus ihrer Polarität (Mann - Frau / Geist - Materie / Hell - Dunkel usw.) gedeutet, die es zu überwinden gelte. In symbolischen Handlungen mit Kelch (weiblich) und Stab (männlich) wird diese Vereinigung symbolisch vollzogen.
Andere Rituale sollen die Frauen in Einklang mit dem Kosmos bringen, Gesundheit, Glück oder Ausgeglichenheit bewirken oder negative Energien abbauen. Konkrete Verhaltenweisen, Amulette, magisch aufgeladene Substanzen (Edelsteine, Schmuck, Figuren …) und heilige Worte sollen die Gegenwart und Hilfe der göttlichen Macht fördern.
Einige engagierte Hexen sind der Überzeugung, ihre Rituale bewirkten die letztliche Rettung der Menschheit und der Natur. Die Hexe könne nicht nur sich selbst, sondern auch die ganze Welt erlösen. Dazu bedarf es ausschließlich der Aktivierung der in ihr selbst ruhenden Kräfte der Erkenntnis ihres eigenen, göttlichen Wollens.

Beurteilung

Sicher kann der moderne Hexenglaube als Reaktion auf kalte Rationalität, Globalisierung und

Naturbeherrschung verstanden werden. Andererseits füllt er das religiöse Vakuum, das durch den Bedeutungsverlust etablierter christlicher Kirchen entstanden ist. Kritische säkulare Auseinandersetzungen mit der "Modernen Hexerei" finden sich vor allem bei Will-Erich Peuckert (1895-1969) und Johann Kruse (1889-1983).
Das "Johann-Kruse-Archiv zur Bekämpfung des neuzeitlichen Hexenglaubens" hält bis heute in Hamburg regelmäßige Hexensprechstunden ab, was nicht gerade einer Warnung vor dem Hexenglauben dient. In letzter Zeit wurde das "Kruse-Archiv" in ein Hamburger Völkerkundemuseum übernommen.
Hexenkulte stehen in deutlichem Widerspruch zu christlichen Grundüberzeugungen. Christen unterscheiden deutlich zwischen Gott und Mensch (Natur). Hexen vergöttlichen den Menschen und vermenschlichen Gott. Christen kennen Gott als personales Gegenüber. Hexen wenden sich an anonyme, kosmische Energien. Christen akzeptieren Gottes souveräne Entscheidungen und seine ethischen Regeln. Hexen geben eigene Empfindungen als Reden Gottes aus und versuchen, "göttliche" Kraft zu eigenen Zwecken zu manipulieren.
Christen wissen um die tief sitzende Schlechtigkeit des Menschen, die nur durch die liebende Erlösungstat Jesu überwunden werden kann. Hexen setzen auf eine rituelle Selbsterlösung und gehen davon aus, daß der Mensch (insbesondere die Frau) von Natur aus gut sei. Darüber hinaus verurteilt Gott in der Bibel jede Art von Hexerei und Magie (2. Mose 22, 17; 5. Mose 18, 10; 1. Samuel 28, 9; Jesaja 2, 6; Offenbarung 21, 8). In der Absicht, sich Gottes Macht zu vereinnahmen, stehen diese Bemühungen im deutlichen Gegensatz zum christlichen Glauben, der sich Gott vertrauensvoll ausliefert.
Wer sich mit Hexerei und Magie beschäftigt, steht nicht nur in Gefahr, von einem unbiblischen Weltbild geprägt oder von zwielichtigen Scharlatanen betrogen zu werden. Christen wissen um die Gefahr okkulter Bindungen durch die intensive Beschäftigung mit Hexerei. Menschen werden innerlich unfrei und können geistlich von übernatürlichen dämonischen Mächten in Beschlag genommen werden (Lukas 8, 26 ff., 11, 24-26; Apostelgeschichte 8, 9 ff., 19, 19; Galater 5, 20). Das kann sich in übernatürlichem Wissen bezüglich der Zukunft, Heilungsfähigkeiten, außerordentlicher Kraft, Selbstmordgedanken, Depression in Wahnvorstellungen, Angstzuständen, aber auch in körperlichen Phänomenen und einer generellen Ablehnung christlichen Gedankenguts niederschlagen. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 5. Oktober 2007) über die Ketzertötung, Schwertmission und Kreuzzüge der katholischen Kirche: >>**Die andere Seite des Christentums**
Kein anständiger Mensch kann Mitglied der römisch-katholischen Kirche sein. Die Ecclesia militans ist die älteste und größte Verbrecherorganisation der Welt. Mitleidlos hat die Inquisition Hussiten, Waldenser, Albigenser, Lutheraner, Zwinglianer und Kalvinisten verfolgt und verbrannt. Zwei Jahrhunderte lang wurden Tausende von unschuldigen Frauen … wegen Hexerei auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Zwei Jahrtausende lang hat die Mutterkirche einen glühenden Antisemitismus gepredigt."
Das sind provozierend-bekannte Invektiven, die ersten Sätze in einer neuen, umfänglichen Abhandlung über die Kirchengeschichte. Blättert man in einem militant-antikirchlichen Opus in der Tradition von Kahl – Augstein - Deschner? In einer der zynischen Abhandlungen, die ihre schrillen Anklagen gegen das Christentum schleudern, ihm eine Blutspur in der Geschichte nachweisen wollen und dazu Kübel von Häme auskippen?
Nein, ganz im Gegenteil. Mit dieser Todsünden-Liste beginnt zwar Arnold Angenendt, geweihter katholischer Priester und ehemaliger Professor in Münster, sein neues Buch ("Toleranz und Gewalt"). Doch dann macht der 72jährige international renommierte Kirchenhistoriker auf 800 Seiten (allein davon 200 Seiten bibliographischer Apparat) die "Gegenbilanz" auf - in fünf geschlossenen Hauptteilen, die auch separat gelesen werden können.

Angenendt orientiert sich in seiner großen historischen Studie an Ranke. Er will wissen, "wie es gewesen ist". Dazu gehören genaue Analysen, Zahlen und Belege, dazu gehört die Auswertung einer Fülle von Spezialliteratur.
Beispiel Inquisition: Sie gilt als dunkelstes Mittelalter, der Horror pur. Hunderttausende oder gar Millionen sollen den Folterknechten, die im Namen Jesu quälten, zum Opfer gefallen sein. Angenendt hat die Quellen akribisch ausgewertet: Für Spanien kommt er in der "wilden" Phase, die bis 1530 dauerte, auf 5.000 Opfer. Das ist zwar immer noch viel, denn jeder ermordete Mensch ist ein Opfer zuviel. Aber es beweist auch, daß in Europa keineswegs jahrhundertelang die Scheiterhaufen brannten.
Überraschend dann auch seine prozeßrechtliche Analyse und Einordnung der Inquisition, und auch hier kratzt er an den tradierten Klischees. Der Kirchenhistoriker weist nach, daß es dabei - so die Intention von Papst Innozenz III.- um Tatsachenherstellung ging, und das war durchaus ein säkularer Fortschritt. Denn so sollten archaische Praktiken wie Wasser- und Feuerproben abgeschafft werden. Die Inquisitio (die "Untersuchung") war ein amtliches Verfahren, am Ende sollte eine Verurteilung nur bei vollem Beweis möglich sein.
Die Anklage sollte durch ein Geständnis, durch übereinstimmende Zeugen oder durch evidente Umstände bestätigt oder widerlegt werden - ein gewaltiger Fortschritt in der Rechtsordnung des Mittelalters. Angenendts Fazit: "Dies ist die ursprünglich, zunächst rein juristische und eindeutig positiv zu beurteilende Seite der Inquisition."

Neues Testament keine Quelle für Antisemitismus

Beispiel Antisemitismus: Der schlimmste Vorwurf, der gegen die Juden vorgebracht wurde, war der des Gottesmordes. Er machte aus dem Nebeneinander das feindliche Gegeneinander. Angenendt sammelt hier ganz objektiv die Belege - bis hin zu den polemischen Chrysostomos-Predigten, die bis heute eine Belastung sind. Der Erzbischof (gestorben 407 n. Chr.) bezeichnete einst die Juden als Verrückte, Gotteslästerer, Schweine. Angenendt wendet sich aber gegen die eindimensionale Auffassung, das Neue Testament als ursprüngliche Quelle des Antisemitismus zu betrachten. Immerhin läßt Lukas Jesus am Kreuz sagen: "Vater, vergib ihnen", und Petrus spricht von der "Unwissenheit" der Juden.
Auch in der Spätantike galt für die Juden das Rechtskonstrukt der "erlaubten Religion". Papst Gregor der Große (gestorben 604 n. Chr.) garantierte den Juden freie Religionsausübung und bürgerliche Gleichstellung. Papst Alexander II (gestorben 1073) dekretierte: Die Juden sind zu schützen und ihr Blut nicht zu vergießen. Später wurde diese Schutzpflicht sogar verbindliches Kirchenrecht. In der Folgezeit erließ über vier Jahrhunderte hin jeder Papst eine spezielle Schutzbulle. Angenendts Fazit ist, daß die Juden "nicht rechtlos waren".
Das Schlimmste, was den Juden im Mittelalter passieren konnte, war die Zwangstaufe oder die Vertreibung (beides schlimm genug). Aber (staatlichen) Massenmord an den Juden gab es im Mittelalter nicht. Den vollbrachten erst die Nationalsozialisten.
Von Rolf Hochhuth bis Daniel Goldhagen wird die Haltung des Papstes Pius XII. zum Holocaust gegeißelt. Sein Schweigen habe die Hitlersche Judenvernichtung provoziert. Angenendt erinnert daran, daß der Heilige Vater keineswegs untätig war. So fanden etwa 3.000 Juden in seiner Sommerresidenz Unterschlupf. Sechzig lebten neun Monate lang an der Jesuiten-Universität Gregoriana. Und ein halbes Dutzend schlief im Keller des Päpstlichen Bibelinstituts.
Markiert das Buch eine Wende in der öffentlichen Debatte? Eine Wende zu mehr Gelassenheit und zu mehr Differenzierung und Abwägen bei historisch-religiösen Urteilen? Es gibt hoffnungsvolle Anzeichen. So diskutierten Jürgen Habermas und der damalige Kardinal und heutige Papst Joseph Ratzinger im Januar 2004 in der Katholischen Akademie in Bayern. Der Postmarxist der Kritischen Theorie räumte ein, daß der demokratische Verfassungsstaat auf "autochthone weltanschauliche oder religiöse … Überlieferungen angewiesen ist". Viel Re-

spekt vor der Religion also, das diagnostiziert auch Angenendt trocken.
Nach der Wende wurden sogar SED-Atheisten seltsam kleinlaut, wenn sie zugeben müssen, daß ihre rote Religion nur etwa hundert Jahre alt wurde, während die Sancta Ecclesia schon zweitausend Jahre überdauerte. Und haben wir nicht seit Jahren einen regelrechten Boom an spirituellen und religiösen Druckerzeugnissen, der offenbar eine Renaissance des Religiösen signalisiert?
Angenendts Buch repräsentiert eine gut lesbare, materialreiche Fundgrube und Argumentationshilfe, um die andere Seite des Christentums dazustellen, ohne die Kehrseite (wie Ketzertötung, Schwertmission und Kreuzzüge) zu verschweigen.
"Das Christentum zwischen Bibel und Schwert". Aschendorff Verlag, Münster 2007 …<<
Vatikan: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1998 veröffentlicht im Juli 1998 ein Schreiben des Papstes Pius XII. vom 1. März 1948 (x853/...): >>**Schreiben des Heiligen Vaters Pius XII. an die deutschen Bischöfe vom 1. März 1948** (mit Kürzungen)
Geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder,
Gruß und Apostolischen Segen!
Zum letzten heiligen Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel sind Uns von seiten der deutschen Bischöfe zahlreiche Schreiben zugegangen, die der unverbrüchlichen Verbundenheit der Kirche in Deutschland mit dem Heiligen Stuhl und auch mit Unserer in den Mühen und Verantwortungen des obersten Hirtenamtes stehenden Person so einstimmigen und innigen Ausdruck verliehen, daß Wir nur mit Rührung von ihnen Kenntnis nehmen konnten und sie Uns mit großem Trost erfüllten ...
Laßt Uns, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, eines vorwegnehmen: was Uns in euren Zuschriften am innerlichsten erfreut hat, ist der dankbare Widerhall, den Unsere karitativen Bemühungen um die Linderung der Not im Nachkriegsdeutschland bei euch, eurem Klerus und eurem Volke finden.
Deutschland, das noch vor einem Menschenalter blühende, von Kraft strotzende, reiche und industriemächtige Land, ist einem zermürbenden Verarmungsprozeß anheimgefallen: durch den Krieg verbraucht und tief verschuldet, durch Kriegszerstörungen weithin verheert, durch die Kriegsfolgen eingeengt, maßlos übervölkert und mit einem unnatürlichen Mißverhältnis der Geschlechter und Altersstufen belastet, in eine wirtschaftliche Lage gezwungen, die dem Wiederaufbau alle nur erdenklichen Hindernisse in den Weg legt, muß es mit allgemeiner Armut auf lange Sicht rechnen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zunächst auf ein Ziel hinsteuern: daß wenigstens das Existenzminimum gewahrt und gerettet werde.
Wir kennen diese Not in ihrer ganzen erschütternden Größe, in ihrer zerstörenden Wirkung auf die physische Lebenskraft und die seelische Gesundung eures Volkes. Wir wissen um die verheerenden sittlichen Folgen dieser Not vor allem für die Jugend, die Frau, die Familie und jenen Grundstock von sozialer Ordnung, ohne den eine christliche Kultur nicht zu bestehen vermag. Wir wissen auch, daß selbst jenes erste Ziel ohne starke Hilfe von außen nicht erreicht werden kann.
Wir werden deshalb nicht müde, öffentlich und noch mehr in vertraulicher Beratung, Vernunft und Gewissen der Welt und der führenden Männer sowie den Brudersinn der Gläubigen anzurufen und ihnen begreiflich zu machen, daß, wie die Dinge heute liegen, der planvolle, auch unter Opfern durchzuführende Kampf gegen die Not in Deutschland und anderen Mangelländern die gemeinsame Pflicht aller noch gebefähigen Länder und Völker ist und daß sie, selbst wenn in den Kriegsjahren von deutscher Seite Schwerstes und Grauenvolles über sie dahinging, weitherzig genug sein mögen, Vergangenes zu vergessen und auch euch sowie ganz Europa und der ganzen Menschheit die Hoffnung auf ein besseres Morgen im Zeichen der Liebe zu schenken.

- Was euch an Gaben zugeht aus der katholischen Welt, durch Uns selbst oder auf anderem Wege, möge euch als sichtbarer Erweis Unserer Gesinnung und Unserer Bemühungen gelten und in euren Gläubigen das Bewußtsein wach halten, daß sie, auch wenn vereinsamt, entwurzelt und heimatlos geworden, immer eine Heimstätte haben im weiten Vaterhaus der katholischen Kirche und im Familiengeist ihrer Kinder.
Gott dem Herrn, der die Herzen wie Wasserbäche lenkt, und den Ungezählten und Ungenannten, die auf Unsere Stimme hörten, sei inniger Dank gesagt dafür, daß dem Hilferuf des obersten Hirten ein weltweites Echo geantwortet hat. Nur dadurch konnten Wir, so wie in anderen Ländern, auch in Deutschland Kinder und Jugendliche, Heimkehrer und unfreiwillig Arbeitslose, Alte und Kranke, Heimat- und Obdachlose, an den Liebesopfern der katholischen Weltcaritas teilnehmen und fühlen lassen, daß das Reich Christi nicht Sieger und Besiegte, sondern nur Hilfsbedürftige und Hilfsbereite kennt ...
Besondere Berücksichtigung werden immer die Ostflüchtlinge verdienen, die aus ihrer Heimat im Osten zwangsweise und unter entschädigungsloser Enteignung ausgewiesen und in die deutschen Zonengebiete überführt wurden.
Wenn Wir auf sie zu sprechen kommen, so beschäftigt Uns hier nicht so sehr der rechtliche, wirtschaftliche und politische Gesichtspunkt jenes in der Vergangenheit Europas beispiellosen Vorgehens, über die genannten Gesichtspunkte wird die Geschichte urteilen. Wir fürchten freilich, daß ihr Urteil streng ausfallen wird.
- Wir glauben zu wissen, was sich während der Kriegsjahre in den weiten Räumen von der Weichsel bis zur Wolga abgespielt hat. War es jedoch erlaubt, im Gegenschlag zwölf Millionen Menschen von Haus und Hof zu vertreiben und der Verelendung preiszugeben.
Sind die Opfer jenes Gegenschlags nicht in der ganz überwiegenden Mehrzahl Menschen, die an den angedeuteten Ereignissen und Untaten unbeteiligt, die ohne Einfluß auf sie gewesen waren? Und war jene Maßnahme politisch vernünftig und wirtschaftlich verantwortbar; wenn man an die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volks und darüber hinaus an den gesicherten Wohlstand von ganz Europa denkt?
Ist es wirklichkeitsfremd, wenn Wir wünschen, und hoffen, es möchten alle Beteiligten zu ruhiger Einsicht kommen und das Geschehene rückgängig machen, soweit es sich noch rückgängig machen läßt?
Was jedoch als schwerste Hirtensorge auf Uns und euch lastet, ist die religiöse Not der Ausgewiesenen. Nicht der in überwiegend katholische Gebiete Verpflanzten, wo sie das Gotteshaus, den Priester, die katholische Schule und das ganze kirchliche Leben finden, wie es in der alten Heimat ihr eigen war, sondern die Not jener anderen - und es sind einige Millionen - katholischen Flüchtlinge, jetzt zerstreut in weite Gebiete, in denen die katholische Kirche seit der Glaubensspaltung kaum wieder Fuß gefaßt hatte, wo das kirchliche Leben erst ganz von Grund auf aufzubauen ist.
Was Wir vernehmen von den endlosen Schwierigkeiten, diese oft durch kaum übersteigbare Zonengrenzen von ihrer Diözese abgeschnittenen Gebiete zu verwalten, von ihrem Priestermangel, von der unvorstellbaren Überbelastung und Gefährdung der dorthin verschlagenen katholischen Flüchtlinge, der Erwachsenen und besonders der Kinder, das alles wirkt erschütternd und läßt Uns an den deutschen Klerus, den Welt- wie Ordensklerus, die Ordensschwestern und die Kirchlichen Hilfskräfte aus dem Laientum die inständige Bitte und Mahnung richten, das letzte Verfügbare einzusetzen, um dieser an sie gestellten Aufgabe nach Möglichkeit Herr zu werden.
Wenn wir seinerzeit einen von euch, Bischof Maximilian Kaller, mit den Sonderbelangen der Flüchtlingsseelsorge betrauten, so galt seine Sendung an erster Stelle der Behebung des Priestermangels in jenen Diasporagebieten. Er ist an seine Arbeit herangetreten mit der Tatkraft und Opferfreudigkeit, die ihm eigen waren, wurde aber zu Unserem großen Schmerz unerwar-

tet schnell in die Ewigkeit abberufen und hat die Ausführung jener Sendung unfertig, ja in den Anfängen zurücklassen müssen.
Inzwischen sind die völlig neuen kirchlichen Verhältnisse, die durch die Bevölkerungsumschichtung in eurem Land geschaffen wurden, erst richtig in Erscheinung getreten. Sie werden noch umfassendere Maßnahmen notwendig machen. ...
Wir haben in den Tagen, da Wir in eurem Vaterland wirkten, die Glaubensfreudigkeit und Glaubenstreue der ostdeutschen Katholiken kennen und schätzen gelernt. Wie lebendig ist in Uns noch vom Jahre 1926 her die Erinnerung an die stolze Heerschau des katholischen Deutschlands in Breslau, die ja der Hauptsache nach eine Heerschau des katholischen deutschen Ostens war, ein "gewaltiger Ausdruck katholischen Denkens und treuer Hingabe an Kirche und Papst", wie Wir selbst damals, von Breslau nach Berlin zurückgekehrt, ergriffen an den hochseligen Kardinal Adolf Bertram schrieben. Nur mit Wehmut können wir heute jener Tage gedenken angesichts des furchtbaren Verhängnisses, das inzwischen über die ostdeutsche Bevölkerung hereingebrochen ist.
Die katholischen Ostflüchtlinge sollen wissen, daß die Bande, die sie heute mit dem Oberhaupt der Kirche zusammenschließen, noch enger sind als jene, die sie damals mit dessen Vertreter verbanden.
Wir erwarten Unsererseits von ihnen, daß sie sich von der zermalmenden Wucht ihrer Not nicht irremachen lassen an dem Glauben, den ihre Väter und Mütter, ihre Seelsorger und Bischöfe in ihre Kinderherzen gesenkt haben. Mag der Taufstein ihrer Pfarrkirche zerstört oder ihrem Blick nicht mehr zugänglich sein: das Taufgelübde von einst folgt ihnen in die Verbannung und heischt Erfüllung.
Deshalb hat es Uns auch mit Freude erfüllt, zu hören, daß von denen unter ihnen, die in härteste Diaspora, in glaubensfremde und glaubensarme Umgebung verschlagen wurden, nicht wenige nach ihrer Art und heutigen Verhältnissen entsprechend das Wort des frommen Tobias an seine Volks- und Glaubensgenossen wahr machen:
"Deshalb hat er (Gott) euch unter die Heiden zerstreut, damit ihr seine Wunderwerke verkündet und sie zur Erkenntnis führt, daß es keinen anderen allmächtigen Gott außer ihm gibt" (Tob. 13,9).
Wenn sie heute unter Tränen säen, möge aus ihrer Saat hundertfältige Frucht für das Reich Gottes auf deutschem Boden aufsprießen.
Die Unterbringung von zwölf Millionen Menschen auf einem von Krieg und Niederlage schwer getroffenen und durch die Abtretung weiter Gebiete verengten Boden hat Leiden, Notstände und Schwierigkeiten geschaffen, die zu meistern bis jetzt die Möglichkeiten fehlen. Dann mögen die katholischen Ostflüchtlinge aber begreifen, daß auch der Aufbau des kirchlichen Lebens und der Seelsorge unter ihnen Zeit und Geduld braucht. Um so mehr erhoffen wir, daß die anderen, denen die Bitternis der Heimatlosigkeit erspart geblieben ist, den Zugewanderten hilfsbereit entgegenkommen, auch wenn von Ihrem Eigennutz harte Opfer verlangt werden. ...
Aus euren Schreiben geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, wie aus zahlreichen anderen Quellen entnehmen Wir mit Genugtuung, daß trotz aller äußeren Hemmungen und der zermürbenden Sorgen des täglichen Lebens die Besinnung auf die großen Aufgaben der Kirche unter euren Gläubigen an Lebendigkeit gewinnt, wenn auch die Schäden, welche die letzten fünfzehn Jahre dem religiösen Leben gebracht haben, sehr fühlbar sind und ihre entsittlichenden Folgen das Land fast ebenso wie die Stadt erfaßt haben.
Mit Freude hören Wir, daß in weiten Gebieten die katholische Schule wiedererstanden ist und daß die Kinder große Aufgeschlossenheit für das Religiöse zeigen. Setzt alles daran, daß die Rechte der Kirche und der Eltern auf das Kind und seine Schule volle Wahrung erfahren und daß die Familie eine Pflegestätte gemeinschaftlichen religiösen Lebens bleibt oder von neuem

wird!
Immer, wenn es gilt, nach Zeiten langer Kämpfe und schwerer Verfolgungen Wege in eine neue Zukunft zu bahnen, ist es unvermeidlich, daß Meinungsverschiedenheiten auftauchen, sowohl in der nachträglichen Beurteilung dessen, was geschehen, wie in der Sichtung und Abschätzung dessen, was nunmehr zu tun ist. Wir wissen um Mißklänge, die es im Laufe solcher Auseinandersetzungen gegeben hat, und denken, daß noch weitere folgen könnten.
Wir haben das Vertrauen zu euch, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, daß ihr in eurer Weisheit und Güte die richtige Mitte finden werdet zwischen zu langem und zu gefährlichem Gewährenlassen zersetzender Einflüsse und vorzeitiger Drosselung von geistigen Auseinandersetzungen, die in rechten Grenzen und würdiger Form gehalten, die Gutdenkenden zu wertvollen Erkenntnissen und zur Klärung der gemeinsamen Ziele führen können.
Von der katholischen Laienwelt Deutschlands erwarten wir mit väterlichem Vertrauen und unverminderter Zuversicht, daß sie, immer bereit, den Weisungen ihrer Bischöfe zu folgen, in treuer Verbundenheit mit dem ihre Leiden und Freuden, ihre Sorgen und Hoffnungen teilenden Klerus - so wie in den besten Zeiten ihres Ringens und Schaffens während der letzten hundert Jahre - immer auf die großen und entscheidenden Aufgaben gerichtet, den ganzen Reichtum der katholischen Überzeugung und der christlichen Lebensführung ihrem Vaterland in seiner schwersten Stunde und tiefsten Not zur Verfügung stellt.
Im Laufe dieses Jahrhunderts begeht das katholische Deutschland bedeutungsvolle Jahrhundertfeiern von Ereignissen aus längst vergangener und neuerer Zeit: die Siebenhundertjahrfeier der Grundsteinlegung des Kölner Dorns, seines mächtigen Wahrzeichens; die Achthundertjahrfeier der Apostelbasilika von St. Matthias in Trier; die Jahrhundertfeier der deutschen Katholikentage im "goldenen Mainz".
- Mit Ergriffenheit gedenken wir der Stunden, in denen bei unvergeßlichen Feiern die Weihe eurer Heiligtümer Uns die Seele erfüllte, und Trauer bedrückt Uns bei dem Gedanken, daß ihre Türme, wo sie noch stehen, heute weit hinaus in ein verwüstetes und hoffnungsarmes Land ragen. Doch gerade so ist Uns die Kunde, daß ihr die genannten Gedenktage feierlich begehen wollt, Unterpfand eures Lebensmuts und eurer Lebenskraft.
Wir nehmen jene drei Jahrhundertfeiern als Sinnbild dafür, daß euer katholisches Volk in sein Wiederaufbauwerk nicht nur die Mauern und Türme seiner vom Krieg vernichteten und geschädigten Gotteshäuser, seiner Wohn-, Arbeits- und Bildungsstätten einbeziehen will, sondern ebenso die unentbehrlichen geistigen Werte einer glaubensstarken und ruhmvollen, an führenden Gestalten reichen Vergangenheit, über welche der Name des großen Bischofs Wilhelm Emmanuel von Ketteler in wegweisendem Glanz leuchtet.
Einem katholischen Deutschland, das im Zeichen Kettelers an seinen wirtschaftlichen, geistigen und religiösen Wiederaufbau herangeht, kann die Zustimmung derer nicht fehlen, die guten Willens sind, gleichviel ob in den eigenen Reihen oder in den Reihen der anderen, noch der Segen des allmächtigen Gottes.
In dieser tröstlichen Erwartung erteilen Wir euch, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, euren Mitarbeitern, eurem Klerus und eurem gesamten gläubigen Volk in stets gleicher väterlicher Liebe den erbetenen Apostolischen Segen.
Gegeben zu Rom bei Sankt Peter, am 1. März 1948, im neunten Jahre Unseres Pontifikates.
Papst Pius der Zwölfte<<

22.08.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. August 1998: >>**Kohl lehnt Fonds für NS-Zwangsarbeiter ab**
Bundeskanzler Helmut Kohl hat jede Beteiligung der Regierung an einem Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern in der Nazi-Zeit abgelehnt.
Der Bund werde seine "Wiedergutmachungskasse" nicht wieder öffnen, da er schon Entschä-

digungen an Holocaust-Opfer in Osteuropa geleistet habe, sagte Kohl ...<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Errichtung eines Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern der Nazi-Zeit (x169/126-135): >>... Materielle Entschädigung für den Holocaust "ist die größte moralische Prüfung, der sich Europa am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts gegenübersieht", behauptet Itamar Levin. "Dies wird der wirkliche Prüfstein für den Umgang des Kontinents mit dem jüdischen Volk."
In der Tat machte sich die Holocaust-Industrie, ermutigt durch ihren Erfolg beim Abkassieren der Schweizer, schnell daran, auch das übrige Europa zu "prüfen". Als nächstes kam Deutschland an die Reihe.
Nachdem die Holocaust-Industrie im August 1998 eine Einigung mit der Schweiz erreicht hatte, setzte sie im September die gleiche siegreiche Strategie gegen Deutschland ein. Dieselben drei juristischen Teams (Hausfeld-Weiss, Fagan-Swift und der Weltrat der orthodoxen jüdischen Gemeinden) brachten Sammelklagen gegen die deutsche Privatindustrie ein; sie forderten nicht weniger als 20 Milliarden Dollar Entschädigung.
Der New Yorker Finanzchef Hevesi winkte mit der Drohung eines wirtschaftlichen Boykotts und begann, die Verhandlungen im April 1999 zu "beobachten". Der Bankenausschuß des Repräsentantenhauses hielt im September Anhörungen ab.
Die Abgeordnete Carolyn Maloney erklärte, daß "die verflossene Zeit keine Entschuldigung für unrechtmäßige Bereicherung sein darf" (jedenfalls nicht die aus jüdischer Zwangsarbeit - die afrikanisch-amerikanische Sklavenarbeit ist eine andere Geschichte), während der Ausschußvorsitzende Leach, der sein altes Skript erneut verlas, tönte, daß "die Geschichte keine Verjährungsfrist kennt".
Deutsche Firmen, die in den Vereinigten Staaten Geschäfte machten, teilte Eizenstat dem Ausschuß mit, "legen Wert auf ihr gutes Ansehen hierzulande, und sie werden in den USA und in Deutschland weiterhin jene gute staatsbürgerliche Gesinnung beibehalten, die sie immer gezeigt haben."
Unter Verzicht auf diplomatische Nettigkeiten drängte der Kongreßabgeordnete Rick Lazio den Ausschuß ganz unverblümt, "sich auf die deutschen Firmen des privaten Sektors zu konzentrieren, insbesondere auf jene, die in den USA Geschäfte machen".
Um die öffentliche Hysterie gegen Deutschland anzuheizen, brachte die Holocaust-Industrie im Oktober verschiedene ganzseitige Zeitungsanzeigen heraus. Die schreckliche Wahrheit war nicht genug; man bediente alle Register DES HOLOCAUST. Eine Anzeige, die sich gegen den deutschen Pharmahersteller Bayer richtete, brachte Josef Mengele ins Spiel, obwohl es keinerlei Beweise dafür gibt, daß Bayer dessen mörderische Experimente "gesteuert" hat.
In der Erkenntnis, der Wucht DES HOLOCAUST nicht standhalten zu können, unterwarfen die Deutschen sich am Ende des Jahres einem umfangreichen finanziellen Vergleich. Die Londoner Times führte diese Kapitulation auf die "Holocash-Kampagne" in den Vereinigten Staaten zurück. "Ohne den persönlichen Einsatz von Präsident Clinton ... sowie anderer hoher Beamter" der US-Regierung, teilte Eizenstat dem Bankenausschuß später mit, "hätten wir keine Einigung erreicht."
Wie die Holocaust-Industrie anklagend feststellte, hätte Deutschland eine "moralische und rechtliche Verpflichtung", ehemalige jüdische Zwangsarbeiter zu entschädigen. "Diese Zwangsarbeiter verdienen ein wenig Gerechtigkeit", plädierte Eizenstat, "für die paar Jahre, die sie noch zu leben haben."
Doch es ist, wie weiter oben schon gezeigt, einfach nicht wahr, daß sie keinerlei Entschädigung erhalten hätten. In die ursprünglichen Abkommen mit Deutschland zur Entschädigung von Häftlingen der Konzentrationslager waren auch jüdische Zwangsarbeiter einbezogen gewesen. Die deutsche Regierung entschädigte ehemalige jüdische Zwangsarbeiter für den

"Freiheitsentzug" und für "Beeinträchtigung der Gesundheit".
Nur die zurückbehaltenen Löhne wurden nicht formell entschädigt. Jene, die bleibende Schäden erlitten hatten, erhielten eine ansehnliche lebenslange Rente. Deutschland bedachte auch die Jewish Claims Conference mit annähernd einer Milliarde Dollar (nach heutigem Wert) für jene jüdischen ehemaligen Lagerhäftlinge, die nur die Minimal-Entschädigung erhalten hatten. Die Claims Conference verstieß ... gegen das Abkommen mit Deutschland und verwendete die Gelder statt dessen für ihre verschiedenen Lieblingsprojekte. ...
Die Frage, was eine "angemessene" Entschädigung für ehemalige jüdische Zwangsarbeiter darstellen könnte, ist schlechterdings nicht zu beantworten. Man kann jedoch folgendes festhalten: Dem neuen Abkommen zufolge wird jeder ehemalige jüdische Zwangsarbeiter vermutlich etwa 7.500 Dollar erhalten. Wenn die Claims Conference die ursprünglich von Deutschland gezahlten Gelder angemessen verteilt hätte, hätten sehr viel mehr jüdische Zwangsarbeiter sehr viel früher sehr viel mehr Geld erhalten.
Ob die "bedürftigen Holocaust-Opfer" je etwas von den neuen Geldern aus Deutschland sehen werden, ist eine offene Frage.
Die Claims Conference wünscht, daß ein großer Anteil als "Sonderfonds" zu ihrer Verfügung abgezweigt wird. Dem Jerusalem Report zufolge hat die Konferenz "viel zu gewinnen, wenn sie dafür sorgt, daß die Überlebenden nichts bekommen".
Der israelische Knesseth-Abgeordnete Michael Kleiner (Herut-Partei) geißelte die Konferenz als einen "Judenrat, der das Werk der Nazis auf andere Weise fortsetzt". Sie sei eine "unredliche Körperschaft, die sich in professionelle Geheimniskrämerei hüllt und durch abstoßende öffentliche und moralische Korruption verdorben ist", klagte er, "eine Körperschaft der Finsternis, die jüdische Holocaust-Überlebende und deren Erben mißhandelt, während sie selbst auf einem riesigen Haufen Geld sitzt, das Privatpersonen gehört, aber alles unternimmt, (das Geld) zu erben, während diese noch am Leben sind".
In der Zwischenzeit erging sich Stuart Eizenstat in weiteren Lobreden über das "transparente Vorgehen, das die Jewish Material Claims Conference in den letzten vierzig und ein paar Jahren gezeigt hat".
Was jedoch blanken Zynismus angeht, wird Rabbi Israel Singer von niemandem übertroffen. Nach den Abkommen mit der Schweiz und Deutschland wiederholte er vor dem Bankenausschuß des Repräsentantenhauses salbungsvoll, daß "es eine Schande wäre", wenn die Holocaust-Entschädigungen "an Erben statt an Überlebende ausbezahlt" würden. "Wir wollen nicht, daß dieses Geld an Erben ausgezahlt wird. Wir wollen, daß das Geld an die Opfer bezahlt wird."
Doch wie "Haaretz" berichtet, war es vor allem Singer, der dafür eintrat, die Holocaust-Entschädigungen zu verwenden, "um die Bedürfnisse des ganzen jüdischen Volkes zu befriedigen, und nicht nur die jener Juden, die das Glück hatten, den Holocaust zu überstehen und bis ins hohe Alter zu leben."
Henry Friedlander, der geachtete Historiker und Auschwitz-Häftling, skizzierte in einer Veröffentlichung des US Holocaust Memorial Museums für das Kriegsende folgendes Zahlenbild:
"Wenn Anfang 1945 etwa 715.000 Häftlinge in den Lagern waren und zumindest ein Drittel - das heißt etwa 238.000 - im Frühjahr 1945 starben, können wir annehmen, daß höchstens 475.000 Häftlinge überlebten. Da die Juden systematisch ermordet wurden und allenfalls jene, die man zur Arbeit auswählte - in Auschwitz etwa 15 Prozent -, auch nur eine Chance hatten, am Leben zu bleiben, müssen wir davon ausgehen, daß Juden nicht mehr als 20 Prozent der Menschen in den Konzentrationslagern (zur Zeit der Befreiung) ausmachten."
"Demnach läßt sich abschätzen", folgerte er, "daß die Zahl der jüdischen Überlebenden nicht mehr als 100.000 betragen haben kann."

Friedlanders Zahl der bei Kriegsende noch lebenden jüdischen Zwangsarbeiter gilt unter Wissenschaftlern übrigens als relativ hoch. In einer maßgeblichen Untersuchung schrieb Leonard Dinnerstein: "Sechzigtausend Juden ... verließen die Konzentrationslager. Innerhalb einer Woche waren mehr als 20.000 gestorben."
Während einer Besprechung im Außenministerium im Mai 1999 nannte Stuart Eizenstat eine Gesamtzahl von 70.000 bis 90.000 noch lebender Zwangsarbeiter, Juden wie Nichtjuden, wobei er die Zahl anführte, die von "sie vertretenden Gruppen" stammte.
Damit läge die Zahl der noch lebenden jüdischen Zwangsarbeiter bei 14.000 bis 18.000 (20 Prozent von 70.000 bis 90.000). Doch als sie in die Verhandlungen mit Deutschland eintrat, verlangte die Holocaust-Industrie Entschädigung für 135.000 noch lebende ehemalige jüdische Zwangsarbeiter.
Die Gesamtzahl der noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter (Juden wie Nichtjuden), wurde mit 250.000 angegeben. Anders gesagt, die Zahl noch lebender ehemaliger jüdischer Zwangsarbeiter hat sich seit Mai 1999 auf fast das Zehnfache erhöht, und das Verhältnis zwischen noch lebenden jüdischen und nichtjüdischen Zwangsarbeitern hat sich drastisch verschoben. Wenn man der Holocaust-Industrie glauben darf, leben heute mehr ehemalige jüdische Zwangsarbeiter als vor einem halben Jahrhundert.
"Welch verworrenes Netz spinnen wir", schrieb Sir Walter Scott, "wenn wir erst anfangen zu betrügen." Während die Holocaust-Industrie Zahlenspiele treibt, um ihre Entschädigungsforderungen hochzutreiben, machen sich Antisemiten voller Schadenfreude lustig über die "jüdischen Lügner", die sogar ihre Toten "verhökern". Mit dieser Zahlenakrobatik wäscht die Holocaust-Industrie den Nationalsozialismus, wenn auch unbeabsichtigt, rein.
Raul Hilberg, beim Thema Holocaust die führende Autorität, gibt die Zahl der ermordeten Juden mit 5,1 Millionen an. Wenn aber heute noch 135.000 ehemalige jüdische Zwangsarbeiter am Leben sind, dann müssen ungefähr 600.000 den Krieg überlebt haben. Das übertrifft die anerkannten Schätzungen um mindestens eine halbe Million. Diese halbe Million müßte man dann von den 5,1 Millionen Ermordeten abziehen. Damit wird nicht nur die Zahl von "6 Millionen" immer unhaltbarer, sondern die Zahlen der Holocaust-Industrie nähern sich rasch denen der Holocaust-Leugner.
Man muß im Auge behalten, daß der Nazi-Führer Heinrich Himmler die Gesamtzahl der Lagerinsassen im Januar 1945 auf knapp über 700.000 bezifferte und daß laut Friedlander bis zum Mai etwa ein Drittel von ihnen getötet wurde. Wenn nun aber die Juden nur etwa 20 Prozent der überlebenden KZ-Häftlinge ausmachten und, wie es die Holocaust-Industrie unterstellt, 600.000 jüdische Lagerinsassen den Krieg überlebten, dann müßten insgesamt sogar 3 Millionen Lagerinsassen überlebt haben.
Nach diesen Schätzungen der Holocaust-Industrie dürften die Bedingungen in den Konzentrationslagern gar nicht so hart gewesen sein; ihnen zufolge müßte man von einer bemerkenswert hohen Vermehrungs- und einer bemerkenswert niedrigen Sterblichkeitsrate ausgehen.
Als gesicherte Auffassung gilt, daß die "Endlösung" als einmalig effiziente, fließbandartige industrielle Vernichtung abgelaufen ist.
Doch wenn, wie die Holocaust-Industrie vorbringt, viele hunderttausend Juden überlebt hätten, könnte die "Endlösung" am Ende gar nicht so effizient abgelaufen sein. Sie müßte weniger zielgerichtet gewesen sein - genau das, was die Holocaust-Leugner vertreten. "Les extrêmes se touchent" - "die Extreme berühren einander".
Raul Hilberg hat in einem kürzlich erschienenen Interview betont, daß Zahlen von Bedeutung sind, wenn man die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis begreifen will. Die von der Claims Conference geänderten Zahlen stellen sein eigenes Verständnis in der Tat radikal in Frage.
Laut "Positionspapier" der Claims Conference für die Verhandlungen mit Deutschland über

die Zwangsarbeit war diese " ... eine der drei von den Nazis angewandten Hauptmethoden, die Juden zu ermorden - die anderen beiden waren Erschießen und Vergasen. Einer der Zwecke der Sklavenarbeit war es, daß die Menschen sich zu Tode arbeiteten ...
In diesem Zusammenhang ist der Ausdruck 'Sklave' nicht ganz zutreffend. In der Regel sind Sklavenhalter daran interessiert, Leben und Arbeitsfähigkeit ihrer Sklaven zu erhalten. Bei diesen 'Sklaven' hatten die Nazis jedoch vorgesehen, ihre Arbeitskraft zu nutzen und die 'Sklaven' anschließend zu vernichten."
Abgesehen von Holocaust-Leugnern hat bisher kein Mensch bestritten, daß die Nazis die Zwangsarbeiter für dieses schreckliche Schicksal bestimmt hatten. Wie lassen sich diese anerkannten Tatsachen aber mit der Behauptung in Einklang bringen, in den Lagern hätten viele hunderttausend jüdische Zwangsarbeiter überlebt? Hat die Claims Conference dadurch nicht eine Bresche in die Mauer geschlagen, die die schreckliche Wahrheit über den Holocaust von der Leugnung des Holocaust trennte?
In einer ganzseitigen Anzeige in der New York Times verurteilten Größen der Holocaust-Industrie wie Elie Wiesel, Rabbi Marvin Hier und Steven T. Katz "Syriens Leugnung des Holocaust". Der Text zog über einen Leitartikel in einer regierungsoffiziellen syrischen Zeitung her, in dem behauptet wurde, daß Israel "Geschichten über den Holocaust erfindet", um "mehr Geld von Deutschland und von verschiedenen europäischen Institutionen zu erhalten".
Leider trifft der syrische Vorwurf zu. Doch die Ironie, die sowohl der syrischen Regierung als auch den Unterzeichnern der Anzeige entging, liegt darin, daß diese Geschichten, die von vielen hunderttausend Überlebenden sprechen, selbst eine Art von Leugnung des Holocaust darstellen. ...<<

August 1998

BRD: Die Zeitschrift "Politische Meinung" berichtet im August 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/156): >>... Zuweilen kann das Werk aufgrund des jetzigen Forschungsstandes nur Splitterwissen vermitteln. Gleichwohl besteht der generelle Wert des Buches darin, ein Luftloch geschlagen zu haben in das Packeis des organisierten Vergessens und Verharmlosens bis 1989. ...
"Es gibt unter Zeitgenossen", so Ehrhart Neubert von der Gauck-Behörde, "widersinnige Rechtfertigungen und Verharmlosungen der kommunistischen Herrschaft samt ihrer Verbrechen. Doch diese bestätigen eigentlich nur, wie leicht Menschen zu Tätern und politischen Verbrechern werden können." ...<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet im August 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 1998 über die hiesige Vergangenheitspflege (x853/...): >>**Geschichtserinnerungen in "Auswahl"**
... Es erscheint bemerkenswert, daß sich in den laufenden Jahren die Zuwendung zur jüngeren Vergangenheit der Deutschen immer mehr verstärkt, die Erinnerung an den schmerzhaftesten Vorgang ihrer Geschichte jedoch in gleicher Weise fortschreitend verblaßt. Und dies, obwohl sich ihr Schicksal in der Welt, in Sonderheit auf dem Balkan, an vielen kleineren Völkerschaften wiederholte und damit auf bittere Weise aktuell hielt.
Die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen aus dem Sudetenland, aus Ungarn und den Ostgebieten des Reiches scheint für die meisten Zeitgenossen kein "Thema" mehr zu sein, sondern längst der Geschichte anzugehören. Die sonst bei anderen "Singularitäten" entrüstet abgewehrte "Historisierung" hat sich im Falle der millionenfachen Menschendeportationen fast geräuschlos vollzogen.
Bis in die neunziger Jahre von den Vertreibern weitgehend totgeschwiegen und im eigenen Land in den Schatten passionierter "Vergangenheitsbewältigung" geschoben, geriet die Deutschen-Vertreibung der Nachkriegszeit immer mehr an den Rand der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die von den Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden getragenen Jahres- und

Gedenktage wie die alljährlichen Pfingsttreffen und "Tage der Heimat" offenbaren von Mal zu Mal stärker die Ungleichheit erwiesener Anteilnahme seitens parteipolitischer Verantwortungsträger und zensurierender Meinungsführer in den etablierten Medien.
Flankiert von zunehmenden Infragestellungen reportierter Verluste und Leiden der Vertriebenen, bei denen weder ein Nach- oder Herunterrechnen der Todeszahlen als "Verharmlosung" oder "Volksverhetzung" gilt noch die andauernde Verweigerung einer Entschädigung als kritikwürdig betrachtet wird.
Vielmehr sind in letzter Zeit Versuche zu beobachten, den Vertriebenenverbänden öffentliche Finanzmittel zu kürzen oder ganz zu streichen, auf der anderen Seite jedoch den Vertreiberstaaten unter euphemistischen Bezeichnungen wie "Zukunftsfonds" um so bereitwilliger Gelder zur Verfügung zu stellen. Öffentliche Sparsamkeit scheint vornehmlich bei der Förderung ost- und sudetendeutscher Kulturarbeit geboten, bei der Erfüllung anderweitiger Forderung aber keine Rolle zu spielen.
Das Paulus-Wort an die Hebräer 13, 16 ist in diesem Falle ebenso vergessen wie die Vorgeschichte der Deutschen-Vertreibung. Das beweisen nicht nur die sich häufenden öffentlichen Auslassungen über die Vertriebenen und geistesarme Berichte über ihre Aktivitäten, sondern auch manche zeitgeistverhafteten "Selbstkritiken" arrivierter Vertriebener, die sich zu Lasten der Leidgenossen profilieren.
Ihre Beispiele reichen von hohen Partei-Amtswaltern über wohl bestellte "Talkmaster" bis zu rezensierenden Universitätsprofessoren. 50 Jahre nach der durchlittenen Vertreibung scheinen die Vertriebenen für die Hammer schwingenden "Volkspädagogen" wieder Amboß zu sein und als zeitgeschichtliches Freiwild zu gelten, dem man selbst auf ihren Gedenktagen und Erinnerungstreffen mit "Ermahnungen" und "Aufrufen zur Versöhnung" kommt.
Linkische Appelle, die derselben Unbedarftheit zu entspringen scheinen wie verbreitete Vorstellungen von der Vorgeschichte der Vertreibung, die sich in deren Ignoranz in der angeblichen Reaktion der Vertreiber auf die ihnen zuvor von Deutschen zugefügten Verbrechen erschöpft und damit zur bloßen "Vergeltung" verharmlost wird.
Daß Deutschböhmen und Deutschmährer 1938 zu Tausenden erst mit KZ-Baracken im "Großdeutschen Reich" bittere Erfahrungen machten und 1939 mit reichsdeutschen Kasernen, fehlt großenteils im rudimentären Geschichtsbild der Vertriebenen-Kritiker.
In gleicher Weise geht ihnen die Kenntnis ab von der Tatsache, daß der tschechoslowakische Staatspräsident Benesch bereits im September 1938 den Gedanken einer teilweisen Vertreibung gehegt hat, als er achthunderttausend bis einer Million Sudetendeutscher eine "Bevölkerungsverlagerung" zuzumuten gedachte.
Wie den "Vergeltungs-Theoretikern" im allgemeinen völlig ungeläufig ist, daß die Polen im Frühjahr 1938 sich bereits nach einem Krieg mit Deutschland als Sieger sahen und Pläne für einen "Transfer" der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen hegten.
Absichten und Vorhaben, die bestanden, bevor ein deutscher Soldat seinen Fuß auf den Boden der Tschechoslowakei setzte bzw. Polen zu einem rechtlosen "Generalgouvernement" herabgedrückt wurde und unter der deutschen Fremdherrschaft zu leiden hatte; die nach der Kriegswende 1942/43 immer realere Gestalt annahmen und schließlich von den drei Hauptsiegermächten 1945 "abgesegnet" wurden.
Dabei wurden den beiden Westmächten, Großbritannien und USA, von den tschechischen und polnischen Interessenten zur leichteren Entscheidungsfindung einseitig gefärbte Darstellungen geliefert und die Volksdeutschen als "Fünfte Kolonne Hitlers" abqualifiziert. Zur damaligen Zeit wie ein Schuldspruch, dem die Vertreibung als Exekution folgte und der heute noch in den Feindseligkeiten der Vertriebenen-Kritiker fortzuwirken scheint.
Als Meister dieser Umwidmung der deutschen Landsleute zu "Helfern Hitlers" erwies sich der tschechoslowakische Staatspräsident Eduard Benesch. Ausgestattet mit einem fast einmaligen

Spürsinn für den jeweils vorherrschenden Zeitgeist brachte er das Kunststück fertig, die Deutschböhmen und Deutschmährer zunächst gegen ihren erklärten Willen in der Tschechoslowakei zu halten und für dieses Ziel grobe Verstöße gegen die geschichtliche Wahrheit zu riskieren, um sie dann beim selbstverschuldeten Zerbrechen seiner 1919 mit partiellen Unwahrheiten zusammengezimmerten Staatskonstruktion als Hauptschuldige hinzustellen.
Mit der Folge, daß im Schatten der Brandmarkung Hitler-Deutschlands die Sudetendeutschen auch gleich mit stigmatisiert wurden und die nach dem gleichen Benesch benannten "Präsidentendekrete", welche die Deutschböhmen entschädigungslos enteigneten und aus der angestammten Heimat wiesen, bis heute in Kraft blieben.
- Eine Kapitulation der westlichen "Wertegemeinschaft" vor Staatskriminalität, die Ihresgleichen sucht. Allenfalls noch verschlimmert durch das Schweigen moralischer und politischer Schirmherren der Vertriebenen, welche in feierlichen Deklarationen solche Unrechtstatbestände als "bestehende Rechtsordnung" anerkannten.
Für die Betroffenen, denen nach Bekunden des amtierenden deutschen Staatsoberhauptes die Sympathie der Zeitgenossen gelten sollte, Anlaß, durch Erinnerung an ihr Schicksal dieses unverjährbare Unrecht einer erlösenden Tilgung zuzuführen; nicht nur aus Sorge um den eigenen Ruf bei Umwelt und Nachkommen, sondern auch als Fingerzeig auf eine stalinistische Erbschaft, die durch ihre politische Unmoral das Zusammenleben in einer späteren europäischen Gemeinschaft vergiften kann und die sich augenscheinlich heute schon in den verrotteten und heruntergekommenen Landschaften der sudetendeutschen Vertreibungsgebiete als Fluch der bösen Tat von 1945 dokumentiert.
Deren Fortsetzung der Respekt vor dem Schicksal und Heimatrecht der Vertriebenen Einhalt gebieten soll, um die Möglichkeit eines friedlichen Wiederzusammenfindens in gewünschter Nachbarschaft für die Zukunft zu eröffnen.<<
Der deutsche Philosoph Walter Hoeres (1928-2016) berichtet im August 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1998 (x853/...): >>**Altgewordene 68er?**
- Kulturrevolution nach 30 Jahren -
Intus, intus est equus troianus.
Innen, innen ist das trojanische Pferd.
Cic. pro Mur. 37,78
In diesem Jahr steht uns ein makabres Jubiläum ins Haus: die dreißigste Wiederkehr jenes Ereignisses, das man allgemein als die 68er Revolution zu bezeichnen pflegt. Natürlich läßt sie sich zeitlich nicht auf diese genaue Weise lokalisieren. Vielmehr ist 1968 zum Symbol und zum Markstein einer Entwicklung geworden, die immer noch ihrem Höhepunkt, dem totalen Nihilismus und der radikalen Liquidierung dessen zustrebt, was den Menschen zu allen Zeiten in dieser oder jener Form hoch und heilig war.
Vor diesem Nihilismus hat schon Nietzsche gewarnt, der ihm in seinem berühmten Essay: "Was ist vornehm?" das Idealbild des edlen, dem Habitus und der Gesinnung nach aristokratischen Menschen entgegenstellt, der sich zu Heimat, Vaterland und seinen Vorfahren bekennt, zu den anderen bei aller Hilfsbereitschaft doch auch Distanz hält und sich zu den struppigen, absichtsvoll schmuddeligen, grölenden, ressentimentgeladenen Kommunarden von 1968, die sich lustvoll der Masse hin- und preisgaben, natürlich wie die Faust aufs Auge verhält.
Zwischen diesen brüllenden Scharen, die mit ihrem herdenweise intonierten Ruf nach "Diskussion" ihre eigene Sprachunfähigkeit artikulierten und dem Herrn Studiosus von einst scheint es keine Verbindung zu geben und doch sind die feinen, aber deutlichen und reißfesten Entwicklungslinien, die zur 68er Kulturrevolution geführt haben, für jeden erkennbar, der sein unvoreingenommenes Urteil nicht zugunsten jener qualligen Mischung von Kulturindustrie, Kulturrevolution, eines an nichts mehr gebundenen Liberalismus und jener hektischen Zeitgeist-Beflissenheit aufgegeben hat, die bei uns das kirchliche Leben schon bis in seine Wur-

zeln infiziert.
Klar erkennbar sind die Entthronung Gottes in der Voraufklärung und in der Aufklärung selber, die Ablehnung der abendländischen Bildungstradition und die Absage an die Wahrheitsfähigkeit des menschlichen Geistes zugunsten der Ideale einer leerlaufenden Emanzipation und Toleranz, die Preisgabe des Naturrechtes und damit auch der Verankerung der Autorität in der menschlichen Wesensnatur und letztlich im Willen Gottes seit Thomas Hobbes (1588-1679) und Jean-Jacques Rousseau (1712-1778), dem eigentlichen Vorläufer der französischen Revolution und auch der "Frankfurter Schule" oder "kritischen Theorie", wie man sie ebenfalls zu nennen pflegt.
Somit ist es in der Tat lebenswichtig für alle, die durch den Marsch der 68er durch die Institutionen und die Kirche an die Wand gedrückt wurden, die geistige Frühgeschichte der Kulturrevolution vor Augen zu haben und auch zu realisieren, daß es sich hier um ganz einfache Grundideen handelt, zu deren Beurteilung man kein philosophischer Kopf sein muß.
Nehmen wir zum Beispiel die Idee der geistigen und moralischen Autonomie, wie sie Kant als das Ideal und die innerste Absicht seiner Epoche in seinem berühmten Aufsatz: "Was ist Aufklärung?" in der Dezember-Nummer der "Berlinischen Monatsschrift" von 1784 verkündet hat.
Wird sie auf die Spitze getrieben, wie das bei den 68ern und ihren Epigonen bis heute der Fall war und ist, dann bleibt das in absichtlicher totaler Bindungslosigkeit verharrende Ich ganz allein mit seiner eigenen Emanzipation, die nunmehr sein einziges und höchstes Gut ist. Aber sie kann diese Rolle nicht spielen, weil sie in Wirklichkeit eine Negation, eine Absage, eine Aufstandsbewegung gegen alles Überkommene ist, dem aber nun dieses Ich nichts anderes als seine leerlaufende Willkür entgegensetzen kann.
Gerade deshalb verfällt es um so widerstandsloser dem Sog der Masse, der Staatsomnipotenz – nicht umsonst spricht man vom "aufgeklärten Absolutismus" - und vor allem dem Diktat seiner eigenen Triebe, denen es nun nichts mehr entgegenzusetzen hat als das Pochen auf seine eigene armselige Souveränität, die als pure Frucht der Ideologie und das Ressentiment keine Macht mehr hat, sich gegen sie durchzusetzen.
So kann man in Abwandlung des bekannten Grillparzer-Wortes getrost die Formulierung wagen, daß der Weg von der Autonomie der Aufklärung geradewegs zum Trieb- und Massenmenschen und mithin zur Bestialität führt, wie sie in der französischen Revolution, der Oktoberrevolution und der zunehmenden Verrohung eines Jahrhunderts zum Ausdruck kommt, in dem schon Kinder, wenn sie nicht zuvor schon abgetrieben wurden, ungehindert mit jener "Sex" genannten totalen und öffentlich präsentierten Entwürdigung des Menschen im Fernsehen und an allen Ecken und Enden konfrontiert werden, zu der die 68er Revolution endgültig den Weg freigegeben hat.
Und so ist diese Welt, in der wir heute leben, die so stolz ist auf ihre Toleranz, während zugleich die Würde des Menschen mit Füßen getreten wird, nicht das Werk der 68er! So herkulisch waren die Gestalten nicht, die uns dieses Debakel einer völlig permissiven Gesellschaft und einer permissiven Kirche beschert haben, in der von Keuschheit und dem Adel der Reinheit kaum mehr die Rede ist. Sie sind nur Vollstrecker einer geschichtlichen Macht, von der I. M. Bochenski O. P. in seiner "Europäischen Philosophie der Gegenwart" sagt:
"Der Philosoph, lächerlich gemacht vom Volke, harmlos und in seinen Begriffen lebend, ist in Wirklichkeit eine furchtbare Macht. Sein Denken hat die Wirkung des Dynamits. Er geht seinen Weg, gewinnt Hand und Hand und ergreift schließlich die Massen. Es kommt der Augenblick, wo er siegreich alle Hindernisse überwindet und ungehindert den Gang der Menschheit bestimmt - oder das Leichentuch über ihre Ruinen breitet".
Die skizzierte Entwicklung wurde nach dem Kriege in heilsamer Weise unterbrochen. Die Ursachen sind bekannt und oft genug diskutiert worden. Viele von uns, die wir noch zur

Kriegsgeneration gehören, haben die tiefe Wahrheit des Wortes: "Not lehrt beten!" am eigenen Leibe erfahren.
Die Lage nach dem Kriege erforderte alles andere als Ideologie: nämlich Tatkraft, gesunden Menschenverstand und wirtschaftliche Vernunft: Dinge, die in Konrad Adenauer exemplarisch verwirklicht waren, der wie alle großen Konservativen ein nüchterner Pragmatiker war. Die Familien hielten eisern zusammen, wie dies Helmut Schelsky in seiner bekannten Studie über die Familie der Nachkriegszeit so eindrucksvoll gezeigt hat.
Zänkereien über Gleichberechtigung oder gar die seltsame Idee, daß die Frau im Grunde ein zweiter Mann sei und sich in Kleidung, Habitus so zu benehmen habe wie er, gab es nicht. Dazu war die Zeit zu knapp und zu schade. Studiert wurde inmitten der Trümmerwüsten dennoch mit ungeheurer Intensität, wenn auch mit leerem Portemonnaie und subkutan immer wühlendem Hunger: eine unfreiwillige Parodie auf das Sprichwort: "plenus venter non studet libenter" ("Ein voller Bauch studiert nicht gern").
Aber der Säkularismus war nur verdeckt: die Welt der Aufklärung, Neuzeit und Gegenwart hatte sich schon lange mit einer Entschiedenheit von Gott, von der abendländischen Überlieferung, vom Naturrecht abgewandt, die durch die Restauration der Adenauer-Jahre auf Dauer nicht gebremst werden konnte! In der zu neuem Selbstbewußtsein erwachten Welt des Linksliberalismus wirkte die "Frankfurter Schule" oder "kritische Theorie" wie der Funke im Pulverfaß. Sie wird immer mit den Namen Adorno und Horkheimer verbunden, doch auch Herbert Marcuse muß hier und dies sogar an erster Stelle genannt werden, obwohl er nach dem Kriege nicht in Frankfurt lehrte.
Für den unvoreingenommenen Beobachter liegt es nun zwar auf der Hand, daß die "Frankfurter Schule" die Hauptschuld an den europaweiten Studentenkrawallen, der langjährigen Lähmung der Hochschulen, der Erosion aller überlieferten Werte trägt, und dennoch wird diese Verantwortung nicht selten gerade in katholischen Kreisen verkleinert, wenn nicht gar völlig verkannt. ...
In diesem Sinne erklärt T. W. Adorno die christliche Religion für eine längst überholte Angelegenheit, die nur noch zu Rückzugsgefechten imstande sei (vgl. u.a. Adorno: "Vernunft und Offenbarung" in: "Stichworte. Kritische Modelle 2", S. 347).
Dabei muß immer daran gedacht werden, daß sich die zwei Frankfurter Schulhäupter in ihrem Denken glichen wie zwei siamesische Zwillinge und vor allem Adorno nichts ohne Gutheißung des Seniorchefs Horkheimer tat, obwohl er und nicht Horkheimer der spekulative Kopf war. Aber es ist seltsam und eine katholische Schwächeerscheinung, daß unsere Leute in einer Zeit, da der Kirche das Wasser bis zum Hals steht, immer alles und jedes taufen wollen und selbst bei den erbittertsten Gegnern Zeichen eines angeblich in christlichem Sinne zu deutenden Aufbruchs entdecken!
Vielleicht hat das auch mit dem Optimismus zu tun, den eine dahinsiechende, krakeelende und ihrer eigenen Botschaft nicht mehr sichere Kirche unentwegt und in Verleugnung der ganz anders lautenden Texte des Evangeliums als hohe christliche Tugend einfordert!
- Wichtiger ist natürlich der zweite Grund dafür, daß man die "Frankfurter Schule" in kirchlichen Kreisen weithin als eine gewissermaßen harmlose Zeiterscheinung und interessante philosophische Strömung neben anderen ausgibt und nicht als eine revolutionäre Bewegung, die die letzten Grenzen von Scham und Distanz weggesprengt hat.
Denn ganz abgesehen davon, daß die "Theologie der Befreiung" und die anderen Genitiv-Theologien der "kritischen Theorie" wesentliche Impulse verdanken, ja ohne sie gar nicht möglich gewesen wären, ist die Kirche heute offensichtlich von Funktionären unterwandert, die ihr Rüstzeug nicht so sehr beim heiligen Thomas von Aquin oder gar der "tridentinischen Theologie", sondern bei Horkheimer, Adorno, Marcuse erworben haben.
Wie anders sind die Sex-Papiere der katholischen Jugend zu erklären, die Christa Meves und

ich in dieser Zeitschrift kommentiert haben, die endlosen Debatten über Emanzipation und Feminismus und die entsprechenden Strategien bis in den Altarraum hinein oder der Dauer-aufstand gegen die kirchliche Autorität, die die "kritische Theorie" wie jede andere ... als "autoritär" verteufelt?

Der dritte Grund, warum man in katholischen Kreisen eher dazu neigt, den Einfluß der "Frankfurter Schule" zu marginalisieren, weist in die umgekehrte Richtung. Sie ist den Kirchenrebellen keineswegs nur wesensverwandt, sondern auf der anderen Seite auch nicht ganz geheuer. Denn ihre "Dialektik der Aufklärung" steht in seltsamem Gegensatz zu der Welt-Euphorie und dem Fortschrittsjubel, der die agionierende Kirche befallen hat! Zum ersten Mal ist hier dem liberal aufgeklärten Vernunft- und Fortschrittsoptimismus ein ernsthafter Gegner aus den eigenen Reihen erwachsen.

Wie ein roter Faden durchzieht der Gedanke das ganze Werk der Frankfurter Philosophen, daß die vielgepriesene Emanzipation der Vernunft den Segen nicht gebracht habe, den die Aufklärer von ihr erwartet haben.

Ganz im Gegenteil gibt die losgelassene und aus allen Bindungen befreite Vernunft keine Ruhe, bis sie zunächst die Natur und dann die Gesellschaft und den Menschen - dem Zauberlehrling gleich - zu Tode organisiert, reglementiert und rationalisiert sowie alles ausgetilgt hat, was nicht in ihre abstrakten Kategorien und Schemata und vor allem in das Schema von Mitteln und Zweck hineinpaßt.

Diese Vernunft läßt nichts mehr stehen, das um seiner selbst willen geschätzt werden dürfte: auch keine menschliche Erfüllung mehr, die in sich selbst genug ist! Sinnvolles Dasein wird vollends mit nützlichem gleichgesetzt und so wird nach der bekannten Formulierung von Horkheimer in der "Kritik der instrumentellen Vernunft" das Reich der Mittel immer größer, während das der Zwecke schrumpft. Die Folgen liegen auf der Hand. Die Natur wird nur noch als physikalisches Koordinatensystem und als Rohstoff ernstgenommen: die Gesellschaft - wie könnte das bei den Altmarxisten auch anders sein! - zu einer gigantischen Veranstaltung zur Gewinnmaximierung.

Wichtiger ist, daß mit dieser erbarmungslosen Kritik der aufgeklärten Vernunft auch der Fortschrittsglaube fällt. Auch hier ist die Lage dialektisch zu sehen und das ist nun allerdings eine Denkweise, die uns Katholiken völlig ungewohnt ist, für die die "Technik an sich" weder gut noch schlecht ist und es offenbar neuerdings auch eine "Welt an sich" gibt, die in dieser abstrakten Unschuld ekstatische Zuwendung gestattet, wie sie das Opus Dei zelebriert.

Fortschritt, so betonen die "Frankfurter", hat zwar stattgefunden, und er hat uns von der drükkenden Herrschaft der Natur befreit. Aber er ist um den Preis jener Vergewaltigung der Natur und des Menschen erkauft worden, von der wir gesprochen haben: Fortschritt gewiß, aber von der Steinschleuder zur Megabombe!

- In diesem Zusammenhang gehört das Gespräch, das ich mit Adorno, bei dem ich schon in jungen Jahren 1951 promovierte, 1969 noch kurz vor seinem Tode geführt habe, und auf das ich schon in diesen Spalten hingewiesen habe. Er könne, so Adorno, nicht verstehen, daß die katholische Kirche jetzt zum unpassendsten Zeitpunkt die gleiche Fortschritts- und Weltbegeisterung zu zelebrieren beginne, die "sie" (gemeint waren er und die linksliberalen Erben der Aufklärung) angesichts der grausigen Erfahrungen unseres Jahrhunderts längst zu Grabe getragen hätten.

- Doch natürlich ist diese Aufklärungskritik kein Grund, die "kritische Theorie" nun von konservativer Seite her zu vereinnahmen! Denn nach ihrer Ansicht hat die Aufklärung nicht darin gesündigt, daß sie zuviel, sondern darin, daß sie zuwenig Aufklärung investiert habe: eben jene, im Zeichen des Rationalismus um ihre eigenen - in diesem Falle kritischen - Möglichkeiten amputierte aufgeklärte Vernunft! Eine Rückwendung zur Tradition kann und darf es daher nicht geben. Aufklärung und Emanzipation dürfen nicht unterbrochen, sondern müssen gegen

ihren ursprünglichen naiv rationalistischen Vernunftstolz und Fortschrittsglauben vollendet werden - wenn, ja wenn es dafür nicht schon zu spät ist!
Die revolutionäre Sprengkraft dieser Schule, mit der sich gläubige Christen, wenn sie denken, niemals abfinden können, beruht jedoch vor allem auf ihrer radikalen Demontage des überlieferten Menschenbildes: jenes wenn auch schwachen Konsenses über die vielbeschworene unantastbare Würde des Menschen, über Autorität, Anstand und Moral, der die Erben der christlich-abendländischen Überlieferung mit denen der Aufklärung immerhin noch irgendwie verband. Radikal wird der Mensch hier nur noch als Schnitt- und Knotenpunkt gesellschaftlicher Kräftelinien gesehen.
Gewiß: er wirkt auf die Gesellschaft ein und auf sie zurück, aber diese seine Einwirkung ist selbst schon wieder gesellschaftlich vermittelt.
- Vom ohnmächtigen Individuum, seiner Besinnung oder gar moralischen Einkehr ist daher nicht zu hoffen. Seine Denkmuster sind noch geprägt von der irrational wahnhaften Welt, deren Produkt es ist, da es selber nur ein Rädchen in jenem Getriebe ist, das sie unaufhaltsam reproduziert. "Wahnhaft" ist diese Welt, weil die amputierte irrational-rationale Vernunft der totalen Produktionsgesellschaft alles dem abstrakten Ziel der Gewinnmaximierung unterwirft. Synthetisch - und das ist allerdings kein origineller Gedanke der "kritischen Theorie" - werden immer neue Bedürfnisse geschaffen, um dieses Ziel zu erreichen.
Daß der Ruf nach Abhilfe und vor allem die Rezepte das Übel nur noch vergrößern, wird am Beispiel Herbert Marcuses klar, von dem sich die anderen Vertreter der "kritischen Theorie" in diesem Punkte deutlich distanzieren.
Marcuse fordert Kontrollbehörden und immer wieder Kontrollbehörden, die festsetzen sollen, welche Bedürfnisse vernünftig sind und dementsprechend den Markt nach ihren Vorstellungen von Humanität dirigieren sollen: eine Vorstellung, die einem nach allem, was wir in diesem Jahrhundert erlebt haben, blankes Entsetzen einjagt.
So haben wir also eine hermetische, in ihrer eigenen rationalen Irrationalität eingeschlossene Gesellschaft. Ein Ausweg ist nicht sichtbar, und es ist ebenso begreiflich wie andererseits auch unentschuldbar, daß die entsprechenden unentwegten Jeremiaden von Adorno und Horkheimer die Leute schließlich zu dem Schluß verführt haben: wenn alles, wenn das Ganze so ausweglos ist, dann gilt es, zuerst einmal dieses Ganze kaputt zu schlagen.
Die radikale Absage an die liberale Botschaft von der immanenten Vernunft der Gesellschaft läßt schließlich noch den Straßenterror als vernünftig erscheinen. Ihm oder den Aufregungen, die er mit sich brachte, ist der sensible Adorno - von Herkunft, Typus und Erscheinungsbild paradoxerweise ein großbürgerlicher Grandseigneur – schließlich erlegen, nachdem er ihn mir gegenüber am Telefon noch als "organisierten Schwachsinn" bezeichnete.
- Gegenüber seinen terroristischen Kritikern, die ihn schließlich durch den Hörsaal jagten und ihm vorwarfen, erst putsche er die "Massen" auf, dann aber ginge er, der feine Herr, nicht mit zur "Demo" und liefere keine Rezepte, verwies er darauf, schon die Erkenntnis einer wenn auch noch so unentwirrbaren Situation habe befreiende Kraft und bei allen Abgründen, die uns von der "kritischen Theorie" trennen, kann dieser Gedanke sowohl unseren katholischen Berufsoptimisten wie auch unseren eilfertigen Kulturkritikern und Sozialaposteln eine heilsame Lehre sein.
Denn so ist es doch in katholischen Kreisen. Man hat kaum den Mund aufgemacht, um die innere Dynamik und relative Zwangsläufigkeit gesellschaftlicher, wirtschaftlicher Krisenerscheinungen zu entfalten, dann wird man schon mit dem eifernden, ja unwirschen Ruf nach "Vorschlägen" unterbrochen, die meistens ähnlich wie die sozialistischen Rezepte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit das Übel nur verschlimmern, das sie beseitigen wollen.
Revolutionär aber ist vor allem die Symbiose von Marx und Freud, die die "kritische Theorie" vorlegt, wobei auch hier Herbert Marcuse eine unappetitliche Vorreiterrolle zukommt! Trieb-

verzicht führe zur Unterdrückung der eigenen Persönlichkeit und sie dazu, den Druck nach außen weiterzugeben. So entstehe die "autoritäre Persönlichkeit", die andere unterdrücke.
Hier verbinden sich drei Elemente zu einer Allianz, die auch deshalb als unheilig bezeichnet werden kann, weil sie im Hintergrund der systematischen Unterminierung der hierarchischen Struktur der Kirche steht: der egalitäre Haß gegen die "Herrschaft", der alle Linken eint, eine sexuelle Libertinage ohne Maß und der alte marxistische Gedanke, daß die gegenwärtige Gesellschaft von Unterdrückung lebt. ...
... Der Marsch der 68er durch die Institution "Kirche" nimmt seinen unaufhaltsamen Fortgang. "Unaufhaltsam" ist er nicht nur deshalb, weil er offensichtlich nicht energisch aufgehalten wird, sondern vor allem auch deswegen, weil er selbst vor dem Heiligtum nicht haltmacht und das Heiligste vom Heiligen, die göttliche Liturgie einbezieht in seine Strategie.
Und diese Stoßrichtung weist uns daraufhin, daß alle die rationalen Begründungen der Kulturrevolution, wie wir sie in der an Widersprüchen reichen "Frankfurter Schule" vor uns haben, nur Firnis sind. Auch die geistesgeschichtliche Herleitung von der Aufklärung her, die wir versucht haben, mag zwar notwendig sein, bleibt aber im Grunde noch viel zu akademisch, um das dumpfe Grollen vernehmlich zu machen, das sich in der Kulturrevolution äußert und an den Tag drängt.
In ihr steckt der Wunsch der Masse, sich nicht länger gängeln zu lassen, sondern endlich die eigenen Triebe, Instinkte und nach unten hin zielenden Wertmaßstäbe durchzusetzen und in den Rang allgemeingültiger Forderungen zu erheben, denen sich keiner mehr entziehen kann. Was Nietzsche und Ortega y Gasset prophetisch gesehen haben: das nihilistische Zeitalter der Masse, das keinen Adel und keine Ungleichheit duldet, nimmt nun endlich in der Kulturrevolution Gestalt an, wenn es denn möglich ist, eine zutiefst emotional vorangetriebene Entwicklung, die die Herabwürdigung des Menschen zum Ziel hat, als die Gestaltwerdung einer neuen Kultur zu bezeichnen.<<

04.09.1998

BRD: Der polnische Historiker Waclaw Dlugoborski berichtet am 4. September 1998 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/87-88): >>... Unabhängig davon, ob es den Russen gelingen sollte, das kommunistische System, seine Institutionen und Funktionsträger wegen ihrer Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuklagen, muß man an den internationalen Charakter dieser Vergehen erinnern.
Ähnlich wie die Nürnberger Prozesse müßte also auch ein etwaiges Verfahren gegen die früheren sowjetischen Machthaber vor einem internationalen Tribunal stattfinden und auch die kommunistischen Führer in den einstigen Satellitenstaaten umfassen. Sonst bliebe ein tragisches Mißverhältnis zwischen 86.000 wegen Kriegs- und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilten Naziverbrechern und vielleicht einem Dutzend verurteilter Kommunisten in Rußland.
Leider scheint es dafür aber kaum Hoffnung zu geben. Die polnische Generalstaatsanwaltschaft versuchte zum Beispiel mehrfach, eine Voruntersuchung wegen der in Polen begangenen sowjetischen Verbrechen einzuleiten, doch die russische Seite verweigerte ihr die gewünschte Rechtshilfe.
Das für einen solchen Prozeß notwendige Beweismaterial liegt jetzt als Buch bereit, auch wenn dessen Titel "Das Schwarzbuch des Kommunismus" wenig juristisch klingt. Sein Herausgeber Stéphane Courtois hat die Bedeutung der darin errechneten Opferzahlen hervorgehoben, die einerseits das unfaßbare Ausmaß der kommunistischen Verbrechen deutlich mache, angesichts der niedrigeren Opferzahl des Nationalsozialismus einen Vergleich beider totalitären Systeme ermöglichen solle.
Es scheint aber zweifelhaft, ob das die richtige Vergleichsebene ist. Das eine System war ein halbes Jahrhundert an der Macht, das andere nur 12 Jahre.

Sinnvoller ist ein Vergleich der von beiden Regimen angewandten Methoden der Massenvernichtung, der meiner Ansicht nach die These von der Singularität des Holocaust bestätigen würde. Denn kein Jude, in manchen besetzten Gebieten auch kein Roma, sollte am Leben bleiben.
Im Fall der sowjetischen Massenmorde in Polen, auch der spektakulärsten wie etwa der von Katyn, konnten Gefangene ihr Leben retten, wenn sie sich bei den Verhören als sowjetfreundlich deklarierten und dazu bereit waren, nach ihrer Freilassung nicht "nach Hause", das heißt in den deutsch besetzten Teil von Polen zurückzukehren, sondern in der Sowjetunion zu bleiben und in die Rote Armee einzutreten. Dem Holocaust dagegen fielen auch jene Juden zum Opfer, die für die Nazis Polizei- oder sogar Spitzeldienste geleistet hatten.
Es ist peinlich, die Grausamkeiten einzelner Vernichtungsaktionen vergleichen zu müssen. In manchen Fällen ist es aber notwendig, um nicht den gleichen Maßstab an nur scheinbar ähnliche Ereignisse anzulegen. Vorsicht sei auch beim Umgang mit Zahlen empfohlen, insbesondere mit Schätzungen. Vor dem "Feilschen" um die Zahler der Opfer in den Konzentrationslagern warnte Adorno schon vor mehr als 30 Jahren. Und die amerikanische Roma und Historikerin Debra Kaufmann bezeichnet die Auseinandersetzungen um die Zahl der Toten ihres Volks als "makabres Zahlenspiel". Die Schätzungen schwanken hier von 100.000 bis zu einer halben Million. ...<<
Polen: Waclaw Dlugoborski (Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Kurator für Forschungsfragen in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau) kritisiert am 4. September 1998 die mangelhafte Ermittlung der in Auschwitz ermordeten Menschen (x046/181): >>Die Blamage bei der Ermittlung der Zahl der Ermordeten von Auschwitz hätte Warnung genug sein sollen. Kurz nach Kriegsende wurde sie von einer sowjetischen Untersuchungskommission ohne weitere Nachforschungen auf vier Millionen festgelegt. Obwohl von Anfang an Zweifel an der Richtigkeit der Schätzung bestanden, wurde sie zum Dogma.
Bis 1989 galt in Osteuropa ein Verbot, die Zahl von vier Millionen Getöteten anzuzweifeln; in der Gedenkstätte von Auschwitz drohte man Angestellten, die an der Richtigkeit der Schätzung zweifelten, mit Disziplinarverfahren. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über das Ermittlungsergebnis der sowjetischen "Außerordentlichen Staatlichen Kommission" aus dem Jahre 1945 (x046/181): >>... Kaum besser waren die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Denn auch hier galt die sowjetische Propagandazahl von vier Millionen bis 1990 als "offenkundig", obwohl niemand wußte, wie sie sich eigentlich berechnete.
Zweifelnde wurden von einer unwissenden politischen Justiz verfolgt, nur weil sie den Propagandazahlen des Stalinismus keinen Glauben geschenkt und sie damit "geleugnet" hatten.<<

07.09.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. September 1998: >>**Vertriebene fordern Entschädigung**
Als Voraussetzung für einen EU-Beitritt Polens und Tschechiens hat der Bund der Vertriebenen Entschädigungen und Rückkehrrechte für deutsche Heimatvertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg gefordert.
Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte in einem Grußwort zum "Tag der Heimat", die Bundesregierung werde die Vertriebenengruppen in den EU-Erweiterungsprozeß einbeziehen. Ihr Mitwirken sei wichtig für eine Aussöhnung mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn.
BdV-Präsidentin Steinbach sagte in Berlin, Polen und Tschechien hätten sich im Gegensatz zu Ungarn, Estland, Litauen und Rumänien bislang dagegen gesperrt, das Vertreibungsunrecht aufzuarbeiten. Die Osterweiterung der EU biete nun die Möglichkeit, "die Verletzung der Menschenrechte wieder in Ordnung zu bringen". Neben der Entschädigung der Opfer gehöre dazu auch die Bestrafung von Verbrechen an Deutschen, sagte die CDU-Bundestagsabge-

ordnete aus Frankfurt am Main.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärt später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Die Osterweiterung der EU kann eine gute Sache sein. Gewiß gibt es Staaten, die europareif sind, vor allem Staaten die den europäischen Mindeststandard in Menschenrechte erfüllen, so die baltischen Staaten, die u.a. Rückkehrrecht und Wiedergutmachung gewährt haben.
Meines Erachtens haben weder Polen noch Tschechien diesen Mindeststandard erreicht. Was noch schlimmer ist, anscheinend wollen sie es nicht erreichen. Somit denke ich, daß die Osterweiterung der EU nicht unbedingt zu begrüßen ist, wenn sie auf Kosten der historischen Wahrheit forciert wurde, auf Kosten der nationalen Ehre, und schließlich auf Kosten der Vertriebenen. ...<<

27.09.1998

BRD: Bei der 14. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 27. September 1998 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 35,2 %, SPD = 40,9 %, FDP = 6,2 %, Bündnis 90/Die Grünen = 6,7 %, PDS = 5,1 %, Sonstige = 5,9 %.<<
Nach 16 Jahren wird Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) durch Gerhard Schröder (SPD) abgelöst. Bundeskanzler Schröder bildet später eine Koalitionsregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

September 1998

BRD: Der türkischstämmige Abgeordnete (Bündnis 90/Die Grünen) Cem Özdemir berichtet im September 1998 im Nachrichtenmagazin "Focus" (x268/187): >>Was unsere Urväter (1683 mit Feuer und Schwert) vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen. ...<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" (39/1998) berichtet im September 1998 über den gefälschten autobiographischen Bericht "Bruchstücke" des Schweizer Autors Binjamin Wilkomirski (eigentliche Bruno Dössekker): >>Ein fast perfekter Schmerz
Die Affäre um Binjamin Wilkomirski zieht weite Kreise: Darf man Erinnerungen an den Holocaust erfinden?
In diesem Herbstsemester findet an der Universität Princeton ... ein Seminar statt, das von "Texten und Bildern des Holocaust" handelt. Bedeutende Werke aus Literatur und Film über das "traumatischste Ereignis in der Geschichte des Westens" (Vorlesungsverzeichnis) sollen dabei analysiert werden - mit "besonderem Hinblick auf das Problem der Zeugenschaft". In der Leseliste findet sich neben Werken von Primo Levi und Elie Wiesel auch das Buch eines Autors, der dieser Tage Schlagzeilen macht: Binjamin Wilkomirskis "Bruchstücke. Aus einer Kindheit 1939-1948".
Sollte sich erhärten lassen, was neuerdings in Zeitungsberichten über Wilkomirski zu lesen ist, dann könnte sich dem Seminar das "Problem der Zeugenschaft" in einer ungeahnt peinlichen Weise stellen. Die Zürcher "Weltwoche" hat nämlich Recherchen über den Autor angestellt, die sein Buch, das vermeintliche Zeugnis eines Überlebenden, in den dringenden Verdacht gebracht haben, eine Fiktion zu sein.
Wilkomirski, behauptet der Journalist Daniel Ganzfried, habe seine jüdische Identität frei erfunden. ... Er sei als uneheliches Kind einer Yvonne Berthe Grosjean geboren und nach einigen Jahren im Waisenhaus Adelboden von dem Zürcher Ehepaar Dössekker adoptiert worden. Wilkomirski könne nicht, wie er es in seinem Buch schildert, als jüdisches Kleinkind in Riga, Krakau und Majdanek gewesen sein. Aus den Akten der Schweizer Behörden, so Ganzfried, lasse sich ein lückenlos einheimischer Lebenslauf rekonstruieren.
Die Literaturkritik hat die "Bruchstücke" seinerzeit mehrheitlich mit fast religiöser Ehrfurcht aufgenommen. Vor einem Buch, das offenbar "das Gewicht des Jahrhunderts" (so damals die "Neue Zürcher Zeitung") zu tragen hatte, verblaßten alle skeptischen Fragen. Hier und da

wurde angemerkt, daß die Gewalt- und Horrorszenen aus den Lagern ein wenig zu klar und zu effektvoll wirken - wie "auf der Couch eines Psychoanalytikers rekonstruierte Alpträume eines Traumatisierten" ("Süddeutsche Zeitung").
Da kriechen Ratten aus Frauenbäuchen, Hirnmasse quillt aus Babyschädeln, und Blut schießt den Opfern in mächtigen schwarzen Fontänen aus den Hälsen. Man hielt sich aber mit weitergehenden Zweifeln an der Authentizität zurück, denn schließlich bürgte hier ein leibhaftiger Leidender, ein stets bescheiden und leise auftretender Mensch, für die Wahrheit seines Textes. "Was sich im einzelnen tatsächlich zugetragen hat, spielt deshalb eine untergeordnete Rolle", resümierte damals Eva-Elisabeth Fischer in der "SZ": "Denn die Bruchstücke der Erinnerung sind Binjamin Wilkomirskis Wahrheit."
Im Namen dieser Wahrheit ist der Autor seither weltweit auf Fachkongressen, bei Lesungen und vor Schulklassen aufgetreten. 1996 ist er in den Vereinigten Staaten mit dem National Jewish Book Award ausgezeichnet worden, nicht in der Sparte Literatur, sondern im Genre "Autobiographie/Erinnerung". Dieser Ehrung waren auch in US-Medien enthusiastische Besprechungen vorhergegangen. Die Rezensentin der "New York Times" sprach von einer "dunklen ... Erinnerung" und "poetischen Vision" im "kindlichen Stand der Gnade".
Der Kritiker des linken Magazins "The Nation" erklärte gar, das Buch sei "so bewegend, von solcher moralischen Bedeutung und so frei von literarischer Künstlichkeit, daß ich mich frage, ob ich überhaupt das Recht habe, mein Lob vorzubringen. ... Dieser Mann hat überlebt - wir wissen nicht, wie, seine geistige Gesundheit scheint ein Wunder - und er überläßt dieses Geschenk von nahezu perfektem Schmerz einer Welt, die immer noch bereit ist, die Unschuldigen zu zerstören."
Nicht nur die Literaturkritik, auch die Wissenschaft glaubte bald, ein unerhörtes Dokument vor Augen zu haben. Der Historiker Wolfgang Benz, Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, attestierte den "Bruchstücken" noch vor kurzem in der "ZEIT" (Nr. 37/98) "nicht nur Authentizität, sondern auch literarischen Rang". Wilkomirskis "Bruchstükke" seien "eine Darstellung, die dem Leser nachvollziehbare Einsichten in die komplexe Tragödie vermittelt wie kaum ein anderes Dokument".
James Young, ein international anerkannter Experte in Sachen Holocaust-Gedenken, nennt das Buch auf unsere Nachfrage hin "ein wunderbares Zeugnis". Mit den Ermittlungen der "Weltwoche" konfrontiert, zieht Young sich vorerst auf die Position zurück, der "literarische Wert" des Buchs bleibe doch wohl unberührt von der Biographie des Autors.
War das Lob für Wilkomirski nur eine Form der Abwehr?
Leider ist dieser bequeme Weg, den peinlichen Fall auf das neblige Terrain des Ästhetischen zu verschieben, blockiert - und zwar vom Autor selbst. Es ist nicht möglich, den Streit um Wilkomirski auf die Frage zu beschränken, ob sein Buch nach "rein literarischen" Kriterien etwas taugt. Der Autor selber versucht sich mittlerweile auf die Literarizität seines Textes zurückzuziehen, wie aus einem Interview mit dem Zürcher "Tages-Anzeiger" hervorgeht:
"Jeder Leser", so Wilkomirski, "kann dem Nachwort des Buches entnehmen, daß meine Papiere nicht mit meinen Erinnerungen übereinstimmen. Ich kann also nur diese Erinnerungen einer nahtlosen schweizerischen Identität entgegenhalten. Das war von Anfang an klar. Diese Vorwürfe sind nichts Neues. Es stand dem Lesenden immer frei, mein Buch als Literatur oder als persönliches Dokument wahrzunehmen."
... Es ist ja kein Zufall, daß alle Rezensenten den Text als bewegendes Zeugnis bewertet und stilistische Skrupel - von der Drastik des geschilderten Leidens überwältigt - beiseite geschoben haben. Bei solcher Reserve sind höchst respektable Motive im Spiel: das Schuldbewußtsein der Nachfahren der Täter (aber auch der Opfer), der Wunsch nach symbolischer Wiedergutmachung, die Selbstverpflichtung zum Eingedenken - kurz gesagt all jene Verhaltensdispositionen, die gerne als "Betroffenheit" verspottet werden. Wilkomirski ist ein Virtuose dar-

in, die aus dieser Haltung entspringende Unsicherheit auszunutzen.
Aber man würde sich den Fall zu leicht machen, wenn man ihn auf einen geschickten Betrug reduzieren wollte. So einfach liegt die Sache nicht. Denn es ist zwar schmerzhaft, aber es tut auch merkwürdig gut, einen solchen grausigen Text lesend zu ertragen und ihn dann einer vermeintlich unwilligen Öffentlichkeit anzuempfehlen wie eine bittere Medizin.
Es schmeichelt der moralischen Eitelkeit des Kritikers, einen Text voll derartiger Schrecken mit gleichsam versagender Stimme zu loben. An solchen Auftritten voller Schuldstolz ist etwas faul. Man könnte den Fall Wilkomirski vielleicht zum Anlaß nehmen, sich darüber Rechenschaft zu geben. Es hat nichts mit Respekt vor den Überlebenden des Holocaust zu tun, wenn man ihre Texte mit einer Art automatischer Ergriffenheit aufnimmt. Um es noch polemischer zu sagen: Man sollte sich der Frage aussetzen, ob die reflexhafte Angerührtheit, die Wilkomirski entgegenschlug, nicht eigentlich eine subtile Form der Abwehr ist. ...
Von verschiedenen Seiten wurde die Befürchtung geäußert, die Enthüllung könnte, wenn sich Ganzfrieds Behauptungen endgültig bestätigen ließen, politisch fatale Wirkungen haben. Muß diese Geschichte nicht Auschwitz-Leugnern und Antisemiten Auftrieb geben? Wäre die Überführung des vermeintlichen Opfers als Scharlatan nicht ein willkommener Anlaß für die Schweiz, sich entlastet zu fühlen - gerade jetzt, wo dort durch äußeren Druck endlich die Auseinandersetzung mit der historischen Schuld in Gang gekommen ist?
Die Redaktion der "Weltwoche" erhält derzeit viele Leserbriefe, die solchen Sorgen Ausdruck geben. Sie sind unbegründet: Die Auschwitz-Leugner haben auf Wilkomirski nicht warten müssen, um ihren Wahn zu pflegen. Und wenn sich die "Bruchstücke" als bloße Opferphantasie erweisen sollten, so werden damit die Zeugnisse, Gedichte und Romane wirklicher Opfer nicht diskreditiert.
Ein dauerhafter Schaden kann nur dadurch entstehen, daß der Status des Textes ungewiß bliebe, wie sein Autor es jetzt wünscht. Daß es jedermann freisteht, an die Authentizität der Berichte über den Holocaust zu glauben oder nicht zu glauben - dies ist ja gerade die zynisch-entspannte Position der modernen Revisionisten, die die Lektion der postmodernen Erkenntnistheorie gelernt haben.
Wilkomirskis neue Unentschiedenheit über den eigentlichen Charakter seines Buches steht übrigens in krassem Widerspruch zu seinem öffentlichen Auftreten in den vergangenen Jahren. Weil er dabei weite Kreise gezogen hat - von den Hilfsorganisationen der Opfer über die psychotherapeutische Helferszene bis zu historischen Fachkongressen -, ist dies keine Affäre, die den Literaturbetrieb allein betrifft.
Raul Hilberg, der Pionier der Holocaustforschung, erinnert sich in einer Stellungnahme, um die wir ihn gebeten haben, an seine erste Begegnung mit dem Autor der "Bruchstücke":
"Auf Wilkomirskis Buch wurde ich zuerst durch Professor Lawrence Langer aufmerksam gemacht, ein Spezialist für die Literatur des Holocaust. Wir waren in einem Flugzeug auf dem Weg zu einem Kongreß der Notre-Dame-Universität, wo Wilkomirski einer der Sprecher sein sollte. Langer hielt die "Bruchstücke" für einen sehr guten Roman. Als ich Wilkomirski traf, fragte ich ihn, ob das Buch Fiktion sei. Seine Antwort war ein entschiedenes Nein - seine Erzählung sei ein Buch der Erinnerung.
In seiner Rede faßte Wilkomirski den Inhalt des Buchs zusammen und fügte Details hinzu, zum Beispiel daß er kürzlich nach Riga gereist sei und das Haus habe identifizieren können, in dem er gelebt habe. Oder daß er in Majdanek in Feld 5 untergebracht gewesen sei. Seine Rede wurde mit stehenden Ovationen aufgenommen.
Beim Lesen stieß ich auf Passagen mit detailliert beschriebenen Vorfällen, die mir sehr unwahrscheinlich oder völlig unmöglich erschienen. Die Beschreibung von Partisanenbanden und deutschen Panzern in Polen war eindeutig eine Erfindung. ...
Ironischerweise waren die Skeptiker keine Holocaust-Spezialisten. ... Die Frage ist: Wie

konnte dieses Buch als Autobiographie in mehreren Verlagen durchgehen? Wie konnte es Wilkomirski Einladungen vom Holocaust-Museum der Vereinigten Staaten ebenso wie von anerkannten Universitäten einbringen?"
Im Washingtoner Holocaust-Museum liegt, wie man per Internet im Archivsystem erfahren kann, seit September 1997 auf sechs Videokassetten ein ... Interview mit Binjamin Wilkomirski vor.
Auch Steven Spielbergs "Survivors of the Shoah Visual History Foundation" hat den Zeitzeugen Wilkomirski in ihre Videosammlung aufgenommen, wie Recherchen der Redaktion "Kulturzeit" (3Sat) ergeben haben. In der israelischen Forschungsstätte Yad Vashem sind nach Auskunft des Suhrkamp Verlags "die Lebensgeschichte Binjamin Wilkomirskis und der Suchantrag nach seinen Eltern ohne Einspruch aufgenommen worden". ...
Was sagt uns der Fall Wilkomirski nach all dem bisher Bekannten über das Problem der Zeugenschaft? Darüber muß nun geredet werden, denn in absehbarer Zeit werden uns keine leibhaftigen Zeugen des Holocaust, sondern nur noch ihre Zeugnisse zur Verfügung stehen, wenn wir uns der historischen Wahrheit vergewissern wollen.
Raul Hilberg glaubt, daß hier ein grundsätzliches Problem unserer heutigen Erinnerungskultur zutage tritt: "In der jüdischen Gemeinde gibt es seit langem eine Vorliebe für die Idee, daß die Geschichte des Holocaust aufgrund jüdischer Quellen geschrieben werden muß. Nur solches Material stelle die Härte der deutschen Maßnahmen gegen die Opfer detailgenau dar.
Es gibt allerdings sehr wenige jüdische Dokumente, und die meisten davon sind Unterlagen wie die Berichte der Judenräte an die deutschen Behörden, die sich bis heute in den deutschen Archiven befinden. Was bleibt, sind die Aussagen der Überlebenden, ihre Memoiren inbegriffen. In den letzten Jahren ist die Suche nach diesen Überlebenden organisiert und mit Eifer betrieben worden. Ein wahrer Kult des Zeugnisablegens hat begonnen.
Jetzt, da diejenigen auszusterben beginnen, die die Katastrophe als Erwachsene erlebt haben, wenden sich die Interviewer und Lektoren den überlebenden Kindern zu. Bald werden wir dann auch Erzählungen von den Kindern der Überlebenden bekommen, und diese Nachkriegskinder werden die Geschichte aus zweiter Hand erzählen. Kein Wunder, daß Wilkomirski sich unter die Menge mischen konnte. Sein Erscheinen war nahezu unvermeidlich."<<
Der schweizerische Sozialphilosoph Arthur F. Utz (1908-2001) berichtet im September 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 9/10 – 1998 (x853/...): >>**Gewissensfreiheit und Wahrheit**
Freiheitsrechte und Bindung
... Der Staat, der einzig die rechtliche Organisation der Gesellschaft im Visier hat, kümmert sich in seiner Erklärung der Gewissensfreiheit nicht um die vom Konzil genannte Pflicht des einzelnen Gott gegenüber, er sieht nur die des einzelnen im Zusammenhang mit seiner Existenz in der Gemeinschaft. Die Kirche mußte sich dieser Entwicklung des Rechtsempfindens anpassen, um ihrerseits ihr Existenzrecht im modernen, säkularisierten Staat zu retten.
Sowohl der Staat wie die Kirche haben die Trennung von Recht und Moral in der zivilen Gesellschaft zugrunde gelegt, doch jeweils mit je verschiedener Begründung. Daß das Vatikanische Konzil diese grundsätzliche Trennung ablehnt, zeigt es, ganz abgesehen von der zitierten Einleitung, auch durch seine Doktrin des Naturrechts, die im sozialethischen Dokument des Konzils "Gaudium et Spes" die Basis aller dort geäußerten Forderungen ist.
Daß der Staat, besonders der wertneutrale moderne Staat, sich grundsätzlich auf den Boden der Trennung von Recht und Moral stellt, ist verständlich. Aber er leistet sich mit der Erklärung der Gewissensfreiheit einen logischen Widerspruch zu seiner Konzeption der Wertfreiheit. Denn indem er den Gewissensspruch des einzelnen als rechtmäßig erklärt, entscheidet er sich in concreto für die Wertung des Individuums. Um die universale Wertfreiheit seiner Ordnungsvorstellung zu retten, muß er in jedem einzelnen Fall die sozialen Komponenten der

nach außen wirkenden Gewissensentscheidung untersuchen und entsprechend die Einhaltung der Grenzen dieser Freiheit nachweisen und einfordern.
Der Bürger der Demokratie hat sich, so wird im Anschluß an Hobbes argumentiert, gewissermaßen in einem Kontrakt verpflichtet, den Mehrheitsentscheid anzunehmen, auch wenn dieser gemäß seinem Urteil der Wahrheit nicht entspricht. Der Regelmechanismus der Mehrheit ist eben kein Urteil über die Wahrheit. Mit der Anerkennung des Mehrheitsprinzips verzichtet die Minderheit auf die politische Anerkennung ihrer Wahrheitserkenntnis. Dafür läßt der Staat dem einzelnen grundsätzlich das Recht auf Gewissensfreiheit und auf ungestörte Religionsausübung.
Was der Staat sich mit dieser subjektivistischen Formulierung eingehandelt hat, wird er dann feststellen, wenn einmal - was bereits in absehbarer Zeit der Fall sein wird - die Muslime mehr als 50 % der Bevölkerung ausmachen werden. Ein Blick in die vom Mohammedanismus regierten Länder zeigt uns, daß die Muslime bei uns die Religionsfreiheit für sich gern in Anspruch nehmen, in ihren Ländern aber davon nichts wissen wollen.
Dieses Thema wird allerdings erst in der Zukunft akut. Uns quält heute mehr die Frage, wie wir im Hinblick auf die grundgesetzlich garantierte Religions- und Gewissensfreiheit mit den massenhaft einwandernden Sekten fertig werden.
Doch auch dies Problem ist nicht so bedrückend wie die vielen Fälle, in denen einzelne "normale" Bürger ihre Unbotmäßigkeit gegen einzelne Gesetze mit dem Hinweis auf die Gewissensfreiheit rechtfertigen. Teilweise muß hierbei auch das Grundrecht der Personwürde als Rechtfertigungsgrund eigenmächtiger Bewertung der konkreten Situation herhalten.
In den Bereich dieser Problematik, d.h. des Gewissensurteils im Widerspruch zum staatlichen Gesetz, gehört das in der Schweiz geltende "Saisonnierstatut", wonach vom Ausland angeworbene Arbeitskräfte sich nur 9 Monate pro Jahr, und zwar ohne Familiennachzug in der Schweiz aufhalten und arbeiten dürfen, um dann wieder in ihre Heimat zurückzukehren, mit der Möglichkeit in den folgenden Jahren wiederum einen gleichen Antrag auf zeitbegrenzte Arbeitserlaubnis zu stellen. Erst nach mehrmaliger saisonbedingter Arbeitserlaubnis können diese Arbeiter eine Niederlassungsbewilligung auf Dauer beantragen und entsprechend ihre Familie nachziehen.
Das Saisonnierstatut wurde unter dem Hinweis auf Familienfeindlichkeit viel kritisiert und auch auf Geheimwegen umgangen, wobei die Helfer bei der Zuwiderhandlung gegen das Gesetz sich auf die Freiheit der Gewissensüberzeugung zu stützen suchten. In der Tat konnte ein in der Schweiz Ansässiger sich verpflichtet fühlen, die Familienangehörigen des Saisonarbeiters geheim unterzubringen und dafür zu sorgen, daß die Ehefrau und Mutter irgendwo auf dem schwarzen Markt, z.B. als geheim angestellte Haushaltsgehilfin, ihren Unterhalt verdienen konnte.
Eine ähnliche Situation liegt hinsichtlich des Asylrechts vor. Und zwar handelt es sich hierbei um widerrechtliche Unterbringung von zwangsweise ausgewiesenen Asylanten. Auch hier wird wiederum aus der Überzeugung gehandelt, daß die staatliche Verordnung ungerecht sei. Eine besondere Brisanz bekommt diese widerrechtliche Handlung, wenn sie von kirchlichen Institutionen mit der Berufung auf das Kirchenasyl öffentlich vollzogen wird, um die staatliche Obrigkeit auf die zwingende Notwendigkeit einer Gesetzesänderung hinzuweisen, wie dies auf den Fall von Dinklage zutrifft, wo die Polizei im Jahr 1997 eine von den Benediktinerinnen mit der Berufung auf "das kirchliche Asylrecht" beherbergte ukrainische Familie festgenommen hatte.
Die Ordensschwestern konnten sich auf das gemeinsame Wort der Kirchen Deutschlands vom 4. Juli 1997 "Gemeinsames Wort zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht" berufen, das die Aktion des Kirchenasyls als "verständlich und auch legitim" erklärte, "wenn Kirchengemeinden in bestimmten Einzelfällen nach gewissenhafter Prüfung zu dem Ergebnis

gelangen, sich schützend vor einen Menschen stellen zu müssen, um zu vermeiden, daß ihm der ihm zustehende Grundrechtsschutz versagt wird".
Die Rechtmäßigkeit einer solchen Aktion wird begründet durch den Hinweis auf das vom Staat anerkannte Ziel der Kirche, d.h. ihre Liebestätigkeit zugunsten von Armen und Verfolgten. Damit stützt sich die Kirchengemeinde nicht nur auf das allgemein anerkannte Recht auf ein Handeln gemäß dem Gewissen, sondern zusätzlich auch auf ihre eigene Kompetenz zur Entscheidung, worin ihre Liebestätigkeit zu bestehen hat.
Die Kirche wird in eine peinliche Situation hineinmanövriert, wenn Überzeugungstäter durch gewaltsame Asylnahme vatikanische Botschaften besetzen. Einerseits muß die Kirche ihre Pflicht zur Nächstenliebe und zum humanitären Beistand unter Beweis stellen, andererseits verstößt sie gegen die öffentliche Ordnung.

Die ethische Analyse

Die ethische Analyse, um die es hier geht, befaßt sich mit einer individuellen Entscheidung, die im Widerspruch zu einem staatlichen Gesetz steht, aber unter Berufung auf die Gewissens- und Religionsfreiheit gerechtfertigt wird. Diese etwas komplizierte Definition des Objekts enthält zwei Möglichkeiten von Widerspruch zum staatlichen Gesetz, je nachdem es sich um ein Verbot oder ein Gebot handelt.
Das staatliche Gesetz, das ein Gebot enthält, setzt im Bürger eine moralische Haltung voraus, die sich in einem positiven Akt, in einer Leistung äußert. Die Aufkündigung des Gesetzesgehorsams, z.B. gegen das Steuergesetz, besteht in diesem Fall in einer passiven, nicht aktiven, Widerstandshandlung. Die Juristen erklären nun, daß das im Grundgesetz garantierte Recht auf Gewissensfreiheit nur für diesen Fall des Gebotes gilt, so daß der Widerstand sich nur in einem passiven Verhalten, in einem zivilen Ungehorsam äußert.
Anders verhalte es sich, wenn einer gegen ein staatliches Verbot handelt. Die Handlung besteht in diesem Fall nicht nur in einer Abstinenz, sondern einer echten Handlung, in der die Opposition gegen das Gesetz zum Ausdruck kommt. Nach der Erklärung der Juristen soll sich darum der Opponent nicht mehr auf die im deutschen Grundgesetz garantierte Gewissensfreiheit berufen können.
Aus der Sicht des Ethikers, der jedes Gesetz, sei es ein Verbot oder ein Gebot, unter dem Gesichtspunkt der natürlichen Gerechtigkeit beurteilt, ist die von den Juristen vorgenommene Unterscheidung irrelevant. Im Zentrum unseres Fragekomplexes steht ein echter Widerstand gegen ein Gesetz. Die ethische Frage heißt also: Welche Bedingungen müssen erfüllt sein zur naturrechtlichen Begründung der Unrechtmäßigkeit eines staatlichen Gesetzes? Bleiben wir der Einfachheit halber beim Asylgesetz.
Der Staat hat sich durch die Formulierung des Asylrechts als eines subjektiven Rechts selbst beschränkt und gewissermaßen geopfert. Er behält sich lediglich das Recht der Prüfung vor, ob der Asylsuchende wirklich als Verfolgter zu gelten hat. Ohne Rücksicht darauf, was er im Hinblick auf die Situation in seiner Gesellschaft überhaupt zu leisten vermag, übernimmt er durch die uneingeschränkte Anerkennung des subjektiven Rechts auf Asyl die Pflicht zur Aufnahme des Flüchtlings. Damit hat er die höchst moralische, im Evangelium geforderte Pflicht für sich als rechtlich verbindlich erklärt mit der Konsequenz, daß er seinerseits in eine praktisch nicht zu meisternde Situation hineingerät.
Anders sieht es im Naturrecht aus. Naturrechtlich besagt das Recht auf Asyl nicht, daß die Aufnahme gerade in dem Land stattzufinden hat, das sich der Asylsuchende gewählt hat. Es wendet sich grundsätzlich an die Menschheit. Solange es keine völkerrechtliche Regelung der Aufnahmepflicht gegenüber Asylsuchenden gibt, fehlt dem sogenannten Grundrecht auf Asyl der Adressat.
Man muß die Dinge konkret sehen. Die Bundesrepublik Deutschland beherbergt mehr Asylanten als alle andern Staaten der EU zusammen. Hier manifestiert sich eine eklatante Ungerech-

tigkeit hinsichtlich der Verteilung der Lasten.
Daß sich viele in der Heimat Verfolgte an Deutschland wenden, liegt nicht nur an der diesbezüglich unglücklichen geographischen Lage Deutschlands, sondern auch daran, daß man in dem "sagenhaft reichen" Land besser aufgehoben ist als anderswo. Eine scharfe, durch die Behörde des aufnehmenden Staates vorzunehmende Kontrolle ist selbstverständlich und auch notwendig. Vorgängig aber müßte der Staat das Asylrecht so formulieren, daß auch auf die sozialen und politischen Verhältnisse im eigenen Land Rücksicht genommen wird, dies auch im Hinblick auf die ungerechte Lastenverteilung unter den Staaten.
Natürlich muß der Asylsuchende zunächst von dem Staat aufgenommen werden, an den er sich erstmalig wendet. Ob er aber in diesem Staat sein endgültiges Asyl finden soll, bleibt offen. Vielleicht muß er, sofern es ein anderes hinsichtlich der Aufnahme von Asylanten besser gestelltes Land gibt, dorthin verwiesen werden. In jedem Fall hat der Staat das Recht, den Asylanten, wenn in seinem Heimatland keine Widerstände mehr drohen, in das Heimatland zurückzuschicken. Das alles ist hart und bedauernswert und ist vom einzelnen Mitmenschen, der mit dem Asylanten leidet, kaum zu verstehen.
Wer ist nun kompetent, den Bescheid der staatlichen Behörde nach Maßgabe der Gerechtigkeit zu beurteilen? Etwa der Asylsuchende oder ein anderer, der das Elend des Asylsuchenden aus der Nähe erfahren hat, oder die Kirche, gemäß der nach christlichem Ethos jeder in Not Geratene, woher er auch komme, ihren Schutz verdient, weil sie den göttlichen Auftrag hat, der Liebe und der Gerechtigkeit zu dienen?
Was den Asylsuchenden betrifft, so muß auch er sich fragen, ob er nicht vielleicht zu Hause mit größerer Umsicht hätte handeln sollen. Ein überzeugter Kommunist sollte sich überlegen, ob es gerecht ist, eine politische Tätigkeit zu entfalten, bei der er im vorhinein mit der Flucht in ein Asylland rechnen muß. Ein Bürger, der sich in die Meinung verbissen hat, daß die politische Trennung seiner Ethnie ein historischer Irrtum war, der endlich bereinigt werden muß, müßte sich zuerst überlegen, ob er seine persönliche Überzeugung in einer politischen Gewaltaktion zum Ausdruck bringen darf, wodurch ein grausamer Krieg vom Zaun gebrochen und ein noch größeres Elend bewirkt wird, als es bereits besteht. Er flieht dann ins Ausland und rechnet dort mit dem Asyl.
Wenn der Verfolgte einmal in seinem Wahlland angekommen ist, kann dieses mit ihm keine Gewissenserforschung veranstalten, ob er klug oder unklug gehandelt hat. Er ist nun einmal hier und zählt für alle, nicht nur für die Kirchen, ohne Einschränkung als Mitmensch, der nach den gesetzlichen Regeln human zu behandeln ist. Ob man ihm allerdings noch die Freiheit gewähren soll, politische Manifestationen zu veranstalten, mit denen auch das Asylland diplomatisch belastet wird, ist eine andere Frage. Wenn nun die Behörden des Asyllandes festgestellt haben, daß die Gefahr im Heimatland behoben ist, und darum die Ausweisung anordnen, wem steht dann das Kontrollrecht zu?
Natürlich wird der Asylant in den meisten Fällen empfinden, daß man ihm eine Ungerechtigkeit antut, dies um so mehr, als er sich im Asyl gut akklimatisiert hat und hier bessere Zukunftschancen sieht als in seiner kriegszerstörten Heimat. Und auch diejenigen, die den Asylanten schätzen gelernt haben, werden ihm beipflichten. Besonders die Kirchen, die sich als beauftragt betrachten, Notleidenden und Unterdrückten zu helfen, werden auf ein Recht pochen, auch über den Staat hinweg mit allen Mitteln, selbst mit dem kirchlichen Asyl, zu helfen.
Wenn nun der Asylant sein Urteil nicht als allgemein gültige Wahrheit verteidigen kann, weil der Sachverhalt von allen Seiten aus zu beurteilen ist, wozu der Asylant nicht in der Lage ist, kann dann vielleicht sonst ein Bürger des Asyllandes von sich sagen, er habe im konkreten Fall die Wahrheit gefunden?
Das ist eine schwierige ethische und vor allem sozialethische Frage. Bevor man sich damit

befaßt, muß man sich fragen, ob es für einen solch konkreten Sachverhalt überhaupt eine Wahrheitserkenntnis gibt, die von allen als allgemeingültig akzeptiert werden muß. Diese Fragestellung gliedert sich in zwei Teile:
1. Worin besteht die ethische Wahrheit?
2. Welche Behauptung kann als allgemeingültig bezeichnet werden? ...

Resultat

... Wenn aber eine kirchliche Institution ihre Opposition gegen eine staatlich verfügte gewaltsame Ausweisung eines Asylanten mit dem kirchlichen Asyl kundtun will, müssen die verantwortlichen Kirchenleute ihre Unterschrift unter die Maßnahme geben, zum Zeichen, daß nicht die Kirchengemeinde, sondern sie persönlich dafür haften und auch die gesetzliche Strafe übernehmen. Ein solches Unternehmen ist immer noch reichlich gewagt, weil die betreffenden Vertreter der Kirche bedenken müssen, daß sie unter Umständen das Ansehen der gesamten Kirche in Gefahr bringen.
Solange es keinen völkerrechtlichen Verteilungsschlüssel gibt, kann man mit dem naturrechtlichen Begriff der Gerechtigkeit gegen den Staat nicht argumentieren. Die gesamte Kontroverse wäre weniger aufregend, wenn im Grundgesetz das Recht auf Gewissensfreiheit nicht so subjektivistisch formuliert, sondern deutlich der gesamtgesellschaftliche Rahmen miterwähnt worden wäre, innerhalb dessen das subjektive Recht erst seinen Platz und seine Geltung hat. Hintergründig spielt hier das Mißverständnis eine Rolle, Gewissensfreiheit sei das gleiche wie Entscheidungsfreiheit. Der Gewissensspruch ist nicht Sache des freien Willens oder, wie es in Kantischer Formulierung heißen würde, Sache der Willkür.
Das Gewissen ist ein am Sein orientiertes Kontrollorgan der praktischen Erkenntnis. Mit der betont am Sein, d.h. der objektiven Wahrheit orientierten Erkenntnis ist jede Willkür ausgeschlossen. Die Gewissensfreiheit darf darum nicht der Entscheidungsfreiheit gleichgesetzt werden. Sie ist an die Wahrheit gebunden, und zwar erstens an die theoretische, wie in unserem Fall an eine sehr kompliziert festzustellende, zweitens an die vom rectus appetitus geleitete praktische Wahrheit.<<

16.10.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Oktober 1998: >>**Ermittlungen gegen früheren KZ-Arzt**

Gegen den letzten lebenden KZ-Arzt von Auschwitz, Hans Münch, haben deutsche Behörden Ermittlungen wegen Mordes und Beihilfe zum Mord aufgenommen. ...
Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat ein früheres Ermittlungsverfahren gegen den 87jährigen wieder aufgenommen, weil in der Gauck-Behörde bislang unbekannte Stasi-Unterlagen entdeckt worden seien. ...<<

23.10.1998

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. Oktober 1998: >>**NS-Verfolgte fordern Geld für Hinterbliebene**

... Der tschechische Zwangsarbeiterverband will gegen deutsche Firmen klagen.
"Die Schadenersatzforderungen dürfen sich nicht nur auf die Überlebenden beschränken", sagte am Donnerstag Lothar Evers vom Bundesverband der NS-Verfolgten. Auch Witwen und Waisen müßten entschädigt werden. Evers forderte weiter, die finanzielle Leistung der deutschen Unternehmen müsse deutlich höher sein als 1,25 Milliarden Dollar. Diese Summe hatten jüdische Organisationen kürzlich mit Schweizer Banken ausgehandelt. ...<<

04.11.1998

BRD: Norbert Happ wird am 4. November 1998 in Siegburg mit dem "Rheinlandtaler" des Landesverbandes Rheinland ausgezeichnet.
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11/12 - 2000 veröffentlicht später die Ansprache des Försters Norbert Happ zur "Verleihung des Rheinlandtalers" in Siegburg

(x853/...): >>**"Heimat"**
Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren,
In den letzten Tagen und Wochen habe ich mich aus naheliegenden Gründen intensiver mit dem Begriff Heimat auseinandergesetzt, etwas, was mir bisher kaum in den Sinn kam, da für mich der Begriff Heimat selbstverständlicher Lebensbestandteil war, - so selbstverständlich, daß ich nicht weiter darüber nachgedacht habe. Das Schindluder, das in meiner Kindheit politisch mit den Begriffen Volk, Vaterland, Heimat und Scholle getrieben wurde, hat mich damals noch nicht erreicht und so keinen Schaden hinterlassen.
Nun war ich des naiven Glaubens, wenn ich alles lese, was mir an Literatur über den Begriff Heimat in die Hände fällt, könnte ich eine prägnante, vielleicht sogar kurze, zusammenfassende Definition erstellen: Was ist Heimat? Und ich habe gelesen von Ernst Rudorff über Hermann Löns bis zum Brockhaus - und ich bin an meinem Vorhaben gescheitert, mußte scheitern. Es gibt sie nicht die umfassende Definition, zu mehrdimensional, zu facettenreich, zu komplex, ja viel zu kompliziert ist dieser Begriff.
Heimat reicht von Jugendheimat, Lebensheimat, geistiger, kultureller, sprachlicher, politischer und himmlischer Heimat hin bis zur Heimat als Rechtsbegriff. Immer allerdings ist es ein überschaubarer Orientierungsraum, der es dem Menschen erlaubt, heimisch zu werden. Dabei ist Raum nicht nur als Ort und Landschaft zu verstehen, sondern durchaus auch als Raum in Geist, Seele und Gefühl. Und so muß zwangsläufig der Heimatbegriff verschiedener Menschen so unterschiedlich sein wie ihre Herkunft, ihr Lebensweg und ihre Bindungen.
Heimat ist Landschaft, - nicht nur die freie Landschaft, sondern auch die dörfliche und urbane, unterschiedlich empfunden bei Jugendheimat und Lebensheimat, die ja heute bei vielen Menschen nicht mehr deckungsgleich sind.
Heimat ist Sprache, - unsere deutsche Sprache oder auch Mundart als Muttersprache. Mundart oder auf rheinisch "Platt" - zu lange verpönt nach dem Motto: "Wer Platt spricht ist des Hochdeutschen nicht mächtig".
Längst überholt ist diese Diskriminierung.
Wie reich ist doch Mundart, wie viele Abstufungen und unterschiedliche Begriffe gibt es in der Mundart für Tätigkeiten, Befindlichkeiten und Gerätschaften, wo das Hochdeutsche oft nur eine Bezeichnung kennt.
Übt man, wie ich, seinen Beruf auf dem Lande aus, kommuniziert es sich viel leichter in der Landschaftssprache, die ich gelernt habe, ohne die Sprache der Jugendheimat zu verlernen, ganz bewußt. Wichtige, oft lustige Nuancen würden mir sonst entgehen, auf deren Genuß ich nicht verzichten möchte, herzerfrischende Idiome und Zwischentöne.
Vieles ist und geht verloren, muß verloren gehen. Wer mit einem Gerät nicht mehr arbeitet, weil es nicht mehr gebraucht wird und weil es das Werkzeug nicht mehr gibt, kann nicht mehr wissen, wie das Werkzeug und die damit verbundene Tätigkeit heißen.
Aber was wird aus unserer deutschen Sprache, wenn wir sie weiter malträtieren? Ich meine nicht die Rechtschreibreform; da werde ich mir eine eigene Altersklausel einbauen. Sie tritt für mich nicht mehr in Kraft. Mögen sich, wenn es denn ansteht, Redakteure damit beschäftigen und nachbessern, mir ohnehin angenehmer, als wenn sie Sinngehalte ändern.
Heimatverlust durch Sprachüberfremdung. Wir kommen bei den heutigen Kommunikationsmitteln um die Weltsprache Englisch nicht herum. Ich habe nichts gegen diese Sprache, schon gar nichts gegen das zugehörige Land, das ich sehr schätze. Aber muß denn diese Sprache in jeder sich bietenden Situation der unsrigen übergestülpt werden?
Stellen Sie sich einmal vor, ich würde als Forstmann und Jäger auf die Idee kommen, einige Forstleute und Jäger einzuladen, um mit ihnen zu überlegen, wie man in unserer Region den Wildbestand intensiver beobachten und erfassen könnte, um seine Behandlung zu verbessern. Man würde doch heute von mir fast erwarten, daß ich einlade zu einem meeting mit einem

brain-storming über ein verbessertes game-monitoring zur Optimierung des wildlife-managements.
Sprache der Dichter und Denker, Heimatsprache, die wir so behandeln, als müsse man einem Gesunden eine Prothese anlegen, geistiger Heimatverlust, gegen den wir einfach etwas tun müssen: jeder, immer, überall.
Und Heimat bedeutet Menschen, - in der Familie, in der Berufsgruppe, im Verein, in der Kirche, in der Partei. Prof. Dr. Antonius John ... hat mir einmal gesagt: Heimat ist da, wo man erwartet wird. Ich möchte dieses Wort ausweiten auf: Heimat ist auch da, wo etwas von einem erwartet wird.
Und Heimat bedeutet Musik und Lieder, - wie viele unserer alten und schönen Lieder geraten in Vergessenheit. Ich weiß, daß es keinen Anschluß mehr gibt an die heutige Zeit, es entstehen keine Volkslieder mehr. Was auch sollten sie besingen? Eine Zuckerrübenkampagne und ein Stau auf der A3 sind nicht der Stoff, aus dem Verse und Melodien entstehen. Aber unsere Lieder sind Bestandteil unserer gewachsenen Kultur, vor allem der ländlichen.
Der Einwand, daß die Texte nicht mehr zeitgemäß oder gar kitschig sind, läßt sich leicht entkräften. Übersetzt man einmal etwas davon, was uns pausenlos aus allen akustischen Medien entgegenplärrt, dann gibt es überhaupt keinen Grund mehr für eine Geringschätzung unserer alten Lieder.
Im vergangenen Jahr fand in Bonn das Jubiläum "75 Jahre Sängerkreis Bonn und Umgebung" statt. Zwei Stunden wurde ausgezeichnet gesungen und musiziert - kein deutsches Volkslied war dabei, wirklich nicht ein einziges. Ich sehe noch vor mir das silberhaarige Halbrund einiger vereinigter Frauenchöre.
Tapfer und wirklich gut haben sie sich durch Partien des Musicals "Cats" gekämpft. Einige der Damen haben mir hinterher allerdings gestanden, daß sie noch nie vorher mit der englischen Sprache zu tun gehabt und doch vielleicht lieber "Im schönsten Wiesengrunde steht meiner Heimat Haus" gesungen hätten. Besser hätte es gepaßt und manchem hätte es auch besser gefallen, mir auch, durchaus wissend, daß der wenigsten Heimathaus im schönsten Wiesengrund steht oder stand.
Es steht nicht gut um ein Volk, das seine eigenen Lieder nicht mehr kennt und nicht mehr singt und die Sprache seiner Dichter verleugnet. Wir können und dürfen uns der multikulturellen Gesellschaft nicht verschließen - es wäre welt- und zeitfremd. Aber wir dürfen dennoch unsere Wurzeln nicht vernachlässigen. Auch ein hohler Baum mit angefaulten Wurzeln kann noch eine Weile grüne Blätter tragen, ohne daß man merkt, wie es um ihn steht - es fragt sich nur, wie lange.
Heimat läßt sich an vielen Punkten festmachen, und vielleicht kann man das so ausdrücken: Heimat entsteht, wenn man irgendwo aus der Seele oder auch aus dem Gemüt heraus ein Band des Vertrauens und des Vertrautseins anknüpfen kann, an Menschen, Landschaften, Gebäude, Bäume, Melodien und Stimmungen. Viele Bänder ergeben einen festen Halt und fester Halt gibt feste Werte.
Dabei sind die Bänder der Erinnerung an die Kindheits- und Jugendheimat besonders gefühlsträchtig und illusorisch. Geht man wieder einmal die alten Wege, erwartet man die alten Bilder, die alten Stimmungen, die es nicht mehr gibt.
Zu schnellebig war und ist unsere Zeit. Wenn es in einem alten Lied von der Rückkehr in die Heimat heißt: "Die alten Straßen noch, die alten Häuser noch, die alten Freunde aber sind nicht mehr", so könnte man heute singen: "Die alten Straßen nicht, die alten Freunde nicht, die alten Häuser sind erst recht nicht mehr".
Eine Melodie meiner südoberbergischen Jugendheimat hat sich mir tief eingegraben: Das vielstimmige Pinken des Sensendengelns, vermischt mit dem Wachtelruf maimorgens in aller Frühe - Melodie der Heimat, beileibe nicht "Heimatmelodie", nie aufgezeichnet, nicht repro-

duzierbar, unwiederbringlich dahin. Wieviel Musik dieser Welt gäbe ich dafür, sie noch einmal zu hören.
Und der Heimatwald, zu Recht dort "Busch" genannt, - Lohwald mit seinem bunten Leben. 10 Jahre bin ich zu spät geboren, um das Birkwild noch als Charaktervogel dieser Landschaft erleben zu können - längst vergessen, nicht mehr vermißt. Verfichtet, flurbereinigt, die Pfade fleißiger Vorväter verwachsen, die Erinnerung an ihre Gestalten verweht. Blühende Waldwiesentäler mit den roten Punkten der damals noch nicht verfemten grazilen Rehe, sitkaverfichtet oder ponybeweidet, zertreten, verdrahtet und zerhüttelt.
Hochwald habe ich erst in meiner jetzigen Heimat, im Kottenforst, kennengelernt - die Ehrfurcht vor alten Bäumen hat mich nie mehr verlassen, ihre Ernte fällt mir schwer.
Der Blick auf Fachwerkdörfer im Rund waldiger Höhen, im Flor (in der Blüte) blühender, altehrwürdiger Obstbäume ist mir unvergessenes, verlorenes Vergangenheitsbild. Die meisten Häuser sind längst rivergipst, glasbauversteint, gartenverzwergt und blauumfichtet. Die Obstbaumveteranen, die Generationen von Vorfahren gesehen haben, sind vor Jahrzehnten wahnwitzigen Abschaffungsprämien zum Opfer gefallen.
Alle Fernsehbilder dieser Welt gäbe ich dafür, diese Dörfer mit der Buntheit und Vielfalt ihres ländlichen Lebens und ihrer Gestalten noch einmal zu sehen und zu erleben. Schlafnester sind es heute, überwiegend ohne jedes bäuerliche Leben und damit ohne jegliche eigenständige Kultur.
Mit der Kuh und der letzten zugeteerten Wegepfütze geht die Schwalbe - dem Menschen durch Jahrtausende zugesellt -, mit dem letzten hohlziegelgedeckten Schuppen oder Stall geht sogar der Spatz. Bunter wird unsere Welt nicht, nur greller, nicht reicher an Melodien, nur lauter.
Aber wer die Getreidehocken auf dem Felde vermißt und die kunststoffverpackten Rundballen industrieller Landbewirtschaftung reklamiert, sollte sich des händischen Garbenbindens erinnern und der abertausend stechenden Disteln. Und wem der Heuduft der ehemaligen Blühwiesen fehlt - Welten liegen zwischen ihm und dem Geruch heutigen Grasheus -, der sollte stundenlang in glühender Sonne Heu von Hand gewendet und ebenso lange unter die Dachsparren immer zu kleiner Scheunen gestampft haben. Und wer die alten Häuser beklagt, sollte sich des Wintertags in der Schüssel gefrorenen Waschwassers erinnern.
Und wer die fehlende Kuh im kleinen Stall vermißt, der sollte einmal frühmorgens und abends eine oder mehrere von Hand gemolken und gemistet haben, und zwar nicht nur einmal, sondern täglich, wirklich jeden Tag - auch Heiligabend. Und er sollte wissen, wie es ist, mit Mann und Maus von dreien oder vieren solcher Tiere und ein paar Morgen steinigen Ackers leben zu müssen.
Und dann sollte er sich fragen: Will ich das wirklich oder möchte ich nur hin und wieder staunend diese verlorene Welt als Museum betreten?
Ich für meinen Teil weiß es nicht, die Bilder der Jugendheimat brennen mir mitunter schmerzhaft in der Seele. Die Erinnerung aller Mühsale ist verblaßt; ich habe sie selbst nur noch in kleinen Proben erleben müssen. Aber vielleicht ist es gut, daß sich die Frage der Entscheidung nicht stellt, sich nicht mehr stellen kann.
Kehren wir in die heutige Wirklichkeit zurück: Heimat kann nicht Leben in einem Museum sein, Heimat ist nicht Lebensmuseum. Und Heimatpflege kann nicht allein nostalgisch verbrämte Konservierung sein, sie würde zwangsläufig scheitern. Wirtschaft und Verkehr, Handel und Wandel bleiben in stetiger Bewegung und Entwicklung.
Aber Heimatpflege kann und muß den behutsameren Umgang mit Gewachsenem fordern und fördern. Die Zeiten des Glaubens an einen uneingeschränkten Fortschritt scheinen - gottlob - vorbei zu sein, weil vieles als Fortschritt erschien, was sich als kultureller Rückschritt erwies.
...

Auch ich habe lernen müssen, daß Heimat nicht mehr ein auf die Vergangenheit gerichtetes, verklärtes Gefühl sein kann, das nur noch in Relikten in die Gegenwart hineinragt, sondern eine anzustrebende Ordnung einer Landschaft oder Gemeinde zur Steigerung von Heimatgefühl als Lebensqualität mit beiden Blickrichtungen: in die Vergangenheit und aus der Gegenwart in die Zukunft. ...
Wenn man selber Heimat hat, ist neben ihrer Pflege, Erhaltung und Weiterentwicklung das Wichtigste, daß man bereit ist, auch Heimat zu geben. Heimat zu geben denen, die zwangsläufig in unsere Heimat kommen und hier leben müssen - nicht weil es ihre Wahlheimat ist, sondern weil es Zeitläufe und berufliche Zwänge so gebracht haben. Dies gilt in außergewöhnlichem Umfang gerade in unserer Region, allerdings einer Region, die damit eine reiche, über 2.000 Jahre alte Erfahrung hat.
Heimat kann man nicht leben, wenn man nicht versucht, alle Menschen, die in ihr leben, mit einzubeziehen, - Heimat bliebe ein unwirklicher Torso. Dieses Vermächtnis eines rheinischen Europäers betrachte ich als Verpflichtung, und das ganz besonders über den heutigen Tag hinaus.<<

06.11.1998

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. November 1998: >>**Polen glauben an Kurswechsel der Bonner Europapolitik**
... Bundeskanzler Gerhard Schröder ist zu einem Arbeitsbesuch nach Warschau gekommen, wenige Tage nach Außenminister Fischer. ...
Der Kanzler distanzierte sich noch einmal von den Forderungen des Bundes der Vertriebenen, Entschädigungen für Vertriebene zu einer Vorbedingung des polnischen Beitritts zu machen: "Ich habe zu diesen Forderungen kein Verhältnis und gedenke auch nicht, eines herzustellen. Ich halte das für falsch. Diese Regierung wird keine Bedingungen für den EU-Beitritt aufstellen oder akzeptieren."
Seine Antwort nach Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter ist nicht so eindeutig: Es gebe bereits eine Stiftung, die "einen Teil dieser Ansprüche befriedigt", sagte er. ...
Tags zuvor hatte ihr polnischer Vorstand wirkliche Entschädigungen von 10.000 statt 700 Mark pro Opfer gefordert, wie Deutschland die westeuropäischen Zwangsarbeitern nach dem Krieg gezahlt habe. "Wir wollen der neuen Regierung eine Chance geben, die Sache zu regeln. Falls das nicht zustande kommt, werden wir zeigen, wie die Moral dieser linken Regierung aussieht", sagte der stellvertretende Vorsitzende der Stiftung, Jan Parys.
"Bevor es zu irgendwelchen Umarmungen kommt zwischen Politikern, muß diese Sache geregelt werden. Viele Polen finden, Deutschland behandle Polen nicht wie ein Anwalt, sondern wie Kain den Abel."
Doch auch in dieser Frage gibt es von Schröder keine konkreten Zusagen.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärt später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über ähnliche Äußerungen des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (x851/...): >>... Nun einige Worte über die Äußerungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 1. August (2004) in Warschau.
Der Opfer des Warschauer Aufstandes von 1944 zu gedenken ist eine gerechte Sache. Wir sollen aller Opfer mit Ehrfurcht gedenken. Bundeskanzler Schröder hat aber Dinge in Warschau gesagt, die ich als Professor des Völkerrechts und als Nicht-Deutscher überhaupt nicht verstehen kann. Er sagte: "Die Bundesregierung wird die Ansprüche der deutschen Vertriebenen auf Wiedergutmachung - gemeint sind die juristischen Schritte der Preußischen Treuhand - entgegentreten und dies auch vor jedem internationalen Gericht deutlich machen."
Als Völkerrechtler muß ich betonen, daß jeder Staat eine Verpflichtung zum diplomatischen Schutz der eigenen Bürger hat. Dies ist Völkergewohnheitsrecht. Wenn ein Staat Privateigentum von Bürgern anderer Staaten konfisziert, besteht eine Völkerrechtsverletzung, die das

Recht auf Wiedergutmachung mit sich bringt. Es ist halt die Aufgabe des Staates, dieses Recht auf Wiedergutmachung zu behaupten. Tut der Staat dies nicht, so soll und muß der Staat selber seine Bürger entschädigen.
Als Völkerrechtler muß ich aber auch auf das Prinzip der Gleichheit hinweisen. Wenn alle Opfer - Juden, Polen, Tschechen - eine Wiedergutmachung bekommen – nur die Deutschen nicht - dann liegt eine Diskriminierung vor, und dies stellt eine Verletzung der EU-Menschenrechtskonvention und des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte dar. Dies ist eine Frage, die nach Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht, Gegenstand eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, sowie auch vor dem UNO Menschenrechtsausschuß in Genf sein könnte.
Als Amerikaner kann ich absolut nicht begreifen, warum Bundeskanzler Schröder derart diskriminierende Worte in Warschau ausgesprochen hat. Denn sämtliche deutsche Regierungen haben bisher die korrekte völkerrechtliche Haltung vertreten, nämlich daß die Vertreibung ein Unrecht war, und daß die Konfiskationen von Privateigentum ebenfalls völkerrechtswidrig waren. Mit seinen Worten hat Bundeskanzler Schröder die Vertriebenen im Stich gelassen. Ich kann mir keinen amerikanischen Präsidenten ... (vorstellen), der auf die Rechte der amerikanischen Bürger so verzichten würde, wie Herr Schröder es getan hat.
Professor Dieter Blumenwitz der Universität Würzburg kommentierte neulich, daß wenn der Eigentumsbesitz eines deutschen Bürgers von einem ausländischen Staat bedroht sei, müsse die Bundesregierung ihm diplomatischen Schutz gewähren. Falls Bundeskanzler Schröders Äußerungen eine juristische und nicht nur eine politische Wirkung entfalten sollten, könnte eine Verletzung dieser Pflicht vorliegen. Außerdem dürfte nach Artikel 14, Absatz 3 des deutschen Grundgesetzes, die Bundesregierung in die Eigentumsposition eines Bürgers nur eingreifen, wenn sie selbst eine Entschädigung anbiete.
Dies steht natürlich dem deutschen Finanzminister als Alternative frei. Das Lastenausgleichsgesetz vom 1949 steht keineswegs im Wege, denn es heißt in der Präambel des Gesetzes, es sei beschlossen worden "unter dem ausdrücklichen Vorbehalt", daß die Annahme dieser Leistungen "keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen und Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet, und unter dem weiteren ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen für Schäden im Sinne des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes weder die Vermögensrechte des Geschädigten berühren noch einen Verzicht auf die Wiederherstellung der unbeschränkten Vermögensrechte oder auf Ersatzleistungen enthalten." ...
"Zwei andere Fragen von fundamentaler Bedeutung werden durch die Kanzler Äußerungen aufgeworfen:
Erstens, wenn die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen, wobei zwei Millionen ihr Leben verloren haben, kein Verbrechen gegen die Menschheit darstellt, was war sie dann?
Zweitens, wenn anderen Opfern Rückkehrrecht und Restitution gewährt wird, nach welchem Recht und nach welcher Moral kann man die Deutschen anders behandeln?
Beide Fragen sind vom Prinzip der Gleichheit und vom Prinzip der gemeinsamen menschlicher Würde untrennbar. Man kann den Deutschen Vertriebenen eine Wiedergutmachung nicht verweigern, ohne dabei eine völkerrechtswidrige Diskriminierung zu begehen." ...<<

14.11.1998

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. November 1998: >>**Japan: Frieden mit Rußland**

Rußland und Japan haben ungeachtet des Streits über die Süd-Kurilen ihren Willen zum Abschluß eines Friedensvertrages bis zum Jahr 2000 bekräftigt.
Eine entsprechende Erklärung unterzeichneten der russische Präsident Boris Jelzin und der japanische Ministerpräsident Keizo Obuchi am Freitag in Moskau.<<

19.11.1998

BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 19. November 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>Es scheint, als hätte Martin Walser zur Verleihung des Friedenspreises zwei Reden gehalten: eine, die Ignatz Bubis gehört hat, und eine, die zum Beispiel ich gelesen habe.

Ich habe gelesen, daß Walser öffentlich darüber nachgedacht hat, wie die Erinnerung an das, was er unsere Schande nennt, vor Mißbrauch und Instrumentalisierung bewahrt werden kann; wie wir, da wir mit dieser Erinnerung leben müssen, mit ihr auch leben können; wie wir, statt die Erinnerung als Bedrohung oder Nötigung zu empfinden, sie als einen Weg der Erkenntnis nutzen können.

Von der Neigung des Menschen zu verdrängen, was er nicht ertragen und nicht verändern kann, hat er gesprochen. Er hat nicht zum Verdrängen aufgefordert, sondern zu einem Umgang mit der Geschichte, der das Verdrängen nicht herausfordert und das Erinnern nicht zu ritualisierten Lippenbekenntnissen degradiert.

Als ich Walsers Rede las, habe ich an eine andere Rede gedacht, an seine Rede aus dem Jahr 1988, in der er sich mit der deutschen Teilung nicht abfinden wollte und auf einer Normalität beharrte, die ihm erlaubt hätte, in Dresden und Leipzig ins Theater zu gehen wie in München oder Hamburg. Ich war ihm damals dankbar und bewunderte seinen Mut, denn Mut hat er, wie die maßlosen Attacken gegen ihn bewiesen, wirklich gebraucht. Mut hat er auch diesmal gebraucht.

Ich nehme an, Walser empfindet inniger für die Nation als ich, was, wie ich glaube, eher mit der geographischen Herkunft, der Biographie und dem Naturell zu tun hat als mit politischer Gesinnung. Aber steht ein nationales Empfinden, solange es kein nationalistisches ist, wirklich der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus im Wege?

Bubis bemängelt, daß Walser von "unserer Schande" und nicht von Verbrechen spricht. Die Verbrechen hat Walser nicht begangen, aber er nimmt die Schande an, die sie ihm hinterlassen haben, eben weil er nationaler empfindet als andere.

Ich hingegen kann weder denken noch fühlen, daß junge Deutsche an der Schande ihrer Nation tragen müssen, für mich sind junge Deutsche sowenig belastet und zugleich über das Menschenmögliche so warnend belehrt wie junge Dänen und junge Franzosen.

Ich kann in Walsers Bedürfnis, vom gegenwärtigen Deutschland als einer normalen Gesellschaft zu sprechen, keinen Frevel erkennen. Für die anderen Völker werden wir auf lange Zeit kein normales Land sein. Aber wie wollen wir sie von unserer Normalität überzeugen, wenn wir uns selbst den Anspruch darauf versagen?

Man muß Walsers Ansichten, Gefühle und Folgerungen nicht teilen. Über jeden Satz kann gestritten werden. Aber er muß sagen dürfen, was er gesagt hat, ohne als geistiger Brandstifter und verkappter Antisemit bezeichnet zu werden. Zum Erinnern kann niemand gezwungen werden, man muß sich erinnern wollen.

Walser hat, gleichsam in einem Selbstversuch, gezeigt, was die Erinnerungsbereitschaft blokkieren kann. Ich verstehe, wenn das die Opfer der Verbrechen beunruhigt, aber sie stehen nur noch selten den Tätern gegenüber, sondern deren Kindern und Kindeskindern, die sich eigener Taten nicht schämen müssen und deren Bereitschaft, sich zu erinnern, nicht mit dem Hinweis auf Schuld eingefordert werden kann. Sie müssen verstehen wollen, auch zum Verständnis kann niemand gezwungen werden.

Vielleicht hat Walser für die tätige Erinnerung mehr getan als die Tabubewahrer. Wenn diese Rede ausreicht, um sein Lebenswerk zu ignorieren und seine Integrität in Frage zu stellen, wenn Walsers Rede, weil sie sich nicht an eine tabuisierte Sprache hält, vor keinem Mißverständnis und keiner demagogischen Interpretation, auch in dieser Zeitung, geschützt ist, dann war die Diskussion, die er entfacht hat, überfällig.

Er zittere vor Kühnheit, wenn er sage, Auschwitz eigne sich nicht dafür, Drohgebärde zu werden, gestand Walser in Frankfurt.
Auch ich zittere ein wenig, jetzt, da ich ihn verteidige. Warum? Wo lebe ich, daß ich mich fürchte zu sagen, was ich denke?<<

21.11.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. November 1998 über den öffentlichen Zank um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Streit um Walser-Rede zieht Kreise**

Der Streit um die Friedenspreis-Rede des Schriftstellers Martin Walser zieht immer größere Kreise. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker warnte vor einer Eskalation, der deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn legt Ignatz Bubis den Rücktritt nahe. ...
Walser hatte sich bei seiner Rede zum Erhalt des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels gegen eine Instrumentalisierung von Auschwitz als "Moralkeule" gewandt.
Ignatz Bubis, der Zentralrat der Juden in Deutschland, sprach in seiner Reaktion von "geistiger Brandstiftung". ...
Der SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi, früher Bundesbildungsminister und Sohn des unter Hitler hingerichteten Widerstandskämpfers Hans von Dohnanyi hatte den verbitterten Bubis zu dem Kommentar "bösartig" verleitet, als er in einem Beitrag die jüdischen Bürger bat, sich doch einmal zu "fragen, ob sie sich so viel tapferer als die meisten anderen Deutschen verhalten hätten, wenn nach 1933 "nur" die Behinderten, die Homosexuellen oder die Roma in die Vernichtungslager geschleppt worden wären.
Der deutsch-jüdische Historiker und Politologe Michael Wolffsohn, Professor für Neuere Geschichte an der Bundeswehrhochschule in München, wirft Bubis vor, nach dem "Frontalangriff" auf Walser und anschließend auf Dohnanyi übers Ziel hinausgeschossen zu sein. ...
Altbundespräsident Richard von Weizsäcker schreibt in der FAZ zur Verteidigung des Friedenspreisträgers Walser: "Bei Martin Walser gibt es nicht den Schatten eines Versuchs, am Grauen von Auschwitz im allergeringsten herumzudeuteln."<<

30.11.1998

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (49/1998) berichtet am 30. November 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Total normal?**

Der Streit zwischen Martin Walser und Ignatz Bubis wühlt die Nation auf. Ist die Debatte über die "Dauerpräsentation" der Nazi-Verbrechen Auftakt für eine neue deutsche "Normalität" der Berliner Republik?
Das ist sie also, die neue deutsche Normalität: Über 53 Jahre nach der Befreiung der letzten Überlebenden von Auschwitz debattieren hochgeachtete liberale Persönlichkeiten plötzlich über die "Instrumentalisierung unserer Schande", über Erinnerung, Gewissen, den Zwang zum Wegschauen und eine "Moralkeule" namens Holocaust, ganz so, als sei Hitlers Terror-Herrschaft eben erst zu Ende gegangen.
Seit Martin Walsers Rede anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche am 11. Oktober tobt ein erbitterter öffentlicher Streit über den Umgang mit der jüngeren deutschen Geschichte, dessen Heftigkeit und Leidenschaft eher an 1968 als an 1998 denken läßt.
Ob Walser, Bubis oder Dohnanyi: gekränkte Seelen, verletzte Gefühle, Mißverständnisse allüberall. Und der Ton wird immer gereizter. Zuletzt forderte der hanseatische Sozialdemokrat Klaus von Dohnanyi, Sohn eines hingerichteten NS-Widerstandskämpfers, von Bubis gar "eine Aussprache vor dem vollständigen Zentralrat der Deutschen Juden" mit einem symptomatischen Fehler im Eifer des Gefechts: Der Name der Institution ist "Zentralrat der Juden in Deutschland". Das Gespräch, so entschied das Direktorium des Zentralrats, wird vorerst nicht stattfinden.

Schließlich schaltete sich auch noch Altbundespräsident Richard von Weizsäcker ein: "Der Streit wird gefährlich", mahnte er, äußerte Verständnis für Bubis" Erregung und erinnerte daran, daß wir "gegen das ungeheuerliche Gewicht des geschehenen Verbrechens" nicht mit einem noch so verständlichen "Schutz unserer Verletzbarkeit" ankämen.
Neben dem Streit um das geplante Holocaust-Mahnmal ist diese, für viele Beobachter überraschend scharfe Auseinandersetzung die erste große Debatte im Vorschein jener "Berliner Republik", die eine neue Epoche in der deutschen Nachkriegsgeschichte einleiten soll. Der erste, paradoxe Befund lautet: Die alten Gespenster kehren zurück.
Zugleich hat eine neue Generation die Regierungsmacht in Bonn übernommen, deren Verhältnis zur deutschen Vergangenheit abgeklärter, selbstverständlicher, souveräner zu sein scheint. Bundeskanzler Schröder, wie sein Außenminister Fischer Repräsentant der Revolte-Generation von "68, artikuliert einen ganz neuen Ton der deutschen Politik, der freilich nicht überall ohne Skepsis aufgenommen wird.
Da wünscht er sich etwa ein Holocaust-Denkmal, "wo man gerne hingeht", spricht von der Verteidigung deutscher Unternehmen gegen "unberechtigte", gleichsam globalisierte Ansprüche ehemaliger KZ-Zwangsarbeiter und bleibt dem Gedenken an den 80. Jahrestag des Endes des Ersten Weltkriegs in Frankreich "aus Termingründen" fern. Auch sein Antrittsbesuch in Moskau ließ jede historische Sentimentalität, etwa gegenüber der deutsch-russischen Tragödie dieses Jahrhunderts, vermissen. Geld brachte er schon gar nicht mit.
Schröders Umgang mit der Geschichte sei "nicht so verzagt", bestätigt Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye. Die europäischen Nachbarn sollten sich daran gewöhnen, "daß Deutschland sich nicht mehr mit dem schlechten Gewissen traktieren läßt". Ist das also schon die neue deutsche Unbefangenheit, der Schröder-Sound einer neuen "Normalität", die sich nicht mehr von "vergangenheitspolitischen Letztbegründungen", so der Soziologe Heinz Bude, fesseln lassen will? Kommt nun das Ende der Demut, Beginn einer "zweiten Befreiung" Deutschlands?
In seiner Regierungserklärung unter dem Motto "Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen" sprach der Kanzler vom "Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muß", ein Wort, das seinem Vorgänger Kohl, der vor Verdun noch Hand in Hand mit dem französischen Staatspräsidenten der Weltkriegstoten gedacht hatte, von linken Kritikern als böse Verdrängung der Geschichte, als neue deutsche Großmannssucht angekreidet worden wäre.
Verkehrte Welt - nun werden verdächtig konservativ-patriotische Vokabeln wie "Selbstbewußtsein", "erwachsen" und "Nation" von regierenden Alt-68ern zur Definition der "Berliner Republik" in Anspruch genommen, die sie gestern noch den Nationalkonservativen der CDU vom Schlage eines Alfred Dregger um die Ohren gehauen haben. "Die selbstbewußte Nation" - so lautete der damals noch provozierende Titel eines 1994 erschienenen Sammelbandes der "Neuen Rechten" mit Autoren wie Heimo Schwilk, Ernst Nolte und Rainer Zitelmann.
Klingt so jetzt also die Coolness der "Neuen Mitte" ein knappes Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung - nationaler Interessenpragmatismus statt Kohlschem Geschichtspathos und dem moralischen Imperativ des immerwährenden Gedenkens an deutsche Schuld?
Der Streit um die Walser-Rede und Schröders Normalitätsrhetorik - beides markiert jedenfalls das Spannungsfeld deutscher Identität an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Und es kann ja sein, daß die eher zufällige Parallelität der Ereignisse tatsächlich einer höheren Dialektik der Geschichte gehorcht - Möglichkeit für einen neuen Anfang, der aber ohne die erinnernde Bewahrung der alten Schrecken nicht denkbar ist. Ein genaues und immer wieder neues Hinsehen, das jede Art von Fixierung, sei sie negativ oder positiv, überflüssig macht.
So wäre es denn die Chance einer "Berliner Republik", irgendwann wirklich ein "moralisch souveränes Bewußtsein" zu entwickeln, das "weder dem Zwang des Vergessens noch dem

Zwang des Erinnerns erliegt", wie Thomas Assheuer in der "Zeit" formulierte.
Erst diese Haltung, die tatsächlich einem aufgeklärten nationalen Gedächtnis nahekäme, würde ein annähernd normales, nicht neurotisches Verhältnis zur jüngeren deutschen Vergangenheit und damit einen freieren Blick in die Zukunft erlauben.
Doch davon sind wir weit entfernt.
Immer noch beherrschen Reiz-Reaktionsmechanismen, Abwehrrituale, wohlfeile Bekenntnisse und dumme Selbstbezichtigungen die öffentliche Diskussion - und das, obwohl die wesentlichen historischen Fakten, jenseits kleiner, unbelehrbarer Minderheiten, völlig unumstritten sind. So schrieb der "Stern" jüngst in fetten Lettern: "Die Deutschen und ihre Vergangenheit - das ist eine Geschichte aus Verdrängung, Hochmut und der Unfähigkeit zu trauern": ein offensichtlich gedankenloser Unfug, der mit der Wirklichkeit der vergangenen Jahrzehnte so gut wie nichts zu tun hat.
Spätestens seit dem Auschwitz-Prozeß 1963 haben sich Millionen Deutsche mit der Nazi-Tyrannei und dem Völkermord an den Juden in oft schmerzhafter Weise auseinandergesetzt. Auch die Revolte von 1968 wäre ohne die scharfe und bittere Anklage gegen die damalige Vätergeneration der Frontsoldaten und Nazi-Mitläufer nicht denkbar gewesen, und selbst die Gründung der terroristischen "Rote Armee Fraktion" (RAF) war noch ein - verheerender - ideologisch bedingter Reflex auf das Trauma des Holocaust und das moralische Versagen einer ganzen Generation.
In seinem Filmepos "Die zweite Heimat" zeigte Regisseur Edgar Reitz in eindrucksvollen Szenen die ganze, manchmal ungerechte Wucht der Attacken gegen die Eltern, die freilich auch eine Reaktion auf die bleierne Verdrängung war, die viele Mütter und Väter zum Selbstschutz aufgebaut hatten.
Niemand kennt die Zahl der familiären Wortgefechte beim Sonntagsbraten zwischen Flensburg und Füssen, die notorischen Szenen der Vater-Sohn- und Mutter-Tochter-Zerwürfnisse überm aufgeschnittenen Rehrücken mit Kartoffelklößen - Millionen kleiner Dramen, in deren Verlauf die "Moralkeule" (Walser) beidseitig und vielhändig eingesetzt wurde: "Was habt ihr damals gemacht? Was habt ihr gesehen? Was habt ihr gewußt? Warum habt ihr geschwiegen?" fragten die einen. "Ihr habt ja keine Ahnung! Ihr habt leicht reden!" antworteten die anderen.
So heillos diese chaotischen Aussprachen meist endeten, so sehr haben sie doch jener mühsamen gegenseitigen Aufklärung gedient, die Deutschland verändert hat.
Der Generationenkonflikt - nicht nur - am Mittagstisch, die Mischung aus Protest und Selbstverteidigung, Lüge und Wahrheit, Gefühl und Härte war Teil jenes unbequemen, aber extrem realitätshaltigen Diskurses, der auf Dauer gegen die Tendenzen zur Verdrängung arbeitete, auch wenn er sie keineswegs besiegte. Oft hat sie sich nur verschoben. Aber er stärkte die Gegenkräfte.
Als 1979 die amerikanische Serie "Holocaust" lief, schwappte eine neue, diesmal stark medienbeeinflußte Woge von Erregung und Debatte durchs Land, die seitdem immer wieder neue Nahrung erhielt: ob durch Steven Spielbergs Film "Schindlers Liste" oder den Historikerstreit über die Vergleichbarkeit von Hitlers Holocaust und Stalins Gulag, durch beeindruckende Fernsehdokumentationen wie "Soldaten für Hitler" (ARD) und "Hitlers Helfer" (ZDF), den Streit über die provozierenden Thesen des Historikers Daniel Jonah Goldhagen ("Hitlers willige Vollstrecker") oder die heftig befehdete Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht - ganz zu schweigen von den unzähligen, mehr oder weniger populärwissenschaftlichen Publikationen über fast sämtliche Aspekte des Geschehens zwischen 1933 und 1945.
In all diesen Jahren schien es, als rückten die Nazi-Verbrechen mit dem zeitlichen Abstand der Jahre immer näher, bedrängend nahe - Vergangenheit, die nicht vergeht. Längst und unvermeidlich war Auschwitz zur Chiffre geworden für den historisch einzigartigen, nahezu in-

dustriell vollzogenen Genozid, für das Jahrhundertverbrechen, den Zivilisationsbruch schlechthin. Und für eine nie wieder gutzumachende deutsche Schuld, die unentrinnbare Erbschaft einer Nation und ihrer Elite.
Immer neue Jahres- und Gedenktage erinnern daran. Die Worte der Gedenkredner ähneln und wiederholen sich, ja, sie nutzen sich ab. Da erscheint vieles floskelhaft, wie der Vollzug eines puren Rituals. All die Ermahnungen, ja nicht zu vergessen, was geschehen ist, mögen die Jüngeren abstumpfen, bei den Älteren metaphysische Phantomschmerzen und im übrigen jene "Betroffenheit" auslösen, die wenig kostet, aber viel gute Gesinnung demonstriert.
Auschwitz und der Holocaust, so sagte der Berliner Historiker Heinrich August Winkler, wurden für viele Wohlmeinende und politische Gutmenschen eine Art "negativer Sinnstiftung", eine profane Erlösungsreligion als letzte Utopie ex negativo - andererseits eine billige Münze noch billigerer Vorwürfe gegenüber politischen Gegnern oder sonstwie Andersdenkenden.
An diesem Punkt muß man Walser recht geben: Ja, Auschwitz und der Holocaust sind vielerorts zu wohlfeilen Metaphern plattgeredet worden, zu argumentativem Kleingeld gepreßt. Es stimmt: Manche Intellektuelle versuchen, sich auf die Seite der Opfer der deutschen Geschichte zu schleichen, um als die besseren Deutschen dazustehen. Und es ist richtig, daß der Massenmord an den Juden immer wieder auch "instrumentalisiert" wird, um allerlei Unfug moralisch zu rechtfertigen, zum Beispiel die deutsche Teilung als Strafe für Auschwitz oder jenen deutschen Rassismus von links, der den unreflektierten Selbsthaß in der blinden Liebe alles Fremden und irgendwie Nichtdeutschen aufgehen läßt.
Freilich: Man kann recht haben und doch danebenliegen. Oft ist der Ton entscheidend, Stil, Auftritt und Haltung, auch Ort und Zeit. Schon der Ton war merkwürdig. Walsers Friedenspreisrede kam wie die Offenbarung einer lange gehegten, unterdrückten Mischung aus Meinung und Empfindung daher, fein gesponnen, doch auch verquält verquast, eindeutig und ambivalent zugleich. Keine Spur französischer clarté (Klarheit) oder englischer Prägnanz.
Hier sprach ein laokoonhaftes Ich, das scheinbar mit den Ungeheuern der Vergangenheit ringt, Goyas Schreckensbilder im Kopf, höchst gewissenhaft, fast pedantisch ins Innerste schauend, aber auch borniert, selbstbezogen, eitel, dabei triumphal, ein Gewissensriese in Dauernöten: Seht her, hier stehe ich und kann nicht anders!
Er sprach intim fast, sozusagen "zur Seite", doch zugleich in allergrößter Öffentlichkeit, authentisch betroffen, literarisch und politisch in einem Atemzug - ein "performativer Widerspruch" par excellence: Eine intime Beichte als Kapuzinerpredigt mit Fernseh-Live-Übertragung.
Er wollte nur für sich reden und konnte doch sicher sein, vielen, ja der großen Mehrheit nicht nur im Saale geradezu aus der Seele zu sprechen. Der große Beifall gab ihm recht und zeigte: Hier artikuliert sich gewiß keine kleine, tapfere Minderheit gegen den übermächtigen Mainstream politischer Korrektheit, hier bricht sich ein Gefühl Bahn, das nur noch ausgesprochen werden mußte.
Dabei brach Walsers Sonntagsrede Tabus, die längst keine mehr sind: Das Berliner Holocaust-Mahnmal - ein "fußballfeldgroßer Alptraum". Wie oft haben wir das gelesen? Der Historiker Michael Wolffsohn warnt seit langem davor, bei jeder noch so nichtigen Gelegenheit die "Auschwitzkeule" zu schwingen, und die schöne Formel von der "Banalität des Guten", die Walser aus dem Hut zauberte, wurde von dem Hannah-Arendt-Bewunderer Eike Geisel geprägt.
Wenn Walser fast schon kokett mitteilt, immer wieder "wegschauen" zu müssen, und dies auch noch quantifiziert - "bestimmt schon zwanzigmal" -, wenn er bekennt: "Auch im Wegdenken bin ich geübt" und die "Dauerpräsentation unserer Schande" anprangert, dann fragt sich, wer ihn eigentlich mit alldem belästigt dort unten am schilfumrankten Bodensee, wer ihn

zwingt und bedrängt - wenn nicht er selbst und sein eigenes Gewissen.
Auch sein Fernsehapparat wird eine Fernbedienung besitzen, und wenn im ZDF Guido Knopps Serie "Hitlers Krieger" läuft, ein Film über Anne Frank oder irgendeine Dokumentation mit alten Wochenschau-Bildern aus Bergen-Belsen, dann reicht ein Knopfdruck, um zur satirischen "Sat-1-Wochenshow", "Veronas Welt" oder Rudi Carrells "7 Tage, 7 Köpfe" zu gelangen. Nebenher: Ist hier nicht eher jene Abstumpfung das Problem als schmerzhaft aufwühlende Erinnerung? Und: Wo bleibt bei alldem das intellektuelle Vermögen der Abstraktion, ohne das Verstehen sowieso nicht möglich ist?
Walsers deutsche Klage zeigt: Man kann auch die Individualisierung der Erinnerung und des Gewissens wie der "Schande" zum Ritual der Selbstinszenierung eines großen, fast poetisch leidenden Ich überhöhen, das sich scheinbar vor dem Ansturm des moralischen Trommelfeuers heroisch ducken muß, um sein eigenes Recht, sein Recht auf die Privatheit des Gewissens zu behaupten.
Doch seltsam, all die "Gewissenswarte der Nation", die "Meinungssoldaten", die "mit vorgehaltener Moralpistole den Schriftsteller in den Meinungsdienst nötigen" - sind das nicht eher Figuren aus den siebziger Jahren, als Walser selbst der DKP nahestand und ziemlich genau wußte, wie man Agitation für den Weltfrieden betreibt?
Die heftigen ideologischen Großdebatten jedenfalls sind mit der allmählichen Auflösung der politischen Lager seit 1989 längst auf dem Rückzug, und so nimmt sich auch der historische Augenblick der Walserschen Intervention eigenartig anachronistisch aus. Welche Furien des ritualisierten, zwanghaften Erinnerns an die Nazi-Greuel verfolgen ihn denn in unseren Tagen der selbstreferenziellen Massenmedien, da Verona Feldbusch und Harald Schmidt den fröhlichen Zeitgeist der Nation prägen?
Und wie sieht sie aus, jene "Dauerpräsentation unserer Schande" im Alltag von Martin Walser, in unser aller täglichem Leben zwischen Monica Lewinsky, Saddam Hussein und der rotgrünen Steuerreform?
Auch die vielfältigen Reaktionen auf Walser, ob zustimmend oder ablehnend, lieferten kein Anschauungsmaterial zu seiner These, keine Beweismittel für etwaigen Psychoterror, Hinschauzwang oder Diskursverbote und so auch keine Anhaltspunkte dafür, daß das "Wegschauen" angesichts der "Dauerpräsentation unserer Schande" zur neuen Bürgertugend der "Berliner Republik" erhoben werden müßte.
Selbst entschiedene Walser-Verteidiger wie Klaus von Dohnanyi und Monika Maron wollten nur des Dichters Warnung vor "bequemer Routine" beim Gedenken, vor "ritualisierten Lippenbekenntnissen" und Auschwitz als "Drohgebärde" gehört haben, nicht aber jenen zumindest mißverständlichen Tonfall des Überdrusses an den Bildern der Vergangenheit selbst, die der empfindsamen deutschen Seele zusetzen.
Ist also diese "notwendige Klage eines gewissenhaften nichtjüdischen Deutschen über das schwierige Schicksal, heute ein solcher Deutscher zu sein" (Dohnanyi), mehr als ein halbes Jahrhundert danach nicht auch ein bißchen wehleidig, am Ende eher eine unbewußte Selbstanklage, die den Weg der Freudschen Projektion einschlägt und Bedrängung von draußen vermutet, wo es eigentlich um Selbstbedrängung, um unbewältigte eigene Konflikte geht?
Auch Dohnanyis Stellungnahme in der "FAZ" mutet in diesem Zusammenhang höchst zwiespältig an. Auch er spricht, wenngleich im Ton gelassener, vom "allzu häufigen Versuch anderer, aus unserem Gewissen eigene Vorteile zu schlagen. Es zu mißbrauchen, ja zu manipulieren".
Wen und was meint er damit? Die französische Diplomatie, Englands kommerzielle Fernsehstationen, Hollywood, amerikanische Anwälte von Holocaust-Opfern, holländische Fußballer, die Weltmeinung? Und weiter: Vorteile aus unserem Gewissen? Warum sagt er nicht, welche Vorteile und welche Nachteile er im Auge hat? Lassen wir Deutschen uns tatsächlich manipu-

lieren und mißbrauchen? Wozu, mit welchen Folgen?
Noch ein weiteres befremdet. Dohnanyi schreibt: "Allerdings müßten sich natürlich auch die jüdischen Bürger in Deutschland fragen, ob sie sich so sehr viel tapferer als die meisten anderen Deutschen verhalten hätten, wenn nach 1933 ‚nur" die Behinderten, die Homosexuellen oder die Roma in die Vernichtungslager geschleppt worden wären."
Richtig verstanden: Die wenigen jüdischen Überlebenden des Holocaust und ihre Kinder sollen jetzt auch noch in der deutschen Öffentlichkeit Rechenschaft darüber ablegen, "wie tapfer" sie sich verhalten hätten, wenn ihre Eltern, Großeltern und Geschwister nicht gerade von den Deutschen erschlagen, erschossen und vergast worden wären. Die "taz" kommentierte zynisch böse: "Wie die Juden beim Holocaust beinahe mitgemacht hätten".
De gustibus non est disputandum. Aber keine Frage: Da ist Aggression im Spiel. Und ein Stück Absurdistan im Jahre 1998. Könnte es also sein, daß der israelische Psychoanalytiker Zvi Rex recht hat, wenn er zum Verhältnis von Tätern und Opfern die polemisch-paradoxe Erklärung liefert: "Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen."
Das trotz aller Bekenntnisse zur historischen Verantwortung immer auch leicht Verdruckste und bloß Angedeutete in der Debatte, all die dunklen Hinweise auf Mißbrauch und Manipulation des deutschen Gewissens markieren den wunden Punkt: die anhaltende tiefe Kränkung jener Generationen von nichtjüdischen Deutschen, die das "Dritte Reich" noch bewußt, als Jugendliche oder junge Erwachsene, erlebt haben.
Da mischen sich Schuldgefühle und Verdrängung, Scham angesichts der Verbrechen und das Gefühl, persönlich völlig unschuldig zu sein, die Unfaßbarkeit des Geschehenen, das Empfinden, immer wieder unter Generalverdacht zu stehen, und der Wunsch, irgendwann einmal davon erlöst zu werden - eine Gemengelage aus objektiven und subjektiven Tatsachen, die wahrscheinlich wirklich nicht zu "bewältigen" ist.
Erst recht nicht für jene Juden, die wie Ignatz Bubis den Holocaust knapp überlebt haben, während die Familie vernichtet wurde. Viele Bücher sind über die Scham der jüdischen Überlebenden geschrieben worden, über die ganz eigene Not, den Schrecken zu verdrängen, das individuelle Leid zu mildern und doch nie davon abzulassen, die Erinnerung an die Shoah wachzuhalten. Man darf unterstellen, daß nicht viele Deutsche die literarischen oder historischen Berichte dieser lebenslangen Verletzung - von Primo Levi bis Ruth Klüger - gelesen haben.
Trotz dieser offensichtlichen und in diesen Tagen wieder spürbaren Unüberbrückbarkeit der biographischen Standorte, Gefühle und Gedanken zwischen Opfern und Tätern und ihren Nachkommen hat gerade der liberale Geschäftsmann Bubis das demokratische Deutschland in aller Welt verteidigt - ganz besonders in jenen prekären Zeiten nach der Wiedervereinigung 1990.
Obwohl sein Haus in Frankfurt am Main bis auf den heutigen Tag rund um die Uhr bewacht werden muß - übrigens genauso wie die Jüdische Schule, das Gemeindehaus und die Synagoge -, hat er selbst im Herbst 1992, als in Deutschland die Asylbewerberheime brannten, die Reife der deutschen Republik gegen Befürchtungen aus den eigenen Reihen verteidigt, man müsse vielleicht schon wieder ans Auswandern denken.
Bubis, der wie viele prominente Juden Tag für Tag antisemitische Drohbriefe erhält, ist, trotz seines überzogenen Urteils über Walsers Rede ("geistige Brandstiftung"), alles andere als ein Eiferer. Im SPIEGEL-Gespräch sagt er: "Wenn ich nach 1945 nicht verdrängt hätte, was geschehen war, hätte ich Selbstmord begangen. Aber die Geschichte holt einen wieder ein."
Normal jedenfalls ist an alldem gar nichts. Wer damit nicht leben kann, flüchtet in ewige Wahrheiten wie das Talmud-Zitat, das an jedem 9. November aufs neue strapaziert wird: "Das Geheimnis der Erlösung ist die Erinnerung."
Auch Ignatz Bubis hat am 9. November diesen Satz gesprochen. Doch nicht alles, was im

Talmud steht, ist weise und realitätstauglich. Erinnerung führt nicht automatisch zur Erlösung. Erinnerung kann auch ein Fluch sein, vor allem, wenn Kollektive eine gemeinsame Geschichte haben, an die sie sich verschieden erinnern, wie es zwischen Deutschen und Juden, aber auch zwischen Israelis und Palästinensern der Fall ist. "Denn das Leiden stiftet ein gemeinsames Gedächtnis", schrieb Ulrich Raulff in der "FAZ", "die Schande aber zerstört es."
Während für Bubis allein in der Erinnerung an das Leiden ein Stückchen Erlösung liegt, bedeutet Walsers Erinnerung an die Schande die Fortdauer einer unauflösbaren Spannung. Das Drama kennt kein Happy-End. "Sie sind verletzbar und wollen Ihren Seelenfrieden haben", schrieb Bubis an Dohnanyi. "Damit kann ich nicht dienen."
Und dennoch - es gibt so etwas wie eine langsam wachsende Normalität in Deutschland, auch im Verhältnis zu seiner Vergangenheit. Eine neue Generation der 40- bis 50jährigen repräsentiert sie bereits. Sie stellt die Bundesregierung, sitzt in den Chefredaktionen der großen Medien, leitet Theater, Universitäten, Weltkonzerne.
Sie nimmt tatsächlich, ob sie will oder nicht, und ganz unverdient Kohls "Gnade der späten Geburt" in Anspruch. Und sie dankt dem Himmel, daß sie an keiner Ostfront gekämpft hat, in deren Rücken die Genickschußkommandos der SS-Einsatzgruppen wüteten. Aber: Sie hat sich mit dieser Geschichte immerhin auseinandergesetzt.
Es ist deshalb kein Wunder, daß sie sich jetzt freier, ja souveräner fühlen kann als ihre Vorgänger. Das aber ist nicht zuletzt Folge der öffentlichen Konfrontation mit anderen Haltungen, Erfahrungen, Biographien - Konsequenz jener politischen Auseinandersetzungen, die mit der heute etwas altertümlich klingenden linken These begannen, daß das Politische privat sei und das Private politisch.
Aber es stimmt ja: Wenn das Gewissen des einzelnen sich zur Handlung gedrängt sieht, dann muß es auch aus sich herausgehen, sich öffentlich artikulieren, streiten und kämpfen. Genau dies postulierten Rudi Dutschke & Co. an Weihnachten 1967, als sie in der Berliner Gedächtniskirche den Gottesdienst zur Protestveranstaltung gegen den Vietnamkrieg und die Napalmbomben der US-Streitkräfte umfunktionierten.
Trotz der windungsreichen Irrtumsgeschichte der 68er: Da hatten sie recht. Erinnerung und Gewissen sind individuell, aber wenn sie dem Kantischen Imperativ folgen wollen, werden sie Teil der sozialen Gemeinschaft, das Gewissen der Gesellschaft. Ihr Versagen machte die Katastrophe des Nationalsozialismus erst möglich.
Die "Berliner Republik" hat einen - auch ganz unverdienten - Startvorteil: Ihre unmittelbare Vorgeschichte sind 50 Jahre Bundesrepublik, 50 Jahre teils hart umkämpfte demokratische Tradition, die sich mit dem antifaschistischen, aber auch dem antitotalitären Erbe der DDR verbindet. Der neue, 50 Jahre alte Außenminister Joschka Fischer ist nicht zufällig so etwas wie ihr nahezu idealtypischer inoffizieller Repräsentant.
Denn seine Lebensgeschichte voller Brüche und Wendungen ist auch die Geschichte einer Generation, die ihre antiautoritäre Staatsfeindschaft überwunden hat, ohne in autoritäre Staatsgläubigkeit zu verfallen - deren linksradikaler Antifaschismus im Bewußtsein von der Kostbarkeit einer zivilen Gesellschaft aufging.
So hat sie sich auf Ab- und Umwegen die westliche Demokratie angeeignet, hier und da mit neuen, partizipatorischen Elementen angereichert.
Nur von dieser Normalität eines demokratischen Deutschland kann die Rede sein. Doch sie entsteht nicht durch ihre ständige Beschwörung - dies wäre ein Zeichen von Unnormalität -, sondern dadurch, daß das klare Bewußtsein von dem, was war, sich in der Gegenwart ganz selbstverständlich niederschlägt: in der immer wieder gefährdeten Souveränität, zugleich moralisch und vernünftig zu handeln.
"Die Deutschen sind jetzt ein normales Volk, eine gewöhnliche Gesellschaft wie jede andere", sagte der israelische Historiker Saul Friedländer vergangene Woche in seiner Dankesrede zum

"Geschwister-Scholl-Preis". Aber: "Ist eine normale Gesellschaft eine Gesellschaft ohne Erinnerung, eine, die sich der Trauer entzieht, eine, die sich von der eigenen Vergangenheit abwendet, um nur noch in Gegenwart und Zukunft zu leben?"
Im besten Falle also wäre der Walser/Bubis-Streit das schrille Fanal gewesen, das den Übergang in die Berliner Republik begleitet.<<

03.12.1998

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Dezember 1998 über die Holocaust-Konferenz in Washington: >>**Es geht auch um viel Geld**

Noch ist längst nicht alles getan, um den Raub von Vermögenswerten durch die Nazis auszugleichen – soweit das überhaupt noch möglich ist. Mit dieser Frage beschäftigt sich die Holocaust-Konferenz in Washington.

... Elie Wiesel Jahrgang 1928, geboren in einem rumänischen Dorf, Kind armer, orthodox jüdischer Eltern, Friedensnobelpreisträger, ist ein Überlebender der Judenverfolgung. Er ist einer derjenigen, deren Schicksal im Mittelpunkt der Konferenz in der amerikanischen Hauptstadt steht. Geht es dort doch darum, Überlebenden späte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, "Brücken zwischen Brutalität und Menschlichkeit zu bauen", wie Stuart Eizenstat, Staatssekretär im US-Außenministerium, über die Beratungen sagt.

Eizenstats Chefin Madeleine Albright beeindruckt die Zuhörer, als sie berichtet, wie schmerzhaft es für sie einst gewesen sei, ihre jüdischen Wurzeln in der Tschechoslowakei wiederzuentdecken. "Ich denke jetzt oft an das Blut in meinen Adern. Es sollte keine Rolle spielen. Aber für Hitler spielte es eine Rolle und deshalb starben sechs Millionen Juden."

So zynisch es angesichts des unsagbaren menschlichen Leids erscheinen mag: In Washington geht es auch und nicht zuletzt um viel Geld, um Kunstschätze, Versicherungspolicen, um Häuser und Grundstücke. Um Werte, die jüdischen Familien und Gemeinden gehört haben; sie sind enteignet und gestohlen sowie bis heute nicht zurückgegeben worden.

Wer den Reden in Washingtons Holocaust-Museum lauscht, mag glauben, erst jetzt falle auf, daß der größte Völkermord der Geschichte auch der größte Raubzug der Geschichte war. Nicht mit einem Wort erwähnt Eizenstat (Staatssekretär im US-Außenministerium) oder einer der US-Organisatoren der Konferenz, daß die Bundesrepublik Deutschland 1953 das erste Wiedergutmachungsgesetz verabschiedet und seither mehr als 100 Milliarden Mark dafür aufgewendet hat, um überlebenden Opfern des Nazi-Terrors wenigstens finanziell unter die Arme zu greifen.

Unerwähnt bleibt auch, daß seinerzeit die junge Bundesrepublik beim Aufbau des jungen Staates Israel half, daß Zehntausende gestohlene Kunstwerke schon von den US-Besatzungstruppen in Deutschland eingesammelt und – wo möglich – den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben wurden. ...

Doch dann sind da die Anwälte wie Ed Fagan, die Prozesse gegen Schweizer Banken, gegen deutsche ... Großunternehmen angezettelt haben – im Interesse sagen sie, von Überlebenden des Holocausts. Sie verlangen Schadenersatzsummen in Milliardenhöhe. Um ihr Ziel zu erreichen, setzen sie den Beklagten energisch zu, indem sie die "Öffentlichkeit mobilisieren".

Das heißt, sie bemühen sich darum, die Medien in Aufregung zu setzen. Beklagte an den Pranger zu stellen, Politiker zu veranlassen, zum Boykott deutscher oder eidgenössischer Unternehmen aufzurufen. Und gewissermaßen ganz nebenbei kassieren sie 20, 30 oder mehr Prozent sofern die Beklagten, um einen langen Prozeß und entsprechend vielen Presseberichten zu entgehen, bereit sind, eine Abfindung zu zahlen: eine legalisierte Form der Erpressung. Fagan und seine Kollegen sind zu der Konferenz in Washington nicht geladen, und kaum jemand ist hier gut auf sie zu sprechen. ...

Vor dem Museum demonstrieren orthodoxe Juden, schwarzgewandet, die Haare an den Schläfen zu Zöpfen geflochten. "Wir wahren Juden", erklären sie, "verurteilen jede Form von For-

derung, Fahndung, Boykott oder Klage gegen irgendeine Nation, Regierung, Bank oder sonstige Institution. Wir nehmen kein Geld."
Elie Wiesel mußte seine Kinderbücher zurücklassen, als ihn Nazi-Schergen ins Konzentrationslager schleppten. Seine Mutter und Schwester wurden in Auschwitz ermordet, sein Vater starb in Buchenwald. ...
Wiesel stellte fest: "Antisemiten unterstellten, wir Juden sprächen gern über hehre Dinge und dächten doch nur an Geld."
Vielleicht sei die Konferenz ja eine Chance, die Dinge umzudrehen: "Laßt uns über Geld reden, aber an hehre Dinge denken."
Doch wie tut man das? Wie vertragen sich ehrliche Gewissenserforschung und das Pochen auf Verträge, wie vertragen sich Nächstenliebe und Buchhalterei. ...
Die Deutschen und Österreicher sind froh, in Washington nicht an den Pranger gestellt zu werden. Wenn hier von Greueln die Rede ist, sind immer die "Nazis" die Täter. Und sollten auf der Konferenz klare Richtlinien für die Rückgabe gestohlener Kunstwerke formuliert werden, käme dies nicht zuletzt deutschen Museen zugute und zwar in ihrem Streit mit den russischen Behörden um einst aus der russischen Zone entführte Beutekunst.
Teilnehmer der Konferenz waren eingeladen, nach der feierlichen Tagungseröffnung das Holocaust-Museum zu besichtigen, durch einen Viehwaggon zu gehen, in dem Juden zusammengepfercht nach Auschwitz transportiert wurden, oder einen schnellen Blick auf die Fotos zu werfen, zum Beispiel von jenem kleingewachsenen Juden, der von deutschen KZ-Ärzten erstochen und zerlegt wurde, um sein außergewöhnliches Skelett einer medizinischen Sammlung zuführen zu können. Die Ärzte haben den "Vorgang" penibel dokumentiert.
Nur wenige Delegierte nahmen die Einladung an. Weit größer war der Andrang am Büfett.<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Schadenersatzforderungen in Milliardenhöhe (x169/13-15): >>... Obwohl meine Eltern bis zu ihrem Todestag die Vergangenheit jeden Tag aufs neue erlebten, verloren sie gegen Ende ihres Lebens das Interesse an dem Holocaust als öffentlichem Schauspiel.
Einer der lebenslangen Freunde meines Vaters war mit ihm gemeinsam Lagerinsasse in Auschwitz gewesen, ein scheinbar nicht korrumpierbarer Idealist vom linken Flügel, der die deutsche Entschädigungszahlung nach dem Krieg aus Prinzip ablehnte. Am Ende wurde er einer der Leiter der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem.
Zögernd und mit aufrichtiger Enttäuschung räumte mein Vater schließlich ein, daß selbst dieser Mann von der Holocaust-Industrie korrumpiert worden war und seine Überzeugungen angepaßt hatte an das, was Macht und Gewinn versprach.
Als die Darstellung des Holocaust immer absurdere Formen annahm, zitierte meine Mutter gern (und ironisch) Henry Ford: "Geschichte ist Quatsch."
Die Geschichten der "Überlebenden des Holocaust" - alle waren KZ-Insassen, alle Helden des Widerstands gewesen - bildeten zu Hause eine ganz besondere Quelle der Erheiterung. Vor langer Zeit hat John Stuart Mill erkannt, daß Wahrheiten, die nicht ständig hinterfragt werden, schließlich "nicht länger als Wahrheit wirken, weil sie durch Übertreibung zur Unwahrheit werden".
Meine Eltern fragten sich oft, weshalb mich Verfälschung und Ausbeutung des Völkermords der Nazis so empörten. Der Hauptgrund ist der: Man hat ihn dazu benutzt, die verwerfliche Politik des israelischen Staates und die amerikanische Unterstützung für diese Politik zu rechtfertigen. Doch es gibt auch ein persönliches Motiv. Ich sorge mich um das Andenken an die Verfolgung meiner Familie. Die laufende Kampagne der Holocaust-Industrie, mit der im Namen "bedürftiger Opfer des Holocaust" Geld von Europa erpreßt werden soll, hat das moralische Format ihres Martyriums reduziert auf einen Einsatz im Casino von Monte Carlo.

Doch auch abgesehen von dieser Besorgnis: Wir sollten die Integrität der historischen Überlieferung bewahren, ja, für sie kämpfen.
... (Wir) können ... durch das Studium der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis nicht nur etwas über "die Deutschen" oder "die Nichtjuden" erfahren, sondern über uns alle. Wenn wir jedoch wirklich etwas aus der Massenvernichtung der Juden "lernen" wollen, so muß, wie ich glaube, deren physische Dimension verkleinert und die moralische Dimension vergrößert werden. Zu viele öffentliche und private Mittel sind für das Gedenken an den Völkermord der Nazis eingesetzt worden. Was dabei herauskommt, ist zumeist wertlos; es ist nicht dem Leiden der Juden gewidmet, sondern dient ihrer Erhöhung.
Es ist schon seit langer Zeit überfällig, daß wir unser Herz für das Leiden der übrigen Menschheit öffnen. Das war die wichtigste Lektion, die mir meine Mutter auf den Weg gab. Niemals hörte ich sie sagen: Du sollst nicht vergleichen. Meine Mutter stellte "immer" Vergleiche an. Zweifellos muß man historische Unterschiede machen.
Doch wenn man moralisch zwischen "unseren" und den Leiden "jener" unterscheidet, ist das selbst eine moralische Farce. "Man kann zwei Menschen im Elend nicht vergleichen", erklärte Plato, "und behaupten, der eine sei glücklicher als der andere."
Angesichts der Leiden der Afro-Amerikaner, Vietnamesen und Palästinenser lautete das Credo meiner Mutter stets: Wir sind alle Holocaust-Opfer. ...<<

04.12.1998

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Dezember 1998: >>**Russischer Kommunist fordert Zwangsarbeit**
Der kommunistische Vorsitzende des russischen Parlaments, Gennadi Selesnjow, hat sich für die Wiedereinführung der Zwangsarbeit in Rußland ausgesprochen. Massenmörder und andere Schwerverbrecher müßten zur Zwangsarbeit verurteilt werden, "damit sie Gott jeden Tag um den Tod anflehen", zitierte die Nachrichtenagentur Interfax Selesnjow. Dann könne man die Todesstrafe in Rußland abschaffen.
Zugleich begrüßte Selesnjow die Empfehlung des von Kommunisten beherrschten Parlaments das Denkmal von Felix Dserschinski, Gründer des berüchtigten sowjetischen Geheimdienstes und KGB-Vorläufers Tscheka wieder aufzustellen.<<

08.12.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Dezember 1998: >>**Keine Entschädigung für griechische NS-Opfer**
Die griechischen Wünsche nach Wiedergutmachung für Nazi-Verbrechen sind auch bei der neuen Bundesregierung auf taube Ohren gestoßen. ...
Die Bundesregierung halte das Thema für abgeschlossen und sehe keine Möglichkeit, es wieder aufzunehmen. Nach griechischen Berechnungen belaufen sich die Entschädigungsforderungen jüdischer Opfer nationalsozialistischer Verfolgung in Griechenland auf rund 50 Milliarden Mark. Außerdem wird eine Anleihe von 25 Milliarden Mark zurückverlangt, die zu gewähren die Bank von Griechenland vom Deutschen Reich (NS-Regime) gezwungen worden war.<<

17.12.1998

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Dezember 1998 über antisemitische Ausfälle führender Mitglieder der Kommunistischen Partei Rußlands: >>**Duma: Weiter Wirbel um Antisemitismus**
Der Kreml hat die jüngsten antisemitischen Ausfälle führender Mitglieder der Kommunistischen Partei als schädlich für das Ansehen Rußlands im Ausland scharf kritisiert.
Auch der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, verurteilte am Mittwoch die Äußerungen des kommunistischen Duma-Abgeordneten Viktor Iljuchin. Trotz der Kritik der russischen Führung lehnte es die von Kommunisten beherrschte Duma aber ab,

Iljuchin zu verurteilen.
Die wiederholten antisemitischen Äußerungen von KP-Mitgliedern bestätigten, daß es sich nicht um "Versprecher" oder einen "Zufall" handele, wie die Parteispitze es darstelle, sagte Kreml-Sprecher Dimitri Jakuschkin im russischen Fernsehen. Die Diskussion appelliere an "niedrigste menschliche Instinkte".<<

30.12.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. Dezember 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Lea Rosh nennt Walser einen Brandstifter**

In der Debatte um die Friedenspreisrede von Martin Walser hat die Vorsitzende des Förderkreises für ein Holocaust-Mahnmal in Berlin, Lea Rosh, den Schriftsteller scharf angegriffen. "Walser ist ein Brandstifter", sagte Rosh der "Märkischen Allgemeinen". Daß der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, diesen Vorwurf zurückgenommen habe, sei falsch. Walser habe einen gesellschaftlichen Konsens aufgekündigt.
Walser hatte derartige Vorwürfe zurückgewiesen. In seiner Rede am 11. Oktober 1998 hatte Walser unter anderem gesagt: "Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz. Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt."<<

31.12.1998

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 31. Dezember 1998 (x887/...): >>**1999 - ein Jahr ungewisser politischer Experimente**

Das Volk als demokratischer Souverän hat den politischen Wechsel gewählt. Nun ist dieser Souverän verunsichert ob der Tragweite seiner Entscheidung. Diese Unsicherheit wurde auch nicht beseitigt durch die Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Darin bezeichnet er die Regierung als eine "Generation", die aufgewachsen ist "in dem Aufbegehren gegen autoritäre Strukturen und im Ausprobieren neuer gesellschaftlicher und politischer Modelle".
Diese Phase des "Ausprobierens" erschwert den Blick in die Zukunft und verstärkt die Unsicherheit. Wie sollen insbesondere wir Heimatvertriebene den altbekannten Satz interpretieren: "Wir wollen uns den Realitäten stellen und wieder einmal mehr Demokratie praktizieren." Oder die Aussage: "Die Rechte der Opfer von Verbrechen werden wir stärken."
Als Opfer und Überlebende der größten "ethnischen Säuberung" in der Geschichte der Menschheit haben wir den 1969er Wechsel noch schmerzhaft in Erinnerung. Unter der Maxime "Entspannung" wurden damals unsere Menschenrechte völlig ignoriert und auf dem Altar "Machtpolitik" geopfert. Dabei bedeutet Rechtsstaat "Herrschaft des Rechts". Alle Staatsorgane sind an das Recht gebunden, insbesondere das Völkerrecht wie die Grund- oder Menschenrechte. Wo immer auf der Erde Menschen leben, kommen ihnen bestimmte unveräußerliche Fundamentalrechte zu. Das ist für alle Rechtsstaaten spätestens seit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 anerkannt.
Doch immer noch, mehr als 50 Jahre nach Kriegsende, kann von der Herrschaft des Rechts, von Gerechtigkeit und Frieden, keine Rede sein. Im Gegenteil, es zeigt sich, daß Unrecht und Eingriffe in elementare Menschenrechte immer noch praktiziert werden, auch in den "Rechtsstaaten". Doch sie verjähren nicht, solange die Entrechteten um Recht und Gerechtigkeit kämpfen.
Ein Beispiel: In den USA sind "Wiedergutmachungsklagen" gegen Staaten wie Unternehmen in Millionen-, ja Milliardenhöhe, an der Tagesordnung. Der US-Anwalt Ed Fagan begründet sie wie folgt: "Die Industrieunternehmen spielten eine wesentliche Rolle beim Holocaust. Sie bildeten und realisierten mit dem Nazi-Regime eine Verschwörung, um die Holocaust-Opfer bewußt zwangsweise zu verpflichten und auszubeuten und so vom Holocaust zu profitieren."

Nach der "Nazigold-Konferenz" 1997 in London fand 1998 in Washington die "Holocaust-Vermögenskonferenz" statt. Wann kommt die "Vertreibungs-Vermögenskonferenz"?
Beflissentlich vergessen wird bei diesen Konferenzen, daß auf allen Seiten Opfer zu beklagen sind, die nach Gerechtigkeit und Wiedergutmachung "schreien" und an das moralische Weltgewissen appellieren. Mehr als 15 Millionen Deutsche flohen aus den Ostprovinzen des Deutschen Reiches und aus den Siedlungsgebieten der Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen oder wurden auf äußerst brutale Art und Weise vertrieben, wie die ungeheure Zahl von fast drei Millionen Vertreibungstoten zeigt. Ihren ganzen Besitz - Hab und Gut, Haus und Hof - mußten sie zurücklassen.
Mehr als zwei Millionen deutsche Soldaten und Zivildeportierte mußten in russischen Arbeitslagern Zwangsarbeit verrichten. Die meisten verhungerten, erfroren, wurden von Seuchen dahingerafft oder ermordet. Nur wenige Zehntausende wurden zum Teil erst zehn Jahre nach Kriegsende freigelassen. Es ist kein billiges Aufrechnen von Verbrechen, auch für diese Opfer Entschädigung zu fordern, sondern nur eine Gleichstellung. Denn Mord bleibt Mord, egal an wem, auf welche Art oder unter welchen Regimen auch immer er geschieht.
Nach György Konrad, Präsident der Berliner Akademie der Künste, gibt es kein höheres Interesse, durch das Vertreibungen und Deportationen zu rechtfertigen wären. "Kollektive Bestrafung und Verfolgung von Gemeinschaften, die notwendigerweise die Peinigung von ganzen Familien, Kindern, Frauen und Alten also, nach sich ziehen, können weder politisch noch religiös in irgendeiner Weise legitimiert werden. … Jeder Deportierte, unabhängig von seiner nationalen, ethnischen, religiösen Zugehörigkeit, hat ein Recht auf - zumindest moralische - Wiedergutmachung."
Dies betonen zu müssen ist angesichts des 50. Jahrestages der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" 1948 durch die Vereinten Nationen eigentlich beschämend für die internationale Staatengemeinschaft. Dies besonders deswegen, weil der Satzung der Vereinten Nationen sowohl die Atlantik-Charta als auch das Nürnberger Statut zugrunde liegen. Den UN wurde die Kompetenz zugesprochen, sich mit der Förderung der Achtung der Menschenrechte zu befassen. Grundrechte gelten für alle Menschen, wie die Formulierungen "Jeder Mensch hat das Recht auf …" und "Niemand darf …" deutlich zu erkennen geben. In Artikel 1 heißt es: "Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren."
1999 jähren sich zum 50. Male erstens am 12. Mai die Bewilligung des Grundgesetzes durch die Militärgouverneure und zweitens am 23. Mai das Inkrafttreten des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz ist als Provisorium für die Übergangszeit bis zur Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen worden. Nach dem Verständnis Konrad Adenauers war die Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich völkerrechtlich identisch. Hierzu Konrad Adenauer im ersten Band seiner "Erinnerungen":
"Die Deutsche Wehrmacht hatte bedingungslos kapituliert. Aber viele, darunter auch ich, waren der Auffassung, daß Deutschland damit nicht aufhörte, als völkerrechtliches Subjekt und Objekt weiterzubestehen. Die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht, die am 7. und 8. Mai 1945 erfolgte, war ein militärischer Akt, durch den der völkerrechtliche Status Deutschlands nicht ausgelöscht wurde."
Das Haus Bundesrepublik Deutschland wird politisch völlig neu gestaltet, einer ungewissen gesellschaftsverändernden Revision unterzogen. Wie es eines Tages aussehen wird und welche Veränderungen wir verkraften müssen, das ist bisher nur schemenhaft zu erkennen. Was uns Heimatvertriebene betrifft, so hat die neue Bundesregierung die Menschenrechte zum Maßstab ihrer Politik erhoben. Doch geben wir uns keinen Illusionen hin. Die erste Abfuhr haben wir bereits erhalten.
Wir Heimatvertriebene haben offensichtlich keine Rechte, wie Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joseph Fischer es bei ihren Antrittsbesuchen in Warschau klar und

unmißverständlich zum Ausdruck brachten. Die Zukunft wird nicht mit Problemen der Vergangenheit belastet. Mit anderen Worten: Den Völkermord durch Vertreibung hat es "politisch" nicht gegeben.
Dabei bleibt unverständlich, daß gerade diejenigen, die der "Gleichheit" aller Menschen wie der "Einen Welt" das Wort reden, immer wieder vor der Macht kapitulieren, das unteilbare Recht für teilbar erklären und damit ganze, insbesondere eigene (!), Volksgruppen diskriminieren. Wer "ethnische Säuberungen" als Verbrechen gegen das Völkerrecht wie die Menschenrechte brandmarkt, muß auch die Vertreibung der Deutschen als Völkermord verurteilen und ahnden.
Da wir auf der bundesrepublikanischen politischen Bühne so gut wie keine Fürsprecher für unsere Anliegen haben, müssen wir uns lauter und noch vernehmlicher auf der internationalen Bühne äußern und mehr als bisher "global" nach Verbündeten und Mitstreitern für Recht und Gerechtigkeit suchen. Wir müssen über die Ostpreußen in aller Welt unsere Vertreibung und damit den Völkermord an mehr als 15 Millionen Deutschen als "Deutsche Shoah" in der Weltöffentlichkeit bewußt machen, die wie "Auschwitz" nach Sühne und Wiedergutmachung schreit.
Die Zeit arbeitet für uns, weil wir stets auf Gewalt und Rache verzichtet und unbeugsam für eine friedliche Zukunft in Europa unter der "Herrschaft des Rechts" gefochten haben. Nehmen wir uns ein Beispiel an den jüdischen "Mitchristen".
Sie ruhen nicht und artikulieren über die Jewish Claim Conference ständig das an ihnen begangene Unrecht. Die individuellen Menschenrechte haben nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme sogar wieder an Stellenwert gewonnen. Hierzu haben auch sehr die blutigen Konflikte auf dem Balkan mit Massenflucht wie "ethnischer Säuberung" (Massenaustreibung) beigetragen. Bei allen Friedensverhandlungen steht auf einmal die Frage der Rückkehr der Flüchtlinge in die Heimat aufgrund des elementaren Rechts auf die angestammte Heimat im Mittelpunkt der internationalen Friedensbemühungen und Konfliktlösungsstrategien.
Das amerikanische Repräsentantenhaus hat am 13. Oktober 1998 eine Resolution verabschiedet, mit der alle Staaten Mittel- und Osteuropas aufgefordert werden, Enteignungen aus der Zeit des Kommunismus und Nationalismus wiedergutzumachen.
Die Vertreibung liegt einzig und allein in der Verantwortung der handelnden Staaten. Das Potsdamer Abkommen hat die Vertreibung keineswegs befohlen, sondern dem Unrecht Völkermord nur tatenlos zugesehen. Selbst die Siegermächte konnten das Völkerrecht, insbesondere die Haager Landkriegsordnung von 1907, nicht außer Kraft setzen, zumal sie feststellten, daß das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbesteht.
Unsere Beharrlichkeit und unser Kampf für die Durchsetzung der Menschenrechte haben exemplarischen Charakter, und zwar weltweit. In einem gemeinsamen Europa wird man die isolierte Diskriminierung der Deutschen nicht durchhalten können, soll der Grundsatz "gleiches Recht für alle" nicht vollends zur leeren Floskel degradiert werden. Wenn Europa keine Rechtsgemeinschaft wird, dann hat es keine friedliche Zukunft. Kämpfen wir also 1999 unbeirrt weiter für Recht und Gerechtigkeit, denn nichts ist verloren, außer man gibt es verloren.<<
Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtet im Dezember 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1998 (x853/...):
>>**Kirche, Zeitgeist und Geschichte**
Die Dummheit rast durch die Welt
I.
Gerade heute sollten wir fühlen, daß die Probleme der Kirche mit dem Wissen und noch mehr mit dem Verstehen der Geschichte in einem engen Zusammenhang stehen. Die Menschwerdung Christi und damit die Existenz der Kirche kann man nicht außerhalb der Zeit und daher

auch getrennt von der Geschichte sehen. Die Geschichte besteht aber nicht nur aus Daten und Fakten, sondern vor allem aus ihrem Verständnis und ihrer Auslegung. Dem Christen ist sie auch ein Stück zurückgelegten Weges zu den letzten Dingen.
Nun ist dem "reinen Historiker", der übrigens auch ein Ethiker sein muß und sich deshalb der Wahrheit (und nicht irgendeiner "These") wirklich verpflichtet fühlt, seine Arbeit in der heutigen Zeit unerhört erleichtert worden. Er hat nicht nur Forschungsmittel und Fernreisemöglichkeiten, die es für seine Ahnen nicht gegeben hat, er kann mit Hilfe verschiedenster moderner Naturwissenschaften materielle Feststellungen machen, die seinen Vorfahren nicht zustanden. Dafür aber scheint es heute andere, "geistige", sehr allgemein verbreitete Hindernisse zu geben, die er zu überwinden hat, um zu einem wohl ausgewogenen Urteil zu gelangen. Er muß sich zu einer "Überzeitlichkeit" durchringen. Immer wieder fühle ich mich dazu gedrängt, den Ausspruch Chestertons zu wiederholen:
"Die Kirche allein bewahrt uns vor der erniedrigenden Knechtschaft, ein Kind seiner Zeit zu sein", eine Bemerkung, die wiederum nicht von der Warnung St. Pauli getrennt werden kann: "Gleicht euch nicht dem Aion an (Römer 12,2)", wobei dieser Ausdruck mit "Welt", "Zeit" oder "Zeitgeist" übersetzt werden muß.
Nun sehen wir rückblickend in die Vergangenheit, die Gegenwart ist "augenblicklich" und die Zukunft kann man bestenfalls erraten, zu "konstruieren" versuchen, vielleicht sogar "seherisch" erfassen, wobei die Möglichkeit des Irrtums allerdings überaus groß ist. Falsche historische "Voraussagen" gibt es massenhaft und selbst bei den Richtigen besteht das Problem der zeitlichen Erfüllung.
Die große Schwierigkeit, der der katholische Christ in seiner "Kirchlichkeit" jedoch gegenübersteht, ist die Einwirkung des Zeitgeistes, der heute weitgehend glaubensfremd ist und ihm die menschliche Zwiefalt eindeutig darstellt. Das erste Buch Moses sagt ihm (Genesis 1,26), daß der Mensch als Gottes Ebenbild geschaffen wurde, es sagt ihm aber auch (Genesis 8,21), daß der Sinn des Menschen von seiner Kindheit an auf das Böse gerichtet sei.
Das aber verschweigt ihm die Moderne, die von der Ursünde nichts wissen will, und unbedingt auch Satan kassieren möchte. Außerdem wird dem heutigen Menschen von allen Seiten zugeflüstert, daß es keine Ewige Seligkeit gebe und man das Tal der Tränen in das Paradies auf Erden "umorganisieren" kann. Das wäre vielleicht nicht immer sehr einfach, doch hilft uns da der "Fortschritt". Zwar gäbe es da auch manchmal Rückschläge, über die man hinwegsehen müsse (denn die erste Hälfte unseres Jahrhunderts war nicht sehr erfreulich), aber das Gute setzt sich automatisch dank des Fortschritts letztendlich eben doch durch.
Die Lebenserwartungen der Menschen steigen, die Medizinen werden zwar nicht billiger, aber doch besser, kranke Organe lassen sich ersetzen, die Zahl der Kinder, um die man sich mühen muß, wird kleiner, die Züge, Flugzeuge und Autos werden nicht unbedingt sicherer, aber schneller, zwar steigt die Kriminalität, und die Scheidungsrate (wodurch Kinder ihre autoritären Eltern zum Teil los werden), auch die Selbstmorde vermehren sich, doch in der EU wird niemand mehr hingerichtet, Diktaturen brechen zusammen, es steigen die Gehälter, aber immer weniger Leute bekommen Arbeit; denn diese übernehmen Roboter und Büromaschinen, die nicht ermüden und keine Sozialversicherung oder Karenzurlaube brauchen. Warum sich also ängstigen?
Kurioserweise ängstigt man sich aber doch, und damit der "Frust", die Unzufriedenheit, der Unmut, die Verdrossenheit. Dies sind nur zu oft die Folgen eines sehr subjektiven Gefühls der Absurdität des Lebens, wie es der Atheist Sartre sehr logisch feststellte, für den auch die Geschichte eines jeden Menschen die eines Scheiterns war. Diese gottlose Verzweiflung soll man vergessen, denn der Fortschritt siegt doch auf der ganzen Linie.
Aber warum tut da die Kirche bei diesem Streben nach irdischem Glück nicht mit? Was hat sie gegen Sexshops, Priesterinnen und Schwulereien? Warum sagt sie immer wieder "Nein",

kommt mit Warnungen, Einschränkungen und Verboten? Will sie da am Ende uns die Hoffnung an das irdische Paradies nehmen? Ohne Glauben an "die Menschheit" wären wir ja alle verloren, darum auch das endlose Gerede um die Menschenrechte und kein Wort über die Menschenpflichten. Es lebe die selbstverherrlichende Anthropolatrie (gottähnliche Verehrung eines Menschen)! ...

II.

Das unmittelbare irdische Glück ist das große Anliegen der "Ibkas", der guten Leute, die sagen: "Ich bin katholisch, aber". Dem wahren katholischen Christen, der noch dazu ein Kenner und Interpret der Geschichte ist, regt der Stand der Dinge nicht übermäßig auf, denn er weiß um die Vergänglichkeit ... außer er hat Kinder und Enkel, denen das Wissen und auch die dazugehörige Reife fehlen, um zur Gegenwart Distanz zu haben. Um seine Nachkommen muß er sich kümmern.

Der "Ibka" ist kein einfacher "Fall", denn er mag sowohl ein um die Kirche ehrlich besorgter Mensch sein (der zu jedem Opfer bereit ist) oder ein Randgläubiger, der es selbst nur bequemer haben möchte. Beide unterschreiben die "Kirchenvolksaufbegehren". Sie verbindet nur Eines: das fehlende Vertrauen in die Kirche und die Versprechungen Christi.

Den Mann (oder die Frau) aus der zweiten Gruppe, muß man erst einmal bekehren. Man muß ihn vom "Rand" zurückholen, vom Absturz retten. Den ehrlich "Besorgten" muß man in drei Richtungen "angehen" - in der Psychologie, der Theologie und der Geschichte. Und geschichtlich wieder mit Tatsachen und ihrer Auslegung, damit er ihre Lehren versteht. Das heißt aber auch, daß man ihm erklärt, wo er sich, in welcher Lage er sich befindet.

Ein geniales dreibändiges Buch eines verstorbenen Freundes hieß "Ortsbestimmung der Gegenwart". Und eine solche muß man dem Ibka geben, denn er weiß nicht, wo er sich geschichtlich aufhält und welche Faktoren auf ihn einwirken. Er ist eben "ein Kind seiner Zeit". Daher muß er vor allem einmal begreifen, was seine Zeit und der Zeitgeist darstellen und wie er sich von ihnen zu befreien hat. Das ist natürlich für jeden denkenden Menschen wichtig, vor allem aber für den Christen, der auch das Diktum Jacques Maritains kennt, daß die Welt Gottes, des Menschen und des Teufels ist, den wir jetzt endlich auch mit dem letzten Wort des Vaterunsers erwähnen.

III.

Rückblickend sehen wir in der Geschichte die "Urzeit", die auch Abraham, den Vater des Volkes Israel erwähnt, die Inkarnation, das Frühchristentum, die Antike und ihren Untergang. Dann das Mittelalter und die lange Zeit, die es brauchte, bis unsere Vorväter das hohe Niveau der Antike wieder erreicht und die islamische Kultur und Zivilisation überflügelt hatten.

Dann kommt die Reformation als Reaktion auf die Renaissance und den christlichen Humanismus und der steile Aufstieg zu den Höhen des 17. und 18. Jahrhundert, die unserer katholischen Welt ihr heutiges Profil gab. Doch ein entarteter Zweig des Humanismus, der in seiner Anthropolatrie eine Welt ohne Gott schaffen will und über den Deismus in die Erste Aufklärung gleitete, brachte die Französische Revolution hervor, eine sadistische Sexorgie, in der Mütter mit ihren Kindern in Bäckeröfen langsam gebraten und andere ebenso scheußliche Untaten, zum Teil vom Marquis de Sade inspiriert, begangen wurden.

Es ist dieses grauenhafte Gift, das philosophisch, ideologisch, politisch und moralisch das ganze 19. Jahrhundert durchsetzt und zersetzt, bis es in der Form von riesigen Geschwüren auftrat, die da und dort in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Platzen kamen. Man mache sich jedoch keine Illusionen. Das Gift ist noch lange nicht ausgeschieden und das Ärgste mag immer noch kommen - selbst im Vereinten Europa, von den anderen Kontinenten ganz zu schweigen.

IV.

Was aber sahen wir im 19. und 20. Jahrhundert? Zuerst einmal das, was Jacob Durckhardt die

"Schulerei" nannte, das allmähliche Ende des Analphabetentums und dann, unaufhörlich fortschreitend, die "Bildung" der Volksmassen, die aber freilich nur sehr graduell vonstatten gehen konnte. Das erbrachte einen Zustand, in dem nunmehr die Halbgebildeten die Viertelgebildeten führen und verführen.
Heute aber stehen wir schon mitten in der Krise des Schreibens und Druckens und vor der absoluten Herrschaft des Bildes im Verein mit dem gesprochenen Wort. Die Schrift mußte noch "geistig übertragen" und "übersetzt" werden, der Fernsehschirm mit dem begleitenden Laut überwältigt jedoch unmittelbar, nicht zuletzt weil es keinen Augenblick des Überlegens gönnt. Ernst Jünger berichtet von einem Gymnasiasten, der gestand, daß das Fernsehen doch viel "natürlicher" sei als das Lesen.
Soweit nun bei uns die Kenntnis der Geschichte bei den Vielen vorhanden ist, kommt sie von einer gesteuerten Elektronik vielleicht eher denn von der "Schulerei". Das Problem des geschichtlichen Denkens (und Planens) ist also größer geworden.
Nun aber ist unsere Regierungsform nicht etwa die "Volksherrschaft" (denn eine solche ist praktisch völlig ausgeschlossen), sondern das Dominium der Vertreter einer Mehrheit über eine Minderheit der Bevölkerung. Eine solche Herrschaft hat bedeutend mehr "Gewicht" als die einer Einzelperson, die übrigens durch ein Attentat, ein "facinus memorabile", leicht beseitigt werden kann. Böse Mehrheiten lassen sich nicht so leicht ausrotten".
Die Beschwerde des Aristoteles, daß in Athen nunmehr nicht mehr die Qualität, sondern die Quantität regiere, gilt auch für unsere Zeit. Da alle Bürger gleich sind, die Mehrheit herrscht, das Wissen aber nur von kleinen, wenn nicht kleinsten Minderheiten vertreten wird, leben wir in einem Zustand der umgestülpten Pyramide.
Die "Basis" regiert mit ihren Repräsentanten über die wirklichen Eliten. Unsere populäre und akklamierte Regierungsform, die sich auch dank des militärischen Sieges des "Westens" und der moralischen Niederlage der geographischen "Mitte" und des "Ostens" durchgesetzt hat, bildet ein ideologisches Faktum, das in alle erdenklichen Richtungen ausstrahlt.
Ein "Politikum" dringt mit seiner Botschaft in alle Lebensbezirke ein, was uns ja eigentlich nicht überraschen sollte, denn eine Form der Herrschaft, die auf dem Konzept eines restlos "verpolitisierten Volkes" beruht, ist ja schon in ihrem Ansatz totalitär. In Tirol, wo ich lebe, wird genau so wie in Belgien der nichtwählende Bürger bestraft. (Schon in Athen war der politisch uninteressierte und untätige Bürger als "idiotes" eine Zielscheibe der Verachtung und des Spotts).

V.

Unter diesen Umständen - die Herrschaft der Massen ohne Wissen und nur mit zeitlich begrenzter Erfahrung rein gefühlsmäßig urteilend -, ist ein historisches Empfinden, Denken und Reflektieren nicht zu erwarten, denn (siehe das Motto am Anfang unseres Artikels) ein solches ist eben nur bei einem vom Geist beleuchteten Wissen um die Vergangenheit möglich.
Lernen kann man ja nur durch das Studium und die Erfahrung, nicht durch utopische Träume. (Die Tatsachen und die Daten sind bitter notwendig, aber sie allein genügen nicht). Vergessen wir da nicht zwei Warnungen: "Niemals können wir von der Geschichte Urlaub nehmen!" und "Wer die Geschichte ignoriert, wird dazu verdammt, sie zu wiederholen!"
Auch Disraeli erinnerte uns daran: "Finality is not the language of politics - Endgültigkeit ist nicht die Sprache der Politik"! Gewiß nicht, denn auch die Geschichte geht weiter, und daß sie weitergeht, kann nicht bestritten werden, wohl aber wie sie weitergeht: das ist die brennende Frage und weist auf unsere Verantwortung hin". Nichts Naturhaftes bleibt unverändert. Nur das Übernatürliche kann es sein.
Das heißt aber nicht, daß das Naturhaft-Natürliche nicht Regeln unterliegt, die wiederum einen übernatürlichen Charakter haben können. Deshalb besteht für uns, die in die Zukunft wandern, die Möglichkeit, aus der Vergangenheit, also aus der Geschichte zu lernen, und zwar

nicht zuletzt aus dem, was in ihr dauernd wirkt oder auch wiederholt in Erscheinung tritt. Da haben wir zum Beispiel die Überzeugung von Plato, Aristoteles und Polybios, daß Monarchien sich über Aristokratien und Demokratien auf die Tyrannis hin entwickeln. Polybios nannte dies Anakyklosis, "Kreisbewegung".
Natürlich ist der zeitliche Rhythmus in verschiedenen Kulturen und Epochen nicht derselbe und auch auf dem Globus nicht synchronisch eingerichtet, doch in groben Zügen ist diese Gesetzlichkeit sehr wohl zu erkennen, deutlich so in den letzten 200 Jahren und ganz besonders in unserem Jahrhundert, wobei freilich längere, oft sogar sehr lange Perioden mit bloßen Übergangsperioden abwechseln oder auch gewisse Formen synthetisch zusammenfallen.

VI.

In einer solchen Synthese leben wir auch heute im Herzen Europas. Sie wird durch zwei Ideale bestimmt: durch die Freiheit und die Gleichheit, deren innere Widersprüchlichkeit unseren einfacheren Zeitgenossen in der Regel verborgen bleibt, denn geistlos plappern sie das programmatische Schlagwort der Französischen Revolution nach: "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit".
Die Gleichheit ist offensichtlich nur in der Sklaverei und durch Zwang möglich - nicht in Freiheit. Sie hat, wie wir schon einmal früher feststellten, keinen Platz im Neuen Testament, das R. L. Bruckberger OP eine Verkündigung menschlicher Ungleichheit genannt hat, denn vor allem sind wir ungleich vor Gott. (Ganz anders steht es um die Freiheit, von der der heilige Paulus sprach)!
Wenn wir eine gleichmäßige Gartenhecke haben wollen, müssen wir sie periodisch beschneiden, bei gleichen Noten in der Schule müßten die Dummen mit Gewehr im Anschlag bis Mitternacht büffeln und die Klugen mit Alkoholien traktiert und dauernd vor den Fernsehschirm gesetzt werden um zu verblöden.
Aber nicht nur der Gegensatz von Freiheit und Gleichheit, auch die wachsende Ignoranz der Wähler als auch der Gewählten angesichts der steigenden Probleme einer Weltpolitik weist auf die Notwendigkeit einer radikalen Neuordnung hin, die sicherlich einmal kommen wird, denn der Abgrund zwischen den Scita und den Scienda klafft stets weiter auf. Wir leben eben in einer Epoche, die eine geschichtliche, geographische, soziologische, volkspsychologische, politische, technische, agrarische, biologische und wohl nicht zuletzt finanzielle und wirtschaftliche Bildung globalen Charakters allseitig notwendig macht, ein Ziel, das aber offensichtlich gar nicht erreicht werden kann.
Unsere angeblich als so fortschrittlich gepriesenen Regierungsformen waren vielleicht für kleine Dorfgemeinschaften im Hochmittelalter ideal, nicht aber für Großstaaten (oder Großföderationen) im 20. und 21. Jahrhundert. Denken wir da an den musikalischen Clown in einem amerikanischen Wanderzirkus, der sich über den Golfkrieg den Kopf zerbrechen soll oder auch an die nette Kellnerin im Kaffeehaus, die über eine Reform der Einfuhrzölle befragt wird.
Und die Volksvertreter? Wer auf einem Motorrad fahren will, muß eine strenge Prüfung ablegen. Wer gewählt wird und vielleicht über das Wohl und Wehe von Millionen verfügt, braucht lediglich "vegetativ" ein bestimmtes Lebensalter erreicht zu haben.
Das ist natürlich auch nicht viel anders in jenen Ländern, die kein Listenwahlrecht haben, sondern rein in abgegrenzten Wahlkreisen für Kandidaten stimmen. So in England oder in den Vereinigten Staaten. Nun muß man sich stets daran erinnern, daß das Hauptziel der Parteien oder der Einzelkandidaten nicht das Wohl des Landes, sondern das Gewinnen der nächsten Wahl ist. Keine Mehrheit, keine Macht! Ihr werden auch Grundprinzipien erbarmungslos geopfert.
Nun aber hat bei der Personalwahl die Persönlichkeit des Kandidaten eine ausschlaggebende Bedeutung. Ist diese für die Vielen abstoßend oder anziehend? Da spielt in unserem Jahrhun-

dert die Erotik (viel eher als die Sexualität) eine ausschlaggebende Rolle, und dies umsomehr als die große Mehrheit der Kandidaten männlichen und die der Wähler weiblichen Geschlechts ist. Da kommt dem "Applaus der Damen" eine ungeheuere Bedeutung zu. Hätten die Männer bei Gelegenheit auch dieselbe Schwäche? Zweifelsohne.

VII.

Gerade dank dieser Irrationalität der Wählereien, hatten wir ja auch zum Teil den Aufstieg und zeitweiligen Triumph von ideologischen Bewegungen und ideologisch ausgerichteten Tyranneien, die zwar "populistische" Ursprünge hatten, aber dann methodisch und ... (brutal) recht erfolgreich sich in Szene setzten.

Wir sagten "zum Teil", weil sie eine angebliche Sicherheit anstatt Freiheit versprachen, und Freiheit interessiert schöpferische Eliten viel eher als die Massen. Vergessen wir nicht, daß, wie wir schon sagten, die Sozialpyramide politisch umgestülpt wird und die breite "Basis" nun obenauf liegt. Totalitäre Parteien und Systeme triumphierten nach ihrem anfänglichen Aufstieg geschichtlich später nur deswegen nicht, weil ihre gottlosen Grundideen grundfalsch waren und sie innerhalb dieser buchstäblich Gefangene waren. Als die Darwinisten und die Marxisten sich im Herzen Polens mit ihren blutroten Fahnen trafen, hatte die "Moderne" einen großen Sieg errungen.

Beide Ideologien, die internationalsozialistische und die nationalsozialistische, haßten die Freiheit und mit der Freiheit die Ungleichheit als auch die Verschiedentlichkeit. In ihren Reichen sollte es nur Gleiche und Gleichartige geben. Das grausige Experiment mißlang. Die Braunen wurden im Kampf besiegt und die Roten gingen auf die banalste Weise in den finanziellen Bankrott wie eine Gemischtwarenhandlung an der nächsten Straßenecke. Ihre Ideologien waren "modern", das heißt: nichts wert.

Natürlich gehörten beide der extremen Linken an, sie waren ja nur Konkurrenten, nicht Feinde. Sie fanden in Europa ein jähes Ende ihrer Macht, was wir 1945 und 1989 (bezeichnenderweise fast zugleich mit der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution) erlebt haben. Das brachte uns einerseits ganz großes Leid, war andererseits sehr erfreulich für die ganze Welt, hatte aber einen sehr üblen, vielleicht sogar fatalen "politpsychologischen" Nebeneffekt.

VIII.

Wieso das? Was wir 1945 und 1989 sahen, war der Sieg der Französischen über die Deutsche und Russische Revolution. Also scheint dem leider gar nicht so "mündigen" Bürger die Ordnung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit freien Wahlen, Mehrheitsherrschaft und Pressefreiheit das überlegene System, als die "Endstation" einer Entwicklung, das "Ende der Geschichte", das gegen "Extremisten" aller Art verteidigt werden müsse.

Es hatte sich ja so schön bewährt! Es ist also allen anderen Systemen faktisch überlegen! Es ist doch die ideologielose "Mitte", die nur das Glück aller Menschen hier auf Erden im Auge hat, denn es ist reiner Humanismus! Da haben wir also eine Verehrung "des Menschen" und auch der "Menschheit" unter dem Banner der Toleranz.

Dieses Zauberwort hören wir aus allen Ecken und Enden. Unsere Ordnung mit ihren Wurzeln im Jahre 1789 soll, weil sie im Grunde die Richtige und die Wahre ist, erhalten und nur ausgebaut und verbessert werden, denn sie verspricht, wie die anderen totalitären Ideologien das Paradies auf Erden. Und das Paradies auf Erden macht ja die jenseitsbezogenen Religionen völlig überflüssig. Das Heil kommt nicht von Gott, den man im Notfall als "Obersten Architekten", für den Menschen unerreichbar, in Pension schicken kann, sondern das macht sich die Menschheit selbst.

Der Umstand, daß diese Auffassung irrational ist, stört die Massen nicht, denn das (stets kritische) Denken ist "elitär", das Fühlen aber ist völlig allgemein und eint uns auch mit dem Tierreich. Selbst Bettwanzen, Ohrwürmer und Blattläuse haben nicht nur Instinkte sondern auch Gefühle. Nur der Mensch denkt. Unser vorherrschendes politisches System ist jedoch rein

hedonistisch und außerdem "amateuristisch". Es fußt weder auf Denken, noch auf Wissen, noch auf Erfahrung.
Hans-Hermann Hoppe, Professor an der Universität von Nevada, wies in einem brillanten Essay darauf hin, daß unsere politische Ordnung einen völlig infantilen Charakter angenommen hat. Das Kleinkind will alles sofort haben. Es kann nicht damit getröstet werden, daß es das Gewünschte später bekommt, vielleicht erst, wenn es erwachsen ist.
Die Monarchie hingegen kann in Dezennien, ja selbst in Generationen planen. Sie kann Geschichte statt bloße Politik ins Auge fassen. Und Monarchen können selbst vom Beginn an für ihren Beruf vorbereitet werden. Sie erben ihren Beruf, so wie es auch traditionell bei uns in Handwerkerfamilien stattfand. Der Vater war ein Schneider, so wurde es sein Sohn, so auch sein Enkel. Sie verfertigten Anzüge: schlechte, mittelmäßige oder gute.
Schuster, Philosophieprofessoren, Automechaniker, Advokaten oder Kanalräumer können hingegen überhaupt keine Anzüge produzieren. Europa erlebte bis zu 1789 eine Glanzzeit, es ging im 19. Jahrhundert durch eine innere Krise, 1918 und 1945 erfolgten die Abstürze. Heute aber sind unsere Völker "unhistorisch" geworden. Man sehe sich nur einmal die Wappen von Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien an. Und wenn man nicht mehr allein zu stehen vermag oder wagt, schließt man sich mit anderen zusammen. Das müssen Schwache tun. Und das geschieht auch jetzt.

IX.

Auf dem Rücken der amerikanischen Dollar-Note stehen Symbole und die Worte "Novus Ordo Seclorum" ("Neue Ordnung der Jahrhunderte"). Und damit tröstet sich der egalitäre Spießer, darauf baut er auch, richtet sich darin ein und ist bereit, mit allen Mitteln "Alternativen" dazu zu unterdrücken, zu verfolgen oder mundtot zu machen - wobei er allerdings mit der liberalen Komponente des Systems in einen innerlichen Konflikt gerät. Wer das PC-Prinzip nicht achtet, soll gefälligst den Mund halten. Man darf nicht vergessen: "majoritär" steht nahe zu "totalitär"!
Alles rein Irdische ist nun einmal vergänglich. Man kann lediglich die Feststellung machen, daß verschiedene Phänomene langlebig und andere kurzlebig sind. Die Eintagsfliege lebt kürzer als der Elefant oder gewisse Schildkröten. Über den Tod zu reden, wirkt im Neuheidentum "obszön". Doch der christliche Rationalist weiß ganz genau, daß nach der "Moderne" eine andere Epoche kommt, und natürlich auch, daß die Demokratie keineswegs "modern" ist, sondern lediglich die Wiederbelebung einer Ordnung, die in Attika schon vor rund 2.400 Jahren militärisch und politisch bankrott war.
Politische Formen, historische Einrichtungen, kulturelle Epochen kommen und gehen. Hätte man freilich (mit unserem geschichtlichen Wissen) im Jahre 70 vor Christus einem Römer gesagt, daß seine Republik bald zu Ende gehen werde, wäre er beleidigt und entrüstet gewesen. (Wie stolz war er doch vom Senatus Populusque Romanus regiert zu werden)! Hätte man von diesem Gespräch einem seiner Nachfahren anno 250 A.D. berichtet, wäre der nur wenig erstaunt gewesen.
"Aber inzwischen würden wir sagen". "Inzwischen hat sich doch nichts geändert!" wäre seine Reaktion. "Senatus Populusque Romanus - diese Inschrift sieht man doch überall!" "Aber ihr habt doch Kaiser - Imperatoren!" "Imperator heißt General! Generäle gibt es auch in Republiken!" Doch zehn Jahre später ließ sich der "Imperator" - es war Diokletian - eine goldene Krone auf den Kopf setzen und verlangte, daß man vor ihm niederknie. Da endlich war es den Römern klar, daß ihre Republik vor 300 Jahren den Weg allen Fleisches gegangen war.
DAS KREUZ STEHT, ABER DIE WELT VERGEHT. Vergessen wir das nicht!

X.

Die einzige unzweifelhaft richtige Aussage über den Schreiber dieser Zeilen, die man machen kann, ist die, daß er sterben wird. Sogar bald. Doch der genaue Zeitpunkt bleibt in Gottes

Hand. Unsere meisten Zeitgenossen können, beziehungsweise wollen nicht an das Ende unserer geschichtlichen Periode glauben, an der sie mit fast religiöser Überzeugung hängen.
Sie sind sogar überzeugt, daß sie ziemlich gerade ohne Abweichungen weitergehen, größere materielle Sicherheiten, eine längere Lebensdauer, eine bessere Gesundheit und weitere sexuelle Freiheiten bringen wird. Und wer diesen irdischen Optimismus in Frage stellt, wer die Tabus bricht, diese (anscheinend doch so unaufhaltbare) "Entwicklung" in Frage stellt, ist ein Störenfried. Wer am Glauben an den alles befreienden Fortschritt rüttelt, gehört zum Schweigen gebracht.
Nun ist doch gerade der materielle, der technische Fortschritt alles andere als befreiend, er bedingt nicht nur eine ganze Unmenge bürokratischer Vorschriften - man denke da nicht nur an die gesetzlichen Vorschriften, die sich vom Bau eines Automobils bis zum Augenblick erstrecken, da sich der Fahrer an das Lenkrad setzt, sondern auch an die Ängste, die uns von der hochentwickelten Chemie und der Physik bedrohen. Dazu kommen alle unsere neuen Abhängigkeiten. Wenn die Gänsefeder versagte, dann nahm man eine andere. Die Havarie im EDV-Gerät kann gleich eine kleine Tragödie hervorrufen. Die Technik bedeutet nicht immer Freiheit. Sie erfordert sogar die strikteste Disziplin.
Doch wer nicht "fortschrittlich" ist, an der Zweiten Aufklärung nicht teilnimmt, nicht mitglaubt und nicht mittut, dessen Überzeugungen nicht "zeitgemäß" und der die "Zeichen der Zeit" nicht wahrnimmt und sich nach ihnen richtet, der ist in der großen Agnostik ein Spielverderber, der muß den Mund halten, der Muß einfach weg. Das gilt von Einzelpersonen. Aber auch von ganzen Körperschaften.

XI.

Da gibt es die katholische Kirche. Sie "stört die Kreise". Eine führende Enzyklopädie, der Zweiten Aufklärung devot und ergeben, merzt unter neuer Leitung in ihrer letzten Ausgabe Denker aus, die dem Fortschritt "unbequem" sind, und schreibt von unserem Herrn und Heiland, daß er keine Kirche gegründet hat. Der "kleine Mann", der seine Weisheit aus diesen Bänden holt, ist nun endlich "aufgeklärt". Mit einer Mischung von Bestürzung und Erleichterung nimmt er diese Botschaft auf, hat er nun doch ein Alibi, die Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen!
Da gibt es Leute außerhalb der Kirche, denen sie der Feind des "Fortschrittes" und damit des Paradieses auf Erden ist. Schon in der Ersten Aufklärung hörten wir das Ecrasez 1'Infame. In allen möglichen Variationen hören wir das allerdings immer noch, manchmal leiser, manchmal lauter. Würden wir es nicht mehr hören, wäre ich sehr beunruhigt, denn Christus versprach uns, daß wir gehaßt und verfolgt werden. Eines aber erscheint mir auch sicher, daß Paulus in Rom vor seiner Enthauptung nicht die Menschenrechte zitiert oder die Christen im Kolosseum um mehr "Toleranz" gebettelt hatten.
Nein, unser Problem hier ist ein anderes. Es betrifft unsere lieben Progressisten im mystischen Leib Christi, die in ihrem Denken und Streben gleich zwei grobe Fehler begehen: sie wollen, um nicht unliebsam aufzufallen, sich nicht nur persönlich an den Zeitgeist angleichen, sondern auch die ewige, weltweite (katholische) Kirche lokal modernisieren und sie damit in geographischer Chronolatrie "provinzialisieren". Das haben allerdings schon die Entsteller des Zweiten Vatikanums getan, als sie in einem internationalen Zeitalter die Kirchensprache "nationalisierten".
Sehen wir zur Abwechslung einmal diese Haltung nicht von einem theologischen, sondern ganz banal von einem weltweiten, einem praktischen und psychologischen Standpunkt an, dessen sich ja unsere so sorgenvollen Papamäleone so oft rühmen, auch wenn sie sich einbilden, "die Kirche" und nicht nur ein "Publikum" zu sein. Was also würden ihre Kalkulationen eintragen? Schon allein das Fast-Monopol der "Volkssprache" und der "Volksaltar" (die mich an die Volkspolizei und die Volksdemokratie erinnern) und keine Forderung des Zweiten Va-

tikanums sind, haben nicht zum Ansturm auf die Sonntagsmessen, pardon, Eucharistiefeiern geführt.
Auch muß man in Betracht ziehen, daß rituelle Änderungen, die lokal gefordert werden, in einem globalen Zeitalter auf allerlei Schwierigkeiten stoßen, weil es in vielen Ländern nicht nur verschiedene Nationalitäten gibt, sondern auch weil unsere Mobilität gestiegen ist. Man reist in alle Richtungen und nicht jedermann ist polyglott (mehrsprachig). Dazu kommen Forderungen, die dem Zeitgeist entgegenkommen, aber unerfüllbar sind, weil sie der Heiligen Schrift wortwörtlich oder auch der Natur widersprechen. Es sind nun einmal fast alle Forderungen unserer Progressisten direkt oder indirekt vom Geist der Revolution von 1789 diktiert, haben also einen antichristlichen Charakter.
Doch wie würde es sich auf lange Sicht hin auswirken, wenn man anstatt die Barke Petri zu steuern, versuchte, sie einfach den Winden und Strömungen zu überlassen - und alle Moden mitmachen, um dadurch den Applaus des Publikums zu erringen.
Nein, die Kirche braucht einen Steuermann und muß, zwar zu allen Zeiten, besonders aber heute, gegen den Wind segeln. (Was aber mit Intelligenz und Eleganz, nicht spießig-verbissen getan werden soll). Das weiß natürlich der Geschichtsbewußte, der auch den Spruch des Tacitus kennt: "Tutpe est de proaevo nescire - Es ist eine Schande die Vorfahren zu ignorieren". Der "Futurist" aber kennt und respektiert die Ahnen und ihr Erbe nicht. Er ist in jeder Hinsicht wurzellos, und die nicht fest verwurzelte Pflanze kann jeder Wind umwerfen. Das sah man nur zu deutlich!
Doch selbst der moderne Mensch ist nicht nur ein Papamäleon. Er sucht, ob er es nun weiß oder nicht, auch den Abglanz der Ewigkeit hier auf Erden. Es tröstet ihn zu wissen, daß die Kirche sich eben nicht immer wie die Damen des Jet-Sets den jeweiligen Moden unterwirft. Seitdem schon die Erste Aufklärung das Werk der Reformatoren in ihr Gegenteil pervertierte, haben wir hier das erschreckende Beispiel einer Konfession, die immer "mit der Zeit" ging, während unsere Kirche – auch gerade im Mittelalter - mit den weltlichen Mächten und nicht nur mit Regierungen im Streit lag, dabei aber nie vergaß, daß der Herr uns versprach, bis zum Ende der Welt bei uns zu bleiben.
Unsere "Ibkas" mit weniger Geschichtssinn als stichelhaarige Zwergdackel begreifen nicht, daß die Lehrtreue der Kirche durch die Jahrtausende ein magischer Teil unseres Kapitals ist. Altbischof Stählin von Oldenburg sagte es klipp und klar: "Eine Kirche, die nicht anstößt, kann auch nicht anziehen!"
Absolut sicher ist aber, daß das jetzige Zeitalter zu Ende kommen wird, im "Westen" und auch anderswo'". Höchstwahrscheinlich kommt eine Rückkehr zu einer vertikalen Ordnung, für Kirche und Glaube die Möglichkeit - aber auch nur die Möglichkeit! - sich etwas heimischer zu fühlen als heute, in einer Zeit, da Wissen, Erfahrung, Treue und Redlichkeit auf ein Minimum gesunken sind.
Aber auch wenn die kommende Vertikalität heidnischer und böser sein wird als der horizontale Sumpf, in dem wir heute leben, so dürfen wir nicht verzagen, denn Christus hat verkündet, daß Kirche und Glauben von den Pforten der Hölle nicht überwältigt werden.<<
Im Jahre 1998 beträgt die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhalten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger (x268/197): >>... Eine grundlegende Form des Sozialhilferechts würde auch den vermeintlichen Arbeitskräftemangel schnell beheben; denn seit 1992 haben sich Löhne und Sozialhilfe weitgehend angenähert.
Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums hatte ein repräsentativer Arbeitnehmerhaushalt" mit zwei Kindern monatlich netto 2.738 DM zur Verfügung gegenüber 2.659 DM Sozialhilfe bei einem identischen Haushalt. In den östlichen Bundesländern hatten die Sozialhilfe-

empfänger sogar schon einen Vorsprung. Hier betrug die obige Relation 2.112 DM zu 2.279 DM.<<

1999

>>Am vorderen Tor wehrt man den Tiger ab, und durch die Hintertüre kommt der Wolf ins Haus.<< (Chinesisches Sprichwort)

12.01.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Januar 1999 über den Bau eines neuen Conti-Werkes in Rumänien: >>... In die neue Fabrik in der westrumänischen Stadt Timisoara (Temesvar) nahe der ungarischen Grenze werden insgesamt mehr als 100 Millionen DM investiert, wie Continental am Montag mitteilte.

... Die neue Niedriglohnfabrik werde den konzerninternen Wettbewerb der Standorte verschärfen, räumte ein Conti-Sprecher ein. Aber das sei so gewollt. Trotz steigender Reifennachfrage sei die Umstrukturierung der Hochlohnstandorte nicht vom Tisch. "Ein Ausruhen gibt es nicht."

Ziel sei es, den Anteil der Produktion in Niedriglohnländern von derzeit über 30 % auf 40 % zu erhöhen. ...<<

13.01.1999

BRD: Die deutsche Bundesregierung (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) verständigt sich am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie soll danach "geordnet und sicher" beendet werden. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wird ab 2000 verboten.

18.02.1999

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Februar 1999 über Rußlands Verschuldung im Westen: >>**Hungriger Bär**

Es ist eine alte Schuldner-Weisheit: Wer einen kleinen Kredit aufnimmt, der ist der Bank ausgeliefert. Wer dagegen einen großen Kredit erhalten hat, dem gehört die Bank.

Denn mit der Größe des Betrages steigt die Angst, das ganze Geld zu verlieren - und dies fördert die Bereitschaft, immer neue Finanzspritzen zu genehmigen. Nicht nur Betrüger nutzen diese Erkenntnis, sondern auch Staaten wie Rußland. ...

Erstaunlich bekannt klingt aber auch das zweite Motiv für die wieder wachsende Großzügigkeit. Denn wie früher wird Geld wohl im Gegenzug für russisches Wohlverhalten verteilt werden müssen. Deutsche Milliarden haben damals den Abzug russischer Panzer aus den neuen Bundesländern ermöglicht. ...

Dies mag verwerflich klingen, ist es aber nicht. Denn für die westlichen Regierungen gibt es kaum eine Alternative. Schon weil Rußlands Militärpotential die ganze Welt zerstören könnte, kann man dem Land nicht einfach die Daumenschrauben ansetzen und es zum wirtschaftlichen und politischen Außenseiter verkommen lassen. ... <<

06.03.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. März 1999 über die sowjetischen Enteignungen in Mitteldeutschland von 1945 bis 1949: >>**"Ermordung und Enteignung – das kann nicht rechtens sein"**

Sie geben keine Ruhe. Immer wieder ziehen sie vors Verfassungsgericht, klagen bei der EU. Warum sind die Enteigneten von 1945/49 nicht bereit, ein schwieriges Kapitel der Nachkriegsgeschichte zuzuschlagen?

... Am 15. Juni 1990 haben die beiden deutschen Regierungen verkündet, daß die Enteignungen im Zuge der sogenannten Bodenreform in der SBZ nicht rückgängig gemacht werden.

Zweimal, 1991 und 1996, hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, daß die Unumkehrbarkeit der Enteignungen vor 1949 rechtens ist. Und doch geben die einstigen Großgrundbe-

sitzer keine Ruhe.
Seit 8 Jahren kämpfen sie als "Verlierer der Wiedervereinigung" gegen die "Fortsetzung des kommunistischen Enteignungsunrechts durch die Bundesrepublik Deutschland".
Ihre Forderung: Sie wollen im wesentlichen so behandelt werden wie die Land-, Haus-, Gewerbe- oder Fabrikbesitzer, die nach 1949 von den Behörden der DDR enteignet worden sind. Sie wollen entweder Rückgabe des Teils ihres ehemaligen Eigentums, der sich heute in Staatsbesitz befindet oder eine angemessene Entschädigung. ... "Es geht nicht um unser Eigentum, sondern um den Rechtsstaat schlechthin." ...
Ein Politikum wurde erst daraus, als die beiden Deutschlands vereinigt wurden. "Sämtliche Regierungen der Bundesrepublik haben immer gesagt, die Enteignung sei bitteres Unrecht gewesen und müsse irgendwann wieder gutgemacht werden – und dann, als die Regierung Kohl die Chance dazu hatte, hat sie es nicht getan."
Im Gegenteil. Mit der Aufnahme des Absatzes Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen" in den Einigungsvertrag hat die Bundesrepublik nachträglich zum Recht erhoben, was bis dahin auch im Völkerrecht als Unrecht galt – die Enteignung von Privateigentum durch eine Siegermacht.
Das sei nötig gewesen, hat die Regierung Kohl danach immer wieder versichert, weil die Sowjetunion die Wiedervereinigung andernfalls niemals zugelassen hätte. Diese Behauptung ist inzwischen weitgehend erschüttert worden, sogar durch den einstigen Sowjetpräsidenten Michail Gorbatschow.
Der jüngste Einspruch wurde erst in der vergangenen Woche veröffentlicht: eine eidesstattliche Erklärung des Beauftragten der DDR-Regierung bei den Verhandlungen zur Herstellung der deutschen Einheit, des CDU-Politikers Günther Krause. Klipp und klar heißt es da: "Von einer solchen Vorbedingung der sowjetischen Verhandlungsseite ist mir nichts bekannt."
... Von den im Zuge der Bodenreform enteigneten landwirtschaftlichen Flächen werden gerade mal 30 Prozent von Neusiedlern bewirtschaftet – der Rest befindet sicher derzeit in Staatseigentum. Nur auf dieses Land, das nicht bereits anderen Privatleuten gehört, erheben die Enteigneten Anspruch.
Das sind immerhin 1,5 Millionen Hektar ehemals von den volkseigenen LPGs bewirtschafteter Äcker, Weiden und Forsten – und für die kassiert die staatliche Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG) die Pacht. Mehr als 60.000 Hektar Felder und Forsten hat sie bereits verkauft. Im Jahr 2004 dann soll den ursprünglichen Besitzern dieser Flächen eine "Ausgleichszahlung" von durchschnittlich 10 Prozent der beschlagnahmten Vermögenswerte gezahlt werden.
Mit diesem bescheidenen Ausgleich anstelle einer vollwertigen Entschädigung geben sich die Enteigneten nicht zufrieden. Ihr 8 Jahre währender Widerstand hat ihnen in großen Teilen der Bevölkerung wie der Politik den Ruf eingetragen, auf Kosten mühselig um ihre Existenz kämpfender Bauern in Ostdeutschland die "Herrschaft der Junker" wieder auferstehen lassen zu wollen. Die einstigen Großgrundbesitzer aber sind davon überzeugt, daß sie von der Regierung Kohl in ein "Sonderopfer für die Wiedervereinigung" gezwungen worden sind.
Deshalb mag Lüder (einer von den rund 1.800 enteigneten Großgrundbesitzern von 1945) das verächtliche Wort vom gierigen Junker nicht mehr hören. Bitter zitiert der 76jährige das, was Bundeskanzler Helmut Kohl 1996 eingeräumt hat:
"Bei den Verhandlungen über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion haben wir geglaubt, mit dem Verkauf der einstigen volkseigenen Betriebe durch die Treuhand die Schulden der DDR finanzieren zu können."<<

09.03.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. März 1999: >>**Bonn und**

Prag wollen einen Schlußstrich
Bundeskanzler Gerhard Schröder und der tschechische Ministerpräsident Milos Zeman wollen das Verhältnis beider Staaten "zukunftsorientiert ausbauen" und einen Schlußstrich unter die Ereignisse nach dem Kriegsende ziehen.
Beide kamen am Montag in Bonn überein, daß die Vertreibung der sudentendeutschen die Beziehungen nicht mehr belasten solle.
Schröder sagte, die Sudetendeutschen hätten das Recht, ihre kulturellen Eigenarten zu pflegen, aber keinen Einfluß auf die deutsche Außenpolitik. Daraufhin warf die CSU Schröder vor, er habe "das Schicksal von Millionen Heimatvertriebenen zu den Akten gelegt". ...
Der Kanzler befürwortete "ohne Einschränkung" die Aufnahme Prags in die EU, ohne sich auf einen Termin festzulegen. Damit könne nach dem NATO-Beitritt eine dauerhafte Stabilisierung in Richtung Osteuropa erreicht werden.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärt später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Der UNO-Menschenrechts-Ausschuß, dessen Sekretär ich mehrere Jahre war, hat die Diskriminierung in der Gesetzgebung und in der Praxis der Wiedergutmachung in Tschechien wiederholte Male festgestellt - Diskriminierung gegenüber Tschechen, Juden, aber auch gegenüber Sudetendeutschen. ...
Liegt es vielleicht daran, daß die deutsche Regierung dies nicht will, und so - anstatt das Völkerrecht zu behaupten, es eigentlich durch Diskriminierung korrumpiert - und den eigenen Landsleuten in den Rücken fällt? Diese Diskriminierung kann justiziabel sein - sowohl in Straßburg als auch in Genf.
Zwar geschahen die Konfiskationen meistens 1945 - also lange vor der Erschaffung der Straßburger und Genfer Tribunale, was bedeuten würde, daß die Konfiskationen ratione temporis (erst ab ihrem Inkrafttreten) außerhalb der Kompetenz von diesen Organen liegen würden, der Tatbestand der Diskriminierung aber beinhaltet eine separate Handlung, eine neue Verletzung des Völkerrechts, die nach dem Inkrafttreten der Europäischen Menschenrechtskonvention und des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte geschehen ist und noch geschieht. ...
In der Tat, nimmer endet die Vertreibung, denn zur Zeit wird versucht den Vertriebenen, ihren Kindern und Enkelkindern ihrer Identität und Ihrer Ehre zu berauben. Nicht nur sind es die eigentlichen Täter, nämlich die Vertreiber-Staaten, sondern ist es auch die eigene deutsche Regierung, die den Vertriebenen den diplomatischen Schutz verweigert und der historischen Wahrheit für kurzfristige politische Strategien opfert, oder gar - so banal wie dies klingen mag - die Ehre und die Geschichte im Namen des Kapitals und des Geschäftes opfert.
... Ich bezweifle, daß Frieden und Freundschaft in Europa auf der Basis von Verlogenheit aufgebaut werden können. Aber, wie Günther Grass einen anderen seiner Romane betitelte - das ist wohl "Ein weites Feld". ...<<
10.03.1999
BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. März 1999: >>... Die Bundesregierung ist Vorwürfen der CSU und der Sudetendeutschen entgegengetreten, Bundeskanzler Schröder (SPD) habe auf Vermögensansprüche der Vertriebenen in Tschechien verzichtet. "Selbstverständlich haben wir nicht auf Rechtspositionen verzichtet", sagte Schröders außenpolitischer Berater im Kanzleramt, Michael Steiner.
Den Sudetendeutschen bleibe es unbenommen, vor tschechischen Gerichten zu klagen. Diese Rechtspositionen könne die Bundesregierung den Vertriebenen nicht nehmen.
Schröder war am Montag in Bonn mit Tschechiens Ministerpräsident Milos Zeman zusammenkommen. Der Kanzler habe dabei klargestellt, daß die Bundesregierung keine Vermögensfragen im Zusammenhang mit den Geschehnissen im und nach dem Zweiten Weltkrieg aufwerfen werde, sagte Steiner.

Diese Klarstellung sei vor allem von psychologischer Bedeutung, "insofern es die deutsch-tschechischen Beziehungen entsäuert". Schröders "befreiende Worte" hätten den Tschechen die Angst genommen, die Bundesregierung könnte Vermögensansprüche der nach dem Zweiten Weltkrieg vertriebenen Sudetendeutschen verfolgen. ...
Steiner bekräftigte, daß Zeman bei dem Treffen klargestellt habe, daß die Wirksamkeit der sog. Benesch-Dekrete aus Sicht der tschechischen Regierung inzwischen erloschen sei. ...
CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble hielt Schröder vor, "in unverantwortlicher Weise mit der Politik der bisherigen Bundesregierung" gebrochen zu haben. CSU-Chef Edmund Stoiber sagte, Schröder habe der Aussöhnung zwischen Tschechen und Deutschen einen "verheerenden Dienst" erwiesen.
Die Sudetendeutsche Landsmannschaft erwägt rechtliche Schritte gegen die Bundesregierung. Mit seinem Verhalten verzichte der Kanzler offenbar auf privatrechtliche Ansprüche der Sudetendeutschen, erklärte der Verband.
In Prag reagierten Oppositionspolitiker mit verhaltener Zustimmung auf die Äußerungen Zemans, ein Teil der sog. Benesch-Dekrete zur Enteignung sei "erloschen".
Diese Dokumente seien "heute selbstverständlich nicht mehr aktuell", sagte der außenpolitische Sprecher der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), Jan Zahradil. Die Dekrete seien aber auch "untrennbarer Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung".<<

13.03.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. März 1999: >>**Scharping: Gewinn für Deutschland**
Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping sieht im NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn einen Gewinn für Deutschland.
Die Bundesrepublik stehe damit vor einer "historisch einmaligen Situation, nämlich zum ersten Mal nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein", sagte er der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "Die Welt".
Zugleich wies Scharping Bedenken Rußlands zurück: "Die NATO-Erweiterung richtet sich gegen niemand. Sie ist Export von Sicherheit und Stabilität."
Die Erweiterung werde verknüpft mit einer sehr engen Kooperation mit Rußland: "Insgesamt wird die Lage in Europa sicherer."<<

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. März 1999: >>NATO nimmt drei neue Mitglieder auf ...
Rußland bekräftigte seine ablehnende Einschätzung. Außen- und Verteidigungsministerium in Moskau bezeichneten die Erweiterung am Freitag erneut als schweren historischen Fehler. Das Außenministerium warnte, ... (die) Osterweiterung könne zum Aufbrechen neuer Trennungslinien führen. ...<<

24.03.1999

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. März 1999: >>**VW entschuldigt sich bei den Tschechen**
Der deutsche Automobilkonzern Volkswagen hat sich für eine Anzeige in tschechischen Zeitungen entschuldigt.
Die Prager Filiale der Firma hatte am 15. März mit einer militär-ähnlichen Landkarte Tschechiens und dem Titel "Große Frühjahrs-Offensive" für ihre Wagen geworben. Am Tage der Veröffentlichung der Anzeige in mehreren Tageszeitungen erinnerten Opferverbände des Landes an die Errichtung des "Protektorats Böhmen und Mähren" durch das NS-Regime am 15. März 1939. ...<<

03.04.1999

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. April 1999: >>**Ex-Zwangsarbeiter protestieren in Polen**

Frühere Zwangsarbeiter haben am Mittwoch in Polen vor den diplomatischen Vertretungen Deutschlands eine schnelle Entschädigung der polnischen NS-Opfer gefordert. ...
"Es gibt keine Aussöhnung ohne eine Wiedergutmachung", riefen die Protestteilnehmer. ...<<

19.04.1999

BRD: Die Nienburger Tageszeitung "DIE HARKE" berichtet am 19. April 1999: >>**50jähriges Bestehen kein Grund zum Feiern**

... Das 50jährige Bestehen der Landsmannschaften Schlesien und Sudetenland ist Anlaß zum Gedenken, aber kein Grund zum Feiern."
Mit diesem Satz faßte ... Friedrich Schmidt von der sudetendeutschen Landsmannschaft die Stimmung der Gedenkfeier ... in Worte. ... Er appellierte, das Unrecht der Vertreibung nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. ... "Angesichts der täglichen Bilder aus dem Kosovo wird die Erinnerung an das eigene Schicksal wieder hellwach."
Eines wurde deutlich: Wichtigstes Anliegen der Landsmannschaften ist es, daß die Regierungen Polens und Tschechiens offiziell die Vertreibung der Deutschen als Unrecht anerkennen. "Eine Verständigung mit den östlichen Nachbarn darf keine Einbahnstraße sein.
Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit sind die Voraussetzungen eines gemeinsamen Weges zu Frieden und Freiheit", betonte Heinz Menschik für die Landsmannschaft der Schlesier. Einig ist er sich mit Friedrich Schmidt in der Bewertung der Landsmannschaften: "Sie bewahren den Heimatgedanken über viele Jahre. Ohne sie wären Schlesien, Pommern, Ostpreußen und das Sudetenland in Vergessenheit geraten. ... "Die jungen Menschen wissen heute kaum noch etwas über die Ostgebiete. Es wird ja auch kaum noch darüber gesprochen."<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt über das unsägliche Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/196): >>... Es wäre auch unmenschlich zu erwarten, daß die deutschen Vertriebenen einfach vergessen, was mit ihnen geschehen ist. Es gibt kaum einen Vertriebenen, der während der Vertreibung nicht einen nahen Angehörigen verloren hat, denn über zwei Millionen Menschen haben die Flucht und Vertreibung nicht überlebt. Auch wenn sich die Vertriebenen inzwischen ein neues Zuhause im Westen aufgebaut haben und ausdrücklich auf jede Form von Gewaltanwendung zur Rückgewinnung des ihnen entrissenen Landes verzichten, wünschen sie doch eine gewisse Anerkennung des Opfers, das sie bringen mußten.
Wer unter ihnen idealistisch denkt, hofft, das ihr Erlebnis als Beispiel wirken möge und anderen Völkern die Tragödie der Entwurzelung erspart bleibe. Denn wenn die Erfahrungen der deutschen Vertriebenen als Fallstudie und als Warnung vor künftigen Vertreibungen dienen sollen, müssen die Tatsachen allgemein bekannt werden.<<

22.04.1999

BRD: Der nordamerikanische Historiker Raul Hilberg (1926-2007) schreibt am 22. April 1999 in der "Süddeutschen Zeitung" über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/61-62): >>Historiker diesseits und jenseits des Atlantiks waren sich doch einig, daß Goldhagen einen Blödsinn geschrieben hat. ...<<

24.04.1999

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. April 1999: >>**"Staatsmann des Jahrzehnts"**

Im Beisein von Staats- und Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa ist der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl in New York als "Staatsmann des Jahrzehnts" geehrt worden. ...
Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger sagte, Kohl sei "die treibende Kraft der Einigung Europas" gewesen. ...
Dies war nicht die erste US-Ehrung für Kohl in dieser Woche: Präsident Bill Clinton hatte ihn zuvor mit der Freiheitsmedaille ausgezeichnet und ihm in Anspielung auf John F. Kennedys berühmtes Wort: "Ich bin ein Berliner" bescheinigt: "Du bist ein Amerikaner."<<

04.05.1999

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Mai 1999 (x268/30): >>Zum ersten Mal ist in Deutschland ein Angeklagter rechtskräftig wegen Völkermordes verurteilt worden.

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe bestätigte im Ergebnis ein Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf, das den bosnischen Serben Nicola Jorgic wegen der Ermordung von insgesamt 30 Menschen verurteilt hatte. ...

Der Bundesgerichtshof stellte klar, daß Völkermord nicht die Ausrottung einer ganzen Bevölkerungsgruppe voraussetze; das hatten die Verteidiger des Angeklagten behauptet. Die Richter hielten es vielmehr für maßgeblich, daß es Jorgic um die Vernichtung der nordbosnischen Muslime gegangen sei; auch das erfülle den Tatbestand des Völkermordes.

Danach ist ausreichend, wenn jemand in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören, Mitglieder der Gruppe tötet, ihnen schwere Schäden zufügt oder die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, deren Zerstörung herbeizuführen.<<

15.05.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Mai 1999: >>**Ehemalige KZ-Häftlinge verklagen Dresdner Bank**

Rund 22.000 ehemalige polnische KZ-Häftlinge haben die Dresdner Bank auf 5,4 Milliarden Mark Entschädigung verklagt.

Sie verlangen Wiedergutmachung für ihre Gefangenschaft, erlittene Mißhandlungen und nicht bezahlte Zwangsarbeit. ...<<

22.05.1999

BRD: Der Schriftsteller Michael Kleeberg schreibt am 22. Mai 1999 in der Tageszeitung "Die Welt" über eine Deutschlandreise des französischen Schriftstellers Bernard-Henry Lévy (x268/23-24): >>Das Interessanteste war die Antwort Joschka Fischers (1998-2005 Bundesaußenminister) auf Lévys Frage, was denn der Zement sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte, der Urkonsens, der Anfangsmythos, so wie die Revolution von 1789 für Frankreich. Fischer antwortete, das sei, so seltsam es sich anhöre, für die Bundesrepublik wohl Auschwitz.

Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was ein solcher Satz bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden.

Die Chiffre Auschwitz kann vieles bedeuten, eines jedoch nicht: eine Konstruktionsvorlage. Ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern Vergasten ruhte, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (5/2001) berichtet später über die linksradikale Vergangenheit der "grünen" Minister Joschka Fischer und Jürgen Trittin in den sechziger und siebziger Jahren: >>**Die verlorene Ehre der Apo**

Die linksradikale Vergangenheit der grünen Minister Joschka Fischer und Jürgen Trittin hat die halb vergessenen sechziger und siebziger Jahre der Republik plötzlich zum Politikum gemacht. Doch rechte Räuberpistolen und linke Lebenslügen verstellen den Blick auf die wilde Epoche nach 1968.

Es gibt Argumente, die können verletzen wie ein Farbbeutel, dessen Aufprall einem das Trommelfell zerfetzt. Wenn jemand Joschka Fischers rabiate Straßenkampf-Aktionen in den Siebzigern "irgendwo zwischen Faschismus und Neonazis" einordnet, kriegt der einstige Linksradikale vor Schmerz und Wut "solch einen Hals".

Der böse Vergleich mit rechten Rabauken schallt dem zweitwichtigsten Politiker der dritt-

mächtigsten Industrienation entgegen, seit jene Fotos aus dem Jahre 1973 aufgetaucht sind, auf denen der schwarz behelmte Streetfighter Fischer, damals knapp 25, auf einen zu Boden gerissenen Polizisten einprügelt (SPIEGEL 2/2001).
Seither wird in Parteiveranstaltungen und Parlamenten, in Talkshows und Kneipen erbittert darüber debattiert, ob ein Mann Minister bleiben darf, der in gar nicht mal allzu jungen Jahren unzweifelhaft Gewalt gepredigt und geübt hat - wenngleich er später deutlich auf Distanz zur Militanz gegangen ist.
Die politischen und moralischen Dimensionen dieser Frage wurden deutlich, als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) den Außenminister mit dem Argument zu verteidigen versuchte, es sei schließlich ja auch "vorstellbar", daß einer der gewalttätigen Neonazis von heute "in 20 Jahren", nach politischer Läuterung, in Berlin als Minister vereidigt wird.
Aus Sorge, braune Ausländerfeinde könnten sich auf die Prügel-Vergangenheit des grünen Außenministers berufen, forderte als Erster der jüdische Bundeswehr-Historiker Michael Wolffsohn den Rücktritt Fischers.
Beifall wiederum zollten dem Minister falsche Freunde, die beflissen jene Straßenmilitanz rechtfertigten, die Fischer selbst seit langem ablehnt. Beistand kam allerdings auch von gänzlich anderer Seite: Der einstige CDU-Scharfmacher Heiner Geißler, 70, nahm den "vom Saulus zu Paulus" gewordenen Grünen in Schutz - womöglich weil er sich eigener Jugendsünden erinnerte: Als 22-jähriger Jesuiten-Zögling war Geißler nach eigenen Angaben "in der Logistik" der Südtiroler Nationalisten tätig; die "Bumser" wehrten sich mit Anschlägen gegen eine italienische Überfremdung ihrer Alpenheimat.
Während die FDP erwog, einen Untersuchungsausschuß zur Klärung von Fischers Vergangenheit zu beantragen, bescherte die Debatte dem grünen Star zunächst nur einen kleinen Knick in der Popularitätskurve - er sackte auf der Beliebtheitsskala von Platz eins (vor Schröder) auf Platz zwei (hinter Schröder). Der Kanzler zeigte sich dennoch alarmiert. Denn die Berliner Koalition, so weiß Schröder, ist kaum denkbar ohne seinen grünen Vize - der nun täglich mit neuen Enthüllungen über Brandflaschen-Einsätze oder Terroristenkontakte rechnen muß.
Schröders Sorgen wuchsen, als Anfang vergangener Woche auch noch sein grüner Umweltminister Jürgen Trittin in die Schlagzeilen kam: Vorwürfe, der einstige Maoist habe sich nicht eindeutig genug von einem Pamphlet distanziert, in dem 1977 ein Göttinger Student (Pseudonym: "Mescalero") "klammheimliche Freude" über den RAF-Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback gestand, machten auch die linksradikale Phase im Leben Trittins zum Tagesthema.
Von den Schlagschatten ihrer Vergangenheit sehen sich die Grünen-Promis nun permanent verfolgt - so etwa, als Fischer im Prozeß gegen einen langjährigen Kampfkumpanen, den wegen dreifachen Mordes angeklagten Opec-Attentäter Hans-Joachim Klein, 53, gehört wurde.
Als Fischer, beschützt von sechs Leibwächtern, das Gerichtsgebäude verließ, verteilten CDU-Junioren ein Flugblatt mit zwei ganz ähnlichen Fotos: jenem vom Sponti Fischer, der auf den Frankfurter Schupo Rainer Marx einprügelt, und einem, auf dem deutsche Hooligans während der Fußball-WM 1998 den französischen Polizisten David Nivel halb tot schlagen.
Sind solche Vergleiche nichts als Demagogie, gar Ausdruck eines "neuen McCarthyismus", den die "Süddeutsche Zeitung" bereits an die Wand malte - oder doch die im Meinungsstreit statthafte Überspitzung einer Frage, der sich auch ein Fischer stellen muß?
Immerhin: Der Minister selbst ("Ja, ich war militant") hat bereits 1977 über seine Sponti-Einstellung Auskunft gegeben, die sich von der stupiden Gewaltgeilheit der Glatzen von heute tatsächlich kaum abhob. Fischer damals selbstkritisch:
Ich lernte, in der Gewalt zu leben, mit ihr - erfolgreich! - umzugehen und mich psychisch total darauf auszurichten ... Daraus wurde dann leicht die Lust am Schlagen, ein tendenziell sadisti-

sches Vergnügen.
Der mit vergilbten Zitaten geführte Streit über Staatsfeinde von einst, die sich heute als Staatsmänner präsentieren, hat den Deutschen plötzlich und unerwartet eine dritte große Debatte über die Bewältigung ihrer Vergangenheit beschert.
Diesmal geht es nicht um die Nazi- oder die Stasi-Zeit, sondern, delikaterweise, um die Vergangenheit jener, die sich vor einem Dritteljahrhundert selbst als Antifaschisten und teils als Kommunisten verstanden und die Generation ihrer Eltern pauschal mit einem "Nazi-Kontinuitätsverdacht" (Fischer) überzogen haben.
"Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, die wir von unseren Eltern gefordert haben, müssen wir nun selbst vollziehen", hat die niedersächsische Grünen-Landtagsabgeordnete Silke Stokar begriffen: "Für manche mag das schmerzhaft sein."
So stehen nun die späten sechziger und die siebziger Jahre auf der politischen Agenda - halb versunkene Zeiten, die auf viele Deutsche inzwischen "fremder wirken als selbst das Mittelalter", wie die "FAZ" staunte. Kein Wunder: Als der 25-jährige Joseph ("Joschka") Fischer in Frankfurt Putz machte, waren die heute 25-Jährigen noch nicht einmal gezeugt. Und die Älteren, gerade die Aktivsten von einst, leiden an Amnesie, wie der heute 52-jährige Fischer beklagte, als er im Klein-Prozeß nach Brandflaschenwürfen befragt wurde: "Nach 25, 26, 27 Jahren kommen Sie an die Grenzen dessen, was Gedächtnis leisten kann."
Weil zudem der Ausgang der neuen Geschichtsdebatte womöglich über Macht und Mehrheiten in Bund und Ländern mit entscheidet, ist die Gefahr der Geschichtsklitterung naturgemäß groß, wie schon der Auftakt der Kontroverse zeigt: Rechte Räuberpistolen und, mehr noch, linke Lebenslügen trüben manch einem den Blick auf die ohnehin seltsam nebulös wirkenden Rüpeljahre der Republik zwischen dem Anfang der Ära Kiesinger und dem Anbruch der Ära Kohl.
So zerfließt die Erinnerung an damals zu einer Collage aus disparaten Versatzstücken: softe Müsli-Typen in lila Latzhosen, aber auch Brutalos in schwarzer Ledermontur; heulende Demonstranten im Knüppelhagel und im Tränengasnebel, aber auch von Molotow-Cocktails entflammte Polizeiuniformen; pazifistische Pfarrer im Talar mit Gandhi-Bildern bei Sitzblockaden, aber auch die Nackedeis in der "Jux-Kommune 1".
Die Unschärfe der kollektiven Erinnerung kommt den Darstellern auf der politischen Bühne zupaß, die - je nach Couleur - den Außen- und den Umweltminister (und damit die rot-grüne Koalition) entlasten oder belasten, stabilisieren oder destabilisieren wollen.
Zu diesem Zweck werden in der Debatte, bisweilen nicht ohne Geschick, drei historische Teilabschnitte der Protestbewegung vermengt, die in Wahrheit nur wenig gemeinsam haben.
Da sind, erstens, die späten Sechziger, in denen die Revolte die Modefarbe Rot bevorzugte - rot wie die Fahnen, die Studenten zum "Ho-Ho-Ho-Tschi-minh-Stakkato" schwenkten; rot wie der Plastikeinband der als Zeitgeist-Accessoire massenhaft verbreiteten "Mao-Bibel"; rot wie das allgegenwärtige Plakat mit Marx-Engels-Lenin und dem Bundesbahnslogan "Alle reden vom Wetter - wir nicht".
Da sind, zweitens, die Siebziger, in denen, nach dem Zusammenbruch der Hochschulrevolte, der Protest zunehmend Schwarz trug - schwarz wie die Fahnen der Anarchos und die "Hasskappen" der vermummten Stahlkugelschleuderer an den Bauzäunen von Atomprojekten; schwarz wie die legendären "Baader-Meinhof-Wagen", jene BMW, mit denen die deutschen Todesschwadronen von Tatort zu Tatort karriolten; schwarz wie die Trauerkleidung beim Begräbnis von Toten aus der Terrorszene, an deren Gräbern die Kombattanten schworen: "Der Kampf geht weiter."
Und da sind schließlich, drittens, die Achtziger, in denen Grün zur Farbe der Wahl wurde - grün wie der damals sprießende Deutschland-Ableger von Greenpeace; grün wie die aufblühende Ökobewegung, die gegen Wasserverschmutzung und Luftverpestung antrat; grün wie

die 1980 auf Bundesebene gegründete, bis dahin nur regional vertretene "Anti-Parteien-Partei" der Ex-Sozialdemokratin Petra Kelly.
Rechte Oppositionelle verfolgen nun erkennbar das Ziel, vor allem Jung-Joschkas machohafte Militanz und seine zeitweise unklare Haltung zur RAF in den Siebzigern als symptomatisch für die gesamte Apo hinzustellen.
Diese Argumentation soll offenbar all jene Reformbewegten diskreditieren, die in den Sechzigern an den Hochschulen zwar oft verbalradikal, aber zunächst durchweg gewaltfrei demonstrierten und sich dann in den Siebzigern zu Hunderttausenden in Dritte-Welt-Projekten oder in der Frauenbewegung, in Bürgerinitiativen oder in demokratischen Parteien engagierten - vorzugsweise, wie Gerhard Schröder, in der SPD.
Die attackierten Grünen parieren die Vorwürfe gegen ihren Außenminister, indem sie die Krawalljahre der Frankfurter Spontis "einbetten" (Fischer) in den 68er Aufbruch - und damit die weithin positiv besetzten Motive der Studentenbewegung fälschlich auch für die rüden Schlägertrupps in Anspruch nehmen. Er sehe die Streetfighter-Jahre, brüstete Fischer sich im Klein-Prozeß, als Teil der "Freiheitsrevolte" von 1968, sich und seine einstigen Genossen als "Unterdrückte".
Ganz ähnlich argumentierte Fischers langjähriger Mitstreiter und Mitbewohner, der Pariser Revolutionspraktiker Daniel Cohn-Bendit. Die Union, so der Ex-Sponti in einem Rundfunkdisput, versuche, "die deutsche Geschichte umzudrehen", wenn sie Joschka als "Täter" hinstelle: "Wer ist ermordet worden auf den Straßen von Berlin? Benno Ohnesorg, bevor irgendein Student überhaupt was getan hat."
Der grüne Europaabgeordnete vernachlässigte, daß zwischen dem Tod des Studenten Ohnesorg am Rande der Berliner Anti-Schah-Demonstrationen 1967 und den Brandbombenwürfen der Frankfurter Spontis auf Polizisten im Jahre 1976 nahezu ein Jahrzehnt lag. Die Protestbewegung an den Hochschulen war zu diesem Zeitpunkt längst zusammengebrochen, Terrorgruppen, allen voran die RAF, aber hatten bereits serienweise Gewaltverbrechen verübt.
Eine politische Nebelkerze schleuderte auch Rezzo Schlauch, als er im Bundestag den Eindruck erweckte, Fischers Streetfighter hätten mit Mollies und Pflastersteinen gegen Restauration und Faschismus gekämpft. "Sie tun so, als ob wir schon damals ein weltoffenes Land gewesen seien", warf der Grünen-Fraktionschef der Opposition vor: "Das war mitnichten so."
Schlauch überging, daß Fischer mit seiner "Putzgruppe" keineswegs in der Amtszeit des Ex-NSDAP-Parteigenossen Kurt Georg Kiesinger operierte, als in Deutschland tatsächlich noch der "Muff von 1.000 Jahren" (Studentenslogan) waberte. Die Benzinbomben gegen Polizeibeamte flogen mehr als sechs Jahre nach der Regierungsübernahme durch Willy Brandt.
Der Sozialdemokrat hatte bei seinem Amtsantritt 1969 "mehr Demokratie" versprochen und mit seiner "Politik der kleinen Schritte" den Abbau der Ost-West-Spannungen eingeleitet. Mit seinem historischen Kniefall am Warschauer Ghetto-Denkmal wollte der einstige Emigrant der Welt überdies signalisieren, daß die Ära der Tabuisierung nationalsozialistischer Schuld in Deutschland überwunden war.
Der Frankfurter Streetfighter Fischer, urteilte vergangene Woche der aus Hessen stammende FDP-Chef Wolfgang Gerhardt, habe folglich nicht gegen die Reaktion, sondern gegen Willy Brandt (und dessen Nachfolger Helmut Schmidt) gekämpft.
Auch die rot-grüne "taz" sieht in Fischer weder einen klassischen noch einen typischen Achtundsechziger: Er war, so das Blatt, "zur Zeit der Studentenrevolte dem Knabenalter gerade erst entwachsen", die meisten seiner jüngeren Mitstreiter "konnten Rudi Dutschke allenfalls in der "Tagesschau" sehen, und das auch nur, wenn die Eltern sie nicht schon vorher ins Bett geschickt hatten".
Politisch hatte der Schulabbrecher und Autodidakt Fischer nicht allzu viel gemeinsam mit der Masse der Jungakademiker, die Jahre zuvor für die Demokratisierung der Gesellschaft auf die

Straße gegangen waren.
Während die Außerparlamentarische Opposition (Apo) der Sechziger gegen Notstandsgesetze und Pressemonopole demonstrierte, für Hochschulreformen stritt und die Differenz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit beklagte, hatten die "Bullenklatscher" um Fischer ("Ich war Revolutionär und kein Demokrat") für den bürgerlichen Rechtsstaat auch in den sozialdemokratischen Siebzigern nur Spott übrig. Typische Parole jener Jahre: "Legal, illegal, scheißegal".
Verstimmt über die Verzerrung des Vergangenen in der aktuellen Diskussion, meldete sich ein kundiger Zeitzeuge zu Wort. Der in England lebende Soziologe Lord Ralf Dahrendorf, der am Rande des Freiburger FDP-Parteitags 1968 durch ein öffentliches Streitgespräch mit Rudi Dutschke Aufsehen erregt hatte, sah Anlaß, "die 68er vor den 70ern in Schutz" zu nehmen.
Nach der "verständlichen Revolte in einer verfahrenen Situation", wie Dahrendorf die 68er Unruhen charakterisierte, seien Teile der Bewegung in den Siebzigern schlichtweg "der Gewalt als Gewalt verfallen". Daher sei es unzulässig, "mit den 68er-Argumenten" Fischers "Mitte-der-70er-Aktionen" zu verteidigen.
Das heiße im Übrigen nicht, stellte der Liberale klar, "daß Fischer nicht Außenminister sein kann". Allerdings: "Wenn er Justizminister wäre oder Innenminister, wäre das etwas ganz anderes."
Die im Axel Springer Verlag erscheinende "Welt", die das Dahrendorf-Interview veröffentlichte, präsentierte den Text als "Ehrenrettung der 68er vor den Fischers dieser Welt" - was bei manchem Apo-Opa die Erinnerung an jene Zeit belebte, als die Blätter des Springer-Konzerns sich um die Ehre der 68er noch einen Dreck kümmerten.
Die haßerfüllte Berichterstattung über die Studenten (Leseprobe: "Laßt Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen") löste 1968 die bundesweiten Osterdemonstrationen gegen den Springer-Verlag aus. Dessen Hetztiraden gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) waren von vielen Studenten für die Schüsse des verwirrten Anstreichers Josef Bachmann auf den SDS-Sprecher Rudi Dutschke verantwortlich gemacht worden.
Der Mordversuch setzte lange angestaute Empörung über den erstarrten Staat jener Tage frei: Verdruß über die Hochschulen, die sich weigerten, die NS-Belastung von Professoren zu thematisieren; Zorn über die Pläne der Bonner Regierung, für den Fall des "inneren Notstands" Bürgerrechte abzuschaffen; Wut auf den Bündnispartner USA, der daheim die Farbigen diskriminierte und draußen in Vietnam einen dreckigen Napalmkrieg führte.
Vor allem aber trug eine maßlos dreinknüppelnde Polizei zur Radikalisierung bei. "Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, dann müssen wir in die Mitte hineinstechen, damit sie an den Enden auseinander platzt" - so hatte der Berliner Polizeipräsident Erich Duensing seine Einsatztaktik für den Schah-Besuch am 2. Juni 1967 beschrieben, bei dem überdies persische Geheimpolizisten mit langen Schlagstöcken auf die Studenten einprügelten.
Nach den Osterunruhen von 1968 schilderte der Mainzer SDS-Vorsitzende Klaus Ahlheim die Wechselwirkung von Gewalt und Gegengewalt, die durch die Knüppeleinsätze ausgelöst wurde und die sich im darauf folgenden Jahrzehnt bis zum schieren Wahnwitz hochschaukeln sollte:
Keiner hatte die Absicht, Steine zu werfen. Aber als die Knüppel kamen und die Pferde, als man Leute ohnmächtig sah und Angstschreie hörte, haben junge Leute in blinder Wut Brokken aus dem Rasen gerissen und nach Steinen gesucht.
Als die ersten Apo-Splittergruppen in die Militanz abglitten und Tötungspläne ausbrüteten, trug die Springer-Presse dazu bei, daß frühe Warnungen nicht ernst genug genommen wurden. Zu oft hatten diese Blätter zuvor blinden Alarm ausgelöst - indem sie etwa einen geplanten Puddingwurf des Szene-Clowns Fritz Teufel auf den US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey aufbauschten zum angeblich beabsichtigten "Bombenanschlag".

Als von Ende 1968 an immer wieder Bomben- und Sprengstoffunde bei linken Anarchos publik wurden, hielt ein Großteil der friedlich demonstrierenden Apo-Anhänger auch diese Darstellungen für Produkte aus den Fälscherwerkstätten von "Staatsschutzbullen" und "Schweinejournalisten".
Spätestens als ultralinke Splitter nicht länger nur "Gewalt gegen Sachen" rechtfertigten (wie die Frankfurter Kaufhaus-Brandstiftung 1968 durch Andreas Baader und Gudrun Ensslin), sondern offen "Gewalt gegen Personen" propagierten, beschleunigte sich der Differenzierungsprozeß innerhalb der Neuen Linken.
Doch selbst nachdem sich die ursprünglich pazifistisch eingestellte Journalistin Ulrike Meinhof nach der blutigen Befreiung des Brandstifters Baader 1970 aus der Haft ("Natürlich kann geschossen werden") in den Untergrund abgesetzt hatte, war die Einstellung zur Gewalt bei vielen noch immer ambivalent.
"Verstecke ich Ulrike Meinhof, wenn sie an meiner Tür klingelt?" - das war, wie sich der sozialdemokratische Ex-Staatssekretär Günter Gaus, 71, erinnert, "die wesentliche Frage, die meinesgleichen meines Alters sich damals stellte". Später teilten viele Liberale die schrille Kritik, die "Folterkomitees" an unmenschlichen Haftbedingungen für RAF-Täter übten.
In weiß gestrichenen Einzelzellen litten die Isolierten, wie in- und ausländische Gutachter bescheinigten, an "sensorischer Deprivation" (Entzug von Sinneseindrücken). Ulrike Meinhof beschrieb die Tortur am 231. Tag ihrer Haft in Köln-Ossendorf:
Zerreißwolf - Raumfahrtsimuliertrommel, wo den Typen durch die Beschleunigung die Haut plattgedrückt wird - Kafkas Strafkolonie - pausenloses Achterbahnfahren.
Die Sympathien der Salonlinken im bürgerlichen Milieu, dem auch die Meinhof entstammte, schwanden allerdings (nahezu) im selben Maße, in dem sich die "antikapitalistischen" Kapitalverbrechen häuften. Am Ende erschienen die Terrortaten der RAF auch dem um ein Höchstmaß an Verständnis bemühten Schriftsteller Heinrich Böll nur noch als aberwitziger Kampf der "6 gegen 60 Millionen".
Besonders lange hielt die Bewunderung für die Mörder mit dem MPi-Emblem in zwei politischen Lagern an, deren heute prominenteste Exponenten dem Kabinett Schröder angehören:
- Die sogenannten K-Gruppen, denen Jürgen Trittin entstammt, waren ein Konglomerat untereinander zerstrittener, latent gewaltbereiter kommunistischer Sekten, deren Binnenleben weitgehend von Dogmatismus und Psychoterror geprägt war - eine maoistische Spielart religiöser Jugendsekten.
- "Sponti-Cliquen" wie der "Revolutionäre Kampf", Heimat von Joschka Fischer und Vorläufer der späteren "Autonomen", trainierten in einer Art Wehrsportgruppe verkrachte Studenten und entsprungene Heimzöglinge für Straßenschlachten mit der Polizei - und dienten dem terroristischen Untergrund als Rekrutierungsfeld.
Beide Zweige, Spontis wie K-Gruppen, wurzelten in den Trümmern der alten Apo. Der SDS war bereits Ende "68 zerbrochen an dem "Dilemma, daß die antiautoritäre Revolte die eigene Organisation zerstört", wie Redner Bernd Rabehl auf einer der letzten Delegiertenkonferenzen ins Mikro sprach. Durch den Saal flatterten Flugblätter mit der blaßblauen Aufschrift "Ffffruustrationnnnnn ... Es ist fuern Arsch."
An den Hochschulen fiel die Revolte in sich zusammen, nachdem im November 1968 Demonstranten bei einer Steinschlacht am Tegeler Weg in Berlin 130 Polizisten verletzt hatten; Anlaß war ein Ehrengerichtsverfahren, das dem Anwalt Horst Mahler wegen seiner Demonstrations- und Prozeßauftritte drohte. Die Friedfertigen skandierten fortan "Kei-ne Stei-ne!" oder "Molotow ist doof" und wandten sich ab.
Zurück an der Front blieben Militanzprediger wie Daniel Cohn-Bendit ("Wir brauchen eine Offensive der Gewalt") und der spätere RAF-Täter Mahler. Der Jurist hatte 1968 an die Apo appelliert, im revolutionären Kampf auch Tote einzukalkulieren, so wie jeder Autofahrer da-

mit rechnen müsse, "daß ein Reifen platzt". Heute - the times they are a-changin" - ist Mahler einer der Chefideologen der NPD. Jüngst hat die Strafverteidigervereinigung ihn daher ausgeschlossen.
"Schmeißt auf Bürokraten Eierhandgranaten", "Macht kaputt, was euch kaputt macht" - in diesem Meinungsklima formierten sich in den späten Sechzigern vor allem in den Großstädten geheim ("klandestin") operierende Grüppchen, für die Gewalt gegen Menschen nicht tabu war, ganz im Gegenteil.
"USA, SA, SS", "Schafft zwei, drei, viele Vietnam", "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" - nach der kruden Logik solcher Parolen war jeder Steinwurf auf einen Wachtmeister zugleich ein antifaschistischer Widerstandsakt, jeder brennende Streifenwagen zugleich ein Sieg im Volkskrieg, jeder Brandsatz in einem US-Konsulat zugleich ein Denkzettel für die bürgerlichen Täter-Väter - Venceremos!
Da half nicht mehr, daß sich geistige Väter der Revolte wie der Soziologe Jürgen Habermas vom "Linksfaschismus" der Brandflaschenfraktion absetzten. Andere Geistesgrößen sprangen den Stadtkriegern bei - bis schließlich sogar Jean-Paul Sartre 1974 den RAF-Häftlingen in Stammheim eine Visite abstattete.
Zunächst fast unmerkbar hatte die Gewaltspirale auch in Frankfurt zu rotieren begonnen. Anfangs versuchten die dortigen Spontis vergebens, die Arbeiterschaft in Großbetrieben wie Opel zu agitieren. Dann "befreiten" sie Jugendliche aus geschlossenen Erziehungsheimen wie im hessischen Staffelberg.
Die Schwererziehbaren ergriffen begeistert Besitz von den Stuck-Altbauten, die Linke im "Häuserkampf" gegen die Kahlschlagpläne der rechten Frankfurter SPD besetzt hatten, erfreuten sich der Zuwendung tabuloser Jungakademikerinnen und ließen sich von den obercoolen Schlauköpfen aus dem "Häuserrat" erklären, wie man Bambule macht, "damit der Staat endlich seine blutigen Krallen zeigt".
Fischer selbst reimte im Kampf gegen die Bauspekulation und die Abrißpläne der Frankfurter Beton-SPD: "Jeder Stein, der abgerissen, wird von uns zurückgeschmissen." Wer widersprach, wurde ausgepfiffen und niedergemacht - wie der Jungsozialist Karsten Voigt (heute SPD-Außenpolitiker), der an einer der ersten Hausbesetzungen teilgenommen und polizeiliche "Überreaktionen" kritisiert hatte, jedoch Fischers "Spielerei mit Gewaltaktionen" strikt ablehnte. Die Militarisierung der Sanierungsgegner, warnte Voigt, "provoziert nur die Reaktion". Fischer putzte den Juso daraufhin vor versammelter Mannschaft runter:
Ich spreche hier für die Genossen, die in den letzten Tagen gewöhnlich als Politrocker bezeichnet wurden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir entscheiden uns für einen Reformismus, der letztendlich die Praxis des Kapitals darstellt, oder für das, was als Aktionen von Politrockern diffamiert wird.
Maoisten aus den eher akademisch geprägten K-Gruppen (das K stand für kommunistisch) umwarben unterdessen mit Propagandatexten für Massenmörder wie Stalin all jene, denen die von Ost-Berlin gelenkten und bezahlten poststalinistischen "DKPisser" zu angepaßt waren und die über friedliche "Latschdemos" und linke "Liberallalas" höhnten. Die verbiesterte Entschlossenheit, sich von niemandem irgendwo auf der Welt jemals links überholen zu lassen, führte bei den Partei-Chinesen zu immer neuen Zellteilungen und zu immer skurrileren Forderungen.
"Verlangten etwa die Gewerkschaften für eine werdende Mutter die Freistellung drei Monate vor der Niederkunft, dann forderte der KB vier Monate und der KBW sechs Monate - und die völlig lebensfremde KPD-ML neun Monate vor der Geburt", erinnert sich der Zeitzeuge Michael Schwelien in seiner brillanten Joschka-Fischer-Biographie.
Das absurde Ende des Marsches von Linksaußen nach Linksdraußen markierte 1978 eine Kambodscha-Reise, bei der Hans-Gerhart ("Joscha") Schmierer, seines Zeichens Sekretär des

Zentralkomitees im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), den blutrünstigen Steinzeitkommunisten Pol Pot besuchte und bejubelte. "Der kurze Flirt mit den Roten Khmer", erinnert sich der ehemalige Schmierer-Mitstreiter Gerd Koenen, sei für den KBW "so etwas wie der Todeskuß" gewesen, "den wir vielleicht unbewußt herbeigesehnt hatten". (Joscha Schmierer sitzt heute im Planungsstab von Joschka Fischers Auswärtigem Amt.)
Gemeinsam war Spontis und K-Grüpplern die, gelinde gesagt, zwiespältige Haltung zur Gewalt. Viele der Maoisten, die auf Bauplätzen von Atomanlagen mit Steinen und Stahlkugeln die militärische Auseinandersetzung mit Polizei und Bundesgrenzschutz suchten, hielten die Mordstrategie der RAF höchstens für "untauglich, aber eben nur für untauglich, nicht für unerlaubt", wie einer von ihnen 1977 im SPIEGEL bekannte.
Der Kommunistische Bund (KB) in Göttingen, in dem Trittin als Ideologe aktiv war, begründete in seiner "Roten Tribüne" unter Hinweis auf Marx das parteiamtliche Nein zur RAF und das grundsätzliche Ja zur Gewalt mit den Worten:
Die Marxisten betonten stets, daß sie Anhänger der Gewalt seien und in ihr einen revolutionären Faktor sähen ... Die Marxisten sprachen sich für den Massenterror aus, aber sie sagten: Die Ermordung dieses oder jenes Ministers ändert an der Sache nichts.
Die Frankfurter um den "Spontifex maximus" Cohn-Bendit und dessen Bewunderer Fischer sahen in den RAF-Killern einerseits Konkurrenten, die immer mal wieder einen der Ihren abzuwerben versuchten, andererseits aber auch "Genossen", die Anspruch auf Solidarität und Unterstützung hatten.
Über die Haltung des Sponti-Duos Cohn-Bendit/Fischer zur Gewalt urteilt der Soziologieprofessor Oskar Negt, einst Kopf des "Sozialistischen Büros" in Offenbach, mit bitterböser Ironie: "Sie selbst haben wahrscheinlich nie erkennbar Steine geworfen, es aber doch bewundert, wenn andere den Mut aufbrachten, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen und (bedauerlicherweise, selbstverständlich) manchmal auch trafen."
Reden, die Fischer 1976 gehalten hat, erinnern an die Schwierigkeiten des kühlen K-Grüpplers Trittin, sich frühzeitig und eindeutig vom kaltschnäuzigen Ton des "Mescalero-Artikels" zum "Abschuß" von Buback zu distanzieren - einem pietätlos formulierten Text, der jedoch mit einem Aufruf zur Abkehr von der RAF-Gewalt endete. Fischer schwankte unterdessen lange Zeit, so Negt, zwischen "vorsichtiger Distanzierung" und "Nicht-Distanzierung" von der Militanz.
Nach dem Selbstmord Ulrike Meinhofs im Mai 1976 - der die Ermittler die Mitverantwortung für 5 Morde und über 50 Mordversuche anlasteten - erklärte Fischer öffentlich, die RAF-Gründerin sei "von der Reaktion in den Tod getrieben, im wahrsten Sinne des Wortes vernichtet" worden.
Vermummte Unbekannte setzten am Tag nach dem Meinhof-Tod bei einer Demonstration Molotow-Cocktails ein. Der Polizist Jürgen Weber, 23, wurde dabei so schwer verletzt, daß er einen Kollegen anflehte, er möge ihn erschießen; Weber schwebte tagelang in Lebensgefahr. Noch heute hält der Beamte den Sponti-Ideologen Fischer, die laut Eigeneinschätzung "zentrale" Figur der gewaltlüsternen Szene, für "moralisch" verantwortlich.
Zu jener Zeit schwante dem Ober-Sponti offenbar, daß die Strategie der Stadtguerilla letztlich zur Selbstzerstörung führen werde. Im Juni 1976 erkannte er immerhin:
Je isolierter wir politisch wurden, desto militärischer wurde unser Widerstand, desto leichter wurden wir isolierbar, desto einfacher war es für die Bullen, uns von "Politrockern" zu "Terroristen" umzustempeln.
Dennoch war Fischer auch in dieser Rede noch immer nicht bereit, einen klaren Trennstrich zu ziehen - sei es aus taktischen Erwägungen, sei es aus Feigheit vor den Freunden aus dem Gewaltmilieu. Er forderte die RAF zwar auf, "Schluß zu machen mit diesem Todestrip", fand anschließend aber Formulierungen, die nach dem Urteil des Kongreßveranstalters Negt "alles

in der Schwebe" hielten:
Wir können uns aber auch nicht einfach von den Genossen der Stadtguerilla distanzieren, weil wir uns dann von uns selbst distanzieren müßten, weil wir unter demselben Widerspruch leiden, zwischen Hoffnungslosigkeit und blindem Aktionismus hin- und herschwenken.
Warum es Fischer ("Ich war nie ein Pazifist") so schwer fiel, von der Gewalt loszukommen, hat er selbst später wiederholt zu erklären versucht - mal zerknirscht, mal kokett. "Glück" und "Stolz (jawohl, Stolz)" hätten ihn erfüllt, wenn er es mal wieder den "Schweinen ... erfolgreich gezeigt" hatte.
In einem "Playboy-Interview" führte er die "Faszination der Gewalt" auf "diese Männlichkeitsrituale, Mutrituale" zurück: "Die Atmosphäre war schon toll, wenn man wußte, daß es gleich losgeht."
Sogar noch im finstersten "Deutschen Herbst" 1977, nach den Serienmorden an Buback, Ponto und Schleyer, war Fischer mit sich uneins: "Bei den drei hohen Herren mag mir keine rechte Trauer aufkommen, das sage ich ganz offen für mich." Dennoch schwand nun allmählich seine Zuneigung zu politischer Gewalt - zumal sich die Frauen in seinem Umfeld kritischer denn je über die Militanten äußerten, denen es mittlerweile gelungen war, die gesamte deutsche Linke zu diskreditieren.
Anfang der Siebziger hatten die Genossinnen über Gewalt noch ganz anders gedacht. Wenn es damals in der Szenekneipe über jemanden hieß: "Ei, der is doch in der Putzgrupp", dann war er, wie Fischer-Biograf Schwelien schreibt, "für den Abend der Größte und mußte bestimmt nicht allein nach Hause gehen".
Nach der Mordserie aber war der Terrorismus auch bei den Groupies der Revolution plötzlich out. "Die Frauen in der Szene", erinnert sich der Womanizer Fischer, hätten ihm vorgehalten:
"Das ist Machismus (Männlichkeitswahn), Gewaltkult". Das habe ihn "nachhaltig beeindruckt".
Für Fischer persönlich begann 1978 eine bleierne Zeit - für ihn waren "die revolutionären Träume ausgeträumt", er lebte in einer Männer-WG, chauffierte als Taxifahrer Betrunkene durch Sachsenhausen und verkaufte in einem Antiquariat namens "Karl Marx" Bücher, die irgendwelche Jemande per "Einklauen" (Schwelien) beschafft hatten. Ende 1978 jammerte Fischer im Alternativblatt "Pflasterstrand":
"Die Perspektivlosigkeit, das Rumhängen, das Nicht-wissen-was-Tun wird immer unerträglicher."
Die neue Umweltbewegung ließ ihn zunächst kalt - Unken über die Straße zu tragen war weniger "sexy" als sogenannte Bullen über die Straße zu jagen. "Seien wir doch mal ehrlich", beschrieb Fischer seine "Politik in der ersten Person", "wer von uns interessiert sich denn für die Wassernotstände im Vogelsberg, für Stadtautobahnen in Frankfurt, für Atomkraftwerke irgendwo, weil er sich persönlich betroffen fühlt?"
Das Desinteresse der Spontis an den grünen "Ökospießern" - die sich im Januar 1980 in Karlsruhe ohne Fischer als Bundespartei konstituierten - änderte sich schlagartig, nachdem die Frankfurter Grünen bei der Rathauswahl ein Jahr später auf Anhieb 6,4 Prozent erobert hatten: Die frustrierten Häuptlinge der bankrotten Sponti-Bewegung begriffen, daß der Weg zur Macht durchs Grüne führte; überdies winkten Diäten und Staatsknete aus der sogenannten Wahlkampfkostenerstattung.
Erst anderthalb Jahre nach der Parteigründung trat Fischer ein - dann aber mit Karacho, mitsamt seiner "Fischer-Gang", wie seine Sponti-Truppe bald von den Altgrünen um die Radikal-Ökologin Jutta Ditfurth genannt wurde. In ihrem jüngsten Buch beschreibt Ditfurth die "feindliche Übernahme" der Partei durch die Neulinge: "Eine erfahrene Schlägertruppe mit alternativem Gehabe und ohne Skrupel traf auf eine ziemlich naive, basisdemokratische Partei mit offenen Strukturen."

Über die Vorgehensweise der Fischer-Gang urteilte die Szene-Kennerin und frühere Cohn-Bendit-Freundin Barbara Köster: "Es entsteht etwas, sie müssen den Fuß reinkriegen, und dann müssen sie's übernehmen, und dann ist es kaputt, weil es keinen Inhalt mehr hat."
Es kam, wie es kommen mußte: Mit Masseneintritten und Geschäftsordnungstricks stellte die machtfixierte Fischer-Gang rasch die Gründungsgrünen um Ditfurth kalt, die sich als "Fundis" abgestempelt sahen, weil sie zunächst die Rolle der parlamentarischen Opposition ansteuern wollten. Fischers "Realo-Spontis" hingegen peilten - während Willy Brandt eine "neue Mehrheit diesseits der Union" ansteuerte - einen möglichst raschen Eintritt in die Wiesbadener Landesregierung an.
Mit Erfolg: Am 12. Dezember 1985 wurde Fischer Umweltminister im Kabinett des Sozialdemokraten Holger Börner, dem die FDP auf Grund ihrer Bonner Rechtswendung als möglicher Koalitionspartner abhanden gekommen war. Zum Amtseid trat Fischer in weißen Turnschuhen an, die er sich tags zuvor eigens für diesen Zweck gekauft hatte (und die heute im Ledermuseum in Offenbach ausgestellt sind).
Zu verdanken hatte Fischer seine Blitzkarriere - ebenso wie viele andere Erfolge auf seinem langen Weg ins Vizekanzleramt - nicht zuletzt kampferprobten Bündnispartnern: Aus ähnlichen Motiven wie die ehemaligen Hausbesetzer aus der Sponti-Szene hatten um 1980 herum die militanten Bauplatzbesetzer aus den K-Gruppen die neue grüne Partei besetzt.
Zu den K-Kadern, denen Fischer in der Umweltpartei begegnete, zählen, neben seinem Kabinettskollegen Trittin, viele andere Ex-Maoisten, die es mit Hilfe der Grünen weit gebracht haben - bis hinauf zur Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, 57, die früher der KPD/AO angehörte; statt "AO" (Aufbauorganisation) sagte die Konkurrenz penetrant "A-Null".
Zu Dutzenden sitzen einstige K-Grüppler für die Grünen noch immer in Landtagen und Kommunalparlamenten. Dort arbeiten sie Seite an Seite mit Abertausenden einstiger Apo-Mitstreiter, die sich in den Siebzigern auf der Direttissima den demokratischen Parteien zugewandt haben - ohne zuvor eine Irrfahrt durch die extreme Schläger- und Sektiererszene zu absolvieren.
Radikaldemokratische Jungdemokraten etwa, beflügelt vom 68er-Geist und verschrien als "Rote Garde", enterten die damals noch nationalliberale FDP, attackierten den rechten Parteichef und Ritterkreuzträger Erich Mende und unterstützten - "Nach Mendes Ende jetzt die radikale Wende" - die ostpolitischen Reformvorstellungen seines Nachfolgers Walter Scheel.
Die Jungdemokraten halfen so, die FDP reif zu machen für den Eintritt in die sozialliberale Koalition von 1969. Zu den prominentesten zählten Gerhart Rudolf Baum (später Innenminister) und Günter Verheugen (heute, nach seinem Wechsel in die SPD, EU-Kommissar in Brüssel).
Die SPD erlebte unterdessen einen Rekordzuwachs an Mitgliedern - rund eine Viertelmillion allein zwischen 1968 und 1973. Von der 68er-Schwemme profitierten vor allem die Jungsozialisten (Jusos), die sich weniger als Jugend- denn als linke Richtungsorganisation verstanden und siegesbewußt von sich behaupteten: "Wir sind die SPD der achtziger Jahre."
Mit bisweilen ruppigen Methoden drängten die Jusos, darunter viele Junglehrer und Jungsemester, in den rund 9.000 SPD-Ortsvereinen die müde gewordenen Veteranen der Arbeiterbewegung an den Rand. Die Reformer, allesamt Linke rechts von der Gewalt, entwarfen eine "Doppelstrategie" zur Kooperation von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition - vor allem mit den vielen tausend neuen Bürgerinitiativen, die, auch eine Folge des Apo-Aufbruchs, überall gegen Kahlschlagsanierungen und Straßenbahn-Tariferhöhungen, für Kindergärten und selbstverwaltete Jugendzentren mobil machten.
Damalige Parteijunioren wie der heutige Finanzminister Hans Eichel, 59, oder Hannovers Dauer-Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, 57, zählten zu den Autoren einer rebellischen Denkschrift ("Kommunalpolitik - für wen?"). Das ziemlich konkrete Utopie-Papier verlangte

den Altgenossenklüngeln in den Rathäusern eine stadtpolitische Kehrtwendung und den Neumitgliedern das Bohren harter, alter Bretter in Kreistagen und Stadträten ab.
Die meisten Jusos verstanden sich zugleich als Teil der Apo. "Ich bin unter dem Wasserwerfer aufgewachsen", erinnert sich die Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, 58, die 1974 Juso-Bundesvorsitzende wurde und sich den Beinamen "Rote Heidi" erwarb. Ihr heutiger Kabinettschef Gerhard Schröder, damals junger Anwalt in Hannover, eroberte 1978 den Vorsitz der Jusos - Sprungbrett für eine Karriere ohnegleichen.
Ebenso machtbewußt wie taktisch versiert, hatte sich der heutige "Genosse der Bosse" ("Weltwoche") damals mit Revoluzzervokabular den widerstreitenden Flügeln der SED-nahen "Stamokaps" und der gemäßigten "Reformer" als "antirevisionistischer" Kompromißkandidat verkauft. "Er hat erkannt", erinnert sich ein Weggefährte, der frühere niedersächsische Kultusminister und Professor Peter von Oertzen, "daß er bei den Jusos nur mit einer linksradikalen Position Macht gewinnen kann. Macht war für ihn immer ein zentraler Wert."
Als Anwalt vertrat der Ober-Juso Atomrebellen vor Gericht - und hielt doch immer zugleich auch ein Stück weit Distanz zu den Radikalsten unter ihnen. "Schröder war leidenschaftlich gegen die Atompolitik, aber immer schon Pragmatiker", differenziert Oertzen: "Utopien? Nicht im Sinne eines ideellen Konzepts."
In Schröders Kabinett sitzt heute, als Glanzlicht, ein weiterer Anwalt, der lange im Feuer zwischen den Fronten stand: Innenminister Otto Schily, 68, verstand sich einst als "liberaler Kommunist" - mit dem vorsichtig dialektischen Hinweis, daß es so etwas ja eigentlich gar nicht gebe. Heute geriert sich Schily, ein unbeirrbarer Advokat des staatlichen Gewaltmonopols, der 1989 von den Grünen zur SPD wechselte, bisweilen eher als Neokonservativer. In den Siebzigern wurde der RAF-Verteidiger von der Rechtspresse als "Linksanwalt" geschmäht. Die Terroristen lasteten ihm hingegen an, daß er sich im Gegensatz zu manch anderem Kollegen nicht als Waffen- und Kassiberschmuggler mißbrauchen ließ.
Was die RAF von Schily hielt, geht aus Aussagen hervor, die der Terrorist Michael ("Bommi") Baumann 1973 Stasi-Vernehmern bei einem erzwungenen Zwischenstopp in Ost-Berlin zu Protokoll gab:
Otto Schily vertritt nur aus persönlichen Motiven RAF-Leute und ähnliche, Mahler, Ensslin und mich. Humanist, sehr vornehm, intelligent, auf Distanz bestehend.
Der Ex-Apo-Mann Schily sieht ebenso wie seine Kabinettskollegen mit K-Gruppen- oder Sponti-Vergangenheit bereits eine weitere große Debatte über die Berliner Republik hereinbrechen: den Streit darüber, ob die Jahre 1968 folgende für Deutschland eher ein Fluch oder ein Segen waren.
"Die Opposition versucht, einer ganzen politischen Generation den Prozeß zu machen", glaubt Rezzo Schlauch, 53 - Rache für all die Schmähungen und Demütigungen, die Christunionler erfuhren, als an Universitäten toleranzfreie Zonen entstanden, in denen die struppigen Pullovermänner die sauberen Schlips- und Scheitelträger vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten als Faschos hinstellten, verspotteten und mobbten.
Was hat "68 bewirkt? Otto Schily glaubt, mit ihrem politischen Ansinnen seien die damaligen Revolutionäre "politisch total gescheitert". Als "kulturelle Umwälzung" dagegen hätten die Apo-Jahre "positive Folgen" gehabt.
Weithin unumstritten ist: Die lockeren Zeiten ("Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment") haben dazu beigetragen, das ranzige Sexualstrafrecht mit seinen Kuppelei- und Homosexverboten zu liberalisieren und die Sexualmoral zu verändern. Die Institution Ehe hat dadurch kaum ernstlich Schaden genommen, im Gegenteil: Gerade die heute prominentesten Protestler von einst heiraten je öfter, je lieber - der Kanzler (vier Ehen) ebenso wie sein Vize (vier Ehen).
Billy-Regal statt Schrankwand, Jeans statt Anzug, du statt Sie - die Zahl derer, die solche

68er-Folgen für Errungenschaften halten, überwiegt. Das gilt womöglich auch für die damals eingeleitete neue Ostpolitik und viele kulturpolitische Reformen - von der Abschaffung des schulischen Frontalunterrichts bis zum Abschied von der Ordinarien-Universität.
Zwiespältig muten die Auswirkungen der schwarzen Siebziger an. Die Kriegserklärung der Roten Armee Fraktion an die Gesellschaft war zugleich die Geburtsstunde des Fahndungsstaates, der auf die paramilitärische Herausforderung durch die Ultras mit Polizeiaufrüstung und Sondergesetzen reagierte - die gerade liberalisierte Bundesrepublik war im Begriff, sich zu entliberalisieren.
Überwiegend positive Folgen hatten hingegen die Ökoproteste, die in den Siebzigern aufflammten und in den grünen Achtzigern weiter eskalierten: Wenngleich die Umweltbewegung Schaumkronen von Hysterie trug, wäre es ohne sie kaum gelungen, binnen kurzem das Waldsterben mit Abgas- und Katalysatorvorschriften zu bremsen, die Flußverschmutzung zu stoppen, das Energiesparen zu popularisieren und Deutschland zum Weltmeister in der Disziplin Umwelttechnologie zu machen.
Daß die 68er-Generation stets "gewisse Wahrnehmungseinschränkungen" hatte, wie Schily höflich formuliert, ist allerdings auch unverkennbar.
Manch ein Achtundsechziger war jahrzehntelang fest davon überzeugt, daß US-Raketen grundsätzlich friedensbedrohender seien als SU-Raketen, Atomkraftwerke im Westen gefährlicher als im Osten, der Krieg der Amerikaner in Vietnam empörenswerter als die Intervention der Russen in der Tschechoslowakei oder in Afghanistan. Fleiß, Pünktlichkeit, Sauberkeit galten vielen als tendenziell faschismusverdächtige "Sekundärtugenden".
Wenngleich durch diesen Geist geprägte Lehrer und Juristen eine Zeit lang in die Schulkollegien und Gerichte geströmt sind, ist fraglich, ob für sämtliche Defizite im Erziehungssystem und im Gerichtswesen allein die 68er verantwortlich zu machen sind. Der CSU-Mann Peter Gauweiler hält sogar den Umstand, daß die Rechtschreibfähigkeit der Deutschen seit 1968 abgenommen hat ("doppelt so viele Fehler"), für eine "Langzeitwirkung der Apo".
Mittlerweile plädieren allerdings auch Linke für die Reform manch einer Reform, die sich dem Überschwang des 68er-Aufbruchs verdankt, vom Scheidungs- bis zum Jugendstrafrecht. Auf eine Justiz beispielsweise, die Straftäter nicht ungeschoren davonkommen läßt, setzt mittlerweile auch der geläuterte Steinewerfer Fischer.
Im Mai 1999, beim Kosovo-Sonderparteitag der Grünen, hatte ein Kriegsgegner aus der Autonomenszene dem Kriegsbefürworter Fischer einen blutroten Farbbeutel an den Kopf geschleudert. Der Bellizist (Kriegsbefürworter) erlitt einen Trommelfellriß.
Fischer erstattete Strafanzeige. In der Verhandlung, kurz vor Weihnachten, beantragte der Staatsanwalt sieben Monate Gefängnis auf Bewährung für den sonderbaren 37-jährigen Farbattentäter, der vor Gericht in Frauenkleidern erschien.
Der Richter zeigte sich gnädig und blieb hinter dem Strafantrag zurück: 3.600 Mark Geldstrafe für den Beutelwerfer - wegen "schwerer Körperverletzung in einem minder schweren Fall". Minder schwer als was?<<

23.05.1999

BRD: Der SPD-Politiker Johannes Rau (1931-2006) wird am 23. Mai 1999 zum Bundespräsidenten gewählt.

25.05.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 25. Mai 1999: >>**Stoiber unterstützt die Sudetendeutschen**

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hat Bundeskanzler Gerhard Schröder wegen dessen Haltung zu den Sudetendeutschen heftig kritisiert.
Auf dem 50. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg sagte der CSU-Vorsitzende am Pfingstwochenende: "Noch nie in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist ein Bundeskanzler so leicht-

fertig mit dem Anliegen von Millionen Menschen umgegangen."
Der Sprecher der Volksgruppe, Franz Neubauer verlangte: "Wer die Vertreibung im Kosovo ächtet, muß auch die Vertreibung der Sudetendeutschen verurteilen". ...<<

29.05.1999

BRD: Der damalige Bundesinnenminister Otto Schily erklärt am 29. Mai 1999 auf einer Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen (x358/10): >>"Die politische Linke hat in der Vergangenheit, das läßt sich leider nicht bestreiten, zeitweise über die Vertreibungsverbrechen, über das millionenfache Leid, das den Vertriebenen zugefügt wurde, hinweggesehen, sei es aus Desinteresse, sei es aus Ängstlichkeit vor dem Vorwurf, als Revanchist gescholten zu werden, oder sei es in dem Irrglauben, durch Verschweigen und Verdrängen eher den Weg zu einem Ausgleich mit unseren Nachbarn im Osten zu erreichen. Dieses Vorhaben war der Ausdruck von Mutlosigkeit und Zaghaftigkeit."<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 29. Mai 1999 (x887/...): >>**Jugoslawien: Der verdrängte Völkermord**

Um ihr verzerrtes Bild von den deutschen Heimatvertriebenen nicht korrigieren zu müssen, ziehen Politiker und Medienmacher zur Vertreibung der Kosovo-Albaner alle möglichen hinkenden Vergleiche aus der Geschichte heran - nur nicht das grausige Schicksal der Deutschen aus Jugoslawien. Auch eine jüngst erschienene Dokumentation der schrecklichen Ereignisse von 1944 bis 1948 wird mit Nichtachtung gestraft.

Die Donauschwäbische Kulturstiftung in München hat ein Taschenbuch über den Völkermord an den Deutschen im früheren Jugoslawien herausgebracht, das am Donnerstag (6. Mai) in der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Es ist die Kurzfassung des vierbändigen Werkes, das auf Tausenden von Zeitzeugenberichten der Menschen fußt, die als deutsche Bürger des vormaligen Königreichs Jugoslawien besonders ab Herbst 1944 den Verfolgungen durch das kommunistische Tito-Regime ausgesetzt waren.

Sie konnten den Erschießungen entrinnen und haben die Lagerinternierung und die Vertreibung überlebt. Diese Dokumentation ist das Gemeinschaftswerk zweier Generationen Heimatvertriebener und schildert den von der damaligen Weltöffentlichkeit und der Publizistik der Gegenwart kaum beachteten Vorgang des Völkermordes an den Deutschen in seiner historischen und ethischen, aber auch völker- und menschenrechtlichen Dimension:

- Massenerschießungen und Vergewaltigungen,
- Beraubung von Hab und Gut,
- Austreibung aus den Häusern, Einlieferung in Vernichtungs- und Arbeitslager,
- die von den Schergen der kommunistischen Machthaber individuell ausgeübte Grausamkeit,
- das bewußt betriebene Sterbenlassen durch Hunger und Seuchen, die zum Tod fast aller betagten Menschen und Tausender von Kindern führten,
- schließlich die versuchte und teilweise vollzogene Slawisierung der überlebenden Kinder.

Opfer der Verbrechen wurden die Angehörigen der in Jugoslawien lebenden Volksgruppe deutscher Muttersprache: Donauschwaben, Deutsch-Untersteirer und Gottscheer.

Die Donauschwaben stammen von jenen Siedlern, die die habsburgischen Kaiser nach der Befreiung Ungarns von der Türkenherrschaft im pannonischen Becken zwischen 1689 und 1787 ansiedelten. Es gelang den Kolonisten, aus den verödeten Gebieten die Kornkammer der Donaumonarchie zu schaffen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die rund 1,5 Millionen Seelen zählende Volksgruppe zu etwa je einem Drittel auf die Nachfolgestaaten Ungarn, Rumänien und Jugoslawien aufgeteilt.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges befand sich von den 510.000 Donauschwaben Jugoslawiens ein Teil beim Militär, ein großer Teil war vor der herannahenden Front geflüchtet oder evakuiert worden. Rund 195.000 blieben zu Hause und gerieten unter das Partisanenregime.

Durch Erschießungen, Deportation in die Sowjetunion sowie Internierung in Arbeits- und Vernichtungslagern kamen rund 60.000 Zivilpersonen ums Leben. Die Überlebenden fanden hauptsächlich in Deutschland und Österreich eine neue Heimat.
Die Deutsch-Untersteirer sind die deutschsprachigen Bewohner der Untersteiermark, eines Gebietes, das über 770 Jahre lang ein Teil des Herzogtums Steiermark war. Sie zählten 1910 74.000 Seelen. Die Untersteiermark wurde durch das Friedensdiktat von Saint-Germain im Jahre 1919 Jugoslawin zugesprochen und zu einem Teil Sloweniens gemacht. Viele Untersteirer optierten hierauf für Österreich, andere wanderten notgedrungen ab. Zu Ende des Zweiten Weltkrieges ereilte auch die über 20.000 in ihrer alten Heimat verbliebenen Deutsch-Untersteirer die Katastrophe.
Im Krieg gefallen, von den Tito-Partisanen erschossen oder in eines der slowenischen Vernichtungslager verbracht, gingen fast 6.000 von ihnen zugrunde. Die Überlebenden fanden zu 90 Prozent in Österreich eine neue Heimat.
Die Gottscheer: Das Schicksal der 1939 rund 13.000 Bewohner der in Krain liegenden und über 500 Jahre bestehenden deutschen Sprachinsel Gottschee gleicht dem der Deutsch-Untersteirer. Sie beklagen rund 1.000 Zivil- und Militärtote.
Die Lagerinternierung begann im wesentlichen im Herbst 1944. Die "ethnische Säuberung" Jugoslawiens von seiner deutschen Volksgruppe war indes schon spätestens seit der Konferenz des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) von Jajce (Bosnien, November 1943) in Aussicht genommen worden.
Der AVNOJ fungierte als eine Art provisorische Volksvertretung der kommunistischen Partisanenbewegung, die unter der Führung von Josip Broz, genannt Tito, dem langjährigen Nachkriegsstaatchef Jugoslawiens, stand. Den formellen Beschluß zur entschädigungslosen Enteignung aller in Jugoslawien lebenden Bürger deutscher Abstammung erließ der AVNOJ am 21. November 1944 in Belgrad. Er erklärte diese Bürger Jugoslawiens in einem außergerichtlichen Verfahren (so die juristische Sprachregelung) kollektiv zu Volksfeinden, die zwar nicht ihre Staatsbürgerschaft, wohl aber alle staatsbürgerlichen Rechte verloren. Es lag in der Logik dieser Entrechtung, daß sie die Errichtung von Internierungslagern für die Bürger deutscher Muttersprache erfordern würde.
Erschießungsaktionen begleiteten das Martyrium der angestammten deutschen Bevölkerung Jugoslawiens. Nach Beginn der Besetzung im Oktober 1944 im Banat bis zum Kriegsende vollzogen lokale kommunistische Instanzen, die Staatspolizei (OZNA) und eigene Partisanen-Kommandos ("Aktion Intelligenzija") Erschießungen bzw. grausame Tötungen führender und wohlhabender deutscher Bürger im Alter von 16 bis 60 Jahren. Diese Aktionen forderten zwischen Oktober 1944 und Juni 1945 rund 9.500 Opfer - die erste Station des Völkermords.
Ab Oktober 1944 setzte dann die Internierung der Donauschwaben und bei Kriegsende auch jene der Untersteirer und Gottscheer ein. Bis August 1945 waren alle Orte von ihren deutschen Bewohnern "gesäubert". Nur jene blieben von Internierung und Vermögensverlust verschont, die in Ehen mit Andersnationalen lebten oder zu den wenigen gehörten, die auf Seiten der Partisanen gestanden oder gekämpft hatten.
Deportationen in die Sowjetunion folgten. Bevor indes die Einweisung in die Lager vollzogen war, wurden entsprechend einer Forderung Stalins von den Partisanen zu Weihnachten 1944 8.000 donauschwäbische Frauen und 4.000 Männer aus dem Banat und der Batschka in die Sowjetunion (die meisten ins Donez-Becken) deportiert, wo sie hauptsächlich in den Kohlengruben arbeiten mußten. Bis 1949 starben von ihnen an Unterernährung und Krankheiten mindestens 2.000 - die zweite Station des Völkermords. Unmittelbar nach Kriegsende setzten bestialische Racheaktionen der kommunistischen Partisanen Titos an den kroatischen, slowenischen und deutschen Kriegsgefangenen ein, dies vor allem im Raum Slowenien.
Man schätzt die Zahl der Ermordeten auf 100.000. Im Zuge dieser blindwütigen Rache und in

weiterer Folge sind allein annähernd 5.000 donauschwäbische Kriegsgefangene umgekommen. Etwa 2.000 Mann der Division Prinz Eugen wurden als wehrlose Kriegsgefangene nach der allgemeinen Kapitulation bei Rann (slowenisch = Brezice) erschossen - im Widerspruch zu den internationalen Konventionen, die die Erschießung von Kriegsgefangenen verbieten - die dritte Station des Völkermords.
Die "Neukolonisierung" der Wojwodina durch Serben aus der Krajina, Lika sowie aus Bosnien und Montenegro entsprach dem Wunschdenken großserbischer Nationalisten wie auch dem der national orientierten Tschetniks, lag aber vor allem im Interesse der kommunistischen Ideologen. Die Neuaufteilung des konfiszierten Bodens der Deutschen - er umfaßte allein in der Wojwodina das Zweieinhalbfache der Fläche Luxemburgs - ermöglichte nämlich die Errichtung der vorgesehenen Kolchosenwirtschaft und diente auch der gezielten Durchsetzung der multiethnischen Stammbevölkerung der Wojwodina mit parteitreuen Kommunisten.
Im Zuge der vollkommenen Beseitigung der Deutschen in Jugoslawien sah das kommunistische Regime drei Arten von Lagern für die Deutschen vor: In fast jedem der Orte mit mehr als 200 bis 300 deutschen Bewohnern wurde ein Arbeitslager eingerichtet, um die anfallenden landwirtschaftlichen und industriellen Arbeiten ab Spätherbst 1944 ausführen zu lassen. Meist räumten die Behörden hierfür einzelne Häuser oder Schulen und belegten die Gebäude mit arbeitsfähigen, vorwiegend ortsansässigen Donauschwaben.
Die zweite Art von Lagern bildeten ab Oktober 1945 die "Zentralen Zivillager" auf Bezirksebene. In der Regel hatte ein jeder politische Bezirk sein Zentrales Zivillager. Ihre Zahl belief sich allein in der Wojwodina auf etwa 22. Von diesen aus beschickte man die lokalen Arbeitslager, aber auch Lazarette der Roten Armee u.ä. mit Arbeitskräften. Ab Frühjahr 1946 konnten sich einheimische Slawen oder Magyaren aus diesen Lagern für einen bestimmten Tarif Arbeitskräfte "herauskaufen".
Die dritte Art von Lagern bildeten die "Lager mit Sonderstatus". So hießen nach offizieller Version die Vernichtungslager.
Die Vernichtungslager bildeten die vierte Station des Völkermords. Es gab zehn. Sechs befanden sich in der Wojwodina, zwei in Slawonien und zwei in Slowenien. Im Banat waren es Rudolfsgnad (Knicanin) und Molidorf (Molin) in der Batschka Jarek, Gakovo und Krusevlje, in Syrmien die Seidenfabrik in Svenska Mitrovica und in Slawonien Kerndia und Valpovo.
Hier wurden die Alten, Kranken, Kinder und Mütter mit Kleinkindern (unter zwei Jahren) konzentriert. Aus der Vorgangsweise der Lagerführungen, dem Verhalten der Wachen und Verwalter wird ersichtlich, daß sie als Vernichtungslager konzipiert waren. Lagerleute sprachen denn auch bald ohne Umschweife von "Todeslagern", "Hungerlagern" oder eben "Vernichtungslagern".
Die Lager Sterntal bei Pettau und Tüchern bei Cilli, beide in der Untersteiermark bzw. Slowenien gelegen, waren Vernichtungslager für slowenische und kroatische Soldaten, die auf deutscher Seite gekämpft hatten, für slowenische "Klassenfeinde" sowie allgemein für Gottscheer und Deutsch-Untersteirer.
Zwischen Herbst 1946 und Herbst 1947 herrschte eine allem Anschein nach bewußt gehandhabte schwächere Bewachung, so daß in dieser Zeit 30.000 bis 35.000 Lagerinsassen nach Ungarn oder Rumänien entkommen und von hier weiter nach Österreich und Deutschland flüchten konnten. Das Jahr 1947 kann, gemessen an der Zahl der Flüchtlinge aus Jugoslawien, als Hauptfluchtjahr angesehen werden.
Die beiden slowenischen Vernichtungslager Sterntal und Tüchern sowie die beiden kroatischen, Kerndia und Valpovo, wurden etwa ein Jahr nach Kriegsende aufgelöst, Reste der Insassen nach Österreich oder in die Wojwodina verlegt. In der Wojwodina wurde Jarek ein Jahr nach Kriegsende geschlossen, die Insassen wurden nach Kruschiwl transferiert. Syrmisch Mitrowitz und Molidorf schlossen die Jugoslawen genau zwei Jahre nach Kriegsende (Anfang

Januar 1948) und verbrachten ihre Insassen nach Rudolfsgnad. Das größte Vernichtungslager war demnach auch das letzte. Mit dem 1. März 1948, also erst knapp drei Jahre nach Kriegsende, löste Belgrad die Lager offiziell auf.
In Rudolfsgnad folgte nach dem Schrecken der Lager für die überlebenden Deutschen eine für drei Jahre verpflichtende Einweisung in "Vertragliche Arbeitsverhältnisse" außerhalb der angestammten Heimatorte.
Bilanz eines Massenverbrechens: Von den nahezu 200.000 in ihrer Heimat verbliebenen deutschen Zivilpersonen Jugoslawiens waren 170.000 in den Lagern interniert. Von ihnen gingen von November 1944 bis März 1948 51.000 durch Mißhandlungen und Hunger sowie an Typhus und Ruhr zugrunde, unter ihnen 6.000 Kinder unter 14 Jahren.
Zählt man den 51.000 Lageropfern die zwischen Juli 1941 und Oktober 1944 durch Partisanenüberfälle ermordeten 1.500 Zivilisten, ferner die durch Erschießungsaktionen zwischen Oktober 1944 und Juni 1945 umgekommenen 9.500 Zivilisten sowie die 2.000 Opfer der Deportation in die UdSSR hinzu, so kommt man auf eine Verlustzahl von 64.000 zugrunde gerichteten jugoslawiendeutschen Zivilisten (Mindestzahl). Jeder/jede Dritte der in seiner/ihrer Heimat verbliebenen Donauschwaben, Untersteirer und Gottscheer verlor demnach zwischen 1944 und 1948 sein/ihr Leben. Die Tatsache, daß hier ein Völkermord verübt wurde, steht somit außer Zweifel.
Zu den 64.000 Zivilisten kommen 28.000 tote Soldaten. Insgesamt beklagen die Jugoslawiendeutschen mehr als 92.000 Tote. Die Zahlen sind indes als Untergrenzen anzusehen. Die Opfer sind zu 70 Prozent namentlich ermittelt, das sind rund 66.000 Namen. Sie sind in den Totenbüchern der Donauschwaben (Leidensweg ... Band IV) der Untersteirer und Gottscheer dokumentiert.
Historische Untersuchungen sprechen von sieben Teilursachen, die insgesamt für die Eliminierung der Deutschen/Altösterreicher aus Jugoslawien bestimmend wurden:
1. Großserbische nationale Kreise waren bestrebt, den Boden, auf dem Serben leben, zu "nationalisieren", was besonders die Wohngebiete der Donauschwaben betraf.
2. Die von der kommunistischen Ideologie geforderte Kollektivwirtschaft brauchte Grund und Boden der Donauschwaben, Untersteirer und Gottscheer.
3. Die Notwendigkeit der Stabilisierung der Macht der Kommunisten, wobei sich der Terror an den Volksdeutschen als öffentlich wirksam erwies und ihre Vernichtung die Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung wesentlich erleichterte.
4. Die Belohnung der aktiven Partisanenkämpfer aus den kargen Gebieten, hauptsächlich der Krajina und Lika, mit fruchtbarem Boden und guten Häusern.
5. Der Neid ob der im Verhältnis zu den übrigen ländlichen Vorteilen Jugoslawiens alles in allem größeren materiellen Wohlhabenheit des deutschsprachigen Bevölkerungsteils.
6. Die Haß- und Rachegefühle gegen den deutschsprachigen Bevölkerungsteil, weil dessen wehrfähige Männer zum Großteil in deutschen Verbänden gekämpft hatten.
7. Die Beispielwirkung, die von den Alliierten und besonders Stalin ausging, die Vertreibung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und aus den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie zu betreiben oder zu tolerieren.
Das diesem Beitrag zugrunde liegende Buch "Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-48 - Die Stationen eines Völkermords" kann außer über den Buchhandel bei der Donauschwäbischen Kulturstiftung … bestellt werden.
Dr. Wildmann/Stratmann (DOD) …<<

26.06.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Juni 1999: >>**Große Mehrheit unterstützt großes Mahnmal in Berlin**

... Der Bundestag hat am Freitag beschlossen, in Berlin ein zentrales Mahnmal für die ermor-

deten Juden Europas errichten zu lassen. ...
Danach wird im kommenden Jahr auf der Fläche von der Größe zweier Fußballfelder neben dem Brandenburger Tor ein begehbares Labyrinth aus 2.700 Betonstelen entstehen. ... Die Kosten werden auf 15 Millionen Mark geschätzt. ...
Kulturstaatsminister Michael Naumann (SPD) warb vor der Abstimmung für Eisenman (US-Architekt) und sprach von einem "Zeichen gegen das Vergessen". In beiden großen Parteien gab es jedoch eine Minderheit, der ein kleineres Denkmal lieber gewesen wäre. ...
Die Vorsitzende des privaten Mahnmal-Förderkreises, Lea Rosh, sieht den Beschluß als großen Erfolg. Diepgen (regierender Bürgermeister Berlins) soll jetzt seine Kritik fallenlassen, das Denkmal sei zu groß: "Auch die Verbrechen, um die es hier geht, sind gigantisch."<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 26. Juni 1999 über das Holocaust-Mahnmal: >>**Zur rechten Zeit**
Wird gut, was lange währt? Der Bundestag hat gestern eine mehr als zehnjährige Hängepartie beendet. In Berlin wird im nächsten Jahr mit dem Bau eines zentralen Holocaust-Mahnmals begonnen. ...
Das gestrige Ergebnis hat allerdings einen Haken. Nur der jüdischen Opfer soll zwischen Peter Eisenmans Betonstelen gedacht werden. Die "Hierarchisierung" der Opfer ist beschlossene Sache. ...
Neuer Streit ist also programmiert. Das Mahnmal wird ein Stein des Anstoßes bleiben. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die "einseitige Erinnerungskultur der Deutschen" (x309/132): >>... In Deutschland existieren nach einer älteren Schätzung weit über 1.000 Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Nach einer neuen umfassenden Recherche gibt es sogar 8.000 antifaschistische Gedenkstätten, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern zu finden ist. Die Linkssozialistin Lea Rosh – eine der Initiatorinnen der gigantischen Holocaustgedenkstätte in Berlin – plädiert sogar für ein Mahnmal "auf dem deutschen Marktplatz". ...
Bei so viel Toleranz und Sensibilität möchte man meinen, daß der größten Verfolgtengruppe der Bundesrepublik, der Vertriebenen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in ähnlicher Weise gedacht wird; schließlich trägt Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, daß die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.
Doch weit gefehlt. Außer peripheren Gedenkorten wie das Mahnmal der Heimkehrer und Kriegsgefangenen in Friedland und die Flamme der Vertreibung in Berlin, Theodor-Heuss-Platz, die im Lauf der Jahre mehrfach entzündet und wieder gelöscht wurde, existiert nichts, was der größten Vertreibung der Weltgeschichte und den damit verbundenen Völkermordverbrechen auch nur im entferntesten gerecht würde. Bis heute ist die Vertreibungsproblematik die Leiche im Keller der Bundesrepublik geblieben. ...<<

08.07.1999

BRD: Die "Frankfurter Rundschau" berichtet am 8. Juli 1999: >>**Bonn will Klage von NS-Opfern gegen Degussa-Hüls abwenden**
... Die Bundesregierung hat sich vor einem US-Gericht dafür eingesetzt, die Sammelklage von NS-Opfern gegen den deutschen Konzern Degussa-Hüls fallenzulassen.
Bonn verweist auf die Souveränität und Entschädigungsleistungen der Bundesrepublik. ... Bonn bringt im wesentlichen 2 Gründe zum Schutz des Unternehmens vor. Die Anwälte verweisen auf das "souveräne Interesse der Bundesrepublik", Ansprüche dieser Art selbst zu regeln.
Schließlich hätten das Bundesentschädigungsgesetz und spätere Regelungen dazu beigetragen, daß Deutschland "eine moralische Basis" finde, um nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der atlantischen Allianz aufgenommen zu werden. Bislang seien 104 Milliarden Mark für "Wiedergutmachungszahlungen" aufgebracht worden, heißt es in dem Schreiben an das Ge-

richt.
Zugleich heben die Rechtsvertreter Bonns hervor, daß für noch offene Ansprüche ehemaliger Zwangsarbeiter von deutschen Konzernen, die "Teil der staatlich kontrollierten Kriegswirtschaft waren", ein Entschädigungsfonds geschaffen werden solle. ...<<

15.07.1999

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Juli 1999: >>**"Ein kalter Wind weht herüber"**

... Der häßliche Deutsche feiert Auferstehung. In den letzten Jahren möchte man auch in Polen nicht mehr über ihn reden.
Deutschland war das Land, das Polens EU- und NATO-Beitritt betrieb, mit einer vorbildlichen Demokratie und einem Kanzler, der in Polen noch beliebter als in Deutschland war, besonders bei den Intellektuellen.
Seit einigen Wochen ist das anders. Wenn Andrzej Normalverbraucher morgens die Zeitung aufschlägt, dann erfährt er auf der ersten Seite, wie SS-Schergen auf Anweisung des Degussa-Konzerns KZ-Häftlingen die Zähne herausreißen ließen und diese anschließend zu Goldbarren einschmolzen.
Er erfährt, daß die Kattowitzer Zentrale der Dresdner Bank den Bau von Auschwitz finanziert hat. Und er erfährt, wie viele Veteranenorganisationen dagegen protestieren, daß die deutsche Regierung ehemalige Zwangsarbeiter in verschiedene Klassen einteilen will – und daß die polnischen Zwangsarbeiter ziemlich weit unten in der Hierarchie angesiedelt werden sollen.
Kein Thema, das mit Deutschland zu tun hat, hat in den letzten Wochen und Monaten so viele Zeitungsspalten gefüllt wie die geplanten Entschädigungen für Zwangsarbeiter.
Nur die Warschauer "Polityka" weist ab und zu noch darauf hin, daß Gerhard Schröder der erste Kanzler ist, der laut über Entschädigungen für Naziopfer rede, "während sein Vorgänger es vorzog, über Entschädigungen für Vertriebene zu sprechen". Dankbarkeit erntet die rot-grüne Bundesregierung dafür noch lange nicht. Selten hatte Deutschland in Polen nach 1989 eine schlechtere Presse als diese Tage.
... Nun werden in der Öffentlichkeit Zahlen diskutiert, bei denen selbst Mitglieder der polnischen Verhandlungsdelegation abwinken: Von 48 Milliarden DM an entgangenen Löhnen für 600.000 Zwangsarbeiter ist da die Rede und von Zahlungen auch an die Erben Verstorbener. Hinter vorgehaltener Hand ist aus Kreisen des Außenministeriums zu erfahren, daß schon drei Milliarden nur für noch lebende Opfer eine gute Verhandlungsbasis wären. Doch wie kommt man von den riesigen Erwartungen, die in der Öffentlichkeit kursieren, wieder herunter?<<

11.08.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. August 1999: >>**Neue Pläne mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen**

... Nach ersten Plänen des Landes (Niedersachsen) soll die Gedenkstätte des Konzentrationslagers im Landkreis Celle thematisch und räumlich erweitert werden. ...
Praktisch zugleich mit den Zukunftsplänen für die Gedenkstätte hat die Bundesregierung angekündigt, die Mittel für die Gedenkstätten in Westdeutschland kräftig aufzustocken. Neben Dachau (Bayern) und Neuengamme (Bremen) soll vor allem Bergen-Belsen profitieren. 10 Millionen Mark zusätzlich will der Berliner Kulturstaatsminister Michael Naumann im kommenden Jahr zur Verfügung stellen. Im kommenden Jahr soll die Förderung auf 15 und später auf 20 Millionen Mark erhöht werden. Der Bund unterstützt die Gedenkstätten in Deutschland zur Zeit mit jährlich 50 Millionen Mark. ...<<

20.08.1999

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 20. August 1999: >>**NS-Opfer rechnen auf**

Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers für die Zwangsarbeiter-Entschädigung, Otto Graf

Lambsdorff, ist am Donnerstag in Washington mit Forderungen von über 20 Milliarden Dollar an die deutsche Wirtschaft konfrontiert worden. ...<<

31.08.1999

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. August 1999: >>**USA pochen auf Lösung für NS-Zwangsarbeiter**

Die USA haben vor den Folgen eines Fehlschlags der deutsch-amerikanischen Gespräche über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern gewarnt.

Der stellvertretende Finanzminister Stuart Eizenstat erklärte, ein Fehlschlag könnte US-Firmen zu einem Boykott deutscher Waren veranlassen.

Somit drohten die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland Schaden zu nehmen und deutsche Unternehmen getroffen zu werden. Solche Probleme mit einem der wichtigsten Verbündeten dürfe man nicht heraufbeschwören.<<

August 1999

BRD: Die russisch-jüdische Autorin Sonja Margolina kritisiert im August 1999 in der Zeitschrift "Merkur" (8/1999) die latenten Schuldkomplexe der Deutschen (x268/207): >>Auch in den internationalen Beziehungen leidet Deutschland unter dem Täterreflex.

Während die anderen europäischen Staaten die EU als die Fortsetzung ihrer nationalen Interessen in einer anderen Form verstehen, sieht Deutschland darin eine Aufhebung der nationalen zugunsten der angeblich europäischen Interessen. Die altruistische Einstellung hat zur Folge, daß Deutschland selbst seinen Partnern ideologische Argumente für die eigene Ausbeutung liefert. Zu bereitwillig werden in Frankreich und England antideutsche Klischees eingesetzt, wenn es darum geht, die "deutschen Interessen" in ihre Schranken zu verweisen.

Das läuft nach dem Motto: Wenn die Deutschen sich plötzlich um ihre nationalen Interessen kümmern, erwachen in ihnen die Nazis. ... Allerdings kann man nationale Interessen kaum überzeugend vertreten, wenn man die Nation ... als Tätergemeinschaft versteht und sich selbst der Zugehörigkeit zu ihr schämt.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schrieb bereits im Jahre 1989 in seinem Buch "Phönix in Asche" (x268/229): >>... Wenn der Staat Flagge zeigt, tut er es halbmast, seine Feiertage sind Trauertage, die Bekundungen der Staatsmänner triefen von Betroffenheit.

Seine Geschichte ist in Wahrheit die des NS-Regimes und der Gedenktage seiner Greuel.<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet im August 1999 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1999 über "Lehren aus der Vergangenheit?" (x853/...): >>... **Verdrängte Wirklichkeit der Geschichte**

Wer die letzten 60 Jahre bewußt miterlebt hat, steht ernsthaft in Versuchung, an der Lernfähigkeit der Menschen zu zweifeln.

Wüßte er nicht, daß dieses augenscheinliche Vermögen durch mehr Geschichtskenntnis und weniger Voreingenommenheit beseitigt werden könnte, müßte er in der Tat die Hoffnung auf Besserung aufgeben. Die dem Menschen geschenkte Gabe der Erinnerung bietet ihm jedoch die Möglichkeit, begangene Fehler einzusehen und ihre Wiederholung zu vermeiden. Voraussetzung sind dabei die Bereitschaft zu ehrlicher Überprüfung des eigenen Standpunktes und der erkennbare Wille, aus gesammelten Erfahrungen zu lernen.

Auf den aktuellen Balkan-Konflikt bezogen bedeutet dies zum ersten die rückhaltlose Erforschung seines geschichtlichen Hintergrunds und zum zweiten die bedingungslose Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse; gleichgültig ob sie opportun erscheint oder nicht in die politische Kampagne paßt.

Bei der Aufhellung des historischen Hindergrunds des akuten Kosovo-Konfliktes treten die friedensvertraglichen Festlegungen der Pariser Vorortsverträge von 1919 in Erscheinung.

Sie segneten die serbische Gründung eines südslawischen Vielvölkerstaates auf dem Balkan

völkerrechtlich ab und fügten mit "Jugoslawien" der sogenannten "Kleinen Entente" einen wichtigen Bestandteil hinzu.
Zusammen mit Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien hatte dieses neue Staatengebilde auf dem Balkan Frankreichs traditionellen Bündnispartner im Osten, Rußland, zu ersetzen und sich als Einschließungsring ("Cordon sanitaire") um das Deutsche Reich zu legen.
Daß Jugoslawien - ähnlich wie die "Tschechoslowakische Republik" (CSR) - als multinationaler Staat schwere innenpolitische Probleme hatte, bekümmerte die Friedensmacher von 1919 nicht sonderlich. Entgegen allen abgegebenen Versprechungen hatten sich die nach Österreich bzw. Deutschland ausrichtenden Sudetendeutschen den Tschechen ebenso zu fügen wie die nach staatlicher Selbständigkeit strebenden Kroaten.
Tschechen wie Serben fühlten sich als Mitsieger des Ersten Weltkriegs und ließen dies ihre deutschen bzw. kroatischen "Mitbürger" spüren.
Die Ereignisse der Jahre 1938/39 und 1941 waren die Folgen. Da sie sich im Zusammenhang mit der NS-Diktatur in Deutschland vollzogen, suchte man ihre Ergebnisse 1945 wieder rückgängig zu machen und die Volksdeutschen als die Schuldigen hinzustellen. Ihre Ausweisung sollte einem abermaligen Zerfall vorbeugen.
Entsprechend wurde die CSR nach dem Krieg durch die Vertreibung der Sudetendeutschen "ethnisch gesäubert". Eine "innenpolitische Bereinigung", welche die Polen in den von ihnen okkupierten deutschen Ostgebieten in gleicher Unmenschlichkeit praktizierten. Das "Schwarzbuch der Vertreibung" von Heinz Nawratil legt davon schauriges Zeugnis ab.
Die verantwortlichen Politiker der Zeit nahmen diese millionenfachen Menschenrechtsverletzungen hin - und ihre amtierenden Nachfolger suchten sie hinter einem "Schlußstrich" vergessen zu machen. Wohl nicht bedenkend, daß sie mit einem derartigen "Abschluß" eines Unrechtes einen folgenschweren Präzedenzfall schaffen und spätere "ethnische Säuberer" zu gleichem Tun verleiten.
Und wohl auch nicht zur Genüge in Rechnung stellend, daß ein solches Umgehen mit der Vergangenheit die Glaubwürdigkeit ihres Handelns in der Gegenwart beschädigt. Wer die Einlösung der Menschenrechte für seine Landsleute im Falle der vertriebenen Ost- und Sudetendeutschen für "anachronistisch" erklärt, wirkt wenig überzeugend bei der Durchsetzung von Menschenrechten mittels Bombardierungen auf dem Balkan. Ebenso wie die öffentlich reportierten Klagen über das leidvolle Schicksal der Kosovo-Flüchtlinge bei jenen etwas überraschen, die vom gleichen Opfer der deutschen Vertriebenen nichts mehr wissen wollen - oder vielleicht auch kaum etwas gehört haben.
Die Jahre der Deutschen-Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg sind in punkto Kenntnisse und Wissensvermittlung zur eigentlichen "unbewältigten Vergangenheit" der deutschen Geschichte geworden, was sich nicht zuletzt wiederum in den Äußerungen der öffentlichen Meinungsführer und politischen Verantwortungsträger ausdrückt. Über dieses offenkundige Defizit tröstet auch die gleichermaßen problematische Luftkriegsführung der westlichen Militärallianz nur wenig hinweg, die sich bereits im Zweiten Weltkrieg mehr spontanen Widerstand als größere Kapitulationsneigung erbombt hatte.
Lediglich in der offenkundigen Scheu vor einem "Bodenkrieg" scheinen die westlichen Interventionalisten an gesammelte Erfahrungen der Vergangenheit zu denken.
Da lassen die leidvollen Erinnerungen an den opferreichen Vietnam-Krieg die NATO-Führungsmacht noch vor einem möglichen Infanterie-Einsatz zurückschrecken und kommen dem deutschen Zeitgenossen die blutigen Partisanenkämpfe des Zweiten Weltkriegs ins Gedächtnis; mit dem bitteren Beigeschmack, daß nach dem Krieg die überlebenden deutschen Soldaten und Offiziere wegen ihres Vorgehens gegen diese Freischärler vor alliierte Siegergerichte gestellt und als "Kriegsverbrecher" abgeurteilt wurden.
In den Anklageschriften las man von "Mißachtung aller Kriegsregeln" und "Ermordung von

Hunderttausenden von Nichtkombattanten als Vergeltungsmaßnahmen in Griechenland, Albanien und Jugoslawien" als strafwürdige Taten.
Der ranghöchste "Angeklagte", Generalfeldmarschall Wilhelm List, legte in seinem Schlußwort gegen die erhobenen Vorwürfe Verwahrung ein und wies auf die besonderen Umstände der "Kämpfe auf dem Balkan" hin. Auf Kampfesarten, die "jeder Soldat" verabscheue und die "alle Merkmale des Bandenkampfes" getragen habe. Wenn es dabei "zu harten Maßnahmen" gekommen sei, so habe die Schuld bei denen gelegen, "die diesen Kampf ausgelöst und genährt" und "nach Balkanart geführt" hätten, "heimtückisch und grausam".
Beschreibungen, wie sie gegenwärtig täglich über Aktionen serbischer Polizei- und Militäreinheiten verbreitet werden und als Rechtfertigung für die Bombardierungen dienen. Vom Siegergericht damals jedoch nicht ganz ernst genommen wurden und die Verurteilung der "Angeklagten" nicht verhinderten. Feldmarschall List sollte nach dem gefällten Richterspruch "lebenslänglich" büßen.
Auf jedes mögliche Urteil gefaßt, hatte er in seinem Schlußwort nach der Beteuerung seiner Unschuld den Richtern die nachmalig prophetischen Worte zugerufen: "Möge ein gütiges Schicksal solche Kämpfe, die wir gezwungen waren zu führen, der Nation ersparen, die heute über uns zu Gericht sitzt!"
Über ein halbes Jahrhundert danach scheint dieser Wunsch aktueller denn je. Vielleicht bleibt er erfüllt, wenn man ernsthaft aus der Geschichte lernt.<<
USA: Die US-Zeitschrift "The Barnes Review" berichtet im Juli/August 1999 über eine Rede des US-Schriftstellers Benjamin H. Freedman (1890-1984) von 1961 (x922/…): >>**Deutschland und die Juden**
Die Rolle der Juden im 1. und 2. Weltkrieg
Eine Rede von Benjamin H. Freedman - 1961
Vorwort
Benjamin H. Freedman wurde 1890 als Sohn jüdischer Eltern geboren. Er wurde ein erfolgreicher Geschäftsmann in New York City und war der Haupteigentümer der Woodbury Soap Company. Er beendete seine Verbindungen mit dem organisierten Judentum nach dem 2. Weltkrieg. Mit einem finanziellen Aufwand von 2.5 Millionen Dollar verbrachte er den Rest seines Lebens damit, den Einfluß der Juden in Wirtschaft und Politik in den USA zu veröffentlichen. Er war ein Insider auf höchster Ebene in jüdischen Organisationen, und war persönlich befreundet mit Bernard Baruch, Samuel Untermyer, Woodrow Wilson, Franklin Roosevelt, Joseph Kennedy, John F. Kennedy und vielen anderen die in dieser Zeit etwas bewegt und zu sagen hatten.
Benjamin H. Freedman im Willard Hotel, Washington D.C. 1961:
Hier in den USA haben die Zionisten und ihre religiös Verbündeten die komplette Kontrolle über unsere Regierung. Es wäre zu komplex jetzt näher darauf einzugehen, aber die Zionisten und ihre religiös Verbündeten regieren die USA als wären sie die absoluten Monarchen dieses Landes.
Wahrscheinlich denken Sie, daß das eine sehr leichte und einfache Erkenntnis ist, aber lassen Sie mich erzählen und zeigen was passierte während wir alle "schliefen".
Was war passiert? Der 1. Weltkrieg brach im Sommer 1914 aus. Einige in meinem Alter werden sich noch daran erinnern. Nun, dieser Krieg wurde auf der einen Seite von England, Frankreich und Rußland, und auf der anderen von Deutschland, Österreich/Ungarn und der Türkei geführt.
Innerhalb von 2 Jahren gewann Deutschland diesen Krieg, nicht offiziell, aber auf dem Schlachtfeld. Die deutschen U-Boote, welche eine Überraschung für die Welt waren, fegten alle Konvois vom Atlantik.
Großbritanniens Munition und Vorräte gingen der Neige zu, danach kam der Hunger. Zur

gleichen Zeit meuterte die französische Armee, sie hatten 600.000 Blüten der französischen Jugend bei der Schlacht von Verdun an der Somme verloren. Die Russen waren am Ende, sie nahmen ihr Spielzeug und gingen nach Hause, sie wollten nicht mehr weiterspielen, und sie mochten den Zar auch nicht unbedingt. Die italienische Armee kollabierte.
Nicht ein Schuß wurde auf deutschem Boden abgefeuert. Nicht ein Feind hatte die deutsche Grenze überschritten, und dennoch bot Deutschland England den Frieden an. Einen Frieden auf einer Basis den Anwälte den "Status quo ante" nennen würden. Das bedeutet - Laßt uns den Krieg beenden und laßt alles so sein wie es vorher war.
England dachte im Sommer 1916 ernsthaft darüber nach. Sie hatten keine Wahl, entweder sie würden dieses Friedensangebot annehmen oder bis zur Selbstvernichtung weiterkämpfen.
Während dieser Phase wandten sich deutsche Zionisten, die die Zionisten Osteuropas repräsentierten, an das britische Kriegskabinett, und, ich möchte die ganze Sache hier verkürzen, aber ich habe alle Dokumente hier um das zu beweisen, sie sagten: "Seht her, ihr könnt diesen Krieg noch gewinnen, ihr müßt nicht aufgeben. Ihr müßt diesen Frieden nicht annehmen den euch die Deutschen angeboten haben. Mit den USA als euren Verbündeten könnt ihr diesen Krieg noch gewinnen."
Die USA hatten mit diesem Krieg noch nichts zu tun. Wir waren frisch, wir waren jung, wir waren reich und wir waren mächtig. Die Zionisten sagten zu England: "Wir führen die USA in den Krieg als euren Verbündeten, nachdem Ihr den Krieg gewonnen habt und Deutschland, Österreich/Ungarn und die Türkei besiegt sind, wollen wir im Gegenzug Palästina, das ist Euer Preis."
Nun, England hatte das gleiche Recht irgend jemanden Palästina zu versprechen, wie wir, wenn wir den Iren Japan versprechen würden, aus welchen Gründen auch immer. Es war absolut absurd, daß Großbritannien, das keine Interessen und auch keine Verbindungen zu Palästina hatte, es als Zahlungsmittel für den Kriegseintritt der USA verwenden würde. Wie auch immer, sie gaben dieses Versprechen im Oktober 1916. Und kurz danach, ich weiß nicht wie viele sich noch daran erinnern werden, traten die USA, die immer und absolut pro-deutsch waren, als Verbündete Großbritanniens, in den Krieg ein.
Ich sage die USA waren immer pro-deutsch, weil die Zeitungen unter jüdischer Kontrolle waren, die Bankiers waren Juden, die Massenmedien in diesem Land waren unter jüdischer Kontrolle und die Juden selbst waren pro-deutsch, weil viele von ihnen aus Deutschland kamen. Sie wollten, daß Deutschland den Zar besiegt. Die Juden haßten den Zar, sie wollten nicht, daß Rußland den Krieg gewinnt.
Diese jüdischen Bankiers, wie Kuhn-Loeb und andere Großbanken, weigerten sich England und Frankreich auch nur mit einem Dollar zu unterstützen. Sie sagten: "Solange England und Frankreich Verbündete Rußlands sind gibt es nicht einen Cent!" Aber sie pumpten Geld nach Deutschland, sie kämpften mit Deutschland an einer Seite gegen den Zar, um das zaristische Regime zu brechen.
Nun, dieselben Juden schlossen den Vertrag mit England ab als sie die Möglichkeit sahen Palästina zu bekommen. Auf einmal veränderte sich alles, wie eine Ampel die von rot auf grün schaltet. Alle Zeitungen, die den Menschen erzählten, wie schwer es doch die Deutschen im Kampf gegen die Briten hätten, änderten plötzlich ihre Meinung. Sie erzählten die Deutschen wären schlecht, sie wären wie die Hunnen, wie Barbaren. Sie, die Deutschen würden Rot Kreuz Schwestern erschießen und kleinen Babys die Hände abschneiden. Sie wären einfach schlecht. Kurz darauf erklärte Präsident Wilson Deutschland den Krieg.
Die Zionisten in London telegrafierten in die USA, zu Richter Brandeis, mit der Aufforderung: "Bearbeiten Sie Präsident Wilson, wir bekommen von England was wir wollen. Bringen Sie Präsident Wilson dazu in den Krieg einzutreten."
Auf diese Art und Weise traten die USA in den Krieg ein. Wir hatten kein Interesse daran.

Wir hatten das gleiche Recht in diesen Krieg einzutreten, wie wenn wir heute Abend auf dem Mond anstatt in diesem Saal wären. Es gab absolut keinen Grund diesen Krieg zu unserem zu machen. Wir wurden hineingetrieben, nur damit die Zionisten ihr Palästina bekommen. Das ist etwas was den Bürgern dieses Landes noch nicht erzählt wurde. Sie wußten nicht warum wir in den 1. Weltkrieg eintraten.
Nachdem wir eingetreten waren gingen die Zionisten nach London und sagten: "Wir haben unseren Teil der Abmachung erfüllt, jetzt seid Ihr dran, gebt uns ein Schriftstück das uns zeigt, daß wir Palästina bekommen, nachdem Ihr den Krieg gewonnen habt."
Sie wußten auch gar nicht wie lange der Krieg dauern würde, ob 1, 2 oder 10 Jahre, aber sie fertigten es an. Das Schriftstück wurde in Form eines Briefes, in einer eigenartigen Ausdrucksform geschrieben, so daß die Welt nicht genau wissen würde was dahintersteckt. Dieses Schriftstück wurde die BALFOUR DEKLARATION genannt.
Die Balfour Deklaration war nichts anderes als das Versprechen Englands für dieses abgemachte "Geschäft". Diese "große" Balfour Deklaration ist genauso wertvoll wie eine 3 Dollar Note. Ich denke, ich kann mich nicht anders ausdrücken.
So begann der ganze Ärger. Die USA traten in den Krieg ein. Die USA vernichteten Deutschland. Was dann passierte wissen Sie ja. Als der Krieg zu Ende war, und die Deutschen bei der Pariser Friedenskonferenz 1919 eintrafen, waren auch 117 Juden anwesend. Eine jüdische Delegation, die die Juden Osteuropas repräsentierte, angeführt von Bernard Baruch. Ich war auch da, ich sollte das wissen. Was passierte dann? Die Juden in dieser Konferenz, als man gerade dabei war Deutschland zu zerstückeln um es an die Europäer zu verteilen, sagten: "Wie wäre es mit Palästina für uns?"
Und sie brachten in Gegenwart der Deutschen die Balfour Deklaration zur Sprache. Die Deutschen erkannten was vor sich ging. "Aha, das war das Spiel, deswegen traten die USA in den Krieg ein." Die Deutschen erkannten zum ersten mal, daß sie nur deswegen besiegt worden waren, weil die Zionisten Palästina besitzen wollten. Die Deutschen mußten diese Schmach und irrsinnigen Reparationszahlungen nur aus diesem einen Grund erdulden.
Das bringt uns zu einer anderen interessanten Sache. Als die Deutschen das erkannten, nahmen sie das den Juden verständlicherweise sehr übel. Bis zu dieser Zeit ging es den Juden in keinem anderen Land auf dieser Welt besser als in Deutschland.
Es gab Herrn Rathenau, der bestimmt genauso wichtig in Industrie und Finanz war, wie Bernard Baruch in diesem Land. Es gab Herrn Balin, Besitzer der großen Dampfschiffahrtslinien, der Norddeutsche Lloyds und der Hamburg-Amerika Linie. Es gab Herrn Bleichröder, der Bankier der Hohenzollern Familie. Es gab die Warburgs in Hamburg, eine Kaufmanns- und Bankiersfamilie, die größten auf dieser Welt. Den Juden ging es sehr gut in Deutschland. Aber die Deutschen dachten: "Das war ein ziemlicher Ausverkauf."
Es war ein Ausverkauf der dieser hypothetischen Situation gleichkommt:
Gehen wir davon aus, wir die USA wären im Krieg mit der UdSSR, und wir wären am gewinnen, und wir bieten der UdSSR den sofortigen Stopp an. Wir würden ihnen Frieden anbieten. Plötzlich würde das rote China in den Krieg eintreten, als Verbündeter der UdSSR. Und dadurch würden wir vernichtend geschlagen werden. Gleich danach kämen Reparationszahlungen in einem Ausmaß, das wir uns gar nicht vorstellen können, auf uns zu.
Stellen Sie sich vor, daß wir gleich nach dem Krieg erfahren würden, daß unsere US-Chinesen, unsere Mitbürger, von denen wir immer dachten daß sie loyale und zuverlässige Bürger unseres Landes wären, stellen Sie sich vor wir fänden heraus daß sie es waren die für unsere Vernichtung verantwortlich gewesen sind. Stellen Sie sich vor daß diese US-Chinesen uns an die UdSSR verkauft hätten, wie würden wir uns fühlen!? Ich glaube keiner von ihnen könnte sein Gesicht jemals wieder auf den Straßen zeigen.
Es würde nicht genug Laternen geben die sie bei Nacht schützen würden. Wie würden wir uns

fühlen ...? Nun, so fühlten auch die Deutschen gegenüber den Juden. Sie waren immer sehr anständig zu den Juden gewesen. Als 1905 die kommunistische Revolution in Rußland fehlschlug, und die Juden aus Rußland vertrieben wurden, gingen sie alle nach Deutschland, und Deutschland gab ihnen Unterschlupf. Sie wurden sehr gut behandelt. Jetzt aber haben sie Deutschland verraten und verkauft, und zwar nur aus einem Grund, nur um Palästina zu besitzen. Als ihr "Jewish Commonwealth."

Nahum Sokolow und all die großen Führer und Namen die man heute mit dem Zionismus in Verbindung bringt, schrieben von 1919-1923 in ihren Zeitungen, und sie waren voll mit ihren Aussagen, daß, trotzdem die Deutschen erkannt haben, daß sie durch jüdische Einmischung den Krieg verloren haben, das Gefühl gegenüber den Juden noch annehmbar sei.

Es gab keine religiösen Gefühle, es gab auch keine Anfeindungen nur weil die Juden einen anderen Glauben haben. Es war nur wirtschaftlicher Natur, und alles andere als religiös. Niemanden in Deutschland kümmerte es ob ein Jude abends nach Hause ging, seinen Rolladen herunterließ und "Shema Yisroel" oder "Unser Vater" sagte. Niemand kümmerte sich darum, nicht mehr und nicht weniger wie hier in den USA. Die Gefühle die sich später entwickelten waren nur darauf zurückzuführen, daß die Deutschen die Juden für ihre Niederlage verantwortlich machten.

Der 1. Weltkrieg begann, ohne daß die Deutschen dafür verantwortlich gewesen waren. Sie hatten überhaupt keine Schuld, nur die Schuld erfolgreich zu sein. Sie bauten eine große Marine. Sie hatten Handel mit der ganzen Welt. Sie müssen sich darüber klar werden, daß Deutschland während der französischen Revolution aus über 300 Stadtstaaten, Grafschaften, Fürstentümern usw. bestand. Zwischen dieser Zeit, der Zeit Napoleons und Bismarcks, wurden sie zu einem Land zusammengerührt.

Innerhalb von 50 Jahren wurde Deutschland zu einer der Weltmächte. Ihre Marine rivalisierte mit der britischen und sie gingen dem Handel auf der ganzen Welt nach. Sie machten bessere Produkte und sie konnten mit jedem konkurrieren. Und was war das Ergebnis des Ganzen?

England, Frankreich und Rußland verschworen sich gegen Deutschland. Sie wollten Deutschland niederstrecken. Es gibt heute keinen Historiker der einen stichhaltigeren Grund finden könnte, warum Deutschland von der Landkarte verschwinden mußte.

Als die Deutschen erkannten wer für ihre Niederlage verantwortlich war, waren sie natürlich sehr verärgert. Aber nicht ein Haar wurde den Juden gekrümmt, nicht ein einziges. Professor Tansill der Georgetown Universität, der Zugang zu allen geheimen Unterlagen des State Departements hatte, zitierte in seinem Buch ein Dokument, geschrieben von Hugo Schoenfelt, ein Jude den Cordell Hull 1933 nach Europa schickte um die sogenannten Lager der politischen Gefangenen zu untersuchen, daß alle Gefangenen in guter Verfassung seien. Allen ging es gut und jeder wurde gut behandelt.

Die Lager waren gefüllt mit Kommunisten. Viele der Gefangenen waren Juden, weil 98 % der Kommunisten in Europa Juden waren. Einige Priester, Gewerkschaftsführer und andere mit internationalen Verbindungen waren auch unter den Gefangenen.

Der Hintergrund dessen war: In den Jahren 1918-1919 übernahmen die Kommunisten für einige Tage Bayern. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und eine Gruppe anderer Juden übernahmen die Regierung für drei Tage.

Nach dem Krieg floh Kaiser Wilhelm nach Holland, weil er dachte, daß ihm das gleiche Schicksal widerfahren würde wie dem Zaren Rußlands. Nach der kommunistischen Bedrohung in Deutschland arbeiteten die Juden wieder daran ihre alten Stellungen zurückzubekommen. Die Deutschen aber, bekämpften das so gut es ging. Sie bekämpften die Juden, wie die Prohibitionisten in unserem Land den Alkohol und deren Anhänger bekämpft haben.

Sie wurden nicht mit Pistolen bekämpft. Das war die Art und Weise wie die Juden in Deutschland bekämpft wurden. Zu dieser Zeit gab es zwischen 80-90 Millionen Deutsche, und

nur 460.000 Juden. Ungefähr 0,5 % der Einwohner waren Juden, und doch kontrollierten sie die ganze Presse, und sie kontrollierten den Großteil der Wirtschaft, weil sie, als die Deutsche Mark abgewertet wurde, mit ihrem wertvollem Dollar praktisch alles aufkauften.
Die Juden versuchten das zu vertuschen, sie wollten nicht, daß die Welt versteht und begreift, daß sie Deutschland verraten und verkauft haben, und die Deutschen nahmen ihnen das sehr übel. Die Deutschen bekämpften sie mit geeigneten Aktionen. Sie diskriminierten sie wo auch immer sie konnten. Sie mieden sie auf die gleiche Art und Weise wie wir die Neger, die Chinesen oder die Katholiken meiden würden, wenn sie verantwortlich für unsere Niederlage gewesen wären und sie uns an den Feind verkauft hätten.
Nach einer Weile trafen sich die Juden zu einer Weltkonferenz in Amsterdam. Juden aus jedem Land nahmen an diesem Treffen 1933 teil.
Und sie sagten zu Deutschland: "Ihr feuert Hitler und gebt uns unsere alten Positionen zurück, egal ob einer Kommunist oder was auch immer ist. Ihr könnt uns so nicht behandeln. Wir die Juden der Welt stellen euch ein Ultimatum." Sie können sich vorstellen was die Deutschen den Juden erzählt haben. Was geschah dann?
1933, als Deutschland sich dem Weltkongreß verweigerte, wurde die Konferenz abgebrochen. Mister Samuel Untermyer, der Kopf der amerikanischen Delegation und Präsident der gesamten Konferenz, kam zurück in die USA. Er ging vom Dampfschiff direkt zu den Studios der Columbia Broadcasting System - CBS, und gab eine Stellungnahme über die Radiostationen der gesamten USA ab, in welcher er sagte: "Wir sind nun in einem heiligen Konflikt mit Deutschland, und wir werden sie bis zur Aufgabe hungern lassen. Wir werden Deutschland weltweit boykottieren."
Tatsache ist, daß zwei Drittel der Lebensmittel der Deutschen importiert werden müssen, und es kann nur importiert werden, wenn auch gleichzeitig exportiert wird. So, wenn Deutschland nicht exportieren kann müssen zwei Drittel der deutschen Bevölkerung hungern. Es gab nur genug Lebensmittel für ein Drittel. In dieser Deklaration, die ich hier habe, und welche auch in der New York Times am 7. August 1933 abgedruckt war, gab Mister Samuel Untermyer bekannt, daß dies "unsere Art der Selbstverteidigung ist."
Präsident Roosevelt hat diese Handhabung in der National Recovery Administration bekanntgegeben, daß jeder der sich dem New Deal nicht beugt, auf diese Art und Weise boykottiert wird. Sie werden sich daran erinnern meine Damen und Herren, sogar der oberste Gerichtshof nahm es an. Letztendlich erklärten die Juden Deutschland den Krieg, und dieser war so effektiv, daß sie in keinem Laden mehr einen Artikel mit dem Aufdruck - Made in Germany - finden konnten.
Ein Mitarbeiter der Woolworth Company erzählte mir, daß sie Geschirr im Wert von mehreren Millionen Dollar in den Fluß werfen mußten, da Kunden, die diese gefunden haben, sie, die Inhaber gleich mit "Hitleristen, Mörder usw." gebrandmarkt haben. Es gab viele dieser Aufmärsche und Protestaktionen.
In einem Laden, der der R. H. Macy-Kette angehörte, der von der Familie Strauss geführt wurde, die auch Juden waren, fand eine Frau Strumpfhosen mit dem - Made in Germany - Aufdruck, Strumpfhosen aus Chemnitz, die dort seit 20 Jahren verkauft werden, wurden boykottiert. Die Besitzer wurden mit "Hitleristen" beschimpft. Hunderte von Menschen liefen auf und ab und protestierten... Bis zu dieser Zeit wurde keinem Juden in Deutschland auch nur ein Haar gekrümmt. Die Juden hatten nichts zu erleiden, mußten nicht hungern, wurden nicht attackiert oder ermordet.
Natürlich sagten sich die Deutschen: "Wer sind diese Menschen, die unser Land boykottieren, unser Volk arbeitslos werden lassen und unsere Industrie zum Stillstand führen? Wer sind diese Menschen, daß sie so etwas machen?"
Die Deutschen nahmen ihnen das sehr übel. Plötzlich wurden in Deutschland jüdische Ge-

schäfte mit Aufschriften und Zeichen bemalt. Warum auch sollte ein Deutscher sein Geld in ein Geschäft bringen dessen Besitzer Deutschland mitboykottiert, der dafür sorgt, daß das deutsche Volk hungern mußte und dadurch zur Aufgabe gezwungen werden und sich dem Weltjudentum ergeben sollte!? Ein Boykott von Menschen, die den Deutschen ihren Premier oder Kanzler aufzwingen wollten, es war lächerlich.
Der Boykott ging noch weiter, aber im Jahre 1938, als ein junger polnischer Jude in die deutsche Botschaft in Paris eindrang und einen Mitarbeiter erschoß, wurde es rauher für die Juden in Deutschland. Sie brachen Fenster ein und hatten Straßenkämpfe. Nun, ich benütze das Wort Antisemitismus ungern, weil es bedeutungslos ist, aber ich benütze es, weil sie es nicht anders kennen.
Der einzige Grund warum die Deutschen antijüdische Gefühle hatten, war der, daß sie wußten, daß die Juden für die Niederlage im 1. Weltkrieg und den Boykott verantwortlich waren. Dahingehend waren die Juden auch für den 2. Weltkrieg verantwortlich, weil, als das Ganze aus der Hand glitt, es wichtig war zu sehen, wer den Kampf überleben und als Sieger herausgehen wird.
Ich habe in Deutschland gelebt, und ich weiß, daß die Deutschen sich zwischen Kommunismus und Christentum zu entscheiden hatten. Es gab nichts dazwischen. Die Deutschen entschieden sich für das Christentum.
Sie begannen sich wieder zu bewaffnen. Im November 1933 haben die USA die Sowjetunion anerkannt. Die Sowjetunion wurde sehr mächtig, die Deutschen erkannten das und entschieden sich zu gehen und erst wieder zu kommen bis sie stark genug sind. Das gleiche machen wir hier doch auch, gehen und erst dann wieder auf der Bildfläche erscheinen bis wir stark sind.
Unsere Regierung gibt im Jahr 83 oder 84 Milliarden für Verteidigung aus. Verteidigung gegen wen? Verteidigung gegen 40.000 kleine Juden in Moskau, die Rußland übernommen haben, und in ihrer unaufrichtigen Art auch die Kontrolle über andere Staaten der Welt.
Heute leben wir an der Grenze zum 3. Weltkrieg aus dem keiner als Sieger hervorgehen wird. Das geht über meine Vorstellungskraft hinaus. Ich weiß, daß Atombomben im Megatonnenbereich gemessen werden. Eine Megatonne ist die Bezeichnung für l Million Tonnen TNT. Unsere Atombomben hatten eine Kapazität von 10 Megatonnen, 10 Millionen Tonnen TNT, als sie zum ersten mal entwickelt wurden. Heute haben wir Atombomben im 200 Megatonnen-Bereich, und nur Gott weiß wie viel die Russen davon haben.
Mit was haben wir es heute zu tun? Wenn wir heute einen Krieg auslösen, könnte er sich zu einem Atomkrieg entwickeln. Könnte das passieren? Es wird, wenn der Vorhang zum dritten Akt hochgeht. Akt 1 war der erste Weltkrieg, Akt 2 der zweite, Akt 3 wird der dritte Weltkrieg sein. Die Juden dieser Welt, die Zionisten und ihre religiös Verbündeten sind fest entschlossen, die USA weiterhin als ihren Stützpunkt für ihren Plan zu benützen, das Land Palästina zur Hauptstadt ihrer Weltregierung zu machen. Das ist so wahr wie ich hier stehe. Nicht nur ich weiß das und habe es gelesen, viele hier haben das auch, und es ist auf der ganzen Welt bekannt.
Was können und sollen wir tun? Das Leben, das Sie retten könnten, könnte das Ihres Sohnes sein. Ihre Jungs könnten heute Nacht auf dem Weg in den Krieg sein, und Sie wußten genauso wenig darüber wie Sie 1916 wußten, als die britische Regierung und die Zionisten ihren Deal abschlossen. Hatten Sie das gewußt? Niemand in den USA wußte das. Es war Ihnen nicht erlaubt das zu wissen. Wer wußte es?
Präsident Wilson wußte es. Colonel House wußte es. Andere Eingeweihte wußten es auch. Habe ich es gewußt? Ja, ich hatte eine ziemliche Ahnung was so vor sich ging. Ich stand in enger Verbindung mit Henry Morgenthau sen., in der Wahlkampagne 1912, als Präsident Wilson gewählt wurde. Es wurde rund um das Büro viel gesprochen. Ich war Vertrauensmann

von Henry Morgenthau sen., dem Vorsitzenden des Finanzkomitees, und ich stand in enger Verbindung mit Rollo Wells, dem Schatzmeister.
Da saß ich nun in dieser Runde, Präsident Wilson am Tischende, und all die anderen. Ich hörte wie sie ihm die Einkommensteuer in sein Gehirn eingehämmert haben, durch die die Federal Reserve (Bundesbank) entstand, und ich hörte wie sie ihm die zionistische Bewegung indoktriniert haben. Richter Brandeis und Präsident Wilson waren sich so nahe wie diese zwei Finger an meiner Hand. Präsident Wilson war so inkompetent als dieses Newborn-Baby beschlossen wurde.
Das war die Art und Weise wie wir in den 1. Weltkrieg eintraten, während wir alle "schliefen". Sie schickten unsere Jungs auf die Schlachtbank, für was? Nur damit die Juden "ihr" Palästina bekamen, als ihr "Commonwealth".
Sie haben euch so verdummt, daß ihr nicht mehr wißt was links und rechts ist. Was wissen wir über die Juden? Ich nenne sie vor Ihnen Juden weil man sie so kennt. Ich selbst nenne sie nicht Juden. Ich nenne sie nur die "sogenannten Juden", weil ich weiß wer sie sind. Die osteuropäischen Juden, von denen 92 % der jüdischen Weltbevölkerung abstammen, sind eigentlich gar keine Juden.
Sie sind eigentlich Khazaren. Die Khazaren waren ein kriegerischer Stamm der Tief im Herzen Asiens lebte. Sie waren so kriegerisch, daß die Asiaten selbst sie aus Asien vertrieben und nach Europa schickten. Die Khazaren gründeten ein großes Königreich von 800.000 Quadratmeilen. Zu dieser Zeit existierte Rußland noch nicht, genauso wie viele andere europäische Länder. Das Khazarenkönigreich war das größte im gesamten Europa, so groß und so mächtig, das, wenn andere Monarchen es um Kriegshilfe gebeten hätte, es diesem leicht 40.000 Soldaten hätte leihen können. So groß und mächtig waren sie.
Die Khazaren waren Phallus-Verehrer/Anbeter, was sehr unanständig ist und ich möchte auch nicht näher darauf eingehen. Das war ihre Religion wie sie auch die Religion vieler anderer Barbaren und Heiden auf diesem Planeten war. Der Khazarenkönig war so angewidert von dieser degenerierten Lebensweise, daß er sich entschied einen Glauben zu "adoptieren", entweder das Christentum, den Islam oder das Judentum, was eigentlich Talmudismus ist.
Er entschied sich für das Judentum, und das wurde zur Staatsreligion. Er gründete die Talmudschulen Pumbedita und Sura aus der tausende von Rabbis hervorgingen. Er eröffnete Synagogen und Schulen, und seine Leute wurden was wir heute Juden nennen. Keiner von ihnen hatte jemals einen Vorfahren der auch nur mit einem Zehen das heilige Land betreten hat, nicht in der Geschichte des alten Testamentes noch vom Anbeginn ihrer Zeit. Keiner von ihnen.
Und dennoch kommen sie zu den Christen und bitten um militärische Hilfe in Palästina. Sie sagen: "Wollt Ihr nicht dem auserwählten Volk helfen ihr gelobtes Land, die Heimat ihrer Vorfahren zurückzubekommen? Es ist eure christliche Pflicht. Wir gaben euch einen unserer Söhne als Herrn und Erlöser. Ihr geht Sonntags in die Kirche, kniet nieder und betet einen Juden an, und wir sind Juden."
Aber sie sind heidnische Khazaren, sie konvertierten genauso wie die Iren zum Christentum konvertierten. Es ist lächerlich, sie Volk des heiligen Landes zu nennen, so wie es lächerlich wäre 54 Millionen chinesische Moslems Araber zu nennen. Sie würden sich fragen ob diese Chinesen nicht ganz bei Trost sind. Jeder der glauben würde, daß diese Chinesen Araber wären, wäre nicht normal. Alles was sie taten war den Glauben anzunehmen, dessen Ursprung Mekka in Arabien ist. So wie die Iren es auch taten. Die Iren wurden nicht zu anderen Menschen. Sie waren immer noch die Gleichen, nur, daß sie das Christentum angenommen haben, und trotzdem sind sie immer noch Iren.
Diese Khazaren, diese Heiden, diese Asiaten waren eine mongolische Rasse die aus Asien nach Europa vertrieben wurde. Weil ihr König diesen Glauben angenommen hatte, hatte auch

das Volk keine andere Wahl. So wie in Spanien, war der König katholisch, war es das Volk auch, wenn man sich weigerte hatte man das Land zu verlassen. So wurden die Khazaren was wir heute Juden nennen.
Jetzt können Sie sehen wie dumm es von den christlichen Regierungen war zu sagen: "Wir werden Gottes auserwähltem Volk, mit unserer Macht und unserem Prestige helfen das Land ihrer Vorfahren zurückzubekommen."
Gibt es eine größere Lüge als diese? Die Juden kontrollieren die Zeitungen, die Magazine, das Radio, das Fernsehen, die großen Buchverlage, und weil unsere Politiker ihre "Sprache" sprechen, ist es nicht überraschend, daß Ihr diese Lügen glaubt. Ihr würdet glauben schwarz sei weiß, wenn Ihr es nur oft genug hören würdet. Ihr würdet schwarz nicht mehr schwarz nennen.
Ihr würdet schwarz weiß nennen, und niemand könnte euch die Schuld geben. Das ist eine der großen Lügen in unserer Geschichte. Es ist das Fundament des ganzen Elends das uns befallen hat.
Wissen Sie, was die Juden am Tag des Atonements (?) machen, der Tag bei dem Sie denken, das er so heilig für die Juden wäre? Ich war einer von ihnen. Das ist kein Hörensagen. Ich bin nicht hier um Ihnen irgendeinen Schwachsinn zu erzählen. Ich gebe Ihnen hier Fakten!
Am Tag des Atonements (?) geht man in eine Synagoge. Für das erste Gebet, das man vorträgt, steht man aufrecht.
Es ist das einzige Gebet für das man steht. Man wiederholt dreimal ein Kurzgebet mit dem Namen Kol Nidre. In diesem Gebet schließt man ein Abkommen mit Gott, das besagt, daß jeder Eid, jedes Versprechen und jedes Gelöbnis, das man während der nächsten zwölf Monate gegenüber Nichtjuden macht, null und nichtig ist. Der Eid ist kein Eid, das Versprechen kein Versprechen und das Gelöbnis kein Gelöbnis. Das alles hat bei Juden keinen moralischen Wert. Und der Talmud lehrt auch, daß, wann immer man einen Eid, ein Versprechen oder ein Gelöbnis abgibt, man sich immer an den Tag des Atonements (?) erinnern soll, weil man als Jude diese Dinge nicht erfüllen muß und man davon ausgenommen ist. ...
Nun, wie sehr können Sie auf die Loyalität eines Juden zählen. Sie können darauf genauso zählen, wie die Deutschen im Jahre 1916 darauf gezählt haben.
Wir werden das gleiche Schicksal erleiden wie Deutschland, aus den gleichen Gründen.<<

04.09.1999

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. September 1999 über Schröders Staatsbesuch in Polen: >>... Der Kanzler steht in Warschau zur historischen Verantwortung der Deutschen und sagt den Polen Hilfe beim EU-Beitritt zu

... Nach einem Besuch bei Staatspräsident Aleksander Kwasniewski bekannte sich Schröder nachdrücklich zur Verantwortung und den Lehren aus der deutschen Geschichte. Mit dem Besuch unmittelbar nach dem 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen wolle er zeigen, daß er als Politiker der Nachkriegsgeneration die "fürchterlichsten Teile" der Geschichte "kennt und sie nicht verdrängen will". ...
Polens Ministerpräsident Buzek dankte Deutschland für die Bemühungen bei der Aufnahme Polens in die NATO. Er hoffe darauf, daß Deutschland sich auch als Anwalt für die rasche Aufnahme Polens in die Europäische Union (EU) einsetzen werde. Polen strebt eine Aufnahme in die EU mit Beginn des Jahres 2003 an.
Bundeskanzler Schröder versprach, dieses Vorhaben zu unterstützen. Im Anschluß an das Treffen mit dem Premier und dem Präsidenten sagte der Bundeskanzler, Deutschland werde alles tun, um Polen bei einem möglichst baldigen Anschluß an die EU zu helfen. ... Mit der Reise nach Warschau will Schröder mit Blick auf den bevorstehenden Jahrestag des Falls der Berliner Mauer im November 1989 den ehemals kommunistisch regierten Ländern in Osteuropa für ihre Rolle beim Zustandekommen der deutschen Einheit danken. ...<<

06.09.1999

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. September 1999 über Schröders Staatsbesuch in Polen: >>**Buzek und Schröder sind jetzt per Du**

... Buzek ist offenbar erleichtert über den Rücktritt seines Innenministers Janusz Tomszewski, er wirkt gut gelaunt. Nun spricht er Schröder direkt an, auf englisch und an einer Studentin vorbei, die zwischen den beiden sitzt. "My name is Jerzy. What is your name?"

Schröder wundert sich ein bißchen, dann ergreift er die ausgestreckte Hand und lacht. …

Es ist nicht das erste Mal, daß Buzek in seiner unkomplizierten Art die deutsch-polnische Atmosphäre entspannt. Als vor Schröders Antrittsbesuch im Herbst 1998 der polnische Außenminister Bronislaw Geremek Zweifel an der Europapolitik der neuen Bundesregierung äußerte, betonte Buzek vor Journalisten, daß man den deutschen Beteuerungen einer stetigen Politik natürlich glaube.

Nun signalisiert er, daß man Deutschland zwar nicht aus der historischen Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und die Verbrechen in Polen entlassen werde, dies aber keine Rückwirkungen auf das Verhältnis zum "EU-Anwalt Polens" haben werde.

"Deutschland war ein guter Anwalt bei unserem NATO-Beitritt", erklärt Buzek. "Einen Anwalt, der gute Arbeit geleistet hat, wechselt man nicht. Ich denke, Deutschland wird uns auch ein guter Anwalt bei der Aufnahme in die EU sein." ...

Die gute Stimmung Buzeks hat noch einen anderen Grund: In aller Heimlichkeit hatten er und Schröder bereits bei ihrem Treffen in Danzig im Mai vereinbart, Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen um die Rückgabe polnischer Kulturgüter zu bringen, die nach dem Krieg in polnische Hände gefallen sind. Jetzt haben die beiden Politiker ein Abkommen über den Austausch von Archivalien unterzeichnet, die für die Verwaltung des jeweils anderen Landes wichtig sind. ...

Vor dem feierlichen Beethoven-Konzert hielt der polnische Regierungschef eine Rede, in der er ausführlich und in deutlichen Worten an die Besatzungszeit, den Zweiten Weltkrieg und den polnischen Widerstand gegen die Deutschen erinnerte.

Doch am selben Tag teilte er auch mit, er habe bereits mit dem Warschauer Stadtpräsidenten besprochen, daß in Kürze ein Platz oder eine Straße in Warschau nach dem früheren Bundeskanzler Willy Brandt benannt werden solle. Schröder, so wurde berichtet, sei gerührt gewesen angesichts dieser Information.<<

17.09.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. September 1999: >>... Der gemeinsam von Volkswagen und Porsche geplante Geländewagen wird voraussichtlich im slowakischen Bratislava (Preßburg) und nicht in Hannover gebaut. ... Die Slowakei soll mit Steuervergünstigungen gelockt haben.<<

18.09.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. September 1999 über den beantragten EU-Beitritt Polens: >>**Verheugen: Polen schnell in die EU holen**

Polen soll nach den Worten des zuständigen EU-Kommissars Günter Verheugen möglichst schnell der Union beitreten. ...

Verheugen versteht unter EU-Erweiterung indessen nicht nur die Ausweitung nach Osten. "Auch der Süden und Südosten sind interessant", sagte er. Die Vollendung der Europäischen Einheit sei die einzige Chance, dauerhaft Frieden und Stabilität auf dem gesamten Kontinent zu schaffen. Am Ende seiner Amtszeit 2005 möchte Verheugen bereits Polen, Tschechien, Slowenien und Estland in der EU begrüßen.<<

24.09.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. September 1999: >>**Vom Land kein Geld für Ostkreuz**

Die Landesregierung wird das sog. "Kreuz des Deutschen Ostens" bei Bad Harzburg im Landkreis Goslar nicht in Eigenregie wieder aufbauen. ... Es werde auch keinerlei Geld gestellt.
Gegen eine private Initiative zum Wiederaufbau habe das Land aber nichts einzuwenden. Voraussetzung sei eine Zustimmung der Naturschutzbehörden.
Das rund 20 Meter hohe alte Kreuz, das von Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden aufgestellt worden war, war Anfang vergangenen Jahres von einem Sturm zerstört worden. Der Goslarer Kreistag hat den Wiederaufbau mehrheitlich beschlossen. Gegen die Pläne zum Wiederaufbau gibt es Widerstand von Umweltinitiativen.
Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf rund 100.000 DM geschätzt. 50.000 DM hat eine Bürgerin aus Bad Harzburg bereits gespendet.<<

29.09.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. September 1999: >>**Der Symbolwert war entscheidend**
Spätaussiedlerlager Friedland bleibt erhalten / Bramsche wird "Reservelager"
Die finanziellen Gründe, das Lager Friedland zu erhalten und den Standort Bramsche zu schließen, hat Bundesinnenminister Otto Schily am Dienstag in Berlin zuerst genannt. Friedland kostet den Bund 21,4 Millionen Mark im Jahr, in Bramsche wären es 25,5 Millionen gewesen. ...
Es sei der Respekt gewesen vor einem historischen Ort, der hohen Symbolwert in der Nachkriegszeit gewonnen habe, sagte (Bundesinnenminister) Schily: "Wer der älteren Generation zuzurechnen ist, wie ich, der versteht das."
... Das ehemalige Grenzdurchgangslager im Süden Niedersachsens wird künftig mit seinen 1.300 Betten das einzige Aufnahmelager sein, alle anderen werden geschlossen. ...<<

16.10.1999

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 16. Oktober 1999 (x887/...): >>**Schicksal Ostfront: Das Leiden betraf alle**
Ein Mitglied der Widerstandsgruppe um General von Tresckow nimmt Stellung zu Reemtsmas Anti-Wehrmachtsausstellung
von Philipp Freiherr von Boeselager
Es gibt keine Zweifel, es sind grauenhafte Verbrechen an Polen, Russen, Zigeunern, Juden und auch an Deutschen selbst begangen worden.
Aber schon die Überschrift der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" ist eine Täuschung, da gar nicht Verbrechen der Wehrmacht gezeigt werden - zur Wehrmacht gehörten auch die Luftwaffe und die Marine - sondern Verbrechen von SS, SD, Polizeieinheiten und von Angehörigen des Heeres. Die SS- und Polizeieinheiten, die die Judenmorde im großen Stil durchführten, gehörten nicht zur Wehrmacht. Die SS hat es immer entschieden abgelehnt, zur Wehrmacht gerechnet zu werden. Sie dünkte sich ja als etwas Besseres.
Es wird in der Ausstellung auch nicht erläutert, wie sich die Angehörigen von SS und Polizei und Osteinheiten in ihren Uniformen vom Heer unterschieden, und so glaubten viele der jüngeren Besucher, wie ich es in Frankfurt erlebt habe, bei den abgebildeten SS- oder Polizeiangehörigen, handle es sich um Heeresangehörige.
In der Ausstellung werden unendlich viele Fotos von einzelnen Soldaten gezeigt, von grauenhaften Erschießungen und Erhängungen. Aber wenn die Ausstellung historischen, wissenschaftlichen Ansprüchen genügen wollte, müßten die gezeigten Bilder wenigstens Angaben über Ort und Zeit, den Täter und den Grund der Tat anführen; bei zwei Dritteln der Bilder fehlen diese Angaben.
So zeigte die Ausstellung eine Sammlung von Fotos, deren Herkunft und deren Zusammenhang mit den Ereignissen und Morden nicht immer klar ist.

Hatten die erhängten Partisanen beispielsweise Minen gelegt, oder was war der Anlaß, daß sie erhängt wurden?
Sicherlich, ich sagte es bereits, sicherlich sind auch von Heeresangehörigen Verbrechen begangen worden.
Hätte die Ausstellung die Überschrift "Der Krieg als Gefährdung der 'humanitas', so wäre sie eher zu begrüßen. Der Erzbischof von Canterbury sagte anläßlich des Gedenkgottesdienstes für die Opfer der englischen Luftangriffe auf Dresden: "Wir waren nach sechs Kriegsjahren alle enthemmt."
Aber das ist nicht das Ziel der Ausstellung. Ansonsten hätte man nicht nur den sogenannten Kommissarbefehl erwähnt, sondern auch den ganz ähnlichen Befehl Stalins vom 3. Juli 1941, der lautete: "Alle deutschen Offiziere, die Parteimitglieder waren, sind sofort zu erschießen." Stalin scheint nicht gewußt zu haben, daß dieser Befehl nur Reserve-Offiziere treffen konnte, da aktiven Offizieren die Mitgliedschaft in der Partei von Anfang an verboten war.
Es wird auch nicht der sogenannte "Fackelmännerbefehl" Stalins vom 3. August 1941 erwähnt, der zur völkerrechtswidrigen Partisanentätigkeit aufrief und die Russen in den von den Deutschen besetzten Gebieten dazu aufforderte, möglichst in deutschen Uniformen Dörfer anzustecken und Zivilisten, die mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten, aufzuhängen. Diese russischen Partisanen in deutschen Uniformen hießen wegen der Brände, die sie legten, "Fackelmänner".
Da die Russen ihre Erfolge dokumentierten, wie der ehemalige Chef der Partisanen dem Verfasser dieser Zeilen vor zwei Jahren bei einem Besuch in Smolensk berichtete, ist zu fragen, ob nicht auch Bilder in der Ausstellung - über ein Drittel von 314 Bildern stammen aus dem russischen Staatsarchiv - solche Fackelmänner-Tätigkeiten dokumentieren.
Wir wissen heute, wie russische Quellen einzuschätzen sind. So haben bei dem berüchtigten Leningrader Prozeß alle deutschen Offiziere gestanden, sie hätten die polnischen Offiziere in Katyn erschossen. Die Wahrheit ist heute bekannt. Aber die deutschen Offiziere wurden damals aufgrund ihrer erpreßten Aussagen alle hingerichtet. Ähnlich war es bei dem Minsker Prozeß.
Waren die Partisanen eine wirkliche Gefährdung der deutschen Soldaten?
Nach Aussage des Smolensker Partisanenchefs gab es 1943 zwischen Smolensk und der Front nach Osten etwa 40.000 Partisanen und von Smolensk aus nach Westen bis zum Reichsgebiet insgesamt etwa 300.000.
Dabei wollte der Chef unter Partisanen nur solche Zivilisten verstehen, die durch Funkgeräte von Moskau aus geführt werden konnten und bewaffnet waren. Diese Partisanen töteten im Bereich der Heeresgruppe Mitte etwa 30.000 Soldaten und 250.000 Landesbewohner, die sich mit den Deutschen verbündet hatten.
Die monatlichen Anschläge auf Eisenbahnen und sonstige Verkehrseinrichtungen beliefen sich auf etwa 500.
Die Deutschen hatten in diesem Raume fünf Sicherungsdivisionen, die aus 65.000 älteren, schlecht bewaffneten Soldaten bestanden.
Die Divisionen erlitten erhebliche Verluste, da sie bei ihren Streifzügen von den Partisanen meuchlings ermordet wurden.
Wenn man das Buch des russischen Historikers A. E. Epifano liest, wird man in der von mir geäußerten Vermutung bestärkt, da er schildert, wie eine den Deutschen in der Gefangenschaft angelastete Verbrennung eines Dorfes in Wirklichkeit vom russischen NKWD, dem Staatssicherheitsdienst, vorgenommen wurde.
Die Reemtsma-Ausstellung arbeitet mit Unterstellungen, sie verschweigt, daß die Masse der Soldaten an der Front fast gar nicht mit Partisanen oder Juden in Berührung kam.
Neben dem Vorwurf, das Heer habe den Partisanenkrieg benutzt, um die Zivilbevölkerung

auszurotten, lautet der zweite Anwurf gegen die Wehrmacht, das Heer habe die russischen Gefangenen absichtlich schlecht behandelt und verhungern lassen.
Das Schicksal der russischen Gefangenen war schrecklich. Aber wenn wir jetzt die schauerlichen Bilder vom Kosovo oder aus Mazedonien und Albanien mit den jeweils 50.000 bis 60.000 Flüchtlingen, die in ein friedliches, hinreichend von der Nato versorgtes Land fliehen und das mit den 400.000 russischen Gefangenen vergleichen, die beispielsweise im Herbst 1941 schon halb verhungert in ein Gebiet kamen, das - wie ganz Rußland - eine schlechte Infrastruktur hatte und ein ausgesprochen armes Land war, wenn man das vergleicht, dann erst bekommt man einen Blick für die damalige Situation der Gefangenen und der deutschen Soldaten.
Ich sehe sie noch in riesigen Mengen während unseres Vormarsches uns entgegenkommen. So brachte der Spähtrupp Nagel einmal über 2.000 Gefangene zurück. Wir hatten auf unseren Pferden nur unsere Tagesration für 160 Soldaten bei uns und schickten die Gefangenen einfach weiter nach hinten. Verpflegen konnten wir sie nicht, und ähnlich wird auch die Lage bei der Division hinter uns gewesen sein.
Ihre Unterbringung litt an mangelndem Wachpersonal und an mangelnder Unterkunft, da auf Geheiß Stalins vom 3. Juli 1941 - Zitat - "alles zu vernichten (war), was dem Feind als Unterkunft oder zur Versorgung mit Nahrungsmitteln dienen könnte".
So zogen die Gefangenen meist, fast ohne Bewachung, nach hinten und wurden dort in irgendeinem primitiven Lager untergebracht. Ihr Schicksal war schrecklich. Von den 5,245 Millionen russischen Kriegsgefangenen starben allein im ersten Winter fast zwei Millionen an Hunger und Seuchen.
Ihre Versorgung war sicherlich schlecht, da die Versorgung der deutschen Truppe im besonders kalten Winter 1941/42 im Bereich der Heeresgruppe Mitte, die in der Ausstellung miserabel behandelt wird, fast zusammengebrochen ist.
Anstatt der für den Nachschub benötigten über 70 täglichen Versorgungszüge fuhren nur 23, da die Lokomotiven größtenteils einfroren und die Loks für die Strecken, die noch die breitere, russische Spur hatten, fehlten. Wegen der großen Kälte hatten die Schienenwege nicht rechtzeitig auf die normale, europäische Spur umgenagelt werden können. So fehlte der Truppe der dringend benötigte Brennstoff, die Munition und Verpflegung.
Ich habe das selbst am eigenen Leibe erfahren. Ich wurde vor Moskau durch einen Bauchschuß schwer verwundet und wurde erst nach fast 14 Tagen ärztlich versorgt. Die ersten drei Tage war ich bei minus 30° Celsius auf einem Panjeschlitten - wegen der Kälte waren die Sanitätsautos nicht mehr angesprungen und hatten auch keinen Sprit mehr - mit einem russischen Gefangenen als Kutscher mutterseelenallein zu einem Verwundetensammelpunkt nach Westen gefahren.
Als wir nach drei Tagen an diesem Verwundetensammelpunkt ankamen, sagte mir ein Arzt: "Fahren Sie um Gottes Willen weiter, hier in den drei Buden liegen über hundert Verwundete und die übrigen 800 liegen alle auf dem Schnee und werden erfrieren. Wir haben nichts, um sie zu schützen, und der Abtransport klappt überhaupt nicht."
So fuhr ich weiter bis zur nächsten Bahnstation. Dort wurden wir zu 42 Schwerverwundeten in einen normalen Güterwagen verladen und zuerst nach Orel gefahren. Dort auf dem Bahnhof blieben wir drei Tage stehen, da keine Lokomotive kam. Während dieser Tage bestand unsere Versorgung darin, daß ein russischer Hilfswilliger, also ehemaliger Soldat, uns gefrorenes Brot und Konservenbüchsen in den Waggon warf, mit denen wir als Schwerverwundete nichts anfangen konnten.
Dann, nach diesen drei Tagen, ging es nach Westen. Beim Ausladen lebten von den 42 Schwerverwundeten noch zwei, die anderen waren erfroren. Das war die Lage im Winter 1941/42, und, wenn die deutschen Soldaten so schlecht versorgt wurden, dann wird man ver-

stehen, daß die russischen Kriegsgefangenen ebenso unversorgt blieben. Das war keine Absicht, wie dies die Reemtsma-Heer-Schau unterstellt.
Aber wie war vergleichsweise die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland? Von den 3.155.000 Kriegsgefangenen starben etwa 1.200.000, also etwa 40 Prozent, und von den 96.000 in Stalingrad Gefangenen kehrten sogar nur 6.000 in die Heimat zurück. Diese Zahlen führe ich an, nicht um aufzurechnen, sondern nur, um zu zeigen, wie schwierig die Versorgung plötzlich in Gefangenschaft geratener Soldaten ist.
Aber es geht bei der Reemtsma-Ausstellung über das Heer nicht um die historische Wahrheit, sondern um die Diffamierung von 18 bis 20 Millionen Soldaten der Wehrmacht als Verbrecher.
Ist erst einmal die Wehrmacht eine verbrecherische Organisation gewesen, wie dies die Ausstellung suggeriert, dann auch die Bundeswehr, da sie von Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht aufgebaut worden ist. Und, da die Bundeswehr eine Stütze unseres freiheitlichen Staates ist, so wäre auch die Bundesrepublik Deutschland als solche in Frage gestellt.
In diese Richtung zielte auch das Verfassungsgerichtsurteil "Soldaten sind Mörder".
Die Urheber der Ausstellung haben diese klugerweise erst fast 50 Jahre nach dem Krieg eröffnet. Ansonsten hätten die Spitzen der damaligen SPD, Schumacher und Erler, aber auch der damalige Leiter der Bundeszentrale für die Verfolgung von Naziverbrechen, Generalbundesanwalt Nellmann, dafür gesorgt, daß die Ausstellung in den "Blauen Tonnen" für Altpapier verschwindet, und sie tingelte dann nicht mehr durch die Lande.
Letztlich gilt immer noch ein altes Wort, das de Gaulle neu geprägt hat: "Den Charakter eines Volkes erkennt man daran, wie es nach einem verlorenen Krieg mit seinen Soldaten umgeht."<<

18.10.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Oktober 1999 über die 50. Preisverleihung des Deutschen Buchhandels in Frankfurt: >>"**NS-Geschichte lastet auf uns allen"**

... Der Friedenspreisträger und US-Historiker Fritz Stern hat die Deutschen aufgefordert, sich weiter ihrer Vergangenheit zu stellen. ...
In seiner Dankesrede sagte der Sohn jüdischer Eltern vor großer Zuschauerprominenz, darunter Bundespräsident Johannes Rau: "Der Nationalsozialismus lastet auf uns allen."
Stern betonte aber zugleich, daß die Bereitschaft, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, in Europa immer größer werde. Deutschland sei ein Land, "in dem so viele Bürger sich der Vergangenheit bewußt sind und sich um Versöhnung bemühen." ...<<

21.10.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Oktober 1999: >>**Falsche Fotos in Wehrmacht-Ausstellung**

Bei der Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" ist eine Reihe von Fotos fälschlich der Wehrmacht zugeordnet.
Dies dokumentiert der polnische Historiker Bogdan Musial im Vierteljahresheft für Zeitgeschichte". Danach wurden bei der Ausstellung unter anderem exhumierte Leichen gezeigt, bei denen es sich in Wahrheit um Opfer des sowjetischen Volkskommissariats für Inneres (NKWD) handelt. Das NKWD habe im Sommer 1941 ukrainische Zivilisten erschießen lassen; nachweislich seien Fotos dieser Opfer in die Ausstellung gelangt.
Die Wanderausstellung, zusammengestellt vom Hamburger Institut für Sozialforschung (Ausstellungsmacher: Jan Philipp Reemtsma), hatte seit 1995 bundesweit rund 800.000 Besucher. ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 21. Oktober 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... Die zwei-

felhafte Macht der Bilder
Seit rund viereinhalb Jahren debattieren und streiten die Deutschen über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Neue Studien belegen nun, daß die Veranstalter bei der Auswahl einzelner Fotos falsch lagen. ...
In zwei angesehenen wissenschaftlichen Zeitschriften - "Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte" aus dem Institut für Zeitgeschichte in München und "Geschichte in Wissenschaft und Unterricht" - publizierten die Historiker Bogdan Musial, Krisztián Ungváry und Dieter Schmidt-Neuhaus kritische Anmerkungen zu der seit langem umstrittenen Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Diese geht jetzt in das fünfte Jahr und zählt schon über 800.000 Besucher.
Es ist bemerkenswert, daß zwei der Autoren aus Ostmitteleuropa kommen, der dritte kein Fachhistoriker ist. Renommierten deutschen Historikern scheint offenkundig die Debatte um die Wehrmacht-Ausstellung zu politisch, als daß sie sich noch kritisch äußern wollen. Die Arbeit verblieb daher den akribischen Archivgängern.
Und die haben sich ins Detail vertieft und eine zur Geschichtswissenschaft elementar zugehörige Quellenkritik geübt. Wann entstand das Foto? Wo ist es zu verorten? Wer waren die Täter? Von wem stammt die Bildlegende? Im Gegensatz zu den datierten Textquellen der Ausstellung - Wehrmachtsbefehle, Feldpostbriefe, Prozeßaussagen - gleicht die Überprüfung von Bildern einem Kriminalfall. Die Historiker müssen mit Lupe, Zentimetermaß und Vergleichsbildern aus anderen Archiven arbeiten.
"In zwei polnischen Archiven und im Fotoarchiv des Holocaust-Museums befinden sich mindestens sieben Fotografien, die zweifelsfrei dieselbe Szene darstellen, aber aus einem anderen Blickwinkel", schreibt zum Beispiel Musial, wo es um eine strittige Ortsangabe geht. Manches - so räumen auch die Ausstellungsmacher Hannes Heer und Bernd Boll inzwischen ein - ist auf den Tafeln und im Katalog tatsächlich inkorrekt vermerkt. ...
... Den Vorwurf mangelnder Sorgfalt oder gar Manipulation will sich Heer nicht machen lassen. Man habe nur in angesehenen internationalen Archiven nach Bildmaterial recherchiert und dabei die Bildunterschriften, so wie sie waren, übernommen. Die große Mehrzahl der 801 Fotos des Katalogs seien nach wie vor unbezweifelt. Es sei aber richtig, daß ein sehr krasses Erschießungsbild aus Stari Becej ungarische Soldaten hinter der Waffe zeige - und nicht die Wehrmacht. Ein ähnlicher Fall, mit finnischen Soldaten, wurde aus der Ausstellung bereits entfernt.
... Die Wehrmacht-Ausstellung, von Anfang an umstritten, löste eine wichtige Debatte zur Vergangenheit in Deutschland aus. Selten hat es eine Wanderschau - mit der eigenwilligen Mischung von Kriegsbildern, Alltagsmomenten und Erschießungs- oder Erhängungsszenen - in dem Maße geschafft, das Schweigen zwischen den Generationen aufzubrechen. Die Ausstellungsmacher haben sich mit ihrer verdichteten These des Ostfeldzuges als "großes Verbrechen" sehr exponiert und damit Verantwortung übernommen. Jetzt aber, so scheint es, können sie ihren Kritikern wenig entgegensetzen.
Chronik einer Ausstellung
Sie ist umstritten wie kaum eine andere Ausstellung vor ihr. Bundesweit hat die Wanderschau mit dem Titel: "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" für heftige Kontroversen gesorgt. Seit ihrer Eröffnung im März 1995 haben rund 860 000 Besucher in 32 Städten die Ausstellung gesehen. Bei fast jeder Station kam es zu Demonstrationen und gewaltsamen Protesten gegen die Fotoschau, in der die Wehrmacht für die systematische Ermordung von Millionen Menschen verantwortlich gemacht wird. ...<<
Die Schwester eines 1943 an der Ostfront gefallenen deutschen Wehrmachtssoldaten schreibt damals (x170/42): >>... Absolut empörend ist die heutige deutsche Darstellung der ehemaligen deutschen Wehrmacht als Verbrecherbande.

Mein Bruder war kein Kriegsverbrecher, sondern das Opfer von Hitlers Wahnsinnspolitik. Ich lehne auch jegliche deutsche heutige Kriegsbeteiligung ... ab, ich lehne die Wehrpflicht für fremde Zwecke ab (außer Landesverteidigung)!
Nicht Soldaten zetteln Kriege an, sondern Politiker!!!<<

23.10.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. Oktober 1999: >>**Allianz bestätigt Holocaust-Kompromiß**

Die Allianz will nach eigenen Angaben 150.000 Akten aus ihrem Archiv daraufhin überprüfen lassen, ob sie Ansprüche jüdischer Holocaust-Opfer aus alten Versicherungsverträgen rechtfertigen. ... Die Allianz rechnet nun damit, daß der Boykottaufruf gegen den Versicherer durch den Weltkongreß nun hinfällig wird. Es gebe entsprechende Äußerungen des Exekutivdirektors der Organisation, Elan Steinberg.<<

05.11.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. November 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>**Wehrmachtskritiker stoppen ihre strittige Ausstellung**

Einige Fotos zeigen Opfer der Sowjets / Termine in Braunschweig und New York gestrichen

Die umstrittene Wehrmachtsausstellung wird nach massiver Kritik von Historikern zurückgezogen und grundlegend überprüft. ... Auch die Auslandsversion der Bilder-Schau über die Verbrechen der Wehrmacht wird nicht wie geplant in den USA gezeigt, wo sie am 2. Dezember in New York eröffnet werden sollte, sagte der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, am Donnerstag. ...

Das Institut für Sozialforschung reagierte damit auf Kritik von Wissenschaftlern, vor allem auf die des polnischen Historikers Bogdan Musial. Musial hatte in den "Vierjahresheften für Zeitgeschichte" (Ausgabe IV/99) im Oktober geschrieben, daß ein in der Ausstellung gezeigtes Bild, auf dem viele Leichen zu sehen sind, nicht eine Massenerschießung der Wehrmacht in Kraljewo (Serbien) dokumentiert, sondern die Ermordung von Gefängnisinsassen Ende 1941 durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD im galizischen Lemberg.

Musial versuchte in seinem Zeitschriftenbeitrag zu beweisen, daß wenigstens neun der Fotos der Ausstellung sowjetische Verbrechen zeigen und daß das auch bei weiteren zwei Dutzend vermutet werden kann. Der Historiker sah vor diesem Hintergrund die Glaubwürdigkeit der korrekten Zuordnung auch der übrigen Bilder der Ausstellung erschüttert.

... Die Fehler müssen korrigiert werden, erklärte Reemtsma. An der Grundthese der Ausstellung, der Verantwortung der "Organisation Wehrmacht" an der Vernichtung der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung im Osten, ändere die jedoch nichts.

Wie viele der insgesamt 800 Bilder falsch betextet wurden, soll nun eingehend geprüft werden. Schon jetzt steht fest, daß etliche Bildlegenden falsch sind, wie der Freiburger Professor Wolfram Wette vom wissenschaftlichen Beirat des Vereins der Förderung der Ausstellung feststellte. Auch der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, der zum Kuratorium des Trägervereins gehört, begrüßte das "Moratorium" und räumte Fehler ein. Das ändere aber nichts an der Tatsache, daß die Wehrmacht zweifelsfrei an vielen Verbrechen beteiligt gewesen sei.

Die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung wird seit mehr als 4 Jahren in Deutschland und Österreich gezeigt und hat mehr Aufsehen, Zustimmung und Widerspruch erregt als jede historische Ausstellung zuvor.<<

09.11.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. November 1999: >>... Krenz (ehemaliger DDR-Staatsratsvorsitzender) muß eine sechseinhalbjährige Haftstrafe antreten, die ehemaligen SED-Politbüromitglieder Günter Schabowski und Günter Kleiber erhalten je

drei Jahre Haft.
Der Bundesgerichtshof (BGH) hat die Revisionen der Angeklagten und der Staatsanwaltschaft verworfen. ... Der BGH nennt die drei Angeklagten "mittelbare Täter, die für die Erschießung der Flüchtlinge strafrechtlich verantwortlich" seien. ...
... Krenz selbst wird nicht müde zu beteuern, das Verhalten an der innerdeutschen Grenze sei der Souveränität der DDR entzogen gewesen. ...
Die eingeschränkte Souveränität der DDR in Grenzfragen wird vom BGH zwar zugestanden. Doch es sei der DDR möglich gewesen, humane Zustände an der Mauer zu gewährleisten. ...<<

11.11.1999

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 11. November 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... "Ja, wir haben Fehler gemacht."
Jan Philipp Reemtsma, der Chef des Hamburger Instituts für Sozialforschung, scheut sich nicht, es zu wiederholen. Am vergangenen Donnerstag ließ er die spektakulärste historische Ausstellung der letzten Jahre schließen: "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944".
Nachdem der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial nachgewiesen hatte, daß mehrere Fotos der von Hannes Heer geleiteten Ausstellung nicht Opfer der Wehrmacht, sondern der sowjetischen Geheimpolizei NKWD zeigen, geriet Reemtsmas Institut ins Kreuzfeuer der Kritik (siehe "ZEIT", Nr. 44). Durch ein "Moratorium" wurde der überhitzte Streit vorerst beendet; es soll dazu dienen, alle gezeigten Bilder von einem unabhängigen Gremium überprüfen zu lassen.
Zunächst hatte es nicht nach einem Einlenken ausgesehen. Mit dem Argument, daß sie die Kernaussage der Ausstellung nicht berührten, ignorierte Hannes Heer selbst seriöse Kritik. Gegen Bogdan Musial ging das Institut sogar mit juristischen Mitteln vor - und griff damit eine Grundvoraussetzung jeder Forschung an: die freie Diskussion unter Gleichberechtigten.
Die gegenwärtige Misere trifft Reemtsma an einer empfindlichen Stelle. Anders als in den Vereinigten Staaten wirkt ein Privatmann, der sich ein professionelles Forschungszentrum aufbaut, in Deutschland noch immer kurios. Das wurde bereits bei der Gründung des Hamburger Instituts für Sozialforschung vor 15 Jahren deutlich.
Eine "richtige Schnapsidee" sei das, wetterte die "Welt". Der damals 31-jährige Stifter ließ sich nicht beirren. Schon 1980 verkaufte er die Mehrheitsanteile des Zigaretten-Imperiums, das er als Kind von seinem Vater geerbt hatte. Damit war der radikale Bruch mit der Familientradition vollzogen. ...<<

01.12.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. Dezember 1999: >>... Kolmer (Sprecher der tschechischen Regierungsdelegation) verweist ganz nüchtern auf die "besondere Rolle Deutschlands in Europa" und verlangt für seine Generation zumindest einen kleinen Ausgleich. "Haß ist ein Luxus, den wir uns nicht leisten können."
Das jüngste deutsche Angebot von 8 Milliarden Mark - 5 Milliarden will die Wirtschaft zahlen, 3 Milliarden der Staat - könne nicht das letzte Wort sein, meint Kolmer. Die Bundesrepublik habe sich vorbildlich engagiert. Als erste deutsche Regierung nach dem Krieg überhaupt habe sie die Entschädigung zum Thema gemacht und verlange nun einiges vom Steuerzahler. ... Vom "anderen, dem neuen Deutschland" müsse ein Signal ausgehen.
Außerdem könnten es sich die deutschen Firmen schlichtweg nicht leisten, wegen ihrer Knauserigkeit bei den Entschädigungszahlungen mit Boykottaufrufen in den USA bestraft zu werden. ...
Unter 10 Milliarden Mark werde es keine Einigung mit den Opfervertretern geben, sagt Kol-

mer. ...<<

07.12.1999

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Dezember 1999: >>**54.000 Konten von Nazi-Opfern gefunden**

Bei Schweizer Banken sind rund 54.000 Konten möglicher Holocaust-Opfer gefunden worden. ... Der Wert bewegt sich etwa in der Größenordnung des Vergleichs über knapp 1,3 Milliarden US-Dollar, den die 2 Schweizer Großbanken, der Jüdische Weltkongreß und Sammelkläger in den USA abgeschlossen hatten. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den Zwangsvergleich der Schweizer Großbanken (x169/-104-116): >>... Der Jüdische Weltkongreß spielte seine immerwährende Trumpfkarte aus und grämte sich wegen des Elends "bedürftiger Holocaust-Überlebender".

"Mein Problem ist die Zeit, die abläuft", erklärte Bronfman gegenüber dem Bankenausschuß, "und ich habe all diese Holocaust-Überlebenden, die mir Sorgen machen."

Man fragt sich, weshalb der gramerfüllte Milliardär ihre Not nicht vorübergehend selbst lindern konnte. Als er einen schweizerischen Einigungsvorschlag über 250 Millionen zurückwies, schniefte Bronfman: "Keine Gefälligkeiten. Ich werde das Geld selbst geben."

Er tat es nicht. Die Schweiz willigte jedoch im Februar 1997 ein, einen "Sonderfonds für bedürftige Holocaust-Opfer" von 200 Millionen Dollar einzurichten, um "Personen, die Hilfe in besonderer Weise brauchen", eine Überbrückung zu bieten, bis die Kommissionen ihre Arbeit vollendet hätten. (Der Fonds verfügte immer noch über Geld, als die Kommissionen von Bergier und Volcker ihre Berichte vorlegten.)

Doch das Drängen der Holocaust-Industrie auf eine abschließende Regelung ließ nicht nach, sondern wurde eher noch stärker. Als die Schweiz erneut darum ersuchte, mit der Regelung zu warten, bis die Ergebnisse der Kommissionen vorlägen, ... traf sie damit weiterhin auf taube Ohren. ...

Ein weiteres Mantra (magische Formel) der Holocaust-Industrie lautet, daß es bei der Entschädigung "um Wahrheit und Gerechtigkeit geht, nicht um Geld".

"Es geht nicht um Geld", witzelten die Schweizer nun. "Es geht um mehr Geld."

Die Holocaust-Industrie heizte nicht nur die öffentliche Hysterie an, sondern koordinierte auch eine zweigleisige Strategie, um die Schweizer mit unablässigem Druck zur Unterwerfung zu zwingen: durch Sammelklagen und wirtschaftlichen Boykott.

Anfang Oktober 1996 brachten Edward Fagan und Robert Swift im Namen von Gizella Weisshaus (ihr Vater hatte vor seinem Tod in Auschwitz davon gesprochen, daß er Geld in der Schweiz angelegt habe, doch die Banken hatten ihre Anfragen nach dem Krieg abgewiesen) und "anderen in ähnlicher Lage" die erste Sammelklage über insgesamt 20 Milliarden Dollar ein. Ein paar Wochen darauf erhob das Simon-Wiesenthal-Zentrum, das dafür die Anwälte Michael Hausfeld und Melvyn Weiss bestellte, eine zweite Sammelklage, und im Januar 1997 leitete der World Council of Orthodox Jewish Communities eine dritte in die Wege. Alle drei Klagen gingen bei Richter Edward Korman ein, einem Richter am US-Bezirksgericht in Brooklyn. ...

Die wichtigste Waffe, die man einsetzte, um den Widerstand der Schweizer zu brechen, war jedoch der wirtschaftliche Boykott. "Nun wird die Schlacht viel schmutziger", warnte im Januar 1997 Avraham Burg, Vorsitzender der Jewish Agency und Israels vorderster Kämpfer im Fall der Schweizer Banken. "Bis jetzt haben wir internationalen jüdischen Druck zurückgehalten."

Bereits im Januar 1996 hatte der WJC damit begonnen, den Boykott zu planen. ...

Im Februar 1996 schrieben Hevesi und McCall an die Schweizer Banken und drohten ihnen Sanktionen an. Im Oktober sagte Gouverneur Pataki öffentlich seine Unterstützung zu. Wäh-

rend der folgenden Monate brachten die örtlichen und staatlichen Regierungen in New York, New Jersey, Rhode Island und Illinois jeweils Entschließungen ein, in denen sie mit einem wirtschaftlichen Boykott drohten, bis die Schweizer Banken einknickten.
Im Mai 1997 verhängte die Stadt Los Angeles die ersten Sanktionen und zog mehrere hundert Millionen Dollar von Pensionsfonds aus einer Schweizer Bank ab. Mit Sanktionen New Yorks folgte Hevesi rasch nach. Innerhalb weniger Tage schlossen sich Kalifornien, Massachusetts und Illinois an.
"Ich will 3 Milliarden Dollar oder darüber", verkündete Bronfman im Dezember 1997, "um das alles zu beenden, die Sammelklagen, das Volcker-Verfahren und das übrige."
Indessen versuchten D'Amato und offizielle Vertreter der New Yorker Banken, die kurz zuvor gegründete Schweizerische Bankenvereinigung (ein Zusammenschluß der großen Schweizer Banken) daran zu hindern, in den USA tätig zu werden.
"Wenn die Schweizer sich weiterhin stur stellen, werde ich alle Anteilseigner der USA auffordern müssen, ihre Geschäfte mit den Schweizern auszusetzen", warnte Bronfman im März 1998. "Wir kommen an einen Punkt, wo sich das entweder von selbst erledigt, oder wir haben einen totalen Krieg."
Im April fingen die Schweizer an, dem Druck nachzugeben, widersetzten sich aber immer noch einer schmählichen Unterwerfung. (Im Verlauf des Jahres 1997 gaben die Schweizer angeblich 500 Millionen Dollar aus, um die Angriffe der Holocaust-Industrie abzuwehren.) "Die ganze schweizerische Gesellschaft ist mit einem bösartigen Krebsgeschwür durchsetzt", lamentierte Melvyn Weiss, einer der Anwälte der Sammelklage. "Wir haben ihnen eine Chance gegeben, es mit einer starken Strahlendosis zu sehr niedrigen Kosten loszuwerden, doch sie haben das zurückgewiesen."
Im Juni legten die Schweizer Banken ein "letztes Angebot" über 600 Millionen Dollar vor. Der Chef der ADL, Abraham Foxman, zeigte sich von der Arroganz der Schweizer schockiert und konnte seinen Zorn kaum zügeln: "Dieses Angebot ist eine Beleidigung für das Andenken der Opfer, für deren überlebende Angehörige und für jene aus der jüdischen Gemeinschaft, die den Schweizern in bester Absicht die Hand reichten, um gemeinsam diese höchst schwierige Angelegenheit zu lösen."
Im Juli 1998 drohten Hevesi und McCall weitere harte Sanktionen an. New Jersey, Pennsylvania, Connecticut, Florida, Michigan und Kalifornien schlossen sich ihnen innerhalb weniger Tage an. Mitte August kapitulierten die Schweizer schließlich. In einem von Richter Korman herbeigeführten Vergleich zu den Sammelklagen willigten die Schweizer ein, 1,25 Milliarden Dollar zu zahlen. ...
"In diesem Heldenepos sind Sie ein echter Vorkämpfer gewesen", gratulierte Israels Premierminister Benjamin Netanjahu D'Amato. "Es handelt sich hier nicht nur materiell gesehen um einen Erfolg, sondern auch um einen moralischen Sieg und einen Triumph der Idee."
Der 1,25 Milliarden Dollar schwere Vergleich mit der Schweiz betraf im Grunde drei Gruppen - Anspruchsberechtigte für nachrichtenlose Schweizer Konten, Flüchtlinge, denen die Schweiz kein Asyl gewährt hatte, und Opfer von Zwangsarbeit, von der Schweizer profitiert hatten.
Gemessen an all der Entrüstung über die "perfiden Schweizer" ist das vergleichbare Sündenregister Amerikas in all diesen Belangen ebenso schlimm, wenn nicht schlimmer. ... Wie die Schweiz verweigerten auch die USA jüdischen Flüchtlingen, die den Nazis zu entkommen suchten, während des Zweiten Weltkriegs die Einreise. Doch die amerikanische Regierung sah sich nicht in der Lage, etwa die jüdischen Flüchtlinge, die an Bord des Unglücksschiffes St. Louis gewesen waren, zu entschädigen.
Und man stelle sich die Reaktion vor, wenn die mehreren tausend Flüchtlinge aus Mittelamerika und Haiti, denen man nach der Flucht vor den von Amerika geförderten Todesschwadro-

nen Asyl verweigert hatte, hier um eine Entschädigung nachsuchen würden.
Obwohl die Schweiz hinsichtlich Größe und Ressourcen von den USA weit in den Schatten gestellt wird, hat sie während der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ebenso viele jüdische Flüchtlinge (annähernd 20.000) aufgenommen wie die Vereinigten Staaten.
Die einzige Möglichkeit, für die Sünden der Vergangenheit Buße zu tun, so predigten amerikanische Politiker der Schweiz, bestehe darin, materielle Wiedergutmachung zu leisten.
Stuart Eizenstat, Clintons Sonderbeauftragter für die Rückgabe von Eigentum, erachtete die Schweizer Entschädigungszahlungen an die Juden "als einen wichtigen Lackmustest für die Bereitschaft dieser Generation, die Verfehlungen der Vergangenheit zu korrigieren".
Auch wenn man sie nicht "für Dinge verantwortlich" machen könne, "die vor vielen Jahren geschehen sind", bekannte D'Amato während der gleichen Anhörung vor dem Senat, so hätten die Schweizer noch immer "die Pflicht, Rechenschaft abzulegen und das zu tun, was zu diesem Zeitpunkt richtig ist."
Präsident Clinton, der die Entschädigungsforderungen des WJC öffentlich unterstützte, überlegte gleichermaßen, daß "wir uns der schrecklichen Ungerechtigkeit der Vergangenheit stellen und sie nach besten Kräften korrigieren müssen".
"Die Geschichte kennt keine Verjährungsfrist", erklärte der Vorsitzende James Leach ... Und in einer Botschaft an das Parlament der Schweiz erklärte Außenministerin Madeleine Albright, daß die wirtschaftlichen Vorteile, die der Schweiz durch die Einbehaltung jüdischer Konten zugewachsen seien, "an die nachfolgenden Generationen weitergereicht wurden, und deshalb schaut die Welt nun auf das Volk der Schweiz ...
Durchaus edle Gefühle, doch wenn es um afrikanisch-amerikanische Entschädigungen für die Sklaverei geht, ist davon weit und breit nichts zu hören ...
Es bleibt unklar, wie die "bedürftigen Holocaust-Überlebenden" bei dem abschließenden Vergleich abschneiden werden. Gizella Weisshaus, die erste, die den Anspruch auf ein nachrichtenloses Konto in der Schweiz einklagte, hat ihren Anwalt, Edward Fagan, mit dem bitteren Vorwurf von seinen Pflichten entbunden, er würde sie benutzen. Zudem betrug die Rechnung Fagans an das Gericht 4 Millionen Dollar Anwaltsgebühren. Die Forderungen an Anwaltsgebühren insgesamt belaufen sich auf 15 Millionen Dollar, wobei viele 600 Dollar pro Stunde berechnen.
"Jüdische Gruppen und Überlebende", berichtete die New Yorker Jewish Week, "kämpfen ohne Bandagen um einen Anteil an den 1,25 Milliarden Dollar aus dem Holocaust-Vergleich mit den Schweizer Banken."
Kläger und Überlebende bestehen darauf, daß das gesamte Geld direkt an sie gehen sollte. Jüdische Organisationen verlangen jedoch ein Stück des Kuchens für sich. Greta Beer, vor dem Kongreß eine Hauptzeugin gegen die Schweizer Banken, prangerte die Anmaßung der jüdischen Organisationen an und beschwor Richter Kormans Gericht mit den Worten: "Ich möchte nicht wie ein kleines Insekt unter den Füßen zerquetscht werden."
Ungeachtet seines beflissenen Eintretens für "bedürftige Überlebende des Holocaust" will der WJC fast die Hälfte des Geldes aus der Schweiz für jüdische Organisationen und "Holocaust-Fortbildung" reservieren. Falls jüdische Organisationen, die dessen "würdig" sind, Gelder erhalten, besteht das Simon-Wiesenthal-Zentrum darauf, daß "ein Teil an jüdische Bildungszentren gehen sollte".
Während sie nach einem größeren Anteil der Beute "angeln", behaupten sowohl Organisationen der Reformer wie der Orthodoxen, die 6 Millionen Toten würden jeweils ihren Zweig des Judentums als finanziellen Nutznießer bevorzugt haben.
Nun zwang ja die Holocaust-Industrie die Schweiz zu einem Vergleich, weil Zeit angeblich der entscheidende Faktor war - "jeden Tag sterben bedürftige Holocaust-Überlebende". Sobald die Schweizer jedoch die Einigung unterzeichnet hatten, war wie durch ein Wunder alles

nicht mehr so dringend. Mehr als ein Jahr nach dem Vergleich gab es noch immer keinen Verteilungsplan. Wenn schließlich festgelegt sein wird, wie das Geld aufzuteilen ist, sind wahrscheinlich all die "bedürftigen Holocaust-Überlebenden" tot. ...
"Möglicherweise ist keinerlei Einigung zu vertreten", schrieb Burt Neuborne, Juraprofessor an der New York University in der New York Times, "wenn sie es den Schweizer Banken ermöglicht, den Holocaust wie ein gewinnträchtiges Unternehmen zu nutzen."
Vor dem Bankenausschuß des Repräsentantenhauses sagte Edgar Bronfman in bewegenden Worten aus, daß den Schweizern "nicht erlaubt werden sollte, aus der Asche des Holocaust Gewinn zu ziehen". Andererseits räumte Bronfman kürzlich ein, daß der Schatzmeister des WJC nicht weniger als "grob geschätzt 7 Milliarden Dollar" Entschädigungsgelder angehäuft habe.
Die unabhängige Expertenkommission ("Bergier-Kommission") veröffentlichte ihren Bericht "Die Schweiz und Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg" im Juli 1998. Darin wurde bestätigt, daß die Schweizer Banken Gold im heutigen Wert von 4 Milliarden Dollar aus Nazi-Deutschland bezogen hatten, wobei ihnen bekannt war, daß dafür die Zentralbanken im besetzten Europa geplündert worden waren.
Während der Anhörungen auf dem Capitol Hill zeigten sich Kongreßabgeordnete schockiert, daß die Schweizer Banken mit erbeutetem Besitz gehandelt hatten und, was fast noch schlimmer war, diese ungeheuerlichen Praktiken noch immer zuließen.
Ein Abgeordneter prangerte an, daß korrupte Politiker ihre unrechtmäßig erworbenen Gewinne in Schweizer Banken deponierten, und forderte die Schweiz auf, endlich Gesetze gegen "diese geheimen Geldbewegungen ... von bekannten Politikern oder Staatsführern, von Leuten, die ihre Staatsfinanzen plündern," zu erlassen.
Ein anderer Abgeordneter klagte über die "Zahl der hochgradig korrupten Regierungsbeamten und Geschäftsleute in aller Welt, die in der Schweiz einen Zufluchtsort für ihren erheblichen Reichtum gefunden haben," ein dritter fragte sich laut, ob "das schweizerische Bankensystem den Ganoven dieser Generation und den Ländern, die von ihnen vertreten werden, in ... ähnlicher Weise entgegenkommt, wie es dem Naziregime vor 55 Jahren eine Zuflucht geboten hat?"
Dieses Problem verdient wahrhaftig Beachtung. Jährlich werden etwa 100-200 Milliarden Dollar, die aus politischer Korruption stammen, weltweit über Grenzen verschoben und in Privatbanken deponiert. Die Vorwürfe des Kongreß-Bankenausschusses hätten jedoch mehr Gewicht gehabt, wenn nicht gut die Hälfte dieses "illegalen Fluchtkapitals" mit uneingeschränkter Billigung der Gesetze der USA in amerikanischen Banken deponiert würde.
Zu den Nutznießern dieser legalen "Zuflucht" in den USA gehört seit kurzem auch Raul Salinas de Gortari, der Bruder des früheren mexikanischen Präsidenten, und die Familie des ehemaligen nigerianischen Diktators Generals Sani Abacha.
"Das Beutegold des Adolf Hitler und seiner Schergen", meint Jean Ziegler, ein Schweizer Parlamentarier und scharfer Kritiker der Schweizer Banken, "ist nicht wesensverschieden vom Blutgeld" der Diktatoren aus der Dritten Welt, das nun auf privaten Schweizer Konten lagert. "Millionen von Frauen, Männern und Kindern sind durch Hitlers Räuber in den Tod getrieben worden", und in der Dritten Welt "(sterben) alljährlich Hunderttausende von Kindern an ... Seuchen und Unternährung", weil Diktatoren mit Hilfe von Schweizer Finanzhaien ihre Länder ausplündern". Und mit Hilfe der amerikanischen Finanzhaie ebenso.
Dabei lasse ich den sogar noch wichtigeren Aspekt einmal beiseite, daß viele dieser Diktatoren mit der Macht der USA eingesetzt und durch sie unterstützt werden und ihre Länder mit Billigung der Vereinigten Staaten ausplündern. ...<<

09.12.1999

Japan: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Dezember 1999: >>... An-

wälte in den USA haben nun auch Unternehmen in Japan auf Entschädigungszahlungen für ehemalige Zwangsarbeiter verklagt. ...
Die Klage wurden für ehemalige Kriegsgefangene und Bürger ... aus Großbritannien, China und Australien eingereicht. ...
Die Regierung von Ministerpräsident Keizo Obuchi teilte mit, daß nach ihrer Einschätzung die Ansprüche der Opfer bereits vor 48 Jahren durch das Friedensabkommen von San Francisco geregelt wurden. ...<<

11.12.1999

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. Dezember 1999: >>**Schweiz spielte den Nazis in die Hände**

Die Schweiz hat nach Darstellung einer internationalen Historiker-Kommission im Zweiten Weltkrieg vor allem jüdische Flüchtlinge der Ermordung durch die Nazis preisgegeben. ...
Der Bericht für das Parlament in Bern fällt ein vernichtendes Urteil: "Die Schweiz verweigerte Menschen in höchster Lebensgefahr die Hilfe. Eine am Gebot der Menschlichkeit orientierte Politik hätte viele tausend Flüchtlinge vor der Ermordung durch die Nationalsozialisten und ihrer Gehilfen bewahrt", heiß es in der am Freitag in Bern vorgestellten Untersuchung.
Das internationale Expertengremium unter dem Vorsitz des Schweizers Jean-Francois Bergier streicht in seinem 360-seitigen Bericht zwei Entscheide als besonders verhängnisvoll heraus: Die Einführung des sogenannten Judenstempels im Jahre 1938 und die Schließung der Grenzen im August 1942.
"Ohne die Einführung des Judenstempels wäre es vielen möglich gewesen, über die Schweiz oder andere Staaten der Verfolgung zu entkommen." Mit der Verwendung des Judenstempels habe die Schweiz rassistische Kriterien Deutschlands übernommen.
Auch die Grenzschließung wird scharf kritisiert. "Indem die Schweizer Behörden zusätzliche Hindernisse schufen, trugen sie dazu bei, daß das NS-Regime seine Ziele erreichen konnte."
Die Ablehnung der Flüchtlinge sei durch eine antisemitische Grundhaltung motiviert gewesen, sagte Bergier.
Die Schweizer Regierung erklärte, die Fehler der damaligen Flüchtlingspolitik seien durch nichts wieder gut zu machen.<<

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. Dezember 1999: >>**Geklagt wird, wo was zu holen ist**

Die Anwälte der Zwangsarbeiter – raffgierige Experten der "Sammelklagenindustrie"?
8 Milliarden Mark wollen die deutsche Industrie und die Bundesregierung zur Entschädigung ehemaliger Zwangs- und Sklavenarbeiter der Nazi-Zeit bereitstellen. Als "schäbiges Almosen" haben amerikanische Anwälte das deutsche Angebot zurückgewiesen. Wer sind diese Anwälte, für wen sprechen sie, was treibt sie um?
Die bekanntesten heißen Michael Hausfeld, Melvyn Weiss und Ed Fagan. Sie sind nicht gut aufeinander zu sprechen. Sie sind Konkurrenten. Jeder macht für sich geltend, als erster den Holocaust und andere Nazi-Verbrechen als Rechtfertigung von Sammelklagen vor US-amerikanischen Gerichten entdeckt zu haben. Das kam der Entdeckung einer Goldader gleich, schrieb der Journalist David Rohde in der "New York Times". Inzwischen haben Hausfeld, Weiss und Fagan eine zügig wachsende Zahl von Nachahmern gefunden.
Sammelklagen zu erheben, im Namen einer zunächst unbekannten Anzahl potentiell Geschädigter, gegen Unternehmen, die gut verdienen und auf ihr Image bedacht sein müssen, ist der mit Abstand profitabelste Zweig des profitablen amerikanischen Rechtswesens. Geklagt wird, wo etwas zu holen ist. Vorgestern bei Asbest, gestern bei Tabakkonzernen und schweizerischen Banken, heute bei der Waffenindustrie und deutschen Unternehmen mit dunkler Vergangenheit.....
Sammelklagen ... können eine Form legalisierter Erpressung sein. Das Magazin "Fortune"

schrieb: "Die Anwälte der Kläger sind nicht an Beweisen interessiert, sondern nur an Zahlen." Walter Olson vom "Manhattan Institut" spricht von der Existenz einer "Sammelklagenindustrie".
Deren Existenz hat dazu beigetragen, daß die Berufsgruppe der Anwälte in den USA Umfragen zufolge einen noch schlechteren Ruf hat als die der Journalisten. Noch negativer bewertet werden nur Versicherungsagenten und Autoverkäufer. ...
Die Opfer spielen in den Sammelklagen zumeist eine untergeordnete Rolle und werden selten reich. Sie werden aber gebraucht, um in Pressekonferenzen oder, sollte es zum Verfahren kommen, vor einer leicht zu beeindruckenden Laienjury ihr hartes Schicksal möglichst eindrucksvoll zu schildern. Zur Vorbereitung heuern geschickte Anwälte erfahrene PR-Berater und Schauspieler an.
... Die Anwälte arbeiten auf der Basis einer Gewinnbeteiligung. Üblich sind rund 20 bis 40 %.
...
In den USA kommt es nur in etwa jeder 50. Schadensersatzklage zum Prozeß. Viele Klagen werden abgewiesen. Der Ermessensspielraum von Richtern ist groß. Rund 80 Prozent aller Klagen enden in einer außergerichtlichen Einigung. Prozesse sind langwierig und bringen Schlagzeilen, die sich viele Unternehmen glauben nicht leisten zu können.
Im Sommer 1998 brachten Fagan, Weiss und Hausfeld fast gleichzeitig Klagen im Namen von ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern gegen deutsche Unternehmen ein, vor verschiedenen US-Gerichten.
Fagan reklamierte für sich, der Erste gewesen zu sein: "Wir haben Nachahmer. Nachahmer zu finden, ist die höchste Form der Schmeichelei." Fagan suchte sich seine Mandanten, indem er Anzeigen in polnischen Zeitungen aufgab.
Anwälte finanzierten auch jene großformatigen Anzeigen, die im Namen renommierter jüdisch-amerikanischer Organisationen pünktlich zum Zeitpunkt der vorletzten Verhandlungsrunde in der "New York Times" erschienen. Sie prangerten BASF, Bayer, BMW, VW und andere an, an der Ausbeutung von Zwangsarbeitern "Billionen" verdient zu haben und ihre Opfer jetzt, und nur unter dem Druck der Klagen, "mit Pennys" abspeisen zu wollen. In der deutschen Öffentlichkeit wurden diese Anzeigen stark beachtet. Fagan und Co. beherrschten die Klaviatur der Public Relations.
... Konkurrenten behaupten, Fagan habe seine Mandanten Verträge unterschreiben lassen, denen zufolge ihm 25 Prozent der ausgehandelten Entschädigungssumme zustünden.
Weiss und Hausfeld haben gegenüber Journalisten mehrfach behauptet, in diesem Fall auf Honorare zu verzichten. Bei anderen Gelegenheiten sprachen sie von "zwei bis drei" oder fünf Prozent. Zwei Prozent von den angebotenen acht Milliarden Mark wären 160 Millionen Mark.
Fagan rät, Anwälten nicht zu glauben, die behaupten, umsonst tätig zu werden. Er kenne seine Kollegen.<<

14.12.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Dezember 1999: >>**"Eingliederung wird schmerzhaft"**
Innenminister Bartling ruft Aussiedler im Lager Friedland zum Deutschlernen auf
... Bestes Rezept für eine erfolgreiche Integration sei das Erlernen der deutschen Sprache.
Während 1990 fast 400.000 Spätaussiedler in Deutschland eintrafen, seien es in diesem Jahr erstmals weniger als 100.000 Deutschstämmige, teilte Bartling mit. ...<<

16.12.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Dezember 1999: >>**Schröder und Clinton einig über Entschädigung**
... Bundeskanzler Gerhard Schröder und US-Präsident Bill Clinton haben sich im Streit um die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern auf eine Lösung verständigt. ... Schröder sagte in

Berlin, er habe mit Clinton unter anderem die Größenordnung des Entschädigungsfonds geklärt. ...
Clinton lobte Schröders Einsatz und dankte den deutschen Unternehmen. Clinton sagte im Weißen Haus:
"Dies war für die deutsche Regierung kein leichter Schritt, aber er bekräftigt, daß sie sich der menschlichen Würde verpflichtet sieht." ...
Clinton sagte zu, alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit deutsche Unternehmen in den USA Rechtssicherheit hätten.
Die Verständigung auf nun 10 Milliarden Mark soll ... am Freitag in Berlin verkündet werden. Die Bundesregierung will ihren zugesagten Beitrag von 3 Milliarden Mark erhöhen - im Gespräch sind weitere 2 Milliarden Mark. Die deutsche Wirtschaft beteiligt sich mit 5 Milliarden Mark. ...
Bayerns Staatskanzleichef Erwin Huber (CSU) wies die Forderung nach einer Beteiligung der Länder zurück: "Es gibt keine rechtliche, keine politische und keine moralische Verpflichtung der Länder und Kommunen, sich an dieser Finanzierung einer eindeutigen Bundesaufgabe zu beteiligen. ...<<

17.12.1999

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Dezember 1999: >>**Niemand spricht mehr von "Pennies" und "Almosen"**
Das Ende der Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter unter dem Nazi-Regime wird in Washington erleichtert aufgenommen
... Eizenstat hatte sich wochenlang beharrlich geweigert, eine verbindliche Forderung der amerikanischen Seite auf den Verhandlungstisch zu legen.
Lambsdorff und die deutsche Industrie hatten insgesamt zunächst zwei Milliarden angeboten, dann sechs, schließlich 8 Milliarden. Eizenstat nahm alle diese Vorschläge nahezu kommentarlos zur Kenntnis und überließ es den Rechtsanwälten, die im Namen zumeist osteuropäischer Mandanten auftraten, sich vor den Fernsehkameras zu empören.
Die Anwälte sprachen spöttisch von "Pennies" und "Almosen" und drohten mit neuen Schadenersatzklagen gegen deutsche Unternehmen vor amerikanischen Gerichten. Zwei einflußreiche Mitglieder des US-Senats brachten prompt einen Gesetzentwurf ein, der solchen Klagen den Weg ebnen sollte.
... Die israelische Regierung sprach von einer Verzögerungstaktik der Anwälte und deren Erwartung, einen beachtlichen Anteil des Fondsvermögens persönlich einzustreichen.
Den entscheidenden Anstoß für die Einigung brachte ein Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und US-Präsident Bill Clinton. Beide Politiker sorgten sich, daß ein Scheitern der Verhandlungen die amerikanisch-deutschen Beziehungen belasten könnte. Clinton wies Eizenstat an, zum Ende zu kommen. Der Unterhändler brachte in zahllosen Telefonaten alle Beteiligten auf der Seite der Opfer dazu, eine Summe von 10 Milliarden Mark im Kern zu akzeptieren. ...
Clinton sprach von einem "außerordentlichen Erfolg, der den Opfern des schrecklichsten Verbrechens dieses Jahrhunderts ein Maß an zusätzlicher materieller und moralischer Gerechtigkeit bringen wird".
Der Präsident vergaß auch nicht zu erwähnen, daß die Bundesrepublik bereits mehr als 60 Milliarden Dollar zur Entschädigung von Naziopfern aufgebracht habe. Das war in den USA zu Beginn der Verhandlungen oft übersehen worden. Eizenstat wiederum wies darauf hin, daß die Mehrzahl der zu Entschädigenden in Osteuropa leben und keine Juden sind.
Im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf kann Vizepräsident Al Gore nun vor Amerikanern polnischer Abstammung darauf hinweisen, daß die amtierende Regierung dafür gesorgt habe, daß polnische Opfer des Naziregimes eine persönliche Entschädigung erhalten. ... Die

Übereinkunft sei "das Beste, was in der verbleibenden Zeit herauszuholen war".<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über diese Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter (x169/I-II): >>... Obwohl die Amerikaner nur allzu bereit sind, die nationale Selbstabrechnung Deutschlands zu überwachen, sind sie weder gewillt noch imstande, selbst eine vergleichbare Verantwortung zu entwickeln.
In ihrer Rede zum Abschluß der Verhandlungen mit Deutschland über die Zwangsarbeiter erklärte Madeleine Albright, es liege "im außenpolitischen Interesse der Vereinigten Staaten, Schritte hinsichtlich der Folgen der Nazizeit zu unternehmen, die Welt über dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte zu unterrichten, die Lektionen daraus zu lernen und sich darum zu bemühen, daß so etwas nie wieder geschieht."
Nun läge es in der Tat auch "im außenpolitischen Interesse" des größten Teils der Menschheit, daß die Vereinigten Staaten die "dunklen Kapitel" ihrer Vergangenheit untersuchten. Während die Deutschen sich täglich mit ihren historischen Verbrechen auseinandersetzen, müssen die Amerikaner den Großteil ihrer eigenen überhaupt erst noch zur Kenntnis nehmen. In der Debatte des amerikanischen Mainstream über Vietnam lautet die einzige Frage, wann die Vietnamesen wohl anerkennen, was sie uns angetan haben. ...<<

18.12.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Dezember 1999: >>**Entschädigung ist besiegelt - Rau bittet Opfer um Vergebung**
... Bundespräsident Johannes Rau bat die Opfer um Vergebung: "Ihre Leiden werden wir nicht vergessen." ...
Vor mehr als 100 Verhandlungsteilnehmern gab Bundeskanzler Gerhard Schröder erstmals offiziell die deutsche Entschädigungssumme von 10 Milliarden Mark bekannt, die jeweils zur Hälfte vom Staat und von der Wirtschaft aufgebracht werden soll. Den hochbetagten NS-Opfern werde ermöglicht, am Ende ihres Lebens Genugtuung zu erfahren, sagte Schröder. Er bezeichnete die Entschädigung als "kleinen Beitrag" zur Milderung des Leides von einst. ...
Der amerikanische Unterhändler Stuart Eizenstat versicherte im Gegenzug zur Entschädigungsverpflichtung werde seine Regierung dafür sorgen, daß alle in den USA anhängigen Gerichtsverfahren gegen deutsche Firmen eingestellt würden.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/2000) berichtet später über das "Thema der deutschen Reparationen" für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Elegant verschleiert**
Für den Zweiten Weltkrieg hat Deutschland nicht genug bezahlt - so sieht es die US-Regierung.
Weltgrößte Bank, Anspruch auf den Chefposten des Weltwährungsfonds, Vormarsch in den Uno-Sicherheitsrat - da war ein Warnschuß fällig wider deutschen Übermut. Stuart Eizenstat, der US-Verhandler über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, fügte den deutsch-amerikanischen Wirrungen der letzten Wochen eine hoch-brisante Frage hinzu: Wie steht es eigentlich um die deutschen Reparationen für den Zweiten Weltkrieg?
Otto Graf Lambsdorff, der deutsche Beauftragte, bemerkte in der Drohgebärde seines amerikanischen Verhandlungspartners höflich einen "weitgehenden Dissens", Regierungskreise sprachen von einer "bösen Überraschung".
Seit drei Monaten verhandeln Eizenstat und Lambsdorff über die Aufteilung von zehn Milliarden Mark. Nun mußte eine Einigung für die NS-Opfer - jeden Monat stirbt ein Prozent von ihnen - wieder verschoben werden. Die deutschen Unternehmen wollen im Vertrag den Schlußstrich haben, den sie "Rechtssicherheit" nennen, die "legal closure" nach US-Recht: Keine weitere Klage wegen Ansprüchen aus Nazi-Zeit und Krieg sollte mehr möglich sein.
Doch vorige Woche legte Vizefinanzminister Eizenstat ein Neun-Punkte-Memorandum vor:

Nur Zwangsarbeit, medizinische Experimente und "Arisierung" von Vermögen dürften fortan als abgegolten gelten. Das "Thema der Reparationen", so hieß es im ersten Punkt, bleibe vom Vertrag unberührt. Von Rechtssicherheit war keine Rede und ein neues Faß mit Milliarden-Forderungen hatten die Amerikaner damit auch noch aufgemacht.
Bis dahin hatten sich die Deutschen beruhigt, dieses Thema sei endgültig erledigt. In Potsdam hatten die Sieger 1945 zwar größtmögliche Buße der Deutschen für die Verluste und Leiden anderer Nationen beschlossen, sich über den Umfang aber nicht einigen können. Die Sowjets holten sich, was sie brauchten, aus ihrer Besatzungszone im Wert von 70 Milliarden Mark und beteiligten daran auch Polen. Beide Staaten erklärten sich 1953 für befriedigt.
Auch die Westmächte demontierten emsig in der westdeutschen Industrie, fällten ganze Wälder und kassierten deutsches Auslandsvermögen. Im Londoner Schuldenabkommen aber wurden 1953 alle Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden geregelt.
Die Alliierten hatten gelernt, daß die deutsche Reparationslast von 132 Milliarden Goldmark aus dem Versailler Friedensvertrag nach Weltkrieg I die erste deutsche Republik ruiniert und auch die Empfängerstaaten in die Weltwirtschaftskrise getrieben hatte. Die Bundesregierung zahlt ohnehin noch immer an Reparationsschulden von 1919 fast zehn Millionen Mark im Jahr ab - bis 2020.
Laut Artikel 5 des Londoner Abkommens wurde die Reparationsfrage zurückgestellt, nämlich bis zum - unwahrscheinlichen - Fall eines Friedensvertrags mit einem vereinten Deutschland.
Als die Wiedervereinigung kam, achtete Bonn streng darauf, den Zwei-plus-Vier-Vertrag der vier Mächte mit den zwei Deutschländern, die "abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" (Vertragstitel) von 1990, ja nicht als Friedensvertrag zu definieren: Darin steht kein Wort über Reparationen. Sonst hätten Vorleistungen aufgerechnet werden müssen: Wie viel sind Deutschlands Ostprovinzen wert?
Ein Eingehen auf Reparationen, klagte im Jahr 1990 Kanzler Helmut Kohl seinem US-Kollegen George Bush, bringe ihn "in eine innenpolitisch katastrophale Lage. Die Menschen in der Bundesrepublik würden solche Forderungen nicht mehr akzeptieren". Gemeinsam schmetterten Deutsche und Amerikaner polnische Wünsche ab.
Doch im laufenden US-Wahlkampf sorgt sich der republikanische Verteidigungsminister William Cohen auch noch, die gut organisierten und einflußreichen Kriegsveteranen könnten fragen, warum Kriegsgefangene nicht entschädigt werden sollen, wenn ehemalige Zwangsarbeiter ihre Ansprüche durchsetzen können.
Dann könnten auch hunderttausende noch lebende sowjetische Kriegsgefangene denselben Anspruch erheben, was allerdings dem Völkerrecht zuwiderläuft: Nirgendwo gibt es für gefangene Soldaten eine Entschädigung.
Lambsdorff zeigte sich vorigen Donnerstag verstört, daß nach einem halben Jahrhundert ein wichtiger Verbündeter das Problem wieder anschneide - sonst mache das nur Griechenland, das über 50 Milliarden Mark von Deutschland haben möchte.
Er erreichte bei Eizenstat immerhin eine Neuformulierung von dessen erstem Punkt: Reparation von Immobilien und Sachvermögen sei kein Thema mehr. Im Gegenzug muß die Bundesregierung aber akzeptieren, daß im geplanten Gesetz über die "Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" zur Entschädigung der Zwangsarbeiter auch Vermögensansprüche nicht rassisch Verfolgter berücksichtigt werden.
Das würde schätzungsweise nur 50 Millionen bis 100 Millionen Mark kosten, wäre aber ein Fall von Reparationen. Nun suchen die Verhandler nach einer Formulierung im Stiftungsgesetz, die das elegant verschleiern soll.
Offen bleiben Ansprüche von Kriegsgefangenen und auch Schmerzensgeld, wie es ein griechisches Gericht den Hinterbliebenen der 228 Opfer eines SS-Massakers zusprach: 60 Millionen Mark. Dabei überwies schon Kanzler Konrad Adenauer 1960 für "Personenschäden durch

NS-Verfolgung" 115 Millionen Mark nach Athen.<<

27.12.1999

Belgien: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (52/1999) berichtet am 27. Dezember 1999 über den luxemburgischen Politiker Jean-Claude Juncker (seit 2014 Präsident der Europäischen Kommission): >> **Die Brüsseler Republik**

Im 21. Jahrhundert wächst der europäische Bundesstaat heran. Er wird ein Multikulti-Staatsvolk von wenigstens 440 Millionen Menschen umfassen.

Jean-Claude Juncker ist ein pfiffiger Kopf. "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert", verrät der Premier des kleinen Luxemburg über die Tricks, zu denen er die Staats- und Regierungschefs der EU in der Europapolitik ermuntert. "Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

So wurde bei der Einführung des Euro verfahren, als tatsächlich kaum jemand die Tragweite der ersten Beschlüsse 1991 zur Wirtschafts- und Währungsunion wahrnehmen mochte. …<<

1999

BRD: Der französische Historiker Stéphane Courtois erklärt im Jahre 1999 während einer Rede vor der "Alfred-Herrhausen-Gesellschaft für Internationalen Dialog" (x087/232-246): >>... Mit der Veröffentlichung des Schwarzbuchs des Kommunismus vor fast einem Jahr kam es in Frankreich und Europa, ja sogar in den Vereinigten Staaten, in Brasilien und Asien zu zahlreichen Debatten unterschiedlichster Art: Man hatte es einerseits mit den stupidesten Formen der Polemik zu tun, andererseits kamen aber auch überaus notwendige Grundsatzdiskussionen auf.

Ausschlaggebend für das ungewöhnlich große Ausmaß dieser Debatten sind in erster Linie das Thema und die Art und Weise, wie dieses Thema bisher behandelt worden ist. Mit den Verbrechen des kommunistischen Systems behandelt das Schwarzbuch nämlich einen Bereich, der bisher für die Forschung an den Hochschulen und Akademien nahezu völlig tabu war.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden zwar unzählige Abhandlungen über die kommunistische Welt geschrieben, doch abgesehen von einigen wohlbekannten Studien zu ganz bestimmten Schwerpunkten – beispielsweise die Veröffentlichungen von Robert Conquest über den Großen Terror und die sowjetische Kollektivierung oder von Jean-Luc Domenach über den chinesischen Laogai – ist bis jetzt keine Arbeit erschienen, die den ganzen Zeitraum (von 1917 bis heute) und das gesamte kommunistische System (und zwar sowohl der an der Macht sitzenden als auch der für die Machtübernahme kämpfenden Parteien) auf seine kriminelle Dimension hin untersucht hätte.

Neu am Schwarzbuch ist auch die Tatsache, daß es sich hier nicht um eine allgemeine geschichtliche Zusammenfassung der verschiedenen Repressionsformen handelt, untersucht wurden nämlich lediglich Mord- und Todesfälle, die direkt auf die Politik der kommunistischen Machthaber zurückzuführen sind. Zahlreiche weitere Aspekte repressiver Politik – wie etwa die Gefängnis- oder Exilstrafen, die kulturellen Zerstörungen usw. – wurden nicht berücksichtigt.

Im Schwarzbuch werden verschiedene Bereiche angesprochen. Der ursprüngliche Titel – "Le Livre des crimes communistes" (deutsch: "Das Buch der kommunistischen Verbrechen") – hat dies deutlicher zum Ausdruck gebracht: Das französische Wort "crime" hat nämlich mehrere Bedeutungen. Zum einen bezeichnet es ganz allgemein einen Tatbestand: die Mordhandlung an einer Person. Daneben besitzt das Wort aber auch noch eine juristische Bedeutung: Das französische Strafgesetzbuch unterscheidet zwischen Verbrechen und Vergehen, und die Tötung stellt das schwerste Verbrechen dar.

Außerdem kennt das Wort "crime" noch einen moralischen Aspekt. Dieser kommt in dem wohlbekannten französischen Ausspruch "Plus qu'une faute, c'est un crime" (deutsch: Das ist kein Fehltritt mehr, sondern ein Verbrechen) deutlich zum Ausdruck. Auch wenn die Autoren des Schwarzbuchs nur den historischen Aspekt - die Ausarbeitung von Tatbeständen - im Auge hatten, ergeben sich aus ihrer Arbeit unweigerlich auch moralische Überlegungen, ja selbst juristische Konsequenzen.
Das Schwarzbuch ist ein Produkt seiner Zeit. Denn es waren konkrete historische Umstände, die zu seiner Realisierung geführt haben. Erst durch das Eintreten von zwei Bedingungen war nämlich die Arbeit am Schwarzbuch möglich geworden.
Wir hätten das Buch sicherlich nie angefangen, wenn das Kräfteverhältnis im Lager der Intellektuellen und innerhalb der Forschung sich nicht grundlegend verschoben hätte. Offenbar vergißt man heute, daß die UdSSR noch vor sieben Jahren die zweitstärkste Weltmacht darstellte und als solche im Zentrum eines stark strukturierten kommunistischen Weltsystems stand.
Zu diesem System gehörten auch Staatsparteien, die in vier Kontinenten an der Macht saßen, ferner ein in der ganzen Welt fest installiertes Netz von mehr als achtzig kommunistischen Parteien und ein Bündnissystem mit nichtkommunistischen Kräften - beispielsweise beim Kampf gegen den Kolonialismus und Imperialismus, beim "Kampf für den Frieden" oder etwa bei den Kämpfen der Gewerkschaften.
Dieses System verfügte damals über eine politische Macht und Mittel der propagandistischen Einschüchterung und schuf damit auch im intellektuellen Lager ein Kräfteverhältnis, dem sogar die unabhängigsten Forscher – ob sie wollten oder nicht – unterworfen waren. Kein französischer Universitätsdozent hätte sich vor zehn Jahren in ein so gefährliches Unternehmen wie das Schwarzbuch gestürzt, und außerdem wären damals für ein solches Buch weder ein Herausgeber noch Autoren zu finden gewesen.
Seit sechs oder sieben Jahren hat sich dieses mit einem Schlag außer Kraft gesetzte Kräfteverhältnis umgekehrt. Wir haben es nicht mehr mit einer auf Propaganda, Lüge, aber auch auf administrativen und politischen Druck fußenden Macht zu tun, so wie sie noch bis vor kurzem auf unserer intellektuellen Arbeit lastete. Dies ist natürlich auf den Systemzusammenbruch in Moskau zurückzuführen, aber auch – als zweiten Faktor – auf eine Revolution im dokumentarischen Bereich, die sich in den Jahren 1990 und 1991 abzeichnete und eine Öffnung der Archive der ehemaligen Sowjetunion und der meisten Länder des einstigen Ostens zur Folge hatte.
Natürlich ist der Öffnungsgrad dieser Archive heute nicht überall derselbe, und einige der entscheidenden Archive - etwa das Stalins oder seiner politischen Polizei (Tscheka - GPU - NKWD - KGB) - sind nach wie vor nicht zugänglich.
Trotzdem: Ohne ein Minimum an über alle Zweifel erhabenen neuen Archivbeständen hätte ich nie den Entschluß gefaßt, ein Schwarzbuch zu schreiben. Ohne diese Dokumente hätten wir uns mit einem Gesamtüberblick über die vorhandenen Zeugnisse zufriedengeben müssen. Für die Geschichtsschreibung wäre dies sicherlich von Interesse gewesen, aber die Last der historischen Wahrheit hätte ein solches Buch nicht getragen. Durch die heute zugänglichen Archive kennen wir nämlich unbestreitbare Fakten. Fakten, mit denen die kommunistische Propaganda mangels Beweisen bisher ein leichtes Spiel hatte.
Ich verweise hier lediglich auf die umfangreichen Zeugenberichte über den kommunistischen Terror, angefangen bei Sergej Melgunows "Roten Terror in Rußland" aus dem Jahre 1924 bis hin zu Alexander Solschenizyns in den siebziger Jahren erschienenen Roman "Archipel Gulag".
Sie alle wurden von den Kommunisten, ihren Freunden und Bundesgenossen pauschal als Machwerke der antikommunistischen und reaktionären Propaganda abgetan. Absolute Ver-

schwiegenheit war übrigens schon immer eine Waffe totalitärer Henker gewesen, besonders dann, wenn es um ihre tatsächlichen Ziele und die dafür eingesetzten Mittel ging, und deshalb ist die Tatsache, daß deren Entscheidungen nun bis ins kleinste Detail nachvollziehbar sind, für die Historiker eine grundlegende Veränderung.
Von einigen geringfügigen und sofort korrigierten Fehlern einmal abgesehen, ist die im Schwarzbuch veröffentlichte Fülle von Information von niemandem ernsthaft in Frage gestellt worden.
Die Reaktionen auf diese Informationsflut waren jedoch äußerst zwiespältig. Einerseits nahm die Öffentlichkeit das Werk triumphierend auf. Dies ist für ein so dickes und relativ teures Werk, für das kein einziger Autor mit großem Namen verantwortlich zeichnet, ziemlich ungewöhnlich.
In Frankreich wurden bereits an die 180.000 Exemplare verkauft, ebenso viele in Italien, und auch in Deutschland steht das Buch sechs Monate nach seiner Veröffentlichung auf den Bestsellerlisten immer noch ganz oben. Auf dieses Buch, das inzwischen in 26 Sprachen übersetzt wird, hatte man ganz offensichtlich gewartet. Auf der anderen Seite entfachte das Buch eine heftige Polemik, auch gegen den einen oder anderen Koautor. Es gab auch Versuche, eine entsprechende Debatte zu verhindern, und in mehreren Ländern war zeitweise sogar das Buch zum Gegenstand einer politischen Debatte geworden.
Die beiden eben genannten Vorbedingungen des Buches – die Umkehrung des bis dahin für den Kommunismus günstigen Kräfteverhältnisses und die im dokumentarischen Bereich einsetzende Revolution – sind also auch Voraussetzung für einen Großteil der heute in den Debatten zur Sprache kommenden Themen.
Auf der einen Seite stehen diejenigen, die nicht begreifen oder nicht begreifen wollen, daß sich mit diesen beiden Bedingungen weitreichende Konsequenzen für die Erforschung der kriminellen Dimension des Kommunismus ergeben, und auf der anderen Seite diejenigen, die diesen Veränderungen Rechnung tragen, um mehr über das fundamentale Phänomen des 20. Jahrhunderts in Erfahrung zu bringen.
Die Erstgenannten sind entschiedene Gegner einer Grundsatzdebatte und inszenieren deshalb eine Polemik der niederträchtigsten Art, die an die alten Methoden der kommunistischen Propaganda erinnert.
In Frankreich haben sie bereits vor der Veröffentlichung des Buches versucht, über Machenschaften und Druckmittel, die selbst in den Forschungseinrichtungen zu spüren waren, einen Konflikt zwischen den Koautoren vom Zaun zu brechen. Man wollte mit allen Mitteln eine Trennung zwischen den "guten" Historikern und dem widerwärtigen Ideologen Courtois, der für dieses Buch die Einführung geschrieben hat. Als ob diese Einführung nicht genau den verschiedenen Texten des Buches entspräche und nicht mit den wichtigsten Autoren ausführlich in der Gruppe diskutiert worden wäre.
Und ebendiese Leute wiesen sowohl in Frankreich als auch in Deutschland und in Italien ständig darauf hin, wie sehr das "Schwarzbuch des Kommunismus" den Rechtsextremismus begünstigen würde. Als ob die Historiker das Ergebnis ihrer Arbeit nur unter Berücksichtigung einer wie auch immer gearteten politischen Wetterkarte veröffentlichen dürften, einer Wetterkarte natürlich, nach der die – meist nur in der Einbildung existierende – rechtsextreme Gefahr immer viel zu bedrohlich ist, um der kommunistischen Frage nachgehen zu dürfen.
Dieselben Leute gingen sogar so weit, zu behaupten, wer das Augenmerk auf die Opfer des Kommunismus richte, wolle den von den Nazis begangenen jüdischen Völkermord banalisieren. Und selbst in einer so angesehenen Zeitung wie "Le Monde" suggerierte man, daß diese Banalisierung eine heimliche Taktik wäre, um - ich zitiere – "schlicht und einfach im Gedächtnis der Völker die Verbrechen der Nazis durch die Verbrechen der Kommunisten zu ersetzen".

Es begreift wohl jeder, daß die Opfer des Kommunismus die Opfer des Nationalsozialismus in keinster Weise ins Abseits stellen. Andererseits wird jedoch klar, was diese Polemik bezwekken soll: Die Opfer des Nationalsozialismus, über die man seit fünfzig Jahren zu Recht sehr viel spricht, sollen die Opfer des Kommunismus in den Hintergrund drängen, und manch einer sähe es sicherlich gern, wenn man überhaupt nicht mehr über sie sprechen würde.
Vor dem Hintergrund einer solchen Polemik möchte ich lediglich auf drei Fragenkomplexe näher eingehen. Sie beziehen sich im Gegensatz zu den anderen Fragen auf den Inhalt des Buches und verdienen deshalb eine Antwort.
Der erste Fragenkomplex betrifft die Zahlen: Warum konzentriert man sich über weite Strekken der Einführung in so starkem Maße auf die Opferzahlen (zwischen 85 und 100 Millionen)? Stand da nicht ein billiges Geschäftsmanöver im Vordergrund? Wollte man da nicht um jeden Preis mit Sensationen aufwarten? Habe ich, was die Methode angeht, nicht eine "Geschichtsforschung mit dem Taschenrechner" betrieben? So zumindest lautet der mehr als deplazierte Vorwurf eines deutschen Kollegen.
Machen wir uns doch zunächst einmal bewußt, daß der Leser anhand dieses ominösen "Taschenrechners" erfährt, wie zigmillionen unschuldige Männer, Frauen und Kinder ihr Leben auf dem Opfertisch der von ihrer Ideologie überzeugten Einheitspartei lassen mußten.
Selbst wenn es sich nur um annähernde Zahlen handelt, der Rückgriff auf Opferzahlen ist sehr wohl legitim, ja sogar unverzichtbar. Ferner möchte ich daran erinnern, daß auch bei den historischen Studien zur Shoa das Zählen der Opfer lange Zeit eines der Hauptanliegen der Historiker war. Erst seitdem sich die Spezialisten auf eine Richtzahl von ungefähr 5,1 Millionen Toten geeinigt haben, steht die Frage nach den Opferzahlen in der Shoa-Forschung nicht mehr im Vordergrund.
Es versteht sich von selbst, daß allein schon die Zahl der Opfer ein Gegenstand der historischen Forschung ist. Hätte das kommunistische System "nur" hunderttausend Menschen das Leben gekostet, hätte es nie ein Schwarzbuch gegeben. Das Problem ist jedoch, daß das System etwa 100 Millionen Menschen umgebracht hat.
Der zweite Kritikpunkt zielt auf die Art und Weise, wie gezählt wird. Zum Teil wirft man mir vor, "Karotten, Rüben und Lauchstangen zusammengezählt zu haben". Ich enthalte mich hier eines Kommentars zu diesem völlig deplazierten Bild, das jedoch über die Denkungsart dieser Kritiker und ihres Respekts gegenüber den Opfern sehr viel aussagt, und möchte hier lediglich die Kriterien der "Schwarzbuch-Zählung" erläutern.
Wir haben die Menschen, deren Tod eine direkte Folge der Politik der kommunistischen Regimes ist, in drei Kategorien eingeteilt: diejenigen, die als Regimefeinde ermordet (erschossen, aufgehängt usw.) worden sind, diejenigen, die man in die Arbeitslager gebracht hatte und die dort infolge der katastrophalen Zustände und miserablen Lebensbedingungen umgekommen sind, und schließlich diejenigen, die den durch die Regierungspolitik (absichtlich oder nicht) ausgelösten großen Hungersnöten zum Opfer gefallen sind.
Das den kommunistischen Regimes sehr wohl anzulastende Massensterben aufgrund der schweren Arbeitsunfälle, der chronisch schlechten Versorgungslage und des fehlenden (nämlich nur den von der Regierung Privilegierten zur Verfügung stehenden) Gesundheitswesens wird im Schwarzbuch nicht berücksichtigt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß die überwiegende Mehrheit der Opfer Arbeiter und Bauern waren und somit zu dem Teil der Bevölkerung zählten, aus dem angeblich auch die Regierung kam und für deren Rechte sie zu kämpfen vorgab.
Der letzte Kritikpunkt, auf den ich eingehen möchte, zielt auf die Tatsache, daß in ein und demselben Buch die "kommunistischen Verbrechen" von Regimes abgehandelt werden, die zum Teil recht unterschiedlichen Zeiten und Regionen angehören.
Ist es sinnvoll, fragen unsere Kritiker, die unter Pol Pot und Ceausescu, unter Stalin und Ca-

stro, unter Kim II Sung und Mengistu begangenen Untaten unter demselben Begriff ("kommunistisch") zusammenzufassen und gemeinsam abzuhandeln?
Durch seine universelle Zielsetzung und globale Ausrichtung hat der Kommunismus tatsächlich in die unterschiedlichsten Länder eingegriffen, in Länder mit völlig verschiedenen Sozial- und Wirtschaftsstrukturen und diametral entgegengesetzten Kulturen. Es läßt sich jedoch nicht bestreiten, daß ein gewisser Lenin im November 1917 ein völlig neues Regime errichtet hat, ein Regime, das er im März 1918 zur besseren Unterscheidung von der vorausgehenden sozialistischen Bewegung "kommunistisch" nannte und im Frühjahr 1919 zur Grundlage einer Weltbewegung mit dem Namen "Kommunistische" Internationale machte.
Es entstand eine Weltpartei der "kommunistischen" Revolution, und jede "kommunistische" Partei bildete eine nationale Sektion dieser Weltpartei, in den Anfangszeiten auch die russische Sektion. Das leninistische und später stalinistische Regime hatte recht bald ein Modell erarbeitet, das in seinen Grundelementen in allen kommunistischen Regimes wiederzufinden ist. Im Handumdrehen war das idealtypische Konzept des Totalitarismus geboren: die alle Aufgaben des Staates übernehmende Einheitspartei mit einem allmächtigen Parteiführer, die obligatorische Einheitsideologie und der Massenterror.
In den heute großenteils offen zugänglichen Moskauer Archiven der Kommunistischen Internationale fanden die einen den Beweis und die anderen die Bestätigung dafür, daß die kommunistische Bewegung bis in die sechziger und siebziger Jahre hinein weitgehend von einer Gründergeneration von Männern getragen wurde, die vollkommen der Moskauer Kontrolle unterstanden: Dies gilt für sämtliche Führer der "Volksrepubliken" (Dimitrow, Ulbricht, Gottwald, Rakosi, Bierut, Tito), aber auch für die chinesischen und vietnamesischen Volksführer (Mao, Tschu En Lai, Ho Chi Minh, Kim II Sung) und alle kommunistischen Parteiführer (Thorez, Togliatti, Cunhal, Ibarruri und Carrillo).
Selbst den erst später zum Kommunismus stoßenden Führern aus der Dritten Welt wie Castro, Neto oder Nadschibullah wurden in großer Zahl alte Hasen der kommunistischen Bewegung zur Seite gestellt. Mit dieser sowohl für die Organisationsform als auch für die Doktrin und die strategisch-taktische Linie maßgeblichen sowjetischen Schablone erreichte man trotz aller nationalen Unterschiede eine derart starke Einheitlichkeit, daß man mit Recht nicht nur vom politologischen, sondern auch vom historischen Standpunkt aus von ein und demselben kommunistischen Phänomen sprechen kann. Und eines der gemeinsamen Grundelemente dieses kommunistischen Phänomens war eben der Terror.
Seiner Geschichte und seinen Erfahrungen mit dem Kommunismus (und Nationalsozialismus) entsprechend reagierte jedes Land anders auf die Veröffentlichung des Schwarzbuchs. In Frankreich hat die von den Kommunisten und der extremen Linken entfachte Polemik mit erstaunlicher (und zum Teil verletzender) Heftigkeit Kritikpunkte aufgegriffen und weitergeführt, die schon drei Jahre zuvor in bezug auf Francois Furets "Ende der Illusion" zu hören gewesen waren.
Alle sich als revolutionär ausgebenden Kräfte, die gegenüber unseren demokratischen Gesellschafts- und am Markt orientierten Wirtschaftssystemen radikale, absolute Kritik laut werden lassen, verbündeten sich zum Kampf gegen das Schwarzbuch.
Dazu zählen die orthodoxen Kommunisten, aber auch sämtliche trotzkistische und maoistische Gruppen, ja selbst dem Anarchismus nahestehende Strömungen und Randgruppen der sozialistischen und ökologischen Parteien.
In Frankreich sind das 15 bis 18 Prozent der Wählerstimmen und lautstarke Minderheiten, die ihren Einfluß sogar bei den angesehensten Zeitungen, ja selbst bei der Regierung geltend machen können. Sie brachten sogar den Premierminister dazu, sich wegen der kommunistischen Minister in seiner Regierung glücklich zu schätzen.
In Italien hingegen fiel die Reaktion auf das Schwarzbuch anders aus: Massimo d'Alema, der

Vorsitzende der PDS, der ehemaligen kommunistischen Partei, nahm die Veröffentlichung des Schwarzbuchs zum Anlaß, um in der Zeitung "Unitá" einen langen Artikel abdrucken zu lassen. Darin verurteilte er entschieden das leninistische Experiment und bekannte sich erneut zu den demokratischen Idealen und der Marktwirtschaft. Heute ist er Premierminister ...

Auch innerhalb eines Landes kam es zu den unterschiedlichsten Reaktionen. Auf deutscher Seite versuchte man in Berlin, eine öffentliche Debatte über das Buch zu verhindern und die Frage nach der kriminellen Dimension des Kommunismus schlicht und einfach zu verneinen. Hier wird man mit einer kommunistischen Verneinung konfrontiert, die den Forschungen über den Terror und seine Opfer jegliche Legitimität abspricht.

In Frankreich versuchten diese Verneiner neuen Typs mit der Veröffentlichung eines "Schwarzbuchs des Kapitalismus" ein klägliches Ablenkungsmanöver. Das Buch ist jedoch in theoretischer und historischer Hinsicht so schwach, daß selbst die wohlmeinendsten Zeitungen nicht darüber zu berichten wagen.

Es wurden jedoch nicht nur kritische Stimmen laut. Am 18. Juni 1998 fand in Dresden eine bemerkenswerte Diskussionsrunde statt. Fast vier Stunden lang konnte jeder – auch die Kommunisten – vor 600 Zuhörern in aller Ruhe seine Ansichten darlegen. Der ehemalige kommunistische Bürgermeister der Stadt nutzte diese Gelegenheit und stellte sich mutig und in würdiger Haltung seinen Mitbürgern.

Er stürzte sich nicht in eine entehrende Selbstkritik oder in nutzlose Formeln des Bedauerns, sondern stellte sich in aller Öffentlichkeit die Frage, warum er sich in jungen Jahren dem kommunistischen Jugendverband und später der Partei angeschlossen hat, warum er anschließend den Bürgermeisterposten und die Zusammenarbeit mit der Stasi akzeptiert hat und zu welchem Zeitpunkt er schließlich diese Zusammenarbeit aufgekündigt und eine bestimmte Rolle beim Sturz des Regimes übernommen hat.

Dies war direkter Anschauungsunterricht in Sachen Demokratie und zeugt von einem staatsbürgerlichen Selbstverständnis. Hieran zeigt sich deutlich, daß für die Reaktionen auf das Schwarzbuch auch die persönlichen und kollektiven Erfahrungen mit dem Kommunismus maßgeblich sind. In der ehemaligen DDR braucht man bestimmte Gegebenheiten nicht erst lange zu erklären, sie sind allgemein bekannt und zählten für viele zu den ureigensten Erfahrungen. In Berlin hingegen scheinen die jungen Linken aus dem Westteil der Stadt an einer mythischen, völlig realitätsfernen Vision des Kommunismus festzuhalten.

In Lissabon fiel das Erscheinen der portugiesischen Ausgabe des Schwarzbuchs auf ein entscheidendes Datum: Der bedeutende Romancier Jose Saramago, einer der orthodoxesten Mitglieder der Portugiesischen Kommunistischen Partei, war soeben für den Nobelpreis der Literatur nominiert worden. Außerdem hatte man kurz zuvor Fidel Castro auf dem Jahrestreffen der lateinamerikanischen Staatsoberhäupter in Porto wie einen modernen Helden empfangen. Auch hier prallten Mythos und Wirklichkeit hart aufeinander.

Als während des Castro-Besuchs General Pinochet in England verhaftet wurde, sah sich der bekannte Schriftsteller Mario Vargas Llosa veranlaßt, in der spanischen Tageszeitung "El Pais" einen langen Artikel zu veröffentlichen, in dem er die Verhaftung Pinochets guthieß, sich aber gleichzeitig darüber empörte, daß man mit Castro nicht genauso verfuhr.

Vargas Llosa erinnerte bei dieser Gelegenheit daran, daß das Regime des Maximo Lider die letzte Diktatur Lateinamerikas ist ...

Die Veröffentlichung des Schwarzbuchs zeigt deutlich, wie jedes Land seinen Erfahrungen entsprechend reagiert. Entscheidend ist, wie der Kommunismus in die Erinnerung eingegangen ist. In Ländern wie Frankreich und Italien gilt der Kommunismus als die entscheidende Kraft im Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus, er steht für den Patriotismus in seiner reinsten Form. Die Erinnerung an den Kommunismus ist in diesen Ländern positiv besetzt.

Mehr noch: In der Erinnerung wird der Kommunismus verklärt und verherrlicht. Eine Verherrlichung, die sogar zunimmt, denn seit zehn Jahren etwa bekommt die "Erinnerung" in unseren Gesellschaftssystemen einen immer höheren Stellenwert. Es besteht die Tendenz, die Arbeit des mit langem Atem forschenden Historikers durch die "Pflicht der Erinnerung" zu ersetzen. Träger dieser Erinnerung sind die Kommunisten und Ex-Kommunisten, die gesamte extreme Linke, aber nicht nur die Linke, sondern auch die Rechte, die sehr viel Respekt vor der kommunistischen Macht hat.
Dieses von den kommunistischen Parteien regelmäßig wieder aufgefrischte und gepflegte Bild der Verklärung hat nie einen Riß bekommen. Wer über irgendwelche dunklen Seiten des Systems informieren wollte, wurde sofort von der kommunistischen Propaganda niedergewalzt. Und da diese kommunistischen Parteien (PCF und PCI) nie direkt an der Macht saßen, waren sie auch nie gezwungen, durch ihre politische Praxis dieses Bild der Verklärung zu zerstören. Sie waren immer fest mit dem demokratischen System verwachsen und mußten, wenn sie keine schweren Sanktionen erleiden wollten, die fundamentalen Regeln dieses Systems respektieren.
Aus diesem Grund kamen die totalitären Züge ihrer Ideologie nie zum Vorschein. - Kurz: Die meisten der im Westen lebenden Anhänger dieses in der Opposition kämpfenden Kommunismus hatten ein nur vages (und vor allem falsches) Bild vom realen Kommunismus. Das Schwarzbuch entsprach ganz und gar nicht diesem verklärten Bild des Kommunismus. Der Konflikt zwischen einem Geschichtsbild, das sich auf Informationen aus den inzwischen geöffneten Archiven des kommunistischen Systems stützt, und einem vor allem die eigene Identität bestimmenden, emotional besetzten Bild der Verklärung war unausweichlich.
Neben diesen unmittelbaren, oft recht oberflächlichen Reaktionen hat das Schwarzbuch auch eine Grundsatzdiskussion ausgelöst und vor allem die alte Streitfrage, inwieweit der Marxismus in die vom Kommunismus eingebrachte kriminelle Dimension verwickelt ist, wieder aufgegriffen. Für einen Historiker ist es natürlich absurd, wenn man Marx' 1848 veröffentlichtes "Manifest der kommunistischen Partei" in welcher Weise auch immer für Stalins Verbrechen von 1948 verantwortlich macht.
Außerdem ist nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die bedeutendsten Marxisten zur Zeit Lenins die ersten waren, die den 1917 in Rußland von den Bolschewiki eingeschlagenen Weg schwer kritisierten, seien es Rosa Luxemburg und später Karl Kautsky in Deutschland oder Leon Blum in Frankreich. Es gibt jedoch bei Marx eine wissenschaftsgläubig-messianische Seite, welche die historische Notwendigkeit des als Bürgerkrieg verstandenen Klassenkampfes propagierte und so unbestreitbar zum Nährboden für das Vorgehen Lenins oder Stalins geworden ist.
Besonders deshalb, weil Marx in seiner Theorie Realitäten wie die Nation, den Staat und die Demokratie, die in den letzten zwei Jahrhunderten zu den Grundlagen unserer Geschichte wurden, nicht berücksichtigt und aus diesem Grunde seine Forderung nicht relativiert hat. Die marxistische Theorie war voller emanzipatorischer Ansätze, trug aber auch eindeutig totalitäre Keime in sich. Neben der abstrakten Ideologie fehlte gewissermaßen der Blick auf den wirklichen Menschen. Dies brachte Marx dazu, auf den ersten Seiten seines "Manifestes" folgenden, im nachhinein überraschenden Satz zu schreiben:
"Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freie und Sklaven, Patrizier und Plebejer, Barone und Leibeigene, ... kurz Unterdrücker und Unterdrückte standen in einem steten Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen ... Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen."
Die Wahl war also bereits klar: entweder der Triumph der Ideologie oder der Untergang der Gesellschaft.

Dies scheint mir der beste Ansatzpunkt für eine gewinnbringende Diskussion zu sein: Was war im historischen Sinne das Neue am bolschewistischen Kommunismus, und was findet man davon in anderen totalitären Phänomenen wieder? In meinen Augen ist es die unbestreitbare Tatsache, daß man nun nach ideologischen und nicht mehr nach politischen Gesichtspunkten vorging.
Man verabschiedete sich von der modernen, machiavellistischen Vorstellung von Politik, die dank rechtsstaatlicher Formen und einer friedlichen Konfliktlösung auf das Allgemeininteresse ausgerichtet war, und orientierte sich statt dessen an einem archaischen, vom reinen Machtdenken geprägten Politikbild, bei dem das Freund-Feind-Verhältnis als Vorwand diente, um aus jedem Konflikt einen Bürgerkrieg machen zu können. Bei Marx entwickelte sich der Bürgerkrieg sozusagen aus einer natürlichen Bewegung heraus, einer natürlichen Bewegung sozialer und historischer Kräfte.
Lenin hingegen war fest entschlossen, diese Bewegung zu beschleunigen, und führte – ganz gegen die Tradition der Zweiten Internationale – als Ad-hoc-Instrument eine geheime, professionelle Revolutionspartei ein, die sofort nach der Machtübernahme den Staat als rechtsgültigen Ort der Politik ablösen und nicht nur die Gesellschaft, sondern auch den Menschen selbst im Sinne der kommunistischen Ideologie völlig umgestalten sollte.
Marx war Philosoph und Sozialkritiker. Seine Schriften hätten auf Jahrzehnte hinaus den Stoff für interessante Diskussionsrunden liefern können. Lenin hingegen war ein Ideologe der Tat. Er sah sich als Messias des Marxismus und war fest entschlossen, seiner ideologischen Vision der Begriff "Vision" ist hier im eigentlichen Sinne zu verstehen – überall zum Triumph zu verhelfen, notfalls auch mit Terror, wenn es nicht anders zu machen war. Er beschritt so einen Weg, den in der Folge auch andere – beispielsweise Mussolini oder Hitler – recht bald einschlugen.
Diese erste Diskussionsrunde zieht eine zweite nach sich: Es ist der nicht zu umgehende und lohnende Vergleich zwischen dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus. Mit der Veröffentlichung des Schwarzbuchs richtete sich das Augenmerk vor allem auf das Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Völkermord, zwei Phänomene, die zwar in der bisherigen Weltgeschichte auch nicht unbekannt waren, aber im 20. Jahrhundert unter dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus eine starke Intensivierung und Verallgemeinerung erfuhren und deshalb für den Historiker ebenso viele Fragen aufwerfen wie für den Philosophen.
Diese Fragen zielen jedoch weiter: Inwieweit gleichen sich die beiden Systeme in ihren grundlegenden Punkten, die sich keineswegs nur auf den Terror und das Verbrechen gegen die Menschlichkeit beschränken?
In dieser Frage stelle ich mich ganz hinter Francois Furet, wenn er schreibt:
"Die absurde Ansicht, daß der Kommunismus und der Nationalsozialismus das gleiche seien, wurde noch von keinem ernstzunehmenden Menschen geäußert.
Die Frage ... ist hier vielmehr, ob der Vergleich legitim ist und inwieweit man die Geschichte unseres Jahrhunderts begreifen kann, ohne die beiden Systeme unter verschiedenen Gesichtspunkten miteinander zu vergleichen. Ich wähle ausdrücklich den Begriff "legitim", denn die Kommunisten haben selbst das Ansinnen eines solchen Vergleichs immer mit Entschlossenheit zurückgewiesen."
Als Ergänzung zu Furet möchte ich daran erinnern, daß in diesem Jahrhundert der Kommunismus und der Nationalsozialismus die beiden großen Feinde der Demokratie, des staatsbürgerlichen Selbstverständnisses und der individuellen Freiheit waren. Schon allein aufgrund dieser Tatsache hat es durchaus seine Berechtigung, wenn die sich mit dem 20. Jahrhundert beschäftigende Forschung diese beiden Systeme zum Vergleich einander gegenüberstellt. Bis zu den neunziger Jahren war dieser Vergleich ausschließlich Sache der politologischen und

philosophischen Spezialisten gewesen. Denn für den Kommunismus fehlte jegliche Dokumentationsgrundlage.
Mit der Öffnung der Archive können sich nun auch die Historiker endlich an die entscheidende Arbeit machen. Es wird jedoch noch eine Weile dauern, bis man einen mit der am Nationalsozialismus arbeitenden Forschung vergleichbaren Wissensstand erreicht haben wird. Doch trotz dieses ungleichen Forschungsstandes ist der Vergleich Nationalsozialismus/Kommunismus nicht mehr auf den Bereich theoretischer Überlegungen beschränkt. Vielmehr treten wir nun in die entscheidende Phase eines effektiven Vergleichs, und zwar beinahe mit einer Eins-zu-Eins-Entsprechung.
Die kürzlich veröffentlichte Privatdiskussion zwischen Francois Furet und Ernst Nolte zeugt von einer Annäherung der Sichtweisen. Ein wesentlicher Gegensatz bleibt jedoch bestehen: Für Furet liegt dem nationalsozialistischen Vorgehen ein irrationaler Trieb zugrunde. Bei den Kommunisten hingegen sieht er in einem rational begründeten Ideal den Ausgangspunkt des Handelns. Die Frage nach der Tragweite dieser revolutionären Idee und ihrer bewußt angestrebten radikalen Kritik an unseren Gesellschaftssystemen bringt die Diskussion wieder in Gang.
Die Zahl derer, die in der nationalsozialistischen Katastrophe eine logische Folge der nationalsozialistischen Idee sehen, entspricht exakt der Zahl derer, die nach wie vor davon überzeugt sind, daß zwischen der kommunistischen Katastrophe und dem Ideal der auf vollkommener Gleichheit und absoluter Gerechtigkeit beruhenden kommunistischen Gesellschaft kein Ursache-Wirkungs-Zusammenhang besteht. Immer noch gibt es viele von revolutionärer Leidenschaft beseelte Menschen, die für die Idee der universellen Befreiung große utopische Vorhaben zur Veränderung unserer unvollkommenen Gesellschaftssysteme unterbreiten.
Manche Leute verweisen auf einen idealen Kommunismus, einen Kommunismus, der nie existiert hat und also reine Fiktion ist, und machen uns Vorhaltungen, weil wir über die Verbrechen des real existierenden Kommunismus berichtet haben. Es sind Leute, die sich als Marxisten und Materialisten ausgeben ...
Die kommunistische Tragödie ist jedoch eine schreckliche Lektion, die jedem begreiflich machen muß, daß die Gesellschaft und auch der Mensch keine vulgären Mechanismen und Organismen sind, an denen jeder im Namen einer Ideologie – ganz gleich ob Klassen- oder Rassenideologie – irgendwie herumexperimentieren darf, sei es nun im genetischen oder soziologischen Sinne.
Natürlich ist die Utopie für denjenigen, der die augenblickliche Situation des Menschen und der Gesellschaft kritisch hinterfragt, ein fundamentales Element. Doch sobald die Utopie sich von ihrer philosophischen Dimension entfernt und sich in einen Machtgedanken und in ein Handlungskriterium verwandelt, löst sie furchtbare Tragödien aus. Dies gilt sowohl für den Kommunismus als auch für den Nationalsozialismus, den man ja durchaus als Utopismus der reinen Rasse betrachten kann.
In diesem Zusammenhang kann man sich sehr wohl vorstellen, zu was für Katastrophen der menschliche Stolz und ein von der Wissenschaft geprägtes Menschenbild mit den Genmanipulationen führen können, zu Katastrophen, die den jeweiligen Zeitgenossen genauso unwahrscheinlich erscheinen wie diejenigen des Kommunismus und des Nationalsozialismus.
Zum Schluß stellt sich die Frage, warum sich so viele intelligente, kultivierte und aufrichtige Menschen auf solche Bewegungen einlassen konnten und es heute noch ablehnen, die tragischen Folgen "ihrer" Bewegung zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn die Verantwortung für sie zu übernehmen.
Die Archive des ehemaligen Ostens – diejenigen von Moskau genauso wie diejenigen von Prag – zeigen die führenden Kommunisten als gläubige Anhänger einer von Lenin gegründeten messianischen Bewegung religiösen Charakters, deren Ziel die proletarische Weltrevoluti-

on war.
Marcel Proust schrieb seinerzeit: "Die Fakten dringen nicht in die Welt unserer Glaubensvorstellungen ein."
Die historischen Fakten – auch wenn sie noch so schrecklich und einwandfrei belegt sind – dringen nicht in die Welt der marxistisch-leninistischen (oder maoistischen, guevarischen, trotzkistischen) Glaubensvorstellung der orthodoxen oder kritischen Kommunisten ein.
Ganz gleich, wie groß die Blockaden, Schwierigkeiten und Hindernisse sind, unsere Gesellschaftssysteme kommen um die unvermeidliche historische Aufarbeitung der kommunistischen Tragödie nicht herum. Doch wir Westeuropäer, die wir den Kommunismus nur in seiner abgemilderten Form kennengelernt haben, dürfen das Trauma unserer osteuropäischen Brüder nicht unterschätzen.
Das eklatanteste Beispiel für dieses Trauma ist die augenblickliche Situation in Rußland. Europas tausendjähriges Streben nach Einheit ist 1917 das erste Mal und 1945 das zweite Mal zerbrochen. Wenn wir an diese Einheitsbestrebung wieder anknüpfen wollen, müssen wir uns um eine genauere Kenntnis und ein stärkeres Bewußtsein des kommunistischen Desasters bemühen, damit wir die Opfer der Tragödie genauer verstehen und besser unterstützen können. Wenn das "Schwarzbuch des Kommunismus" auch nur einen bescheidenen Beitrag zur Stärkung dieses Verantwortungsgefühls leisten kann, glauben seine Autoren, ihre Aufgabe erfüllt zu haben.<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x046/172-174): >>Die Erkenntnisse von Stéphane Courtois ... lassen sich in folgenden Sätzen kurz zusammenfassen:
1. Die Sowjetherrschaft ist allein durch Massenverbrechen gesichert worden. In den Mittelpunkt einer Analyse des Sowjetsystems ist das Verbrechen zu stellen, das methodische Massenverbrechen, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
2. Lenin und Stalin betrieben die gesellschaftliche und physische Ausmerzung aller derer, die sie als offene oder geheime Gegner ihrer Herrschaft betrachteten.
3. Sie haben das System der Konzentrationslager eingeführt.
4. Und sie haben den Tod von mindestens 25 Millionen Menschen verschuldet. Massenmord war ein konstitutives Element der bolschewistischen Herrschaftsausübung.
5. Hitler hat den Weltkrieg ausgelöst, aber die Beweise für die Verantwortung Stalins sind niederschmetternd.
6. Stalin war im Vergleich zu Hitler ein noch größerer Verbrecher. Stalin war der größte Verbrecher des Jahrhunderts. Damit trifft das SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS die Leninisten-Stalinisten in ihrem Wesenskern. Denn die physische Auslöschung von insgesamt 100 Millionen Menschen, von 25 Millionen allein durch die sozialistische Sowjetmacht, kann nicht mit der Behauptung bemäntelt werden, es habe sich in der Theorie doch um eine "Befreiungsideologie" gehandelt. ...
Sogar das linksideologische Wochenblatt DIE ZEIT kommt daher nicht umhin, seinen mehrseitigen Beitrag zum SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS unter das vernichtende Motto "Der rote Holocaust" zu stellen.
Courtois läßt den Begriff der "Einzigartigkeit", der "Singularität", nicht gelten, denn die Bolschewisten haben für ihn dieselben oder ganz ähnliche Schreckenstaten begangen wie die zu Unrecht heutzutage fast allein noch geächteten "Faschisten". Mochten die Verfahrensarten in mancher Hinsicht auch unterschiedlich gewesen sein, es gibt wie Courtois betont, keine Spezifität (Eigentümlichkeit) des Völkermordes. Unmißverständlich geht aus dem SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS hervor, daß die Menschheitsverbrechen Lenins und Stalins denen Hitlers nicht nur zeitlich um Jahrzehnte vorausgingen, sondern diese auch in ihren Ausmaßen um ein Vielfaches und teilweise in der Abscheulichkeit der Durchführung noch

übertroffen haben. "Was das, leninistische und stalinistische Rußland betrifft", schreibt Courtois, " so gefriert einem das Blut in den Adern". ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet im Jahre 1999 (x887/...): >>**"Den Kampf mit Deutschland beginnen"**

Über das neueste Buch von Wolfgang Strauss "Unternehmen Barbarossa und der russische Historikerstreit"

Nach dem deutschen Historikerstreit der russische, aber der läuft wesentlich anders ab als deutscherseits gewohnt. In seinem neuesten Buch gibt Rußlandkenner Wolfgang Strauß, leidenschaftlich und doch glaubwürdig, ein sehr überzeugendes Bild vom jetzigen Stand der Forschung und von der in diesem Zusammenhang damit geführten Diskussion in Rußland.

Hitlerdeutschland hat die friedliebende Sowjetunion überfallen. Ein Stehsatz der antifaschistischen Zeitgeschichtsschreibung. Hier: der von Haus aus verbrecherische Nationalsozialismus, dort: der im Ansatz gutmeinende, menschheitsbeglückende Kommunismus. Letzteres hörte man gerade erst wieder nach Erscheinen des "Schwarzbuchs des Kommunismus". Auch und besonders in Deutschland. Die Geschichte des II. Weltkrieges wird in Deutschland seit Jahrzehnten nur mittelbar zum Nationalsozialismus mit Hitler als Zentralfigur gesehen.

Jeder Historiker, der aus dem Schatten Hitlers zu treten versucht, wird sofort als Revisionist gebrandmarkt. Aussagen von dieser Seite werden sofort moralisch gewertet und auf ihren ideologiepolitischen Gehalt geprüft. Und dann und wann wurde auch schon einmal versucht, Geschichte mittels Gerichtsurteil zu schreiben. Nicht Historisierung, sondern Instrumentalisierung der Geschichte scheint das Bestreben der deutschen Historikerelite nach wie vor zu sein. Quellenforschung, vergleichende Quellenkritik und -bewertung sowie Zusammenschau des aus den Quellen sich ergebenden Geschehens - ganz unter dem Gesichtspunkt der Belastung Deutschlands - werden von einigen Historikern zu monopolisieren versucht.

Deren eigene politische Einstellung wird mit der vorgeblich unumstößlichen Wahrheit gleichgesetzt, damit deren meist antifaschistische Quelle nicht versiegen möge, werden zweifelhafte Nebenquellen hinzugeführt. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf: Die Vergleichbarkeit der NS-Verbrechen. Der darüber oder deswegen geführte Historikerstreit, bei dem die Wogen scheinheiliger Empörung ziemlich hoch gingen, ist noch gut in Erinnerung.

Völlig anders läuft die Diskussion in Rußland, sehr zum Mißfallen hiesiger Zeitgeschichtler. Zwecks Schadensbegrenzung wird deshalb von deutscher Antifa-Seite wieder scharf quergeschossen: Im Visier unserer vergangenheitsbewältigenden Experten ist dieses Mal die russische Geschichtsrevision, der zufolge Hitler mit seinem "Unternehmen Barbarossa" Stalins Angriffspläne nur zuvorkommen wollte.

Während sich die etablierte deutsche Geschichtsschreibung in dieser Frage vornehmlich auf zweifelhafte sowjetische Aufzeichnungen vor 1989 stützt, hat der Zusammenbruch der Sowjetunion zur Öffnung eines Teils von bis dahin unzugänglichen Quellen (insgesamt fast 14 Millionen Dokumente) geführt, die einen etwas anderen Blick auf die damaligen Ereignisse und handelnden Personen freigeben.

Dies betrifft nicht nur den deutsch-russischen Vertrag vom 23. August 1939, den sogenannten Hitler-Stalin-Pakt, sondern auch die Kriegsvorbereitungen auf beiden Seiten bis hin zum Krieg, und davon nicht ganz abstrahiert auch das Bild der beiden beteiligten Armeen. Von entscheidender Bedeutung bleibt dabei natürlich sowohl der historische wie der ideologische und politische Hintergrund, vor dem sich dieses für das russische wie das deutsche Volk verhängnisvolle und blutige Weltkriegsdrama abspielte.

Für die Völker der Sowjetunion hatte das Verhängnis allerdings bedeutend früher begonnen. Es kann nicht mehr geleugnet werden, daß Stalin von Anfang an, nämlich seit 1918, "offenen, massenhaften und systematischen Terror" als ein Mittel der Politik begriff und dafür vehement eintrat. Bereits zum genannten Zeitpunkt trat er für die Liquidierung von "mindestens" zehn

Millionen Russen ein, der planmäßig durchgeführte Massenmord an den "Kulaken" hat sich tief in das Gedächtnis des Volkes eingegraben. Sollten unsere antifaschistischen, das Sowjetsystem glorifizierenden Gutmenschen im Westen, von diesen und anderen Verbrechen tatsächlich erst sieben Jahrzehnte später erfahren haben?
Zwecks Schließung möglicher Bildungslücken kann allen linken Freunden ein weiteres Buch zu diesem Thema wärmstens empfohlen werden: Nach Joachim Hoffmanns heftig angefeindetem Grundsatzwerk über "Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945", erschienen im Verlag für Wehrwissenschaften, hat sich jetzt Wolfgang Strauss des russischen Historikerstreits sowie der damit zusammenhängenden Themen angenommen. Gewiß auch angeregt durch "die Flut revisionistischer Veröffentlichungen" in Rußland, gibt der engagierte Rußlandexperte einen Überblick über den Stand der bisherigen Forschungsergebnisse.
Für gezüchtigte Ohren deutscher Linksintellektueller Unerhörtes geschieht im Osten: Nicht nur wird offen, ohne heiklen Themen aus dem Weg zu gehen, diskutiert, sondern auch so manches lieb gewordene Klischeebild ohne Rücksicht auf innere oder äußere Befindlichkeiten zertrümmert. Ohne jedoch Partisanenerschießungen oder Razzien durch deutsche Truppenteile zu verschweigen, werden "die von der sowjetischen Propaganda verbreiteten Darstellungen des Besatzungsregimes der deutschen Wehrmacht, die nach ihrem tatsächlichen Charakter 'nichts' mit Greueltaten und Verbrechen zu tun hatte", zu den "verlogensten Themen der traditionellen sowjetischen Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg" gerechnet.
Gewiß starker Tobak auch für irrlichternde Genossen eines Hamburger Privatinstituts. Wolfgang Strauss charakterisiert den russischen Revisionismus und den Historikerstreit in Rußland folgendermaßen: Worüber auch immer diskutiert werde, über Opferzahlen, Präventivkriegsthese, Stalins Terrorherrschaft oder die Rote Armee, der Diskurs finde im Unterschied zu Deutschland im "herrschaftsfreien Raum statt, ohne Einmischung von Staat, Regierung, Justiz". Es seien sich alle einig, "daß es für die historische Forschung und die öffentliche Debatte keine Tabus geben dürfe, keine Denkblockaden, keine Gedankenverbote, keine juristischen Grenzen der Geschichtsinterpretation und auch kein Odium des Anrüchigen".
Dabei sind, auch wieder anders als in Deutschland (oder Österreich), die Henker von damals, soweit nicht pensioniert, immer noch in Amt und Würden. Und doch: "Gefangene aus politischen, weltanschaulichen, religiösen Motiven - im Rußland von heute unvorstellbar".
Einen wichtigen Aspekt des russischen Revisionismus stellt die Rehabilitierung dar: Waren schon unter Chruschtschow zwischen 1956 und 1961 fast 740.000 Opfer rehabilitiert worden, so kam es unter Gorbatschow erneut zu mehr als 800.000 Rehabilitierungen.
Seit 1991 wurden 2,6 Millionen Anträge auf Rehabilitierung gestellt, nach russischen Recherchen leben heute in Rußland "rund 60 Millionen Menschen, deren Angehörige verhaftet, interniert oder erschossen worden sind". In den 5.000 Arbeitsvernichtungslagern vollendete sich bei Hunger und bis zu minus 50 Grad das Schicksal auch für hunderttausende deutsche Soldaten und Zivilverschleppte, insgesamt wurde über mehr als vier Millionen, darunter auch Frauen und Kinder, penibel Buch geführt.
Rund 30.000 deutsche Kriegsgefangene sind zwischen 1941 und 1950 als angebliche Kriegsverbrecher verurteilt worden, Tausende Todesurteile wurden vollstreckt, "die meisten von den Verurteilten zur Zwangsarbeit in die Todeslager der Polarzone geschickt". Der sogenannte "Ukas 4" vom April 1943 öffnete der Willkür Tür und Tor. Schuldige wurden im Falle eines Todesurteils aufgehängt und zur Abschreckung drei Tage hängen gelassen. Für die meisten unschuldig Verurteilten zwar zu spät konstituierte sich erst 1993 in Moskau eine Sonderabteilung der Militärstaatshaft zur "Rehabilitierung" auch ausländischer Staatsbürger.
Mittlerweile wurden Tausende Deutsche (und Österreicher) rehabilitiert. Darüber wird in der "Anti-Wehrmachts-Show" der Herren Reemtsma und Heer allerdings nicht aufgeklärt. Es mußte ein französischer Linker, der Autor des "Schwarzbuchs", kommen, um das sowjetische

System mit seinen mindestens 70 Millionen Opfern als das schrecklichste der Weltgeschichte in allen seinen widerlichen Ausprägungen anzuprangern und Stalin - laut Stephan Courtois ein größerer Verbrecher als Hitler - für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges mitverantwortlich zu machen.
Denn auch das ist ein Ergebnis des russischen Revisionismus: Stalin plante den Angriffskrieg gegen Deutschland, und dies habe eben jetzt als geschichtliche Wahrheit zu gelten. Lange vor dem Nichtangriffspakt und auch danach wurden vom sowjetischen Generalstab militärische Offensivpläne mit Überfallcharakter ausgearbeitet, Kriegsvarianten Stalin vorgelegt, und dies bereits im März 1938!
Die Variante vom 18. September 1940 ging bereits ins Detail und hatte eindeutig Deutschland als Angriffsziel. Am 15. Mai 1941 schließlich heißt es in einer Analyse eines von Stalin gebilligten Agressionsplanes: "Erwägungen für den strategischen Aufmarschplan der Streitkräfte der Sowjetunion bei einem Krieg mit Deutschland und seinen Verbündeten".
Aus den Dokumenten gehe eindeutig hervor, so der Historiker Petrow, daß die "Sowjetführung eine Angriffsfront formierte". Stalin war zum Erstschlag entschlossen, wurde aber vom "rasanten Vormarsch" der deutschen Panzergruppen überrascht. Der Diktator war auf Angriff, nicht auf Verteidigung eingestellt.
Der Ansicht ist auch Oberst i.R. Verlij Danilow, der im übrigen auch die Kernthese Viktor Suworows - bekannt durch sein Buch "Eisbrecher" -, wonach Stalin einen Schlag gegen Deutschland praktisch vorbereiten ließ, für völlig glaubwürdig hält. Bereits am 5. Mai hatte bekanntlich der Sowjetführer, über Jahrzehnte als "Väterchen Stalin" verniedlicht, anläßlich einer Absolventen-Feier - nach Erinnerungen eines Teilnehmers - vom "ideologischen und praktischen Vormarsch" gesprochen, und davon, "daß wir den Kampf mit Deutschland beginnen".
Danilows Schlußfolgerung: "Es ging also nicht nur um die Abwehr einer ausländischen Aggression, sondern um die Verwirklichung weitgesteckter kommunistischer Ziele (darunter die Sowjetisierung Deutschlands, Anmerkung) einschließlich der Weltrevolution". Und dazu war ein Weltkrieg unumgänglich. Verteidiger des herkömmlichen, noch von den Kommunisten veröffentlichten Geschichtsbildes, bezichtigt Oberst Danilow ganz offen der Geschichtslüge und zitiert ausführlich aus dem Aufmarschplan des sowjetischen Generalstabs vom 15. Mai 1941, in dem wörtlich von einem Erstschlag gegen die Wehrmacht die Rede sei.
Der Mehrheit der Russen dürfte es verständlicherweise momentan ziemlich egal sein, wer den Krieg auslöste, denn ihnen geht es jetzt erst einmal um das tägliche Überleben, versöhnt haben sie sich mit dem deutschen Volk ohnehin schon längst. Der deutsche Soldat hat in ihren Augen wie der russische für seine Heimat tapfer und anständig gekämpft - Ausnahmen gibt es in jeder Armee, soviel wissen die Russen wie andere ehemalige Gegner auch. Vielleicht schlägt diese Überzeugung auch in Deutschland einmal tiefere Wurzeln, wenn auch nicht zu erwarten ist, daß eine rotgrüne Regierung daran ein größeres Interesse haben könnte als die vorangegangene Regierung Kohl.
Das russische Volk, das in seiner Geschichte so viele Opfer bringen mußte, dem gut sieben Jahrzehnte ein mörderisches System aufgezwungen wurde, ein Volk, das im sogenannten "Vaterländischen Krieg" beinahe verblutete, hat heute andere Sorgen: Es möchte endlich nach seiner Facon selig werden. Die Wiederbesinnung auf die "russische Philosophie" und alte heilige Werte ist aber zugleich eine Absage an neue internationalistische Beglückungsmodelle, welchen Ursprungs auch immer diese sein mögen. Diese Erkenntnis, so meint Wolfgang Strauss, vereine "alle Kontrahenten im russischen Historikerstreit".
Wolfgang Strauss: "Unternehmen Barbarossa und der russische Historikerstreit", mit Dokumenten-Abdruck, Bibliographie und Personenregister, Herbig, 1998, 208 Seiten.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet im Jahre 1999 über den Euro-Verfall

(x887/...): >>**Kränkelnde Frühgeburt**

Warum die Finanzmärkte dem neuen Geld mißtrauen / Scheitern bleibt möglich

von BRUNO BANDULET

Der Euro wird so hart wie die Mark", hatte Theo Waigel den Deutschen immer wieder versprochen. Der Euro sei eine "kränkelnde Frühgeburt", sagte Gerhard Schröder noch vor einem Jahr. Jetzt, ein halbes Jahr nach dem Start der Kunstwährung am 4. Januar, sieht es ganz so aus, als habe Schröder recht behalten. Der Euro wurde schneller schwach, als dies selbst seine schärfsten Kritiker erwartet hätten. In den ersten sechs Monaten verlor er rund 13 Prozent an Wert gegen den amerikanischen Dollar.

Die großspurigen Reden der Politiker, die euphorischen Kommentare der Medien, die optimistischen Prognosen der Banken - all dies hat sich als Selbsttäuschung und bloße Propaganda entpuppt. Keine Rede mehr davon, daß der Euro Wachstum und Arbeitsplätze bringt, daß er Europa politisch stärkt, daß ihm zuzutrauen wäre, die Hegemonie des Dollars zu brechen.

Noch Anfang Januar hatte Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, dem Euro glänzende Aussichten attestiert. Jetzt empfiehlt er, die hochgelobte Währung einfach dem Markt zu überlassen. Sie könne möglicherweise sogar unter die Parität zum Dollar fallen.

Was ist geschehen? Zum einen haben die internationalen Zentralbanken bisher nicht damit begonnen, ihre Reserven von Dollar in Euro umzuschichten. Zum anderen haben offenbar japanische Großinvestoren schon 1998 - im Vorgriff auf die Europäische Währungsunion - Euro gekauft und sahen sich in den vergangenen Wochen gezwungen, mit Verlust wieder auszusteigen. Die von dem CSU-Politiker Gauweiler als Plastikgeld verhöhnte Währung genießt jedenfalls bisher kein Vertrauen an den internationalen Finanzmärkten.

Dies ist nicht zuletzt die Quittung dafür, daß sich die Beteiligten im Frühjahr 1998, als die "Konvergenz" der Euro-Länder offiziell verkündet wurde, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen den Eintritt in die Währungsunion erschlichen haben. In Wirklichkeit war es nie gelungen, Schuldenstand und Defizite, aber auch Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit in den beteiligten elf Ländern in Einklang zu bringen.

Wie denn auch: Nicht einmal innerhalb der großen europäischen Nationen kann von "Konvergenz" die Rede sein. Zwischen der Lombardei und Apulien, zwischen Katalonien und Andalusien, zwischen dem Norden und dem Süden Großbritanniens liegen - volkswirtschaftlich gesehen - Welten. Und auch in Deutschland ist es nach zehn Jahren Einheit und gigantischen Finanztransfers nicht im geringsten gelungen, in den neuen Bundesländern ähnliche Verhältnisse wie im Westen herzustellen.

Vergeblich war bisher auch die Hoffnung, das über Jahrzehnte erworbene Vertrauenskapital der Deutschen Bundesbank auf die Europäische Zentralbank übertragen zu können. Dafür sprechen die europäischen Währungsmanager mit zu vielen Zungen, dafür mischen sich die europäischen Politiker zu oft in die Geldpolitik ein, dafür ist, alles in allem, der Euro noch zu jung. Um Ansehen zu erwerben und Vertrauen aufzubauen, benötigt eine neue Währung Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte. Selbst der Erfolg der Deutschen Mark war zunächst keine ausgemachte Sache. Selbst die Mark hat seit 1948 rund drei Viertel ihrer Kaufkraft verloren.

Das Hauptproblem des Euro ist sein virtueller und staatenloser Charakter. Er ist bekanntlich keine nationale Währung, nicht einmal die Währung eines homogenen Wirtschaftsraumes. Vorerst existiert er nur auf den Computerschirmen, als Monopoly-Geld der Großbanken. Und die Euro-Zone verfügt über keine wirklich aussagekräftigen Geldmengen- und Inflationsstatistiken. Zwar publiziert die Europäische Zentralbank regelmäßig entsprechende Zahlen, aber sie sagen wenig aus. Schon Ende 1998, vor dem Start des in der Finanzgeschichte beispiellosen Experiments, stiegen die Preise in Italien dreimal so schnell wie in Deutschland, und in Portugal wiederum doppelt so schnell wie in Italien.

Schon Lenin erkannte, daß in der Verfügungsgewalt über eine Währung eine ungeheure

Machtfülle liegt. Wer aber beherrscht und kontrolliert den Euro? Die Frage ist leichter gestellt als beantwortet und zugleich ungemein wichtig für die Beurteilung dessen, was bevorsteht.
Bekannt ist, daß die Europäische Zentralbank (EZB) über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt, daß sie laut Maastrichter Vertrag (aber nicht unbedingt in der Praxis!) unabhängig von den Regierungen ist und daß die nationalen Zentralbanken alleinige Kapitaleigner der EZB sind.
Bekannt ist auch, daß alle wichtigen Entscheidungen im EZB-Rat fallen und daß diese Entscheidungen vom Direktorium, das die laufenden Geschäfte führt, in praktische Geldpolitik umgesetzt werden. Wer in Frankfurt den Ton angibt, ist freilich immer noch nicht ganz klar. Im EZB-Rat sitzen die Präsidenten von elf nationalen Notenbanken, von denen jede ihre rechtliche Eigenständigkeit bewahrt hat, sowie die sechs Mitglieder des Direktoriums - unter ihnen Präsident Wim Duisenberg aus den Niederlanden und sein französischer Stellvertreter Christian Noyer.
Nun hält zwar die Deutsche Bundesbank mit 31 Prozent den relativ größten Teil des Kapitals der EZB. Die Banque de France liegt an zweiter Stelle und bringt es nur auf 21,3 Prozent. Aber: nach Kapitalanteilen wird nur abgestimmt, wenn es um die Überweisung von Währungsreserven von den Nationalbanken an die EZB oder um Fragen der Gewinnverteilung geht. Ansonsten hat jeder nur eine Stimme. Die Beschlüsse des EZB-Rates werden mit einfacher Mehrheit gefaßt - und die deutschen Vertreter können theoretisch jederzeit überstimmt werden.
Sinnvoll verwaltet werden kann ein derart uneinheitliches Währungsgebiet wie die EU allerdings nur, wenn man sich an den Bedürfnissen der Kernzone - also Deutschlands und Frankreichs - orientiert. Zinsabschlüsse an den wirtschaftlichen Lagen in Portugal oder Irland auszurichten wäre kaum machbar.
In Frankfurt ist denn auch zu hören, daß Duisenberg zwar nach außen hin die Schau dirigiert, daß die Fäden aber von den Deutschen und den Franzosen gezogen werden: von Tietmeyer, der angeblich bald zur Vatikanbank geht, und dem früheren Chefideologen der Bundesbank, Otmar Issing, sowie von Christian Noyer und Jean Claude Trichet, dem Gouverneur der Banque de France, der nach vier Jahren Duisenberg vorzeitig ablösen soll.
Würden die kleineren EU-Staaten im Konfliktfall strikt nach dem Prinzip "eine Nation, eine Stimme" verfahren und auf ihren nationalen Interessen beharren, dann käme es zur ersten großen Euro-Krise. Und würde Frankreich - das ist ebenfalls denkbar - zusammen mit den anderen Romanen die Deutschen überstimmen, dann könnte das ganze Projekt scheitern.
Es kann zwar noch dauern, bis ernsthafte Differenzen sichtbar werden. Aber allein die Tatsache, daß sie in der Konstruktion dieses staatenlosen Geldes von vornherein angelegt sind, muß bei langfristig denkenden Investoren einen erheblichen Rest von Mißtrauen gegen den Euro wachhalten.
Eine andere eingebaute Schwäche der europäischen Währung liegt darin, daß sich die EZB zwar laut Vertrag um Preisstabilität zu kümmern hat, nicht jedoch um Wechselkursvereinbarungen gegenüber Drittwährungen wie Dollar oder Yen. Nur der Ministerrat der EU kann über Zielzonen und Bandbreiten beschließen, konkret also darüber, wo der richtige Kurs des Euro gegen den Dollar zu liegen hat. Die EZB muß dabei nur angehört werden. Wird der EZB aber ein Wechselkursregime aufgezwungen, dann verliert sie leicht die Kontrolle über Geldmengen, Zinsen und Preise. Dann ist ihre vertraglich festgelegte Unabhängigkeit nicht mehr viel wert.
Daß Haushaltsdisziplin und Preisstabilität für manche europäische Politiker kein Evangelium sind, hat sich längst herumgesprochen. Ein typischer Inflationspolitiker war der inzwischen gescheiterte Finanzminister Lafontaine. Der Spiritus rector scheint aber von Anfang an nicht der Saarländer mit dem Napoleonkomplex gewesen zu sein, sondern ein echter Franzose: der

Pariser Finanzminister Dominique Strauss-Kahn, der übrigens fließend deutsch spricht. Strauss-Kahn war es vor allem, der die Etablierung eines mächtigen Gegengewichts zur EZB vorantrieb: der Euro-11-Gruppe.
Zu deren geheimen Sitzungen treffen sich ausschließlich die elf Finanzminister der Euro-Zone mit nur je einem Berater. Ein so kleines Gremium ist selbstverständlich aktionsfähiger als das reguläre Treffen aller 15 EU-Finanzminister, wo einschließlich der Beraterstäbe leicht 100 Teilnehmer zusammenkommen.
Daß der Euro einen schwachen Start hatte und gegen den Dollar abwertete, wird den sozialistischen Politikern Europas, aber auch der Exportwirtschaft keineswegs unrecht gewesen sein. Allerdings gehen die französischen Ambitionen weiter als die deutschen: Paris will den Dollar entmachten.
Dollar-Hegemonie bedeutet, daß die USA alle wichtigen Rechnungen in der Währung bezahlen, die sie selbst drucken, daß die ausländischen Zentralbanken den Großteil ihrer Reserven in Dollar halten und damit Uncle Sam Kredit geben und daß die USA ihre Schulden entweder nie oder nur mit entwerteten Dollars zurückzahlen.
Damit haben die Amerikaner die Möglichkeit, mehr zu konsumieren und zu investieren, als sie verdienen. Sie leben seit langem über ihre Verhältnisse. Sie leisten sich enorme Defizite in der Außenbilanz - Fehlbeträge, die sich bald auf 2.000 Milliarden Dollar angehäuft haben werden. Amerika ist heute der größte Schuldner der Welt, ohne dafür büßen oder zahlen zu müssen. Ein in der Geschichte einmaliges Privileg, in dessen Genuß nun auch Europas Politiker gerne kommen würden. Erst wenn sich der Euro einen dem Dollar vergleichbaren Status als Weltreservewährung verschafft hat, dann hätte sich eine Einführung - nach dieser Logik jedenfalls - wirklich gelohnt.
Man kann nicht vollständig ausschließen, daß dieses Kalkül am Ende doch aufgeht - dann aber um den Preis eines erbitterten Konflikts zwischen den USA und der EU.
Denn wenn die EZB wirklich auf Dauer eine solide Geldpolitik betreibt, wenn sie das Vertrauen der Finanzmärkte erwirbt oder wenn der Dollar in den Strudel einer großen Finanzkrise gerissen wird - dann könnte sich der Euro irgendwann doch zu einer Alternative zur US-Währung entwickeln. China zum Beispiel ist brennend daran interessiert, seine Abhängigkeit von den USA zu verringern, denn die gewaltigen Dollar-Guthaben Pekings können im Ernstfall jederzeit von der amerikanischen Regierung blockiert werden.
Aber dies alles ist jetzt noch Zukunftsmusik. Bis auf weiteres muß man sich darauf einrichten, daß sich Perioden eines starken Dollar und solche eines festeren Euro einander abwechseln. Papierwährungen sind immer nur relative Größen. Auch der Dollar und der Yen haben ihre fundamentalen Schwächen. Der Londoner Finanzstratege David Roche hatte recht, als er in einer Untersuchung zu dem Schluß kam: "Alle drei großen Währungen der Welt sehen verletzlich aus."
Für die Deutschen, die ein halbes Jahrhundert die Vorteile einer relativen Hartwährung genießen durften, ist das Fazit unerfreulich. Sie mußten aus rein politischen Gründen - wirtschaftlich war der Euro weder notwendig noch sinnvoll - auf ihre bewährte D-Mark verzichten. Im Jahr 2002 sollen sie ihr Bargeld endgültig in eine synthetische Währung umtauschen, die zwar auf lange Sicht möglicherweise nicht schlechter als der Dollar sein wird, aber bestimmt weniger gut als die Deutsche Mark, die für immer mit dem Namen Ludwig Erhards verbunden bleiben wird.
Niemand kann übrigens garantieren, daß der Euro, die kränkelnde Frühgeburt, nicht doch noch scheitert - daß das Experiment abgebrochen werden muß. Dann müssen die Europäer eben wieder zu ihren nationalen Währungen zurückkehren. Ratsam wäre es auf jeden Fall, den für 2002 geplanten Zwangsumtausch um einige Jahre zu verschieben und dem Euro eine längere Probezeit einzuräumen. Man könnte ihn zunächst als Parallelwährung weiterlaufen las-

sen. Vielleicht wird er im Laufe der Zeit von den Finanzmärkten und den Privatanlegern doch noch akzeptiert. Wenn nicht, wäre dies nicht die erste Währungsunion der Geschichte, die auf Sand gebaut war.
Dr. Bruno Bandulet ist Herausgeber des Finanzdienstes G & M. Von ihm erschienen zuletzt die Bücher "Was wird aus unserem Geld?" und "Tatort Brüssel - Das Geld, die Macht, die Bürokraten".<<
Das "Jahrbuch Nr. 1 Aktuell" des "Harenberg Lexikon-Verlags" berichtet im Jahre 1999 über die Europäische Union (x096/209-239):
>>... Agenda 2000: Im März 1999 beschlossen die EU-Mitgliedstaaten in Berlin in der Agenda 2000 Reformen der Agrar- und Strukturpolitik sowie die Neuordnung der EU-Finanzierung. ...
Agenda 2000/Eckpunkte: Die Agenda 2000 sieht für 2000-2006 Ausgaben von rund 700 Mrd. Euro vor. Die Agrarpolitik ist mit 298 Mrd. Euro größter Posten im EU-Haushalt. ... Der größte Zahler Deutschland kann frühestens ab 2003 auf eine leicht sinkende Nettobelastung im Verhältnis zu seiner Wirtschaftsleistung rechnen. ...
Agenda 2000/EU-Erweiterung: Als Hilfe zur Vorbereitung für den Beitritt werden den Kandidaten (u.a. Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) ... bis 2006 ca. 22 Mrd. Euro bereitgestellt. Für die aufgenommenen Länder werden 2002-2006 weitere Ausgaben von 58 Mrd. Euro einkalkuliert. Die Finanzmittel fließen in Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und in die Landwirtschaft der neuen Mitglieder. ...
Agrarpolitik/Milchstrafe: Wegen der Überschreitung der von der EU festgesetzten Milchquote 1997/98 mußte Deutschland eine Strafe von 226 Mio. DM zahlen. ...
EU-Erweiterung: Im November 1998 nahmen die EU-Mitgliedstaaten Beitrittsverhandlungen mit Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern auf. ... Auch Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien, die Slowakei und die Türkei streben die Aufnahme in die EU an. Der Beitrittsantrag der Schweiz ruht seit 1992, nachdem das Volk sich in einer Abstimmung gegen die Teilnahme am europäischen Wirtschaftsraum ausgesprochen hatte. ...
Zur Aufnahme in die EU sind im betreffenden Land eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Achtung der Menschenrechte und der Schutz nationaler Minderheiten, eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie Mindeststandards in der Sozialgesetzgebung und im Umweltschutz erforderlich. ...
Die Europäische Kommission kritisierte Ende 1998 den Stillstand der Reformen in Slowenien und Tschechien, vor allem den fehlenden Willen der Regierungen, ihr Rechtssystem an EU-Normen anzugleichen. ... Eine Aufnahme der Türkei wurde 1999 trotz Fortschritte bei der Entwicklung der Marktwirtschaft wegen anhaltender Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung von Minderheiten (z.B. der Kurden) und des Fehlens einer zivilen Kontrolle des Militärs als verfrüht angesehen. ...
EU-Haushalt/Deutsche Beiträge: ... In den Jahren 1992 bis 1998 betrugen die deutschen Nettozahlungen an die EU (deutsche Zahlungen an EU abzüglich EU-Zahlungen an Deutschland):
1991 = 19,0 Mrd. DM
1992 = 22,1 Mrd. DM
1993 = 23,7 Mrd. DM
1994 = 27,6 Mrd. DM
1995 = 26,1 Mrd. DM
1996 = 22,5 Mrd. DM
1997 = 22,5 Mrd. DM
1998 = 24,1 Mrd. DM
(187,6 Mrd. DM)
EU-Haushalt/Betrug: 1998 gingen der EU ca. 4 Mrd. EUR (ungefähr 5 % des EU-Haushalts)

durch Betrug, Korruption und Schlamperei verloren. Durch Schwarzarbeit, Schwarzhandel und mangelhafte Eintreibung von Steuermitteln, die der EU zustehen, wurden weitere Mindereinnahmen von ca. 22 Milliarden Euro erzielt. ...
Euro: Am 1.1.1999 wurde in elf Ländern der EU (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien) der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Er kann bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr benutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen bleiben bis 2002 im Umlauf. ...
Am 31.12.1998 wurde festgelegt, welchen Wert ein Euro in der jeweiligen Landeswährung hat. So entspricht ein Euro genau 1,95583 DM. ...
Der Euro sank seit seiner Einführung bis Mitte 1999 von 1,1789 US-Dollar auf unter 1,04 US-Dollar. Gründe waren das fehlende Vertrauen der Finanzmärkte in die stabilitätsorientierte und wachstumsfördernde Politik der elf EU-Staaten. ...
Die Kosten der Euro-Umstellung belaufen sich für die europäischen Unternehmen auf 77 Mrd. Euro, rund 70 % mehr als 1997 geschätzt. ...
Europäische Kommission/Vetternwirtschaft: ... Der Europäische Rechnungshof, das europäische Parlament und die EU-Bekämpfungseinheit Uclaf stellten 1998/99 zahlreiche Fälle von Mißmanagement, Betrug und Günstlingswirtschaft innerhalb der EU fest. ...
Europäische Kommission/Kompetenzen: Die europäische Kommission ist eine Art europäische Regierung, die mit ihren rund 21.000 Bediensteten den EU-Haushalt von ca. 85 Mrd. EUR (1999) verwaltet.
Europäische Union: Die Europäische Union (EU) ist ein Staatenbund, der mit Beginn der Europäischen Währungsunion am 1.1.1999 ein weiteren Schritt zu einer politischen Union vollzog. ...
In Amsterdam wurden 1997 zusätzliche Reformen der EU eingeleitet:
Übertragung von Befugnissen an die EU auf dem Gebiet der inneren Sicherheit.
Stärkung des Mehrheitsprinzips bei Entscheidungen in der EU im Gegensatz zum Einstimmigkeitsprinzip.
Stärkung des Europäischen Parlaments beim Gesetzgebungsverfahren. ...
1999 blieb unter den Mitgliederstaaten offen, ob die EU zu einem europäischen Bundesstaat mit europäischer Regierung und gesetzgebenden Parlament ausgebaut werden soll oder mit Blick auf die geplante Aufnahme mittel- und osteuropäischer Staaten in die EU (frühestens 2002) sich nur zu einer Konföderation in Form eines Staatenbundes mit gemeinsamer Gesetzgebung in eng abgegrenzten Bereichen entwickeln soll. ...
Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion begann am 1.1.1999 in elf Ländern (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien) mit der Einführung des Euro und der Übertragung der währungspolitischen Hoheit auf die Europäische Zentralbank. ...
Griechenland erfüllte als einziges Mitglied nach Auffassung des Rates der EU die Kriterien nicht hinreichend. Dänemark, Großbritannien und Schweden verzichteten aus stabilitätspolitischen Bedenken und wegen des mit einer Teilnahme an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion verbundenen Verlustes nationaler Souveränität zunächst auf die Einführung des Euro. ...
Europäischer Rat: Der Europäische Rat ist kein EU-Organ, sondern als deren oberste Instanz ein Zusammenschluß der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten. ...
Im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik legt der Europäische Rat die Richtlinien der EU fest. ...
EU-Steuerharmonisierung: Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs forderten Ende 1998, bei Entscheidungen über Steuerfragen in der EU vom üblichen Prinzip der Einstimmig-

keit unter den Mitgliedstaaten abzugehen, um Mehrheitsbeschlüsse gegen den Willen einzelner Regierungen leichter durchsetzen zu können.
Die britische Regierung lehnte diesen Vorschlag ab ... Sie verwies auf den Vertrag von Amsterdam (1997), in dem die Einstimmigkeit in Steuerfragen ausdrücklich festgeschrieben ist. Bis 1999 galt nur ein rechtlich unverbindlicher Steuerverhaltenskodex. Danach sollen als unfair angesehene Steuervergünstigungen abgeschafft werden, die einige EU-Länder (u.a. Großbritannien, Luxemburg) eingeführt hatten, um den eigenen Wirtschaftsstandort attraktiver zu gestalten.
Die Regierungen in Deutschland und Frankreich fürchten als Folge des Steuerwettbewerbs einen wachsenden Kapitalstrom in EU-Staaten mit günstigen Steuersätzen, eine ungerechte Verteilung der Steuerlast zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern sowie eine ungleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Mitgliedsländer. ...
EU-Wettbewerbskontrolle: ... Die Europäische Kommission kontrolliert die Einhaltung der Wettbewerbsregeln, die im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft festgelegt wurden, u.a. Kartellverbot, Mißbrauch marktbeherrschender Stellung und Verbot wettbewerbsverzerrender staatlicher Subventionen.
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik: ... Auf internationaler Ebene soll die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eine eigene Identität der EU entwickeln. Sie umfaßt alle die Sicherheit der EU-Staaten betreffenden Fragen, darunter die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu einer koordinierten Strategie im Verteidigungsfall führen könnte.
Dennoch ist die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik keine einheitliche Politik. Jedes EU-Mitgliedsland bleibt für seine eigene Außenpolitik verantwortlich. ...
Rat der EU: ... Bei einstimmigen Entscheidungen oder einfachen Mehrheitsbeschlüssen hat jedes Land unabhängig von seiner Größe eine Stimme. Bei Beschlüssen mit qualifizierter Mehrheit haben die Länder entsprechend ihrer Größe unterschiedlich viele Stimmen. Einstimmige Beschlüsse sind erforderlich in bedeutenden Angelegenheiten wie Beitritt eines neuen Staates, Vertragsänderungen ...
Zwischen 1995 und Mitte 1998 wurde bei Entscheidungen des Rates der EU Deutschland am häufigsten überstimmt (40-mal). 27-mal befand sich Großbritannien in der Minderheit, 22-mal Italien, 20-mal Schweden. Die häufigen Abstimmungsniederlagen Deutschlands wurden auf mangelndes Verhandlungsgeschick und fehlende Koordination in der EU-Politik zurückgeführt. ...
Strukturfonds: Ziel der Strukturfonds ist die Überwindung der regionalen wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in der EU. ... 1994-99 wurden insgesamt 183 Mrd. Euro für die Regionalförderung ausgegeben. ...
Bis Ende 1999 gilt ein vielfach undurchsichtiges System von Zielgebieten und Gemeinschaftsinitiativen, das entscheidet, welche Projekte (Unternehmen, öffentliche Einrichtungen) gefördert werden. ...<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11/12 – 2000 berichtet später über das Buch "Third Way" des englischen Journalisten Michael Chapman (x853/...): >>**"Der Dritte Weg" - Sozialisten kontrollieren die EU**
"Keiner kann gleichzeitig ein aufrichtiger Katholik und ein wahrer Sozialist sein."
(Papst Pius XI.)
Die Europäische Union (EU) versucht, einen Überstaat zu schaffen, basierend auf einem "Dritten Weg", einer Mischung aus Kapitalismus und Sozialismus. Dieser "Mittlere Weg", auch als Interventionismus bekannt, bedeutet, daß die Regierung die Wirtschaft und die Kultur durch exzessive Regulierungen und Steuern kontrolliert. Nennen wir es Sozialismus "leicht".
Viele der Regelungen des "Dritten Weges" in der EU und die Menschen, die sie machen, wi-

dersprechen jedoch der Lehre der katholischen Kirche. Sie sollten somit gut im Auge behalten werden; denn Europa, einst die Wiege der Christenheit, bringt eine mächtige Kultur des Todes hervor.
Die kürzlich vom Europäischen Parlament verabschiedete Resolution zugunsten homosexueller "Ehen" und andere todbringende Politik "werden die westeuropäischen Länder und deren Völker in die Selbstzerstörung treiben", sagte Pater Richard Welch, Präsident von Human Life International. "Da dies alles gegen Gott und seine Gebote ist, stirbt der Glaube. Dies ist der schreckliche Spielplan des Todes."
Der "Dritte Weg" ist selbstzerstörerisch - in Europa und überall, wo er beschritten wird. Preiskontrollen bei der Gesundheitsvorsorge ... z.B. führen zu einer Rationierung des Gesundheitsdienstes. Oder betrachten wir es so: Für Teenager wird die Empfängnisverhütung als "Dritter Weg" verkauft zwischen denen, die Enthaltsamkeit befürworten und denen, die sexuelle "Freiheit" betreiben. Das wird als "Dritter Weg" zwischen Extremen angesehen.
Aber die Verhütung löst das Problem nicht; sie macht es schlimmer. Dann kommen die Befürworter des "Dritten Weges" mit weiteren Regelungen wie Abtreibung und Sterilisation (und weiteren Steuern), um dem Problem zu begegnen, das sie selbst verursacht haben. Und danach wird es noch schlimmer.
Es ist ein selbstzerstörerischer Teufelskreis, und es spielt keine Rolle, ob sich die Politik der Geburtenkontrolle, der "Rechte" der Homosexuellen, des Freihandels, der Gesundheit, Wohlfahrt oder Entwicklungshilfe annimmt. Der Interventionismus verzerrt die freiwillige Zusammenarbeit zwischen Menschen und Nationen, verschlimmert die Probleme und verschafft den "Dritte-Weg-Bereitern" ironischerweise eine Entschuldigung für noch mehr Regelungen, weitere Geldausgaben und den Ausbau der Bürokratie.
Das leitende Organ der EU, die Kommission, wird von Beamten der 15 Mitgliedstaaten gebildet und umfaßt derzeit 21 Kommissare.
Die Kommission überwacht mehr als 17.000 Bürokraten, gibt jährlich etwa 100 Milliarden Dollar aus und erläßt Tausende von Regelungen, welche die 376 Millionen Bürger betreffen. Das EU-Hauptquartier befindet sich in Brüssel, Belgien, in einem neuerbauten 1,2 Milliarden Dollar teuren Gebäude. Die EU-Währung, der Euro, entspricht in etwa dem Dollar. (Zum besseren Verständnis der enormen Größe der EU wird auf die Webseite verwiesen: www.europa.org.)
Sollte ein Mitgliedsstaat wie Deutschland seinen Anteil an "EU-Hilfe", d.h. Zuwendungen, einfordern, muß es sich nach der EU richten. Wer die Kapelle bezahlt, bestimmt die Musik. ...

Europa hat den sozialistischen Weg beschritten

Im vergangenen Jahr sagte die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher vor dem britischen Oberhaus: "Fast alle europäischen Staaten außer Spanien werden sozialistisch regiert. Die Sozialisten haben dies alles erreicht unter der Maske der Mäßigung. Dies kennzeichnet deren neuer Zugang als Dritten Weg. Doch leider führt dieser Dritte Weg nirgendwohin."
"Statt Verstaatlichung erreichen die neuen Utopisten den gleichen Sozialismus, indem sie zahllose Vorschriften einführen und alles, was sie können, kontrollieren. Die Kontrolle ist in der Europäischen Union allgegenwärtig, dafür gibt es eine Fülle von Vorschriften."
Diese verursachen zusätzliche Kosten, die auf Erzeuger und Verbraucher abgewälzt werden, was letztlich zu Arbeitslosigkeit führt, meint Thatcher. Die Arbeitslosenquote in den 15 Mitgliedsstaaten der EU beträgt im Durchschnitt 9 %. In Frankreich sind es mehr als 15 %. Im Vergleich dazu beträgt die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten 4 % und auf einigen Sektoren nur 2,3 %.
Die EU-Arbeitslosenquote sei der "wunde Punkt der industrialisierten Welt", sagte der Autor und Finanzanalytiker William Rees-Mogg.

Aber wenn der "Dritte Weg" der EU Arbeitslosigkeit verursacht, dann anscheinend auch Korruption - das Ergebnis eines politisch-ökonomischen Systems, das auf Zwang und Umverteilung der Einnahmen beruht. So sind im vergangenen Jahr alle 20 Mitglieder der Europäischen Kommission, dem zugleich gesetzgebenden (legislativen) und ausführenden (exekutiven) Organ der EU, zurückgetreten. Viele der Kommissare, die ernannt, nicht gewählt werden, haben Verschwendung und Betrug toleriert oder waren an Korruption und Mißmanagement, Vetternund Günstlingswirtschaft und massiver Geldverschwendung bei EU-Hilfsprogrammen beteiligt.

... Eine der am meisten kritisierten Kommissare ist Edith Cresson, eine Sozialistin. Die 20 neuen Kommissare sind, mit wenigen Ausnahmen, Sozialisten. Die meisten von ihnen haben niemals wirklich in der freien Wirtschaft gearbeitet oder ein eigenes Geschäft geführt. Sie haben entweder an steuerfinanzierten Universitäten oder in Regierungen gearbeitet.

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Neil Kinnock ist auch Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, einer neomarxistischen Gruppierung, die Verhütung, Abtreibung, Homosexualität und eine Menge anderer lebensfeindlicher Praktiken unterstützt. Kinnock ist auch ein langjähriges Mitglied der linksgerichteten Labour Party. Nach dem Verlassen der Hochschule in den 60er Jahren hat er bei verschiedenen Dienststellen der britischen Regierung gearbeitet.

Der Präsident der Europäischen Kommission Romano Prodi ist nach der Hochschule in die Akademie eingetreten. Seine weitere Karriere bei der Regierung begann in den späten 70er Jahren. Prodis politische Richtung ist Mitte links. (Prodi ist praktizierender Katholik und Kommunist. Die Bezeichnung "Mitte Links" ist noch verharmlosend.)

Der Kommissar Erkki Liikanen aus Finnland kam 1972 direkt von der Hochschule zur Regierung, er ist Sozialdemokrat. (Treffender wäre die Bezeichnung Sozialist)

Der belgische Kommissar Philippe Busquin ist Philosoph, der auf dem Gebiet "ökologische Führung" spezialisiert ist. Er begann seine Laufbahn als Lehrer und gehörte der Regierung seit 1977 an. Er diente 1992 der Sozialistischen Partei als Präsident und von 1995-97 der Europäischen Sozialistischen Partei als Vizepräsident.

Der deutsche Kommissar Günter Verheugen hat 1969 mit der Regierungsarbeit begonnen. Er ist im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und war 1997 Vorsitzender des Sozialistischen Internationalen Rates für Frieden, Sicherheit und Abrüstung.

Der französische Kommissar Pascal Lamy ist Mitglied der Sozialistischen Partei und langjähriger Bürokrat in der Regierung.

Der Ökonomie-Wissenschaftler Thomas DiLorenzo vom Loyola-College sagt: "Die große Mehrheit der Politiker, die der EU und der NATO vorstehen, sind Sozialisten."

Wie im HLI-Report vom letzten Monat dokumentiert, baut die EU eine Kultur des Todes auf und unterstützt antichristliche Gedanken und Praktiken. Dazu gehören:

Verhütung, Abtreibung, Euthanasie, Homosexualität und Sexualkunde, "Vielfalt" an Familienformen, Geburtenkontrolle und die International Planned Parenthood Federation (deren deutscher Zweig Pro Familia ist). John Klink, einer der UN-Spitzenunterhändler des Vatikans, bezeichnet die Tätigkeit der EU als "kulturellen Imperialismus", der auf die Zerstörung "der religiösen Überzeugungen aller andern" aus ist. Und der Ökonom und Autor Paul Craig Roberts betrachtet die EU als "Ergebnis von unbesonnenen Intellektuellen, die an ihrer Traumwelt bauen" und die, ob sie es wissen oder nicht, die Saat für künftige europäische Kriege aussäen".

Dies ist der selbstzerstörerische Pfad des "Dritten Wegs" – ein breiter Weg, dem die Vereinigten Staaten (und die Vereinten Nationen) in vieler Hinsicht folgen.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die hohen Zuschüsse für die osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten und die Steuerpolitik dieser Länder (x281/327-

328): >>... Europa ist aus Sicht der Investoren eine große Steueroase.
Der Wettbewerb der Finanzpolitiker trägt mittlerweile alle Züge einer Selbstzerstörung. Sie überbieten sich bei den Ansiedlungshilfen, unterbieten einander bei den Steuersätzen und versprechen investitionswilligen Firmen sogar, ihnen die Finanzaufsicht in den ersten Jahren vom Hals zu halten. Ausgerechnet bei der Geldbeschaffung leistet sich Europa eine Kleinstaaterei, die verblüffend ist.
Der Binnenmarkt kam, die Einheitswährung trat in Kraft, die Normierung von Produkttypen und Haftungsrechten ist weit fortgeschritten, nur die Steuergesetzgebung blieb in nationaler Hand. Die Steuerhoheit gilt als das zentrale Recht der Nation, weshalb sich die Finanzminister daran klammern.
Sie wollen nicht begreifen, daß die Globalisierung ihnen einen bösen Streich gespielt hat. Die nationalen Regierungen haben ihre Steuerhoheit genau dadurch verloren, daß sie sich daran klammerten. Sie wollten frei entscheiden und können genau das nicht mehr tun. Die europäischen Staaten sind heute frei nur noch nach unten; sie dürfen die Steuern denken, einfrieren oder abschaffen. Der umgekehrte Weg ist ihnen versperrt. Nur der Souveränitätsverzicht würde sie in die Lage versetzen, neue Souveränität zu erzeugen.
Das freilich ist leichter gesagt als getan. Osteuropa spielt in der Steuerpolitik eine unrühmliche Rolle. Alle Beitrittsstaaten aus dem Beitritt des ehemaligen Sowjetimperiums erhalten hohe Zuschüsse aus Brüssel, die ihren nationalen Haushalten Luft zum Atmen verschaffen. Die Polen bekommen doppelt so viel, wie sie einzahlen. Lettland erhält das Vierfache seines Einsatzes zurück. Das jetzige Europa ist für sie eine Spielbank mit Gewinngarantie.
Dieses Geld ermuntert die Regierungen, es gegen ihre Spender einzusetzen. Da die Staatsfinanzierung in Polen, Ungarn und andernorts auch dank der Brüsseler Zuwendungen schöne Extraeinnahmen verzeichnet, ging man daran, die Unternehmenssteuern zu senken.
So sollen Unternehmer angelockt und abgeworben werden, vor allem solche, die bisher in Westeuropa ihre Heimat hatten. Mittlerweile zählen die Unternehmenssteuern in Polen, Ungarn und Lettland zu den niedrigsten der Welt. Die Firmen müssen nur zwischen 15 und 20 Prozent des Gewinns an den Fiskus überweisen, derweil in Deutschland durchschnittlich 38,3 Prozent des Gewinns dem Staat zustehen. ...<<
Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtet später (im Jahre 2008) in seinem Buch "Diktatur Europa? Was darf man in Europa noch sagen?" über die Europäische Union (x861/...): >>**Europa als kommende Diktatur**
Was darf man in Europa noch sagen?
Die Vereinigten Staaten von Europa
In absehbarer Zeit wird es nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika geben, sondern auch die Vereinigten Staaten von Europa. Zugleich zeichnet sich in Gestalt der Vereinten Nationen (UNO) bereits eine Weltregierung ab - mit Weltparlament, Weltgerichtshof, Weltbank, Weltarmee und Weltpolizei.
Heutzutage umfaßt die Europäische Union bereits 27 Staaten vom Nordmeer bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis zum Bosporus. Nicht in allen Ländern wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie der Europäischen Union beitreten will. In mehreren Staaten regte sich starker Widerstand, so etwa in der Schweiz und in Norwegen, die momentan - aufgrund von Volksabstimmungen und gegen den Willen der Regierenden - noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind. Aber auch in mehreren bereits zur EU gehörenden Ländern ist es keineswegs sicher, ob diese nach dem künftigen Willen der Bevölkerungsmehrheit in der EU bleiben werden.
Von den Regierenden und hinter ihnen stehenden Interessengruppen jedoch wird in der überwiegenden Zahl der Staaten der EU-Beitritt propagiert und forciert, so etwa auch in der islamisch dominierten Türkei, deren Beitritt weithin umstritten ist. Der Wille zur Vereinigung ist

- zwar gegen den Willen zahlreicher einzelner Bürger, aber gemäß dem Willen der Mächtigen - da und wird sich daher wohl auch vollends durchsetzen.
Dies entspricht auch der biblischen Prophetie, welche die Entstehung eines antichristlichen Einheitsreiches am Ende der Zeiten voraussagt. Die Frage ist nur: Wird dieses Einheitsreich eine regional begrenzte Größe (z.B. Europa) oder ein weltweiter Verband sein? Meine These, die ich in verschiedenen Publikationen ("Europa - das wiedererstehende Römische Reich?", 2005; "Diktatur Europa?", 2008) ausführlich begründet habe, lautet:
Das wiedererstehende Römische Reich besitzt sein maßgebliches religiöses Zentrum in Rom. Es umfaßt aber am Ende die gesamte Welt und Menschheit, denn die Herrschaft des Antichristen und seines falschen Propheten wird eine weltweite Erscheinung sein.
Es heißt im Wort Gottes:
"Die ganze Erde wunderte sich über das Tier, und sie beteten den Drachen an, weil er dem Tier Macht gab, und beteten das Tier an ... Und ihm wurde Macht gegeben über alle Stämme und Völker und Sprachen und Nationen. Und alle, die auf Erden wohnen, beten es an, deren Namen nicht vom Anfang der Welt an geschrieben stehen in dem Lebensbuch des Lammes, das geschlachtet ist" (Offenbarung 13, 3 ff.)

Die weltanschaulichen Grundlagen der Europäischen Union

Im VERTRAG ÜBER EINE VERFASSUNG FÜR EUROPA PRÄAMBEL heißt es:
"Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas, deren Werte in seinem Erbe weiter lebendig sind und die zentrale Stellung des Menschen und die Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit seiner Rechte sowie den Vorrang des Rechts in der Gesellschaft verankert haben ... (sind die Hohen Vertragsparteien nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:)"
In Artikel 2 der EU-Charta werden "Die Werte der Union" beschrieben:
"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet."
Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont.
Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und (Sach-)Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden. Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:
"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."
Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? Bei einer üblen Beschimpfung (die in der Tat abzulehnen und zu ahnden ist) - oder aber bereits bei einer von der Bibel her gebotenen sachlichen Kritik? Darf ein Christ etwa nicht mehr sagen: "Wer einer nichtchristlichen Religion anhängt, kann gemäß Johannes 14,6 nicht zu Gott dem Vater kommen." Oder: "Wer Homosexualität praktiziert, tut

Sünde."?
Hier tut sich ein Konflikt zwischen dem "Nichtdiskriminierungs-Gesetz" und der ebenfalls (bisher) gesetzlich verankerten Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit auf, der den Juristen noch viel zu schaffen machen könnte.

Die Ziele der Homosexuellen-Bewegung

Janet L. Folger hat im Jahr 2005 in den USA ein bemerkenswertes Buch veröffentlicht mit dem Titel: "The Criminalization of Christianity". "Read this, before it becomes illegal!", ist der Untertitel. Zu Deutsch: "Die Kriminalisierung des Christentums". "Lesen Sie dieses Buch, bevor es illegal (ungesetzlich) wird!" Sie schreibt darin: "Das letztendliche Ziel der Homosexuellen-Bewegung ist die Kriminalisierung des Christentums." Auf Seite 82 und 83 veröffentlicht sie die weltweit propagierte Homosexuellen-Agenda, die bereits am 25. April 1993 bei einem "Gay Pride March" - das heißt zu Deutsch etwa "Schwulen-Stolz-Marsch" - in Washington D.C. ganz offiziell verabschiedet wurde. Darin heißt es:
"1. Alle Sodomiegesetze sollen aufgehoben und alle Formen von sexueller Ausdrucksweise, einschließlich Pädophilie (Kinderschändung; L. G.), legalisiert werden."
"2. Die Verteidigungshaushaltsgelder sollen umgewandelt werden, um Aidspatienten medizinische Versorgung zu ermöglichen."
Das mag ja noch akzeptabel sein. Aber dann heißt es auch: "… um Geschlechtsumwandlungsoperationen vorzunehmen." Vor einiger Zeit hat sich z.B. in den USA eine methodistische "Pastorin" umwandeln lassen in einen "Pastor".
3. Die gleichgeschlechtliche Ehe und Adoption … soll legalisiert werden.
4. Homosexuelle Erziehungsprogramme sollen auf allen Ebenen der Erziehung, einschließlich Grundschulen, eingeführt oder angeboten werden.
5. Verhütungs- und Abtreibungsdienste sollen verfügbar gemacht werden für alle Personen, unabhängig vom Alter (auch schon für minderjährige Mädchen; L. G.).
6. Steuerzahlermittel sollen eingesetzt werden für künstliche Besamung von Lesben und Bisexuellen.
7. Religiös begründete Äußerungen bezüglich Homosexualität sollen verboten werden.
8. Organisationen wie die Pfadfinder sollen dazu gebracht werden, homosexuelle Gruppenführer zu akzeptieren."
Wir wollen natürlich dem einzelnen homosexuell empfindenden Menschen seelsorgerlich helfen und beistehen, damit er zur biblischen Orientierung der Heterosexualität findet, die Gott uns schöpfungsgemäß geschenkt hat und wozu Er uns in Seinem Wort anweist. Ich sehe es allerdings als ein Zeichen der endzeitlichen Entwicklung an, daß der "Mensch der Sünde" sich immer mehr auf den Thron Gottes zu setzen versucht (2. Thessalonicher 2), auch in dieser Form. Und dazu gehört nicht nur dieses: Propagierung sexueller und anderer Unmoral, sondern gleichzeitig wird auch gesagt: Man muß die "Fundamentalisten" (dazu werden auch bibeltreue Christen gerechnet) mundtot machen bzw. "zähmen".
Dieser Begriff ("die Fundamentalisten zähmen") stammt von Robert Muller, der über 30 Jahre Vizesekretär der Vereinten Nationen gewesen ist. Robert Muller, ein Elsässer, arbeitet seit Langem an dem Projekt einer "Eine-Welt-Regierung" ("One World Government") und "Eine-Welt-Kirche" ("One World Church"). "Mein Traum", sagt er, "ist es, eine riesige Allianz zwischen allen Hauptreligionen dieser Welt und den Vereinten Nationen aufzubauen".
Muller ist ein typischer New-Age-Denker. Er arbeitet mit den Theosophen in der Blavatskyschen und Besantschen Tradition zusammen an diesem Ziel. Er sagt weiter: "Aber da ist nur ein kleines Problem: das sind diese verdammten Christen ('damned Christians')." Und weiter: "Friede wird nur entstehen durch die 'Zähmung' des Fundamentalismus." Er versteht darunter das Christentum, das an der Heiligen Schrift als wortwörtlich inspiriert (jedenfalls im Urtext) festhält.

Beispiele für eine beginnende Christenverfolgung in Europa

Harry Hammond, ein 67 jähriger Engländer, hielt vor einigen Jahren in einem englischen Park ein Schild hoch, darauf war zu lesen: "Stoppt Unmoral! Stoppt Homosexualität! Stoppt Lesbianismus!" Und was geschah?

Homosexuelle sahen das, telefonierten miteinander, und es kam eine ganze Gruppe, die ihn zuerst lächerlich machte und dann tätlich angriff und zu Boden schlug. Dann riefen sie sogar die Polizei selber herbei. Wen nahm die Polizei daraufhin fest? Diesen 67-jährigen älteren Bruder! Diesen klagten sie an und sagten, sein Schild sei ein illegales Zeichen, er habe damit die Leute provoziert, und das dürfe man heute nicht. So sind heute schon die Gesetze umgeändert!

In Schweden wurde im Herbst 2002 mit großer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, welches unter anderem für kritische Äußerungen über Homosexualität oder Homosexuelle eine Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren vorsieht. Dies soll auch dann gelten, wenn sich derjenige, der sich kritisch zur Homosexualität äußert, auf Bibelstellen beruft, wie z. B. auf Römer 1, 26; 1. Korinther 6, 9 - 11 und andere. Die Bibel soll wohl noch zitiert werden dürfen, aber - und dies ist der springende Punkt - sie soll nicht mehr als auch für unsere Zeit verbindliches Wort und Gebot Gottes ausgelegt und verkündigt werden.

Sie soll also zum historischen Archiv herabgesetzt (oder soll man sagen: diskriminiert) werden. Hierin erkennen wir die Absicht des Teufels und des Antichristen, uns weg von Gott und Seinem Wort zu ziehen und die, welche an Gottes Wort festhalten, auszugrenzen und in Verfolgung zu stürzen.

Es gab in Schweden im Hinblick auf das oben erwähnte Gesetz einen Präzedenzfall (Musterfall): Der Pastor einer freikirchlichen Gemeinde namens "Ake Green" bezeichnete in einer Predigt Homosexualität und andere abnorme Neigungen als Sünde und als "Krebsgeschwulst am Körper unserer Gesellschaft". Außerdem sagte er, jeder der zu Jesus Christus umkehrt und seine Kraft in Anspruch nimmt, könne davon geheilt werden. Für diese Äußerungen wurde Ake Green angezeigt.

Der Rechtsstreit durchlief mehrere Instanzen. Der Pastor hat durch Gottes Gnade vor dem höchsten Gericht Schwedens in letzter Instanz gewonnen. Das Gericht entschied, daß seine Äußerung durch das Recht auf Religions- und Meinungsfreiheit gedeckt ist. Daraufhin wollen nun die liberalen (scheinliberalen) Parteien in Schweden das Antidiskriminierungsgesetz verschärfen. Bisher aber ist die Entscheidung des Gerichtes ein wichtiger Präzedenzfall, auf den wir uns in Europa eventuell berufen können.

Ein Fall aus neuester Zeit: Im Februar 2008 hat das Amtsgericht von Cardiff (Großbritannien) den anglikanischen Bischof von Hereford, Anthony Priddis, zu einer Geldstrafe von 47.345 Pfund (umgerechnet 63.540 Euro) verurteilt. Sein "Vergehen": Der Bischof hatte einem Homosexuellen die Anstellung als Jugendmitarbeiter verweigert, weil er gemäß der christlichen Sexualmoral handeln wollte, die allein die Ehe von Mann und Frau als Ort geschlechtlicher Gemeinschaft vorsieht. Zusätzlich zu dieser immensen Geldstrafe verurteilte das Gericht den Bischof und seine Mitarbeiter zur Teilnahme an einem "Gleichberechtigungs-Training" mit dem Ziel der Umerziehung!

Ähnliche Fälle nehmen inzwischen weltweit zu (z.B. auch in Südafrika, USA und Kanada; vgl. die Beispiele in meinem Buch "Diktatur Europa"). Besondere Schlagzeilen gab es in Deutschland im Frühjahr 2008 im Blick auf den Jungendkongreß Christival. Ein "Homo-Heilungs-Seminar", das dort ursprünglich angeboten war, wurde aufgrund finanzieller Abhängigkeit von der Bundesregierung und starken öffentlichen Drucks der Grünen und Homosexuellen-Verbände aus dem Programm genommen.

Die Europäische Verfassung und Gesetzgebung

Die deutsche Tageszeitung "Die Welt" veröffentlichte schon mehrfach gemeinsame Artikel

des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog zusammen mit Lüder Gerken. Roman Herzog war von 1994 bis 1999 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und vorher, von 1987 bis 1994, Präsident des deutschen Bundesverfassungsgerichts. Er hat sogar bei der EU-Charta mitgewirkt, und zwar als Leiter derjenigen Kommission, die die EU-Charta entworfen hat! Und was sagt er heute?

Roman Herzog schreibt in der WELT AM SONNTAG vom 14.1.2007: "Die Europäische Union gefährdet die parlamentarische Demokratie in Deutschland." Und weiter: "Die Menschen in Deutschland sind weiter, als mancher Politiker meint.

Die meisten Menschen stehen der europäischen Integration im Grundsatz positiv gegenüber. Gleichzeitig aber beschleicht sie das immer mächtiger werdende Gefühl, daß da etwas nicht stimmt; daß eine intransparente, komplexe und verflochtene Mammut-Institution entstanden ist, die, losgelöst von Sachproblemen und nationalen Traditionen, immer weitere Regelungsbereiche und Kompetenzen an sich zieht." Er spricht in seinem Artikel immer wieder von der Zentralisierung aller Kompetenzen. Es wird alles immer mehr in einem Machtzentrum zusammengezogen, wie wir diesen Zentralismus in der Vergangenheit auch schon in verschiedenen Staaten erleben mußten.

Europarat verurteilt biblische Schöpfungslehre

Nun kommt ein weiterer klarer Beweis dafür, daß sich die Europäische Union insgesamt immer mehr in Richtung "Gesinnungsdiktatur" entwickelt. Die parlamentarische Versammlung des Europarats hat am 4. Oktober 2007 eine Resolution veröffentlicht unter der Überschrift: "Die Gefahren des Kreationismus in der Erziehung." Kreationismus (von lat. creatio = Erschaffung) ist die biblische Schöpfungslehre - also die Lehre, daß Gott die Welt in 6 Tagen so geschaffen hat, wie es Sein Wort sagt, und am 7. Tag ruhte. Wie wird in dieser Resolution formuliert?

Man höre genau hin, wie sich politische Gremien in weltanschauliche, glaubensmäßige Entscheidungen einmischen. Politiker bestimmen über das, was man in dem Zusammenhang auch in Schulen unterrichten darf. Es heißt wörtlich: "Wenn wir nicht aufpassen, könnte der Kreationismus eine Bedrohung für die Menschenrechte werden, die eine zentrale Angelegenheit des Europarates darstellen."

Wir sind also - wie in altrömischer Zeit - Feinde des Menschengeschlechts, wenn wir die Bibel noch ernst nehmen.

Und dann heißt es - jetzt wird es immer gravierender -: "Die Evolutionslehre zu verleugnen, kann ernsthafte Konsequenzen haben für die Entwicklung unserer Gesellschaften … Der Krieg gegen die Evolutionstheorie und ihre Vertreter gründet sich meistens in Formen von religiösem Extremismus, der eng verbunden ist mit extremen rechtsradikalen politischen Bewegungen."

Jetzt sind wir als bibeltreue Christen in der Nazi-Ecke - und das, obwohl z.B. ich selber alles andere als ein Nazi bin. Ich habe z.B. die israelische Nationalhymne für Musikverlage ins Deutsche übersetzt und verschiedenes andere für Israel getan. Aber ich sage das als Beispiel dafür, wie schnell man in diese Ecke gedrängt wird.

Das wiedererstehende Römische Reich und die Römisch-Katholische Kirche

Nicht nur politische Mächte fast jeder Couleur, sondern auch ökumenische Organisationen und die Römisch-Katholische Kirche spielen eine wichtige Rolle bei der Vereinigung Europas und der gesamten Menschheit.

Dies hat sich etwa bei den bisher durchgeführten Stuttgarter Europatagen unter großer katholischer und ökumenischer Beteiligung (auch von Charismatikern und Evangelikalen!) gezeigt. Und doch mündet die religiöse Schiene beim Einigungsprozeß gemeinsam mit der politischen Schiene letztlich in Rom. Auffallenderweise wurde am 29. Oktober 2004 die Verfassung der Europäischen Union von Staats- und Regierungschefs aus 25 Ländern auf dem Kapitol in

Rom unterzeichnet. Radio Vatikan kommentierte:
"Den Text der Verfassung, der völlig ohne die Worte 'Gott' oder 'Christentum' auskommt, unterzeichnen alle - Ironie der Geschichte - unter einer großen, historischen Papststatue."
War dies wirklich nur eine Ironie der Geschichte? Warum hat man denn gerade diesen symbolträchtigen Ort gewählt? Hat der Vatikan vielleicht doch mehr mit der Vereinigung Europas zu tun, als viele denken? Am 30.10.2004 jedenfalls, einen Tag nach der Unterzeichnung, wurde der Papst mit folgenden Worten zitiert:
"Der Heilige Stuhl und ich persönlich haben diesen Erweiterungsprozeß unterstützt, damit Europa mit seinen zwei Lungenflügeln atmen kann: dem Geist des Westens und dem Geist des Ostens."
Immer wieder hat Johannes Paul II. (Karol Wojtyla) seinen Willen zur europäischen und weltweiten Vereinigung unüberhörbar bekundet, so z.B. bei dem interreligiösen Friedensgebetstreffen in Assisi im Oktober 1986 oder bei seiner Ansprache an die südwestdeutschen Bischöfe vom 21.12.1992. Dabei sagte er:
"Ich begrüße Eure Initiative, sich der umfassenden Herausforderung des europäischen Einigungsprozesses, gemeinsam mit den Katholiken in allen Ländern Europas, zu stellen. Dabei bin ich sicher, daß ihr wie bisher die Aufgaben in dem noch umfassenderen Einigungsprozeß auf dem Weg zur einen Welt nicht aus den Augen verlieren werdet."
Ebenso äußerte sich Wojtylas Nachfolger im Papstamt, Benedikt XVI., bereits im Jahre 1995 (noch als Joseph Kardinal Ratzinger):
"Der Gedanke der Nation muß durch den europäischen Gedanken ergänzt und erweitert werden, der wiederum in die weltweite Verantwortung aller Kulturen füreinander in der einen Welt einzufügen ist."
Nach katholischer Vorstellung ist Maria die Herrin Europas. Hier sei erwähnt, daß Otto von Habsburg, ein überzeugter Katholik, jahrzehntelang sowohl der Paneuropa-Union als auch dem "Orden vom Goldenen Vlies" vorstand, der Maria geweiht ist. Papst Pius XII. hatte bereits am 24.12.1941 den Appell ausgegeben, "ein neues Europa und eine neue Welt aufzubauen". Immer wieder haben "Marienerscheinungen" - in Wirklichkeit "spiritistische Phantome" (E. M. Slade) - über ihre Medien dazu aufgerufen, Europa und die Welt zu vereinigen und diese "dem Herzen Marias zu weihen".
Obwohl manche denken, Papst Benedikt XVI. sei "reformatorischer" als seine Vorgänger, darf man sich doch über seine tiefreichende katholische Prägung und unbiblische Marienverehrung keine Illusionen machen. So versprach er z.B. den Teilnehmern des Weltjugendtages in Köln im August 2005 unter bestimmten Voraussetzungen einen Ablaß (!) ihrer zeitlichen Sündenstrafen im Fegefeuer. Und so hielt er wenige Tage vor diesem Kölner Großereignis in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo eine Ansprache anläßlich der "Himmelfahrt Marias", in der er ausführte:
"Wie Christus mit seinem verherrlichten Leib von den Toten auferstanden und in den Himmel aufgefahren ist, so wurde die ihm voll zugesellte Jungfrau mit ihrer ganzen Person in die himmlische Herrlichkeit aufgenommen ...
Ich bitte die in den Himmel aufgenommene Jungfrau Maria um ihren Beistand für die jungen Teilnehmer des Weltjugendtages ... In und mit Gott ist sie jedem von uns nahe, kennt unsere Herzen, kann unsere Gebete hören, kann uns mit ihrer mütterlichen Freundlichkeit helfen und ist uns gegeben, wie der Herr sagte, als eine Mutter, zu der wir uns in jedem Augenblick wenden können. Sie hört uns immer zu, ist uns immer nahe und besitzt als Mutter des Sohnes Anteil an der Macht des Sohnes und seiner Gottheit."

Gott mehr gehorchen als den Menschen

In all diesen Entwicklungen wird der Vers in Apostelgeschichte 5, 29 wichtige Bedeutung erlangen: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen. Zwar wollen wir nach Römer 13

gehorsame und treue Untertanen der Obrigkeit sein, aber die Bibel lehrt uns auch die Grenze dieses Gehorsams.
Wir sollen nicht einfach die Köpfe in den Sand stecken, sondern Widerstand leisten, so lange es noch möglich ist. Und wenn sie uns ins Gefängnis stecken, dann sollen wir auch dazu bereit sein.
Janet Folger ruft in ihrem Buch "The Criminalization of Christianity" dazu auf, solange es noch Zeit ist, Einfluß zu nehmen in den Schulen, in Gesetzgebungen, in Massenmedien, den Wissenschaften, auf musikalischem Gebiet, auch zusammenzuarbeiten, so weit es möglich ist, aber nicht um den Preis der Wahrheit. Ich bin nicht für eine große Koalition aller Konfessionen, wie es manche jetzt propagieren, aber für ein Zusammenstehen derer, die wirklich wiedergeboren sind durch den Geist Gottes, auch bei allen Unterschieden, die es in einzelnen Lehrfragen gibt.
Und vor allem: Wir sollten uns abwenden von einer Abwehrhaltung hin zu einer offensiveren Haltung. Janet Folger schreibt: "Immer wieder werden die Begriffe uns übergestülpt. Wir werden als engstirnig hingestellt, als intolerant, als vorgestrig, als gesetzlich, und die anderen präsentieren sich dar als fortschrittlich, als modern, als tolerant, als pluralistisch."
Nein, wir sollen ganz klar sagen, daß wir nur das Beste vertreten, daß wir die beste Botschaft haben für die Menschen, damit sie wirklich heil werden und auch ins Reine kommen mit Gott, und damit auch ihr eigenes Leben wieder eine ganz neue Basis bekommt durch unseren Erlöser und HERRN Jesus Christus. Möge Gott der HERR uns dazu noch Zeit und Gnade schenken. Und möge uns der HERR Jesus Kraft schenken, wenn es einmal wieder auch für uns etwas kosten sollte, Christ zu sein.<<
Kurt Quadflieg berichtet im Jahre 1999 in seinem Buch "SODOM UND GOMORRAH HEUTE" (x913/…): >>**SODOM UND GOMORRAH HEUTE**
Im Vorfeld der Apokalypse …
Es wird sein wie in den Tagen Lots: Sie aßen und tranken, sie kauften und verkauften, pflanzten und bauten, bis zu dem Tag, als Lot die Stadt Sodom verließ. Da regnete es Feuer und Schwefel vom Himmel, und alle kamen um. Genau so wird es an dem Tag sein, an dem der Menschensohn erscheint (Lukas 17, 28-30).
Gott hat die Städte Sodom und Gomorrah zum Untergang verurteilt und sie in Schutt und Asche sinken lassen. Er hat an diesem Beispiel gezeigt, wie es den Gottlosen ergehen wird (2. Petrus 2, 6).
VORWORT
Dieses Buch ist eine Herausforderung an alle wiedergeborenen Christen, in einer Zeit zunehmender gesellschaftlicher Verfallserscheinungen das Evangelium aggressiver und konsequenter zu präsentieren. Wir dürfen dem Zeitgeist nicht erliegen und einer falsch verstandenen Toleranz zu huldigen.
Wo staatliches Gesetz und Recht der Heiligen Schrift und den Geboten Gottes zuwiderlaufen, müssen wir unsere Stimme dagegen erheben ist Verweigerung angesagt. Wir Christen wollen "der Stadt Bestes" (Jeremia 29, 7) und dasselbe auch für unser Land und Volk. Deshalb beten wir für alle Menschen, insbesondere für alle Regierenden, wie es uns die Schrift gebietet. Das heißt aber nicht, daß diese ihr Tun nicht auch messen und beurteilen lassen müssen an dem Wort der Wahrheit, der Heiligen Schrift.
In dem vorliegenden Buch werden Fakten angemahnt, die sicherlich nicht den Beifall eines jeden finden werden. Wer jedoch im glaubensgestärkten Aufblick zu seinem Herrn den Tod nicht fürchtet, ist nur schwer zu erschrecken. "Denn Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Zucht" (2. Timotheus 1, 7).
Gottlob Ling, Pforzheim, Verleger
ZUM GELEIT

Hesekiel, der dritte große Prophet des Alten Testaments, war von Gott dazu berufen, das Volk Israel zu warnen. "Sie sind ein widerspenstiges Volk, das sich gegen mich auflehnt … frech und trotzig … Sage die Botschaft von mir weiter, damit sie wissen, was auf sie zukommt", lesen wir dazu im 3. Kapitel des Buches Hesekiel. Und im Vers 18 auferlegt Gott dem Propheten noch einmal ganz deutlich die persönliche Verantwortung für das Schicksal der Menschen seines Volkes: "Wenn ich dem Gottlosen sage: Du mußt des Todes sterben! und du warnst ihn nicht, damit er am Leben bleibe so wird der Gottlose um seiner Sünde willen sterben, aber sein Blut will ich von deiner Hand fordern."
Bei dieser eindringlichen Warnung Gottes geht es im Hintergrund um die Katastrophe, die Jerusalem kurz darauf treffen sollte, als Folge der Gottlosigkeit der Menschen. Auch in unseren Tagen gebietet uns die Bibel ein Wächteramt, das uns veranlassen soll, die Mißstände und das Unrecht in der Welt aufzudecken und die Menschen vor dem drohenden Absturz in die Katastrophe zu bewahren.
Wir leben heute in ähnlichen Verhältnissen wie damals die Israeliten, bevor Gott sein Strafgericht über dieses Volk aussprach und es in die Gefangenschaft nach Babylon verschleppen ließ. Die Parallelität mit unserer heutigen Welt ist unübersehbar.
Die fast unbeschreibliche sittliche Verwahrlosung in unseren Tagen entspricht in zunehmendem Maße den erschreckenden Verhältnissen im damaligen Jerusalem, das in Hesekiel 16 mit einem treulosen Weib verglichen wird. Infolge der schändlichen Abtrünnigkeit von Gott seien dort die Zustände schlimmer als in Sodom gewesen. Dabei wird in der Bibel die Allegorie mit verblüffender Offenheit durchgeführt, weil wohl nur durch eine stellenweise schockierende Darstellung die damaligen Verhältnisse, die ganze Dekadenz der Gesellschaft, beschrieben werden konnte.
Als wäre man aus dem Jerusalem vor zweieinhalbtausend Jahren in eine Großstadt unserer Tage versetzt, lesen wir im Buch des Propheten: "An jeder Straßenecke hast du deine Hurenlager aufgeschlagen und hast deine Schönheit in den Schmutz gezogen. Du warst unersättlich und … du hast deinen Ehemann mit fremden Männern betrogen, und während man eine Hure bezahlt, da hast du deine Liebhaber noch mit Geschenken angelockt. … Ich verfahre mit dir, wie es das Gesetz für eine Ehebrecherin und Mörderin vorschreibt. Weil du meinen Zorn gereizt und meine Eifersucht geweckt hast, verurteile ich dich zum Tod."
Das angedrohte Gericht ist dann über diese entartete Generation auch unerbittlich hereingebrochen. Auch heute, in unseren Tagen, hat die totale Demontage moralischer Werte bereits Ausmaße erreicht, die an die Verhältnisse zur Zeit Hesekiels und die vor der Sintflut erinnern, wo Gott wegen des schamlosen Treibens der Menschen sagen mußte: "Ich will sie vertilgen von der Erde …" (1. Mose 6, 7).
Die Boshaftigkeit der Menschen ist heute dieselbe wie in biblischen Zeiten und sie eskaliert augenscheinlich. Politisch, moralisch und auch religiös befindet sich diese Welt, die mit atemberaubendem Tempo ihrem Ende zugeht, in den Fängen antichristlicher Machenschaften. Es ist längst Mitternacht auf der Weltenuhr.
Als die Jünger Jesu auf dem Ölberg in Jerusalem ihren Herrn fragten, was das Zeichen sein wird für sein Kommen und für das Ende dieser Weltzeit, da verwies er auf eine Reihe von Drangsalen, die über all jene kommen werden, die den Sohn Gottes abgelehnt haben. Und weil auch die Gottlosigkeit überhand nehmen und die Liebe unter den Menschen verkümmern wird, wird es eine Zeit moralischer Verdorbenheit wie nie zuvor sein. In diesen Tagen leben wir bereits. Dies zeichnen auch die Bilder und Geschehnisse in den nachfolgenden Kapiteln dieses Buches.
Jesus hat uns nachdrücklich aufgefordert, auf die Zeichen der Zeit zu achten, und im Gleichnis vom Feigenbaum kleidet er seine Mahnung zur Wachsamkeit in die Worte: "Denn wie es in den Tagen Noahs war, so wird auch sein das Kommen des Menschensohnes" (Matthäus 24,

36-40). Auch Paulus und andere Apostel haben die Mißstände und den Abfall vom Glauben angeprangert, der am Ende der Zeiten in nie zuvor dagewesenem Ausmaß vorherrschen wird. Sie haben unablässig gegen die Zersetzung und Auflösung der Gebote Gottes gepredigt. Dies verpflichtet auch uns, im Gehorsam dem Wort Gottes gegenüber zu warnen und auf die Zustände hinzuweisen, die die prophetischen Aussagen der Schrift bereits überdeutlich kennzeichnen.

Den Charakter unserer Zeit kann nur derjenige richtig erkennen, der die Heilige Schrift kennt. Der natürliche Mensch versteht nichts vom Geist Gottes, sagt uns die Bibel. Er kann hinter dem vordergründigen Geschehen nicht die unheimlichen Entwicklungen im Hintergrund durchschauen. Allein der Heilige Geist führt in alle Wahrheit.

Christen wissen, die Bühne für das letzte große apokalyptische Szenarium ist vorbereitet und sämtliche Mitwirkenden haben bereits ihre Plätze eingenommen. Was wir heute erleben, ist die größte Manifestation von Gottlosigkeit, Ungerechtigkeit, Zügellosigkeit und moralischer Entartung, die die Welt je gesehen hat. Der Schriftsteller **Wolfgang Borchert** hat dies einmal auf den Punkt gebracht: **"Wir sind die Generation ohne Grenze, ohne Hemmung und Behütung. Wir sind die Generation ohne Gott."**

Aus der Fülle der aktuellen Themen, in bezug auf den Zustand der völligen Degeneration unserer Gesellschaft, konnten in diesem Buch natürlich nur Fragmente zur Illustration angeführt werden. Das tatsächliche Ausmaß der Sündhaftigkeit und Gottabwendung kann bestenfalls erahnt werden. - Der Verfasser

Welt ohne Gott

Vor einiger Zeit las man in christlichen Zeitschriften Schlagzeilen wie: "Gott hat in Deutschland die Mehrheit verloren." Oder: "Nur noch ein geringer Prozentsatz glaubt an Gott." Die Gottlosigkeit schreitet in unserem Land immer weiter voran. Der Mensch hat sich von Gott emanzipiert. Er hat Gott ganz einfach abgeschrieben, will nichts mehr mit ihm zu tun haben. Er hat den lebendigen Gott durch die Götzen unserer Tage ersetzt. Heute wird nur noch der Lebensstandard angebetet.

Selbst vor den Kirchen macht der Atheismus nicht halt. Während nur 26 Prozent der Bundesbürger an Jesus Christus glauben, wird er lediglich noch von etwas mehr als der Hälfte der Kirchenmitglieder als Sohn Gottes anerkannt. Die meisten Menschen sind nicht in der Lage, auch nur die Hälfte der Zehn Gebote anzugeben oder die vier Evangelien zu benennen. Sieben von zehn Deutschen wissen nicht, wer die Bergpredigt gehalten hat. Traditionelle christliche Wertvorstellungen und Glaubenssysteme bleiben zunehmend auf der Strecke.

Der ehemalige britische Missionar in Indien, Leslie Newbigin, sieht in der herausforderndsten missionarischen Aufgabe unserer Zeit die Mission in den westlichen Ländern. Er schreibt: "Der größte Teil Westeuropas ist im Bann eines aus der Ablehnung des Christentums entstandenen Heidentums. Dieses postchristliche Heidentum ist daher weitaus schwieriger zu durchdringen und resistenter gegenüber dem Evangelium als das prächristliche Heidentum, mit dem sich die Missionare der letzten 200 Jahre im Ausland zu befassen hatten."

Zu dieser erschütternden Tatsache kommt, daß inzwischen auch die Geistlichkeit in zunehmendem Maß Abschied vom Christentum genommen hat. Humanismus und zerstörerische Bibelkritik unterhöhlen den Glauben unserer Väter. Die neutestamentliche Lehre wird von der liberalen Theologie verdrängt und macht immer stärker einem volkskirchlichen Pluralismus Platz.

Immer mehr maßgebliche Kirchenführer verneinen neuerdings sogar den Absolutheitsanspruch Christi. So zum Beispiel die Generalsekretärin der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK), die unter anderem aufforderte, die Lehrverurteilungen zwischen den Religionen aufzuheben und eine "Toleranzerziehung in den eigenen Reihen durchzuführen". Zur ACK gehören sämtliche evangelische Landeskirchen und fast alle Freikirchen sowie die ka-

tholische und orthodoxe Kirche.
Ein weiterer prominenter Vertreter der Kirchenhierarchie, der mit dem Absolutheitsanspruch Christi Schwierigkeiten hat, ist der ehemalige Ratsvorsitzende der EKD Klaus Engelhardt. Als er in einem Interview gefragt wurde, was im innerreligiösen Dialog der Absolutheitsanspruch des Christentums, wie er im Neuen Testament zum Ausdruck kommt, überhaupt noch bedeute, da meinte der Kirchenobere, daß dies unter keinen Umständen bedeuten würde, "den anderen zu vereinnahmen". Mit einer solchen Feststellung wird der Missionsbefehl Jesu, der in der Bibel als betont vordringlich gilt, offen sabotiert.
Bei den ökumenischen Einheitsbestrebungen für eine antichristliche Weltreligion wird Jesus Christus, der von sich sagte, daß nur er die Wahrheit ist, natürlich immer mehr zum Störfaktor Wenn aber an die Stelle der Heiligen Schrift und ihrer von Gott gegebenen Aussagen ein anderes Evangelium tritt, dann gerät die Kirche unweigerlich in Gefahr, zu einer Institution Satans zu werden.
Engelhardt, der sich als einen "modernen Menschen" bezeichnete, sagte in dem genannten Interview weiter: "Ich selbst bin dankbar, daß ich in meinen Studien die historisch-kritische Auslegung der Bibel kennengelernt habe. ..." Es verwundert somit auch keineswegs, daß gerade unter seiner Amtszeit der christliche Grundkonsens, auf dem unsere Gesellschaft jahrhundertelang aufgebaut war, immer mehr abgebröckelt ist.
Bei der weiteren Frage: "Wenn Sie jetzt ein Moslem fragt, ob er auch in seinem Glauben selig werden kann, oder ob er dazu unbedingt Christ werden müsse, was würden Sie ihm antworten?" wand sich Engelhardt mit den bezeichnenden Worten: "Ich werde hier nicht einfach mit ja oder nein antworten …" Also auf jeden Fall kein Ja, was natürlich auch eine unmißverständliche Antwort ist. Es ist angebracht, sich an dieser Stelle daran zu erinnern, daß Jesus einmal gesagt hat: "Wer nicht für mich ist, ist gegen mich. ..."
Das gilt übrigens auch für die Hamburger Bischöfin Maria Jepsen, die nicht nur als schriftverachtende Feministin und für ihr Engagement für die "gesellschaftlichen Randgruppen" der Schwulen und Lesben bekannt ist. Darüber hinaus lehnt sie den Absolutheitsanspruch des Christentums mit der Bemerkung ab, das sei "Glaubensarroganz".
Einer der mit ihr sympathisierenden Pfarrer und Synodale der Nordelbischen Kirche hat ein Buch geschrieben, in dem auch er die Christen auffordert, ihren Absolutheitsanspruch aufzugeben. Jesus Christus sei nur "einer von vielen. … Im Rahmen eines spirituellen Supermarktes wird Christus gleichgestellt mit Religionsstifter und Idolen wie Buddha, Mohammed, dem Dalai Lama und Prinzessin Diana.
Ich las dieser Tage in einer christlichen Zeitschrift von einem Mann, der sich nicht damit abfinden konnte, daß in zunehmendem Maß behauptet wird, alle Religionen seien legitime Heilswege und göttliche Offenbarungen. Um diesen fundamentalen Irrtum beispielsweise an den Aussagen des Islam aufzuzeigen, gab er in seiner Heimatzeitung ein Inserat auf, in dem er lediglich zwei Suren aus dem Koran anführte: "Darum haut ihnen die Köpfe ab und haut ihnen alle Enden ihrer Finger ab (8, 13)" und "Schlagt sie tot (die Juden und Christen), Sure 2, 187". Dazu gab er bewußt seine Telefonnummer an.
"Das Echo war riesig", schreibt er später. "Das Telefon klingelte noch nach zehn Tagen. Ich wurde meistens beschimpft. Als ich versuchte, noch einmal ähnliche Annoncen aufzugeben, wurde mir von der Zeitungsredaktion mitgeteilt, daß man ab sofort keine religiösen Anzeigen mehr annehmen würde …
Im August fand im Rathaus von Lennestadt eine als Islamausstellung getarnte Islammission statt, die ich auch besuchte. Als Vertreter der katholischen und evangelischen Kirchen den Islam in den Himmel lobten, griff ich Mohammed, Allah und den Koran an, worauf ich mit heftiger Kritik bedacht wurde. Als zum Schluß der Moderator der Diskussion mit einem Gebet zu Allah endete, fragte ich, ob ich denn nun auch zu Jesus Christus beten dürfte. Daß man

mich nicht gesteinigt hat, lag wohl an dem Mangel an Steinen im Rathaus …"
Und das mitten im Land der Reformation. Auch hier haben wir ein typisches Spiegelbild unserer geistlichen Landschaft und davon, wie versucht wird, die biblische Lehre immer mehr zu unterhöhlen. "Den Herrn, deinen Gott, sollst du anbeten und ihm allein dienen", ermahnt uns Jesus in Matthäus 4, 10, und im Buch der Offenbarung lesen wir: Fremde Religionen sind "Wohnstätten der Dämonen, Schlupfwinkel für unreine Geister" (18, 2).
Gegen Jesus und seine göttliche Autorität stellte sich auch die Evangelische Familienhilfe in Bremen, die genau am 26. November 1996 den Namen Jesu Christi aus ihrer Satzung gestrichen hat. Begründet wurde dies damit, daß sich "aus dem Namen Christus ein männlicher Herrschaftsbegriff" ableiten lasse. "Bremer Richterspruch über Jesus Christus" betitelte eine Zeitung diesen Abschied einer sich Christen nennenden Gemeinschaft vom Sohn Gottes.
Gottes Gebote gelten heute im christlichen Abendland kaum noch etwas und sind keinen Pfifferling mehr wert. Der Mensch hat sie längst abgeschafft und durch seine eigenen ersetzt. Pastor A. Dächsel hat vor fast genau hundert Jahren geweissagt: "Christus wird wie ein Sturmlauf aus dem Staate, aus dem Hause, aus der Schule und selbst aus der Kirche hinausgedrängt werden, damit der materialistische, von Gott sich lossagende Zeitgeist alle diese Gebiete in Besitz nehme." Nur ein Blinder nimmt diese Zeichen heute nicht wahr.
Die Bibel sagt, daß ein Volk ohne Gott in die Irre geht. Christian Morgenstern hat einmal geschrieben: "Es gibt für Unzählige nur ein Heilmittel - die Katastrophe." Die Menschen bereiten sich ihre Hölle selbst. Es war **Dostojewski,** der gesagt hat: "Die Hölle ist da, wo Gott nicht mehr hinsieht …"
Die eigentliche Krise hat eine geistige und geistliche Dimension. Es ist der Säkularismus und die Permissität der Gesellschaft. Die Bibel unterstreicht dies unter anderem auch im Buch des Propheten Jeremia, im 2. Kapitel, über das untreue Volk, wo Gott sagt: "Deine Bosheit ist schuld, daß du so geschlagen wirst, und dein Ungehorsam, daß du so gestraft wirst. Und du mußt innewerden und erfahren, was es für Jammer und Herzeleid bringt, den Herrn, deinen Gott, zu verlassen und ihn nicht zu fürchten".
Mit ungeheurer Wucht überrollt eine gewaltige Lawine der Gesetzlosigkeit und Sittenlosigkeit unser Land und reißt das Volk immer mehr in den Abgrund des Verderbens. Zuerst wurde die Gotteslästerung freigegeben. Später bildhafte Darstellung von Unzucht. Alsbald Abtreibung als Mord im Mutterleib. Ihm folgten perverse Geschlechtlichkeit wie Homosexualität und Lesbianismus. Und sexueller Umgang mit Tieren und Verwandten ruft schon nach Legalität. Diese Reihe ist zwangsläufig. Wenn es soweit ist, hat die Welt den gleichen Zustand erreicht wie die Menschheit vor der Sintflut und die Städte Sodom und Gomorrah vor ihrem Untergang. Es gibt nur noch eine Steigerung nach unten in offener Anbetung Satans und des Antichristen.
Es ist für den Durchschnittsbürger in unserem Land ein kaum zu ertragender Schock, wenn in den Massenmedien, wie zum Beispiel im Fernsehen, immer offensichtlicher und in zunehmendem Maß lesbische und homosexuelle Lebensweisen als völlig normal und gesellschaftsfähig dargestellt werden, und zwar mit einer verblüffenden Selbstverständlichkeit, die gleichzeitig ein Höchstmaß an abscheulichen und widerwärtigen Details körperlicher Perversion schamlos und ungeniert demonstriert.
Vor nunmehr über 20 Jahren wurden unter dem damaligen Bundesjustizminister Gustav Heinemann (SPD) die Schleusen zur "Entrümpelung des Sexualstrafrechts" geöffnet. Er meinte, man könne einer modernen Gesellschaft keine christlichen Lebensnormen mehr zumuten. Und dann verloren nach und nach noch viele weitere christliche Normen ihre Bedeutung.
Es war einer der ranghöchsten katholischen Theologen, Joseph Kardinal Ratzinger, der den Satz prägte: "Ein Staat, der von Gott nichts mehr wissen will und nur auf Mehrheitsmeinungen aufbaut, sinkt zur Räuberbande ab."

Man spürt es heute überall, wie der Hauch der Hölle bereits über diese Erde streift, wie die dämonische Welt sich zum Endspurt rüstet. Wir stehen im "Krieg". Alle Lebensgebiete des Menschen sind einbezogen. Die Erde ist das gewaltige Operationsgebiet dieses Endkampfes zwischen Satan einerseits und dem Nazarener und den Heiligen andererseits.
Es gibt kaum noch Tabus in jüngster Zeit. Immer nachhaltiger wird die Frage aufgeworfen, ob die Nennung Gottes im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland überhaupt noch berechtigt sei. Man müsse ernstlich darüber nachdenken. In der Präambel des deutschen Grundgesetzes von 1949 heißt es unter anderem, daß sich das deutsche Volk dieses Gesetz "im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott" gegeben hat.
Angesichts der auffallend zunehmenden Gottabwendung der verantwortlichen Politiker muß man sich heute ernstlich fragen: Wie würde wohl heute die Präambel des Grundgesetzes einleitend formuliert werden? Vor über vier Jahrzehnten haben sich die Deutschen noch auf ihren christlichen Ursprung besonnen und die Verfassung mit der "Verantwortung vor Gott" beginnen lassen. Aber inwieweit betrachten sich Politiker und Staatsdiener in Deutschland heute noch daran gebunden?
Der ehemalige Generalsekretär der FDP, Günter Verheugen, schreibt: "Für mich ist ganz klar, daß es in der Verfassung … keine Berufung auf Gott geben darf." Derselben Meinung sind auch die Grünen, die außer der Streichung des Gottesbezuges aus dem Grundgesetz auch den Paragraphen 166 StGB abschaffen wollen.
Nach dieser Gesetzesvorschrift macht sich strafbar, wer das religiöse oder weltanschauliche Bekenntnis anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören. Man sagt heute, der § 166 beschneide die "Meinungs- und Kunstfreiheit". Er gehöre längst in die Mottenkiste. Es ist offensichtlich die Absicht dieser Leute, christlich abendländische Werte systematisch zu zersetzen.
Zur verheerenden Entwicklung in unserer Gesellschaft und deren fatalen Folgen schreibt L. Ravenshill in "Sodom hatte keine Bibel": "Welche Verpflichtungen sollte Gott eigentlich einem Volk gegenüber haben, dessen vielfältige Sünden eines einzigen Tages größer sind als alle, die in Sodom und Gomorrah in einem Jahr begangen wurden? Wenn wir dann außerdem noch bedenken, welches Vorrecht wir genießen, weil bei uns seit Jahrhunderten das Evangelium von Jesus Christus gepredigt wird, das Sodom nie zu hören bekam.
Sodom hatte keine christlichen Gemeinden und Kirchen. Wir haben viele Tausende. Sodom hatte keine Bibeln. Wir haben Millionen davon. Sodom hatte keine Pastoren und Verkündiger des Evangeliums. Wir haben Zehntausende. Sodom hatte keine Universitäten mit theologischen Fakultäten, keine theologischen Seminare und Bibelschulen. Wir haben davon eine ganze Anzahl. Sodom hatte keine Möglichkeit, die christliche Botschaft in gedruckter Form oder im Radio oder über das Fernsehen zu empfangen. Wir haben alle diese Möglichkeiten. Sodom konnte nicht aus der Erfahrung jahrtausendealter Geschichte schöpfen, die uns den Zorn und das Gericht, aber auch die Gnade und Barmherzigkeit Gottes zeigt. Obwohl Sodom so im Nachteil war, mußte es zugrunde gehen."
Und dann fragt der Verfasser mit Recht danach: "Welche Verpflichtungen hat Gott einem Volk gegenüber, von dem sonntags ein minimaler Prozentsatz eine Stunde in die Kirche geht, die weitaus größere Anzahl aber am gleichen Tag absolut nicht nach Gott fragt, sondern Gottes heiligen Namen verunehrt?
Welche Verpflichtungen hat Gott einem Volk gegenüber, an dessen Zeitungskiosken man kaum einmal ein christliches Blatt sieht, dafür aber genügend Magazine mit sexuell frivoler Zurschaustellung nackter Körper?
Welche Verpflichtungen hat Gott einem Volk gegenüber, das immer kinderfeindlicher wird, dafür aber Geldmittel in Millionenhöhe aus öffentlichen Krankenkassen dafür ausgibt, die Kosten für Abtreibungen zu bezahlen?

Welche Verpflichtungen hat Gott einem Volk gegenüber, dem er in seiner Gnade geholfen hat, eines der reichsten Länder der Erde zu werden, das aber für Missionsarbeit in den Ländern der Dritten Welt nur einen winzigen Bruchteil dieses Reichtums übrig hat?
Eigentlich haben Völker, die in einem solchen Zustand sind, nichts anderes verdient, als daß Gott die Gerichte, die er im Alten Testament wegen Mißachtung seiner Gesetze androhte, über sie kommen läßt."

Verfälschung des Evangeliums

Unsere Zeit ist geprägt von einer Fülle widergöttlicher Ereignisse. Wir befinden uns bereits mitten im großen Abfall von Gott. Betroffen sind von diesem Werteverfall längst auch eine Reihe kirchlicher Institutionen. Das Heidentum ist in Deutschland bis weit in die Kirchen vorgedrungen.
Landessynoden votieren für Abtreibung; Bischöfin toleriert Homosexualität; Horoskopkurse in Württemberg; Verbrüderung mit dem Islam; Tiergottesdienste; Verteilung von Präservativen auf Kirchentagen; Yoga-Abende als "Passionsandachten"; Homosexuellen-Gottesdienst im Ulmer Münster (innerhalb der EKD soll es 300 homosexuelle Geistliche geben); lesbische Frauen leiten EKD-Bildungsstätte.
Man könnte die Reihe dieser Skandale innerhalb der evangelischen Kirche noch beliebig fortsetzen. An Schlagzeilen der vorgenannten Art fehlt es nicht. Die Kirche hat sich dem gesellschaftlichen Zeitgeist in erschreckender Weise angepaßt.
Der Informationsdienst der Evangelischen Allianz zitierte unlängst den Theologen Ernst Panzer, der seinen Kirchenaustritt unter anderem mit der Feststellung begründet: "Mit großer Erschütterung mußten wir jüngst zur Kenntnis nehmen, daß Landesbischof Dr. Klaus Engelhardt nun öffentlich die Sünde Sodoms und Gomorrahs für gesellschaftstüchtig befand. Ferner eröffnete Engelhardt am 9. Juli 1994 in Gelnhausen das Frauenstudien- und Bildungszentrum im Rahmen einer gottesdienstlichen Feierstunde und führte dabei die beiden Feministinnen Herta Leistner und Renate Jost in ihr Amt ein.
Beide Studienleiterinnen stellen sich bewußt gegen den in Jesus Christus geoffenbarten Gott. Lästerhaft äußern sie sich über das Sühneblut Christi, wenden sich gegen Normen und Wertsetzungen der Bibel, ja setzen sich für die Anerkennung lesbischer bzw. homosexueller Lebensbeziehungen in Kirche und Staat ein und leben zum Teil selbst bereits in solch widernatürlichen Lebensbeziehungen. Damit ist nun in der evangelischen Kirche Deutschlands grundsätzlich Tür und Tor für solche antichristliche Lehre geöffnet worden."
In der von zahlreichen bibelgläubigen protestantischen Theologen unterzeichneten "Hirzenhainer Erklärung" der Konferenz bekennender Gemeinschaften heißt es zu dem vorgenannten skandalösen Vorgang in Gelnhausen: "H. Leistner und R. Jost vertreten einen radikalen Feminismus. Der Dreieinige Gott, der Vater, der Sohn und der Heilige Geist, ist für sie keine geoffenbarte Realität, sondern Ausdruck einer historisch bedingten patriarchalisch geprägten Denkweise von Menschen. Den Offenbarungsgehalt der Bibel verändern, ergänzen oder ersetzen sie durch feministisches Gedankengut. Der Begriff 'Göttin' wird von ihnen selbstverständlich benutzt, bis in die Liturgie hinein.
Der stellvertretende Sühnetod Jesu Christi am Kreuz ist für diese Feministinnen nicht die Heilstat Gottes, sondern eine 'sadomasochistische Auslegung' des Todes Jesu. Damit richten sie ihren Angriff gegen das Herzstück der Offenbarung Gottes, gegen die Versöhnung und Erlösung der Menschheit mit Gott und gegen die Entmachtung Satans. So erkennen sie die Bedeutung des Blutes Christi in der Feier des heiligen Abendmahls für sich als Frauen nicht an. Gotteslästerlich fragen sie: Wieso brauchen die Männer eigentlich das Blut aus einer Wunde, auch das Blut aus der Kreuzeswunde, und nicht das Blut, das die Frau ständig vergießt …?"
Im 3. Kapitel der Offenbarung warnt der erhöhte Herr die Gemeinde in Thyatira. Dort hat man

das Weib Isebel, eine selbsternannte 'Prophetin', geduldet, mit der Folge, daß Unzucht und Götzendienst in der Gemeinde Einlaß fanden und selbst die Diener Gottes zur Sünde verführt wurden.
Ab dem Vers 20 droht Jesus all denen Gericht an, die der Hurerei Isebels anhangen: "Aber ich habe gegen dich, daß du Isebel duldest, diese Frau, die sagt, sie sei eine Prophetin, und lehrt und verführt meine Knechte, Hurerei zu treiben und Götzenopfer zu essen. Und ich habe ihr Zeit gegeben, Buße zu tun, und sie will sich nicht bekehren von ihrer Hurerei. Siehe, ich werfe sie aufs Bett, und die mit ihr die Ehe gebrochen haben in große Trübsal, wenn sie sich nicht bekehren von ihren Werken."
Wenn wir solche Worte aus dem Mund Jesu hören, dann entspricht dies im großen und ganzen auch dem, was wir heute auf religiösem Gebiet um uns her sehen und erleben. Zwar wird in unserem Land noch jedes Stadtbild geprägt von den Türmen jener alten Gebäude, die man Kirchen nennt, sie sind aber nur noch geisterhafte Denkmäler einer längst erloschenen Epoche des Glaubenslebens. Da wo heute noch volles Evangelium gepredigt wird, das sind lediglich Oasen inmitten einer gottlosen Welt.
Nach neuesten demoskopischen Umfragen predigt und lehrt die große Mehrheit der landeskirchlichen Pfarrer nicht mehr schriftgemäß. Sie kommen weitgehend aus einer bibelkritischen Ausbildung und bringen damit in die Gemeinden geistliche Selbstzerstörung. Die Unterwanderung durch Irrlehren nimmt rapide zu.
Die biblische Aussage "Das Jüngste Gericht wird kommen", wird nur von 34 Prozent der Pfarrer akzeptiert. Mit der Überzeugung, daß die Menschen die Erlösung von der Sünde brauchen, ist es ähnlich, da sind es 52 Prozent. Allgemein werde das Christentum zwar noch als ethische Vorgabe verstanden, es dürfe aber die persönliche Freiheit nicht einschränken. Daß Gott allmächtig ist, sagen nur noch 42 Prozent der Pastoren.
Wenn ferner nur jeder fünfte Pfarrer Jesus Christus, den Sohn Gottes, als sein Vorbild betrachtet, dann wundert es auch nicht, wenn immer mehr Theologen offen bekunden, daß die Bibel nicht Gottes Wort ist. Sie sei vielmehr das "Ergebnis von Machtkämpfen der frühen Christengemeinschaften", so einer der maßgeblichen Repräsentanten liberaler Theologie, Professor Gerd Lüdemann von der Universität Göttingen.
Nachdem in den letzten Jahren grundlegende biblische Wahrheiten wie Auferstehung und Himmelfahrt immer mehr ins Zwielicht geraten sind:
Lüdemann schrieb, der Leichnam Jesu sei verwest, gerät nun neuerdings auch der Apostel Paulus zunehmend in die Schußlinie. Seine Briefe seien zum großen Teil fingiert oder gefälscht, sagt man. Der Berliner Theologe Hermann Detering hat dazu ein Buch geschrieben, dessen Titel "Der gefälschte Paulus" lautet. Für den Verfasser ist Paulus lediglich eine "literarische Erfindung". Er spricht von einer "Paulus Legende". Zur Charakteristik der Person von Hermann Detering muß noch gesagt werden, daß er an der Kirchlichen Hochschule Berlin bei Walter Schmithals promoviert hat, der ein überzeugter Schüler Rudolf Bultmanns ist.
Viele Theologen die heute auf der Kanzel stehen sind während ihres Studiums in die anrüchige Schule von Rudolf Bultmann gegangen. Wer dieser Mann war, das demonstriert am besten eine Presseerklärung aus dem damaligen Leningrad. In den achtziger Jahren wollte dort das Museum für Atheismus "beweisen, daß die Bibel nicht recht hat". An entsprechenden Stellen aufgeschlagen, lagen dann dort Bücher von Bultmann zur Einsicht aus. Kein Wunder, daß die Kommunisten dann freudig erklären konnten: "Dieser deutsche Gelehrte ist der gleichen Meinung wie wir: die Bibel ist ein Märchenbuch."
Die moderne Bibelkritik findet, das kann man wohl sagen, ihre radikalste Vollendung im Entmythologisierungsprozeß Bultmanns und seiner Schüler. Sie führt zu dem Ergebnis, daß ein großer Teil der neutestamentlichen Berichte keine zuverlässige Wiedergabe der Worte Jesu und der von ihm gewirkten Wunder seien, sondern auf "literarische Fiktionen späterer

Redaktoren zurückgehen". Auch wird die leibliche Auferstehung des Herrn als "Mythos" bezeichnet: "…weil die Rückkehr eines Gestorbenen in das Leben der diesseitigen Welt unglaubhaft ist."
Auch die Wiederkunft Jesu ist für Bultmann kein ernsthaftes Thema. Ferner bestreitet Bultmann ausdrücklich, daß die Schuld der Menschen "durch den Tod eines Sündlosen getilgt werden kann", also den Sühneakt von Golgatha, dazu die Jungfrauengeburt, und so geht es Punkt für Punkt weiter, bis das Evangelium total zerfetzt und ruhmlos zu Grabe getragen ist.
Nun muß man wissen: Wer solche theologische Lehrmeister hat wie Bultmann, bei dem braucht man sich nicht zu wundern, wenn er ebenfalls aus der Art schlägt. Die Bibel sagt: "Wer mit Weisen umgeht, der wird weise; wer aber der Toren Geselle ist, der wird Unglück haben" (Sprüche 13,20).

Im Sog geistlicher Prostitution

Es sind nun schon einige Jahrzehnte, seit sich die Kirche in einer rapiden Auflösung biblischer Werte befindet. Der Teufel versucht auf vielerlei Weise, christliches Bekenntnis, Ethik und Ordnung zu untergraben. Und der Unkrautsamen, den er ausgesät hat, ist inzwischen längst aufgegangen. Das zeigen zum Beispiel auch die verschiedensten Arten "neuer Gottesdienstformen", die zum Teil derart widerlich sind, daß selbst dem abgebrühtesten Betrachter dabei stellenweise die Haare zu Berge stehen.
So wurde im Februar 1996 in der Hamburger Katharinen-Kirche eine sogenannte Techno Party veranstaltet, bei der im wahrsten Sinne des Wortes "die Sau herausgelassen" wurde. Ein christliches Blatt beschrieb diese Show: "Die Kirche wurde zu einer Tanzkneipe umfunktioniert. Bänke kamen heraus. Dafür wurden eine Bühne und Musikcomputer hineingestellt. Bei ohrenbetäubender Techno Musik (monoton hämmernde Computermusik) tanzten etwa 2.000 Menschen bis zu zwei Stunden. Wo sonst Abendmahlswein ausgeschenkt wird, standen nun Schnaps , Wein und Bierflaschen, wovon reichlich konsumiert wurde.
Das greulichste an diesem Höllenspektakel (bei 100 Dezibel Phonstärke), das sogar 60 Mark Eintritt kostete, war der Auftritt … einer Gruppe, die so gut wie nackt tanzte (nur mit hautengem, hauchdünnem Stoff bekleidet). Die gotische Hallenkirche in Hamburg wurde so zu einem Tanztempel und einem tiefen Kniefall vor Satan. Auf diese Weise will man die Jugend für die Kirche gewinnen. Der nordelbische Synodale O. Löwa verteidigte das Teufelsfest so: Mit Techno fängt man Mäuse."
Der Vollständigkeit halber wäre diesem Bericht noch hinzuzufügen: Während die Bar mit Grabsteinen (!) dekoriert wurde, heizte ein Discjockey aus Frankfurt den ausgerasteten Besuchern in hämmerndem Rhythmus mächtig ein. Das Wochenmagazin "DER SPIEGEL" nannte ihn einen "Barbarenfürsten" und sein Pult mit den Plattentellern ironisch "Altar".
Sehr erfreut über diesen trivialen Massenkult, der von der Nordelbischen Evangelisch Lutherischen Kirche mitveranstaltet wurde, war der Manager der Party, Pastor Stefan Wolfschütz, der diesen "Gottesdienst" begeistert als "einmalig auf der Welt" bezeichnete. Auch der Hauptpastor von St. Katharinen verteidigte in der EKD-Wochenzeitung "Das Sonntagsblatt" die Veranstaltung, die er als "musikalische Begegnung zwischen altkirchlicher Gregorianik und der säkularen Technokultur" pries.
Die Tageszeitung "Die Welt" (Hamburg) schrieb: "Man kann es drehen und wenden wie man will: Mit der Lehre vom Evangelium und der Liebe Christi hat das, was Luthers Erben in der Hansestadt veranstalteten, nichts zu tun. Aber es ist konsequent. Es reiht sich nahtlos in die vielen Versuche, mit denen ein Teil der Pfarrer seit 30 Jahren versucht, eine 'zeitgemäße' Kirche zu zimmern. Weil sie sich von Luthers Weg entfernten, leerten sich die Kirchen."
Nicht zuletzt ist die St. Katharinen Kirche in Hamburg unrühmlich dafür bekannt, daß sich in ihren Mauern immer wieder Dinge abspielen, die nicht gerade zur Ehre Gottes gereichen. So hatte dort vor kurzem der Altbundeskanzler Helmut Schmidt Gelegenheit, eine ganz besonde-

re Tirade loszulassen, indem er öffentlich bekannte, daß er die Auferstehung Jesu Christi nicht akzeptieren könne. Wörtlich sagte er: "Ich glaube nicht an die Wunder und an das leere Grab … Auch mit der Lehre von der Dreifaltigkeit habe ich ganz große Schwierigkeiten." Außerdem und das paßt haargenau zu seinen verschwommenen religiös humanistischen Ansichten sprach er sich für eine intensivere Zusammenarbeit der Weltreligionen aus.
In einmalig gotteslästerlicher Weise mißbraucht wurde auch ein Gotteshaus in Köln. In der dortigen Luther Kirche wurde am 1. Februar 1997 eine Modenschau veranstaltet, bei der auf dem Laufsteg, der mitten durch das Kirchenschiff ging, auch weibliche Unterwäsche präsentiert wurde. Der Gemeindepfarrer Hans Mörtler hatte die freizügige Mode-Party damit begründet, daß die Gemeinde pleite sei und dringend Geld brauche. Mörtler ist übrigens bereits 1994 schon ins Zwielicht geraten, als er zwei Homosexuelle in einer trauungsähnlichen Zeremonie segnete.
Aus "Diakrisis" (September 1996) ist zu entnehmen, daß am 1. Juni 1996 in der Petri Kirche in Braunschweig mit Transparenten in den Seitenschiffen für einen Huren-Kongreß geworden wurde. Während des Gottesdienstes wurden etwa 70 Huren und Strichjungen von einer evangelischen Diakonin sehr herzlich begrüßt. Der Pfarrer der Petri Kirche meinte anschließend in einer Predigt, man müsse den Huren und Strichern "Abbitte tun". Danach griff er zur Gitarre und sang mittelalterliche Balladen von unkeuschen Mönchen und einer Nonne, "die nicht gerne allein schläft"…
Die Reihe der sittlichen Verwahrlosungen ist endlos. Vor der evangelischen Nikolai Kirche in Potsdam wurde im Rahmen einer Werbeaktion für eine Aids-Ausstellung in der brandenburgischen Landeshauptstadt ein 13 Meter hoher Obelisk mit einem rosa Kondom aus Segeltuch umhüllt. Wenn dies alles so weitergeht, dann könnte es eines Tages möglicherweise sogar einmal einen "christlichen" FKK-Strand geben.
Der Gemeindeausschuß der Evangelisch Lutherischen Landeskirche in Braunschweig hat in einer Beschlußvorlage für das Kirchenparlament vorgeschlagen, Homosexualität nicht mehr als "Sünde" zu bezeichnen.
In dem Papier heißt es unter anderem, daß Homosexualität lediglich "eine angeborene Ausprägung menschlicher Sexualität" und "eine Variante der Natur" sei.
Im Jahre 1995 war in der Reformierten Kirche in Wuppertal ein "Gottesdienst zum Hurentag" anberaumt worden. Damals berichtete das rheinische Kirchenblatt "Der Weg" (26/95), daß in dieser illustren Versammlung die Forderung erhoben wurde, Prostitution als normalen Frauenberuf gesellschaftlich anzuerkennen. Die predigende Pfarrerin erhielt darob viel Beifall.

Vermählung mit dem Zeitgeist

Die Vermählung mit dem Zeitgeist seitens der Kirchen macht vor keiner sich bietenden Gelegenheit halt. Jede Gelegenheit, und sei sie noch so lapidar und niveaulos, wird eifrig wahrgenommen. Bei der Fußball Europameisterschaft, dem Kontinentalwettbewerb der kickenden Millionäre, im Sommer 1996 in England, wurden die Spiele auf Großleinwand in die Säle von insgesamt 250 Gemeinden in ganz Deutschland übertragen.
Darunter befanden sich auch als konservativ evangelikal bekannte Gemeinden, die damit Kirchenfremde in die Gemeindehäuser zu locken versuchten. Diese Fußball-Party in der Kirche nannte man auch fälschlicherweise "Die missionarische Chance für die Gemeinde". Bei der Übertragung der Spiele befanden sich die Zuschauer in einem wahren Fußballfieber, zum Teil mit Fahnen behängt und in den Trikots bekannter Bundesligavereine.
Auch "idea" berichtete seinerzeit über dieses Spektakel unter anderem: "Grenzenloser Jubel … in ganz Deutschland von Dresden bis nach Mönchen Gladbach und von Cuxhaven bis nach Freiburg im Breisgau … Mit einer Polonaise tanzten die Fans durch den Saal und starteten nach der Überreichung des Cups durch Königin Elisabeth zu einem Autocorso durch Wetzlars Innenstadt."

Ferner war zu erfahren, daß nach Beendigung des Endspiels im Londoner Wembley Stadion neben Grillfest und Disco noch ausführliche Gespräche über "Gott und den Fußball" geführt wurden. "Fußball als Einstieg in das Christsein."
Während der "Mannheimer Morgen" vom "König Fußball auf dem Altar" berichtete, schrieb der "Reutlinger Generalanzeiger": "Fußballfest im Gotteshaus und Sierra Madre statt Ave Maria. 300 Jünger des runden Leders pilgerten zum Gebetssaal der Christlichen Gemeinde … Statt Psalmen gab's Pizza und statt des üblichen Predigttextes gab's die gesammelte Vielfalt der Stadionssprechchöre eine denkbar weltliche Szenerie.
Die Kollekte für Mozambique konnte der gläubige Anheizer Johannes Kadel über die Versteigerung eines Fußballs aufbessern, den die deutsche Nationalmannschaft signiert hatte. Die La-Ola-Welle klappte links wie rechts herum. Gerstensaft floß in Strömen, und das Gemeindehaus glich einem Vereinsheim." …
Beim Christival-Kongreß im Herbst 1996 in Dresden hing über der Ruine der Trinitatis-Kirche ein Transparent mit der Aufschrift "Gott ist geil", und in der Festzeitschrift stand unter anderem zu lesen: "Jesus läßt euch nicht in der Scheiße sitzen. Er hat keinen Bock darauf, euch zu verarschen."
Ein Missionar aus Rumänien, der an diesem von 30.000 Teilnehmern besuchten Kongreß ebenfalls teilgenommen hatte, bemerkte anschließend: "Statt im Geist und in der Wahrheit betet man jetzt immer mehr im Gefühl und frommer Berauschung an. Das ist stimulierte Psyche und geistliche Selbstbefriedigung. Es ist die Ausdrucksform einer Generation, für die biblische Wahrheit Nebensache, die religiöse Wohlfühlatmosphäre und seelisch manipulierte Einheit Hauptsache geworden ist … Manches erinnert uns an Karneval, und das ist beklagenswert. Die Verführung ist zum Teil so weit gediehen, daß Verhaltensweisen, die man früher eindeutig als fleischlich erkannte, nun als geistlich deklariert werden."
Apropos Karneval und kirchliches Engagement. In der christlichen Publikation "Wort zur Zeit" (2/95) war dazu passend zu lesen: "Die Unterländer Faschingsvereine drängten sich, gleich Sardinen in der Dose, in farbenprächtiger Maskerade wie am Rosenmontagsball in der Kathedrale der St. Augustinus Kirche zum Narrengottesdienst.
Der Pfarrer der lutherischen Wartberggemeinde hielt dann eine büttenreife Predigt in Reinform. Thema: Jesus der Narr. Darin kreuzigte er den Sohn Gottes mit beißenden Nägeln des Spottes wiederum und beschrieb ihn als Königsgestalt, abgemagert, häßlich und alt. Er wurde dafür von der anwesenden Karnevalsprinzessin mit dem obligatorischen Küßchen bedacht. Die leibhaft Anwesenden waren vom Dargebotenen ebenso entzückt wie die unsichtbare Hölle."
Die Lokalzeitung aus Pinneberg in Schleswig Holstein berichtete am 28.2.1990 über einen Faschingsball im Gemeindehaus der Heilig Geist Kirche: "Sahira, die Blume der Wüste, mußte mehrere Zugaben ihrer Bauchtanz-Kunst geben. Die Gäste dankten es ihr mit frenetischem Beifall … Pastor Matthias Burmann war einer der eifrigsten Tänzer auf dem Faschingsball … Nicht nur die aus Buntpapier zurechtgeschnittenen Moscheen an den Wänden des Gemeindesaales vermittelten einen morgenländischen Eindruck …"
Der frühere Superintendent und evangelische Pfarrer Manfred Kock aus Köln sieht im Karneval "etwas herrlich Respektloses. Es gereicht zur Ehre, wenn einem die Narren den Spiegel vorhalten. Das kann auch unserer Kirche nur gut tun. So ein bißchen Distanz zu sich selbst finden mit Augenzwinkern und Alaaf und unter den Paukenschlägen der Jecken. Wenn Pfarrerinnen und Pfarrer bald wieder zu Sitzungen in kirchliche Gemeindehäuser einladen, dann ist garantiert, daß die Augen vor Lachen feucht werden und nicht von Tränen über leere Kassen. Der Karneval mag vieles freisetzen in Herzen und Köpfen."
Was der Karneval, der heidnischen Ursprungs ist, beträchtlich freisetzt, das ist jedoch keine Freiheit, sondern Versklavung durch Satan. Das ist am augenscheinlichsten in den deutschen

Bischofs- und Kardinalzentren wie München, Mainz und Köln wahrzunehmen.
Der frühere Dompropst, Prälat Ketzer aus Köln, der auch den berüchtigten "Karnevalsorden wider den tierischen Ernst" erhielt, kleidete seine Einstellung zu den bedenklichen Randerscheinungen des rheinischen Karnevals in die bezeichnenden Worte: "Leute mit kleinen Lastern sind mir am liebsten. Wenn niemand mehr sündigt, verliere ich meine Existenzberechtigung … Weihwasser und Kölner Bier inspirieren gleichermaßen."
Ferner hielt der … Dompropst im Kölner Dom ein festliches Hochamt zu Ehren aller lebenden und verstorbenen Karnevalisten. Mit Weihrauchdüften und Kerzenschein empfing er fast alle Kölner Narren am Hauptportal und geleitete sie zum Altar. Dort gab er der neuen Standarte den kirchlichen Segen.
Vor einiger Zeit berichtete der Kölner "Express" darüber, daß beim Kölner Karneval "Christus als Tünnes am Kreuz hing, dem eine Nonne lüstern in den Lendenschurz schaute". Schamlosigkeit dieser Art kann kaum noch übertroffen werden.
Der Essener Pfarrer H. Engel predigte in einer vom Westdeutschen Rundfunk übertragenen Morgenandacht: "Ich liebe den Karneval. Prinz Karneval ist ein legitimes Kind der Mutter Kirche. Es gibt eine Blutsverwandtschaft zwischen dem Helau und Alaaf der Narren und dem Halleluja und Hosianna der Christen. ..."
Die Bibel sagt uns: "Die Narren treiben Gespött mit der Sünde" (Sprüche 14, 9) und "... sie werden an ihrer Torheit sterben" (Sprüche 10, 21). Jesus unterstreicht den Ernst dieser Aussagen noch mit den Worten: "Ich sage euch aber, daß die Menschen Rechenschaft geben müssen am Tage des Gerichts von jedem nichtsnutzigen Wort, das sie geredet haben" (Matthäus 12, 36).
Große Teile der Geistlichkeit sind im Trend der Zeit inzwischen zu modernen Baalspriestern geworden und die Kirche weitgehend zu der in der Bibel beschriebenen Babylon-Kirche der Endzeit. Bekannt ist der Name Babylon hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Turmbau zu Babel geworden (1. Mose 11,19). Das Wort Babylon bedeutet soviel wie "verwirren" oder "zerstreuen".
Die Bibel berichtet uns, daß die Menschen sich entschlossen, sich dem Befehl Gottes und seinen Geboten zu widersetzen und sprachen: "Wohlauf, laßt uns eine Stadt und einen Turm bauen, des Spitze bis an den Himmel reicht, daß wir uns einen Namen machen …" Das Gericht Gottes, das das ungehorsame Handeln der abgefallenen Menschen traf, hatte schwere Folgen. Seither geht der Name Babel durch die ganze Bibel hindurch bis zum Buch der Offenbarung. Johannes bezeichnet die ungläubige und religiöse Welt in der Endzeit als Hure Babylon.
"Der Ausdruck Hure wird im geistlichen Sinne gebraucht", schreibt Heinrich Müller in seiner Schrift "Die Wiederkunft Jesu" und fährt fort: "Er will uns sagen, daß es sich um Menschen handelt, die sich einmal Gott geweiht haben. In Jesaja heißt es: 'Wie geht das zu, daß die fromme Stadt zur Hure geworden ist?' und Jakobus sagt: 'Ihr Ehebrecher, wißt ihr nicht, daß der Welt Freundschaft Gottes Feindschaft ist?' Die große Hure ist die abgefallene Kirche, die gelobt hatte, Jesu Eigentum zu sein und nun mit der Welt Ehebruch treibt. Sie ist das Sinnbild der verweltlichten Religion."

Der Hauch der Hölle

Satan rast heute um die Welt, weil er weiß, daß er nicht mehr viel Zeit hat (Offenbarung 12,12). Er will noch schnell einen Sieg nach dem anderen erringen, bevor seine Stunde schlägt. Wie nie zuvor in ihrer Geschichte ist die Menschheit dem Teufel untertan. Durch den Propheten Jesaja sagt Gott erzürnt über die Menschen: "Böse ist, wonach sie streben, und ihre Stärke ist Unrecht. Sie sind alle vor mir gleich wie Sodom und Gomorrah." Es ist finster geworden auf dieser Erde. So furchtbar wie heute hat die Sünde noch nie grassiert. Sie beherrscht die Menschen immer mehr. "Entweiht liegt die Erde da unter ihren Bewohnern, denn

sie haben die Gebote übertreten …", sagt die Bibel.
Neben einer Reihe anderer Perversitäten ist es hauptsächlich die totale Sex-Emanzipation, die inzwischen sämtliche Hemmschwellen überschritten hat. Das Resultat ist der Zusammenbruch jeglicher Moralvorstellungen, der Verlust aller ethischen Werte.
Professor Wilder Smith kommentierte diese Entwicklung: "Religiös bedingte Sex-Begrenzungen gelten heute direkt als rückständig.
Dagegen gilt Sex-Emanzipation als fortschrittlich und als eine Errungenschaft heutiger Ideologien. Ein promiskes Leben ist, so lehrt man in gewissen 'progressiven' Kreisen, normal und physiologisch bedingt und hat nichts mit Religion zu tun. So wie man essen und trinken muß, so müssen auch die Sex-Instinkte voll ausgelebt werden können, wenn man sich selbst verwirklichen will … Gegen Promiskuität darf man heute nichts mehr sagen, und Religion ist irrelevant. Homosexualität, lesbische Liebe und auch die Abtreibung entspringen den Gedanken der Sex-Emanzipation und sind heutige Normen, die legalisiert sind, obwohl die Bibel sie verbietet."
Schon der Prophet Jesaja sagte vor 2.800 Jahren: "Von ihrer Sünde sprechen sie offen wie Sodom, sie verhehlen sie nicht. Wehe ihrer Seele! Denn sich selbst bereiten sie Böses." Was Jesaja damals über seine Zeitgenossen sagte, ist heute allgemeine Praxis geworden. Nichts ist zu pervers und nichts ist zu gemein, um es nicht öffentlich darzustellen. Das offene Reden der Leute von Sodom über ihre Sünden war der Beweis, daß Gott in ihrem Denken überhaupt keinen Platz mehr hatte. Leider hat sich inzwischen auch bei uns die Öffentlichkeit längst diese Haltung zu eigen gemacht und sich mit den derzeitigen Verhältnissen als etwas ganz Normales abgefunden. Aber Gott nicht.
William McDonald schreibt zu Römer 1,18, wo davon gesprochen wird, daß Gottes Zorn vom Himmel her geoffenbart werden wird über alle Gottlosigkeit und Ungerechtigkeit der Menschen: "Wir sündigen Menschen sollten uns nicht damit beruhigen, daß Gott anscheinend zu unserem Verhalten schweigt und nichts unternimmt.
Wenn er Sünde nicht immer sofort bestraft, so heißt das noch lange nicht, daß er sie niemals ahnden wird … Ganz offensichtlich erschlägt er die Menschen nicht sofort als Reaktion darauf, daß diese Sünden begehen. Denn wenn er das täte, dann hätte sich die Weltbevölkerung schon drastisch verringert. Doch er hat bei einzelnen Gelegenheiten deutlich seine Meinung gesagt, um die Menschheit zu warnen: Ihr Vergehen wird nicht ungestraft bleiben."
Es ist ferner bemerkenswert, was zum Beispiel japanische Wissenschaftler und Ärzte bei einer kritischen Betrachtung des Fernsehens festgestellt haben: "Das Fernsehen als solches hat eine direkte hypnotische Ausstrahlung. Mit TV ist ein neuer Mediumismus, eine Geistesmacht, über die Welt gekommen, die über der Wirklichkeit des Lebens steht und depressives Irresein damit hervorruft.
Es wird eine Geistes- und Handlungsweise aufgebaut, die dem echten Sein des Menschen zuwiderläuft, womit ihm aufgezwungen wird, was er eigentlich gar nicht will. Die Individualität des Menschen wird zu einer knetbaren Masse. Ihnen erscheint das Anormale und Unnatürliche als das Normale. Daher diskutieren und handeln sie unter der Einwirkung der medialen Beeinflussung wie Schlafwandler."
Wenn man darüber hinaus weiß, daß viele Jugendliche durch ihren Computer Anschluß an die internationalen Datennetze wie "Internet" oder "Compuserve" haben und damit unkontrolliert zu allen Arten von Sex und Pornographie, dann wird damit das Gesamtbild erschreckend abgerundet.
Der bekannte evangelische Jugendpfarrer Wilhelm Busch aus Essen hat bereits Anfang der sechziger Jahre in bezug auf die sittlichen Maßstäbe unserer Zeit, die einen bisher nie dagewesenen Tiefstand erreicht haben, festgestellt:
"Die Menschen sind heute davon überzeugt, daß Sexualität mit Gut und Böse gar nichts zu tun

hat, weil sie Gottes Gebote aus ihrem Leben längst verabschiedet haben. Wenn ich einen totschlage, so sagen sie, das ist böse, wenn ich aber 'liebe', so hat das doch mit Gut und Böse nichts zu tun. Und wer sorgt dafür, daß so etwas geglaubt wird?
Es ist der Teufel, der dazu unter anderem das Fernsehen benutzt, wo erotische Filme zeigen, wie interessant Ehebruch ist. Der 'unverstandene Mann' wird endlich bei einer anderen glücklich, weil sie ihn 'versteht'. Die Psychiater haben uns darüber hinaus jahrelang erklärt, wie gefährlich 'verdrängte Komplexe' sind, so daß schließlich das ganze Volk glaubte, verdrängte Sexualkomplexe zu haben."
Vor einiger Zeit berichtete die "Süddeutsche Zeitung" über den Auftritt der britischen Skandaltruppe "Rockbitsch", bei dem es "zu Geschlechtsverkehr auf offener Bühne" gekommen sei. Beschrieben wird diese Rocksex-Orgie als eine "Pepshow, deren Elemente sich auf die Genitalbereiche reduzierten", und im einzelnen: "Die Gruppe (sechs Frauen und ein Mann), die weitgehend unbekleidet aufzutreten pflegt, zeigt so ziemlich alles, was man schon immer über Sex wissen wollte, sich aber nie vorzustellen wagte. Die Mädels befummelten sich an allen nur erdenklichen Körperpartien, zeigten, was man mit einer Colaflasche alles anstellen kann, und urinierten sogar ins Publikum."
Wenn sich die an sich eigentlich seriöse Zeitung aus München hier einer ungeschminkten Darstellung bedient, die die Fäkalien-Mentalität der "Rockbitsch" zum Ausdruck bringt, zeigt dies, wie drastisch inzwischen die Zustände allüberall geworden sind, und daß kaum noch eine Institution den Sog der Zeit unbeachtet lassen kann.
Zu einer der schlimmsten Kunstorgien der jüngsten Zeit gestaltete sich die Aufführung der Oper "Moses und Aaron" im Bremer Theater. Nackte Jungfrauen verzehrten einen Phallus, eine Blondine läßt sich den Darm eines geschlachteten Jünglings schmecken. Aaron verrichtet auf dem Donnerbalken seine Notdurft, als ihn der Ruf zur Gründung einer Religion ereilt, ein fetter halbnackter Spion des Pharao wird mit dem Hackebeil zerlegt und zum Schmaus zubereitet und im Hintergrund leuchtet eine Leuchtschrift: "Die Party ist in vollem Gange."
Kein Richter in Deutschland schreitet heute mehr gegen diese satanischen Verunglimpfungen ein, die immer drastischer in unserem inzwischen dämonisierten Abendland ausgegossen werden. Anders dagegen, wenn zum Beispiel heidnische Religionen karikiert werden. Als sich vor Jahren der TV-Showmaster Rudi Carrell über Moslems lustig machte, da gab es sofort einen Aufruhr, und sogar die Bundesregierung sah sich in die Pflicht genommen und entschuldigte sich offiziell bei den islamischen Gottesstaatlern in Teheran.
In vollem Gange sind heute alle möglichen Formen wilder Lustbarkeit und pervertierter Unterhaltungsspiele. Man kann heute kaum noch eine Tageszeitung aufschlagen, ohne zahllosen Kontaktanzeigen von männlichen und weiblichen Prostituierten zu begegnen.
Die Einnahmen aller deutschen Verlage bei dem Geschäft mit der käuflichen Liebe belaufen sich auf ca. eine Milliarde pro Jahr. Unsere Gesetzeshüter drücken aber beide Augen zu, wenn Sexclubs, Fotomodelle und Prostituierte, also professionelle Huren, unter Angabe ihrer Telefonnummer ihre "Dienste" anbieten. Diese Sex-Vermittlungsanzeigen, die vom Staat großzügig geduldet werden, erfüllen übrigens den Tatbestand des § 18 la, Abs. 3 des StGB (kupplerische Zuhälterei). Es gab einmal eine Zeit, die liegt lediglich ein paar Jahrzehnte zurück, da wurde die Offerte von Unzucht gegen Bezahlung strafrechtlich verfolgt.
"Ein Aufschrei der Entrüstung geht durch unser Land", schreibt der Vorsitzende der Europäischen Ärzteaktion, Dr. Siegfried Ernst, "angesichts der Entwicklung zur totalen Enthemmung und radikalen Schamlosigkeit. Es fehlt nur noch die Forderung: 'Wollt ihr den totalen Sex?' Wobei man ein Volk mit der totalen sexuellen Enthemmung genauso zerstören kann wie mit einem totalen Krieg.
Die völlige Unfähigkeit etwa, den logischen Zusammenhang der Massenpornographie mit ihrem letzten Schrei, der Kinderpornographie und der Vergewaltigung und Ermordung von

Kindern, zu begreifen, zeigt eine große Abstumpfung. Deshalb verwundert es nicht, wenn auch Politiker sich weigern, wenigstens die alten Strafgesetze gegen Pornographie und Blasphemie wieder herzustellen (§ 184 und 166 StGB), um diese Zerstörung der Menschenwürde etwas zu bremsen. Sodom und Gomorrah werden durch diesen Zustand unserer Gesellschaft in den Schatten gestellt.
Jüngst fand in der Hauptstadt Kenias, Nairobi, eine große Demonstration gegen die weiße Entartung durch die Sexüberflutung statt. Sexliteratur und Sexfilme aus Europa wurden öffentlich verbrannt. Unsere Massenmedien schwiegen selbstverständlich dieses Ereignis weithin tot.
Die systematische Zerstörung aller lebenswichtigen Verhaltensnormen und Tabus und besonders des Schamgefühls zwischen den Geschlechtern und im Sexualbereich bedeutet im Endeffekt die Beseitigung des Gewissens auch in allen anderen Lebensbereichen aus einem Volk. Das aber führt in Chaos, Anarchie, Verbrechen und zum Untergang einer solchen gewissenlos gewordenen Gesellschaft." - Soweit Dr. Ernst.
Man muß sich tatsächlich nach den sittlichen Normen einer Gesellschaft fragen, die, wie es die Nordrheinwestfälische Regierung fertig bringt, auf der einen Seite Mittel für Kindergärten zu sperren, auf der anderen Seite aber Mittel für die Einrichtung eines Schwulen- und Lesbenreferats mit sieben Mitarbeitern im Sozialministerium zu bewilligen. Oder einem sich öffentlich als schwul bekennenden Aidskranken das Bundesverdienstkreuz um den Hals hängt. Das sind Totengräber der Moral, die mit dem Teufel paktieren (Johannes 10, 10).
Es gibt da in Bonn einen Bundestagsabgeordneten mit Namen Volker Beck. Er ist 36 Jahre alt und gehört zur Fraktion der Grünen. Vor nicht allzu langer Zeit bekannte er sich öffentlich zur Homosexualität und erklärte: "Ich lebe mit einem Partner in einer festen Beziehung. Mein Gatte ist Franzose. Ich liebe ihn und möchte ihn heiraten." Beim Standesamt in Köln hatte er das Aufgebot bestellt. "Auch für Schwule und lesbische Paare sollen die Hochzeitsglocken läuten", ist sein sehnlichster Wunsch. In Deutschland gibt es ca. 3,2 Millionen Homosexuelle, die sich öffentlich bekennen. Die Dunkelziffer ist mindestens doppelt so hoch.
Leute wie Beck machen in Bonn (heute Berlin) und zum Teil auch in den Bundesländern Politik. Sie werden möglicherweise in einer Koalition über die Einführung von ihnen besonders gelegenen Gesetzen entscheiden. So haben die Grünen in Bonn bereits den Entwurf eines sogenannten Antidiskriminierungsgesetzes vorgelegt. Danach soll die Diskriminierung z.B. von Homosexuellen zivilrechtlich verboten werden.
Sie soll, wie es heißt, "teuer zu stehen kommen". Daran ist zu erkennen, was uns in Zukunft noch alles ins Haus steht, während die Herren Beck Arm in Arm mit ihren perversen Partnern und mit einer Blume im Knopfloch fröhlich zum Standesamt marschieren, um sich dort zivilrechtlich trauen zu lassen. Bei der derzeitigen politischen Konstellation werden wir spätestens zu Beginn des neuen Jahrtausends soweit sein.
Wie bereits vorerwähnt, macht die Verwahrlosung der Sitten selbst vor den Kirchentoren nicht halt. Lesbischer und homosexueller Lebensstil wird offen von oben toleriert. Kein Wunder, da die Bischofsstühle fast nur noch von liberalen, bibelkritischen und linksgerichteten Kandidaten besetzt sind, die die Gebote Gottes neu interpretieren. Die Zeitgeist-Bischöfin von Nordelbier, Maria Jepsen, befürwortet, Homo-Partnerschaften anzuerkennen. Menschen in solchen Partnerschaften sollten auch gesegnet werden, da sie ihre Sexualität "verantwortlich gestalten" würden. Man sollte diese Art von Sexualität als Gabe Gottes betrachten.
Der Theologe Hans Georg Wiedemann schreibt in einem Kommentar zur Orientierungshilfe der EKD "Mit Spannungen leben": "Leitbild kann überhaupt nicht eine Lebensform, also die Institution Ehe sein, sondern nur das Leben in ihr. Es ist längst an der Zeit, daß sich besonders die evangelische Kirche von ihrer Ehe mit der Ehe trennt. Diese Ehe hat es verhindert, daß die Kirche der Vielfalt der menschlichen Lebensformen überhaupt ansichtig wurde."

Diese "Vielfalt" erstreckt sich nach Ansicht des Schreibers natürlich auf alle Formen des menschlichen Zusammenlebens außerhalb der Gebote Gottes. Solche Leute sehen in den diesbezüglichen biblischen Texten lediglich "zeitbedingte" und für heute nicht mehr relevante Aussagen. Man muß sie dem heutigen Empfinden, dem Empfinden des modernen Menschen und seiner veränderten Ansichten anpassen. Zu gut deutsch: Gottes Wort ist stellenweise inzwischen überholt, nicht mehr zeitgemäß, von dem man sich zumindest da und dort distanzieren muß, wenn man mit der modernen Gesellschaft Schritt halten will.
Gott verweist am Ende der Bibel nochmals mit allem Nachdruck auf die Unabänderlichkeit der Schrift, indem er sagt: "Wenn jemand etwas wegnimmt von den Worten des Buches, so wird Gott ihm seinen Anteil wegnehmen am Baum des Lebens …" (Offenbarung 22, 19).

Unter dem Fluch Gottes

Es ist weithin bekannt, daß Homosexualität im selben Atemzug mit Sadismus, Voyeurismus, Masochismus, Inzest und Sodomie genannt wird, also etwas Verwerfliches und Abartiges, von dem sich der normale und anständige Mensch angewidert fühlt. Nicht nur, daß es zumindest sonderbar erscheint, wenn angesichts zweier sich in der Öffentlichkeit ungeniert gebender Homosexueller zum Beispiel ein Kind seine Eltern ahnungslos fragt: "Warum geben sich denn die Onkels Küsse?"
Die scheußlichen und sehr speziellen Praktiken dieses unnatürlichen Verkehrs (anal) zwischen männlichen Personen kann man nur als ausgemachte Schweinerei betrachten. Es ist für einen normalen Menschen unverständlich, wie man sich in seinem Sexualverhalten animalisch auf der primitiven Stufe von Tieren produzieren kann. Gott nennt dies eine Schande, von der er sagt: "Wenn jemand bei einem Manne liegt wie bei einer Frau, so haben sie getan, was ein Greuel ist, und sollen beide des Todes sterben" (3. Mose, 20, 13). Der Psalmist sagt: "Denn siehe, die von Gott abweichen, werden umkommen" (73, 27).
So wird es all denen gehen, die die Gebote Gottes mißachten und den Sünden frönen, die auf den vorangegangenen Seiten aufgezeigt worden sind. Was der Herr damals durch seinen Knecht Mose dem immer wieder in Ungehorsam fallenden Volk Israel sagen ließ, gilt auch für die Menschen unserer Tage.
Wir lesen im 5. Buch Mose, Kapitel 28: "Wenn du aber nicht gehorchen wirst der Stimme des Herrn, deines Gottes, und wirst nicht halten und tun alle seine Gebote und Rechte, die ich dir heute gebiete, so werden alle diese Flüche über dich kommen und dich treffen … der Herr wird dich schlagen mit Auszehrung, Entzündung und hitzigem Fieber, bis du umkommst … der Herr wird dich schlagen mit ägyptischem Geschwür, mit Pocken, Grind und Krätze, daß du nicht geheilt werden kannst. Der Herr wird dich schlagen mit Wahnsinn, Blindheit und Verwirrung des Geistes … Alle diese Flüche werden über dich kommen und dich verfolgen… so wird der Herr schrecklich mit dir umgehen und dich und deine Nachkommen schlagen mit großen und anhaltenden Plagen, mit bösen und anhaltenden Krankheiten …"
Zu den Plagen gehört auch die Lustseuche Aids, bei der wir es mit einer Geisel Gottes zu tun haben. Aids, vier todbringende Buchstaben, die um die Welt geistern, wobei die Spur dieser verheerenden Krankheit bereits von Millionen Toten gekennzeichnet ist. Die Sintflut naht, und keine Arche ist in Sicht. Die apokalyptischen Reiter sind auf dem Weg. Auf ihrem Banner steht die Zahl 666 Sex, Sex, Sex! (Offenbarung 13, 18). Keine Therapie kann diese endzeitliche Seuche jemals in den Griff bekommen. Sie ist eine Strafe Gottes an denen, "die nicht gehorchen der Stimme des Herrn und halten seine Gebote" (3. Mose 26, 25).
Es ist die Sünde der Homosexualität, die dieser schrecklichen Krankheit erst den Weg geebnet hat, und es ist ein Leiden, das den schlimmsten Qualen gleicht, die Menschen treffen können. Sie werden furchtbar gezeichnet von Schmerzen, die sie zum Wahnsinn treiben: bösartige Geschwüre, geschwollene Lymphdrüsen, Atemnot, Fieber, Hautausschläge, Darmblutungen, verbunden mit Gehirnzerfall bis zur Blindheit. Ihre Körper werden langsam verfaulen und der

Fluch ihrer Sünden wird sie auffressen. Sie werden nicht einmal wie normale Tote versorgt. Ihre Leichen kommen in einen Plastiksack aus schwerem, reißfestem Material. Dann wird der breite Reißverschluß zugezogen und der Sack luftdicht verschlossen. Obenauf erhält er einen deutlichen Vermerk: "Hochgradig ansteckend! Nicht mehr öffnen!" Dann erst wird dieses verschnürte Bündel in den Sarg gelegt.
Die Bibel sagt, der Tod ist der Sünde Sold. Und so werden sie alle sterben, alle, die Gottes Gebote mißachtet, die sich eingebildet haben, sie bräuchten sich einen Dreck darum zu kümmern, was in der Heiligen Schrift steht. Gott hat die Menschen in diesem Buch gewarnt und uns eine Reihe Beispiele überliefert, die die unweigerlichen Folgen sittlicher Verderbtheit aufzeigen. Eines davon finden wir in 1. Mose 19.
"Darum sagte der Herr: Über die Leute von Sodom und Gomorrah sind schwere Klagen zu mir gedrungen. Ihre Schuld schreit zum Himmel. Deshalb will ich jetzt hingehen und mit eigenen Augen sehen, ob sie es tatsächlich so schlimm treiben."
Seine beiden Begleiter waren Engel. "Es war schon gegen Abend, als sie nach Sodom kamen", heißt es in der Schrift. Lot, der Neffe Abrahams, lud sie ein, in seinem Haus zu übernachten, wozu sie sich nach einigem Zögern auch bereiterklärten. "Die beiden wollten sich eben schlafen legen", lesen wir weiter, "da liefen alle Männer von Sodom, alt und jung, zusammen und umstellten das Haus. 'Lot, Lot', riefen sie, 'wo sind die Männer, die heute abend zu dir gekommen sind? Gib sie heraus, wir wollen mit ihnen Verkehr haben.'
Lot trat vor das Haus und zog die Tür hinter sich zu. 'Begeht doch nicht solch ein Verbrechen', rief er. 'Ich habe zwei Töchter, die noch kein Mann berührt hat, ich will sie euch herausbringen; macht mit ihnen, was ihr wollt. Aber die beiden Männer behelligt mir nicht. Sie sind meine Gäste und stehen unter meinem Schutz.'
Sie aber schrien: 'Mach, daß du wegkommst! Du bist ein Fremder und willst uns Vorschriften machen? Wir werden dir noch ganz anders mitspielen als denen.' Sie fielen über Lot her und versuchten die Tür aufzubrechen. Da zogen die beiden Männer Lot ins Haus und verschlossen die Tür. Sie schlugen die Leute von Sodom mit Blindheit, so daß sie die Tür nicht mehr finden konnten."
Wie wir sehen, waren die Männer von Sodom völlig verdorben. Die Bibel spricht auch ausdrücklich davon, daß alle Männer Lot und die Engel bedrohten. Sicher hatten die Bewohner dieser Stadt noch eine Reihe anderer Sünden. Aber Gott hat gerade die Sünde der Homosexualität für so widerwärtig und verabscheuungswürdig befunden, daß er sie, und ausschließlich nur sie, in der Bibel wörtlich benannte.
Wie es mit Sodom weiterging, blieb uns auch nicht verschwiegen. Als am nächsten Morgen die Sonne aufging, ließ Gott auf sämtliche Städte in der Jordangegend Schwefel und Feuer vom Himmel fallen. Sie wurden restlos zerstört, ihre Bewohner getötet und das Land verwüstet, so daß nichts mehr darauf wuchs. Lot, der als einziger Mann zusammen mit seinen beiden Töchtern der Katastrophe entging, sah, als er später auf die Gegend am Jordan herabschaute, wie von dort eine einzige Rauchwolke aufstieg, "wie von einem Schmelzofen", wie die Bibel sagt.
Das geschah um 1800 vor Christi Geburt. Die beiden Städte Sodom und Gomorrah konnten bis heute nicht lokalisiert werden. Man nimmt an, daß sie unter dem Toten Meer begraben sind. Sie wurden wegen der Sünden ihrer Bewohner vernichtet.
Eine ganz ähnliche Geschichte berichtet uns die Bibel in dem Buch der Richter, und zwar in den Kapiteln 19-21. Das zentrale Geschehen dieser drei Kapitel ist das Verbrechen von Gibea in Benjamin. Es ist ebenfalls ein Höhepunkt der Gottlosigkeit und Gesetzlosigkeit jener Tage, eines der schlimmsten Verbrechen, die in der Bibel überhaupt erwähnt werden. Was war geschehen?
Ein Levit kam mit seiner Frau und seinem Knecht von Bethlehem nach Gibea, um dort zu

übernachten. Nach einigen Schwierigkeiten fand er dann auch eine Herberge bei einem alten Mann, der sie in sein Haus führte und sie und ihren Esel versorgte.
Wörtlich heißt es dann ab Vers 22: "Und als ihr Herz nun guter Dinge war, siehe, da kamen die Leute der Stadt, ruchlose Männer, und umstellten das Haus und pochten an die Tür und sprachen zu dem alten Mann, dem Hauswirt: 'Gib den Mann heraus, der in dein Haus gekommen ist, daß wir uns über ihn hermachen.' Aber der Mann, der Hauswirt, ging zu ihnen hinaus und sprach zu ihnen: 'Nicht, meine Brüder, tut nicht solch eine Schandtat! Siehe, ich habe eine Tochter, noch Jungfrau, und dieser hat eine Nebenfrau; die will ich euch herausbringen. Die könnt ihr schänden und mit ihnen tun, was euch gefällt, aber an diesem Mann tut nicht eine solche Schandtat.'
Aber die Leute wollten nicht auf ihn hören. Da faßte der Mann seine Nebenfrau und brachte sie zu ihnen hinaus. Die machten sich über sie her und trieben ihren Mutwillen mit ihr die ganze Nacht bis an den Morgen. Und als die Morgenröte anbrach, ließen sie sie gehen. Da kam die Frau, als der Morgen anbrach, und fiel hin vor die Tür des Hauses, in dem ihr Herr war, und lag da, bis es licht wurde."
Als der Levit festgestellt hatte, daß die Frau tot war, legte er ihre Leiche auf den Esel und zog nach Hause ins Gebirge Ephraim. Er war entschlossen, sich auf eine furchtbare Weise zu rächen. Dazu zerteilte er die Leiche in 12 Stücke und verschickte diese an die 12 Stämme Israels, um so den Haß des ganzen Volkes gegen die Benjaminiter zu entfachen, und er hatte Erfolg damit. "Es versammelten sich gegen die Stadt alle Männer Israels, geschlossen wie ein Mann."
In den Kapiteln 20 und 21 des Buches der Richter lesen wir von der fast völligen Ausrottung des Stammes Benjamin. Obwohl in der Stadt, die "geschlagen wurde mit der Schärfe des Schwertes", nur etwa 700 Männer gewohnt hatten, wird nahezu der ganze Stamm vernichtet. 25.000 Männer mußten ihr Leben lassen. Die Stadt Gibea ging auf in Flammen, und auch alle anderen Städte im Lande Benjamin wurden mit Feuer verbrannt. Die Ursache der Tragödie von Gibea war die Homosexualität ihrer Bewohner.
Um der Vollständigkeit dieser Thematik zu genügen, sollte dieses Kapitel nicht abgeschlossen werden, ohne dem immer wieder erhobenen Einwand zu begegnen, warum zum Beispiel auch unschuldige Kinder oder betrogene Ehepartner Opfer der tödlichen Lustseuche Aids werden, obwohl sie nie eine Beziehung zu irgendwelchen Risikoherden hatten.
Die Ansteckung in diesen Fällen geschieht außer durch Geschlechtsverkehr hauptsächlich durch Bluttransfusion. Verseuchte Babys kommen in der Regel bereits mit dem tödlichen Virus der infizierten Mutter zur Welt. Selbst unschuldig, zahlen sie für die Sünden ihrer Väter oder Mütter, und kaum, daß sie in die Welt gekommen sind, müssen sie diese schon bald wieder verlassen.
Wie in so vielen Fällen dieser Art, wird auch hier von kurzsichtigen Betrachtern immer wieder die uralte Frage gestellt: "Warum läßt Gott so etwas zu?" Es ist die älteste Frage der Welt. Sie wurde schon von den ersten Menschen gestellt - wohlweislich, nachdem von ihnen die erste Sünde begangen wurde. Gott hatte sie dazu nicht animiert, im Gegenteil, er hatte sie ausdrücklich gewarnt.
Wie wir bereits hinreichend festgestellt haben, hat Gott den Menschen seine Gebote gegeben, die bei Beachtung alle schlimmen Folgen auch eine Geisel wie Aids ausschließen. Wenn nun beispielsweise eine schwangere Frau von ihrem Mann angesteckt wird, der zwischenzeitlich bei einer aidsinfizierten Hure gewesen ist, oder wenn die Ansteckung der Mutter durch eine unsaubere Injektionsnadel erfolgte, dann kann man doch nicht so naiv sein und Gott die Schuld zuschieben, wenn Kinder infiziert werden.
Was hat das offensichtliche Vergehen der Eltern mit Gott zu tun? Es ist eine biologische Gesetzmäßigkeit, daß sich bestimmte Dinge von den Eltern auf die Kinder vererben. Oder will

man von Gott den man ja ansonsten auch nicht braucht in solchen speziellen Fällen verlangen, daß er die biologischen Gesetze, die in seinem Schöpfungsplan verankert sind, vorübergehend umstößt? Wer ist denn nun eigentlich gerecht und wer ungerecht? Gott hat ja schließlich den Vater nicht ins Hurenhaus geschickt. Er ist aus eigenem Entschluß dorthin gegangen.
Ein anderes Beispiel: Eine Frau, die raucht, dem Alkohol verfallen oder drogensüchtig ist, während sie mit einem Kind schwanger geht, muß wissen, daß sie dem Neugeborenen oft in verheerender Weise schadet. Trotzdem rauchen und trinken viele werdende Mütter verantwortungslos weiter. Es ist dann aber nicht die Schuld Gottes, wenn das Kind ein bedauernswertes Opfer der Sucht der Mutter geworden ist, sondern die Folgen ihrer Sünden.
Wie sieht es denn heute bei uns aus? Männer schlafen mit Männern, Frauen mit Frauen und was es sonst noch alles gibt. Das finden wir alles in bester Ordnung. Wehe, es wagt mal jemand zu sagen: "Kehrt um und tut Buße!", wie es Johannes der Täufer gesagt hat. Obwohl der Mensch die Krönung der Schöpfung ist, ist er durch eigenes Verschulden zutiefst gesunken.
Betrachten wir einmal unsere Tierwelt. Die Tiere halten sich an die von Gott gegebene Ordnung. Nur der Mensch meint, er könne sich alles erlauben. Kommt dann eine Krankheit wie Aids, dann darf man auf keinen Fall von Umkehr und Einsicht über den Lebenswandel reden, sondern man muß schnell irgendein Mittel finden, das einem erlaubt, genauso weiterzumachen wie zuvor.
Erinnern wir uns: Als seinerzeit werdende Mütter das Arzneimittel Contergan nahmen, brachten sie mißgebildete Kinder zur Welt. Lange hat sich damals die zuständige Pharmaindustrie gegen den Vorwurf der offensichtlichen Schädlichkeit des von ihr hergestellten Medikaments gewehrt. Dann mußte sie Milliarden an Entschädigung zahlen. Trotzdem aber bekam keines der Kinder dadurch wieder gerade Glieder. Sie blieben gezeichnet, und so mancher kurzsichtige Zeitgenosse schielte vorwurfsvoll zum Himmel, wenn er so ein behindertes Kind sah: "Wie kann Gott nur so etwas zulassen …?" Es war aber nicht Gott, der in der Giftküche des Pharma-Konzerns das verhängnisvolle Präparat zusammengemixt hatte.
Noch bis Mitte 1986 sind bei uns in Deutschland amerikanische Blutkonserven verwendet worden. Jahre zuvor hatte man schon davor gewarnt, nachdem andere Länder das US-Plasmaderivat, das zur Versorgung von Blutern verwendet wurde, bereits kategorisch verboten hatten. Doch das Gesundheitsministerium in Bonn hatte lange geschlafen. Die Folge davon war, daß mehr als die Hälfte der von der Bonner Universitätsklinik betreuten und behandelten Bluter-Patienten durch die Übertragung aidsverseuchter Gerinnungspräparate infiziert wurden.
Oder nehmen wir in bezug auf das Leiden gerade der Kinder das klassischste aller Beispiele, den Krieg. Wie viele unschuldige Kinder kommen dabei um. Die Schuld haben ihre Väter, die Gottes Gebote mißachten durch Haß, Machthunger, Eroberungslust und das Töten überhaupt. Gott hat den Menschen immer wieder mit Nachdruck auferlegt, sich untereinander zu lieben, ja sogar ihre Feinde zu lieben.
Wenn die Menschen dann aber für ihr Fehlverhalten die Rechnung präsentiert bekamen, klagten sie Gott an. Hinzu kommt dann noch, daß Leute, die solche anklagenden Reden führen, in der Regel gar nicht an Gott glauben. Sie leben zumeist in totaler Gottesferne. Wie können sie Gott kritisieren, dessen Existenz sie bewußt leugnen? Hier wird doch der ganze Widersinn einer solchen Handlungsweise offenkundig.
Wenn es beispielsweise allein in Schwarzafrika über 20 Millionen Aidskranke gibt, dann ist dies neben der Homosexualität und der weit verbreiteten Prostitution auch auf die chaotischen Verhältnisse des wahllosen Geschlechtsverkehr der Männer zurückzuführen, die völlig zügellos und primitiv nur ihrer animalischen Lust leben und damit den Aids Virus epidemisch über den ganzen Kontinent streuen.
Die Bibel sagt uns schon lange, was richtig und was falsch ist. Aber der Mensch sagt: "Ich

will tun, was ich will …" Und der Gesetzgeber unterstützt ihn dabei noch, indem er Schwulengesetze macht, die das widerwärtige Treiben der Homosexuellen rechtfertigt, hoffähig macht und legalisiert. Anschließend wundern sich dann alle, wenn Gott den Menschen die Konsequenzen für ihr sündiges Tun auferlegt.

Die Macht der Finsternis

Aus Jesu Endzeitreden wissen wir, daß in den letzten Tagen überall Finsternismächte auftreten und gewaltig zunehmen werden. Ihr Wirken unter den Menschen wird riesengroß sein und sich auf alle natürlichen und übernatürlichen Bereiche erstrecken.

Die derzeitige Situation unseres gesellschaftlichen Lebens bietet sich für diese unheilvolle Entwicklung geradezu an. Wenn wie dies in unseren Tagen augenscheinlich geschieht auch der letzte Rest von Gottesglauben aus den Herzen der meisten Menschen vertrieben wird, dann entsteht hier ein Vakuum.

Und in dieses Vakuum stoßen gezielt die Mächte der Finsternis. Sie füllen diesen Leerraum mit allen nur erdenklichen Formen des Okkultismus und des Aberglaubens. In dem Maß, in dem sich die Menschen von der Verehrung Gottes abwenden, öffnen sie sich bereitwillig übernatürlichen Dingen und Strömungen aller Art. Eine Welle des Bösen rollt über unser Land, und die Beschäftigung mit dem Übersinnlichen treibt überall Blüten. Es ist heute schlimmer als im Mittelalter. Die okkulte Invasion hat in unserer westlichen Welt bereits Ausmaße angenommen, die als alarmierend angesehen werden müssen.

Wer kümmert sich heute noch darum, daß Gott einmal gesagt hat: "Du sollst keine anderen Götter neben mir haben"?

Unlängst haben sich bei einem Kongreß in Berlin 700 Sterndeuter ein Stelldichein gegeben. Die Zahl der Handlinienleser, Kartenleger und Tischrücker wird bei uns auf über 100.000 geschätzt. Es ist eine blühende Dienstleistungsindustrie. Der geschätzte Jahresumsatz geht in die Milliarden. … Die esoterische Literatur stellt zur Zeit einen Anteil von über 10 Prozent des gesamten Bücherangebots. Darunter befinden sich Publikationen besonders über Astrologie, Magnetismus, Hypnotismus, Spiritismus und Hellsehen. … Dies alles sind Gewächse der Hölle.

Der inzwischen heimgegangene Evangelist Walter Wilms hat dazu einmal geschrieben: "Wer mit seiner Not nicht zu dem lebendigen Gott und seinem Wort Zuflucht nimmt, sondern zu solchen Mitteln und Irrlehren, geht mit dem Teufel ein Vertrauensverhältnis ein. Ob er es weiß und will oder nicht, die Verbindung ist geknüpft. Natürlich denkt man nicht, daß dieses Tun üble Folgen haben könnte. Man nimmt diese Hilfe gern an.

Manche denken: Es ist gleich, ob Gott hilft oder Satan. Sie wissen aber nicht, daß Satan sich diese Hilfe teuer bezahlen läßt. Das Schlimmste aber ist, daß solche Seelen dann nicht mehr an den lieben, helfenden Gott glauben können, der in Jesus Christus allen Menschen eine Erlösung geschaffen hat."

Und Pfarrer J. Chr. Blumhardt, der bekannte Kämpfer gegen Aberglauben und Zauberei, stellte in einem seiner Bücher fest: "Die traurigste Folge für den Menschen, wenn er seine Abgötterei nicht bekennt und bereut, kommt nach dem Tode …"

Gott warnt uns: "Was der Mensch sät, das wird er auch ernten" (Galater 6, 7), und Paulus sagt uns im 1. Korintherbrief: "Götzendiener werden das Reich Gottes nicht ererben."

Im letzten Buch der Bibel steht geschrieben, daß Zauberer und Götzendiener, wenn sie in ihrer Sünde beharren, auf ewig verloren gehen (Offenbarung 21, 8 und 22, 15).

Es ist inzwischen überall Mitternacht geworden. Fragwürdige diesbezügliche Angebote bieten unter anderem die Volkshochschulen überall in Deutschland, besonders im Bereich der Esoterik und New Age. Aber auch auf dem Gebiet der "Gesundheitsbildung" gibt es einen Boom mit Yoga, autogenem Training und Bioenergetik. Psycho-Kulte aller Art breiten sich wie ein Steppenbrand aus. Da blühen Okkultismus, Esoterik, Magie, Hexenglauben, New Age, Geist-

heilung, Reinkarnation, Schamanismus, Satanismus usw. Wir leben, wie gesagt, in einer Welt, in der die dämonischen Bewegungen aller Art oben auf sind, wo sie gesellschaftsfähig geworden sind und sich immer größerer Beliebtheit erfreuen.
Wir leben in der von der Bibel vorausgesagten Abfallzeit, wo Glaubenssubstanz verworfen wird und wo man Gott längst in Pension geschickt hat. Er paßt nicht mehr in die Vorstellungswelt der meisten Menschen. Man ignoriert sein Wort, die Heilige Schrift, wo immer man kann. Bekämpft jede sittliche Ordnung, soweit sie sich auf die Richtlinien der Bibel bezieht. Die Menschen suchen sich selbst zu helfen, ohne Gott, ohne Bibel, ohne Gebet. Sie sagen: Hilf dir selbst. Sie vertrauen nur auf ihre Intelligenz, auf ihr Geld usw. …
Besonders schlimm ist es auf dem Gebiet der Gesundheit, dem Hauptproblem, der Nummer eins. Dabei suchen immer mehr Menschen Hilfe im okkulten Bereich, bei paramedizinischen Heilmitteln. Die Folgen sind oft schrecklich, verheerend. Es geht bei den okkulten Heilmethoden um die sogenannte weiße Magie. Dazu gehören alle fernöstlichen Heilpraktiken, die zum großen Teil ausgesprochen unwissenschaftlichen Praktiken zuzuordnen sind und einen medialen Hintergrund haben.
Sie kommen meistens aus der chinesischen Philosophie mit all ihren okkulten Inhalten. Auffallend ist unter anderem, daß medial veranlagte Menschen viel eher auf diese Heilmethoden ansprechen als zum Beispiel gläubige. Es gibt chinesische Ärzte, die weigern sich deshalb Patienten zu behandeln, die aus christlichen Kulturkreisen kommen.
Nun, wir wissen, daß auch die Wunderheiler Erfolge aufzuweisen haben. Das spricht aber noch lange nicht für die Richtigkeit ihrer Methoden. Heilungen dieser Art geschehen auch bei Magiern, bei den Medizinmännern im Busch und bei den Zauberdoktoren und den Naturreligionen in Afrika, Asien und Südamerika. Es sind zum Teil sogar verblüffende Erfolge. Sogar solche, die im Namen Jesu heilen, wie zum Beispiel die Christliche Wissenschaft, kann mit beachtlichen Heilerfolgen aufwarten.
Aber damit ist noch lange nicht gesagt, daß sie auch in göttlichem Auftrag handeln bzw. unter göttlicher Salbung stehen. Ein gläubiger Christ sollte sich niemals in diese Bereiche begeben. Mediale Kräfte sind immer gefährlich. Ein Christ sollte sich in allen Dingen stets unter den Schutz Jesu stellen. Auf keinen Fall sollten wir nach dem Motto handeln: Gesundheit um jeden Preis.
Ein junger Mann kam mit einer lebensbedrohenden Krankheit in die Praxis eines dieser ominösen Heiler. Zuvor hatten ihm die Ärzte wenig Hoffnung auf eine Besserung seines Zustandes gemacht. Der Heiler bediente sich während der Untersuchung seiner Apparaturen und stellte dabei eine hundertprozentig treffsichere Diagnose.
Auch die anschließende Behandlung war erfolgreich, und der junge Mann wurde wieder gesund. Er wußte aber nicht, daß er sich in die Hände eines medialen Heilers begeben hatte, und so mußte er seine Gesundheit teuer bezahlen. In der Folge stellten sich bei ihm gravierende körperliche Veränderungen ein.
Wenn er in die Kirche ging oder daheim die Bibel lesen wollte, bekam er plötzlich körperliche Schmerzen. Auch hatte er keine Freude mehr am Beten. Wenn er christliche Lieder singen wollte, versagte ihm die Stimme. Dazu stellten sich gleichzeitig auch charakterliche Veränderungen ein. Er wurde Alkoholiker und Kettenraucher, der am Tag bis zu 80 Zigaretten rauchte. Dazu kamen Depressionen und zuletzt ein völliger seelischer Bankrott. Er war zwar zunächst körperlich geheilt gewesen, aber schließlich seelisch ruiniert.
Okkulte Praktiken befreien nicht, sie knechten. Die Bibel sagt in Galater 5, 1: "Zur Freiheit hat Christus uns befreit. So stehet nun fest und lasset euch nicht wieder in das knechtische Joch fangen."
Leider haben dunkle Mächte inzwischen auch in christliche Kreise Einlaß gefunden. So entstand vor einiger Zeit in Stuttgart ein "Arbeitskreis für christliche Meditation und Yoga". Man

suchte dort neue Wege zu religiösem Erleben und spirituellen Erfahrungen. Übungen aus anderen Religionen seien gefragt. Die Leiter dieses Kreises sind evangelische Pfarrer.
Die Meditation, von der hier die Rede ist, ist eine Art Selbsthypnose durch Autosuggestion, eine Technik der psychischen Selbstbeeinflussung. Wenn sich der Mensch etwas selbst einsuggeriert, dann ist das immer eine ungöttliche Handlung. Die Meditation gehört in den Bereich der Psychoanalyse und ist aus der Hypnose entstanden. Im Mittelpunkt steht immer das Ich des Menschen. Eine Innenschau, eine Versenkung, ein Zustand der Entrückung, eine Traumwelt der Phantasie. Der Mensch konzentriert sich nur auf sich, nicht auf Gott.
Ähnlich ist es beim Yoga. Yoga ist heute weit verbreitet und kommt aus dem Buddhismus und dem Taoismus. Letzteres ist eine chinesische Volksreligion und hat mit Aberglaube und Zauberei zu tun. Es ist ein Teilbereich des Spiritismus und total unvereinbar mit dem christlichen Glauben. Wenn es das Ziel von Meditation und Yoga ist, eine Art Selbsterlösung zu erlangen, dann ist Jesus Christus natürlich überflüssig geworden.
Wir sollten grundsätzlich festhalten: Es gibt in dieser Welt zwei Quellen, aus denen der Mensch schöpfen kann. Die eine Quelle ist Gott und die andere die Macht der Finsternis mit ihrem beherrschenden Fürsten Satan. Wir können Hilfe von der einen Seite bekommen, wir können uns aber auch der anderen Seite zuwenden und den Weg der finsteren Mächte wählen. Aber Letzteres führt unweigerlich in Gebundenheit, Ausweglosigkeit und ewige Nacht.
Im übrigen verbietet uns die Heilige Schrift ausdrücklich, Hilfe bei der Quelle zu suchen, die nicht von Gott kommt, denn das würde bedeuten, fremde Götter und Götzen anzurufen. Gott, unser Herr, mahnt uns in 2. Mose 20, 3-6:
"Du sollst keine anderen Götter haben neben mir. Du sollst dir kein Bildnis noch irgendein Gleichnis machen, weder von dem. was oben im Himmel, noch von dem, was unten auf Erden, noch von dem, was im Wasser unter der Erde ist. Bete sie nicht an und diene ihnen nicht! Denn ich, der Herr, dein Gott, bin ein eifernder Gott, der die Missetat der Väter heimsucht bis ins dritte und vierte Glied an den Kindern derer, die mich hassen, aber Barmherzigkeit erweist an vielen Tausenden, die mich lieben und meine Gebote halten. Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht mißbrauchen, denn der Herr wird den nicht ungestraft lassen, der seinen Namen mißbraucht."
Auch der Apostel Paulus warnt in seinem Brief an die Gemeinde in Galatien eindringlich vor Götzendienst und Zauberei und sagt dazu, daß die, die solches tun, das Reich Gottes nicht erben werden.
Das sind harte Urteilsworte Gottes. Sie sind um so ernster zu nehmen, da, wie es uns die Bibel sagt, unser Universum von okkulten Kräften voll durchdrungen ist. Das ist genau das, was Paulus an anderer Stelle sagt:
"Denn wir haben nicht mit Fleisch und Blut zu kämpfen, sondern mit Mächtigen und Gewaltigen, nämlich mit den Herren der Welt, die in der Finsternis herrschen, mit den bösen Geistern unter dem Himmel."
Der "Gott dieser Welt" verblendet seine Opfer mit Geheimwissen aus allen möglichen dunklen Quellen. Dabei ist eine weitverbreitete Greuelsünde, wie gesagt, der Aberglauben.
Was ist Aberglauben? In dem Wort Aberglauben finden wir zunächst das Wort Glauben. Aber es steht nicht allein, denn es wird von dem Wort "aber" begleitet. Aberglauben ist also nicht dasselbe wie Glauben. Es ist vielmehr ein Irrglauben. Glauben ist für wahre und überzeugte Christen ausschließlich der Glauben an den lebendigen Gott und seine übernatürliche Kraft. Was den Aberglauben betrifft, so bezieht sich dieser dagegen nicht auf Gott, sondern auf einen anderen, den "Fürsten der Welt".
Das heißt also, auf der einen Seite steht Gott und auf der anderen Satan. Dazwischen steht der Mensch. Diese Konstellation ist gerade heute in unseren Tagen ausgeprägter denn je. Wenn der Mensch an Gott glaubt, dann kommt er auch unter göttlichen Einfluß. Glaubt er dagegen

an den Teufel und seine Macht, so kommt er unter dessen Einfluß. Es gibt ein Sprichwort, das besagt: "Wenn man dem Glauben die Tür weist, kommt der Aberglaube zum Fenster herein."
"Wenn euch Jesus nun frei macht, so seid ihr wirklich frei" (Johannes 8,36). Und an anderer Stelle heißt es: "Dazu ist erschienen der Sohn Gottes, daß er die Werke des Teufels zerstöre" (l. Johannes 3,8).

Quo vadis Deutschland?

Die Bibel zeichnet ein sehr drastisches Bild von der sittlichen Verwahrlosung der Menschen in der Endzeit, die ihren Impulsen unbeherrscht und betont egoistisch freien Lauf lassen, ungeachtet der Gebote Gottes. Bei dem Bestreben eines totalen Auslebens sündhafter Bedürfnisse spielt auch bei uns in Deutschland immer wieder die Forderung nach genereller Abschaffung des Abtreibungsparagraphen 218 eine Rolle.
Begonnen hatte die Debatte um die Liberalisierung dieser Gesetzesvorschrift bereits im Jahre 1976. Damals zur Zeit der sozialliberalen Koalition in Bonn lag die Zahl der Kindestötungen bei etwa 8.000 im Jahr. Heute gehen die Zahlen bereits in die Hunderttausende. Als dann die C-Regierung wieder an die Macht kam, wurde es keineswegs besser. Inzwischen wurden Millionen Kinder ermordet als Folge der Inkonsequenz auch der sogenannten christlichen Politiker, die nur noch Wenn- und Aber-Paragraphen zustande brachten. Das Töten geht ungehindert weiter, und das 5. Gebot Gottes, "Du sollst nicht töten", ist regierungsamtlich außer Kraft gesetzt. Töten wurde damit legal.
Bei den mit staatlicher Duldung einhergehenden Verbrechen am ungeborenen Leben besteht ein sichtbarer Zusammenhang mit der schwindenden Bindung an den christlichen Glauben. Kaum ein anderes Vorkommnis charakterisiert so sehr das sich in permanenter Auflösung befindliche Rechtsbewußtsein wie der Kinder-Holocaust in Deutschland, der alljährlich 300.000 Abtreibungsopfer fordert. Das sind dreimal mehr Menschen, als der Hiroshima-Bombe zum Opfer fielen. In einer einzigen Woche werden bei uns 2.500 Kinder qualvoll im Mutterleib ermordet. Umgerechnet sind das täglich rund 15 Schulklassen mit jeweils 23 Schülern. Für sie gibt es nicht mal ein Grab, noch Blumen, noch Tränen …
In einer Gesellschaft, in der selbst bei Schwerstkriminalität die Todesstrafe abgeschafft ist, hat jede Mutter das Recht, gegen ihr Kind ein Todesurteil zu fällen. Welch eine Ironie. Dabei hat solch ein Kind überhaupt nichts verbrochen, außer unerwünscht zu sein. Die Tötung unschuldiger Menschen zu legalisieren, das heißt, sie beliebig ausradieren zu können, war bisher nur in Unrechtssystemen möglich.
Das ist eine einmalige Katastrophe auf dem Gebiet der Rechtsordnung unseres Landes und eine bewußte Entscheidung, den Weg ohne Gesetz zu gehen. Somit kann die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr als Rechtsstaat betrachtet werden. Es kann angesichts der Erosion des Unrechtsbewußtseins nicht genug über Abtreibung und die damit zusammenhängende Problematik geschrieben werden.
Ein Theologe sagte einmal sehr richtig: "Wenn man der Mutter das Recht gibt, ihre ungeborene Tochter zu töten, weil sie ihr eine Last ist, dann gibt man der Tochter dasselbe Recht, ihre Mutter aus demselben Grund zu töten. Freie Abtreibung bedeutet früher oder später freie Euthanasie, weil man in beiden Fällen dasselbe Recht zu töten bestimmten Personengruppen in besonderen Umständen überläßt. Das zugrunde liegende Denkschema ist exakt dasselbe.
Inzwischen haben wir in der Bundesrepublik einen Keller voller Leichen, und man muß sich fragen, wie unsere verantwortlichen Politiker, besonders die mit dem "C", mit einer solchen Hypothek leben können. Ein Journalist fragte einmal einen Politiker in Bonn: "Herr Abgeordneter, beten Sie?" Die Antwort war kurz und unmißverständlich: "Ich führe keine Selbstgespräche." Für solche Leute ist Gott tot. Sie sind aber mitverantwortlich dafür, daß unsere Welt zunehmend in einem Chaos landet, weil sie sich nur vom Zeitgeist leiten lassen und nicht von dem, was die Bibel den Menschen als Maßstab ihres Handelns vorschreibt.

Ein verantwortungsbewußter Arzt hat dem Kanzler der Bundesrepublik Deutschland einmal einen Brief geschrieben, indem es unter anderem heißt:
"Haben Sie, Herr Bundeskanzler, nicht folgenden Eid geschworen: Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohl des deutschen Volkes widmen … Schaden von ihm abwenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen … und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde? Meine Freunde und ich bitten Sie, diesen Schwur in die Tat umzusetzen, das heißt unter anderem, das im Grundgesetz garantierte Lebensrecht zu verteidigen, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben, also auch gegen das wehrlose Ungeborene, um so Schaden von unserem Volk abzuwenden …
Auch Sie, Herr Bundeskanzler, werden einmal vor dem Thron des Weltenrichters stehen müssen, des wirklichen Herrn über Leben und Tod. Dort werden bei der letzten, für jeden von uns entscheidenden Abstimmung, auch diejenigen Stimmrecht haben, deren Stimmen hier auf Erden vorzeitig zum Schweigen gebracht wurden, aus mangelnder Opferbereitschaft, Feigheit oder ideologischer Verblendung … Denn das Blut dieser unschuldigen Kinder, die nach Gottes Ebenbild geschaffen sind, schreit zum Himmel. Und was wollen Sie einst dem Schöpfer antworten, wenn er Sie nach den Kindern fragt, die unter Ihrer Kanzlerschaft nicht geboren werden durften, obwohl er sie in seinem Schöpfungsplan vorgesehen hatte?"
Eine christliche Informationsschrift hat einmal, was die Leichtfertigkeit in den politischen Entscheidungen der Regierenden unseres Landes betrifft, halb ironisch und halb "prophetisch" festgestellt: "Wäre zum Beispiel Helmut Kohl heute ein ungeborenes Kind, wäre er mit großer Wahrscheinlichkeit abgetrieben worden. Nach einer Befragung im Auftrag des Bundestages sehen fast 55 Prozent von befragten Frauen eine Veranlagung zu Übergewicht als hinreichenden Grund für eine Tötung des Kleinstkindes aus eugenischen Gründen. So sehr hat das schwergewichtige Kabinett schon gegen sich selbst gearbeitet."
Speziell zum Thema "Kohl und Abtreibung" äußerte sich auch der inzwischen als konsequenter Gegner der Abtreibung bekannt gewordene lutherische Theologe Dr. Johannes Lerle aus Erlangen, indem er zunächst auf die frommen Worte des Bundeskanzlers hinwies, die dieser auf der EKD-Synode Anfang November 1997 in Wetzlar lauthals von sich gegeben hat. Dr. Lerle fuhr dann fort: "Doch im Jahre 1995 stimmte Kohl für ein Gesetz, das die Bundesländer verpflichtet, 'ein ausreichendes Angebot zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen' sicherzustellen. Das heißt, auch Kohl hat durch seine Zustimmung andere beauftragt, Tötungskapazitäten bereitzustellen. Auf diesen Auftrag können sich Kindermörder berufen.
Zum Boykott der bundesdeutschen Rechtsstaatlichkeit und der von allen ethischen Imperativen abgekoppelten Moralauffassung unseres Volkes schreibt der Politologe Professor Günter Rohrmoser in "Der Ernstfall - Die Krise unserer liberalen Politik":
"Wenn etwa die Tötung unschuldigen wehrlosen Lebens für rechtens gehalten und für straffrei erklärt wird, wie das im Beschluß des Bundestages zur Fristenlösung geschehen ist, dann wanken die Fundamente unseres Rechtsstaates. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ist zum einen gegeben vor Gott. Sie hat die Würde und damit das Leben des Menschen zum höchsten Gesetz des Staates erklärt, und sie hat das natürliche Sittengesetz anerkannt.
Bei der Debatte um den Abtreibungsparagraphen hat sich gezeigt, daß das Gefühl für Sittlichkeit sich so gut wie verflüchtigt hat. Wenn sich aber die Einsicht in die sittliche Natur auflöst, dann kann auch der Rechtsstaat auf Dauer nicht mehr bestehen bleiben. Ein Rechtsstaat, der zu seiner Grundlage und Voraussetzung nicht die gelebte Sittlichkeit seiner Bürger hat, wird sich auf Dauer selbst vernichten und wird neue Formen der Barbarei ermöglichen, von denen wir einige Erfahrungen in unserem Jahrhundert schon gemacht haben."
Wir alle kennen die Geschichte im 1. Buch Mose, wo der Herr sprach: "Es ist ein großes Geschrei über Sodom und Gomorrah, daß ihre Sünden schwer sind … und die Sonne war aufgegangen auf Erden, als Lot nach Zoar kam. Da ließ der Herr Feuer und Schwefel regnen vom

Himmel herab auf Sodom und vernichtete die Städte und die ganze Gegend und alle Einwohner der Städte und alles, was auf dem Land gewachsen war." Sodom wurde so vollständig in Schutt und Asche gelegt, daß es selbst den tüchtigsten Archäologen später nicht gelang, auch nur die geringste Spur dieser Stadt wiederzufinden.
In der Bibel steht Sodom für Gottlosigkeit, denn in dieser Stadt waren die greulichsten Sünden zu Hause. Die sexuelle Perversion in dieser Stadt ist inzwischen sprichwörtlich geworden. Dort wurden Homosexualität, Lesbianismus und alle Arten sexueller Abartigkeit offen praktiziert, genau wie heute in unseren Tagen und in unserem Land.
Wie nahe stehen wir heute Sodom? Der bibelgläubige amerikanische Autor Dr. M. Panton schreibt dazu: "Sodom ist ein Beispiel für das kommende Weltgericht. Unser Herr sagt ausdrücklich, daß die Zustände am Ende der Tage im Prinzip denen von Sodom gleich sein werden. In Gottes Wort finden wir häufige Parallelen in bezug auf die Welt als auch auf die Heilsgeschichte. Gott handelt unter gleichen oder nahezu gleichen Umständen immer gleich. So kann man den Untergang Sodoms und das Entkommen Lots dem Untergang der Welt und der Entrückung der Gemeinde Jesu gleichsetzen.
Es gibt eine Grenze für die Sünde. Ist diese Grenze überschritten, dann ist das Gericht unausweichlich und beschlossen. Übergroße Bosheit ist immer der Beweis bevorstehenden Gerichts, weil von denen, die freiwillig Gott den Rücken zugekehrt haben, gesagt wird: 'Darum hat Gott sie auch dahingegeben' (Römer 1,24)."

In den Fußstapfen von Herodes

Jeder Bibelleser kennt die Geschichte der unschuldigen Kinder. Sie ist eng mit dem Namen Herodes verbunden. Wir lesen über den Kindermord des Königs von Judäa im Matthäus Evangelium im 2. Kapitel. Dort heißt es, daß der König sehr zornig über die Geburt Jesu war und alle Kinder "in Bethlehem und in der ganzen Gegend, die zweijährig und darunter waren", töten ließ. Herodes lebt heute noch, tausendfach sogar, in all den feigen Kindermördern überall in der Welt, wo unschuldige, menschliche Wesen rücksichtslos und brutal getötet werden. Damals, vor 2.000 Jahren, war es Machtgier und Angst vor einem "Konkurrenten".
Heute ist es Egoismus, der Menschen veranlaßt, unerwünschtes Leben grausam zu vernichten. Geändert haben sich die Zeiten lediglich um eine unwesentliche Nuance. Damals waren es rohe Soldaten mit dem Schwert, die den Babys den Kopf abschlugen, heute ist es der Herr Doktor im weißen Kittel, der mit Hilfe modernster medizinischer Technik den Körper des werdenden Kindes zerstückelt und absaugt. Überall in der Welt sind Ärzte am Werk, die diese grausame Schlachterei für eine Handvoll Silberlinge ausführen.
Diese hochgebildeten und gelehrten Akademiker haben allesamt einmal einen Eid geschworen, den man den Hippokratischen Eid nennt und der für die Ärzte seit Jahrhunderten als moralischer Grundsatz verbindlich gilt und von dem ihre Tätigkeit an den Menschen geleitet werden sollte. In diesem Eid, der an den Wänden vieler Arztpraxen stilvoll eingerahmt hängt, heißt es: "Ich werde keinem, und sei es auf Bitten, ein tödliches Gift verabreichen, noch einen solchen Rat erteilen, desgleichen werde ich keiner Frau ein abtreibendes Mittel geben." Es mutet darum schon schizophren an, wenn man weiß, daß durch Abtreibung weniger als ein Prozent der Ärzte mehr Menschenleben beenden, als die anderen 99 Prozent jährlich durch ihre Arbeit erhalten können.
Vor einigen Jahren erzählte die Krankenschwester Anne-Katrin Asmussen in "Idea-Spektrum" von der Zeit ihrer Ausbildung in einem kleinen Kreiskrankenhaus in der Nähe von Hamburg. Dort war sie im OP eingesetzt und es war regelmäßig ihre Aufgabe, das abgesaugte "Material" eines "Schwangerschaftsabbruchs" unter fließendem Wasser in einem Sieb zu spülen, mit einer Pinzette die Teilchen in Formalinlösung zu legen und an ein Institut zur Gewebeuntersuchung zu schicken.
"Oft fischte ich dabei winzige Ärmchen und Beinchen heraus", schreibt sie. "Mir wurde dabei

immer übel … Einmal erlebte ich ein Schwangerschaftsende im sechsten Monat mit. Die Frau hing am Wehentropf, das heißt, die Wehen wurden mit einem Medikament künstlich eingeleitet. Die Preßwehen setzten ein. Ich rief den Arzt. Der im Bett liegenden Frau wurde ein Steckbecken untergeschoben, und das Kind fiel hinein. Es wimmerte. Die Frau fragte ungläubig: 'Lebt es etwa? Schreit es?' Das Kind wurde vom Arzt abgenabelt und der Deckel auf das Steckbecken gelegt. Ich brachte das Becken in den Spülraum unserer Station, wo es nach Vorschrift zwei Stunden stehen mußte. Dann war das Kind schließlich tot. Es kam zum klinischen Müll.

In einem anderen Fall war das abzutreibende Kind im fünften Monat in einer sogenannten Querlage und konnte im Mutterleib nicht gedreht werden. Die Mutter wurde in den OP gebracht, da die Hebammen sich weigerten, diese 'Geburt' durchzuführen. Der operierende Arzt erzählte mir nach dem Eingriff, daß er das Kind im Mutterleib zerschneiden und die Teile einzeln herausholen mußte, um einen Kaiserschnitt zu verhindern."

Melody Green berichtet in ihrem Artikel "Kindersachen zum Wegwerfen?" von einem Arzt, dem, nachdem er seine erste Abtreibung durchgeführt hatte, so schlecht wurde, daß er glaubte, sterben zu müssen. Wochenlang hat er Depressionen gehabt und an Selbstmord gedacht. Er sagte: "Das erste Mal fühlte ich mich wie ein Mörder, aber ich tat es immer wieder … und jetzt, 20 Jahre später, muß ich erkennen, was aus mir als Arzt und Mensch geworden ist. Natürlich wurde ich verhärtet. Natürlich war das Geld wichtig. Und es war ja so leicht, als ich erst einmal den Schritt getan hatte, diese Frauen wie Tiere anzusehen und diese Babys als bloßes Gewebe."

Melody Green beschreibt dann die am häufigsten angewandten Abtreibungsmethoden. Zunächst die sogenannte Curettage. Dabei "wird die Öffnung des Muttermundes mit einer Reihe von Instrumenten erweitert, um das Einführen des Bogenmessers oder eines scharfen Instruments zum Schaben in dem Uterus zu ermöglichen. Oft wird dabei der Fötus in Stücke geschnitten und dann von der Gebärmutter abgeschabt."

Beim Absaugen "wird der Muttermund ebenfalls zunächst erst einmal erweitert und durch ihn ein flexibler Plastikschlauch eingeführt. Das Kind wird dann durch einen Sog, der etwa zehnmal stärker ist als der eines Staubsaugers, auseinandergerissen und als Gewebebrei abgesaugt."

Die Salzvergiftung wird in der Regel ab der 16. Schwangerschaftswoche angewandt, "wenn sich in der Fruchtblase um das Baby genug Flüssigkeit angesammelt hat. Etwas von dem Fruchtwasser wird entnommen und statt dessen eine starke Salzlösung eingespritzt. Das hilflose Baby schluckt dieses Gift und leidet sehr stark. Es stößt und zuckt heftig, da es durch diese Lösung buchstäblich bei lebendigem Leib verbrannt wird. Bei dieser Methode dauert es über eine Stunde, bis das Baby tot ist. Die äußere Schicht der Haut wird vollständig verbrannt. Innerhalb von 24 Stunden setzen gewöhnlich die Wehen ein, und die Mutter bringt ein totes Kind zur Welt."

Dann gibt es noch die chemische Abtreibung (Prostaglandin). Bei dieser neuesten Form der Abtreibung "werden Chemikalien verwendet, die bewirken, daß sich der Uterus stark zusammenzieht und dabei das Baby hinausgestoßen wird. Die Kontraktionen sind so außerordentlich stark, daß manche Babys dadurch schon geköpft wurden. Die Nebenwirkungen für die Mutter sind zahlreich. Einige starben sogar an Herzinfarkt, als ihnen die Chemikalien eingespritzt wurden."

Nicht zuletzt noch ein Wort zur Abtreibung durch Kaiserschnitt. Da wird das Baby losgeschnitten, in einen Behälter geworfen und ebenfalls dem Tod überliefert. Babys in einem bestimmten Alter bewegen sich dabei noch, atmen und schreien, bevor sie zitternd im Mülleimer sterben. Anstelle einer warmen Wiege finden sie ein kaltes Grab.

Der Jude Dr. Bernhard Nathanson war Leiter der größten Abtreibungsklinik der USA und ver-

antwortlich für 75.000 Abtreibungen. Eines Tages verspürte er in seinem Gewissen die schwere moralische Last, die er sich durch das Töten unschuldiger Kinder aufgeladen hatte, und nahm eine radikale Kehrtwendung vor. Seither führt er einen entschiedenen Feldzug gegen die Abtreibung und hält Vortragsreihen überall in der Welt. Dazu schuf er einen Film "Der stumme Schrei", der zu den erschütterndsten Dokumenten über den Kindermord gehört.
Ein Sprecher der "Aktion SOS Leben", der den Film sah, schrieb zu diesem Streifen, in dem die Reaktionen des Kindes im Mutterleib während der Abtreibung gezeigt werden: "Sie hätten dabei sein sollen, um den Widerstand des Kindes zu erleben. Man glaubt einen ausgewachsenen Menschen im Augenblick der Folter zu erkennen. Der Mund öffnet sich wie zum Aufschrei … Das Kind versucht, auf die dem Folterwerkzeug und dem Tod entgegengesetzte Seite des Mutterleibes zu entfliehen … Solche Grausamkeit geschieht allein in der Bundesrepublik durchschnittlich alle zwei Minuten."
Eine Abgeordnete der Grünen, Jutta Oesterle-Schwerin, hat einmal vor Jahren gesagt: "Das Abholzen alter Kastanien tut mir viel, viel mehr weh als das Absaugen von Zellgewebe, das eine Frau in ihrem Körper nicht haben will … Es ist Urschleim, von dem sich die Frau um ihrer Selbstbestimmung willen trennen kann."
Nun ist es eine Tatsache, und das wird auch von den Ärzten nicht bestritten, daß sich ab dem Zeitpunkt der Verschmelzung von Ei und Samenzellen und deren Einnistung in die Gebärmutter bereits menschliches Leben entwickelt hat. Beide werden zu einer vollständigen genetischen Einheit, die darauf programmiert ist, sich zu einem erwachsenen Menschen zu entwikkeln. Es ist medizinisch nachgewiesen, daß das Herz des Babys bereits ab dem 18. Tag nach der Zeugung zu schlagen beginnt.
Bis zum 30. Tag haben fast alle Organe schon angefangen sich zu bilden. Nach sechs Wochen bewegt es Arme und Beine, und nach 43 Tagen können sogar die Gehirnströme des Babys abgelesen werden. Es kann Reiz empfinden und Schmerz spüren. Es ist kein Teil der Mutter, sondern eine völlig andere Person. Es hat nämlich nach acht Wochen auch schon eigene Fingerabdrücke. Von diesem winzigen Wesen wird es in der Geschichte der Menschheit kein zweites Exemplar mehr geben. So einzigartig ist das Kind bereits im Mutterleib.
Und die Bibel sagt uns, daß nur Gott das Recht hat, den Mutterleib zu öffnen und zu schließen. Wenn der Mensch diese Dinge in die eigene Hand nimmt, dann bricht er Gottes Gesetze, und das wird nicht ohne Folgen für ihn sein. Wir täuschen uns, wenn wir glauben, Gott würde nicht sehen, was in den Abtreibungskliniken Tag für Tag geschieht. In Sprüche 15, 3 lesen wir: "Die Augen des Herrn sind an jedem Orte, schauen aus auf Böse und auf Gute."
Bei den meisten Frauen bleibt eine Abtreibung "nicht in den Kleidern hängen", wie man sagt. Es ist inzwischen erwiesen, daß nahezu jede zweite Frau, die abgetrieben hat, diese Entscheidung früher oder später bereut und den Schwangerschaftsabbruch am liebsten wieder rückgängig machen würde. Wie die Ärztezeitschrift "Medical Tribune" berichtet, haben zwei von drei Frauen nach einer Abtreibung "für lange Zeit Reue und Schuldgefühle sowie Angstzustände oder schwere Depressionen".
Hinzu kämen auch nicht selten körperliche Leiden wie Migräne, Herzrhythmusstörungen oder Magen-Darm-Beschwerden. Auch in der Beziehung zum Partner würden sich Probleme wie Haßgefühle, Gefühlskälte oder Launen bis hin zur Frigidität ergeben.
In der Schülerzeitung "Scheibenkleister" in Bad Neustadt in Bayern gab eine junge Frau, die abgetrieben hatte, ihren Erlebnisbericht wieder, um junge Menschen davor zu warnen, daß sie sich durch eine unüberlegte Handlung ihr ganzes späteres Leben kaputtmachen. Sie war gerade im ersten Lehrjahr, als sie schwanger wurde. Zusammen mit ihrem Freund ging sie zur Beratungsstelle, nachdem ihr zuvor "liebe Freunde" geraten hatten, das Kind nicht zur Welt zu bringen. Bei der Beratungsstelle schrieb ihr die Sachbearbeiterin eine Indikation. Das ist eine Bescheinigung, die eine angebliche Notlage begründen soll und mit der man dann zum Arzt

gehen kann, um "es wegmachen zu lassen".
"Der Arzt überwies mich dann in eine Privatklinik", erzählt die Frau. "Der Tag, an dem die Abtreibung vorgenommen wurde, ist wie ein Brandmal, das ich niemals verlieren werde. So wie dieses Kind dann gestorben ist, ist auch etwas in mir gestorben, das niemals mehr zum Leben erweckt werden kann. Ich würde es heute nie wieder tun, egal, wie meine Umwelt darauf reagiert. Ich lebe nur noch mit der Angst, und ich werde damit nicht fertig. In meinen Alpträumen sehe ich, wie ein kleines Mädchen mit ausgestreckten Armen auf mich zugelaufen kommt und mich immer wieder fragt: 'Warum, Mami, warum'? Danach wache ich schweißgebadet auf. Und dieser Traum und der Blick des Mädchens verfolgen mich, seit ich den Eingriff habe machen lassen."
Zum Schluß fügt die junge Frau dann noch das Übliche hinzu: "Heute bin ich ganz allein, denn mein Freund hat mich inzwischen verlassen. Er wollte seine Freiheit wieder haben …"
Der "Arbeitskreis Leben" in Emden hat in einer Aufklärungsschrift einmal festgestellt: "Die einzige Möglichkeit, Ungeborene zu schützen, geht nur durch ein Gesetz, das die Abtreibung strickt verbietet, ohne den Zusatz eines Wenn- und Aber-Paragraphen. Die Ansicht, daß ein Kind erst ab der Geburt ein Mensch ist, gehört der Vergangenheit an.
Die Zwölf Wochen Frist, in der eine Abtreibung erlaubt ist, ist daher pure Ironie. Jede Frau ist für ihre Schwangerschaft selbst verantwortlich … Daß es Probleme geben kann, wenn eine Schwangerschaft eintritt, ist nicht von der Hand zu weisen, doch dann müssen die Probleme beseitigt werden und nicht das Kind … Erzwungene Beratungen durch den Staat, bei denen der Freifahrtschein zur Abtreibung ausgestellt werden muß, sind nutzlos, da die Frau dann immer noch die letzte Entscheidung hat, über das Leben oder den Tod ihres Kindes zu bestimmen."
Nun, da der Bundestag ein Gesetz beschlossen hat, das das ungeborene Kind der Willkür von Müttern, Vätern, Familien und Ärzten preisgibt, ist der sonst schützende Mutterleib inzwischen zum lebensgefährlichsten Platz in Deutschland geworden, wie in einer großen deutschen Tageszeitung zu lesen war. Der Staat erlaubt die Tötung von Ungeborenen. Die Täter werden nicht zur Rechenschaft gezogen, sofern sie nur die Bestimmungen beachten, die vom Gesetzgeber im § 218 festgelegt sind. Es darf getötet werden, ohne daß eine Anklage erhoben wird, ein Verhör stattfindet und ein Richterspruch erfolgt.
Da alle Parteien, auch die, die sich am Anfang ihres Namens "christlich" nennen, den Kinderholocaust legalisiert haben, ist es damit auch die Mehrheit unseres Volkes, die den Mord an Kindern zuläßt. Die Regierung ist ja schließlich vom Volk gewählt, und auch die Abgeordneten im Parlament. Damit hat das Volk zur Mißachtung von Gottes Geboten freie Bahn gegeben. Des Volkes Stimme wird höher gewertet als Gottes Stimme.
Somit wird die Meinung der Mehrheit zum Maßstab für Recht und Unrecht. Die Rechtsprechung entwickelt sich zur Unrechtsprechung. Das Resultat ist verheerend, wenn die öffentliche Meinung nur noch auf subjektiven Grundlagen und egoistischen Gesichtspunkten beruht, wobei sich jeder selbst der Nächste ist. Dann ist der Mensch und nicht mehr Gott der Maßstab aller Dinge. Er ist sein eigener Gott, sein eigener Gesetzgeber geworden. Recht ist, was die Mehrheit will.
Wenn der Antichrist einmal auf der Bildfläche erscheinen wird, um seine verderblichen Pläne in die Tat umzusetzen, dann wird er hierfür einen vorbereiteten Boden finden, auf dem jegliche satanischen Auswüchse gedeihen können. Auch die staatliche "Infrastruktur" steht ihm dann perfekt zur Verfügung. Staat und Behörden tun heute schon alles, um hergebrachte christliche Lebensnormen und das Bestreben ihrer Befürworter, diese zu schützen und zu erhalten, im Keim zu ersticken.
Da gibt es in Nürnberg ein Krankenhaus, das nennt sich Klinikum Nord. Auf dem Gelände des Klinikums betreibt ein Gynäkologe eine Praxis, in der Schwangerschafsunterbrechungen

ambulant vorgenommen werden. Der Mediziner namens Andreas Freudemann wird für sein spezielles Handwerk sogar noch von der Krankenkasse bezahlt. Der 45jährige Johannes Lerle aus Erlangen verteilte daraufhin Flugblätter unter dem Titel "Kindermord im Klinikum Nord". Es stand dann noch zu lesen: "Die Opfer werden zu Tode gequält und lebendig in Stücke gerissen …"
Natürlich gefiel dies dem Herrn Doktor keineswegs, obwohl er nicht das Gegenteil beweisen konnte. Aber die Anschuldigung, als Mörder bezeichnet zu werden, kann dem Ruf eines Mediziners nicht gerade förderlich sein. Also erstattete er bei den staatlichen Behörden Anzeige wegen "Beleidigung und Rufschädigung". Was bei solcher Sachlage geschädigt werden kann, das ist doch wohl ausschließlich nur das ungeborene Kind. Der abtreibende Arzt macht dabei nur Profit.
Ein Betrachter hat dazu in einer christlichen Zeitschrift unter anderem festgestellt: "Wer die genannte Zahl von jährlich 2.500 Entkindungen multipliziert mit dem Einzelpreis von rund 350 Mark, der gewinnt eine Vorstellung von der finanziellen Macht, die der … Arzt besitzt. Dem hat der mittellose Johannes Lerle in einer (möglichen) Gerichtsverhandlung nichts entgegenzusetzen außer Gebet."
Eigentlich sollte es in einem solchen Fall selbstverständlich sein, daß sich alle bibeltreuen Gemeinden in ganz Deutschland aufmachen und wie ein Mann hinter Johannes Lerle stellen. Aber selbst viele Christen haben sich in den letzten Jahren bequemerweise daran gewöhnt, die Augen einfach zuzumachen, wenn sie ihr Weg an einer medizinischen Anstalt vorüberführt, von der bekannt ist, daß darinnen auch ungeborene Menschen getötet werden.
Und nicht wenige von ihnen berufen sich im Zusammenhang mit der vom Staat legalisierten Abtreibung und ihrer passiven Haltung dazu fälschlicherweise sogar auf Römer 13, 1, wo Paulus vom Gehorsam gegenüber der Obrigkeit spricht. Sie übersehen dabei aber, daß diese Aussage in unserem speziellen Fall wohlweislich zusammen mit Apostelgeschichte 5, 29 gelesen werden muß, wo die angeklagten Apostel vor dem Hohen Rat standen und Petrus unmißverständlich erklärte, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen.
Weder die Obrigkeit noch ein Arzt, der Leben tötet, braucht sich zu wundern, wenn Bürger sich dagegen wehren und initiativ werden. Natürlich wundert es andererseits auch nicht, wenn sich die Handlanger der Justiz dann unverzüglich auf den Weg machen, so wie im Fall Lerle, um in der Wohnung des bösartigen Abtreibungsgegners "belastendes Material" zu beschlagnahmen. Auf den Flugblättern, die sie dort fanden, stand aber nichts anderes als das, was alle Welt ohnehin schon weiß und was überdies die ehrenwerten Politiker in Bonn vor Jahren schon beschlossen haben.
Dies alles hinderte aber die Staatsanwaltschaft in Nürnberg nicht, ein Ermittlungsverfahren in Gang zu setzen. In diesem Fall wird von der Judikatur (Rechtsprechung) nicht Mord verfolgt, wie es eigentlich ihre Aufgabe sein sollte, sondern der, der den Mord anzeigt. Eine Praxis, die die Schizophrenie der endzeitlichen Rechtsstaatlichkeit nicht drastischer aufzeigen kann.
Dieses Spaltungs-Irresein, ein psychopathologischer Zustand, wie es die Wissenschaft nennt, ist im Rahmen der bundesdeutschen Justiz stellenweise auch insofern erkenntlich, als es gerichtlich abgesegnet wurde, daß man Soldaten als potentielle Mörder bezeichnen darf, aber Abtreibung nicht als Mord. Auf diesen Widersinn ging auch der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb, in einem Kommentar ein.
Der Vater von zehn Kindern stellte unter anderem fest, daß die Tötung ungeborener Kinder Mord ist. Und Mord, darin müßten sich die Juristen ja eigentlich einig sein, "ist die besonders schwere Form eines Tötungsdelikts, nämlich, wenn zum Beispiel die heimtückische Art der Tötungshandlung dem Ermordeten keine Chance der Gegenwehr läßt (§ 211 StGB).
Und wenn Abtreibung Mord ist, ist eine Abtreibungsklinik ein 'Zentrum des Mordens'. Wenn Abtreibung Mord ist, dann ist einer, der es tut, ein …" - Daß diese Aussage dem Betroffenen

nicht gefällt, wundert nicht. Ebenso, daß es einer Stadt nicht gefällt, wenn man ihr Klinikum 'Zentrum des Mordens' nennt. Aber das war bei den Euthanasieärzten des Dritten Reiches und bei den dafür mitverantwortlichen Obrigkeiten nicht anders …
Wohin sind wir gekommen, wenn der Ankläger zum Schweigen gebracht, statt der Täter zur Rechenschaft gezogen wird? Wohin steuert ein Rechtsstaat, in dessen Verfassung zwar steht, daß die Würde des Menschen unantastbar ist, er aber zuläßt, daß sie jeden Tag hundertfach durch die Ermordung von Kindern nicht nur angetastet, sondern ausgelöscht wird?
Der radikale und diesbezügliche entscheidende Einbruch in unsere Rechtsordnung geschah, als vor Jahren das Bundesverfassungsgericht der Abtreibung den Weg ebnete, weil man angeblich rechtlich nicht sicher sagen könne, ob es sich in den ersten Tagen des neuen Lebens schon um menschliches Leben handelt.
Zuvor hatte bereits eine "große Koalition" von CDU/CSU, SPD und FDP ihre Zustimmung zur Abtreibung gegeben und sich damit endgültig vom Lebensrecht des ungeborenen Kindes verabschiedet. Seitdem leben wir auf einem Berg von Kinderleichen, und es ist überdies kein angenehmer Gedanke, zu wissen, daß man unter so viel Mördern lebt.
Inzwischen hat auch das Landgericht in Nürnberg es sich nicht nehmen lassen, zu demonstrieren, was nunmehr "Recht" in Deutschland ist, und hat dem Abtreibungsgegner Johannes Lerle saftige Strafen angedroht, wenn er seine Behauptung, in dem genannten Klinikum geschehe Kindermord, weiterhin aufrechterhalten würde. Das Gericht nannte ein Ordnungsgeld von bis zu 500.000 Mark oder Haft bis zu sechs Monaten … - Der Ausgang dieses unwürdigen Verfahrens vor deutschen Rechtsbehörden war bei Drucklegung dieses Buches nur insoweit bekannt, als Johannes Lerle zunächst zu einer Geldstrafe verurteilt wurde.

In "Gottes eigenem Land"

Es kann, wie gesagt, nicht oft genug über Abtreibung geschrieben werden. Schon deshalb, weil die breite Öffentlichkeit inzwischen weitgehend zur Tagesordnung übergegangen ist. In der Denkweise der meisten Menschen ist der tägliche Kindermord im Mutterleib in den letzten Jahren immer mehr verdrängt worden.
Eine gefährliche und lähmende Gleichgültigkeit hat, selbst in christlichen Kreisen, der anfänglichen Empörung Platz gemacht. Und da wiederum alles ordnungsgemäß gesetzlich abgesichert ist, besteht bei den meisten Menschen kein Grund, gegen staatlich sanktionierte Maßnahmen ihre Stimme zu erheben. Man will ganz einfach seine Ruhe haben. Es gibt schließlich genug andere Probleme, denen man nicht ausweichen kann.
So ist nun mal der Mensch, überall in der Welt, und darum ist das Problem der Abtreibung auch weltweit. Es schreit zum Himmel, ob in Deutschland oder in Amerika. Heute kommt in den USA auf drei Geburten eine Abtreibung. Man spricht von zwei Millionen Abtreibungen im Jahr.
Die amerikanische Krankenschwester Brenda Shafer schilderte vor nicht all zu langer Zeit einen Fall von Abtreibung, der ihr, wie sie sagte, das Blut in den Adern erstarren ließ. Dies geschah im Frauenmedizinischen Zentrum in Dayton/ Ohio:
"Dann schloß der Arzt das Ultraschallgerät an, und ich sah, wie das Baby sich bewegte. Der Doktor zog mit einer Zange erst die Beinchen, dann den Oberkörper heraus, achtete aber genau darauf, daß das Köpfchen im Geburtskanal steckte. Wenn es herausrutscht, und er das Kind tötet, ist es nach US-Gesetz Mord. Wenn es aber drinbleibt, keine zehn Zentimeter von der Geburt entfernt, ist es 'nur' eine Abtreibung. Die Beine strampelten, dann nahm der Arzt eine Schere, stach sie dem Kind in den Nacken, machte ein Loch und saugte das Hirn aus. Der Körper des Babys erschlaffte. Der Arzt zog den Kopf heraus und durchtrennte die Nabelschnur."
In einem Container eines pathologischen Laboratoriums in Los Angeles, das sich auch mit Befunden für Abtreibung befaßte, wurden die zerstückelten Leichen von 17.000 Kindern ge-

funden. Teilweise waren die toten Kinder schon sieben Monate alt gewesen. In der Folge ergab sich unter anderem ein Rechtsstreit wegen der Beerdigung der Embryos, der sogar bis vor den Obersten Gerichtshof der USA getragen wurde.
Eine feministische Frauengruppe setzte sich für eine Verbrennung ein, mit der Begründung, daß eine Beerdigung "die Privatsphäre jener Frauen verletzen würde, die sich einem Schwangerschaftsabbruch unterzogen hätten". Das Gericht entschied dann aber doch zugunsten der Abtreibungsgegner und die Leichenteile wurden in sechs sargähnlichen Behältern in drei nichtgekennzeichneten Gräbern auf einem inoffiziellen Friedhof begraben. Dieser Friedhof trägt den Namen "Odd Fellows Cemetery", was soviel heißt wie "Friedhof für seltsame Leute".
Die Mutter des getöteten Babys in Dayton - sie war bereits im 7. Monat schwanger gewesen - war danach so verzweifelt, daß sie zu Gott schrie, er möchte ihr vergeben.
Welchen Wert auch das ungeborene Leben schon bei Gott hat, erfahren wir aus zahlreichen Aussagen der Bibel. Paulus bekennt: "Gott hat mich vom Mutterleib an berufen" (Galater 1, 15). Daraus ersehen wir, daß Gott also schon das ungestaltete Embryo, das ungeborene Kind, als Mensch betrachtet. David bezeugt: "Du hast meine Lebensmitte bereitet und hast mich gewoben im Mutterleib. Ich danke dir dafür, daß ich wunderbar gemacht bin. Wunderbar sind deine Werke, das erkennt meine Seele" (Psalm 139, 13-14). Gott kümmerte sich also um David, noch ehe er geboren war. Der Prophet Jesaja wurde von Gott geformt, als er sich noch im Mutterleib befand. Das lesen wir in Jesaja 49, 5.
Um den grausigen Bluttaten im Rahmen der Abtreibungen ein Ende zu bereiten, beschloß der US-Kongreß Ende 1995 ein Verbot dieser Schlächterei. Es konnte aber aus einem bemerkenswerten Grund nicht in Kraft treten. Präsident Bill Clinton legte nämlich sein Veto ein. Man muß sich bei dieser Gelegenheit schon fragen, was ist das für ein Mensch, der, obwohl er dazu in der Lage wäre, Unrecht nicht verhindert, das inzwischen zum Himmel schreit.
Der amerikanische Schönheitschirurg Thomas Molnar hatte wegen einer Vielzahl von medizinischen Schweinereien in den USA Praxisverbot erhalten. Daraufhin ging er nach Moskau, um dort einen lukrativen Handel mit abgetriebenen Embryonen zu betreiben. Mit Zustimmung des Präsidenten der russischen Ärztekammer und dem Vizepräsidenten der russischen Akademie der Wissenschaften legte er mit Körperteilen ungeborener Kinder (voll entwickelte Organe des Fötus) ein Ersatzteillager für wohlhabende Patienten an.
Was bei der Abtreibung mit den noch lebenden Kindern geschieht, schilderte dieser gewissenlose Arzt dem US-Fernsehsender CBS: "Wir zerhacken die Körperteile des Fötus wie eine Zwiebel." Dann werden die zu Brei zermalmten frischen Zellen der einzelnen Organe künstlich am Leben erhalten und konserviert. Das bezieht sich im einzelnen auf Gehirn, Leber, Milz, Magen, Lunge und Herz. Diese Zellen werden dann den Patienten eingespritzt. Eine Behandlung kostet im Durchschnitt 16.000 Mark.
Auch in den USA hat man sich inzwischen mit dem Gedanken vertraut gemacht, medizinische Ersatzteillager der vorgenannten Art anzulegen. Bekannt ist auch geworden, daß Gewebeteile abgetriebener Kinder bereits in das Gehirn beispielsweise von Patienten, die an der Parkinsonschen Krankheit leiden, injiziert worden sind.
Darüber hinaus haben amerikanische Wissenschaftler abgetriebene Babys regelrecht enthauptet und die Köpfe dann längere Zeit künstlich am Leben erhalten. Es war zwar bis zum Jahr 1989 in den Vereinigten Staaten verboten, Experimente mit Embryonengeweben mit staatlichen Mitteln zu begleiten, doch bereits drei Tage nach seinem Amtsantritt leistete sich Präsident Clinton auch hierbei ein Husarenstück und hob kurzerhand dieses Verbot auf. Nun herrschen auch dort russische Zustände.
Was ist nur aus diesem Amerika geworden, diesem einst "Gottes eigenem Land", an dessen Küste die frommen Pilgerväter damals erst auf die Knie gingen, bevor sie ihre Füße auf den

Boden setzten und Gott das Land weihten, ein Land, von dem man sagt, daß an jeder Ecke eine Kirche steht.
Immer mehr glaubensbezeugende Traditionen werden dort in Frage gestellt. Nachdem bereits vor über 30 Jahren durch den Obersten Gerichtshof unter anderem das Schulgebet abgeschafft wurde, hat man damit dokumentiert, daß Gott keine Rolle mehr spielt. 1980 wurde der Film "Die zehn Gebote" aus den Oberschulen verbannt. 1987 wurden "Minuten der Stille" untersagt und 1987 Gebete bei Schulabschlußfeiern.
Durch ein Gesetz im Staat Louisiana wurde Lehrern verboten, die Lehre der göttlichen Schöpfung in den Schulen darzustellen. Zweiundsiebzig amerikanische Nobelpreisträger bezeichneten die biblische Betrachtung der Schöpfung als "pseudowissenschaftliche Lehre". In Kalifornien dürfen auf staatlichem Gelände keine Kreuze mehr aufgestellt werden. Ebensowenig harmlose Krippen zur Weihnachtszeit in öffentlichen Parks.
Der vormalige US-Präsident George Bush scheute sich nicht, Homosexuelle und Lesbierinnen offiziell ins Weiße Haus einzuladen, damit sie an einer Zeremonie teilhaben konnten, wo ein Gesetz gegen deren "Diskriminierung" unterzeichnet wurde. Im selben Sinne erlauben es Gerichte in Amerika, daß Frauen in der U-Bahn "oben ohne", also mit bloßem Oberkörper fahren dürfen. Ferner können nach gerichtlicher Entscheidung inhaftierte Satanskult-Anhänger in den Gefängnissen neuerdings auch Teufelsmessen zelebrieren. Die Richter begründeten die Genehmigung mit dem garantierten Grundrecht auf Religionsfreiheit.
Daß die Vereinigten Staaten immer mehr auf Kollisionskurs mit Gott kommen, ist nicht zuletzt auch deshalb möglich und durchsetzbar, weil diejenigen, die es eigentlich besser wissen müßten, es mit den Geboten Gottes ebenfalls nicht mehr so genau nehmen. Wenn man überlegt, daß die größte protestantische Kirche der USA, die "Southern Baptists", keine Bedenken mehr gegen eine Mitgliedschaft in einer Freimaurerloge hat, dann weiß man so ziemlich genau, wo wir im Augenblick stehen. Zu dieser Kirche gehört übrigens auch der derzeitige Präsident Bill Clinton. Ebenso sein Vize Al Gore.
Während des Wahlkampfes für die Präsidentenschaft haben sich die Homosexuellen-Organisationen in den USA für Clinton so stark gemacht wie nie zuvor für einen Kandidaten. Und als Clinton es geschafft hatte, da waren die Schwulen Amerikas in Hochstimmung. Clinton hatte ihnen zuvor mehrfach versprochen, er würde dafür eintreten, daß sie nicht länger diskriminiert würden. Schließlich sei die sexuelle Orientierung des einzelnen seine Privatsache.
Nach der Wahl nahmen ihn dann die "Gays" natürlich beim Wort, und Clinton ließ sich nicht lumpen. Er besuchte nicht nur, als erster Präsident der Vereinigten Staaten, eine Galaveranstaltung der Homosexuellen-Bewegung, er votierte auch unverzüglich gegen das Verbot der Homosexualität bei den US-Streitkräften, und zwar mit Erfolg.
Das Land mit dem Sternenbanner gerät unter Präsident Clinton zunehmend ins "rosa" Zwielicht. Analog seiner demonstrativ zur Schau getragenen Sympathie für die Homosexuellen, berief er erst unlängst den sich offen zur Homosexualität bekennenden James Hormel in den diplomatischen Dienst der Vereinigten Staaten. Er soll die USA im Großherzogtum Luxemburg als Botschafter vertreten, wobei zwar noch unklar ist, ob sein Lebenspartner als offizieller Botschaftsgatte in Erscheinung treten darf.
Die Clintonsche Lockerungspolitik zielte aber hauptsächlich auf die von seinen Vorgängern verhängten Einschränkungen bei der Abtreibung, so daß wieder grünes Licht zum Massenmord gegeben werden konnte. Der dritte Weltkrieg braucht eigentlich erst gar nicht auszubrechen. Er findet bereits auf den Schlachtbänken der Abtreibungskliniken statt, wo Millionen Ungeborener bestialisch umgebracht werden, ohne sich dagegen wehren zu können. Ihre Zahl wird weltweit mit 60 Millionen jährlich geschätzt.
Dies sind Sittenbilder einer Gesellschaft, wie sie nicht drastischer und grauenerregender ge-

zeichnet werden können. Und dies geschieht, wie gesagt, unter der Verantwortung von Menschen, die mit dem Gesangbuch unter dem Arm und mit frommem Augenaufschlag am Sonntag in die Kirche marschieren und dabei nichts weiter als Heuchelei kundtun. Von Clinton wird unter anderem gesagt, er sei während des Gottesdienstes so ergriffen, daß ihm bei den Chorälen die Tränen in den Augen stehen würden. Dieser Mann, der einmal gesagt hat: "Ich glaube nicht, daß nach der Bibel Abtreibung Mord ist", und nach dessen Ansicht die Gebote Gottes zur Homosexualität nichts aussagen, ist inzwischen weit und breit bekannt geworden, auch für recht lockere moralische Grundsätze …

So ist eine Sexklage gegen ihn anhängig. Sie bezieht sich auf die Zeit, als Clinton noch Gouverneur des Staates Arkansas war. Damals habe er eine Mrs. Jones "in sein Hotelzimmer bestellt, sich vor ihr entblößt und sie zum Oralsex aufgefordert", so Presseberichte wörtlich. Dies soll übrigens nicht der erste Fall dieser Art gewesen sein. Wenn man sich in diesem Zusammenhang vergegenwärtigt, daß solche Leute als Staatsmänner und Politiker maßgeblich Einfluß auf die Geschicke der Menschheit haben, dann ist es wahrlich nicht schwer, zu erkennen, daß wir uns bereits mitten im endzeitlichen Sodom und Gomorrah befinden.

Es geht zusehends bergab in "Gottes eigenem Land". Die Gattin des Präsidenten, Hillary Clinton, die der methodistischen Kirche angehört, hat ebenso wie ihr Mann nicht nur ein wohlwollendes Verhältnis zum Islam und dem Koran, die First Lady knüpft auch mit Hilfe einer "spirituellen Beraterin" fleißig Kontakte ins Jenseits. So soll sie unter anderem mit der 1963 verstorbenen Eleanor Roosevelt sowie mit dem toten Mahatma Gandhi imaginäre Gespräche geführt haben. Jüngst ließ sie sich sogar von einem indianischen Geistheiler "segnen".

Die Hure Politik

Unter den Machtmitteln, aufgrund derer Satan heute die ungläubige Menschheit beherrscht, ist das der politischen Machenschaften aller Art ein hervorstechendes. Es wird immer deutlicher, daß auch noch die letzten vereinzelten Bastionen christlichen Einflusses in der Politik unseres Landes vom antigöttlichen Zeitgeist hinweggefegt werden. Die Politiker sind mitverantwortlich dafür, daß unsere Welt in einem Chaos landet, weil sie sich nur von Zeitströmungen leiten lassen und nicht von dem, was Gottes Gebote den Menschen als Maßstab ihres Handelns vorschreiben. Sie sind nicht mehr bereit, moralische und christlich ethische Werte anzuerkennen und zu bewahren.

Noch vor nicht all zu langer Zeit standen jugendgefährdende Filme wie zum Beispiel "Das Schweigen" von Ingmar Bergmann auf dem Index. Die Kindestötung im Mutterleib war ebenso verboten wie Homosexualität und Pornographie. Ehe und Familie waren geschützt, und Ehescheidung erfolgte nach dem Schuldprinzip.

Man nannte Sünde noch beim Namen. Dann aber haben die Politiker dem sich unter satanischem Einfluß entwickelnden veränderten Rechtsbewußtsein Tür und Tor geöffnet. Sozusagen über Nacht wurde die Pornographie freigegeben, die sexuelle Freiheit für alle gefordert, die Abtreibung legalisiert und der Sexualkundeunterricht in den Schulen eingeführt. Damit war das moderne Sodom eingeläutet. Es gibt heute nicht eine Stadt in unserem Land, wo die Sünden dieser verruchten biblischen Stätte nicht offen ausgeübt werden.

Wenn man die Handlungsweise der Verantwortlichen hinterfragt, dann sagen sie sorglos und im Brustton der Überzeugung, sie hätten alles im Griff. Aber das ist eine Lüge. Sie haben überhaupt nichts im Griff. Sie haben nicht mal ihr Privatleben im Griff. Unlängst stellte ein Journalist die berechtigte Frage: "Kann sich ein 82 Millionen Volk an Männer binden, die jeweils drei bzw. zwei Frauen nicht an sich binden konnten?

Leben sie doch bereits mit der vierten bzw. dritten zusammen. Führungspersönlichkeiten mit wechselnden ehelichen und außerehelichen Verhältnissen wecken Zweifel an ihrer Fachkompetenz, weil ihre Lebenskompetenz offenbar nicht sonderlich ausgebildet ist." Damit sind die Ministerpräsidenten von Niedersachsen und dem Saarland gemeint. Einer von ihnen wird im

Herbst 1998 als Kanzlerkandidat für die Bundesrepublik Deutschland aufgestellt (wer von beiden, ist bei der Abfassung dieser Zeilen noch nicht bekannt).
In der ZDF Sendung "Frontal" am 14. Oktober 1997 sagte der Moderator Hauser: "Wer dreimal sein Ja-Wort bricht, dem glaubt man nicht." Und sein Kollege Kienzle meinte: "Der Schröder bricht sein Ja-Wort im Schnitt alle zwölf Jahre. Das sind immerhin drei Amtszeiten eines Bundeskanzlers." Daraufhin wiederum sein Vorredner: "Ein Mann, der drei Frauen sitzenläßt, der läßt irgendwann auch ein ganzes Volk sitzen …"
In einem Leserbrief an eine bekannte deutsche Tageszeitung schreibt eine Frau: "Bin ich altmodisch, weil mir Herr Schröder durch seinen Umgang mit Frauen unsympathisch geworden ist? Bin ich altmodisch, weil ich der Meinung bin, daß dies auf eine menschliche Unreife hinweist und ich mir deswegen nicht vorstellen kann, daß dieser Mann geeignet ist, Führungspositionen innezuhaben? Ich weiß nicht, aber für mich ist dieses Verhalten, immer wieder Ehen aufzulösen, wenn es scheint, etwas Besseres gefunden zu haben, ein Zeichen von Mangel an Konfliktfähigkeit, von Lernbereitschaft und Achtung gegenüber dem Menschen, mit dem eine Partnerschaft eingegangen wurde … Ein Politiker ist kein Showstar. Er sollte auch ein Vorbild in seinem persönlichen Leben sein."
Der vorgenannte Professor an der Universität Hohenheim/Stuttgart, Günter Rohrmoser, erklärte in einem Interview mit Helmut Matthies zu der Frage, ob die Erneuerung in Deutschland von der SPD und deren Führungskräften kommen könne: "Der SPD Vorsitzende Oskar Lafontaine hat auf die Frage nach seinen Lebensmaximen, die ihn vor dem Mißbrauch der Macht schützen sollen, geantwortet: 'Fressen, Saufen und F. ...' Daran sehen Sie, daß von dieser Partei auch keine Erneuerung zu erwarten ist."
Von Leuten regiert zu werden, die aufgrund ihres Lebenswandels christlich ethische Werte kaum noch repräsentieren können, ist ein Greuel. Es war überdies früher auch nicht denkbar, daß die Inhaber hoher Staatsämter, deren Ehebruch öffentlich bekannt wurde, weiter in ihrem Amt bleiben konnten. Heute darf sich über diese "Privatsachen", die nur noch als Kavaliersdelikte angesehen werden, kein Mensch mehr ein Urteil erlauben.
"Vor über 60 Jahren noch mußte Englands König auf den schönsten Thron der Welt verzichten, um eine geschiedene Frau heiraten zu können", schrieb der Publizist Claus Jacobi: "Heute ist der britische Kronprinz selbst geschieden. Mit Ronald Reagan zog der erste geschiedene US-Präsident ins Weiße Haus … Im 20. Jahrhundert des Zweifels begannen viele Menschen dem Wert der herkömmlichen Ehe zu mißtrauen (wie so manchem anderen auch). Warum warten, bis der Tod scheidet, wenn's das Amtsgericht kann. Warum nicht Freuden ohne Fesseln, warum nicht jung gegen alt eintauschen?"
Als sich vor einem Jahrzehnt der amerikanische Präsidentschaftsbewerber Gary Hart anschickte, das Weiße Haus zu erobern, da stolperte er über sein unmoralisches Leben, und seine Karriere war sehr schnell zu Ende. Einige Zeitungen veröffentlichten nämlich Bilder der Geliebten des verheirateten Hart. In den USA muß das Staatsoberhaupt, zumindest nach außen, immerhin noch eine einigermaßen saubere Weste haben. Kandidaten mit drei gescheiterten Ehen wie Gerhard Schröder hätten dort keine Chance.
Wer nun aber glaubt, daß die außerehelichen Liebesaffären der prominenten Spitzenpolitiker (der SPD) ihrer politischen Karriere bei uns schaden würden, der irrt sich. Eine öffentliche Diskussion darüber, ob zum Beispiel Schröder angesichts seiner privaten Beziehungsprobleme für das Kanzleramt geeignet ist, findet in Deutschland nicht statt. Davon sind wir weit entfernt. Das wäre, wie eine Zeitung schreibt, "ein Rückfall in die muffige Moral der 50er Jahre". Heute könnten die Bürger sehr wohl unterscheiden zwischen dem "individuellen Recht auf private Neigungen und dem Umgang mit dem Institut der Ehe".
Weder Altkanzler Willy Brandt, der, wie er einmal forsch sagte, in seinem Leben "nichts anbrennen" ließ, noch der CSU Vorsitzende Theo Waigel, die beide ihre Ehefrauen wegen einer

Jüngeren sitzen ließen, könnten "wegen ihrer amourösen Eskapaden nicht unsolide genannt werden", so die liberale Presse.
Was Waigel betrifft, so meinte der Münchener Kardinal Georg Wetter seinerzeit nicht ohne Grund, ob man einem solchen Mann überhaupt noch Verantwortung übertragen könne, der einen solchen Lebenswandel führt. Nachdem er 27 Jahre lang mit der ihm angetrauten Frau verheiratet war, verließ er sie unter den unwürdigsten Umständen und wandte sich einer nahezu 20 Jahre Jüngeren zu. Für einen Mann seines Schlages, der nach der Bibel offen in Ehebruch lebt, haben die göttlichen Gebote lediglich den Stellenwert eines Tirolerhutes, wie es einmal jemand ausdrückte.
Um auf die "Neigungen" von Gerhard Schröder zurückzukommen, so hatte er von Anfang an keinen Hehl daraus gemacht, daß er das Land Niedersachsen bewußt ohne Gott regieren möchte. Sechs Minister seines Kabinetts verzichteten bei der Eidesformel anläßlich der Amtsübernahme auf den Zusatz: "So wahr mir Gott helfe …" Sie wollten also von vornherein Gott aus allen ihren politischen Bemühungen ausgeschaltet wissen. Schon seinerzeit, als er noch Bundesvorsitzender der Jungsozialisten war, umriß Schröder knallhart die Richtlinien seiner zukünftigen Politik: "Unsere Aufgabe ist es nicht, Kirchen zu bekämpfen, sondern gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen Kirchen überflüssig sind."
Es fällt immer wieder schwer, zu begreifen, daß sich solche Leute nicht nur in verantwortlichen Staatspositionen befinden, sondern auch noch maßgeblich an der Gesetzgebung beteiligt sind. Von ihnen sagt die Bibel: "Weh denen, die aus Finsternis Licht und aus Licht Finsternis machen …" (Jesaja 5, 20).
Was das Zusammenleben zwischen Mann und Frau betrifft, so hat uns Gott eine wunderbare Gebrauchsanweisung gegeben, die Bibel, sein Wort. In diesem Buch steht kein Wort zuviel aber auch keines zu wenig. Die Ehe ist von Gott selbst eingesetzt worden. Sie ist keine menschliche Erfindung und auch keine wissenschaftliche Errungenschaft. Darum kann sie auch nicht willkürlich manipuliert werden. Nur unter der Führung Gottes und bei Beachtung der göttlichen Normen ist eine Ehe wirklich glücklich und gesegnet.
Die meisten unserer Politiker sind total unfähig, auch nur einigermaßen vernünftige Maßnahmen zu treffen. Ihr Handeln besteht weitgehend nur aus Lüge, Betrug, Korruption, Bereicherung und leeren Versprechungen. Einer unserer Kanzler hat einmal lakonisch gesagt: "Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern …" Für das derzeitige Staatsmanagement in unserem Land gibt es nur ein passendes Wort: Lotterwirtschaft! Unsere "lieben" Volksvertreter plündern die Menschen immer mehr aus, während sie selbst sich an erhöhten Diäten, satten Pensionen und fetten Übergangsgeldern mästen.
Es ist im übrigen heute alles derart verkorkst, daß kein Mensch mehr die politischen und wirtschaftlichen Probleme dieser Welt lösen kann. Und es wird auch keinen Frieden mehr geben auf dieser Erde weder in Israel noch sonst wo. Christen wissen das. Die Bibel sagt es ihnen.
Es gab noch nie so viele Gipfeltreffen wie heute und noch nie so wenig Übereinstimmung in der Lösung der Probleme. Die Großen dieser Welt sind ratlos. Sie wissen weder ein noch aus. Die Quelle, aus der sie Weisheit schöpfen könnten und die Gott die Quelle des Lebens nennt, haben sie längst verlassen und sich statt dessen löchrigen Brunnen zugewandt.
Ein biederer deutscher Pfarrer kam einmal nach Amerika. In New York besuchte er auch den riesigen Palast der Vereinten Nationen am East River. Dort, wo die maßgebenden Führer der Völker zusammenkommen, um die Geschicke der Menschheit zu lenken, um nach Auswegen aus Krisen zu suchen, Elend zu mildern und Kriege zu vermeiden.
Der Pfarrer erzählt dann: "Ich bat einen Ordner, mir die Kapelle zu zeigen. Er sah mich erst etwas eigenartig an, dann sagte er: 'Ach, Sie meinen wohl den Meditationsraum'?"
Wenn man nicht mehr betet, sondern nur noch meditiert, begibt man sich auf einen gefährlichen Irrweg. Bei der Meditation handelt es sich um ein aus dem Buddhismus kommendes öst-

lich religiöses System, um das Unterbewußtsein im Menschen aufzuschließen, des Versinkens in sich selbst, wobei dann eine Passivität entsteht, in die fremde (okkulte) Mächte einströmen können.
Hoffnungen, die sich auf Institutionen wie die korrupte Weltorganisation in New York und deren viele wirkungslosen Nebenorganisationen, auf Nato, EU und Europaparlament stützen, auf daß ein kollektives Sicherheitssystem den Weltfrieden bewahren soll, sind genauso zum Scheitern verurteilt, wie sich seinerzeit der ähnlich klägliche Versuch des Völkerbundes als monströser Unsinn herausstellte.
Am 10. Dezember 1948 verkündeten die Vereinten Nationen die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte". Seitdem hat es mehr Kriege gegeben als je zuvor. Seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges hat es keinen einzigen Tag wirklichen Friedens mehr gegeben. Es gab ca. 140 Kriege, die 37 Millionen Menschenleben forderten. Das ist mehr als die Hälfte der Opfer der beiden Weltkriege, die insgesamt 65 Millionen betrugen.
Es gibt unter den Menschen keinen wirklichen Frieden. Seit der Stunde, da Kain seinen Bruder Abel erschlug, seit jenem ersten Mord in der Weltgeschichte, haben die Menschen nie mehr aufgehört zu töten, und die Erde hat seither gewaltige Ströme von Blut getrunken. Bis auf den heutigen Tag ist der Frieden eine Illusion geblieben, weil das Herz des Menschen böse ist, wie die Bibel sagt.
Schon der Prophet Jesaja sagte: "Sie kennen den Weg des Friedens nicht, und Unrecht ist auf ihren Pfaden …"
Die Menschen sehnen sich zwar nach Gerechtigkeit, aber die Ungerechtigkeit wird immer größer in der Welt. Kein Wunder, denn das unrechte Verhalten der Menschen hat seine Ursache in ihrem gestörten Verhältnis zu Gott. Es hat einmal jemand gesagt: "Das Geschöpf ist ohne den Schöpfer bald erschöpft."
Wir leben in einer Welt, die sich von Gott längst losgesagt hat. Seine Gebote haben für die Menschen keine Gültigkeit mehr. Sie wollen, daß Gott draußen bleibt. Man möchte darum auch in den Foren der Nationen der Welt, wie der UN, aus eigener Kraft schaffen, was sich Gott für eine Welt des Friedens vorbehalten hat. Aber dieses Vorhaben wird nicht gelingen, denn es ist ein Vorhaben ohne den Friedensstifter Jesus. Es mündet vielmehr in die größte Menschheitskatastrophe der Weltgeschichte.
Gott hat uns von Anfang an die Regeln übermittelt, nach denen das Leben in seiner Schöpfung funktioniert. Die Gebrauchsanweisung steht in der Heiligen Schrift. Und darum sollte die Bibel auch unser Kursbuch sein. Darum ist das Evangelium der einzig gangbare Weg zum Frieden. Solange wir Gott nicht erlauben, den wahren Frieden in uns zu schaffen, können wir auch nicht erwarten, daß die Völker in Harmonie leben. Die christlichen Werte, die die Menschen inzwischen zu Grabe getragen haben, müssen wieder erneuert werden. Der Apostel Paulus bringt es auf den Punkt: "Wenn wir gerecht geworden sind durch den Glauben, haben wir Frieden mit Gott …"

Wie vor der Sintflut

"Wenn der Menschensohn kommt", sagt Jesus, "wird es sein wie zu Noahs Zeit. Damals vor der großen Flut aßen und tranken und heirateten die Menschen, wie sie es gewohnt waren bis zu dem Tag, an dem Noah in die Arche ging. Sie ahnten nicht, was ihnen bevorstand, bis dann die Flut hereinbrach und sie alle wegschwemmte. So wird es auch sein, wenn der Menschensohn kommt."
Es gibt hier eine unübersehbare Parallelität zu den Menschen von heute. Mit den Dingen, die vorstehend genannt werden, sind die Menschen auch heute vollauf beschäftigt. Darum haben sie auch keine Zeit für Gott. "Sie achteten es nicht ...", heißt es in einer anderen Übersetzung. Sie beachteten Gott überhaupt nicht, sie nahmen ihn nicht für voll. Statt dessen gingen sie nur den angenehmen Dingen des Lebens nach: "Sie aßen, tranken, freiten und ließen sich freien

..."
Nun sind Essen, Trinken und Heiraten ja bekanntlich sehr angenehme Dinge und natürlich auch notwendig. Im übrigen sind sie auch von Gott gewollt, brachte Theo Lehmann einmal zum Ausdruck und fügte dem hinzu: "Aber wenn von jemandem weiter nichts zu sagen ist, als er ißt, er trinkt und er hat Geschlechtsverkehr, da weiß man ja noch nicht mal, ob von einem Menschen oder von einem Hund die Rede ist. Denn Essen, Trinken und Sex, diese drei Dinge, hat der Mensch mit dem lieben Vieh gemeinsam. Aber schließlich muß es da doch noch einen Unterschied geben. Und den gab's damals eben nicht …"
Den gibt es auch heute nicht. Auch heute erschöpft sich alles in Fressen, Saufen und Sex. Mehr ist nicht drin. Jeder denkt nur an sein Vergnügen. Der Gedanke an Gott hat da keinen Platz. Die Menschen sind ausschließlich mit materiellen Dingen beschäftigt. Jesus hat dies damals schon gewußt, und darum sagte er auch, so wie die Leute waren, bevor die Sintflut kam, werden sie auch sein, bevor ich wiederkomme. Sie mißachten Gottes Gebote, sie treten sie mit Füßen. Wir leben heute in einer Gesellschaft, wo der Mensch ohne Gott glücklich zu werden versucht und wo der Name Christi nicht willkommen ist. Es ist ein Zeitalter, das Jesus als das letzte bezeichnet hat. Die Bosheit der Menschen ist heute so groß, daß Gott sie nur noch strafen kann.
Es soll sich niemand einbilden, dies alles würde ewig so weitergehen und Gott würde auch weiterhin stillschweigend zusehen. Dann hätte er uns nicht sein Wort zu geben brauchen. Wenn Jesus uns warnt, mit dem ausdrücklichen Hinweis auf Noah und seine Zeit, dann sollten wir gut hinhören. Jesus sagt uns, daß dann das Ende kommen wird. Überhaupt hat Jesus sehr ausführlich über dieses Thema gesprochen. Allein im Matthäus-Evangelium finden wir zwei Kapitel darüber, das 24. und 25. Kapitel. Das zeigt uns die gewaltige Bedeutung dieser Aussagen.
Damals vor der Sintflut schaute Gott vom Himmel und sah die Gottlosigkeit auf Erden. Es entging ihm nichts, und er drückte auch kein Auge zu. In 1. Mose 6, 6 heißt es: "Da reute es Gott, daß er die Menschen gemacht hatte."
Es gab noch nie soviel Gesetzlosigkeit wie heute. Man könnte mit Jesaja sagen: "Finsternis bedeckt das Erdreich und Dunkel die Völker" (60, 2).
Jede Nachrichtensendung bestätigt heute die Angaben der Bibel, die Vorzeichen der untergehenden Welt, wie sie Jesus vorausgesagt hat. Aber die Menschen hören nicht auf Jesu Worte. Sie sind genauso verstockt wie zu Noahs Zeiten. "... Und sie achteten nicht darauf."
Aber Noah ließ sich nicht beirren. Er baute die Arche, genau so, wie Gott es ihm befahl. Und was für ein Schiff war das. Wir können es in der Bibel nachlesen: 145 Meter lang, drei Decks mit einer Deckfläche von 89.000 Quadratmetern. Das sind ungefähr 18 Fußballfelder. Der Rauminhalt des Schiffes betrug 39.500 Kubikmeter. Das war ein Brummer von der Größe eines heutigen Ozeanriesen. Und das alles mitten in der Wüste. Ringsum kein Wasser. Weit und breit kein Fluß, kein Meer, nur trockenes Land.
Kein Wunder, daß die Leute ihn alle ausgelacht haben. Sie haben ihn verspottet, verhöhnt und überall lächerlich gemacht. Am meisten aber haben sie über die Aussage Noahs gelacht, als er sagte, Gott habe es ihm befohlen, dieses Schiff zu bauen. Genau so, wie sie heute über die Warnungen der Bibel spotten, wenn man ihnen sagt, daß bald das Gericht kommen wird.
Der Bau der Arche erregte viel Aufsehen damals. Und die Nachricht von dem alten "verrückten" Mann verbreitete sich mit Windeseile im ganzen Land. Sicherlich sagten sich viele der Spötter: "Dieser Noah hat bestimmt einen Sonnenstich bekommen. Ist ja auch kein Wunder, mitten in der Wüste ein Schiff zu bauen!"
Ich kann mir auch gut vorstellen, daß man überall im Land so eine Art von Kaffeefahrten organisierte, um den neugierigen Zeitgenossen diese Sensation vorzuführen. Und dann kamen sie in Scharen und starrten Noah an wie einen Exoten, wie einen Geisteskranken, der zudem

altersschwach und senil ist, bei dem man schon den Kalk rieseln hört. Ein Mann mit Halluzinationen. Und sie sagten sich: "Wie können wir doch froh sein, daß wir normal sind."
Aber die Bibel berichtet uns: Die Flut nahm sie alle hinweg, alle die Spötter und Ungläubigen. Die Menschen verlassen sich bekanntlich so gerne auf ihren Verstand und auf das, was sie sehen und erklären können. In Sprüche 3,5 warnt uns der weise Salomo davor, uns auf unseren Verstand zu verlassen. Wir sollen statt dessen vielmehr allein auf den Herrn vertrauen und auf das, was er uns sagt. Noah hörte nur auf Gott, und der gab ihm genaue Anweisungen, wie er die Arche bauen sollte, und die befolgte Noah dann auch, denn er glaubte und vertraute Gott.
Er hat sich auch nicht vorstellen können, daß es einmal 40 Tage lang regnen wird. Er sagte auch nicht etwa: "Herr, es gibt doch überhaupt keine wissenschaftlichen Erkenntnisse und Beobachtungen, die auf eine große Flut hindeuten. Noah hatte in seinem ganzen bisherigen Leben noch nie eine Flut gesehen, und er war bis zu diesem Zeitpunkt immerhin schon 600 Jahre alt. Noah hatte auch keine Wetterkarte. Er hörte keinen Wetterbericht, und es gab damals noch keine Satellitenfotos und auch keine Meteorologen, die ihm hätten sagen können, daß sich ein großes Unwetter entwickelt. Noah konnte sich nur auf das Wort Gottes verlassen. Er argumentierte auch nicht mit Gott, er glaubte an Gott. Gott hatte es ihm ja schließlich gesagt.
Und dann kam der Sturm, dann kam das Wasser, und es stieg und stieg und überschwemmte alles. Die Flut nahm sie alle hinweg. Alle! Nicht nur einige. Die Alten und die Jungen. Ob sie nun erst in der Blüte ihrer Jahre standen oder schon graue Haare hatten. Die Reichen und die Armen, die Bettler und die Fürsten, die Dirnen und die Frommen, die Spötter und die Theologen, die Hurer und die Priester. Die Flut deckte alles zu: die Lehmhütten der Elenden und die Paläste der Könige, die ruchlosen Freudenhäuser und die Tempel der Religiösen. Sie alle waren außerhalb der Sicherheitsarche. So wird es auch einmal am Ende der Zeit sein.
Charles H. Spurgeon, der große Erweckungsprediger im vergangenen Jahrhundert, hat den Spöttern, Zweiflern und Besserwissern einmal ins Stammbuch geschrieben: "Die Flut hat sie alle vertilgt. Doktor der Rechte und der Theologie wurden unbarmherzig dahingerafft. Niemand war imstande, durch alles, was er je gelernt hatte, der Flut zu entrinnen. Wissen ist keine Rettungsboje. Logik ist kein Schwimmgürtel und Rhetorik kein Rettungsboot. Mit ihrer ganzen Wissenschaft versanken sie, gingen sie unter … Und so werden sie alle dahingerafft werden von der Flut des Gerichts, wenn sie sich dem Rettungsangebot Gottes in seinem Sohn Jesus Christus entziehen."
Das nächste Mal, so sagt Gott, kommt nicht Wasser, sondern Feuer. Das wird am Ende des 1.000-jährigen Reiches sein. Dann wird auch das Gericht vor dem großen weißen Thron stattfinden. Im 2. Petrusbrief (4,5-7) heißt es: "Sie wollen nicht wahrhaben, daß es schon einmal einen Himmel und eine Erde gab. Gott hatte sie durch sein Wort geschaffen. Die Erde war aus dem Wasser aufgestiegen, und auf dem Wasser ruhte sie. Und durch das Wasser wurde sie auch zerstört: durch die große Flut. Ebenso ist es mit der jetzigen Welt. Sie besteht nur so lange, wie Gott es bestimmt hat. Wenn der Tag des Gerichts da ist, wird sie durch Feuer untergehen, und mit ihr alle, die Gott nicht gehorcht haben".
Eines Tages ist der letzte Tag. Eines Tages ist Schluß. Eines Tages ist die Welt zu Ende. Vom 1. Buch Mose bis hin zum Buch der Offenbarung lesen wir davon, daß einmal der Tag kommen wird, an dem Gott Gericht hält. Und dieser Tag ist bereits längst festgesetzt. Es ist der Tag X in der Geschichte der Menschheit. Dann werden einmal alle Menschen Rechenschaft darüber ablegen müssen, was sie auf dieser Erde getan oder nicht getan haben.
"Sie werden dann der Tatsache ins Auge sehen müssen, vor der sie bisher die Augen verschlossen haben. Nämlich, daß Jesus lebt, daß die Christen nicht gesponnen haben und daß die Bibel kein Märchenbuch ist. Da kann sich dann keiner drücken, nicht mal durch den Tod.

Denn die Toten werden auferstehen. Egal, ob die Menschen am Jüngsten Tag schon gestorben sind oder noch leben bei diesem Treffen mit Jesus sind sie dabei, auf alle Fälle ..." So hat es einmal ein gläubiger Pfarrer in einer sehr anschaulichen Predigt zum Ausdruck gebracht.
120 Jahre lang hat Noah gepredigt und gewarnt. Und dann gab Gott nochmals sieben Tage, ganz zum Schluß. Wir können das nachlesen im 1. Buch Mose, 7, 4. Wie viele Menschen hat Noah in diesen sieben Tagen noch retten können? Keinen, nicht einen einzigen trotz dieser Brisanz. Es hat einmal jemand gesagt: "Wer im Zeitraum von 120 Jahren abgestumpft ist, der läßt sich auch in den letzten sieben Tagen nicht mehr retten …" Bei Noah haben nur die eigenen Familienangehörigen auf Gott und seine Ermahnung gehört. Unser Problem heute ist, daß nicht mal mehr unsere eigenen Familienangehörigen auf uns hören.
Es gibt ein zu spät! Wenn der Mensch die Liebe Gottes mit Füßen tritt, wenn er aus lauter Stolz und Selbstbewußtsein die Liebe Gottes nicht haben will, dann kommt die Stunde, in der auch Gott nein sagt. Dann werden sie rufen, schreien, flehen, sie werden ihre Kleider zerreißen, aber Gott wird nicht antworten. Die Chance ist vertan, und sie wird den Unbußfertigen nie wieder geboten. Die Flut wird sie alle hinwegnehmen. Es wird auch diesmal sein wie zur Zeit Noahs. Die einen sind drinnen, die anderen sind draußen …
Die Menschen haben sich seitdem nicht geändert. Sie spotten und höhnen nach wie vor gegen alles Göttliche. Sie leben und handeln im Geist ihrer Zeit. Bei Noah haben sie gesagt: "Seht euch nur diesen lächerlichen Kasten an ..." Aber der Kasten schwamm, und die acht Menschen, die sich darinnen befanden, überlebten. … Spötter machten sich schon immer lustig über die Vorstellung göttlichen Gerichts und ihres Verlorenseins. Sie lachten nicht nur über Noah, sie lachten ebenso über Jeremia, als er die Zerstörung Jerusalems vorhersagte. Sie lachten auch über Lot, der Sodom warnte, und sie lachten über Amos und seine Gerichtsankündigung. Aber die Gerichte Gottes trafen immer ein, präzise und unerbittlich. Die Zerstörung war jedesmal total.
Auch heute hängt alles davon ab, ob wir uns innerhalb oder außerhalb der Arche befinden. Die Menschen müssen sich entscheiden. Es gibt den Zeitpunkt, wo die Gnadenzeit vorbei ist. Und so wie hinter Noah und seiner Familie Gott selbst die Türe abschloß, wie hinter den fünf Jungfrauen die Türe verschlossen wurde und Jesus den fünf törichten sagte, daß er sie nicht kenne, so gibt es Rettung nur für den, der rechtzeitig die bergende Arche aufsucht. Das muß aber noch vor der Flut sein.
Dabei spielt das Maß unserer Sünden keine Rolle, ob wir viel oder wenig gesündigt haben. Gott fragt uns nicht, ob wir die Ehe gebrochen, gestohlen oder gar gemordet haben. Er fragt uns nur, und das ausschließlich, nach unserem Verhältnis zu seinem Sohn. Und solche, die ihn, den Herrn Jesus, im Glauben angenommen haben, werden gerettet, die anderen aber, die ihn abgelehnt haben, gehen verloren. In den Augen Gottes gibt es nur zwei Wege, den breiten und den schmalen.
Es gibt nur zwei ewige Bestimmungen, ewige Freude oder ewige Pein. Die Bibel sagt uns: "und wisset, daß ihr nicht mit vergänglichem Silber und Gold erlöst seid von eurem eitlen Wandel nach der Väter Weise, sondern mit dem teuren Blut Christi, als eines unschuldigen und unbefleckten Lammes" (1. Petrus 1, 18).
Ohne bewußte Bekehrung zu Jesus Christus sind wir alle verloren und nimmt uns die Flut hinweg. Gott gibt dem unbußfertigen Sünder auch keine zweite Chance. Das Gericht ist eine furchtbare Endgültigkeit. Nur die, die mit Noah in der Arche waren, waren sicher. Sie wurden durch die schreckliche Katastrophe hindurchgebracht. Und so wird Jesus Christus auch alle die erhalten, die sich in ihm bergen. "Wer zu mir kommt, den werde ich nicht hinausstoßen", sagt er und fordert uns auf, durch die enge Pforte zu gehen.
Die Arche Noah hatte nur eine Tür. Auch heute gibt es nur eine Tür zur Errettung, und diese Tür ist Jesus, der von sich sagte: "Ich bin die Tür, wer durch mich hineingeht, der wird selig

werden" (Johannes 10, 9). Außer der Tür hatte die Arche noch ein Fenster nach oben. Heute ist das nicht anders. Wir können nur nach oben blicken. Wir finden nur Schutz in der Arche des Gnadenbundes, dem Werk und der Person Christi. Jesus sagt eindringlich und nicht ohne Grund immer wieder: "Wachet!"
Dieser Befehl kommt im Neuen Testament in Verbindung mit der Wiederkunft des Herrn zehnmal vor; allein neunmal aus dem Mund des Herrn selbst. Noch nie war Wachsamkeit so dringend nötig wie gerade in unseren Tagen. Wir sind in einer Zeit angelangt, wo alles zu Ende gehen wird. Und wir tun gut daran, weniger auf die Nachrichtensprecher zu hören als vielmehr auf das biblische Wort.
Bald werden die Bücher geschlossen werden, und wenn der letzte Mensch den Leib Christi vervollständigt hat, dann wird das Gnadentor sich schließen und niemand kann mehr hineinkommen. Das könnte noch heute geschehen. Es hat einmal jemand gesagt: "Der Leib Christi wird keine Mißbildung sein. Er wird keine sechs Finger an einer Hand haben. Es wird ein vollkommener Körper sein. Jedes Glied daran ist im Blute Jesu gewaschen und wiedergeboren."

Mahnung zur Umkehr

In diesem Buch wurden wiederum eine Menge von Fakten zusammengetragen, die in teils erschreckender Form bezeugen, daß sich nicht nur in unserem Volk derzeit ein ungeheuerlicher moralischer, sittlicher und ethischer Bewußtseinswandel vollzieht, der sämtliche menschlichen Grundwerte auflöst. "Ihrer Sünde rühmen sie sich wie die Leute in Sodom und verbergen sie nicht. Wehe ihnen!" (Jesaja 3, 9).
In bedrohlicher Vielzahl werden die Menschen "immer perverser, verhurter, gottloser, satanischer, greulicher, mörderischer, sündiger und antichristlicher. Die Gottlosigkeit schreit zum Himmel …" formulierte es die "Evangeliums Mission". Mit ungeheurer Wucht überrollt die Lawine der Schamlosigkeit und Hurerei unser Land und reißt das Volk immer mehr in den Abgrund des Verderbens.
Sicher wurden Sünden der vorgenannten Art zu allen Zeiten begangen, aber heute werden sie öffentlich geduldet. Unser Land ist zu einem Tummelplatz der abscheulichsten Formen der Sittenlosigkeit geworden. Das Widergöttliche und Unnatürliche ist inzwischen Norm. Die Kinder gehorchen ihren Eltern nicht mehr. Die Eltern gehorchen Gott nicht mehr. Auch die Obrigkeit gehorcht Gott nicht mehr. Das hängt damit zusammen, daß in den letzten 50 Jahren, wie nie zuvor, Generationen von Gottlosen heranwuchsen.
Es begann mit der Preisgabe der Grundlage allen Glaubens, der Heiligen Schrift. Wo das Wort Gottes preisgegeben wird, braucht man sich über die Folgen nicht zu wundern. Unsere Gesellschaftsordnung ermöglicht es, daß gottlose Menschen wiederum gottlose Menschen in das Parlament wählen, die ihrerseits gottlose Gesetze erlassen, damit die Gottlosen so richtig in allerlei Sünden leben können. Eine ganze Anzahl von Moralgesetzen wurden inzwischen "reformiert". Andere ganz abgeschafft. Mit dieser Art von zügelloser Freiheit haben die liberalen Politiker Deutschland zu einem Schweinestall gemacht.
Eine Gesellschaft, die Handlungen wie Homosexualität, Pornographie, Drogenmißbrauch, Abtreibung und andere duldet, oder sogar öffentlich noch fördert, obwohl sie in den Augen Gottes Sünde und Greuel sind, gräbt sich ihr eigenes Grab. Die Bibel sagt uns: "Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben" (Sprüche 14, 34).
"Wenn die Menschen gottlos leben, dann sind die Sitten zügellos, die Mode schamlos, die Lügen grenzenlos, die Verbrechen maßlos, die Völker friedlos, die Schulden zahllos, die Regierungen ratlos, die Politik charakterlos, die Beratungen ergebnislos, die Konferenzen endlos und die Aussichten trostlos ..." Ein vielzitierter Slogan, der die Situation unseres Volkes treffend kennzeichnet.
Nach wie vor haben die bekannten Verse des Dichters Heinrich Heine, die er im Leiden um

seine Heimat im französischen Exil schrieb, brennende Aktualität: "Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht. Ich kann nicht meine Augen schließen und lasse meine Tränen fließen."
Wenn wir die Nachrichten hören oder die Tageszeitungen aufschlagen, könnte man in der Tat verzweifeln. Nichts als Mord und Totschlag, Kriege, Katastrophen, Terror, Hungersnöte und Verwahrlosung der Sitten. Genau wie es die Endzeitprognosen der Bibel aufzeigen. Die untergehende westliche Kultur stellt nur noch eine verrottete Zivilisation dar.
Es ist ein regelrechtes Sodom und Gomorrah, das sich wie ein übelriechender Abfallhaufen direkt vor unserer Haustüre anhäuft. Die Menschen taumeln immer mehr in Angst und Hoffnungslosigkeit in eine Situation ohne Ausweg und niemand ist mehr in der Lage, die Probleme der Menschheit zu lösen, die immer verwirrender werden. Als Christen wissen wir, daß aber das Schlimmste für die Menschen erst noch kommt. Die Bibel sagt es uns.
Vor kurzem las ich in einem Andachtsbuch die ernsten Worte von Fritz Berger, eines aufrechten Gottesmannes und Predigers aus der Schweiz:
"Wir gehen einer Zeit entgegen, oder sind schon mitten drin, wo sich der Zorn Gottes gegen die Völker offenbart. Ein Strafgericht über das andere wird kommen. Gott wird mit seinem grimmigen Zorn über alles gottlose Wesen kommen und wird die Spötter spotten und die Schmäher und Lästerer schrecklich heimsuchen, und alles abgöttische Volk muß zuschanden werden, welche meinen, sie können es ohne Gott machen in dieser Welt. Es wird ihnen gehen wie Sodom und Gomorrah. Ja, was angekündigt ist, wird alles kommen, daß er seinen Feinden die Zunge im Maul verfaulen läßt und die Augen in den Löchern die Zunge, mit welcher sie Gott gelästert haben, und die Augen, mit denen sie sein Volk zu vernichten suchten."
Was im letzten Buch der Bibel, der Offenbarung, an die Gemeinde in Laodicäa gerichtet ist, läßt sich auf unsere heutige Zeit und Situation gleichnishaft übertragen: "Ich weiß deine Werke, daß du weder kalt noch warm bist. Ach, daß du doch kalt oder warm wärst! Weil du aber lau bist und weder warm noch kalt, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde. Du sprichst: Ich bin reich und habe gar satt und bedarf nichts, und weißt nicht, daß du bist elend und jämmerlich, arm, blind und bloß" (3, 15-17).
Unermeßlich wird der Zorn Gottes sein, wenn die jetzige Gnadenzeit abgelaufen ist und er die furchtbaren Gerichte, die er in seinem Wort angekündigt hat, über diese gottlose, gottvergessene und gottvermessene Menschheit schütten wird. In der Bibel lesen wir: "Und der Herr wird aus Zion brüllen und aus Jerusalem seine Stimme hören lassen, daß Himmel und Erde erbeben werden" (Joel 4, 16).
Auch den Propheten Jeremia (25, 30-31) ließ er im Hinblick auf unsere Zeit verkünden: "Der Herr wird brüllen aus der Höhe und seinen Donner hören lassen aus seiner heiligen Wohnung. Er wird brüllen über seine Fluren hin, wie einer, der die Kelter tritt, wird er seinen Ruf erschallen lassen und über die Bewohner der Erde hin, und sein Schall wird dringen bis an die Enden der Erde. Der Herr wird mit den Völkern rechten und mit allem Fleisch Gericht halten; denn die Schuldigen wird er dem Schwert übergeben".
Im Wort Gottes wird aber nicht nur das Bild der Apokalypse gezeichnet. Es wird auch die Möglichkeit des Auswegs aus diesem verderblichen Chaos aufgezeigt. Gott verheißt denen, die ernsthaft zu Buße und Neuanfang bereit sind, Gnade und Vergebung. "Siehe, wenn ich den Himmel verschließe, daß es nicht regnet, oder die Heuschrecken das Land fressen oder eine Pest unter mein Volk kommen lasse und dann mein Volk, über das mein Name genannt ist, sich demütigt, daß sie beten und mein Angesicht suchen und sich von ihren bösen Wegen bekehren, so will ich vom Himmel her hören und ihre Sünde vergeben und ihr Land heilen" (2. Chronik 7, 13-14).
Noch gibt Gott den Menschen Zeit zur Buße. Vor der Sintflut warnte er durch Noah und ließ diesen die Arche bauen, damit die Glaubenden gerettet werden. Vor der Zerstörung Sodoms

durch Feuer und Schwert schickte er Engel, um Lot und die Seinen aus der verfluchten Stadt herauszuholen. Bevor er Ninive richten wollte, sandte er Jona, um die in ihrer Bosheit verstrickte Stadt zu warnen.
Es gibt noch eine Hoffnung für eine bereits am Abgrund taumelnde Menschheit: Jesus Christus, der von sich sagt: "Ich bin das Licht der Weit. Wer mir nachfolgt, der wird nicht wandeln in der Finsternis, sondern wird das Licht des Lebens haben" (Johannes 8, 12). Als Gott vor 2.000 Jahren seinen Sohn in diese finstere und verdorbene Welt gesandt hat, da hat er es mit der aus seiner unendlichen Liebe geborenen Absicht getan, die zwischen ihm und den Menschen, zwischen Geschöpf und Schöpfer zerbrochene Verbindung wieder herzustellen. Als Jesus dann starb, trug er stellvertretend für uns unsere gesamte Schuld und Sündenlast, unsere Finsternis und Gottesferne zum Kreuz. "Die Strafe liegt auf ihm, auf daß wir Frieden hätten ..." (Jesaja 53, 4).
Dieser Friede und die Möglichkeit, wieder ein Leben nach Gottes Gesetzen, seinem Wohlgefallen und Rechtsempfinden zu führen, ist uns allen angeboten. Die Menschen müssen nur wollen und umkehren.
Wir, die wir Gottes Wort kennen und von dessen Wahrhaftigkeit zutiefst überzeugt sind, müssen die Menschen immer wieder eindringlich warnen und ihnen inmitten des dornigen Gestrüpps des Pluralismus, der geistlichen Verwirrung und den vielen Irrlichtem den Weg aus der Finsternis zeigen. Nur der Weg im Gehorsam dem Wort Gottes gegenüber und in Ehrfurcht und Achtung seiner Gebote und Gesetze führt in die Seligkeit. Es ist der schmale Weg, nicht der breite, der rettet. Christen sind Wegweiser in einer orientierungslosen Welt, Leuchttürme, die mit der erlösenden Botschaft des Evangeliums die Dunkelheit durchdringen und das untrügliche und wahrhaftige Wort der Schrift bewahren.
Der Inhalt dieses Buches sollte uns trotz der vielen schrecklichen Vorkommnisse und des vielen negativen Materials, das hier zusammengetragen wurde, nicht zum Resignieren bringen.
Einer meiner Verleger, Autor und Leiter einer gesegneten Außenmission, Pastor Peter Assmus, hat im Rahmen einer ähnlichen Publikation einmal festgestellt: "Wer das vorliegende Buch liest und den Heilsplan Gottes, so wie er in der Bibel aufgezeichnet ist, nicht kennt, wird entsetzt sein. Er wird vielleicht sagen: Wie kann man nur so etwas glauben und auch noch in einem Buch publizieren?
Er wird sagen: Ist die Welt nicht so schon schrecklich genug mit alledem, was man Tag für Tag in der Zeitung liest, am Radio hört und im Fernsehen sieht? Oder, ist es notwendig, den Menschen mit Horrorgeschichten der Bibel noch mehr Angst zu bereiten? Nun, ich kann diese Reaktion sehr gut verstehen.
Die Perspektive für die nahe Zukunft wird in der Bibel nicht rosig geschildert. Was gesagt wird, klingt schrecklich und es wird wohl tatsächlich noch schrecklicher sein, als es klingt. Man hat auch wirklich nur die beiden Möglichkeiten, dazu Stellung zu nehmen: Entweder man lehnt die Aussagen der Bibel ab oder man glaubt sie. Auf gar keinen Fall wäre zulässig, das Angenehme zu akzeptieren und das Unangenehme abzulehnen. Leider sind wir in unseren Tagen aber dahin gekommen, daß man vielfach gerade dies tut."
Vom Chaos der letzten Zeit zu reden, macht die Herzen zwar nicht leichter, aber die Bibel fordert uns dazu auf, die Zeichen der Zeit zu beachten und den Menschen den Weg aus der Verlorenheit zu zeigen. Doch bei all dem dürfen wir wissen, unser Herr sitzt nach wie vor im Regiment und hat alles in seiner Hand. Als Kinder Gottes sind wir auf der Siegerseite. Die Menschen wissen nicht, was auf sie zukommt, Christen wissen es: Jesus kommt wieder. Das ist unsere Zukunft. Es ist das größte Geschenk, das Gott uns machen kann außer der Errettung. Wir wissen zwar nicht, wann genau das sein wird, wir glauben aber, daß es bald ist.
Der amerikanische Publizist Joseph W. Thach erläutert dazu: "Dann wird Jedes Volk auf Erden anfangen, eine neue Lebensweise zu erlernen. Der König aller Könige und Herr aller Her-

ren wird die Herrschaft über alle menschlichen Machtgebilde antreten und wird Maßnahmen einleiten, die der Welt endlich dauerhaften Frieden bringen.
Eine von Grund auf neue Gesellschaft, fußend auf Gottes Gesetz der Liebe und des Friedens, wird für alle Menschen errichtet werden. Und die oberste Instanz dieser vollkommenen und gerechten Herrschaft wird die Macht haben, das Richtige durchzusetzen. Und er wird richten unter den Heiden und zurechtweisen viele Völker. Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere (mehr) das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen" (Jesaja 2, 4).
"Gefahrvolle und harte Zeiten stehen uns bevor. Die gute Nachricht aber ist: Gleich danach bricht das herrlichste Zeitalter des Friedens an, das die Menschheit nie gekannt hat. Wenn Jesus kommt, dann kommt er als König der Könige, als Herr der ganzen Welt" (Offenbarung 19, 11-12), und sein Reich wird alle weltlichen Reiche ablösen.
In Offenbarung 11, 15 steht dazu geschrieben: "Es sind die Reiche der Welt unseres Herrn und seines Christus geworden, und er wird regieren von Ewigkeit zu Ewigkeit. Das Reich Gottes setzt allen bestehenden Herrschaftsformen ein für allemal ein Ende. Es wird die Machtenthebung aller Regierungen sein, die es auf Erden gibt. Die Länder der Weit werden dann zu Reichen Christi werden und Christus, der König aller Könige, wird oberste Instanz sein. Ihm wird gegeben sein alle Gewalt, und seines Reiches wird kein Ende sein, so sagt es die Schrift."
Die Zeit ist gekommen, wo der Herr sein Volk auf seine Wiederkunft vorbereitet. Es gibt zwei geistige Mächte in der Welt; die eine ist von Gott, die andere von Satan. Letztere haben wir auf den vorstehenden Seiten zur Genüge kennengelernt. Der Teufel bereitet auf seine Weise seine Handlanger ebenso zu, wie Gott seine Kinder zubereitet. Der Herr hat jedem Menschen das Recht gegeben, demjenigen zu dienen, dem er dienen will. Wir sind an dem Punkt angelangt, bei dem die Geschichte unseres Zeitalters zum Abschluß kommt und an dem wir uns entscheiden müssen.
Die Berichte in diesem Buch wurden nicht zur Befriedigung von Neugierde niedergeschrieben oder etwa wegen der Sensationslust, sondern um die Menschen mit den Zeichen der Endzeit bekannt zu machen und ihnen zu zeigen, wie spät es bereits an der Weltenuhr ist. Es wurde auch durchaus nichts Außergewöhnliches berichtet, denn das Wichtigste und Aktuellste in diesem Buch können Sie in der Bibel selbst nachlesen und das andere in der Tageszeitung. Es wurde nur beides zusammengestellt, verbunden und erklärt, und dabei an die uns vom Wort Gottes auferlegte Pflicht gehalten, unsere Mitmenschen eindringlich vor dem zu warnen, was kommen wird.
Corrie ten Boom sagte dazu einmal ihrerseits: "Ich finde die Tagesnachrichten so schrecklich, daß Zeitungslesen und Nachrichtenhören mich manchmal beinahe verzweifelt und mutlos machen könnten. Ein Ende ist nicht abzusehen. Man beginnt sich zu fürchten und fragt sich, worauf das alles noch hinauslaufen soll. Wie tröstlich ist es dann, die Bibel zu lesen und zu sehen, daß Gott all das, was jetzt geschieht, schon lange vorher gewußt hat, und daß er uns eine herrliche Zukunft verspricht, durch all die schrecklichen Ereignisse hindurch.
Der Herr Jesus beschreibt in seinen Abschiedsworten, in Lukas 21, was wir nun in den Zeitungen lesen können. Darum ist es gut, in unseren Tagen die Bibel zusammen mit den Zeitungen zu lesen. Da erfahren wir es, daß Jesus bald kommen kann. Wir wissen jetzt viel mehr von den Zeichen der Zeit als früher, weil wir sie in den Zeitungen finden. Es ist ein Gebot des Herrn, daß wir auf die Zeichen achten sollen.
Ich glaube, was über die Wiederkunft Jesu in der Bibel geschrieben steht. Alles, was über die Zeit vor dem Kommen Jesu in der Bibel steht, ist geschehen. So wird auch geschehen, was wir über die Wiederkunft Jesu lesen. Ich sage nicht, daß ich das alles verstehe das brauchen wir auch gar nicht … Aber auch das oft so schwerverständliche Buch der Offenbarung ist heutzutage viel besser zu verstehen als vor zehn oder zwanzig Jahren.

Die Bibel sagt uns, daß uns Schuld trifft, wenn wir schweigen. "Jesus weinte über Jerusalem" (Lukas 19, 41). Wie lange ist es her, daß wir eine Träne über die schlechte Stadt, in der wir leben, vergossen haben?", fragte einmal der christliche Publizist W. C. Moore und fuhr fort: "Die größten Verbrecher, die schlimmsten Verräter sind nicht die ehrlosen Politiker, obwohl sie schlecht sind, sondern die Christen, die das schwere Unglück auf unser Land zukommen sehen und weder beten noch handeln, um den Ruin zu verhindern. Gott gab uns die ganze siegreiche Botschaft der Errettung umsonst, damit wir uns daran erfreuen, sie aber auch anderen mitteilen, wie es uns der Herr befohlen hat" (Markus 16, 15 und Matthäus 28, 18-20).
Im Rahmen des Missionsbefehls, den Jesus den Seinen auferlegt hat, ist es unsere wichtigste Aufgabe und heilige Pflicht, zu mahnen und aufzuklären, damit noch so viele kostbare Seelen wie möglich gerettet werden können. Schweigen wir, so wird uns Schuld treffen (2. Könige 7, 9). Es geht um Leben und Tod, und die Zeit ist knapp. Und so möge Gott Gnade geben, daß auch diese Warnschrift den Lesern Segen bringt und sie erkennen läßt, daß all die Fragen, die die Welt bewegen, letztlich nur von einem Buch beantwortet werden können, das ist die Bibel, die Heilige Schrift Gottes.
Bevor ein Schiff am Sinken ist, ertönt der Ruf SOS. Er ist international bekannt und bedeutet: "Rettet unsere Seelen." Für die bevorstehende große Lebenskatastrophe, dem drohenden Untergang eines großen Teiles der Menschheit, erschallt der Ruf Gottes mit der Einladung, in das Rettungsboot Jesu Christi zu kommen, das alle aufnehmen kann, die sich retten lassen wollen. Noch ist seine rettende Hand ausgestreckt, aber bald kann es zu spät sein.
Darum sagt uns die Bibel auch, daß heute der Tag des Heils ist und "wenn ihr seine Stimme hört, verhärtet eure Herzen nicht" (Hebräer 4, 7). Die seiner Stimme folgen, werden es nie bereuen, die aber die Hand des Erlösers zurückweisen, werden es in alle Ewigkeit bereuen. Er allein ist das Licht der Welt und der einzige Weg in eine glückliche Zukunft.
Um das Bild dieser Zukunft mit menschlicher Vorstellungskraft zu beschreiben, drückte es einmal ein Evangelist mit den Worten aus: "Wo liegt das Land, in dem ein jeder von uns für immer wohnen möchte? Wo gibt es ein Land ohne Sünde, ohne Verbrechen, Gesetzlosigkeit und Blutvergießen, ohne Krankheit, Tod, Schmerz und Herzeleid"?
Himmel heißt das Land, das nichts von alledem mehr aufweist, was so bezeichnend ist für jedes irdische Land. Im Reich Gottes gibt es keine Grenzen, keine trennenden Mauern oder Vorhänge, keine Rassenschranken, keine Soldaten, denn dort werden keine Kriege geführt; es gibt keine Polizei, denn Sünde oder Verbrechen sind unbekannte Begriffe.
Man findet keine Leichenbestatter, denn dort gibt es keine Gräber; keine Ärzte, denn Bakterien, Fieber, Seuchen und Krankheiten fehlen; es gibt dort auch keine Diebe, denn dort herrscht keine Dunkelheit. Wer sehnt sich nicht nach diesem herrlichen, begehrenswerten Land, in dem es keine Trennungen, keine zerrütteten Familien, keine Alkoholiker, keine Drogensüchtigen, keine Gefängnisse, keine Krankenhäuser, keine Bettler, keine Blinden, Tauben, Stummen oder Lahmen gibt? Welch ein Land! …<<
Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 3 berichtet später über den Reichtum der Kirche (x923/…): >>**Superreich durch Subventionen des Staates**
In Deutschland liegt die Kirche mit dem Staat in einem Bett, obwohl es das Grundgesetz anders vorschreibt. Die Folgen: Der Staat nimmt dem Bürger das Geld - der reichen Kirche wird es vorne und hinten rein gesteckt! **Über 20 Milliarden jedes Jahr!**
Entweder sind die Politiker derart umnachtet, dass sie es nicht merken, oder sie sind der Kirche hörig und haben Angst.
Man hat das Gefühl, die Kirchen haben die Politiker längst in die Tasche gesteckt und können fordern, was sie wollen - die Politiker zahlen es buckelnd, dankbar und freiwillig nach dem Motto: "Halt du sie dumm - ich halt sie arm ..."
Seit Jahr und Tag benützt die Kirche den Staat und somit das Volk als "Melkkuh".

Sie läßt sich vom Staat vieles zahlen:
Gehälter von Bischöfen, Kardinälen, Erzbischöfen und Weihbischöfen
Gehälter von Kanonikern und Oberkirchenräten
Gehälter von Domvikaren und Mesnern
Gehälter von bischöflichen Sekretären
Gehälter von Militärbischöfen und -pfarrern
Reparatur und Erhalt zahlreicher Kirchen und kirchlicher Gebäude
Ausbildung der Priester und Theologen
Konfessionellen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen
Abermillionen für Forderungen aus der Zeit vor Napoleon(!), die meist von den verarmten Kommunen bezahlt werden müssen. (Kein schlechter Witz)
Sogar der Weihrauch, der Meßwein und die Meßgewänder u.v.m. werden bei der Militärseelsorge vom Staat bezahlt.
Vom Volksgeld finanzieren sie auch die meisten Kosten ihrer Einrichtungen (ca. 90 %, ca. 50 Milliarden Euro jährlich). Sie greifen wenig in die eigene Tasche (trotz 500 Milliarden Euro Vermögen). Dennoch haben sie dort das Sagen: Wer einen Geschiedenen heiratet, dem droht in einer katholischen Einrichtung die Kündigung etc. …
Dies alles und noch vieles mehr ist "das Geheimnis des Staates und der Kirche."
Baut eine örtliche Kirchengemeinde einen neuen Kindergarten, so bezahlt sie z.B. nur 1/3 der Kosten, 2/3 zahlt der Staat. Die Kirche wird jedoch alleiniger Eigentümer. (Oft wird das Grundstück gar geschenkt.) So wächst der Grund- und Immobilienbesitz der Kirche kontinuierlich.
… Für Caritas und Innere Mission bzw. Diakonie gibt es noch einmal ca. 50 Milliarden Euro extra Subventionen vom Staat. Die Kirchen selbst verwenden für öffentlich-soziale Zwecke nur ca. 8 % der ca. neun Milliarden Euro Kirchensteuer jährlich. Sie greifen nicht gern in die eigene Tasche, solange die Melkkuh, der Staat, sich melken läßt. So werden die blutigen Kirchenfundamente mit immer neuen Geldströmen aus der Staatskasse übergossen.
Wann wachen die Politiker auf?
Wozu braucht das Land Eminenzen? Wann endlich wird der Staat frei und die Kirchen und ihre Anhänger zahlen ihre "Hochwürdigsten Herren" und ihren Kult selber?
Die Kirche zahlt keine Einkommensteuer bzw. keine Körperschaftssteuer, keine Vermögenssteuer, keine Erbschaftssteuer, keine Schenkungssteuer, keine Gewerbesteuer, keine Grundsteuer, keine Grunderwerbssteuer, keine Umsatzsteuer, keine Zinsabschlagssteuer bzw. keine Kapitalertragssteuer, keinen Solidaritätszuschlag, keine Gebühren für Grundbucheinträge, und sie ist von Justizkosten bzw. Gerichtsgebühren sowie von Beurkundungs- und Beglaubigungsgebühren befreit, z. B. den Gebühren für Grundbucheinträge, was vor allem durch die immensen Immobiliengeschäfte in die Millionen geht, mit denen die Kirche hier privilegiert wird.
Zwar vergütet die Kirche dem Staat nach eigenen Angaben "zwei bis vier Prozent" der Kirchensteuereinnahmen für den Einzug, doch dies ist ein minimaler Betrag im Verhältnis zu den Kosten, die der Kirche entstehen würden, wenn sie, wie jede andere Organisation der Welt, ihre Mitgliedsbeiträge selbst einziehen müßten. … Die Kirche muß sich um nichts kümmern, denn der staatliche Apparat in Verbindung mit den Arbeitgebern und Banken sorgt für die lückenlose und rigorose Eintreibung….<<